DIE LINKE. Informationsschrift für Friedens- und internationale Politik
Ausgabe 1/2016 (55)

international

Deutsche Außenpolitik

„Kämpfen für eine soziale und demokratische Alternative“

Interview mit den neuen Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 5.1. 2016, aus: www.linksfraktion.de

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch sprechen im Interview der Woche auf linksfraktion.de über eine deutsche Außenpolitik der Eskalation, Chancen, den Kreislauf aus Krieg und Terror zu durchbrechen, und eine SPD, die sich auch innenpolitisch hauptsächlich als Steigbügelhalterin der Kanzlerin sieht. Gleichwohl sehen die beiden neuen Fraktionsvorsitzenden großen Bedarf, der herrschenden Politik konkrete soziale und demokratische Alternativen entgegenzusetzen.

Deutschland startet in das neue Jahr als Kriegspartei im Nahen Osten. Wird 2016 ein Jahr weiterer militärischer Eskalation oder sehen Sie Chancen für eine neue Entspannungspolitik?

Dietmar Bartsch: Die Zeichen stehen auf Eskalation. Der US-Verteidigungsminister hat bereits weitere Beiträge Deutschlands für den Krieg gegen den Terror angefordert. Die Bundesregierung verkauft Kriegsteilnahme als Solidarität. Der SPD-Vorsitzende geht offenbar von einer Ausweitung des Syrien-Einsatzes auch mit Bodentruppen aus und will ihn an eine Mitgliederabstimmung binden. Ich habe andere Überzeugungen. Ich bin bei denen, die nach den Attentaten von Paris klar machten, dass für sie nur ein Leben in Freiheit vorstellbar ist. Mehr Überwachung und weniger Bürgerrechte, mehr Waffen und weniger Diplomatie sind Irrwege. Glaubte ich jedoch nicht an Chancen für Alternativen, könnte ich keine Politik machen.

Sahra Wagenknecht: Die Chance ist schon lange da, man muss sie endlich ergreifen. Eine Drei-Punkte-Lösung für Syrien, die einen Dialog zwischen Regierung und Opposition, einen Stopp der Waffenlieferungen an die Opposition sowie die Schaffung einer eleganten Rücktrittsmöglichkeit für den syrischen Präsidenten Assad vorsah, wurde schon 2012 ins Spiel gebracht, aber von den USA und ihren Verbündeten abgeschmettert. Seitdem ist die Zahl der Opfer des syrischen Bürgerkriegs von 7 500 auf 300 000 explodiert, immer mehr Akteure führen mit unterschiedlichen Motiven einen fürchterlichen Krieg auf syrischem Boden. Trotzdem gibt es einen kleinen Hoffnungsschimmer, dass das schreckliche Morden endlich aufhört – immerhin hat man sich jetzt auf eine diesbezügliche UN-Resolution geeinigt. Die entscheidende Frage ist aber, ob die blutige Regime-Change-Politik aufgegeben wird, die Bombardierungen gestoppt und die Terroristen des Islamischen Staates von Waffen und Finanzmitteln abgeschnitten werden.

Bundesaußenminister Steinmeier kritisiert die „Heuchler von der Linkspartei“, die den Einsatz der Bundeswehr in Syrien ablehnen.

Sahra Wagenknecht: Steinmeier stellt unsere Position mit Absicht falsch dar, weil er unseren Argumenten nichts entgegenzusetzen hat. Wer Bomben wirft und damit Unschuldige tötet, nährt nur den Hass und treibt den Terroristen des IS neue Leute in die Arme. Der Kreislauf aus Krieg und Terror muss endlich beendet werden. Das heißt aber nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen und dem Treiben der Terroristen hilflos zusehen wollen. Der IS muss endlich von neuen Kämpfern, Waffen und Geld abgeschnitten werden. Die größte Heuchelei besteht doch darin, dass die Bundesregierung zwar vom Kampf gegen den IS redet, aber weiterhin gute Beziehungen zu den Regierungen in der Türkei und Saudi-Arabien pflegt, die islamistischen Terror fördern und zudem brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgehen. Statt dem türkischen Präsidenten Erdogan Milliarden zu schenken und gar einen EU-Beitritt in Aussicht zu stellen, müssen Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier ihn endlich unter Druck setzen, damit er seine verdeckte Terrorunterstützung beendet und die türkische Grenze für den IS dicht macht. Auch die Heuchelei, mit der die Bundesregierung den syrischen Präsidenten Assad kritisiert, während das mittelalterliche Folterregime in Saudi-Arabien, das gerade in IS-Manier eine Massenhinrichtung durchgeführt hat, mit Waffen beliefert und als „wichtiger Partner“ hofiert wird, muss endlich beendet werden!

Fortsetzung Seite 3

In dieser Ausgabe

- DIE LINKE zur Flüchtlingskrise
- Politische Lösung für Syrien?
- EL-Aktionsplan gegen Austerität
- Ukraine zwei Jahre nach Machtwechsel
- Lateinamerikas Linke

Inhalt

Deutsche Außenpolitik

- Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch: Interview zur deutschen Außenpolitik 1
- Dietmar Bartsch: Für ein gerechtes Deutschland, ein soziales Europa und eine friedliche Welt 4
- Sahra Wagenknecht zum Syrien-Einsatz der Bundeswehr 7
- Aggression und Gegenwehr: Thesen zur internationalen Lage 9
- Stefan Liebich: Als Obmann im Auswärtigen Ausschuss 12

Flüchtlingskrise

- Fraktion DIE LINKE: Fluchtursachen bekämpfen 13
- Fraktion DIE LINKE: Zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung 15
- Elgersburger Runde: Für Solidarität, soziale Sicherheit und Demokratie 17
- Helfer aus der LINKEN ist „Berliner des Jahres 2015“ 19

Syrien/Naher Osten

- Sahra Wagenknecht: Ein furchtbares Verbrechen 22
- Knut Mellenthin: Die Geburtshelfer des IS 24
- Christine Schweitzer: Gewaltfrei gegen den IS 27
- Martin Dolzer: Zur Situation in Rojava 28
- Cem Sey: Nicht aufgeben – Die Türkei und der Syrienkrieg 31
- Ralf Rudolph und Uwe Markus: Zur Rolle Russlands 32
- KP Iraks verurteilt Eindringen der türkischen Armee 35
- Jan van Aken: Bundeswehr im Nordirak – Verheerende Zwischenbilanz 36
- Wolfgang Gehrcke: Keine Waffen an Saudi-Arabien und Türkei 37
- Fritz Balke: Jemen: ein vergessener Krieg 38
- Amira Augustin: Der Krieg im Jemen und die ungelöste „Südfrage“ 40

Gegen den Krieg

- Stefan Liebich und Alexander Neu: Jede Waffe findet ihren Krieg 44
- Julia Wiedemann: Kann die Spirale der Gewalt gestoppt werden? 45
- Wolfgang Gehrcke: Gegen Bundeswehr in Afghanistan 47
- James Risen: Verwerfungen des US-„Antiterrorkrieges“ 48

Europäische Union

- EL-Rat der Vorsitzenden: Aktionsplan gegen Austerität 49
- James K. Galbraith: Eurozone kann zerfallen 52
- Walter Baier: Über die radikale Rechte 54

Aus der internationalen Linken

- DiEM25: Varoufakis startet eine neue Bewegung in Berlin 58
- Katja Kipping: Ein neues Europa entsteht von unten 59
- DiEM25: Manifest für die Demokratisierung Europas 60
- Tom Strohschneider: So ein Theater 63
- Elisabeth Gauthier: Regionalwahlen in Frankreich 65
- Dominic Heilig: Parlamentswahl in Spanien 66
- Heinz Bierbaum/Andreas Günter: Portugal: Regierung gegen die Armut 67
- Oliver Schröder: Politische Lage in Polen 68
- Holger Politt: Polens Linke vor Neuaufbau 70
- Solidarität: Bernd Riexinger in Diyarbakir 72
- Ethan Earle: Sanders‘ sozialistisches Amerika 74
- Dietmar Schulz: Lateinamerika vor schwierigen Entscheidungen 77
- Ida Paz-Lago de Leon: Kubas wirtschaftliche Perspektiven 79
- Volker Hermsdorf: Magnet für Scharlatane und Diebe 82
- Marlies Linke: XII. Parteitag der KP Vietnams 83

Internationale Umschau

- Djamel Guessoum: Radikalisierung junger Muslime in Frankreich 87
- Gavin Rae: Die Wurzeln des polnischen Konservatismus 88
- Andreas Bohne: Potentielle Auswirkungen von TTIP auf Ostafrika 90
- Kannaiyan Subramaniam: Gegen Freihandelsabkommen EU-Indien 91

Analyse

- Erhard Crome: Ungarn und die Eigenheiten Osteuropas 94
- Wolfgang Grabowski: Für eine linke Friedensstrategie 100
- Manfred Schünemann: Ukraine zwei Jahre nach dem Machtwechsel 105
- Karin Kulow: Syrien – schwierige politische Lösungssuche 109
- Uri Weltmann: Die israelische Friedensbewegung und die Linke 115
- Achim Wahl: Zur Lage der Linken in Lateinamerika 120
- Uta Gärtner: Myanmar 2016: Das Volk hat gewählt 126

Auffällig war die Aggressivität, mit der neben Steinmeier auch Verteidigungsministerin von der Leyen, aber auch andere all denen im Bundestag begegneten, die sich zweifelnd oder gar ablehnend zum Bundeswehreinsatz in Syrien äußerten. Worauf gründet diese Aggressivität?

Dietmar Bartsch: Einmal wohl auf der Bilanz des Krieges gegen den Terror. Die Genannten wissen doch, dass sie zum Vorangehen in die falsche Richtung aufrufen. Im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika wurde Terror nicht beseitigt, sondern angestachelt. Zudem ist offenbar auch in der Bundesregierung klar, dass der Einsatz auf brüchigem Fundament steht. Ein ausreichendes UN-Mandat gibt es nicht. Eine politische Strategie ist nicht erkennbar, nicht einmal eine militärische. Für Syrien, den Irak, die Kurden-Gebiete gibt es keine politischen Konzepte. Nicht nur in Libyen haben wir gesehen, dass es nicht reicht, Diktatoren wegzubomben, ohne dass die Staaten und Völker eine Perspektive haben. Dann bleiben Chaos und Hoffnungslosigkeit. Und mehr Menschen werden zur Flucht gezwungen.

Kurz vor Weinachten triumphierte die rechtsextreme Front National bei den Regionalwahlen in Frankreich. Wie groß ist die Ansteckungsgefahr in Deutschland?

Sahra Wagenknecht: In der zweiten Runde der französischen Wahlen konnte die Front National zum Glück keine Region gewinnen. Das darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, wie groß der Zuspruch für diese gefährliche Partei in Frankreich inzwischen ist. Im ersten Wahlgang hatte die Partei von Marine Le Pen noch mit 27,7 Prozent die meisten Stimmen bekommen und lag damit knapp vor den Konservativen. Die Umfragewerte für die AfD zeigen, dass auch in Deutschland die Gefahr durch rechtspopulistische Parteien zunimmt. Ich bin mir aber nicht sicher, ob in diesem Zusammenhang von einer Ansteckungsgefahr gesprochen werden kann. Zentrale Ursachen dieser bedenklichen Entwicklung sind hausgemacht. Die Flüchtlingsbewegung macht das jahrelange Staatsversagen in Deutschland jetzt schonungslos sichtbar. Jetzt rächt es sich doppelt und dreifach, dass Städte und Gemeinden seit Jahren finanziell stranguliert worden sind. Schuld daran ist eine Politik, die öffentliche Aufgaben vernachlässigt hat, statt die notwendigen Mittel dafür über eine angemessene Besteuerung der Superreichen zu beschaffen. Um das Staatsversagen zu beenden, braucht Deutschland sofort eine soziale- und steuerpolitische Wende zum Wohle aller hier lebenden Menschen, damit die Schwächsten nicht gegen die Schwachen ausgespielt werden.

In Portugal haben die Sozialdemokraten gerade ein Regierungsbündnis mit Linken und Kommunisten geschlossen. Ist Mitte-Links das Zukunftsmodell, um den Vormarsch rechter und nationalkonservative Kräfte in Europa aufzuhalten?

Dietmar Bartsch: Es ist ein erfolgversprechendes Modell. Wie schwer es umzusetzen ist, zeigte sich im vergangenen Jahr. Wir waren solidarisch mit Griechenlands Syriza, konnten aber die Sozialdemokratie nicht dazu bewegen, in der Bundesregierung Nein zum Kurs der Nötigung und Erpressung zu sagen. Die Europäische Linke kam aus der wohlwollenden Zuschauerrolle kaum heraus. In Spanien war Podemos bei der Parlamentswahl zwar erfolgreich, doch die Linke ist gespalten und konnte so kein klares Nein zu einer antisozialen Kürzungspolitik erreichen. Portugals Linke fand immerhin aus der Spaltung zu einer Regierungsbildung. Es gibt Zeichen der Hoffnung, ob mehr daraus wird, hängt auch von uns ab. Wir müssen aktive Gesellschaftspolitik betreiben. Bloße Beifallsbekundungen reichen nicht und Besserwisserei führt erst recht zu nichts.

In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin stehen in diesem Jahr Landtagswahlen an, in Hessen und Niedersachsen Kommunalwahlen. Wie ist DIE LINKE aufgestellt?

Dietmar Bartsch: 2015 haben die Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg sowie kommunalpolitische Erfolge von Sassnitz über Nebra bis Marburg gezeigt, was DIE LINKE schaffen kann. Mit solchen Erfolgen sollten wir selbstbewusster umgehen. Bei den Treffen unserer Fraktion mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern oder mit Flüchtlingshelferinnen und -helfern war zu spüren, welche Energie unsere Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten haben. Da sind wir gut aufgestellt. Wenn unsere Bundestagsfraktion vernünftige Sozial- und Friedenspolitik macht, leistet sie den besten Beitrag für die Wahlkämpfe, denn dafür wird Rückenwind aus Berlin gebraucht.

2016 werden sich die Parteien warmlaufen für das Bundestagswahljahr. Alles deutet auf ein Duell zwischen Merkel und Gabriel hin. Welche Rolle wird DIE LINKE dabei einnehmen?

Sahra Wagenknecht: Wir werden deutlich machen, dass es ein Scheinduell ist. Zum einen ist nicht entscheidend, wer mit wem regiert, sondern ob endlich im Interesse der Bevölkerungsmehrheit eine andere Politik für mehr Frieden und soziale Sicherheit in diesem Land gemacht wird. Das ist weder mit Gabriel noch mit Merkel möglich. Die SPD unter Gabriel trägt die Kriegseinsätze der Bundeswehr mit, will keine Reichenbesteuerung und lässt sich beim unsäglichen TTIP, dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, vom eigenen Wirtschaftsminister übers Ohr hauen. Zum anderen hat Gabriel sich insgeheim längst mit der Rolle als Merkels Steigbügelhalter abgefunden.
Kein Wunder, dass selbst ein großer Teil der SPD-Wähler Gabriel nicht direkt zum Kanzler wählen würde. Ein echtes Duell sieht anders aus. Die eine Seite müsste dabei aus Überzeugung für eine soziale Wende und eine konsequent friedliche Außenpolitik eintreten. Wenn es einmal einen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten gibt, der glaubwürdig dafür eintritt, wird DIE LINKE ihn unterstützen. Solange dies nicht der Fall ist, werden wir mit anderen außerparlamentarischen Gruppen und Teilen der Gewerkschaften allein dafür kämpfen.

DIE LINKE macht natürlich Wahlkampf für sich. Aber wird sie dabei umhinkommen, den Menschen eine realisierbare Alternative zu weiteren vier Jahren Kanzlerschaft von Angela Merkel aufzuzeigen?

Sahra Wagenknecht: DIE LINKE stellt keine unrealistischen Forderungen oder Bedingungen. Wir sind aber auch kein Kanzlerwahlverein, sondern wollen die Politik in diesem Land verändern. In unserem Programm sind klare Haltelinien definiert, d.h. wir beteiligen uns an keiner Regierung, die Kriege führt, die Sozial- oder Personalabbau betreibt oder öffentliches Eigentum verschleudert.

Machen Sie sich schon ein wenig Sorgen darum, dass die SPD 2021 aus weiteren vier Jahren Koalition mit der Union so geschwächt hervorgeht, dass Sie R2G dauerhaft abschreiben müssen?

Dietmar Bartsch: Ich muss mich nicht um die SPD, sondern ich muss für eine Politik sorgen, die sich den wirklichen Herausforderungen stellt: Wie kommen wir endlich zu einer gerechten Verteilung von Einkommen und Reichtum in unserem Land und weltweit? Wie beseitigen wir global Fluchtursachen? Wie gehen wir verantwortungsbewusst mit der Chance um, die die Pariser Klimakonferenz eröffnet hat? Wie bekommen wir Gerechtigkeit und Ökologie unter einen Hut? Wie meistern wir die Digitalisierung? Dazu müssen wir Antworten finden und dafür müssen wir um Mehrheiten kämpfen. Gut – und für einen Erfolg letztlich nötig – wäre, fänden wir dafür in der SPD, die sich aus den Klauen der CDU befreien muss, eine Partnerin.

„Flüchtlinge" war zum Wort des Jahres 2015 gewählt worden. Welches wünschen Sie sich für 2016?

Sahra Wagenknecht: Frieden. Solidarität und Wohlstand für alle.

Dietmar Bartsch: Nach fünf Landtags- und zwei Kommunalwahlen in diesem Jahr wäre doch „Linkswende" ein schönes Wort. Über „Geschafft!" könnte ich mich auch freuen, wenn damit Integration gemeint ist und nicht Abwehr oder Ausgrenzung.

Die Fraktion DIE LINKE hat Ende 2015 einen Generationswechsel in der Führung vollzogen. Frische Kraft also für den Start ins neue Jahr. Was werden die Schwerpunkte in den ersten Monaten sein?

Dietmar Bartsch: Auf unserer Fraktionsklausur im November waren wir uns einig im Grundverständnis moderner linker Politik und haben festgestellt: Wir brauchen einen sozialen Neubeginn, eine wirtschaftspolitische Wende, effektiven Klimaschutz und die Rückkehr zu einer Außenpolitik, die auf Frieden und Dialog statt auf Waffenexporte und militärische Abenteuer setzt. Damit ist unser Arbeitsprogramm umrissen. Oppositionspolitik wird für uns auch weiter heißen, die regierende Große Koalition zu attackieren und eigene politische Konzepte auf den Tisch zu legen.

Sahra Wagenknecht: Das ist richtig. Die Doppelspitze ist für die Fraktion die richtige Lösung und wir werden den Schwung des Wechsels in den nächsten Monaten insbesondere dafür nutzen, um das andauernde Staatsversagen der Großen Koalition noch deutlicher anzuprangern. Die Bundesregierung hat nichts im Griff – sie ist selbst Teil des Problems, in der Flüchtlingskrise, bei der Bekämpfung von Fluchtursachen, Terrorismus und Krieg ebenso wie bei der Sozial- und Kommunalpolitik, wo sie hilflos versucht, Löcher zu kitten, die sie selbst über Jahre verursacht hat. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Politikverdrossenheit ist es besonders wichtig, dass wir als LINKE den Menschen deutlich machen, dass wir für eine soziale und demokratische Alternative kämpfen. Dieses Land und alle hier lebenden Menschen brauchen eine andere Politik. Daswerden wir bei jeder Gelegenheit im Bundestag deutlich machen. Die Menschen sollen wissen: Wir stehen für eine andere Politik, und zwar aus Überzeugung.

Aus Überzeugung: Für ein gerechtes Deutschland, ein soziales Europa und eine friedliche Welt

Rede von Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, bei der abschließenden Lesung zum Bundeshaushalt 2016, 25. 11. 2015, aus: www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir alle stehen unter dem Eindruck der Attentate von Paris. Sie haben uns alle schockiert. Die Attentäter haben wahllos getötet, egal ob Christen, Juden, Muslime, Ungläubige, Franzosen, US-Amerikaner, Deutsche, Künstler, Arbeitslose oder Studierende. Wir alle sind verletzbar. Wir alle verurteilen diese barbarischen Terroranschläge. Diese Mörder haben kein staatliches Symbol angegriffen, sondern den Alltag. Es wurden junge Menschen getroffen, die in Stadtteilen lebten, die für Weltoffenheit, Toleranz und Lebensfreude stehen. Unsere Trauer und unser Mitgefühl gelten den Opfern.

In das Entsetzen über die Anschläge mischt sich aber auch Hoffnung. Viele Menschen, darunter sehr viele Jugendliche, haben Blumen vor Botschaften niedergelegt und Kerzen aufgestellt. Ich habe das hier in Berlin gesehen; auch in Paris waren das sehr viele. Diese Tausende jungen Menschen stellen die Hoffnung für Europa dar. Sie wollen und werden sich ihren Alltag, ihre Freude in den Fußballstadien und bei Musik und Tanz nicht kaputtmachen lassen. Das ist die Hoffnung für Europa und die Welt.

Diese jungen Menschen finden wir auch hier, in allen Fraktionen. Deshalb muss unsere Antwort sein: mehr Offenheit und mehr Demokratie, mehr Leben und mehr Freiheit. Die Feinde der offenen Gesellschaft kann man nur mit mehr Offenheit erfolgreich bekämpfen. Wir brauchen mehr Menschlichkeit, mehr Integration und Teilhabe.

Wir alle spüren, dass wir uns an einem Punkt befinden, wo es sich entscheidet, wie es in Deutschland, Europa und der Welt weitergeht. Gestern das Attentat in Tunis, die Anschläge in Bamako, in Beirut und auf das russische Flugzeug über dem Sinai – die Tränen, die für alle Opfer vergossen werden, sind gleich. Mit dem Anschlag in Paris ist der Terror des sogenannten „Islamischen Staates" ein weiteres Mal vor unserer Haustür angekommen.

Es ist menschlich nachvollziehbar, wenn angesichts der Toten und der schrecklichen Ereignisse Gefühle von Ohnmacht, Wut, Verzweiflung aufkommen. Und ja, Überlegungen sind nötig, wie man den für diesen Terror Verantwortlichen konsequent das Handwerk legen kann. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bomben auf Rakka sind keine Strategie. Terror bekämpft man nicht mit Krieg. Es gibt keine militärische Lösung für den Kampf gegen den Terror. Die Spirale der Gewalt liefert den Terroristen immer neue Attentäter. Jeder im Bombenhagel getötete Zivilist bringt gegebenenfalls zehn neue Selbstmordattentäter hervor. Deshalb sage ich Ihnen, Frau Merkel: Wenn Sie heute zu Herrn Hollande fahren, gilt: Solidarität ja, aber keine Tornados. Das ist nicht der Weg.

Haben Sie eigentlich nichts aus Afghanistan gelernt? Auch dort wird es keinen militärischen Sieg über die Taliban und über den Terrorismus geben. Über 50 deutsche

Bundeswehrsoldaten sind gestorben, viele Milliarden wurden dort versenkt, Tausende tote Zivilistinnen und Zivilisten sind zu beklagen – und jetzt wollen Sie den Einsatz verlängern und das Kontingent noch einmal aufstocken? Es ist doch völlig irre, wenn das Auswärtige Amt auf der einen Seite eine Reisewarnung für Afghanistan herausgibt und die Regierung auf der anderen Seite zur gleichen Zeit wegen der Sicherheitslage die Anzahl der Soldaten aufstocken will und überlegt, Teile Afghanistans zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Das ist doch absurd. Wir müssen aus Afghanistan Schlussfolgerungen für unser heutiges Agieren ziehen.

Im Angesicht des Terrors muss die Politik einen kühlen Kopf bewahren, besonnen und entschlossen handeln. Es ist der Kampf mittelalterlicher Barbarei gegen Menschlichkeit, gegen die Zivilisation, gegen die Werte der Aufklärung, gegen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Ja, Antworten müssen wir alle geben. Da kann ein Gedanke von Nietzsche vielleicht hilfreich sein:

„Wer mit Ungeheuern kämpft, mag zusehen, dass er nicht dabei zum Ungeheuer wird."

Vielleich kann Norwegen für uns ein Beispiel sein. Die Norweger haben nach dem Wahnsinn des Herrn Breivik mit mehr Offenheit und mehr Liberalität agiert.

Natürlich müssen wir die Frage stellen: Warum ist die Lage so? Die Versuche der NATO-Partner, unliebsame Regierungen im Irak und in Libyen aus dem Weg zu räumen, haben zur politischen Destabilisierung in den betroffenen Ländern beigetragen und einen fruchtbaren Boden für die Entstehung terroristischer Strukturen geschaffen. Noch vor wenigen Jahren war der „Islamische Staat" doch vergleichsweise schwach. Er ist ein direktes Ergebnis des Irakkriegs der Vereinigten Staaten. Jetzt ist der IS die mächtigste und reichste Terrororganisation der Welt.

Was ist zu tun? Erstens muss man natürlich auf Diplomatie setzen, nicht bezogen auf den IS. Aber die fünf Ständigen Sicherheitsratsmitglieder dürfen nicht gegeneinander agieren, sondern müssen trotz aller sonst unterschiedlichen Sichtweisen miteinander agieren. Der Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien muss in grundsätzlicher Art und Weise angegangen werden. Und natürlich brauchen wir auch ein Perspektivkonzept: Was soll mit Syrien werden? Was soll mit Irak werden? Was soll mit den Kurdinnen und Kurden werden?

Zweitens. Wir brauchen dringend ein konsequentes Waffenembargo für die Krisenregion, vor allen Dingen gegen die Unterstützerländer des IS, gegen Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Keiner weiß, wohin die Waffen gehen.

Es ist doch völliger Irrsinn, wenn an dem Tag, an dem die Verschärfung des Asylrechts in Deutschland beschlossen wird, Kampfpanzer Leopard 2 nach Katar exportiert werden. Das ist doch wirklich Irrsinn. Die Schiffe, die Sie dort hinschicken, können Sie gleich da lassen, um Flüchtlinge einzusammeln; denn das wird neue Flüchtlingsströme produzieren. Das ist Irrsinn. Wir können nicht zusehen, wenn damit Geld verdient wird. Wenn Vertragsstrafen anfallen, dann fallen sie eben an. Das muss uns der Frieden wert sein.

Drittens. Der Kampf gegen den Terror kann nur gelingen, wenn die Finanzierungs- und Einnahmequellen des IS trockengelegt werden. Die Ölquellen und die Ölschmuggelwege sind eine der Grundlagen des IS. Täglich zieht er 2 Millionen Dollar aus dem Ölhandel. Das läuft vor allen Dingen über die Türkei. Auch die internationalen Finanzströme müssen gekappt werden, und die Konten müssen gesperrt werden.

Ein Wort zur Türkei: Die Türkei wird mit Sicherheit bei der Lösung der Flüchtlingsfrage gebraucht; aber sie war auch über Jahre ein Transitland des Terrorismus. Erdogan agiert in seinem Land undemokratisch. Die Kurden kämpfen gegen den IS, und die Türkei bombardiert die Kurden. Wir müssten den Kurden für ihren Kampf gegen den IS dankbar sein. Das wäre die richtige Haltung. Da muss Druck auf Herrn Erdogan ausgeübt werden.

Der Abschuss des Flugzeuges kann die Spannungen in dieser Region natürlich nur erhöhen.

Zum Thema Flüchtlinge: Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 war eine Antwort der Völker auf die verheerenden Folgen und das millionenfache menschliche Leid im Ergebnis des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Zweiten Weltkrieges. Wir Deutschen haben auch 70 Jahre nach dem Ende des Krieges gegenüber flüchtenden Menschen eine besondere Verantwortung. Flüchtlinge sind die Botschaft der Kriege und des Elends dieser Welt. Deswegen kann unsere Botschaft nur lauten: Wir helfen. – Hören Sie doch alle auf die Botschaften der Kirchen in Deutschland. Die sollten für uns Maßstab sein. Ja, Union, da müssen Sie durch. Dass ich Ihnen das sagen muss, zeigt, wie es um Sie steht.

Ich will einmal aus dem Matthäusevangelium zitieren, Herr Kauder:

„Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen …"

Das ist menschlich. – Im Übrigen heißt das heute übersetzt: Wir schaffen das. Ich füge hinzu: weil wir es können.

Zugleich ist es natürlich überfällig, dass die Bundesregierung endlich einmal sagt, wie sie es schaffen will. Die Herausforderungen sind lösbar. Das kostet Anstrengungen, Geld und Geduld. Aber Sie mit Ihrem Chaosbild werden es nicht schaffen. Dieses Fahren auf Sicht ist in dieser Situation eben nicht die richtige Strategie. Wir brauchen zuallererst eine Haltung zu der Flüchtlingsfrage. Diese ist Ihnen offensichtlich abhanden gekommen.

Verantwortliche in den Ländern und in den Kommunen, viele Hilfsorganisationen, die Bundespolizei, das THW und Zigtausende ehrenamtliche Helferinnen und Helfer kümmern sich um die Flüchtlinge, leben eine überzeugende Willkommenskultur. Das hat im praktischen Leben übrigens überhaupt nichts mit Parteizugehörigkeit zu tun. Mitglieder aller hier im Bundestag vertretenen Parteien engagieren sich dort.

Ich will im Übrigen auch feststellen – das sollte klar ausgesprochen werden: Die meisten Flüchtlinge kommen in Bayern in Deutschland an. Dort sind die Herausforderungen besonders groß. Von der Bevölkerung und auch von den Behörden in Bayern wird Großartiges geleistet. Allen, die sich in dieser Weise engagieren, gebührt ausdrücklich der Dank dieses Hauses und allerhöchste Würdigung. Aber in völlig inakzeptablem Gegensatz dazu steht das unverantwortliche Agieren von Politikern der CSU.

Ich zitiere einmal Horst Seehofer – ich könnte den Rest meiner Redezeit mit CSU-Zitaten füllen: „Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren – bis zur letzten Patrone."

Er nimmt auch gerne einmal den NPD-Spruch in den Mund: „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt." Herr

Söder hat den wahnsinnigen Satz gesagt: „Seit heute Morgen um 9 Uhr wird geklagt“. Meine Damen und Herren, wo leben wir eigentlich, wenn so etwas möglich ist?

Wenn ich mir anschaue, wie auf dem CSU-Parteitag mit der Kanzlerin umgegangen worden ist, muss ich sagen: Sie haben da jegliche bürgerliche Anstandsform verletzt. Ich habe mir das mit jungen Leuten angesehen. Die haben gesagt: Was hat denn der Seehofer eingeworfen? Das kann doch nicht wahr sein! – Was ist eigentlich die politisch-moralische Geschäftsgrundlage dieser Koalition, meine Damen und Herren?

Es muss Schluss sein mit den verantwortungslosen Gedankenspielen und den verbalen Entgleisungen von Seehofer und Söder! Es ist doch niederträchtig, Flüchtlinge in die Nähe von Mörderbanden zu stellen. Die verbalen Entgleisungen befördern Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Es stimmt einfach: Das Umfragehoch der AfD ist ohne Söder und Seehofer nicht erklärbar.

Nötig ist entschlossenes Handeln aller politisch Verantwortlichen, aller Demokraten gegen Rechtsextremismus. Aber es ist kein Brandanschlag endaufgeklärt. Es ist kein Täter zur Verantwortung gezogen worden. Ich will an den Mordanschlag auf Henriette Reker erinnern. Sie steht für die vielen, die dem rechten Alltagsterror trotzen und jeden Tag Mitmenschlichkeit zeigen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Rechtsextremisten, alte und neue Nazis, im Internet und auf Demos ausländerfeindliche Parolen verbreiten, zu Mord – ob nun mit Galgen oder Guillotine – aufrufen können und keiner zur Verantwortung gezogen wird.

Ja, das Tempo und die Effizienz bei der Bearbeitung der Flüchtlingsfrage sind unzureichend. Ich will Sie an Ihren Koalitionsvertrag erinnern. Da steht: drei Monate Bearbeitungszeit. – Aktuell sind es fünfeinhalb. In einigen Ländern dauert die Bearbeitung über ein Jahr. In keinem einzigen europäischen Land dauert das so lange. Wir haben in unserer Fraktion unlängst mit Kommunalpolitikern, mit Oberbürgermeistern und Landräten aus West und Ost, geredet. Sie alle haben klar gesagt: Ja, wir können das hinbekommen. Aber wir brauchen geordnete Verfahren: bei der Registrierung der Flüchtlinge, bei der Bearbeitung der Anträge und bei unverzüglichen Maßnahmen zur Integration. – Wer hat denn all die Jahre zum Beispiel die Bundespolizei so heruntergespart? Wer hat denn den unglaublichen Abbau im öffentlichen Dienst zu verantworten? Wer hat so lange gezögert, beim BAMF die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen? Das waren immer Sie von der Union! Sie waren immer in der Regierungsverantwortung!

Wir brauchen ein Flüchtlingsaufnahmegesetz, das bundesweit einheitliche Standards und Verfahren festlegt. Ein Element muss die Übernahme aller Unterbringungs- und Versorgungskosten durch den Bund für die Dauer des Asylverfahrens und eine Übergangszeit sein. Das, was Sie gemacht haben, die Anrechnung von Kosten für Sprach- und Integrationskurse auf das Existenzminimum, ist ein verheerendes Signal. Asylsuchenden muss schneller Zugang zu Sprachkursen verschafft werden. Die gezielte Eingliederung in Arbeit wird die Zukunftsaufgabe für eine erfolgreiche Integration. Ich meine, auch die Attentäter von Paris sind doch Ergebnis gescheiterter Integration und gescheiterter Politik; auch das müssen wir aussprechen.

Natürlich kann die Flüchtlingsfrage nur europäisch beantwortet werden. Europa versagt in der Flüchtlingsfrage. Es mangelt an europäischer Einigung, es mangelt an europäischer Solidarität. Ich bin im Übrigen der Überzeugung: Die Zukunft Europas entscheidet sich daran, wie Europa die Herausforderungen durch die Flüchtlinge meistert; das ist die Zukunftsfrage. Europa muss modernisiert und auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt werden. Da sollte Deutschland Führung zeigen, Führung in Menschlichkeit.

Wenn ich mir anschaue, wie Sie im Haushalt zum Beispiel mit dem Thema Entwicklungspolitik umgehen, stelle ich aber fest: Seit Jahrzehnten haben wir das Ziel 0,7 Prozent. Sie machen viel zu wenig. Wir liegen immer noch bei 0,4 Prozent. Die Steigerung im Verteidigungsetat ist größer als die in der Entwicklungspolitik. Was ist denn das für eine Politik, meine Damen und Herren?

Deutschland befindet sich an einem Punkt, an dem sich entscheidet, wie es in unserem Land weitergeht, welche Perspektiven wir haben. Diese Große Koalition allerdings hat kein Konzept, wie Deutschlands Zukunft zu gestalten ist. Sie agieren hilflos, planlos und ziellos. Jeden Tag wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Vor allen Dingen versuchen Sie jetzt – das stört uns besonders -, die Schwächsten gegen die Schwachen auszuspielen. Frau Merkel, beenden Sie endlich die unsägliche Diskussion, ob es neue Ausnahmen beim Mindestlohn geben sollte! Nein, wir müssen die bisherigen Ausnahmen einschränken; sonst ist das das Einfallstor für prekäre Beschäftigung. Neben der Tatsache, dass der Mindestlohn wichtig ist: Es gibt auch 2 Millionen Solo-Selbstständige, von denen viele in der Land- und Forstwirtschaft und im Kommunikations- und Informationsgewerbe tätig sind. Sie brauchen ebenfalls ein auskömmliches Einkommen. Vielleicht ist ein Mindesthonorar der richtige Weg dorthin.

Seit Jahren driftet unsere Gesellschaft auseinander. Die Ungleichheit wächst; den wirtschaftlichen und politischen Eliten ist der Wertekompass abhanden gekommen. Ich will nur drei Kürzel nennen: DFB, VW, BND. Diese Kürzel sind Synonyme für windige Geschäfte, Manipulation und offenen Betrug. Das alles ist doch gar nicht denkbar gewesen. Wer hätte denn vor Jahren geglaubt, dass das bei einem Staatskonzern wie VW möglich ist? Zur selben Zeit, als die Kanzlerin sagte, unter Freunden spioniere man nicht, hat der BND Freunde ohne Ende ausspioniert. Was beim DFB passiert ist, ist genauso ein Skandal. Im Übrigen: Herr Winterkorn bekommt jetzt von VW 100 000 Euro Rente im Monat. Das ist doch absurd. Wo sind denn die Werte in diesem Land hingeraten?

Ein Land, in dem die Kinderarmut wächst, während den Reichsten erlaubt wird, ihr Geld in Steueroasen zu bunkern, wird die aktuellen Herausforderungen nicht bewältigen. Diese Regierung erweist sich als unfähig, die aktuellen Probleme anzupacken und das Land sozial zu modernisieren. Deutschland ist ein so reiches Land; aber Sie fahren das Land seit Jahren auf Verschleiß. Ihr manisches Verhältnis zur schwarzen Null ist einer der Gründe, warum wir die Herausforderungen nur mühsam anpacken. Mit der schwarzen Null machen Sie Schulden bei den nächsten Generationen. Es ist politisches Versagen, dass in diesem Land Kinder in Armut leben müssen und dass die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die von der Grundsicherung leben, weiterhin steigt. Ist Ihnen eigentlich nicht aufgefallen, wie viele alte Menschen hier in Berlin in Mülltonnen nach leeren Flaschen suchen?

Ich könnte die Liste der Schäbigkeiten unendlich fortsetzen. Deswegen brauchen wir ein Investitionsprogramm für

unser Land. Deswegen sollten wir die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik von 3,9 Milliarden Euro auf 5,6 Milliarden Euro aufstocken. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist eine Zukunftsfrage.

Daneben müssen wir ab sofort mindestens 200 000 Sozialwohnungen jährlich bauen. Das Deutsche Studentenwerk hat dazu aktuell eine entsprechende Forderung gestellt. Wir sollten die Länder mit 1,5 Milliarden Euro dabei unterstützen.

Wenn Sie sagen, das alles sei nicht finanzierbar, dann kann ich nur sagen: Das ist ein irrer Vorwurf. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in nahezu keinem Land Europas so groß wie in unserem Land. Die 500 reichsten Familien verfügen über ein Vermögen von 615 Milliarden Euro. Das ist zweimal ein Bundeshaushalt. Für diesen Irrsinn gibt es vor allen Dingen einen Grund: Wie der Teufel das Weihwasser fürchtet, sträuben Sie sich dagegen, den Reichtum dieses Landes gerechter zu verteilen. Mit einer gerechten Steuerpolitik könnten wir jährlich Milliarden einnehmen. Das geht allerdings nicht ohne eine Umverteilung von oben nach unten.

Wir fordern eine wirkliche Reform der Erbschaftsteuer. Ihr komisches Reförmchen reicht hier nicht. In Großbritannien müssen die Superreichen sechsmal so viel berappen wie in Deutschland. In Kanada und in den USA ist es das Fünffache. Alle diese Länder sind nicht verdächtig, den demokratischen Sozialismus einführen zu wollen. Hier wird deutlich, welche Privilegierung von sehr Reichen wir uns leisten. Angesichts der gesellschaftlichen Handlungsbedarfe lässt sich das überhaupt nicht rechtfertigen.

Von 2015 bis 2024 werden in Deutschland insgesamt 3,1 Billionen Euro vererbt; aber in dieser Koalition kommt niemand auf die Idee, dort irgendetwas zur Finanzierung des Gemeinwohls abzuholen. Ich sage Ihnen: Niemand von der Linken will Unternehmen gefährden; das ist überhaupt nicht der Punkt. Es geht um Privatvermögen. Auch eine Vermögensabgabe in Form der Millionärsteuer auf Privatvermögen wäre eine richtige Maßnahme. Es ist längst an der Zeit, die Milliardäre und die Millionäre in Deutschland stärker zur Finanzierung der Aufgaben des Gemeinwohls heranzuziehen.

In aller Klarheit: Die teuersten Flüchtlinge in Deutschland sind die Steuerflüchtlinge, die Konzerne und die Superreichen, die mit unendlich vielen Tricks und, von Finanzämtern selten kontrolliert, die öffentliche Hand in Deutschland jedes Jahr um bis zu 100 Milliarden Euro prellen. Meine Damen und Herren, da sollten Sie ran! Da müssen Sie etwas tun. Es ist in unserem Land genügend Geld da, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu bewältigen.

Sie haben in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben: „Deutschlands Zukunft gestalten". In der Realität steht die Große Koalition immer mehr für ein schwarzes Loch. Sie gestalten nicht, Sie verwalten nur noch. Sie sind vor allen Dingen mit sich selbst beschäftigt. Damit es den Menschen in unserem Land besser geht, braucht es einen sozialen Aufbruch. Dazu brauchen wir Mut; da bedarf es einer Haltung. Das sehe ich bei Ihnen leider nicht.

Herzlichen Dank.

„Es ist eine Lüge, dass dieser Kriegseinsatz den IS schwächen wird"

Rede von Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, in der Bundestagsdebatte am 04.12.2015 über den Syrien-Einsatz der Bundeswehr, aus: http://www.linksfraktion.de

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin!

Bei der bewegenden Trauerfeier vor einer Woche in Paris zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge wurde das Lied *Quand on n'a que l'amour* des großen Chansonniers und Pazifisten Jacques Brel gesungen, das in krassem Kontrast zur Kriegsrhetorik des französischen Präsidenten stand.

Quand on n'a que l'amour
Pour parler aux canons …

Wenn man nur die Liebe hat, um zu den Kanonen zu sprechen. – Das ganze Lied ist eine Hommage an die Liebe, an den Frieden und eine klare Absage an Gewalt und Krieg. Die Zeremonie wurde auch hier in Deutschland übertragen. Ich wünschte, Sie alle, die heute zustimmen wollen, hätten dieses Lied gehört und seine Botschaft verstanden.

Vor genau drei Wochen sind in Paris 130 Menschen einem barbarischen Terrorakt zum Opfer gefallen. Die Täter waren nahezu ausschließlich französische und belgische Staatsbürger, aufgewachsen in den verwilderten Vorstädten von Brüssel und Paris. Und jetzt stellen Sie sich hin und sagen, dass wir den IS dadurch schwächen und bekämpfen, dass wir ebenso unschuldige Menschen, Frauen und Kinder in Rakka und anderen syrischen Städten, bombardieren und dadurch töten. Was ist denn das für ein Wahnsinn? Ich frage Sie: In welchem Jahrhundert leben wir eigentlich?

Wenn Sie hier sagen, Sie haben sich das gar nicht leicht gemacht und darüber nachgedacht und wir, die wir Nein sagen, hätten keinen Plan, wie man das anders machen kann, dann sage ich: Doch, es gibt einen anderen Plan. Es gibt nur einen anderen Plan. Krieg macht alles nur noch schlimmer. Sie bekämpfen den IS dadurch nicht. Sie werden ihn stärken mit diesem Einsatz.

Rakka ist eine Stadt mit 200 000 Einwohnern. Bei den letzten Bombardements wurden Krankenhäuser und Schulen getroffen. Es gibt keine offiziellen Zahlen über die Opfer, aber man kann fest davon ausgehen, dass allein der Bombenkrieg der letzten drei Wochen in Syrien mehr Zivilisten getötet hat als die barbarischen Anschläge in Paris. Und auch die Mütter von Rakka weinen um ihre Kinder. Auch Bombenkrieg ist Terror.

Wollen die kriegführenden Staaten wirklich in einen Wettstreit mit dem IS treten, wer sich aufs Morden besser versteht? Wer das tut, der hat doch schon verloren.

Der französische Wirtschaftsminister Macron hat nach den Anschlägen gesagt, die französische Gesellschaft sei „für den Nährboden" verantwortlich, auf dem der Terror gedeihen kann. Gegen das „Gleichheitsversprechen" – alles Zitat Macron – der französischen Republik werde tagtäglich verstoßen. „Wir haben die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten beendet", sagte er.

Sie behaupten, Sie wollen mit Frankreich solidarisch sein. Ich frage Sie: Mit welchem Frankreich? Mit dem der politischen Klasse, das auch schon in der Vergangenheit schlimmste Kriege verantwortet hat – ich erinnere nur an den in Algerien –, oder mit der französischen Bevölkerung, die vor allem in Frieden und Sicherheit leben will?

Ich sage Ihnen: Wenn Sie echte Freundschaft und echte Solidarität mit Frankreich wollen, dann sollten Sie beispielsweise aufhören, diesem Land über Brüssel eine Austeritätspolitik aufzuzwingen, die immer mehr junge Menschen ihrer Zukunft beraubt. Das wäre echte Solidarität. Da könnten Sie mal einen Schritt vorangehen.

Deshalb noch einmal: Es ist eine schlichte Lüge, dass dieser Kriegseinsatz den IS schwächen wird. Das ist auch der Unterschied zum Kampf der kurdischen Verbände vor Ort.

Vielleicht konnte man vor 14 Jahren noch glauben, dass sich das Problem des Terrorismus durch Bombenkriege lösen lässt, aber heute doch nicht mehr nach all den Erfahrungen, die gemacht wurden. 2001 haben Sie entschieden, die Bundeswehr nach Afghanistan zu schicken. Seit 14 Jahren wird dort ein Krieg geführt, dem Tausende Zivilisten und auch über 50 Bundeswehrsoldaten zum Opfer gefallen sind. Und was ist das Ergebnis? Heute haben die Taliban in Afghanistan mehr Rückhalt in der Bevölkerung als je zuvor. Dieser ganze Krieg war ein einziger großer Fehlschlag. Sie könnten das ruhig selbst mal zugeben.

2003 ist Bush mit seiner „Koalition der Willigen" in den Irak einmarschiert. Saddam Hussein wurde gestürzt. Sechs Monate später gründete sich der „Islamische Staat", und heute beherrscht er den halben Irak. 2011 wurde Libyen bombardiert. Gaddafi wurde gestürzt. Seither herrscht Chaos, und der „Islamische Staat" hat sich auch in Libyen etabliert. Und das Gleiche in Syrien. Das Pentagon hat doch vor kurzem selbst zugegeben, dass diverse islamistische Terrorgruppen und anfänglich sogar der IS von den USA unterstützt wurden, um Assad zu schwächen. Das ist doch die traurige Wahrheit: Es war der Westen, und es waren vor allem die Vereinigten Staaten, die das Monster geschaffen haben, das uns alle heute in Angst und Schrecken versetzt. Das ist die Wahrheit; die wollen Sie nicht hören. Aber es ist das Produkt unserer Kriege, der westlichen Kriege in dieser Welt.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Janecek zu?

Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Bitte schön.

Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Kollegin Wagenknecht, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. – Auch ich werde wie Sie gegen diesen Einsatz stimmen. Aber ich frage mich doch sehr, ob Sie in Ihrer Argumentation nicht etwas einseitig agieren.

Sie beklagen zu Recht die zivilen Opfer bei den Luftschlägen in Rakka. Was ist aber mit den Luftschlägen der russischen Seite, zum Beispiel in der Region von Homs? Ich kenne einen syrischen Flüchtling, der genau in dieser Region seine Familie hat und darüber klagt, dass die russischen Bomber seit Mitte September hier massive Einsätze mit vielen Opfern fliegen. Dazu kommt kein Wort von Ihnen, kein Wort auch von Herrn Bartsch in der Debatte letzten Mittwoch.

(Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE): Gerne! Gerne! Überhaupt kein Problem!)

Sind Sie da auf einem Auge blind, dass Sie den Westen für alles verantwortlich machen, aber die verheerenden Einsätze der Russen nicht in diesen Kontext stellen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Sevim Dağdelen (DIE LINKE): Wer lesen kann, ist im Vorteil!)

Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Ich finde es ja wirklich beeindruckend, dass Sie alle klatschen, wenn jemand die zivilen Opfer der russischen Bomben anspricht.

Selbstverständlich sind diese Opfer genauso tragisch wie die Opfer der Bomben der Franzosen, wie die Opfer der Bomben der Amerikaner, wie die Opfer aller anderen Bomben. Dieser Bombenkrieg ist das falsche Mittel. Bomben schaffen keinen Frieden, egal ob sie von Russland, egal ob sie von den USA, egal ob sie von Frankreich abgeworfen werden. Das haben wir überall so gesagt. Ich habe gestern auf einer Demonstration hier vor dem Reichstag gesprochen, zu der wir mit eingeladen hatten. Ich habe dort genau das Gleiche gesagt.

Es ist doch unehrlich: Sie klatschen und sagen, dass diese Opfer falsch sind – das ist auch in die Presse gekommen, aber Sie stimmen heute einem Militäreinsatz zu, der ganz viele weitere Opfer mit sich bringen wird. Das ist doch einfach verlogen. Wenn Sie gegen Bomben sind und wenn Sie die russischen Bomben verurteilen, dann reichen Sie, bitte schön, nicht mit Ihren Tornados die Hand dafür, dass dort andere Bomben fallen und Zivilsten töten. Das wäre konsistent, das wäre konsequent. Dann hätte ich auch Respekt vor Ihnen.

Natürlich: Ich weiß sehr gut, dass Assad ein Diktator ist, der sein Land brutal unterdrückt. Aber ich weiß genauso gut, dass es in Washington noch nie um Demokratie und Menschenrechte ging, wenn in selbstherrlicher Arroganz darüber entschieden wurde, welche Diktatoren dieser Welt gestützt und hochgerüstet und welche Diktatoren destabilisiert und gestürzt werden sollen. Es ging doch bei all diesen Kriegen nie um etwas anderes als um Gas, um Öl und um Einflusssphären. Für solche Ziele haben mittlerweile 1,3 Millionen Menschen mit ihrem Leben bezahlt.

(Henning Otte (CDU/CSU): Alles Klischees!)

Klischees? 1,3 Millionen Menschenleben, und Sie reden von Klischees? Dieser Zwischenruf kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein! Ich finde das wirklich ungeheuerlich.

Es waren diese Kriege, die den Nahen und Mittleren Osten in einen Brandherd verwandelt haben, aus dem heute Millionen Menschen um ihres nackten Überlebens willen fliehen. Es ist ein großes Versagen der europäischen Politik, den USA bei ihren Kriegen viel zu lange die Hand gereicht und den Rücken freigehalten zu haben.

2001, als der sogenannte Krieg gegen den Terror begann, gab es weltweit einige 100 international gefährliche Terroristen. Heute, nach 14 Jahren des sogenannten Antiterrorkrieges, sind es Hunderttausende. Wollen Sie, dass es Millionen werden? Dann müssen Sie genau so weitermachen und die Spirale aus Krieg und Gewalt immer weiter antreiben.

Im Jahr 2000 kamen weltweit 3000 Menschen bei Terroranschlägen ums Leben. Im letzten Jahr waren es schon 30000. Sie wissen ganz genau, dass Sie mit der heutigen Entscheidung natürlich auch die Anschlagsgefahr in

Deutschland erhöhen. Nein, ich sage Ihnen: Wer den IS wirklich schwächen will, der muss ihn von Waffen, Finanzen und Nachschub an neuen Kämpfern abschneiden.

Das heißt, er muss die Courage haben, den Terrorpaten unter Ihren vermeintlichen Verbündeten, also der Türkei und den Saudis, endlich das Handwerk zu legen. Es ist doch ungeheuerlich, dass der Ölschmuggel über die türkische Grenze bis heute nicht unterbunden ist und jede Nacht 100 neue Dschihadisten – zurzeit sind es noch mehr – diese Grenze überqueren, die den Nachschub des IS bilden. Ich finde, statt Syrien zu bombardieren, sollten Sie lieber mal Erdogan dazu bringen, endlich sein falsches Spiel zu beenden. Es ist übrigens auch dieser Erdogan, der die kurdischen Gruppen, die dort wirklich tapfer kämpfen, bombardiert, nicht zuletzt auch mit deutschen Waffen. Das ist doch der Skandal. Das ist die ganze Verlogenheit dieser Politik.

Hören Sie auf, Waffen an Saudi-Arabien und Katar zu liefern! Wir legen heute einen Entschließungsantrag zum sofortigen Stopp der Waffenexporte an Saudi-Arabien, Katar, die Türkei und die Kriegsregion vor. Wer diesem Entschließungsantrag seine Stimme verweigert, der soll bitte nie wieder von sich behaupten, er wolle den islamistischen Terror schwächen. Das ist dann nämlich wirklich pure Heuchelei. Wer heute zustimmt, der führt Deutschland in einen Krieg mit völlig unkalkulierbaren Eskalationsgefahren,

> (Volker Kauder (CDU/CSU): Es reicht jetzt! – Gegenruf der Abg. Katja Kipping (DIE LINKE): Nein, es reicht noch lange nicht! – Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE): Das müssen Sie sich schon anhören, Herr Kauder!)

in einen Krieg, für den es kein Mandat der Vereinten Nationen gibt, der völkerrechtswidrig ist und klar dem Grundgesetz widerspricht; denn weder Frankreich noch Deutschland werden in Rakka und Aleppo verteidigt. Wer heute zustimmt, der schickt unsere Soldaten in einen Krieg, in dem bereits 14 andere Staaten kämpfen: nebeneinander, miteinander, gegeneinander. Es gibt keine gemeinsamen Ziele, und es gibt keine gemeinsame Strategie, noch nicht mal innerhalb der NATO-Staaten, geschweige denn darüber hinaus.

Die Wiener Friedensgespräche – noch vor einer Woche hatten wir das Gefühl, dass Herr Steinmeier wirklich ehrlich an deren Erfolg arbeitet – werden durch die Eskalation des Krieges natürlich noch viel mehr erschwert und nicht etwa erleichtert. Das ist doch alles verantwortungslos! Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, was die sogenannten Antiterrorkriege wirklich gebracht haben. Krieg ist Terror, der neuen Terror hervorbringt.

Ich sage Ihnen: Das ist so, als wollten Sie Papst Julius III. bestätigen, der schon im 16. Jahrhundert gesagt: „Wenn Ihr wüsstet, mit wie wenig Aufwand von Verstand die Welt regiert wird, so würdet Ihr Euch wundern."

Aber eine hochgerüstete Welt mit Atomwaffen kann es sich nicht leisten, ohne Verstand regiert zu werden; denn das ist einfach zu gefährlich. Deshalb wird die Linke heute geschlossen gegen diesen Kriegseinsatz stimmen.

Aggression und Gegenwehr

Das Hegemonialstreben westlicher Staaten stößt an Grenzen. Thesen zur internationalen Lage

*Von Wiebke Diehl, Harri Grünberg, Steffen Niese, Alexander Neu und Kurt Neumann, aus: Selber tun, Beilage der Jungen Welt, 09. 01. 2016**

Die internationale Lage ist durch wachsende Spannungen in den internationalen Beziehungen charakterisiert. Neoliberalismus und Globalisierung haben die Probleme der kapitalistischen Verwertung nicht grundsätzlich lösen können. Die Produktivkräfte entwickeln sich explosionsartig und haben längst den Rahmen der nationalen Märkte der führenden imperialistischen Staaten gesprengt, ohne dass – trotz Globalisierung – die Profitrate in der Realökonomie stabilisiert werden kann. Die Jagd nach Profiten, die die Länder des „Nordens" gemeinsam gegen den Süden, aber dennoch in Rivalität zueinander betreiben, führt zum Kampf um Ressourcen und Märkte sowie zur Durchsetzung geostrategischer Interessen. Da der Weiterentwicklung der fiktiven/spekulativen Ökonomie Grenzen gesetzt sind und die Stabilisierung der Profitrate des Kapitals nur in der Realökonomie möglich ist, nehmen der Kampf um Absatzmärkte und das Streben, die Märkte der Länder des Südens „neoimperialistisch" zu dominieren, zu. Unter Neoimperialismus wird eine Politik imperialistischer Länder verstanden, die darauf abzielt, die in den 60er Jahren erzielten Ergebnisse der antikolonialen Befreiungen wieder rückgängig zu machen. Beim neoimperialistischen Projekt geht es darum, Regierungen zu installieren, die den Bedürfnissen der neoliberalen Globalisierung gehorchen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP etwa, welches ebenfalls ein Instrument der ökonomischen Beherrschung der Länder des Südens bedeutet, schließt jede Möglichkeit für eine souveräne Wirtschaftspolitik der Länder des Südens aus. Um ein solches neoimperialistisches Projekt mit Hilfe von entsprechenden Regierungen umzusetzen, müssen diese auch durch Regime-Changes installiert werden. Neoimperialismus heißt zugleich, die Landkarten ganzer Regionen neu zu zeichnen, Staaten zu zerschlagen und neue entstehen zu lassen, um in Folge dessen leichteren Zugang zur Kontrolle von Ressourcen zu bekommen.

Die internationalen Spannungen nehmen auch in Folge der Entstehung eines neuen Blocks aufstrebender Staaten des Südens, oder besser gesagt der bisherigen kapitalistischen Peripherie, zu. Zu diesem Block sind Länder wie Russland und China zu zählen.

Was die sozialen Bewegungen und die Entwicklung des Klassenkampfes betrifft, so zeigt sich eine komplexe und widersprüchliche Entwicklung. In Europa befindet sich die Linke trotz der Wahlerfolge in Griechenland und Portugal in der Defensive. Wichtige soziale Errungenschaften, die Ergebnisse von Klassenkämpfen waren, können nicht aufrechterhalten, geschweige denn zurückgewonnen werden. In den allermeisten Ländern Europas schlägt das Pendel nach rechts aus. Die Linke hat bisher keine Mittel gefunden, um die weit verbreitete Unzufriedenheit mit der EU für sich zu kanalisieren.

Lateinamerika

Mit den Wahlen in Argentinien, die einen siegreichen Rechten hervorbrachten, scheint der Zenit linker Hegemonie in Lateinamerika überschritten zu sein. Der Sieg der Rechten in Argentinien ist auch auf die wachsende Entfremdung weiter Teile der linken Wählerschaft zurückzuführen, die nicht zur Wahl gegangen sind. Gerade die letzten Jahre argentinischer Politik unter Kirchner waren dadurch gekennzeichnet, dass die Politik der Sozialreformen unter der Last einer schweren Wirtschaftskrise ins Stocken geraten ist. Eine selbständige, neben dem Peronismus agierende linke Massenpartei hat sich in Argentinien nie herausgebildet. Der linke Flügel des Peronismus, zu dem die Kirchners zählten, ist über eine national-patriotisch-antiimperialistische Politik nie hinausgegangen. Dennoch war die Politik der Kirchners progressiv, insbesondere in der Außenpolitik. Durch sie wurde die Position der BRICS-Staaten gestärkt.

Die Linke in Europa braucht eine Klärung ihres Verhältnisses zu den BRICS-Staaten. Sie haben in ihrer Gesamtheit keineswegs eine sozialistische Transformationsperspektive ihrer Gesellschaften zum Ziel, sondern streben in ihrer Mehrheit eine nachholende kapitalistische Entwicklung an, stellen ein geopolitisches Gegengewicht zur Dominanz des Westens dar und betreiben eine Politik kapitalistischer Entwicklung mit sozialer Inklusion. Sie können Bündnispartner der Arbeiterbewegung und des Mittelstandes im antimonopolistischen Sinne in ihren Ländern, aber auch Bündnispartner der Linken auf globaler Ebene sein.

Wachsende Instabilität

Die strukturelle Krise des Kapitalismus und die instabile Erholung von der schwersten Krise der Neuzeit sind der Hintergrund gewachsener internationaler Instabilitäten und der Aggressivität eines neoimperialistischen Kapitalismus. Die USA kämpfen gegen ihren Niedergang an, die Europäer wollen langfristig die Schwächen der USA ausnutzen und selbst die Führungsrolle einnehmen. Deutschland als mittlere imperialistische Macht strebt danach, eine dominierende Rolle zu spielen. Beide imperialistischen Blöcke sehen sich zunehmend mit einem neuen Block nicht imperialistischer Staaten mit unterschiedlich ausgeprägter kapitalistischer Produktionsweise, die wie im Falle Chinas und Russlands Übergangsökonomien mit gewichtigem staatlichem Anteil in den Eigentumsverhältnissen sind, konfrontiert. Die vor uns stehende Periode der Weltpolitik ist geprägt von zugespitzten innerimperialistischen Konflikten einerseits und Konflikten mit aufstrebenden Großmächten, die eine imperiale Politik verfolgen, andererseits. Die Kriegsgefahr ist gewachsen.

Internationale Bündnispartner

Die Strategie der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, China, Indien, Südafrika) als Bündnis der peripheren kapitalistischen, nicht imperialistischen Länder (was eine imperiale Politik Chinas oder Russlands als Großmächte oder regionaler Mächte wie Indien und Brasilien nicht ausschließt) muss unter Berücksichtigung der kapitalistischen Krise nach 2008 und der geostrategischen Auseinandersetzungen beurteilt werden.

Es handelt sich nicht um einen Block zur Überwindung des Kapitalismus, obwohl Länder, die für einen Übergang zum Sozialismus eintreten, darin mit eingebunden sind. Die wirtschaftliche Orientierung der BRICS-Staaten bewegt sich zwischen Importsubstitution und Exportorientierung. Sie tendieren dazu, den Dollar als internationale Leitwährung zu überwinden. Vielfach bringen diese Bündnisse der BRICS-Staaten Vorteile für die Arbeiterklasse und die Mittelschichten der jeweiligen Länder. Länder aus dem ALBA-Staaten-Bündnis, Venezuela, Bolivien, Ecuador, Kuba, Bolivien brauchen unsere Solidarität.

Der Widerstand der BRICS-Staaten und anderer Länder des Südens gegen die Abhängigkeit von den großen imperialistischen Mächten und Blöcken hat in dem Maße größere Erfolgsaussichten, wie durch die Linke in den westlichen kapitalistischen Ländern eine antimonopolistische Strategie entwickelt und durchgesetzt wird: Dabei geht es auch um den Kampf gegen neoliberalen Freihandel, gegen TTIP, CETA und TiSA.

Ukraine

Ab Herbst 2013 entwickelte sich in der Ukraine eine Krise. Deren Auslöser waren sowohl die internen Missstände als auch die westliche Intervention mit dem Ziel, einen Regime-Change herbeizuführen. Die USA, die EU und ihnen nahestehende nationalistische Kräfte in Kiew lösten eine Protestbewegung aus, um ein Assoziierungsabkommen mit der EU abzuschließen, dessen Kernintention es war, die bestehenden Bindungen der Ukraine zu Russland zu kappen und die Ukraine an den Westen zu binden. Ziel war eine grundsätzliche Schwächung Russlands. Die Euromaidan-Bewegung, die zum Teil berechtigte Forderungen erhob, entpuppte sich bald als ein weiterer Versuch der US-Administration und der EU, einen Regimewechsel herbeizuführen.

Dabei stützten sich die USA wie die EU bei der Etablierung einer ihren Interessen genehmen Regierung auch auf faschistische Kräfte. Der Ukraine-Konflikt ist nicht nur eine lokale Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Oligarchen, die eine Massenbewegung mit authentischen und legitimen Forderungen instrumentalisiert haben, sondern vor allem Teil einer weltweiten Strategie, mit Hilfe derer Washington seine Rolle als Hegemon zu zementieren hofft. Ein weiteres Ziel der Operation ist, die NATO an die Grenzen Russlands vorzuschieben und damit auch die Verteidigungsfähigkeit Russlands grundlegend zu schwächen.

Außerdem sind die USA darum bemüht, in der Ukraine auch einen Konflikt mit Deutschland zu erzeugen, um Berlins strategische Wirtschaftspartnerschaft mit China und Russland zu beenden. Kernstück der neuen Strategie eines Europa dominierenden Deutschlands war es, gestützt auf die Rohstoffe Russlands und den chinesischen Markt, die dominierende Wirtschaftsmacht zu bleiben und politische Führungsmacht in Europa zu werden. Dies liegt keineswegs im Interesse der USA, die ein von Deutschland dominiertes Europa als Herausforderung sehen.

„Arabischer Frühling“

Der „Arabische Frühling“ begann 2011 in Tunesien, führte zum Sturz der dortigen autoritären Regierung und griff auf Ägypten und Libyen über. In Libyen griff der Westen militärisch ein, als deutlich wurde, dass der Sturz Ghaddafis ohne eine Intervention nicht vollzogen werden könnte. Hinterlassen haben die westlichen Mächte ein völliges Chaos. Weite Teile des Landes sind heute unter Kontrolle islamistischer Kräfte.

In Ägypten führte der Sturz Hosni Mubaraks zur Errichtung einer Regierung unter Führung der Muslimbrüder. Die Muslimbrüder mit ihrer neoliberalen und letztlich prowestlichen Politik schienen zum neuen strategischen Partner des Westens in der Region aufzusteigen. Der Westen sowie die Muslimbrüder orientierten sich bei ihrem Versuch, eine neue stabile und westlichen Interessen entsprechende politische Ordnung in der Region des Nahen Ostens zu errichten, am Modell der türkischen AKP, die nach Überzeugung des Westens Religion und Moderne miteinander vereint. Gegen die Herrschaft der Muslimbrüder rebellierten aber große Teile der ägyptischen Bevölkerung, Millionen gingen auf die Straße. Dies veranlasste das ägyptische Militär dazu, den Präsidenten, Mohammed Mursi, und seine Regierung der Muslimbrüder zu stürzen. Die heutige ägyptische Regierung unter Abdel Al-Sisi, der sich selbst als „Nasserist" ausweist um von der Popularität, die Nasser immer noch in Ägypten besitzt, zu profitieren, hat die Richtung der ägyptischen Politik verändert, um mehr Stabilität für das System zu erreichen. Im Mittelpunkt steht heute die strategische Partnerschaft mit Russland, die sich sukzessive vertieft – wenn auch bei gleichzeitiger enger Beziehung zu den USA. Ägypten unterstützt das Eingreifen Russlands in Syrien und hat allgemein eine Kehrtwende in der Haltung zu Syrien und Präsident Assad, dem Feind Nummer eins der Muslimbrüder, vollzogen. In der Innenpolitik hat Al-Sisi die im wesentlichen neoliberal geprägte Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Stück zurückgedrängt – zugunsten von mehr Staatsinterventionen in den Wirtschaftsabläufen. Ein Programm zur Armutsbekämpfung, das aber laut der Kritik der ägyptischen Linken nicht in die Tiefe geht, wurde initiiert. Durch staatliches Handeln gestärkt werden sollen die kleinen und mittelständischen Betriebe. Ägypten geht deutlich auf Distanz zu Saudi-Arabien. Die innere Repression richtet sich klar gegen die Muslimbrüder, vorerst aber nicht gezielt gegen die linken Kräfte des Landes, die Al-Sisi momentan zur Bekämpfung der Muslimbrüder benötigt.

Syrien

Seit fast fünf Jahren schon tobt der Krieg in Syrien. Was mit dem Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit begann, war zugleich von Anfang an auch durch äußere Einflussnahme unterschiedlichster Akteure gekennzeichnet und wurde so schnell zu einem regionalen und internationalen Stellvertreterkrieg, den vor allem auf Seiten der islamistischen Opposition international angeworbene Söldner führen. Die Menschen in Syrien sind unermesslichem Leid ausgesetzt, aktuelle Schätzungen sprechen von weit mehr als 250 000 Toten, 12,2 Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf der Flucht.

Der Krieg, das Morden und Töten in Syrien müssen sofort gestoppt werden. Diesem Ziel ist alles unterzuordnen. Syrien soll als nationaler Staat in seinem gesamten Territorium erhalten bleiben, seine grundlegende säkulare Verfassung muss bewahrt und der Staat durchgehend demokratisiert und sozial wieder aufgebaut werden. Hier sehen wir ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der arabischen Linken.

Die autonome kurdische Region von Syrien wird von den Islamisten und der islamistischen AKP-Regierung von Erdogan in der Türkei bedroht. Obwohl die Kurden gegenwärtig nur von Autonomierechten sprechen, die sie erhalten wollen, ist eine Dynamik in Gang gekommen, die zur territorialen Neuordnung der Region führen kann. Das Entstehen eines kurdischen Staates ist nicht auszuschließen, hätte aber verheerende Folgen auf die bisherigen Grenzziehungen. Das Entstehen vieler kleiner schwacher Staaten ist vor allem im Interesse der imperialistischen Mächte.

Für die Partei Die Linke muss ein deutscher Militäreinsatz in Syrien – ob mit oder ohne UN-Mandat – ausgeschlossen sein. Deutschland ist eine imperialistische mittlere Macht, die sich im Tross der NATO Syrien in den westlichen Machtbereich eingliedern möchte. Das ist einer der Gründe für die westliche Regime-Change-Strategie. China und Russland sollen geschwächt werden und ein weiteres Mal geht es um Rohstoffe: Katarisches Gas soll über Syrien transportiert werden und dazu beitragen, das russische Erdgasmonopol in Europa zu brechen.

International betrachtet, lässt sich feststellen, dass sich durch die russische militärische Intervention in Syrien die globalen Kräfteverhältnisse zuungunsten des imperialistischen Blockes verschoben haben. Mit dem aktiven Eingreifen in den Syrien-Krieg hat Russland die USA und die EU unter enormen Druck gesetzt. Verhielten sich die USA und die NATO bisher so, als gäbe es eine konventionelle militärische Option des Enthauptungserstschlages, der es Russland unmöglich machen würde, atomar zurückzuschlagen und das Land so binnen weniger Stunden in die Knie zwingen würde, so hat sich die Lage nach der russischen Waffenschau in Syrien grundsätzlich gewandelt. Die konventionelle Überlegenheit der USA und der NATO ist grundlegend in Frage gestellt worden.

Die neue Stärke Russlands zeigt sich sehr konstruktiv auf dem diplomatischen Parkett und hier insbesondere bezüglich des Strebens nach einer politischen Lösung für Syrien: Russland ist es zu verdanken, dass auf der Wiener Syrien-Konferenz vom 30. Oktober 2015 der Iran und Saudi-Arabien an einem Tisch saßen und miteinander redeten. Dies ist eine Grundvoraussetzung dafür, den Krieg in Syrien zu beenden. Nur Verhandlungen unter Einbeziehung aller unmittelbar und mittelbar beteiligten Akteure können hier zum Erfolg führen.

Für eine Befriedung der Region ist es zudem unerlässlich, eine neue Initiative im Nahostkonflikt zu ergreifen. Ziel muss die Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates sein, der die volle Kontrolle über seine Grenzen ausübt. Der besetzte Golan muss an Syrien zurückgegeben werden. Ohne eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts wird eine Befriedung des Nahen Ostens nicht möglich sein. Nach den jahrzehntelangen Versprechungen, von denen kaum eine eingehalten wurde, müssen die Palästinenser endlich sicher in ihrem eigenen Staat leben können. Der Staat Palästina muss als Vollmitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen werden.

* Auszug aus einem Debattenbeitrag von Mitgliedern der Partei Die Linke mit Thesen zur internationalen Lage. Eine Langfassung des Papiers ist unter www.sozialistische-linke.de nachzulesen.

Am Ende entscheidet die Regierung

Als Obmann der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss

Von Stefan Liebich, MdB

Zunächst die trockenen Fakten: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages zählt in der aktuellen Legislaturperiode 37 Mitglieder. Davon entfallen 18 auf die CDU/CSU, 11 auf die SPD, 4 auf DIE LINKE und ebenfalls 4 auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Vorsitzende ist Dr. Norbert Röttgen, er ist Mitglied der CDU. Stellvertretender Vorsitzender ist Franz Thönnes von der SPD. Der Auswärtige Ausschuss tagt ca. 25 Mal im Jahr. Zusätzlich gibt es noch die vier Unterausschüsse „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung", „Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung", „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik" sowie „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln". Zentrale Aufgaben des Auswärtigen Ausschusses sind die Mitwirkung an der Außenpolitik, die parlamentarische Begleitung und Kontrolle der Außenpolitik der Bundesregierung sowie die Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge. Außerdem hat er die Federführung im Bundestag für Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr im Ausland.

Jede Fraktion im Ausschuss benennt für die jeweils anderen Fraktionen, die Ausschussvorsitzenden und für den Außenminister einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin. Dies ist der Obmann, beziehungsweise die Obfrau. Die Obleute treffen sich in den Sitzungswochen des Bundestages vorab, um mit den Vorsitzenden die jeweilige Sitzung des Auswärtigen Ausschuss vorzubereiten. Unter anderem werden in diesen Obleuteberatungen der Sitzungsverlauf und die zu beratenden Themen besprochen. Die Koalitionsfraktionen können mit ihrer Mehrheit entscheiden, welche Punkte auf die Tagesordnung kommen und welche nicht. Im Einzelfall nehmen sie das Recht auch in Anspruch, doch in der Regel wird über die Tagesordnung unter allen vier Fraktionen Einigkeit erzielt.

Meist sind es ohnehin die Geschehnisse in der Welt, die die Tagesordnung maßgeblich bestimmen. So sind der Konflikt in der Ostukraine und der Krieg in Syrien seit geraumer Zeit fast immer darauf zu finden. Eine der Fraktionen sieht eigentlich immer dringenden Beratungsbedarf zu den Vorfällen. Als Linke versuchen wir auch die Themen auf die Tagesordnung im Ausschuss zu bringen, die gerade in Vergessenheit zu geraten drohen, oder die noch nicht so richtig im europäischen Fokus angekommen sind. So waren wir unter den Ersten, die vor vier Jahren den beginnenden Krieg in Syrien auf die Tagesordnung des Ausschusses setzen ließen – in banger Vorahnung der Dinge, die noch kommen sollten. Die anderen Parteien sahen damals keine Notwendigkeit dafür. Noch waren ja keine Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Den Konflikt mit der islamistischen Organisation Boko Haram in Nigeria haben wir ebenso aufs Tapet gebracht wie die Situation in Burundi, wo die Menschenrechtslage schon seit Monaten schlechter und schlechter wird. Zuletzt haben wir die Menschenrechtslage in Marokko und Algerien thematisiert, die die Große Koalition zu sicheren Herkunftsländern deklariert und wohin Asylsuchende abgeschoben werden dürfen.

Die Obleute sind auch Ansprechpartner für den Außenminister, da dieser nicht permanent mit allen 37 Mitgliedern und deren Stellvertretern Kontakt halten kann. In unregelmäßigen Abständen informiert der Minister die Obleute direkt über herausragende politische Themen. Bei ganz besonderen Entscheidungen oder im Krisenfall gibt es telefonische Beratungen der Obleute mit dem Außenminister. Sowohl beim Nuklear-Abkommen mit dem Iran als auch beim Abschluss des Minsker Abkommens für den Frieden in der Ukraine hatte der Außenminister die Obleute umgehend über den Stand der Dinge informiert. Sie bekommen so Informationen vorab und geben diese an ihre Fraktionsführung weiter. Wenn dann die Öffentlichkeit informiert wird, haben sich die Fraktionen bereits eine Meinung bilden können und sind in der Lage, die Nachricht mit eigener Kommentierung zu begleiten.

Interessant und aufschlussreich ist, dass in den telefonischen Beratungen untereinander die Meinungen der Obleute aller Fraktionen oft ungeschminkt und auch nicht abgestimmt zum Ausdruck gebracht werden. Ein Beispiel hierfür ist der Einsatz in Mali, wo die Bundeswehr im Rahmen der MINUSMA-Mission der Vereinten Nationen eingesetzt wird. Der Einsatz gilt derzeit als einer der gefährlichsten weltweit. Zudem ist allen Beteiligten klar, dass es ein langes und schwieriges Engagement wird, ähnlich dem in Afghanistan. Anfang des Jahres hat der Bundestag gegen die Stimmen der LINKEN entschieden, dass die Bundeswehr die Leitung der Mission von den Niederländern übernehmen soll. Als der Außenminister uns telefonisch über die Pläne der Regierung in Kenntnis setzte, entfuhr es einem Obleute-Kollegen: „Wir ersetzen nun also die Niederländer! Und wer ersetzt dann irgendwann uns?" Wie wenig begeistert auch die anderen Fraktionen über den Einsatz waren, kam in dem Gespräch deutlich zum Ausdruck, wenngleich in den öffentlichen Stellungnahmen vor allem der angebliche Wert und die Wichtigkeit der Mission betont wurden.

Innerhalb der Fraktion der LINKEN werden die aktuellen Themen in verschiedenen Gremien beraten. In den Sitzungswochen berät als erstes die AG Außenpolitik am Montagnachmittag über die Themen, die im Ausschuss beraten werden sollen. In der AG sind die Mitglieder des Auswärtigen Ausschuss zugegen. Hier wird aufgeteilt, welche Abgeordnete/welcher Abgeordneter zu welchem Thema spricht. Hier geht es unter Umständen auch schon einmal hitziger zu, wenn Lösungsvorschläge zu Syrien besprochen werden (Beispiel: Wie stehen wir zu Verhandlungen mit Präsident Assad?) oder die Politik Russlands, die nicht immer von allen gleich bewertet wird.

Dienstags früh geht es dann für die Mitglieder des Ausschusses in den Arbeitskreis VI – Außenpolitik und Internationale Beziehungen – der Linksfraktion. Hier treffen sie auf die Mitglieder der Ausschüsse „Europäische Union", „Menschenrechte und humanitäre Beziehungen", „Verteidigung", sowie der angegliederten Unterausschüsse. Leiter des Arbeitskreises ist Wolfgang Gehrcke. Hier werden die Rednerinnen und Redner für die im Plenum des Bundestages zu behandelnden Themen festgelegt und dann wird auch hier über aktuelle außenpolitische Themen debattiert. Hier, wo Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Niema Movassat, Ale-

xander Neu, Alexander Ulrich und ich, sowie etliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fraktion und Abgeordneten zusammenkommen, gibt es immer genug Stoff für Diskussionen.

Zurück zur Arbeit im Auswärtigen Ausschuss. Im Großen und Ganzen werden die Fraktionen gut über die Außenpolitik der Bundesregierung informiert. Dabei darf man sich aber nichts vormachen: Wir haben als Oppositionspartei keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen der Bundesregierung im Bereich der Außenpolitik. Auch nicht auf die Reisen, die der Außenminister unternimmt. Der Minister stimmt sie nicht mit uns ab, noch muss er zwingend Abgeordnete des Bundestages mitnehmen. Die konkrete Außenpolitik bleibt eine Entscheidung der Exekutive, also der Bundesregierung. Nur in Teilbereichen hat das Parlament ein Mitspracherecht. Hierzu gehört die Entsendung der Bundeswehr zu Auslandseinsätzen.

Auch wenn der Außenminister während der Beratungen immer sehr interessiert nach den Meinungen der Obleute und deren Fraktionen zu den angesprochenen Themen fragt: Am Ende entscheidet die Regierung.

Flüchtlingskrise

Fluchtursachen bekämpfen

Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Frank Tempel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Dr. Alexander Neu, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE, 15. 12. 2015

Bundestags-Drucksache 18/7039, aus: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/070/1807039.pdf

Der Bundestag wolle beschließen:
I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Weltweit sind knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. In den letzten Jahren stieg die Zahl nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) so rasant an wie noch nie seit Beginn der Erfassung. Auch die Zahl der Flüchtenden, die in Europa ankommen, ist stark angestiegen. Die Flüchtlinge in Europa bilden jedoch nur einen relativ kleinen Teil der globalen Fluchtbewegungen.

Allein der Krieg in Syrien hat 11,5 Millionen Menschen in die Flucht getrieben, davon sind 7,6 Millionen innerhalb von Syrien und 3,9 Millionen ins Ausland geflohen. Im Nachbarland Irak, wo, ausgelöst durch die US-geführten Invasionen von 1991 und 2003, ein Bürgerkrieg von wechselnder Intensität stattfindet, in dem der terroristische „Islamische Staat“ (IS) seinen Ursprung hat, leben neben den Flüchtlingen aus Syrien noch 3,6 Millionen Binnenvertriebe. Im Jemen, wo Saudi-Arabien in einer Allianz mit weiteren arabischen Staaten Krieg führt, sind 2,3 Millionen Menschen auf der Flucht. In Libyen sind 300 000 Menschen auf der Flucht vor dem gewalttätigen Chaos, das dem internationalen Militäreinsatz im Jahr 2011 folgte. Mehr als eine Million Afghaninnen und Afghanen leben als Flüchtlinge in Pakistan. Der UNHCR weist darüber hinaus auf die zahlreichen Konflikte in Afrika, wie zum Beispiel in der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, in Somalia, Nigeria oder der Demokratischen Republik Kongo, hin. Auch dort haben sich immense Fluchtbewegungen in Gang gesetzt. Insgesamt gibt es in Afrika südlich der Sahara 11,4 Millionen Binnen- und 3,7 Millionen internationale Flüchtlinge.

2. Der Blick in die Herkunftsländer der Flüchtenden macht deutlich, dass die westlichen Staaten, darunter Deutschland, einen beträchtlichen Teil der Verantwortung dafür tragen, dass Menschen fliehen müssen. Unter der Führung der USA wurden ganze Regionen destabilisiert: Der „Krieg gegen den Terror“ hat seit 2001 viele Menschen das Leben gekostet und noch mehr Menschen heimatlos gemacht. Den Terror effektiv bekämpft hat er nicht. Im Gegenteil: Noch nie hat es so viele Terroropfer gegeben wie mehr als ein Jahrzehnt nach Beginn des „Krieges gegen den Terror“.

Die Politik des Regime-Change, des von außen aufgezwungenen Sturzes auch von Diktaturen, etwa im Irak oder in Libyen, hat die betreffenden Länder in ein heilloses Chaos gestürzt. Auch in Syrien haben ausländische Interessen ihren Anteil an der Eskalation des Krieges. Im Umfeld des Zusammenbruchs von Staaten gedeihen im Nahen und Mittleren Osten islamistische Ideologien und finden Terrororganisationen Zulauf. Deutschland beteiligt sich am Militäreinsatz in Afghanistan, unterstützt die US-Drohnenangriffe in Pakistan und Jemen stillschweigend logistisch, trägt die Regime-Change-Politik z.B. gegenüber Syrien mit und kooperiert weiterhin militärisch und wirtschaftlich mit Ländern wie der Türkei oder Saudi-Arabien, beliefert sie sogar mit Waffen, obwohl bekannt ist, dass sie terroristische beziehungsweise islamistische Gruppen im syrischen Bürgerkrieg unterstützen und ausrüsten. Insofern muss sich auch die deutsche Außenpolitik grundlegend ändern, wenn Fluchtursachen nachhaltig bekämpft werden sollen.

3. Nicht nur direkte, auch strukturelle Gewalt kann Menschen in die Flucht treiben. Die Europäische Union (EU) treibt weltweit Freihandelsabkommen voran, die die Profite europäischer Konzerne erhöhen sollen und die sowohl zulasten der Lohnabhängigen und der Verbraucherinnen und Verbraucher, als auch der kleinen Produzentinnen und Produzenten, insbesondere in den Ländern des Südens, gehen. Das geplante Abkommen TTIP zwischen der EU und den USA wird negative Auswirkungen auch auf Länder haben, die vertraglich zwar nicht beteiligt sind, die aber Absatzmärkte in der EU bzw. den USA verlieren und damit wirtschaftlich erpressbar werden. Noch direkter wirken die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die sogenannten EPAs, zwischen der EU und afrikanischen Staaten. Auch diese Abkommen folgen der verheerenden Ideologie des Freihandels. Das Produktivitätsgefälle zwischen der EU und den afrikanischen Volkswirtschaften und die fortbestehenden EU-Agrarsubventionen werden unweigerlich dazu führen, dass vor allem kleinbäuerliche Existenzen in Afrika zerstört werden. Die ehemalige Kulturministerin Malis, Aminata Traoré, spricht in

diesem Zusammenhang von den „Massenvernichtungswaffen“ Europas. Eine selbstbestimmte, nachhaltige Entwicklung bleibt damit unmöglich. Die wirtschaftliche Abhängigkeit wächst und verstärkt gleichzeitig auch den Migrationsdruck. Auch Fischer, deren Fanggebiete von Trawlern aus der EU leergefischt werden, und Kleinbauern, deren Produkte auf den lokalen Märkten nicht mit Billigimporten aus der EU konkurrieren können, befinden sich unter den Flüchtenden oder werden, in Ermangelung anderer Einnahmequellen, selbst zu Schleppern.

4. Der um ein Vielfaches größere Energie- und Rohstoffverbrauch in den Industriestaaten, verbunden mit entsprechenden Emissionen klimaschädlicher Gase, lässt die ökologische Schuld des Nordens weiter anwachsen. Unter dem Klimawandel leiden vor allem die Menschen im Süden, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und die Umweltzerstörung gefährden die Lebensgrundlagen in vielen Ländern und schaffen so Fluchtursachen. Billige Palmöl- und Sojaöl-Importe aus Asien und Südamerika heizen den Kampf um fruchtbares Land an. Millionen Hektar Landfläche sind vom sogenannten „Landgrabbing“ betroffen. Das bedeutet, dass lokale Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vertrieben und große Flächen Land verkauft oder für viele Jahre an Konzerne verpachtet werden, die unter anderem Agrarrohstoffe für den Export von Biodiesel in die EU anbauen. Durch hohe Beimischungsquoten in der EU wird dieses Geschäft weiter angeheizt. Auch Deutschland treibt zusammen mit der G7-New Alliance, der Gates-Stiftung und zahlreichen Agrarkonzernen wie Monsanto, Bayer und BASF eine Industrialisierung der Landwirtschaft, insbesondere in Afrika, voran. Diese so genannte „zweite Grüne Revolution“ wird zu einem weiteren Exodus aus dem ländlichen Raum führen, ohne dass für die freigesetzten Arbeitskräfte andere Erwerbsmöglichkeiten existieren.

5. Migration kann ein wichtiger Bestandteil von wirtschaftlicher Entwicklung sein. Auf dem EU-Afrika-Gipfel in Valletta, Malta, zu Migrationsfragen haben die afrikanischen Staatschefs auf diesen Zusammenhang hingewiesen und legale Möglichkeiten zur Migration in die EU gefordert. Ihre Länder sind auf Rücküberweisungen der Migrantinnen und Migranten und den Austausch von Know-how angewiesen. Die EU wollte sich auf Quoten für die legale Einreise in die EU nicht einlassen und setzte stattdessen eine Agenda durch, die die afrikanischen Staaten dazu verpflichtet, in der Eindämmung von Flucht und Migration und bei der Rückführung von Geflüchteten zu kooperieren. Diese Politik wird aber nicht zu weniger, sondern zu mehr Flucht führen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- deutsche Rüstungsexporte sofort zu stoppen;
- sich nicht länger an Regime-Change-Strategien und NATO-Militärinterventionen zu beteiligen;
- den USA nicht weiter zu erlauben, auf deutschem Boden Flughäfen und militärische Einrichtungen zur Führung ihrer Kriege und weltweiten Drohneneinsätzen zu unterhalten;
- ihre Außenpolitik auf eine aktive Friedenspolitik zu orientieren, die nicht weiter auf völkerrechtswidrige Regime-Changes und die Destabilisierung von Staaten mittels Sanktionen, die die Bevölkerung treffen, setzt, sondern die Mittel der zivilen Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung verstärkt zum Einsatz bringt;
- insbesondere den Zivilen Friedensdienst weiter auszubauen, indem die Mittel dafür sofort verdoppelt und perspektivisch auf 100 Millionen Euro jährlich angehoben werden, sowie ein Sonderprogramm für besonders von regionalen Fluchtbewegungen betroffene Länder wie Libanon und Jordanien aufzulegen;
- innerhalb der EU sich gegen Mandate für neoliberale Freihandelsabkommen auszusprechen und Verhandlungen über weitere Abkommen, wie z.B. TTIP und TISA, zu stoppen;
- sich auf europäischer Ebene für einen Stopp des Ratifizierungsprozesses der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten einzusetzen;
- das Recht auf Nahrung als zentralen Eckpfeiler der internationalen Politik zu etablieren und die Ernährungssouveränität der Staaten des Südens zu stärken, indem diese das Recht erhalten, ihre heimischen Nahrungsmittel- und Saatgutmärkte vor Importen zu schützen;
- in den Ländern des Südens keine Industrialisierung der Landwirtschaft im Sinne der globalen Agrarkonzerne zu forcieren und in diesem Zusammenhang etwa die Mitgliedschaft bei der G7-New Alliance für Ernährungssicherung in Afrika zu beenden;
- sich für ein Verbot von Nahrungsmittelspekulation einzusetzen;
- sich für ein EU-Importverbot von Biomasse aus Drittstaaten, welche insbesondere für die Agrartreibstoffproduktion genutzt wird, einzusetzen und zudem auf eine rasche Reduzierung der Futtermittelimporte hinzuwirken;
- wirksame Maßnahmen gegen deutsche Unternehmen und Konzerne einzuleiten, die sich an Landraub beteiligen oder durch Raubbau an natürlichen Ressourcen die Existenzgrundlage lokaler und regionaler Ökonomien zerstören, insbesondere die Einführung eines Unternehmensstrafrechts;
- sich bei den Vereinten Nationen für eine zwischenstaatliche VN- Institution einzusetzen, die Steuervermeidung und Steuerflucht der multinationalen Konzerne bekämpft;
- die selbst auferlegte Verpflichtung zu erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen;
- die deutschen Beiträge an das Welternährungsprogramm, an den UNHCR und an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen deutlich zu erhöhen.

Der Antrag wurde nach Beratung in den Ausschüssen von allen anderen Fraktionen des Bundestages abgelehnt.

Zur Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19.2. 2016 in Brüssel

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Sevim Dağdelen, Christine Buchholz, Jan van Aken, Dr. Diether Dehm, Dr. Alexander S. Neu, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Kersten Steinke, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE, 16.2.2016

Bundestags-Drucksache Nr. 18/7544, aus: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807544.pdf

Der Bundestag wolle beschließen:
I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
1. Im Jahr 2015 sind über eine Million Menschen über das Mittelmeer in die Europäische Union (EU) geflüchtet. Syrerinnen und Syrer stellten die bei weitem größte Gruppe. Die massenhafte Flucht vor dem Krieg in Syrien hatte bereits Jahre vorher begonnen, zunächst vor allem in die Nachbarländer Türkei, Jordanien und Libanon. Als dort, auch mangels ausreichender internationaler humanitärer Unterstützung, die Versorgung der Geflüchteten zusammenbrach und sich kein Ende des Kriegs in Syrien abzeichnete, verstärkte sich die Fluchtbewegung in Richtung der EU. Im November 2014 mussten das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und das Welternährungsprogramm (WFP) die Nahrungsmittelhilfe für 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge im Libanon und in Jordanien erst kürzen und einen Monat später sogar ganz einstellen.

In der Türkei sind 2,5 Millionen Geflüchtete aus Syrien zu versorgen, im Libanon 1,1 Millionen, in Jordanien 635 000 und im Irak 245 000. Der Finanzierungsbedarf von UNHCR und WFP war 2015 nicht einmal zur Hälfte gedeckt. Dies, obwohl bereits mehrere Geberkonferenzen stattgefunden hatten, auf denen Zusagen zur Ausfinanzierung des humanitären Bedarfs in der Region eingeholt worden waren. Doch viele der sogenannten Geber haben ihre Versprechen nicht gehalten. Die Londoner Geberkonferenz am 4.2.2016 erbrachte abermals Zusagen in der Gesamthöhe von 9,8 Milliarden Euro. Die Bundesregierung sagte 2,3 Milliarden Euro für den Zeitraum der nächsten drei Jahre (2016-2018) zu. Diese neuen Zusagen müssen unbedingt eingehalten werden. Die Zusagen der EU-Mitgliedstaaten dürfen zudem nicht mit ihrem Anteil an den Zusagen der EU-Kommission oder an der Flüchtlingsfazilität EU-Türkei verrechnet werden.

Die Unterfinanzierung der internationalen Organisationen, die für die Versorgung der Flüchtlinge zuständig sind, ist chronisch und gravierend. Eine immer raschere Abfolge von Geberkonferenzen kann das strukturelle Problem nicht lösen. Stattdessen wäre dringend geboten, die Organisationen mit wesentlich höheren Grundbeträgen auszustatten, damit sie Planungssicherheit haben und flexibel auf neue Krisen reagieren können.

2. Die Bundesregierung stellt die Zusammenarbeit mit der Türkei ins Zentrum ihrer Flüchtlingspolitik. Dabei führt die türkische Regierung selbst Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden im eigenen Land und zwingt damit Menschen zur Flucht. Die EU und die Bundesregierung verschließen ihre Augen vor dem Krieg in den östlichen Gebieten der Türkei und vor der zunehmenden Repression gegen Kritikerinnen und Kritiker der Regierung, um die strategische Partnerschaft mit der Türkei zur Abwehr von Flüchtlingen nicht zu gefährden. Das ist menschenrechtlich inakzeptabel.

Die Zusammenarbeit der EU mit der Türkei in der Flüchtlingspolitik, vereinbart auf dem EU-Türkei-Gipfel am 29.11.2015, stockt. Bis heute wurde die zugesagte finanzielle Unterstützung für die Türkei in Höhe von 3 Milliarden Euro nicht ausgezahlt. Die türkische Regierung fordert bereits eine Aufstockung auf 5 Milliarden Euro. Unterdessen sterben weiter Menschen auf der Überfahrt von der Türkei nach Griechenland, weil es keine legalen Zugangswege für Flüchtende gibt, allein im Januar 2016 über 300. Die Türkei riegelt ihre Grenzen nach Syrien zunehmend ab und ihr wird von Menschenrechtsorganisationen sogar vorgeworfen, Geflüchtete nach Syrien zurückzuschicken. Die EU sollte deshalb die für die Flüchtlingsfazilität EU-Türkei verabredeten Mittel direkt den zuständigen VN-Organisationen bereitstellen. Appelle der EU an die Türkei, sie solle ihre Grenzen offen halten für Flüchtende aus Syrien, sind scheinheilig und widersprüchlich, solange die EU selbst auf die Schließung von Grenzen zur Flüchtlingsabwehr setzt.
3. Die Bundesregierung und die EU gehen immer stärker dazu über, Länder, aus denen viele Menschen in die EU fliehen, zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. Das Asylrecht ist jedoch ein individuelles Grundrecht, das nicht gruppenweise pauschal eingeschränkt werden darf. Die Absicht der Bundesregierung, Algerien, Marokko und Tunesien zu „sicheren Herkunftsländern“ zu erklären, folgt vor allem innenpolitischen Interessen. Mit einer sorgfältigen Bewertung der Menschenrechtslage in den betreffenden Ländern hat dieses Vorgehen nichts zu tun. Dies wird auch deutlich angesichts des aktuellen Vorschlags der Kommission, der von den Mitgliedstaaten unterstützt wird, ausgerechnet die Türkei per EU-Verordnung zu einem „sicheren Herkunftsstaat“ zu erklären, ungeachtet der zuletzt deutlich verschärften Menschenrechts- und Sicherheitslage im Land.

4. In Griechenland stellt sich die Situation dramatisch dar. Allein im vergangenen Jahr erreichten nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) rund 850 000 Menschen über den Seeweg das Land; im Januar 2016 kamen weitere 45 000 bis 60 000 Schutzsuchende hinzu. Vor allem auf den Ägäischen Inseln nahe der türkischen Grenze sind Behörden und öffentliche Infrastruktur mit den Flucht- und Migrationsbewegungen überfordert. In ihrem am 15. Dezember 2015 veröffentlichtem „Fortschrittsbericht zu Griechenland“ über die Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda bemängelte die EU-Kommission unter anderem, dass die griechische Regierung erst eines der vereinbarten Aufnahme- und Registrierungszentren (sogenannte Hotspots) in Betrieb genommen habe. Sie kritisierte zudem eine mangelhafte Grenzsicherung sowie eine unzureichende Registrierung der Ankommenden. Neben Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen weisen auch die griechischen Behörden selbst auf die eklatanten Versorgungsmängel und die unhaltbaren Zustände bei der Unterbringung der Geflüchteten hin. Die griechische Regierung kritisiert die mangelnde Solidarität und Unterstützung

durch die EU-Institutionen und andere Mitgliedstaaten und verweist zu Recht darauf, dass an den Seegrenzen aufgegriffene bzw. aus Seenot gerettete Schutzsuchende gar nicht zurückgewiesen werden dürfen, sondern für eine faire Asylprüfung sicher in die EU gebracht werden müssen.

Um die nach Jahren der Rezession und der Kürzungsdiktate der „Troika“ ausgezehrten staatlichen Institutionen Griechenlands in die Lage zu versetzen, der Flüchtlingssituation mit menschenrechtskonformen Maßnahmen Herr zu werden, sind zum einen die Aufstockung der Hilfen für das Land aus EU-Töpfen sowie aus bilateralen Hilfen und ein Stopp der Austeritätsdiktate unbedingt erforderlich. Zum anderen ist die EU-Dublin-Verordnung, die insbesondere den südlichen Mitgliedstaaten mit migrationsrelevanten EU-Außengrenzen einseitig die Hauptverantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden aufbürdet und keinen solidarischen Ausgleichsmechanismus vorsieht, auszusetzen und so schnell wie möglich durch ein faires System der Verantwortungsteilung zu ersetzen.

5. Der Deutsche Bundestag weist populistische Anschuldigungen und Forderungen – die griechische Regierung habe „versagt“ und das Land solle temporär aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen werden – in aller Deutlichkeit zurück. Griechenland wird, ähnlich wie Italien, mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise weitgehend allein gelassen. Selbst der bereits im Herbst 2015 gefasste – und ohnehin unzureichende – Beschluss zur Umverteilung von Flüchtlingen aus Griechenland (und Italien) wurde bislang faktisch nicht umgesetzt. Von 66 400 Flüchtlingen aus Griechenland wurden bislang lediglich 218 Personen (Stand: 10.2.2016) auf andere EU-Länder verteilt. Auch das von der griechischen Regierung im Dezember 2015 aktivierte EU-Katastrophenschutzverfahren macht das Versagen der gesamten EU deutlich: Auf die von Griechenland gestellten Hilfsgesuche reagierten lediglich neun EU-Staaten mit der Entsendung von dringend benötigten Hilfsgütern.

Derzeit versucht die niederländische Ratspräsidentschaft, Unterstützung für ihren Vorschlag einer europäischen „Lösung“ zu gewinnen: Fortsetzung der europäischen Migrationsagenda, Zurückweisungen von Schutzsuchenden in die Türkei – im Gegenzug feste Zusagen von Abnahme-Kontingenten an die Türkei und eine Verteilung der Flüchtlinge notfalls auf wenige willige EU-Mitgliedstaaten. Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn haben dagegen bereits angekündigt, keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Sie fordern stattdessen, dass die EU ihren Fokus auf die „Sicherung der Außengrenzen“ legt – eine euphemistische Umschreibung für die Idee einer verstärkten Abschottung der EU vor Flüchtlingen, die vom Deutschen Bundestag als völkerrechtswidrig und inhuman energisch zurückgewiesen wird.

6. Die EU-Grenzagentur Frontex soll zu einer europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz ausgebaut werden. Vorgesehen sind die Verdoppelung des Personals, die Ausweitung des Mandates auf die Bekämpfung von Terrorismus sowie der verstärkte Einsatz von Drohnen und Satellitenüberwachung. Grenzschutzoperationen der Agentur und von Grenzpolizistinnen und -polizisten anderer Mitgliedstaaten sollen auch dann erfolgen können, wenn der Einsatzstaat diese nicht angefordert hat. Dies ist ein schwerwiegender Eingriff in die nationalstaatliche Souveränität der betroffenen Mitgliedstaaten, die von den EU-Verträgen nicht gedeckt ist. Der Bundestag hat deshalb große Bedenken, dass durch den Verordnungsvorschlag das Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in der Gesetzgebungstätigkeit der EU verletzt wird. Auch inhaltlich lehnt der Deutsche Bundestag den Vorschlag der Kommission ab und wendet sich gegen die weitere quasi-militärische Aufrüstung der EU-Außengrenzen, die insbesondere die Verhinderung der unerlaubten Einreise von Schutzsuchenden in die EU zum Ziel hat.

7. Auf Initiative Deutschlands und der Türkei haben die NATO-Verteidigungsminister am 11.2.2016 beschlossen, dass sich die NATO mit Schiffen an der Bekämpfung von Schlepperorganisationen im Küstenraum zwischen der Türkei und Griechenland beteiligt. Die unter deutschem Kommando stehenden Kriegsschiffe sollen ab sofort Überwachungs- und Kontrollausgaben übernehmen. Diese weitere Militarisierung der Flüchtlingsabwehr lehnt der Deutsche Bundestag in aller Entschiedenheit ab. Zumal die vereinbarte Zurückweisung von aus Seenot geretteten Flüchtlingen in die Türkei gegen das Refoulement-Verbot der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt.

Das weltweit größte Militärbündnis gegen sog. Schlepper zu aktivieren, sprengt nicht nur jede Verhältnismäßigkeit, sondern ist auch sachlich nicht nachvollziehbar. Es liegt deshalb nahe, dass es sich um einen weiteren Versuch handelt, den Aktionsradius der NATO im Mittelmeer zu erweitern, die NATO an die Konflikte im Mittleren Osten heranzuführen und gegen Russland in Stellung zu bringen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- verbindlich klarzustellen, dass die auf der Londoner Konferenz gemachten Zusagen zusätzlich zu bisherigen Zusagen, zu den deutschen Anteilen an Haushaltsmitteln der EU und zu der EU-Türkei-Flüchtlingsfazilität zu verstehen sind;
- ein Investitionsprogramm in Höhe von 5 Milliarden Euro für die Bekämpfung von Fluchtursachen aufzulegen und nachhaltig im Haushalt zu verankern, indem u. a.
- die Beiträge an den UNHCR, das WFP, das VN-Kinderhilfswerk (UNICEF), das VN-Hilfsprogramm für Palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) und das VN-Entwicklungsprogramm (UNDP) im Kabinettsentwurf des Haushalts 2017 gegenüber dem beschlossenen Bundeshaushalt 2016 um mindestens 600 Millionen Euro erhöht werden;
- die Mittel für die Übergangshilfe, die Humanitäre Hilfe und die Sonderinitiative Fluchtursachen im Kabinettsentwurf des Haushalts 2017 gegenüber dem beschlossenen Bundeshaushalt 2016 um mindestens 1 Milliarde Euro im Barmittelansatz und 1 Milliarde Euro in den Verpflichtungsermächtigungen erhöht werden;
- in der EU darauf zu drängen, dass alle Mitgliedstaaten verbindlich ihren Teil an der Finanzierung der humanitären Aufgaben im Zusammenhang des syrischen Bürgerkriegs und der daraus resultierenden Flüchtlingsaufnahme tragen;
- auf dem EU-Gipfel vorzuschlagen, dass die zugesagten Mittel für die Flüchtlingsfazilität EU-Türkei in Beiträge an

UNHCR und WFP umgewidmet und von diesen in der Region umgesetzt werden;
- sich in der EU dafür einzusetzen, dass die Vereinbarung vom EU-Türkei-Gipfel über die EU-Finanzhilfen an die Türkei und der Aktionsplan zur Flüchtlingsabwehr zurückgenommen werden und die Türkei weder zum sicheren Herkunftsstaat noch zum sicheren Drittstaat erklärt wird;
- die vollständige Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention durch die Türkei auch für syrische und irakische Flüchtlinge einzufordern und sich für die Öffnung der türkisch-syrischen Grenze für die syrischen Flüchtlinge einzusetzen;
- die türkische Regierung aufzufordern, den Beschuss kurdischer Stellungen in Syrien sofort einzustellen;
- die Pläne für eine türkische Kontrollzone und den völkerrechtswidrigen Aufbau von Flüchtlingslagern im Norden Syriens zurückzuweisen;
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das im Kern unfaire und längst gescheiterte Dublin-System schnellstmöglich in ein solidarisches System der Aufnahme von Flüchtlingen umgewandelt wird: Schutzsuchende sollen ihr Zufluchtsland in der EU entsprechend vorhandener familiärer Kontakte oder Sprachkenntnisse selbst bestimmen können, Ungleichverteilungen sollen auf finanzieller Ebene ausgeglichen werden; weniger in Anspruch genommene Länder müssen beim Aufbau eines attraktiven Asylsystems unterstützt werden; anerkannte Flüchtlinge sollen ein Freizügigkeitsrecht innerhalb der EU erhalten;
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die wirtschaftlich und sozial schädlichen Auflagen des „Griechenland III-Pakets“ unverzüglich zurück genommen und die Auszahlung der nächsten Tranche ohne weitere Vorbedingungen ermöglicht wird, um der griechischen Regierung die zur Bewältigung der Krise nötigen materiellen Kapazitäten zu ermöglichen und darüber hinaus die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Erholung des Landes zu schaffen;
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Griechenland adäquate Unterstützung aus EU- und bilateralen finanziellen Mitteln und technischen Hilfen zur Bewältigung der dortigen „Flüchtlingskrise“ erhält, und dass kein Ausschluss des Landes aus dem Schengen-Raum erfolgt;
- die Pläne zum Umbau von Frontex in eine Europäischen Grenz- und Küstenwache zurückzuweisen und stattdessen dafür zu sorgen, dass das Ertrinken von Schutzsuchenden im Mittelmeer insbesondere durch die Schaffung legaler und sicherer Zugangswege in die Europäische Union verhindert wird;
- sich in der NATO dafür einzusetzen, dass der Beschluss, die NATO bei der Flüchtlingsabwehr an der türkischen Mittelmeerküste einzusetzen, zurückgeholt und der Einsatz gestoppt wird, und die am Einsatz beteiligten Bundeswehrangehörigen sofort abzuziehen.

Der Antrag wurde nach Beratung in den Ausschüssen bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Was tun gegen rechts

Fünf Punkte für Solidarität, soziale Sicherheit und Demokratie

Diskussionspapier der Elgersburger Runde der Landes- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, 7. 12. 2015, aus: www.die-linke.de

Überall in Europa, auch in Deutschland, ist die politische Rechte – extrem, populistisch und rassistisch – derzeit im Aufwind. Sie trifft auf einen bis in die Mitte der Gesellschaft verbreiteten Rassismus. Ihr Zulauf wird genährt durch eine zunehmende soziale Unsicherheit. Die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft hat den Konkurrenzdruck zwischen den Menschen erhöht und führt dazu, dass immer mehr im Hamsterrad rennen, rasen und rackern, ohne sicher vor Armut zu sein. Armut, Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und eine Aushöhlung der öffentlichen Daseinsvorsorge, der sozialen Basis der Gesellschaft, haben eine Kultur der Unsicherheit geschaffen. Das ist nicht die Ursache für Rassismus, Antisemitismus und die Diskriminierung von Minderheiten, aber ein Nährboden, auf dem die rechten Parteien und Bewegungen wachsen können, indem sie sich als Verteidiger der „kleinen, hart arbeitenden Leute“ darstellen. Nun werden Geflüchtete als Sündenböcke angeboten: Für Wohnungsnot und schlechte Löhne, befristete Verträge und unsichere Zukunftsaussichten sind aber nicht Geflüchtete verantwortlich, sondern eine jahrzehntelange verfehlte Politik, die uns heute auf die Füße fällt.

Sind rechte Parteien einmal an der Regierung – das hat sich in mehreren Ländern Europas gezeigt – machen sie eben keine soziale Politik, sondern setzen die neoliberale Wirtschaftspolitik fort. Mit ihnen muss Aufklärung und Zurückweisung im Vordergrund stehen.

Wenn das soziale Gewebe zerrissen wird, steigt die Gefahr, dass Rechte reaktionäre Erklärungsmuster anbieten und mit der gesellschaftlichen Spaltung Politik machen. Wir treten Rassismus und Rechtpopulismus entgegen und wollen dem Erstarken der Rechten die sozialen Grundlagen entziehen.

So sprechen die Rechten häufig von den Kosten, die die Geflüchteten verursachen. Wir halten dem entgegen: Deutlich mehr Kosten verursacht die Steuerflucht von Reichen ins europäische Ausland. Die „teuersten“ Flüchtlinge sind also Steuerflüchtlinge, denn durch sie entgehen dem Bundeshaushalt zehnmal mehr Gelder, als die neu angekommenen Flüchtlinge „kosten“.

Die Geflüchteten sind nicht Ursache unserer sozialen Probleme. Im Gegenteil: Viele fliehen vor Kriegen, die die westlichen Staaten mit angezettelt haben. Andere fliehen vor den Folgen einer ungerechten globalen Wirtschaftsordnung, sind Opfer von Ausbeutung der Länder des Südens und neoliberaler Globalisierung.

Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Befürchtungen entgegentreten, statt Drohszenarien verstärken

Es ist viel die Rede davon, dass wir die Ängste der Menschen ernst nehmen müssen. Wir nehmen Ängste vor sozialem Abstieg, vor Spaltung und sozialer Ausgrenzung, vor Diskriminierung als Geflüchtete, vor rassistischen Übergriffen

durch Neonazis und Wutbürger/-innen sehr ernst. Aber wir sagen auch deutlich: Für rassistische Einstellungen gibt es keine Entschuldigung.

DIE LINKE arbeitet dagegen, dass sich Ängste mit rechten Einstellungen und Forderungen verbinden. Es gilt um das Alltagsbewusstsein zu ringen und die Rechten in die Schranken zu weisen. Dafür schlagen wir konkrete Schritte vor.
DIE LINKE schlägt ein 5-Punkte-Programm gegen Rechts vor, das die wirklichen Grundlagen der Probleme in den Fokus nimmt, Gegenkultur und soziale Sicherheit stärkt, Demokratie erfahrbar macht.

1. Ein deutliches Signal gegen die soziale Spaltung und Verunsicherung: das Problem heißt Rassismus und Prekarisierung

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Terroranschläge in Paris zu nutzen, um jetzt Flüchtlinge und Menschen muslimischen Glaubens unter Generalverdacht zu stellen, die Grenzen zu schließen und eine neue Angstdebatte im Zusammenhang mit Flüchtlingen zu initiieren. Was wir brauchen, ist eine Teilhabe- und Integrationsoffensive, um Rassismus und Ausgrenzung zu unterbinden, auch um den menschenverachtenden Ideologen des IS den Nährboden für die Rekrutierung weiterer Kämpferinnen und Kämpfer in den westlichen Industriestaaten zu entziehen.

In Deutschland lebende Muslime werden zu Sündenböcken gemacht, indem sie als rückständig, terroristisch verunglimpft werden. Die übergroße Mehrheit der Muslime verurteilt Terrorismus. Wir lassen nicht zu, dass in Deutschland eine Religionsgemeinschaft stigmatisiert und diskriminiert wird.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich in einer bemerkenswerten Initiative dafür ausgesprochen, Flüchtlinge aufzunehmen. Das ist gut und das unterstützen wir. Das findet aber keine Untersetzung in ihrer Gesellschafts-, Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ihre Politik beruht auf sozialer Spaltung und Verunsicherung durch eine Kultur der permanenten Wettbewerbsfähigkeit. Das fördert nicht Solidarität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sondern eine „Gesellschaft der Angst und Konkurrenz“. Der CSU und den Scharfmachern in der CDU ist es gelungen, die Koordinaten der Flüchtlingsdebatte nach rechts zu verschieben. Die Regierung schürt Stimmung in Richtung Abschottung und „Das Boot ist voll“. Dies ist Wasser auf die Mühlen von AfD, Pegida und Co.

Sozialgarantie statt Menschen gegeneinander ausspielen: Während der Finanzkrise zur Rettung der sich verspekulierenden Banken garantierten die Bundeskanzlerin und der damalige Finanzminister den Bürgerinnen und Bürger deren Spareinlagen. Uns allen ist ihre Botschaft „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind” in Erinnerung. Heute brauchen wir eine Sozialgarantie, die sicherstellt, dass alle an den Aufgaben der Gesellschaft beteiligt und die Ärmsten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir erwarten die eindeutige Aussage der Bundeskanzlerin: „Ich sage der Bevölkerung: Einen Abbau sozialer Leistungen wird es nicht geben.”

Um diese Sozialgarantie mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen, fordern wir:

- ein Bundessonderprogramm sozialer Wohnungsbau mit 200 000 Wohnungen in Mischnutzung für Menschen mit geringen Einkommen und Geflüchtete. Dafür muss der Bund mehr Geld bereitstellen als bisher;
- den Ausbau und eine auskömmliche personelle Ausstattung der öffentlichen Schulen, Kitas und Hochschulen;
- eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge mit der Öffnung der Gesundheitsversorgung für alle hier lebenden Menschen;
- die Erhöhung des Mindestlohns (und mehr Personal zur effektiven Kontrolle) auf ein Niveau oberhalb der Niedriglohngrenze (mindestens 10 Euro) und armutsfeste Renten;
- eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV! Unter 1050 Euro droht Armut. Das soziokulturelle Existenzminimum für Flüchtlinge und Erwerbslose ist nicht verhandelbar.

2. Den Staat handlungsfähig machen und Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer unterstützen

Vielerorts fehlt es an ausreichend Unterbringung, Beschulung und gesundheitlicher Versorgung von Geflüchteten. Etliche Städte und Gemeinden sind derzeit nicht in der Lage, Asylverfahren ordnungsgemäß durchzuführen. Die chaotischen Zustände sind Ausdruck organisierten Staatsversagens, das Wasser auf die Mühlen rechtspopulistischer und rechtsextremer Demagogie ist. Das muss durch eine konzertierte Aktion aller beteiligten politischen Ebenen und Institutionen unmittelbar und sofort behoben werden. Folgende Maßnahmen schlagen wir dazu vor:

- Sofortige Bereitstellung von Mitteln für die Kommunen, um gerade im Winter eine humane Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zu organisieren. Dazu gehört die sofortige Einstellung von Ärztinnen und Ärzten, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie weiteren Fachpersonals für Versorgung und Betreuung der Geflüchteten;
- weitere Aufstockung des Personals in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Registrierzentren, in den BAMF-Außenstellen und in den Jobcentern;
- Einbeziehung der Strukturen der freiwilligen Flüchtlingshilfe und der Geflüchteten in Entscheidungen zur Verwendung der Mittel;
- Stärkung von Strukturen der Interessenvertretung unter den Geflüchteten und ihre aktive Einbeziehung in alle Fragen, die sie betreffen (Unterbringung, Versorgung, Verpflegung, Konfliktmanagement etc.);
- ein Förderprogramm für Flüchtlingshilfe-Initiativen;
- vorübergehende Beschlagnahmung von Wohnraum, der nur zum Zwecke der Spekulation leer steht, auch in wohlhabenden Stadtvierteln, so dass Sporthallen entlastet werden und die Geflüchteten wetterfest untergebracht werden können. Die Eigentümer bekommen für die Zeit der Nutzung eine Miete zum ortsüblichen Durchschnittspreis;
- Aufstockung und Fortbildung des hauptamtlichen Personals zur Betreuung der Geflüchteten.

3. Willkommenskultur und Integration braucht Umverteilung – Die Reichen müssen zahlen

Ein Haushalt, der zentrale gesellschaftliche Bedürfnisse nicht erfüllen kann, ist kein ausgeglichener Haushalt. Er ist schlecht geplant. Die Politik der schwarzen Null muss aufgegeben werden. Notwendig sind:

- Ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 25 Mrd. Euro. Wir brauchen dringend Arbeitsplätze in Bereichen, die die Lebensqualität für alle verbessern, Integration und Willkommensgesellschaft gestalten. Wir geben die Erwerbslosen nicht auf und schaffen Möglichkeiten für eine gerechte Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt;
- mehr Personal in Gesundheit, Bildung und Pflege: Beseitigung der Versorgungslücken und der Einstellung der Förderung von Integrationskultur. Stärkung der Lebensqualität im ländlichen Raum;
- die ökologische Modernisierung der Infrastruktur. Diese Maßnahmen sind finanzierbar und wirken gegen das gesellschaftliche Klima der ständigen Konkurrenz, wenn sie gerecht finanziert werden: Wir fordern die sofortige Einführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer;
- Verursacher und Profiteure des Flüchtlingselends müssen zahlen: Sondersteuer 2015 & 2016 für die Rüstungsindustrie, Abschöpfung ihrer Profite in der Vergangenheit. Für die Zukunft gilt: Rüstungsexporte verbieten!

4. Humanes Asylrecht herstellen statt dem Druck von AfD und Pegida nachzugeben

Wer sagt, man müsse die Ängste der Menschen ernst nehmen, und dann die Forderungen der Rechten übernimmt, macht sie stark. Die Asylrechtsverschärfung ist der falsche Weg. Sie legt nahe, dass die Situation nur zu bewältigen ist, wenn Flüchtlinge zurückgewiesen und abgeschoben werden. Stattdessen dürfen Würde und Menschenrechte der Geflüchteten nicht von Seiten des Staates in Frage gestellt werden. Wir wollen den Zuzug von so vielen Menschen als Aufbruch in eine neue solidarische Gesellschaft begreifen. Nicht zuletzt die Millionen Freiwilligen in den letzten Monaten haben gezeigt: Wir leben in einem Land mit einer lebendigen Willkommenskultur. Abschottung und Abwenden vom Leid der Geflüchteten wird von uns nicht mehr hingenommen. Wir wollen alles tun, damit an Europas Stränden keine toten Kinder mehr angeschwemmt werden!

- Schluss mit Asylrechtsverschärfungen. Wir wollen das Grundrecht auf Asyl wiederherstellen und alle Sondergesetze zulasten von Flüchtlingen abschaffen. Alle Flüchtlinge müssen schnell einen Zugang zum Gesundheitssystem und den übrigen sozialen Sicherungssystemen bekommen. Der Schutz des Lebens der geflüchteten Menschen muss Vorrang haben vor Grenzsicherung.
- Wir fordern legale, sichere Fluchtmöglichkeiten nach Europa. Fähren statt Frontex! Eine Offensive zur Humanisierung des Flüchtlingsrechts in der EU. Dazu zählen die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege in die Europäische Union, die Aufhebung des Dublin-Regimes, die sofortige Entfernung von Stacheldrähten und Grenzzäunen an den Grenzen innerhalb und außerhalb der EU. Was für Dienstleistungen, Waren und Kapital gilt, muss auch für Menschen gelten: Freizügigkeit! Wir brauchen ein humanitäres Flüchtlings- und Asylrecht, das auch rechtsextrem und nationalistisch regierte Staaten wie Ungarn bindet.
- Der Familiennachzug muss unbürokratisch ermöglicht werden. Lebenslange Verpflichtungserklärungen müssen abgeschafft werden. Frauen und Kinder sind bei unsicheren Fluchtrouten stärker gefährdet.

5. Demokratische Gegenkultur statt Stärkung des Verfassungsschutzes, für eine Bildungsoffensive

Die Deutung von gesellschaftlichen Problemen findet im Alltag und unter dem Eindruck von alltäglichen Kräfteverhältnissen statt. Eine kulturelle Hegemonie für Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Solidarität braucht eine lebendige, attraktive Zivilgesellschaft und eine öffentliche antirassistische, antifaschistische Kultur, in der sich die Menschen begegnen und austauschen können.

Dabei gibt es keine Abkürzungen: Versuche, dem wachsenden Rechtspopulismus und rechter Gewalt durch Stärkung der Geheimdienste entgegenzutreten, sind eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Das hat die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den NSU-Skandal mit seiner Weigerung, V-Leute aussagen zu lassen, gezeigt. Wir wollen ein:

- öffentliche Förderung von demokratischer und antifaschistischer Kultur und selbstorganisierten Kultur- und Sozialzentren;
- eine unabhängige, wissenschaftliche Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus und Rassismus;
- Stärkung von Opferausgleich und Beratung gegen extreme Rechte an Schulen und im öffentlichen Raum. Wir wollen die öffentliche Finanzierung rechtsextremer Strukturen und der NPD beenden, indem die von den Verfassungsschutzämtern finanzierten V-Leute abgeschaltet werden.
- Schließlich ist es wichtig, dass nicht nur über Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten gesprochen wird, sondern tatsächliche Begegnungen organisiert werden: Wir wollen, dass in Schulen und öffentlichen Veranstaltungen die Betroffenen selbst über Fluchtursachen und Hintergründe informieren und mit der Bevölkerung ins Gespräch kommen können.

Aufnahme und Aufbruch

Interview mit Philipp Bertram, Mitglied der LINKEN, jetzt stellvertretender Leiter der Notunterkunft im Alten Rathaus Berlin-Wilmersdorf, der zum „Berliner des Jahres 2015“ gewählt wurde. Aus: Disput, Februar 2016, Interview: Stefan Richter (geringfügig gekürzt)

Notunterkunft — was heißt das?

Notunterkünfte sollen Flüchtlinge vor Obdachlosigkeit bewahren. Sind die Erstaufnahmestellen in Berlin vollständig belegt, eröffnet das Lageso (Landesamt für Gesundheit und Soziales) solche Notunterkünfte. Das können Turnhallen oder andere Gebäude wie eben das ehemalige Rathaus Wilmersdorf sein.

Wann wurde eure Notunterkunft eröffnet?

Am 14. August 2015, und bereits am selben Tag fuhren die Busse mit den ersten Bewohnern vor.

Seit wann bist du dabei?

Vom ersten Tag an, anfangs ehrenamtlich, seit September als stellvertretender Leiter.

Die Flure des ausgedehnten Gebäudekomplexes sind lang. An etlichen Aufgängen sitzen/stehen Brandwachen, insgesamt 22. Acht Sicherheitsleute versehen vor und im Haus

ihren Dienst. Missverständnisse der Bewohner/innen, unterschiedliche Erfahrungen, die Monotonie des Wartens, „Lagerkoller" führen durchaus zu Konflikten, dürfen sich jedoch nicht zu Krawallen oder Schlimmerem ausweiten.

Woher kommen eure Bewohnerinnen und Bewohner?

Gut die Hälfte aus Syrien, rund 30 Prozent aus Afghanistan und dem Iran, zehn Prozent aus dem Irak, weitere kommen aus Eritrea, Kamerun, aus Nordafrika, aus Teilen der Russischen Föderation (Tschetschenien, Dagestan). Der Großteil sind Familien, zwei Drittel Männer und Jungen. Die Altersspanne reicht bis knapp 80 Jahre, ein Drittel ist unter 18, der Großteil zwischen 20 und 40.

Viele sind krank oder verletzt. Aufgebaut von der Initiative „Medizin hilft Flüchtlingen", sind Dutzende ehrenamtliche Ärztinnen und Ärzte, Pfleger/innen und Apotheker/innen aktiv, ein Arzt ist jetzt fest eingestellt, dazu weiteres Personal. Besonders notwendig ist psychische Beratung – 330 Bewohner/innen nehmen sie in Anspruch. Für die traumatisierten Kinder jedoch reichen die Experten nicht aus.

Wie finden Flüchtlinge den Weg zu euch nach Wilmersdorf?

Unterschiedlich. Die meisten kommen nach Berlin, zur Erstaufnahme (und von dort zu uns), weil man ihnen unterwegs den Weg gewiesen hat. Oder weil sie die Flucht mit einem Smartphone begonnen haben: In jedem Land, durch das sie gehen, kaufen sie sich eine SIM-Karte, organisieren sich übers Internet und navigieren mit Karten. Es gibt vorgefertigte Karten bei Google, es gibt Webseiten, wo sie sich austauschen. Bewohner erzählten uns, dass sie schon zu Beginn ihrer Flucht wussten, ich muss in Berlin zur Turmstraße 21, dort werde ich registriert.

Eine zweite Variante: Die Flüchtlinge werden durch die Bundespolizei aufgegriffen oder sie melden sich bei der Bundespolizei und werden in die Erstaufnahmestelle gebracht.

Ein großer weiter Bereich im Erdgeschoss. Eine Art Information. Angebote und klare Regeln, mehrsprachig mitgeteilt, niemand darf sich benachteiligt fühlen. Viel Platz zum Telefonieren und Reden. Oder zum Schach spielen. Am Sonnabend auch zur Party. Dann darf, wer will, seine Musik anstöpseln, und es wird getanzt.

Was hörst du über Gründe für die Flucht?

Da ist stark die Angst, in den Heimatländern nicht überleben zu können, vor allem in Syrien und in Afghanistan. Und da ist die Angst vor Verfolgung und Diskriminierung, zum Beispiel bei Afghanen, die aus dem Iran kommen, wo sie häufig als Menschen zweiter Klasse gelten und keinen Zugang zu Bildung und Ausbildung erhalten.

In Syrien entwickelte sich in den vergangenen Jahren eine große Perspektivlosigkeit. Der Bürgerkrieg zersplitterte sich immer weiter, jeder kämpft gegen jeden, und der IS mit seiner Skrupellosigkeit und Brutalität kam hinzu: Plötzlich wurden über Nacht mitten im Dorf Menschen erhängt, darunter Familienangehörige. Niemand ist mehr sicher, die Arbeit ist sowieso weg, keiner weiß, wie er die Familie schützen und durchbringen kann. Sie sahen einfach keine Perspektive, dort überleben zu können.

Aus Afghanistan berichten viele, dass für sie durch das Wiedererstarken der Taliban kein Ausweg mehr erkennbar war. Vor allem die junge Generation, die im Moment Schutz bei uns sucht, ist eigentlich ausschließlich mit Krieg aufgewachsen, was man ihr sehr stark anmerkt, ebenso eine immense Sehnsucht nach Frieden, Sicherheit und Ruhe, weil dieses Volk eigentlich ein sehr herzliches und fröhliches ist. Sie alle suchen eine Perspektive für ihre Kinder.

Wie lange bleiben die Bewohnerinnen und Bewohner in eurem Heim?

Früher blieben Flüchtlinge in Notunterkünften ein bis zwei Wochen, ehe sie in eine andere Unterkunft umziehen konnten. Im Moment ist das kaum oder gar nicht möglich. Bei uns leben etwa 15 Prozent aller Bewohner seit der Eröffnung des Hauses, also seit mehr als fünf Monaten. 1800 Menschen lebten bei uns im Haus oder haben sich hier zwischenzeitlich aufgehalten.

Was machen sie hier den Tag über?

Wer als Asylsuchender registriert ist, muss jeden Monat zum Lageso gehen, um sich die Kostenübernahme für die Unterkunft und seine monatlichen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu holen. Dort müssen sie oft mehr als einen Tag anstehen, weil zu viele für einen Tag zum Lageso bestellt werden.

Wenn die Menschen bei uns angekommen sind, braucht es Zeit, bis sie das Haus für eine bestimmte Zeit als ihren Platz annehmen und auch als sicher empfinden. Dann gehen sie die nächsten Schritte.

Um die Zeit des Ankommens zu erleichtern, unterbreiten wir ihnen im Haus etliche Angebote. Danach drängen wir aber darauf, auch die Angebote außerhalb des Hauses wahrzunehmen. Irgendwann muss der „Sprung" nach draußen, in die Stadtgesellschaft erfolgen. Nur so richten sie sich nicht zu sehr in der „Rundumbetreuung" ein, sondern agieren selbständig weiter. Dabei kann der Besuch einer Sprachschule außerhalb des Hauses ein erster Schritt sein. Es gibt außerdem kulturelle Angebote, Besuche in Theatern, Opern, Ausstellungen, Spaziergänge am See. Begleitet werden sie von ehrenamtlichen Helfern. Und es gibt Schulprojekte, zu denen Kinder und Jugendliche eingeladen werden, und Sportvereine, wo etliche unserer Bewohner mitmachen.

Drei Jungen verschwinden im Computerraum. Der wurde großzügig von Google bestückt. Ein Bewohner, IT-Fachmann, macht Kurse und hat auch sonst hier den Hut auf. Andere Bewohner helfen im Speisesaal, in der Wäscherei oder beim Tragen von neuen Betten. Die Bewohner/innen einzubeziehen ist gewollt, aber aus Versicherungsgründen leichter gesagt als getan.

Fast ein Kleinod: der Friseurraum, eingerichtet mit Hilfe eines „richtigen" Salons in der Kantstraße. Mansour und drei andere Bewohner richten hier unentgeltlich nicht allein die Haare ihrer „Kunden", sondern damit ebenso deren Selbstwertgefühl auf.

Welche Erwartungen hatten die Flüchtlinge vorher an Deutschland?

Die Erwartungen waren sehr, sehr groß. Darunter waren auch viele falsche, geschürt von den Medien in Syrien und Afghanistan, finanziell und was das Asylverfahren betrifft. Viele glauben, dass es viel schneller abläuft. Das hat sich nicht bewahrheitet. Ernüchterung trat ein. Die meisten wissen mittlerweile, dass es für so viele Menschen nicht gleich eine Wohnung geben kann – und dass auch nicht alle Deut-

schen einen 5er BMW fahren, sondern dass es auch hier, wie in der früheren syrischen Gesellschaft, arm und reich gibt. Aufgefangen wurden viele Flüchtlinge durch die enorme Bereitschaft der Bevölkerung, ihnen zu helfen und bei Problemen zur Seite zu stehen.

Woher wissen die Flüchtlinge, dass sie von Ehrenamtlichen unterstützt werden?

Das mussten wir ihnen erklären. Viele verstanden anfangs die Freiwilligkeit nicht: dass sich Helfer viele Stunden am Tag engagieren, manche neben ihrem eigentlichen Vollzeitjob. Manche Bewohner meinten: Ihr seid verrückt ... Sie sind aber sehr dankbar, dass Menschen ihnen von früh bis spät helfen – sie zu den Ämtern begleiten, in Ruhe ihre Fragen beantworten, die häufig sehr komplex sind. Diese Hilfe haben die Bewohner inzwischen sehr, sehr schätzen gelernt. Und sie merken, dass nicht allein die Ehrenamtlichen hundert Prozent geben, sondern auch die hauptamtlichen Mitarbeiter und die Sozialarbeiter/innen.

Wie viele Ehrenamtliche sind jetzt bei euch aktiv?

75 bis 100, jeden Tag. Anfangs waren das noch viel mehr, an einem Tag mal 400. Mit ihrer Hilfe konnten wir ganz schnell das Nötigste aufbauen.

Die Hilfsbereitschaft ließ natürlich nach. Als unser Haus öffnete, gab es knapp 65 Flüchtlingsunterkünfte in Berlin, inzwischen sind es um die 140. Außerdem ist der Kreis der Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen, begrenzt; nicht jeder schafft den Sprung vom Sofa in eine Unterkunft, um regelmäßig zu helfen.

Wer sich hier eingebracht hat, braucht irgendwann mal eine Pause. Man kann nur dann helfen, wenn man selber fit ist und wenn das eigene private Leben funktioniert. Auf solche Pausen achten wir. Glücklicherweise sind wir eine große Gemeinschaft, die das hier bewerkstelligt.

Im Speisesaal wird Essen um Essen, geliefert von einer persisch-türkischen Firma, ausgegeben. Schmackhaft durchaus, aber eben Woche für Woche niemals etwas selbst Gekochtes. Gegen 22 Uhr verlassen die letzten Ehrenamtlichen das Haus, dann hat auch der späte Deutschkurs „Auf Wiedersehen“ gesagt. Sprachunterricht steht von Anfang an hoch im Kurs.

Wie hat sich die Spendenbereitschaft seit dem Sommer/Herbst 2015 verändert?

Die private Spendenbereitschaft ist gesunken, die von Firmen beginnt gerade richtig. Unternehmen sammeln bei sich oder in Filialen bzw. kaufen Dinge, die hier benötigt werden. Mehr Unterstützung suchen wir in der Sprachausbildung und bei Integrationsmaßnahmen.

In der Wäscherei – mit je zwölf Maschinen und Trocknern, von Spendengeldern angeschafft – geht's rund: bis 700 Wäschen in jeder Woche. Ein System des Anmeldens, Abgebens und Abholens. Hier gilt wie überall: unter ungewöhnlichen Bedingungen irgendwie Normalität schaffen. An einem der langen Flure werden Duschen eingebaut, noch müssen sich die Bewohner/innen mit Containern vorm Haus begnügen. Auch das verlangt Übersicht. Einige Meter weiter Kleiderkammern für Männer und gegenüber für Frauen. Kein Zutritt für uns Männer zum Frauenbereich, vorgesehen zum Nähen, für Gesundheitsaufklärung, für Gespräche ...

Wie lang ist dein Arbeitstag?

Ich habe eine Vollzeitstelle, aber die wird weit überschritten.

Wie kriegst du Arbeit und Studium unter einen Hut?

Derzeit liegt das Studium brach; beides braucht Sorgfalt und ist nicht nebeneinander zu machen. Mein Ziel ist es, ab Herbst wieder ins Studium einzusteigen. Dann sind die Strukturen in der Notunterkunft hoffentlich so gewachsen, dass ich zumindest kürzer treten könnte.

Was war dein aufregendster Tag?

Häufig mussten wir vieles sehr kurzfristig organisieren. Da erhielten wir einen Anruf, in einer Stunde kommen soundso viele Menschen – und dann wurden es 50 mehr. Doch zu erleben, wie viele Menschen sich spontan auf den Weg zu uns machten und mit anpackten – ob beim Aufräumen oder bei der Aufnahme der neuen Bewohner –, das waren tolle Momente. Zu den schönsten Stunden gehören die Geburten in unserem Haus: sieben oder acht Babys, die unser aller Herz beglückt haben.

Und es gibt viele berührende Momente mit den Bewohnern, tolle Gespräche, eine enorme Hilfsbereitschaft auch von Bewohnern selbst. Doch es gibt auch ganz tragische Momente. Vor allem wenn junge Bewohner, 15, 16, 17 Jahre, mit ihren Eltern oder anderen Familienangehörigen in Syrien oder Afghanistan telefonieren – und wenn dann während des Telefonats Bombeneinschläge zu hören sind, Verbindungen abbrechen, Menschen sterben. Auch auf der Flucht sterben Menschen.

Was bekommen eure Bewohner von den Debatten in Deutschland, von Feindseligkeit und Rassismus, aber auch von „Köln“ mit?

Die politischen Entscheidungen in Deutschland bekommen sie mit – weniger, was in Medien diskutiert wird oder was in Köln geschah. Dazu fehlen einfach ausreichende Deutschkenntnisse. Um zu erfahren, was hier passiert, ist die Deutsche Welle auf Arabisch ein wichtiges Medium.

Die Bewohner merken, dass die Situation nicht leicht ist, dass darüber heftig gestritten wird. Sie bekommen die angespannte Situation mit aufgrund der Art ihrer Unterbringung. Sie kennen die Situation durch Berichte von Freunden. Sie wissen, wie es in anderen Bundesländern aussieht. Und sie erfahren, dass ihnen nicht nur freundlich, sondern auch feindselig begegnet wird. Zugleich erleben sie, wie viele Menschen sich vor sie stellen und sie schützen.

Vor „Wilmersdorf“ war Philipp Bertram ehrenamtlich auch in seiner Heimatstadt Dresden und andernorts für Flüchtlinge aktiv. Sein Wunsch: alles dafür zu tun, dass sie so schnell wie möglich das Haus wieder verlassen können – in einen Alltag der Chancen und der Integration. Seine Art, Verantwortung für 1150 Menschen zu tragen, beeindruckt: klug, umsichtig, besonnen, freundlich, Ehren- wie Hauptamtliche achtend, die Bewohnerinnen und Bewohner sowieso. – Eine Jury der „Berliner Morgenpost“ und des Senders 104.6 RTL wählte ihn aus 50 teils sehr prominenten KünstlerInnen, Sportler/innen und PolitikerInnen zum „Berliner des Jahres 2015“!

Wie ist das „Wir schaffen das“ zu schaffen?

Auf den Staat oder seine Behörden kann man schimpfen. Aber 2015 kamen rund eine Million Menschen, in Berlin wur-

den über 60 000 registriert, 45 000 sind untergebracht worden. Das ist auch für Behörden eine immense Herausforderung. Das schaffen die nicht allein. Das schaffen auch die Hilfsorganisationen und Träger mit ihren hauptamtlichen Kräften nicht allein. Deshalb müssen die Aufnahme und die Integration der Flüchtlinge eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft sein.

Was erwartest du von Politik bei der Bewältigung dieser Aufgabe?

Bei der gesamten Energie all der „Bedenkenträger" könnten wir viel, viel mehr erreichen, wenn sie jetzt nicht über Obergrenzen, Grenzen schließen usw. reden würden. Das bringt nichts. Die Menschen sind längst hier, und es gibt das Recht auf Asyl. Also ist die Frage, wie wir diese Situation bestmöglich bewältigen können. Und zwar im Interesse aller – im Interesse der Gesamtgesellschaft und im Interesse derjenigen, die zu uns gekommen sind. Da reicht es nicht, lang und breit darüber zu diskutieren, wer bleiben darf und wer nicht. So geht viel zu viel Zeit verloren, dadurch potenzieren sich noch mehr Probleme. Der geringste Teil derjenigen, die gekommen sind, stammt aus sicheren Ländern. 95 Prozent der Asylsuchenden kommen, meiner Meinung nach, aus Kriegs- und Krisengebieten.

Ich erwarte von Politik die Idee, wohin wir gehen, welches Ziel wir haben, wie die neuen Mitmenschen eine Chance erhalten, sich ein neues Leben aufzubauen. Und wie wir es schaffen, das positiv in unsere Gesamtgesellschaft einfließen zu lassen, so dass alle sagen: Ja, das haben wir richtig gemacht. Wie erklären wir den Menschen, wie Integration stattfinden kann? Und wann die Integration beginnt – von Anfang an, oder warten wir, bis das Asylverfahren beschieden ist? Unserer Meinung nach beginnt sie von Anfang an. Dafür arbeiten wir, Ehren- und Hauptamtliche, in unserem Haus.

Vielen Dank, nicht nur für das Interview!

Syrien/Naher Osten

„Es ist alles ein furchtbares Verbrechen"

Interview des Deutschlandfunks mit Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, 11.2.2016, Fragen: Christine Heuer, aus: http://linksfraktion.de/im-wortlaut/es-alles-furchtbares-verbrechen/

Die Syrien-Gespräche in Genf sind ausgesetzt. In München aber berät die Weltgemeinschaft über den Krieg und wie er beendet werden kann. Morgen beginnt die Sicherheitskonferenz. Heute Abend trifft sich an der Isar schon mal die Syrien-Kontaktgruppe. Saudi-Arabien und Iran sind gemeinsam mit an Bord, ein Novum. Am Telefon begrüße ich die Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht. Guten Morgen!

Guten Morgen.

Über das US-geführte Anti-IS-Bündnis haben Sie, Frau Wagenknecht, gesagt: „Es ist kein geringeres Verbrechen, unschuldige Zivilisten in Syrien mit Bomben zu ermorden, als in Pariser Restaurants und Konzerthäusern um sich zu schießen." Gilt das jetzt auch für Russland?

Ja selbstverständlich gilt das auch für Russland und für die russischen Bomben. Dieser Krieg ist ein furchtbarer Krieg, der in erster Linie die Zivilbevölkerung trifft. Das sehen wir jetzt in Aleppo, wo auch wieder ganz, ganz viele Menschen fliehen müssen, ihre Heimat verlieren, auch schon viele Kinder und auch Frauen getötet wurden, und deswegen muss dieses Morden endlich aufhören. Ich frage mich nur, weshalb beispielsweise Frau Bundeskanzlerin jetzt ihr Entsetzen gegenüber diesen Bombardements in Aleppo äußert, aber gleichzeitig die deutschen Tornados französische Bombardements unterstützen. Es wird ja leider in Syrien nicht nur durch Russland gebombt; es wird ja nach wie vor auch durch die USA, durch die Briten und auch durch die Franzosen gebombt, und auch dieses Sterben ist um nichts besser oder irgendwie vertretbarer. Es ist alles ein furchtbares Verbrechen.

Fordern Sie, dass die Russen das Bombardement Aleppos einstellen?

Ja. Ich fordere, dass endlich, und zwar ernsthaft, über einen Waffenstillstand verhandelt wird. Das gilt aber natürlich für alle Seiten. In Aleppo werden ja nicht Freiheitskämpfer bekämpft, sondern dort sind islamistische Rebellengruppen, die von der Türkei insbesondere, auch von Saudi-Arabien massiv unterstützt werden, auch militärisch, die aber auch vom Westen zumindest zu Beginn des Konflikts, teilweise aber auch bis heute militärisch hochgerüstet wurden. Und solange man das nicht stoppt, so lange schaukelt sich das immer weiter hoch. Man kann nicht nur auf eine Seite mit dem Finger zeigen und sagen, die sollten aufhören. Wenn, muss das natürlich für beide Seiten gelten.

Aber die Opposition, die in der Tat in viele kleine Gruppen zerfällt, Frau Wagenknecht, die syrische Opposition sagt jetzt, solange Aleppo dermaßen bombardiert wird, können wir nicht über einen Frieden sprechen. Das liegt doch auf der Hand.

Ja. Ein Frieden oder ein Waffenstillstand – Frieden ist ja ein großes Wort, davon ist man ja in Syrien wirklich weit entfernt. Aber ein Waffenstillstand würde bedeuten, dass beide Seiten sagen, wir hören jetzt auf zu kämpfen, wir hören auf, militärische Aktionen zu machen. Bisher war es so, dass auch die syrischen Rebellen – und wie gesagt: Rebellen, das klingt nach Freiheitsfront; das ist die Al-Nusra-Front, das sind richtige islamistische Terrorgruppen, die dort agieren, die auch sicherlich für die Bevölkerung mindestens so verheerend sind wie das Assad-Regime. Da kämpft nicht Gut gegen Böse. Aber es muss trotzdem, auch wenn von allen Seiten dort mit Menschenrechtsverletzungen, mit furchtbaren Kriegsverbrechen agiert wird, es müssen beide Seiten aufhören und beide Seiten bereit sein, einen Waffenstillstand zu machen. Russland hat ihn ja jetzt gerade aktuell auch noch mal angeboten …

Ja, aber bombardiert fleißig weiter, Frau Wagenknecht. Da geht ein bisschen auseinander, was Moskau sagt und wie Moskau handelt.

Ja, weil die militärischen Aktionen von allen Seiten zurzeit weitergehen. Deswegen ist es so wichtig, dass man jetzt in München miteinander redet – zumindest ja auf oberer Ebene wird das stattfinden -, weil ich wirklich überzeugt bin, militärische Lösungen in Syrien, die wird es nicht geben, sondern es gibt eine immer weiter gehende Eskalation dieses Konflikts. Das erleben wir ja. Immer mehr Länder werden in diesen Konflikt reingezogen. Und es ist natürlich auch keine Frieden bringende Maßnahme, wenn Saudi-Arabien jetzt ankündigt, eventuell mit Bodentruppen in diesen Konflikt zu gehen. Die NATO will sich jetzt in der Ägäis engagieren. Da kann man auch sehr stark die Gefahr vermuten, dass die NATO insgesamt immer stärker in den Konflikt einbezogen wird. NATO-Staaten sind ja schon am Krieg beteiligt. Das ist eine Eskalationsspirale, die hoch gefährlich ist letztlich auch für den Weltfrieden, weil natürlich indirekt NATO und Russland dort sich gegenüberstehen, und das ist eine ganz fatale Situation.

Frau Wagenknecht, es ist ja schön, zu sagen, beide Seiten sollen aufhören. Dann sagen Sie bitte mal ganz konkret, Sie sind ja Politikerin: Was erwarten Sie denn von den Gesprächen jetzt in München? Was sollen denn beide Seiten da ganz konkret anbieten?

Ganz konkret sollten beide Seiten einen Waffenstillstand aushandeln, das heißt einen sofortigen Stopp militärischer Aktionen. Das muss allerdings dann auch für die westlichen Bombenangriffe gelten.

Das haben Sie jetzt mehrfach gesagt, Frau Wagenknecht. Den Punkt haben wir verstanden: Beide Seiten sollen aufhören. Aber bis man da mal hinkommt, müssen ja beide Seiten etwas anbieten. Wir fangen ja nicht beim Waffenstillstand an, sondern bei ersten Signalen. Noch mal nachgefragt: Was erwarten Sie – ich bleibe jetzt mal bei Russland – heute und morgen in München, in den nächsten Tagen von Moskau?

Russland hat schon vor mehreren Jahren einen Weg angeboten, wo sie gesagt haben, Waffenstillstand in Syrien und dann natürlich eine Perspektive, Neuwahlen in Syrien und damit auch eine Chance. Wenn das syrische Volk Assad los werden will, dann sollen sie darüber in Wahlen entscheiden, aber nicht auf dem Schlachtfeld.

Frau Wagenknecht, darüber sollte die Weltgemeinschaft in Genf sprechen, und diese Gespräche sind buchstäblich wegbombardiert worden von Moskau in Aleppo.

Ja, aber es sind doch nicht nur die Russen, die dort bombardieren. Es ist doch auch ein Problem, wenn diese islamistischen Rebellengruppen – und ich finde, dass wir gerade in Europa auch nach den ganzen Terroranschlägen jetzt keine Sympathie dafür haben sollten, dass islamistische Rebellengruppen vorrücken. Wenn jetzt eine Seite einseitig sagt, wir hören auf, heißt das natürlich, dass die andere, solange sie die Unterstützung hat, und die Türkei unterstützt diese Gruppen, dass sie dann wieder vorrücken. Das sollte nicht unser Interesse sein. Es muss für beide gelten und es sollte auch ein klares Signal des Westens geben, dass man diese Opposition, die ganz klar nicht demokratisch ausgerichtet ist – wie gesagt: Ich rede hier über Al-Nusra-Front -, dass man die nicht weiter ausrüstet und nicht weiter ihnen militärisches Gerät liefert, und das tut man bis jetzt. Und solange man ihnen einen derartigen Rückhalt gibt, hören die natürlich auch nicht auf zu kämpfen. Es müssen beide Seiten aufhören, und genau das sollte in solchen Gesprächen erreicht werden und natürlich auch mit einem gewissen Druck, aber auf beide Seiten. Und es ist kein Druck auf die Rebellen, endlich Friedensgespräche zu führen, wenn man gleichzeitig sagt, eventuell schicken wir auch Bodentruppen, euch zu unterstützen. Das ist ja eher eine Aufforderung, kämpft weiter.

Vielleicht, Frau Wagenknecht, fällt es Ihnen leichter, meine Frage zu beantworten nach den konkreten Signalen, wenn ich Sie frage, was Sie vom Westen erwarten. Auf die Frage nach Moskau mochten Sie nicht so richtig antworten.

Doch! Ich habe doch ganz klar gesagt: Ich erwarte von Moskau, dass sie die Bombardements einstellen. Ich erwarte aber genauso vom Westen, dass er ein klares Signal gibt, wir hören auf, diese Terroristengruppen militärisch hochzurüsten, und wir wollen eine friedliche Lösung. Das ist ja bisher auch kein Signal des Westens gewesen. Ich meine, der Westen einschließlich Deutschland hat sich immer weiter sich in diesen Konflikt hineinziehen lassen. Auch westliche Flugzeuge – ich sage es noch mal – bombardieren Syrien. Das haben wir zwar nicht in den Nachrichten und die Bilder erreichen uns nicht, aber die Bombardements finden trotzdem statt und dort werden auch Zivilisten getötet.

Da geht es aber jedenfalls gezielt gegen die IS-Terroristen.

Ja das sagen immer alle. Die Russen sagen natürlich auch, dass sie nur gezielt gegen Rebellen vorgehen. Es stimmt nicht, es sind zivile Opfer in Größenordnungen. Genauso wenig stimmt es aber eben auch auf westlicher Seite. Auf beiden Seiten wird massiv die Zivilbevölkerung geschädigt, weil es gar nicht anders geht, weil sich natürlich auch der IS in Wohnvierteln versteckt. Das ist doch immer der gleiche Trick. Sie gehen natürlich nicht in militärische Lager, son-

dern sie gehen in die Städte, da wo die Menschen leben und da, wo sie sich hinter zivilen sogenannten Schutzschilden, also hinter der Zivilbevölkerung verstecken können. Deswegen kann man gar nicht militärisch gegen die kämpfen, ohne die Zivilbevölkerung zu verletzen, und deswegen ist es so wichtig, dass man tatsächlich Friedensgespräche führt, aber wirklich ernsthaft, und bisher spreche ich auch dem Westen das ernsthafte Anliegen ab, dort einen Waffenstillstand herbeizuführen, weil man immer stärker auch militärisch involviert ist und weil man mit ...

Frau Wagenknecht, ganz kurze Frage dazwischen. Erwarten Sie denn jetzt vom Westen, dass der erklärt, den Anti-IS-Kampf einzustellen?

Zunächst mal: In Aleppo geht es ja nicht um anti IS oder pro IS, sondern da geht es ja um andere Rebellengruppen. Ich finde, dass der Anti-IS-Kampf dann aussichtsreich ist, wenn man aufhört, in allen Teilen Syriens beispielsweise solche islamistischen Gruppen zu unterstützen, die wiederum auch teilweise mit dem IS kooperieren. Ich meine, die deutschen Waffen zum Beispiel – das ist ja inzwischen belegt -, die an die Peschmerga geliefert wurden, sind teilweise dann an den IS weiterverkauft worden, befinden sich in deren Beständen. Mittlerweile wird in Syrien auf beiden Seiten mit deutschen Waffen gekämpft. Das ist völlig irre! Insoweit: Es ist ja leider nicht so, dass die Bombardements, die der Westen bisher dort gemacht hat, oder auch all die anderen Dinge, tatsächlich den IS geschwächt haben. Und noch mal: Wir kooperieren mit der Türkei, mit Saudi-Arabien, die direkt und indirekt zu den Unterstützern des IS gehören. Die Türkei hat bis heute die Nachschublinien des IS nicht gekappt. Das heißt, für die syrischen Flüchtlinge, dafür ist die türkische Grenze zu, die werden nicht rein gelassen, aber der Waffenschmuggel und der Ölschmuggel des IS läuft weiterhin über eine türkische Grenze und mit indirekter oder man muss ja schon sagen direkter Unterstützung und Billigung auch des türkischen Regimes. Wir haben vermeintliche Partner, die ein großer Teil des Problems sind, und das ist natürlich auch eine der Schwierigkeiten in Syrien.

Frau Wagenknecht, 20 Sekunden ungefähr für die Antwort auf die Frage, die Sie schon angesprochen haben: der mögliche NATO-Einsatz gegen Schlepperbanden in der Ägäis. Sie sind dagegen?

Ja das klingt gut, gegen Schlepperbanden, aber tatsächlich ist es ja so: gegen Flüchtlingsschiffe. Und da frage ich mich schon, was jetzt mit einem NATO-Einsatz dort erreicht werden soll. Es kann ja wohl niemand ernsthaft sagen, dass wir jetzt dort militärisch gegen Flüchtlingsschiffe vorgehen sollten. Ich glaube, der beste Weg, tatsächlich die Flüchtlingsbewegungen zu beenden, wäre endlich ein Waffenstillstand und die Hoffnung auf Frieden in Syrien. Das ist der einzige Weg. Militärisch Flüchtlinge abzudrängen, das halte ich schon für ziemlich unverantwortlich, und wie gesagt, es erhöht auch die Gefahr, dass die NATO noch stärker in den Krieg selber involviert wird, und das sollte sich niemand wünschen, auch im Interesse des Weltfriedens.

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, war das im Interview mit dem Deutschlandfunk. Frau Wagenknecht, haben Sie Dank dafür.

Sehr gerne!

Die Geburtshelfer des IS

USA und EU haben durch Destabilisierung von Staaten und Militärinterventionen Wachstum und Ausbreitung des islamistischen Terrorismus gefördert

Von Knut Mellenthin, Journalist und Autor, aus: Junge Welt, 22.1.2016

Seit bald 15 Jahren führen die USA und ihre Verbündeten „Krieg gegen den Terror“. In dieser Zeit haben sie es geschafft, das Problem, das sie angeblich bekämpfen wollen, über große Teile der Welt zu verbreiten. Die Gegner, gegen die bis zu 200 000 NATO-Soldaten im Einsatz waren, sind um ein Vielfaches zahlreicher und stärker geworden. Bewaffnete islamistische Organisationen verfügen heute über schwer angreifbare Rückzugsgebiete im Irak, in Syrien, auf der ägyptischen Sinaihalbinsel, in Libyen und anderen Staaten der Region, im Jemen und in Nigeria einschließlich seiner Nachbarländer. Hunderte Anhänger des „Islamischen Staates“ (IS) operieren auch in Somalia und Afghanistan.

Im Herbst 2001, als US-Präsident George W. Bush den „War on Terror“ ausrief, besaß Al-Qaida, die damals als Nummer eins des internationalen Terrorismus galt, kein einziges Territorium dieser Art. Zwar begann die NATO ihre Militärintervention in Afghanistan mit der vorgeschobenen Begründung, der Organisation Bin Ladens einen „Safe haven“ wegnehmen und eine Rückkehr verhindern zu wollen. Diese Ausrede wird selbst heute noch regelmäßig wiederholt, wenn es die Verewigung westlicher Militärpräsenz in Afghanistan öffentlich zu rechtfertigen gilt. Tatsache ist jedoch, dass die Taliban zu keinem Zeitpunkt versucht haben, ihre Ideologie mit Terrorakten oder durch die Unterstützung ausländischer Terrorgruppen in alle Welt zu exportieren.

Als Bush nach den Angriffen vom 11. September 2001 von der Regierung in Kabul ultimativ die Auslieferung Osama bin Ladens verlangte, lehnten die Taliban diese Forderung nicht etwa rundweg ab, sondern wollten lediglich Beweise für die US-amerikanischen Anschuldigungen gegen den Al-Qaida-Führer sehen. Bush war nicht bereit, darüber zu verhandeln oder auch nur zu sprechen. Das ist nicht weiter verwunderlich: Erstens waren die militärische Zerschlagung der Taliban-Herrschaft und eine langdauernde Besetzung Afghanistans von der US-Regierung und auf sie einwirkenden Thinktanks wie dem American Enterprise Institute (AEI) schon mehr als ein Jahr vor dem 11. September in allen Einzelheiten geplant worden. Zweitens konnte die US-Regierung ihre Behauptung, Al-Qaida habe bei der Organisierung der Angriffe irgendeine Rolle gespielt, nicht belegen. Gegen Bin Laden wurde im Zusammenhang mit dem 11. September niemals Anklage erhoben, es fand nie ein Prozess gegen ihn statt, seine Tötung durch ein US-Spezialkommando in Pakistan am 2. Mai 2011 war – sofern die ganze Geschichte überhaupt stimmt – ein von Präsident Barack Obama befohlener Mord.

Destabilisierung von Regionen

Eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbreitung des IS und ähnlicher Organisationen über große Teile Asiens und Afrikas war und ist die nachhaltige Destabilisierung mehrerer vergleichsweise „laizistischer“, nicht von religiösem Extremismus geprägter Staaten durch die USA und ihre euro-

päischen Verbündeten. Das war zunächst der Irak, der im März 2003 von US-amerikanischen und britischen Truppen überfallen wurde. Heute befindet sich das Land teilweise unter der Herrschaft des IS und im Übrigen in einem Zustand, der kaum noch eine Rückkehr in einen gemeinsamen Staatsverband von Schiiten, Sunniten und Kurden vorstellbar erscheinen lässt. Mehrere Millionen Menschen, darunter Akademiker mit gesellschaftlich wichtigen Berufen, haben den Irak verlassen. Die Lebensverhältnisse der meisten Frauen sind deutlich schlechter als vor der Beseitigung der Baath-Herrschaft durch die US-Streitkräfte.

Das gilt ähnlich auch für Libyen und Syrien, den nächsten Opfern der Interventionskoalition aus USA, EU, Saudi-Arabien und anderen Monarchien der arabischen Halbinsel. In Libyen führte das militärische Eingreifen der NATO, das im März 2011 begann, im Oktober zum Sturz und zur Ermordung des Staatsoberhaupts Muammar Al-Ghaddafi. Voraussehbare Folgen waren die bis heute wirkende Auflösung der Zentralmacht, ein chaotisches Neben- und Gegeneinander zahlreicher Milizen und die Überflutung Nordafrikas mit Waffen und islamistischen Kämpfern aus Libyen. Sowohl Waffen wie Kämpfer gelangten auch in großen Mengen nach Syrien.

Darüber hinaus erhielten der IS und ähnliche Organisationen in Syrien seit Frühjahr 2012 Waffenlieferungen, die hauptsächlich vom Saudi-Regime bezahlt und organisiert waren. Die Transporte, unter anderem aus Kroatien, wurden, Berichten der *New York Times* zufolge, nach der Präsidentenwahl in den USA Anfang November 2012 massiv gesteigert. An der „Luftbrücke“ sollen saudische, jordanische und katarische Flugzeuge beteiligt gewesen sein. Die Türkei habe für einen Großteil der Waffen- und Munitionslieferungen sowie deren Verteilung das Management besorgt. Wahrscheinlich hat nur die Unterstützung der syrischen Streitkräfte durch unmittelbar an der Front operierende iranische Berater und seit einigen Monaten das militärische Eingreifen Russlands einen Zusammenbruch des syrischen Staatsapparats verhindert.

Man sollte in diesem Kontext nicht vergessen, dass ein weiterer Versuch der US-Administration, ein Land des Großraums Nahost-Nordafrika zu destabilisieren und zu zerstören, am Kräfteverhältnis in der betroffenen Bevölkerung scheiterte. Im Februar 2005 begannen im Libanon Massendemonstrationen, an denen sich Zehntausende Christen und sunnitische Muslime beteiligten. Die Führer dieser Bewegung, für die westliche Werbeagenturen den Namen „Zedernrevolution“ erfanden, waren bewährte Partner der US-Regierung. Der von Washington offenbar angestrebte Bürgerkrieg scheiterte an einer Massenmobilisierung der schiitischen Hisbollah, die der Gegenseite demonstrierte, dass ein bewaffneter Konflikt allenfalls mit dem gemeinsamen Untergang enden könnte. Nach Schätzungen folgten am 8. März 2005 bis zu eine halbe Million Menschen dem Aufruf der Hisbollah zur Kundgebung in Beirut. Damit war die „Zedernrevolution“ im Wesentlichen beendet.

Im Juli 2006 unternahm Israel mit offener Unterstützung der USA einen Versuch, die politische Niederlage doch noch in einen militärischen Sieg zu verwandeln. Ein Feldzug gegen Hisbollah, verbunden mit Luftangriffen auf Wohngebiete in Beirut und anderen Städten sollte zur Spaltung der libanesischen Bevölkerung und zur Isolierung der Schiitenmiliz führen. Der Krieg endete einen Monat später nach hohen Verlusten und weitgehend erfolglosen Operationen der israelischen Streitkräfte.

George W. Bushs Außenministerin Condoleezza Rice hatte Israels Angriff auf den Libanon zustimmend kommentiert: „Was wir hier sehen, ist gewissermaßen das Heranwachsen..., sind die Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens. Bei allem, was wir tun, sollten wir darauf achten, dass wir zu einem neuen Nahen Osten vorwärtsdrängen und nicht zum alten zurückgehen.“

Es war die Zeit, da Bush und sein Team an möglichst vielen Plätzen der Welt künstliche „Revolutionen“ in Gang bringen wollten und Massenbewegungen für weitgehend manipulierbar hielten. Es kam zu Regierungswechseln in Serbien (Oktober 2000), in Georgien (November 2003) und in der Ukraine (November 2004). Analoge Umsturzpläne scheiterten jedoch unter anderem in Venezuela, Usbekistan, Kirgistan und Belorussland. Vielleicht setzte Obama aus diesem Grund 2011 in Libyen und Syrien von Anfang an in erster Linie auf die Unterstützung bewaffneter Gruppen.

Der „Islamische Staat“ ist im Kontext der Ausbreitung extrem-fundamentalistischer Kampforganisationen eine noch sehr junge, aber in kurzer Zeit erstaunlich erfolgreiche Erscheinung. Unter dem Namen „Islamischer Staat im Irak und Al-Scham“ (ISIS) existiert sie erst seit April 2013, wobei der Name Al-Scham ungefähr das heutige Syrien bezeichnet. Seit dem 29. Juni 2014 nennt sich die Organisation mit dem Anspruch, ein weltweites Kalifat errichten zu wollen nur noch „Islamischer Staat“, IS. 19 Tage zuvor hatte sie die Herrschaft über die nordirakische Millionenstadt Mossul übernommen, aus der sie bis heute nicht vertrieben werden konnte.

Ausbreitung des IS

Auf die Proklamation des IS folgten zahlreiche Anschlusserklärungen von bestehenden Organisationen oder Abspaltungen von Individuen und Personengruppen. Der dahinterstehenden Theorie zufolge bilden sie alle zusammen einen Staat, der aus geographisch nicht miteinander verbundenen Territorien besteht. Größere Gruppen oder Organisationen werden als „Provinzen“ des IS bezeichnet. Die gegenwärtig vermutlich wichtigsten Teile des IS befinden sich – abgesehen vom Kerngebiet Syrien-Irak – in Libyen, Ägypten, Nigeria, Afghanistan, Somalia und im Gazastreifen.

In Libyen beherrscht der IS-Ableger einen Küstenstreifen von etwa 200 bis 240 Kilometern, der östlich und westlich der Hafenstadt Sirte liegt. Der IS, anfangs hauptsächlich bestehend aus Libyern, die vom Kampf im Nahen Osten zurückgekehrt waren, hatte sich im Oktober oder November 2014 zunächst in der Stadt Derna festgesetzt, aus der er aber von lokalen Milizen vertrieben wurde. Im Februar und April 2015 provozierte die Gruppe internationale Aufmerksamkeit, indem sie bei zwei Massenhinrichtungen insgesamt rund 50 ägyptische und äthiopische Christen enthauptete und die Videos über das Internet verbreitete. Aufsehen hatten die Terroristen schon am 27. Januar 2015 mit einem Überfall auf das Luxushotel „Corinthia“ in der Hauptstadt Tripolis erregt: Sie töteten neun Menschen, darunter mehrere Ausländer. Im Juni übernahmen sie die Herrschaft über Sirte und schlugen dort im August einen Aufstand mit großer Brutalität nieder.

Die Zahl der IS-Kämpfer in Sirte und Umgebung wird meist auf 2000 bis 3000 geschätzt. Angesichts der Tatsache, dass sie sich seit Monaten in ihrem Territorium halten, erscheint diese Zahl erstaunlich niedrig und geradezu unglaubwürdig. Seit Dezember 2015 wird berichtet, dass der IS in Sirte anscheinend planmäßig durch Kräfte verstärkt wird, die von

der zentralen Leitung, deren Sitz in Syrien oder im Irak vermutet wird, aus diesen Ländern abgezogen werden. Ihre finanzielle Ausstattung dürften sie ebenfalls von daher empfangen. Eigene Ressourcen, etwa durch den Handel mit Erdöl, scheint er bisher kaum zu haben.

Wichtigster Gegner des libyschen IS sind örtliche Milizen, die die Gruppe in Schach halten und sie daran hindern, sich weiter auszubreiten. Zum Teil sind sie selbst islamistisch orientiert, allerdings ohne die extremen Praktiken des IS und ohne die Ambition, Terror in andere Länder zu bringen. Würden die Milizen entwaffnet und aufgelöst, wie von den USA und der EU gefordert und vorangetrieben, würde ein Vakuum zugunsten des IS drohen.

Im benachbarten Ägypten verfügt der IS über zahlreiche Schlupfwinkel im schwer zugänglichen Gelände der Sinaihalbinsel. Im Kern handelt es sich dort um eine ältere islamistische Organisation, die sich im November 2014 umbenannte und dem IS als „Provinz Sinai“ anschloss. Die ägyptischen Streitkräfte führen dort einen schweren Kampf, in dem sie bisher keine nachhaltigen Erfolge verzeichnen, aber angeblich schon mehr als 600 Soldaten durch Tod verloren haben. Der ägyptische IS ist auch außerhalb der Halbinsel zu Anschlägen in der Lage, wie die Ermordung des Oberstaatsanwalts Hischam Barakat in Kairo im Juni 2015 beweist.

Dagegen ist der IS in Gaza anscheinend nur eine Gefahr für die Hamas. Die Zahl seiner Anhänger, überwiegend ehemalige Mitglieder der Hamas und anderer fundamentalistischer Organisationen, ist nicht bekannt. Im vergangenen Jahr haben sie ungefähr zwanzig nicht sehr bedeutende Anschläge durchgeführt, von denen die meisten sich gegen Einrichtungen der Hamas richteten. Die Gruppe ist der IS-Zentralorganisation nicht formal angeschlossen. Ihre politischen Hauptgegner sind Hamas und die palästinensische Nationalbewegung. Ziel des Dschihad sei nicht die Befreiung des Landes, sondern die Einführung der Scharia, formulierte die Gruppe in einem Propagandavideo gegen Hamas. Objektiv nutzen ihre Taten Israel. Im geeigneten Moment könnte die Gruppe der Regierung in Jerusalem durch den Abschuss einer Rakete einen Kriegsvorwand liefern.

Ähnlich ist die Konstellation in Afghanistan, wo die Existenz eines IS-Ablegers fast ausschließlich den Taliban schadet. Die Gruppe firmiert dort als „Provinz Khorasan“ – ein historischer Name, der außer Afghanistan auch Teile Pakistans einschließt. Angeblich haben sich einige hundert frühere Mitglieder der sogenannten pakistanischen Taliban, die sich in den letzten zwei bis drei Jahren in zahlreiche Fraktionen aufgesplittert hatten, dem IS angeschlossen. Eigene Aktionen sind ihnen aber bisher nicht eindeutig zuzuweisen.

Auch aus Afghanistan wird von Zeit zu Zeit gemeldet, dass ein paar Dutzend oder einige hundert Aufständische dem IS Ergebenheit geschworen hätten. Unter ihnen sollen sich viele ausländische Kämpfer aus der Region befinden: Usbeken, Tadschiken, Pakistaner und Leute aus dem russischen Kaukasus. Schwerpunkt des afghanischen IS soll die Provinz Fariab im Norden des Landes sein, die früher zum Zuständigkeitsbereich der deutschen Bundeswehr gehörte. Während die Taliban im vergangenen Jahr militärisch sehr erfolgreich war, hörte man von Aktivitäten des IS nichts.

Konkurrenz der Terrorverbände

Im Jemen profitiert der IS – ähnlich wie Al-Qaida, aber in sehr viel geringerem Umfang – von dem Machtvakuum, das durch das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens in den Bürgerkrieg seit Ende März 2015 entstanden ist. Al-Qaida verfügt über ein ausgedehntes Territorium im Südjemen mit der bedeutenden Hafenstadt Mukalla. Örtliche Gegner scheint die Organisation nicht zu haben, mit der starken Separatistenbewegung in diesem Gebiet arbeitet sie möglicherweise punktuell zusammen. Das „Reich“ von Al-Qaida bleibt von Angriffen der saudischen Luftwaffe verschont, Mukalla ist von der ansonsten sehr wirkungsvollen Seeblockade der Saudis ausgenommen. In jüngster Zeit soll die Organisation Kämpfer aus dem Süden weiter nach Norden verlegt haben, um sich am Krieg der saudisch geführten Koalition gegen die Schiiten und die mit ihnen verbündeten Teile der regulären jemenitischen Streitkräfte zu beteiligen.

Dagegen ist die Zahl der IS-Angehörigen, überwiegend wohl frühere Al-Qaida-Leute, vorläufig gering. Ihre Haupttätigkeit sind Bombenanschläge auf schiitische Moscheen im Jemen selbst, aber auch in Saudi-Arabien. Der IS verfolgt dabei die gleiche Strategie, mit der er auch im Irak erfolgreich war: das Provozieren schiitischer Reaktionen mit denselben Mitteln und das Entfesseln eines „Religionskrieges“ zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Auf der anderen Seite des Golfs von Aden, in Somalia, besteht die islamistische Kampforganisation Al-Schabab. Von ihr spalten sich viele kleinere Gruppen von einigen hundert Mitgliedern ab. Die früheren Anhänger schließen sich oft dem IS an. Militärisch sind diese Abspaltungen bis jetzt bedeutungslos. Al-Schabab führt, abgesehen vom Nachbarstaat Kenia, keine Aktionen im Ausland durch und ermutigt sie nicht. Auch Kenia ist erst Angriffsziel, seit es im Oktober 2011 seine Streitkräfte nach Somalia schickte, um sich dort an der internationalen Militärintervention zu beteiligen und im Süden des Landes einen Marionettenstaat zu schaffen. Gegenwärtig befinden sich rund 22 000 Soldaten aus Kenia, Uganda, Burundi, Äthiopien und Dschibuti in Somalia. Sie verteidigen eine nicht legitimierte Regierung. Seit Beginn des Bürgerkrieges 1991 haben keine Wahlen mehr stattgefunden. Auch die für dieses Jahr versprochene Abstimmung wird, das steht bereits fest, wieder ausfallen. Die USA und die EU unterstützen den Kampf gegen Al-Schabab sowohl finanziell als auch durch Militärausbilder und Waffenhilfe. Mit welchem Recht und mit welcher langfristigen politischen Perspektive, ist unklar.

In Westafrika hat der IS Verbündete in Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land des Kontinents, gewonnen. Das gilt zumindest formal, seit die islamistische Organisation „Boko Haram“ sich im März 2015 dem IS anschloss. Wesentliche Änderungen in der Kampfweise von „Boko Haram“ scheinen sich daraus bisher nicht ergeben zu haben. Ähnlich wie in Somalia betreiben die USA und die EU die Internationalisierung des Konflikts durch Interventionstruppen aus ihren Partnerstaaten in der Region. Praktisch hat das hauptsächlich zur Ausweitung der militärischen Aktivitäten von „Boko Haram“ auf Kamerun, Niger und den Tschad geführt. In Nigeria selbst soll die Organisation mindestens 6 000 Kämpfer haben. Sie hält sich in mehreren schwer zugänglichen Rückzugsgebieten im Norden des Landes auf, deren Gesamtfläche auf rund 20 000 Quadratkilometer – das Bundesland Sachsen ist nur wenig kleiner – geschätzt wird.

Andere islamistische Organisationen in der Region – so insbesondere in Mali und in Burkina Faso – stellen sich bisher nicht als Anhänger des IS, sondern als Teil des Al-Qaida-

Netzwerks dar. Letztlich scheint dieser Unterschied aber kaum von Bedeutung. Der IS hat aufgrund seiner stringenteren Ideologie, seiner werbewirksam zur Schau gestellten Mordpraktiken und nicht zuletzt durch die enormen Finanzmittel, die ihm offenbar immer noch zur Verfügung stehen, die besseren Chancen, sich im Konkurrenzkampf der Terrorverbände durchzusetzen.

Einfach nur hilflos“

Christine Schweitzer* skizziert einen gewaltfreien Weg gegen den IS

Interview mit der Friedensaktivistin: Ines Wallrodt, aus: Neues Deutschland, 4. 12. 2015

Eine Terrororganisation wie der Islamische Staat lässt sich nur militärisch besiegen — selbst unter Kritikern des geplanten Kriegseinsatzes der Bundeswehr ist diese Überzeugung verbreitet. Sie bestreiten das. Fehlt den anderen die Fantasie oder haben Sie zu viel?

Die Überzeugung, dass im Notfall nur Gewalt hilft, ist ein archetypisches Grundmuster in unserem Denken. Es entfaltet seine Wirkung gerade in schwer lösbaren Situationen. Unseren Vorschlägen wird deshalb gern vorgehalten, sie seien unrealistisch. Dabei ist es die Behauptung, Bomben und Bodentruppen könnten diesen Konflikt lösen, die jeder Realität entbehrt. Das sollte man eigentlich aus den letzten Kriegen in Afghanistan, Irak und Libyen gelernt haben. Aber all diese Interventionen wurden ja nie evaluiert, während jedes kleinste Projekt der Entwicklungszusammenarbeit seitenweise Beweise seiner Wirksamkeit abliefern muss. Für mich ist die Entscheidung, jetzt Militär zu senden und die Bombardierungen zu intensivieren, einfach nur ein Ausdruck von Ratlosigkeit.

Für manche Linke hat der kurdische Widerstand rund um Kobane bewiesen, dass man den IS mit Waffen zurückschlagen kann.

Kobane wurde befreit. Richtig. Aber kurz danach hat der IS zwei neue Städte eingenommen. Die Wirksamkeit war also äußerst begrenzt. Ich würde natürlich niemanden, der um Kobane gekämpft hat, kritisieren. Aber wenn wir von außen eingreifen, müssen wir uns schon die Frage stellen, wie erzielen wir eine Wirkung auf den Gesamtkonflikt und nicht nur für einen einzelnen Ort. Und da bezweifle ich, dass das mit militärischen Mitteln möglich ist.

Warum glauben Sie an eine gewaltfreie Lösung in Syrien?

Die gewaltfreien Wege werden sichtbar, wenn man sich die Frage stellt, welche Ressourcen der IS hat und wie man sie ihm entziehen kann. Den IS gäbe es überhaupt nicht ohne den Krieg gegen den Irak und die Besatzung. Aus Libyen hat die internationale Intervention einen *failed state* gemacht und damit ein Hauptrekrutierungsfeld für den IS und andere radikale Gruppen. Die andere Überlegung ist, dass es manchmal keine kurzfristigen Lösungen gibt. Aber man kann mittelfristig darauf hinwirken, dass sich eine Situation verändert.

Der Vorwurf an die Friedensbewegung ist, Zuschauen koste noch mehr Zivilisten das Leben. Wie lange ist mittelfristig?

Dieser Konflikt wird sich nicht von heute auf morgen beenden lassen. Das ist allerdings nicht die Schwäche unserer Vorschläge, die ohnehin mit Zuschauen nichts zu tun haben. Vielmehr hat die Welt vier Jahre lang versäumt, etwas zur Entschärfung des Bürgerkriegs in Syrien beizutragen. Man glaubte, das Problem würde sich von allein lösen. Für den Augenblick kann man nur möglichst vielen Menschen helfen, dieser Situation zu entkommen. Das kostet Geld, aber dürfte sogar billiger sein als der Tornado-Einsatz der Bundesregierung. Wir müssen uns den Vorwurf im Übrigen gar nicht anziehen. Auch Militär bringt keine schnelle Lösung. Selbst wenn man glaubt, die Bombardierungen könnten den IS vernichten, würde das Jahre dauern. In dieser Zeit würden sehr viele Menschen sterben.

Wie sieht Ihre Alternative zum Militäreinsatz konkret aus?

Man muss dem IS die internationale Unterstützung entziehen, die er noch immer aus Ländern um Syrien und Irak herum erhält. Sie lassen Menschen, die sich dem IS anschließen wollen, ausreisen, tun nichts gegen Waffenimporte oder Handel, den der IS mit Öl und Altertümern betreibt. So läuft einer der Handelswege ins Ausland über den NATO-Staat Türkei. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Demontage der ideologischen Grundlagen des IS. Viele islamische Theologen bestreiten dessen Behauptung, ein Kalifat im Sinne des Islam gegründet zu haben. Diesen Stimmen sollte man Gehör verschaffen. Zudem muss man verhindern, dass sich Menschen dem IS anschließen. Vielen IS-Sympathisanten ist das Gefühl von Marginalisierung und Diskriminierung gemeinsam. Da könnte eine Menge getan werden, wenn man jungen Menschen eine alternative Lebensperspektive eröffnet. Man mag den IS zerschlagen, den Terror hat man damit nicht besiegt. An Al-Kaida denkt heute kaum noch einer, und auch nach dem IS wird es sicher neue Gruppen geben, wenn wir unsere Politik nicht ändern.

Wenn man die Bombardierung stoppt, werden die IS-Kämpfer jubeln und behaupten, sie hätten den Westen in die Knie gezwungen. Würde ihnen das nicht neue Anhänger in die Arme treiben?

Dieser kurzfristige Jubel müsste wohl ertragen werden. Deeskalation kann leicht als Schwäche ausgelegt werden. Aber wenn glaubwürdig wäre, dass es ein Umdenken bei uns gibt, würde diese Botschaft gehört werden und auch bei Anhängern von radikalen Gruppen zu einem Umdenken führen.

Gibt es Anzeichen dafür, dass Verhandlungen mit dem IS etwas bringen? Warum sollte er auf sein Kalifat verzichten?

Damit in das Gespräch einzusteigen wäre natürlich nicht sinnvoll. Aber es gibt viele Beispiele, wo Menschen durch Verhandlungen mit IS-Kommandeuren vor Ort etwas erreicht haben: dass sie eine Schule eröffnen konnten, dass ihre Moschee vom IS verschont wurde, dass Gefangene freigelassen wurden. Es könnte also zunächst erst mal um ganz konkrete Dinge gehen wie den Schutz der Zivilbevölkerung und bestimmter besonders bedrohter Volksgruppen wie die Jesiden.

Ohne Gegenwehr wird der IS weiter Land erobern.

Deshalb muss man die Unterstützung von außen stoppen. Der IS braucht dieses internationale Netzwerk. Auf sich alleine gestellt, dürfte er weder personell noch mittelfristig finanziell in der Lage sein, aufrecht zu erhalten, was er tut. Er ist eine der reichsten Gruppierungen dieser Art im Moment. Das Geld stammt u. a. aus dem Verkauf von Öl und Altertümern im Ausland. Warum stoppt man das nicht? Sonst werden Sanktionen auch sehr zielgenau gegen Länder verhängt.

Wer soll Ihren Plan umsetzen?

Die Vereinten Nationen wären ein wichtiger Akteur. Und ich würde die Fähigkeiten der Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC) wenigstens prüfen. Sie ist sehr zerstritten, hat aber bei anderen Bürgerkriegsgebieten wie den Philippinen tatsächlich den Friedensprozess in die Gänge gebracht.

Welche Rolle soll der syrische Präsident Assad in diesem Prozess spielen?

Sicherlich muss man auch mit Assad reden. Ich finde es aber sehr problematisch, dass er nun als das kleinere Übel auf einmal wieder legitimiert wird. Das ist falsch. Man müsste eine Lösung finden, die irgendwann ohne ihn auskommt.

Und doch bleibt der Einwand, dass Ihre Vorschläge sämtliche real existierenden Kräfteverhältnisse und Interessen ausblenden.

Ich weiß natürlich, dass weder Frau Merkel noch Herr Hollande oder Herr Obama sagen werden: Klar, lasst es uns also mal so versuchen. Ich erwarte aber durchaus, das auch bei der Politik ein Weiterdenken einsetzt. Im Fall der Ukraine haben wir erlebt, wie sich auf einmal die Fantasie öffnete, als eine militärische Option ausgeschlossen war. Da kamen von der deutschen Regierung plötzlich Runde Tische ins Spiel! In Konfliktgebieten sagen Menschen oft im Rückblick, sie hätten keine Alternative zu Gewalt gekannt. „Wenn wir damals schon gewusst hätten, wie man Konflikte anders beilegen kann, hätten wir uns vielleicht anders entschieden." Die scheinbare Alternativlosigkeit treibt Politik und Bevölkerung sehr schnell zur Antwort Gewalt. Das klingt so schön einfach. Ist aber einfach nur hilflos.

***Christine Schweitzer** (Jg. 1959) beschäftigt sich wissenschaftlich und praktisch politisch mit ziviler Konfliktbearbeitung. Sie arbeitet beim Bund für Soziale Verteidigung und verfasste für die Friedensorganisation einen alternativen Friedensplan für Syrien.

Die Situation in Rojava/Nordsyrien

Bericht der fact-finding mission, einer Delegation unter Leitung von Martin Dolzer, Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft für DIE LINKE, 21.10. bis 3.11.2015
Aus: http://rojavadelegation.blogspot.de/

Im Norden Syriens haben sich die Kurd/-innen gemeinsam mit sämtlichen dort lebenden Bevölkerungs- und Religionsgruppen in Selbstverwaltungsstrukturen basisdemokratisch organisiert. Die Region heißt Rojava. In den drei Kantonen, Cizîre, Kobanî und Afrin leben rund 6 Millionen Menschen, darunter 4 Millionen Kurd/-innen, eine Million Angehörige weiterer Bevölkerungsgruppen und zwischen 800 000 und einer Million Flüchtlinge aus den anderen Teilen Syriens sowie dem Irak. Die Kantone Cizîre und Kobanî sind mittlerweile miteinander verbunden. Zuvor hatte der Islamische Staat (IS) die Region zwischen Serekaniyê und Kobanî kontrolliert. Zwischen Kobanî und Afrin finden zur Zeit Gefechte zwischen den Selbstverteidigungskräften Rojavas YPG/YPJ (Volksverteidigungskräfte/ Frauenselbstverteidigungskräfte) und dem IS statt.

Im Norden grenzt Rojava auf einer Länge von 900 Kilometern an die Türkei, im Osten an die Kurdischen Autonomiegebiete (KRG) des Nordirak. Im Süden werden die angrenzenden Gebiete entweder vom IS oder der syrischen Regierung kontrolliert.

Wir erreichen Rojava (den Kanton Cizîre) über die KRG. An der Grenze, die von der dort regierenden Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) unter Führung von Masoud Barzani kontrolliert wird, mussten wir aufgrund der politischen Haltung der KDP, möglichst wenig Öffentlichkeit in die Region zu lassen, drei Tage lang um den Grenzübertritt kämpfen. Rojava leidet von Anbeginn des Aufbaus 2011 unter einem Embargo durch die Türkei und die KRG. Dieses Embargo verhindert, dass Menschen, humanitäre Hilfe, Medikamente, Lebensmittel und sonstige Güter in die selbstverwalteten Gebiete gelangen. Während das Embargo von der Türkei absolut betrieben wird – mit Ausnahme eines oft freien Grenzübertritts für Kämpfer des IS – öffnet die KDP die Grenze partiell nach Gutdünken. Journalist/-innen dürfen zum Beispiel lediglich einmal nach Rojava einreisen. Eine Rechtsgrundlage gibt es dafür nicht. Oftmals wird auch Flüchtlingen, Menschenrechtsdelegationen oder Parlamentarier/-innen die Einreise verweigert.

In Rojava angekommen erhalten wir in Gesprächen mit dem Präsidium des Parlaments, dem Außenminister Abdulkadim Omar, sowie Journalist/-innen Informationen über die derzeitige Verwaltungsstruktur. In den Gremien der partizipativ gestalteten Demokratie von Kommunen über Volksräte, vom Parlament bis hin zur Regierung sind sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen vertreten.

Basisdemokratische Strukturen organisieren sich in Rojava in Kommunen, die in Stadtteilen und Dörfern gebildet werden. Sie entwickeln einen gemeinsamen Umgang für die Belange des Alltags. Aufgaben, welche der Staat den Bürger/-innen in anderen Systemen entzogen hat, werden hier, in an die Kommunen angeschlossenen Kommissionen für Bildung, Gleichberechtigung der Frau, Sicherheit, wirtschaftlichen Aufbau, Landwirtschaft, Infrastruktur, Religionsfragen und Konfliktlösung und je nach Bedarf weiteren so gut wie möglich gelöst. Ist eine Lösung auf kommunaler Ebene nicht möglich, beschäftigen sich die Viertelräte oder Stadträte bis hin zum Kantonsrat und dem Volksrat von Rojava mit der Thematik. Diese Aufgabenbereiche spiegeln sich in den Ausschüssen des Parlaments und den Ministerien wieder. Die Räte befinden sich in ständigem Dialog mit Parlament und Regierung. Auf dieser Grundlage wird die die Politik Rojavas entwickelt. Gleichzeitig stellt das Bündnis aus Rätebewegung, verschiedenen Parteien und der Frauenbewegung Yekitîya-Star einen wichtigen Teil des Parlaments. In einem Gesellschaftsvertrag ist eine Art Grundgesetz festgelegt.

Räte, Parlament und Regierung sind multiethnisch und multireligiös aufgebaut und so miteinander verknüpft, dass der Mensch und nicht bürokratische Abläufe im Zentrum der Politik stehen. Hier leben verschiedene ethnische Gruppen wie Kurd/-innen, Araber/-innen, Armenier/-innen, Suryoye, Tscherkess/-innen, Turkmen/-innen und Tschetschen/-innen sowie Religionsgruppen und Glaubensgemeinschaften wie Jesid/-innen, assyrische und chaldäische Christ/-innen sowie sunnitische und einige wenige schiitische Muslime zusammen. Jeder der Bevölkerungs- und Religionsgruppen wird durch Minderheiten schützende Quoten die Beteiligung an der Selbstverwaltung ermöglicht.

Leitungsfunktionen werden jeweils gleichberechtigt von mindestens einem Mann, einer Frau und entsprechenden ethnischen oder religiösen Identitäten besetzt, in sämtlichen Gremien gilt eine 40%-Quotierung für Frauen. Dies mag aus eurozentrischer Perspektive ineffizient erscheinen, zeigt jedoch deutlich, dass es hier darum geht durch Einbindung aller einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, dass Verständigung im Zentrum des Modells steht.

Der Kanton Cizîre ist im Vergleich zu unserem letzten Besuch vor einem Jahr mittlerweile sehr stabil. Der IS wurde immer weiter nach Süden zurückgedrängt. Dadurch hat sichtbar eine schrittweise Normalisierung des täglichen Lebens begonnen. Ökonomie, Landwirtschaft, Medien und Verwaltung werden kollektiv aufgebaut oder reorganisiert. In vom IS befreiten Orten werden durch die Einbindung der Menschen in die Basisdemokratie unter anderem durch den Aufbau von Friedens- und Konsenskomitees Vorurteile abgebaut und dadurch ein schrittweiser gesellschaftlicher Heilungsprozess zur Überwindung erlittener Traumata eingeleitet.

Ein Problem Rojavas ist die Nichtanerkennung der Selbstverwaltung durch die internationale Staatengemeinschaft. Rojava strebt keine Loslösung von Syrien, sondern gemäß den Ideen zur Demokratischen Autonomie von Abdullah Öcalan die Anerkennung in einem föderalen Syrien an. Um an diesen Punkt zu gelangen, wären allerdings der Aufbau ständiger diplomatischer Kontakte und eines intensiven Dialogs notwendig. Dazu könnte es, wie im Falle der KRG bereits umgesetzt, Rojava ermöglicht werden, Auslandsvertretungen zu etablieren. In Russland wurde vor kurzem eine erste solche Auslandsvertretung eröffnet.

Zur Rolle des Islamischen Staates (IS)

Der Islamische Staat hat sich in der Anfangsphase als ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) überwiegend unter den arabischen Sunniten organisiert. Nach dem Machtwechsel im Irak zugunsten der Schiiten unter Nuri Al Maliki hat die Unzufriedenheit der Sunniten, die unter Saddam Hussein große Privilegien genossen hatten, der Organisation einen fruchtbaren Nährboden bereitet. Viele Führungskader von IS stammen aus der Revolutionsgarde Husseins, weitere gehören den Nakschebendi an (einem sunnitischen Sufiorden, dem auch R.T. Erdogan und Mesud Barzani, Regierungschef der kurdischen Autonomieregion im Nordirak angehören). Später hat sich ISIS auch in Syrien organisiert. Heute ist das Zentrum der Organisation in Rakka. Der IS wurde von unterschiedlichen internationalen Kräften (darunter die USA und EU-Staaten) sowie Staaten der Region (darunter die Türkei, Saudi Arabien und Katar) aufgebaut und/oder geduldet. Jeder der beteiligten Akteure hatte unterschiedliche Motive, zu versuchen, die dschihadistische Gruppe zu unterstützen bzw. zu instrumentalisieren. Die türkische Regierung wollte mit aller Macht verhindern, dass sich die selbstverwalteten Strukturen in Rojava stabilisieren, um die eigene regionale Vormachtstellung zu erhalten und eine etwaige positive Auswirkung auf das Selbstbewusstsein der Kurd/-innen im eigenen Land zu verhindern.

Mit ihrer instrumentell orientierten Politik waren diese Akteure allerdings wenig erfolgreich. Sie versuchten jeweils ihre eigenen Ziele durchzusetzen verloren und dabei die angestrebte Kontrolle über die Dschihadisten, bzw. unterschätzten die Wirkung und Dynamik der Selbstorganisierung und Selbstfinanzierung des IS. Die Terrororganisation hat sich nicht als lenkbare Marionette erwiesen, sondern ist dabei, ein Kalifat mit rigider Auslegung der Scharia zunächst im Irak und dann auch in Syrien zu errichten. Andere Religions- und Bevölkerungsgruppen werden als zu vernichtende Feinde definiert. IS betreibt eine Politik der ethnischen und religiösen Säuberungen. Die Terrororganisation begeht Massaker und Vergewaltigungen. Sie verkauft entführte Frauen auf Sklavenmärkten und verwehrt Frauen systematisch ihre Rechte.

Das Erstarken von Gruppierungen wie dem IS ist eine negative Folge einer Teile-und-Herrsche-Strategie mehrerer Akteure, in deren Rahmen die Grenzen in der Region, die 1916 im Rahmen der kolonialen Aufteilung des Mittleren Ostens gezogen wurden, neugeordnet werden sollen. Auf diese Weise versuchen die USA, die zentralen Akteure der EU und einige mit ihnen verbündete internationale und regionale Akteure neue Märkte nach eigenem Bedarf zu erschließen sowie Ressourcen und Handelswege zu sichern. Es handelt sich um einen Verteilungskrieg moderner Ausprägung.

Zur Rolle der türkischen Regierung

Am 26.10. 2015 gab es Angriffe der türkischen Armee auf Tal Abyad (Girê Sipî). Zudem wurden von der türkischen Seite aus zwei Zivilist/-innen in Kobanî schwer verletzt, weitere Luftangriffe auf YPG Einheiten nahe Jarabulus folgten. Der türkische Premierminister Davutoglu hatte zuvor angekündigt, dass Tal Abyad nicht „unter der Herrschaft der PYD“ bleiben dürfe. Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei deklarierte die PYD als verlängerten Arm der PKK und gab damit grünes Licht für direkte Angriffe auf die Selbstverwaltung in Rojava. Kurz vor der Parlamentswahl in der Türkei führte die Regierung Erdogan/Davotoglu eine weitere Eskalation herbei, um mit allen Mitteln, auch durch eine weitere Zusammenarbeit mit dem IS, Rojava und die kurdische Region zu destabilisieren. Ihr Ziel war es, einerseits das revolutionäre Projekt von Rojava zu vernichten und sich andererseits selbst als einzig möglicher Retter der türkischen Nation und Träger eines neoosmanischen Projekts darzustellen. Damit wollte sie insbesondere bei den nationalistischen Bevölkerungsteilen in der Türkei punkten.

„Die türkische Regierung strebt an, dass wir auf derartige Provokationen mit Gewalt reagieren, um es dann derart zu wenden, als wäre der erste Angriff von uns ausgegangen und die Türkei müsse sich verteidigen“, erklärt Redur Xelil, Pressesprecher der YPG. „Darauf gehen wir nicht ein. Die AKP versucht offenbar kurz vor den Wahlen ihre eigene Position zu stärken. Indem sie droht, uns auf syrischem Boden anzugreifen, falls wir die Stadt Jarabulus am Euphrat befreien, zeigt sie erneut und unmissverständlich, dass sie mit dem IS zusammenarbeitet. Denn Jarabulus ist der letzte

große Grenzübergang, den der IS kontrolliert." Erste Angriffe auf Kämpfer der YPG nahe Jarabulus flog die türkische Armee am 26. Oktober.

Die türkische Innen- und Außenpolitik sind darauf ausgerichtet, die Macht der AKP zu erhalten und die Machtstellung der Türkei sowie R.T. Erdogans auszubauen. Im Zusammenhang mit der Angst der türkischen Regierung vor einer Stabilisierung Rojavas sowie des Einflusses der HDP in den kurdischen Provinzen aber auch im Westen des Landes, lässt sich besser verstehen, dass der Friedensprozess mit der PKK aufgekündigt und mehr als 1 000 Mitglieder und Unterstützer/-innen der HDP inhaftiert wurden. In den letzten Monaten wurden zudem ganze kurdische Städte in den Kriegszustand versetzt und dabei mehr 100 Zivilist/-innen von Polizei und Armee getötet. Die türkische Regierung trägt auch Verantwortung für weitere Kriegsverbrechen wie völkerrechtswidrige (weil im Irak stattfindende) Bombardements von vermeintlichen Guerillastellungen und die Schändung von getöteten Guerillas.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, sofort Druck auf die türkische Regierung zu machen, die Angriffe auf Rojava zu beenden, die deutschen Rüstungsexporte in die Türkei einzustellen, die militärische, polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit mit der Türkei unverzüglich zu beenden, die Türkei nicht als sicheres Herkunftsstaat und sicheren Drittstaat zu erklären und diesbezüglichen Schritten auf EU-Ebene eine klare Absage zu erteilen. Es ist notwendig, dass der von der türkischen Regierung aufgekündigte Friedensprozess wieder aufgenommen wird. Als positives Signal sollte das PKK-Verbot endlich aufgehoben werden.

Einschätzung

Rojava kann ein Modell für ein an friedlichen und humanistischen Maßstäben orientiertes Zusammenleben aller Menschen im Mittleren Osten sein. Wenn die Regierungen der USA, der EU und der umliegenden Staaten ein Interesse an einer friedlichen und demokratischen Entwicklung haben, sollten sie Rojava als Dialog- und Bündnispartner anerkennen und sich sofort für die Aufhebung des Embargos einsetzen. Solange geostrategische und wirtschaftliche Interessen im Mittelpunkt der Politik stehen, ist das allerdings nicht möglich. Deshalb ist ein Umdenken notwendig. Dass die türkische Regierung weiter mit dem IS zusammenarbeitet, Kriegsverbrechen begeht und nun auch noch versucht, Rojava bei Griê Sipî (Tal Abyad) anzugreifen, ist inakzeptabel. Die Bundesregierung muss daraus endlich Konsequenzen ziehen und ihre militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit beenden.

Innerhalb des letzten Jahres hat das Projekt Rojava eine sehr positive Dynamik angenommen und Bewusstseinsbildungsprozesse ausgelöst, die unumkehrbar sind und vielen Menschen Hoffnung auf eine Zukunftsperspektive geben. Eine schrittweise Synthese der Stärken und Errungenschaften der jeweiligen Bevölkerungsgruppen und Traditionslinien zu entwickeln ist dabei ein zentrales Moment.

Der Widerstand, den die YPG/YPJ gegen die menschenfeindlichen Banden des Islamischen Staates leisten, ist ein Widerstand der bis zu uns ausstrahlt und ein kraftvolles Zeichen für die Auseinandersetzung um ein menschenwürdiges Leben und gegen Unterdrückung und Hass setzt. Ohne diesen Widerstand müssten weitere Hunderttausende Menschen oder die gesamte Region unter den Gräueltaten und der Diktatur der selbsternannten Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) leiden. Um jede und jeden Menschen der für die Freiheit und den Schutz der Bevölkerung starb, trauern wir. Sie haben auch für uns gekämpft.

Wir sehen, dass ganz im Gegensatz zu den Entwicklungen im Nahen Osten in Rojava ein Modell für ein an friedlichen und humanistischen Maßstäben orientiertes Zusammenleben aller Menschen im Mittleren Osten entsteht. Insbesondere, dass die Gleichberechtigung der Frauen als zentrales Moment einer positiven Entwicklung der Gesellschaft gesehen wird und alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft mit Respekt behandelt werden. Das erfüllt uns in diesen krisen- und kriegsgeschüttelten Zeiten mit Hoffnung.

Pressemitteilung, Quamislo, 02.11.2015

Am 1. November wurde in Kobane und weltweit an den Beginn der Angriffe des sogenannten Islamischen Staates und den Widerstand von YPG (Selbstverteidigungskräfte von Rojava) und YPJ erinnert, durch den die Stadt und die Provinz befreit wurden.

Im Rahmen unserer Delegationsreise haben wir Kobane besucht. 75% der Gebäude in der Stadt sind zerstört, viele Menschen traumatisiert. Auch nach der Befreiung vom IS durch die YPG und YPJ haben die Dschihadisten mehrere Selbstmordattentate und ein Massaker an der Zivilbevölkerung begangen. Am 25.10.15 drangen Kämpfer des IS ungehindert über die türkische Grenze in Kleidung der YPG in einen Stadtteil von Kobane ein und ermordeten 265 Zivilist/-innen in ihren Wohnungen, darunter etliche Kinder und Alte. Mittlerweile ist der IS etwa 100 km weit aus der Stadt Kobane vertrieben und die Situation in der Stadt stabil, obwohl es immer wieder zu Grenzverletzungen, zu Verwundungen und Erschießungen von Zivilist/-innen durch türkisches Militär kommt. Schrittweise beginnt ein Wiederaufbau. In Teilen der Stadt wurden Hausruinen und Schutt entfernt. 1500 Wohnungen werden gebaut, immer mehr Flüchtlinge kehren in die Stadt zurück. Die Bevölkerung organisiert sich demokratisch in Kommunen und Stadtteilräten. Für die Wiederaufnahme der Landwirtschaft in der Provinz sind die vom IS hinterlassenen Minen ein Problem.

Der Widerstand, den die Bevölkerung von Rojava sowie YPG und YPJ gegen die menschenfeindlichen Banden des Islamischen Staates in Kobane geleistet haben und in Rojava noch immer leisten, ist ein kraftvolles Zeichen für die Auseinandersetzung um ein menschenwürdiges Leben, gegen Unterdrückung und Hass.

Die EU und die Regierung der Bundesrepublik müssen sich endlich von geostrategischen Motiven in ihrer Politik im Mittleren Osten verabschieden. Dass Angela Merkel vor den Wahlen in der Türkei kritiklos R.T. Erdogan hofierte, hat auch zum positiven Wahlergebnis der AKP beigetragen. In Anbetracht der weiterhin offensichtlichen Zusammenarbeit der Türkei mit dem IS und der Eskalation der Auseinandersetzung mit der kurdischen Bevölkerung und der PKK sowie den Angriffen auf Tal Abyad und Rojava ist das völlig verantwortungslos. Stattdessen muss das Embargo gegen Rojava aufgehoben werden. In Kobane mangelt es an allem, insbesondere an Medikamenten, Infrastruktur, Baumaterial und lebensnotwendiger Infrastruktur. Um eine demokratische Entwicklung der Region zu bewirken, sind Druck auf die Türkei und ein konstruktiver Dialog zum Aufbau von Zusammen-

arbeit mit den Selbstverwaltungsstrukturen von Rojava und deren Anerkennung notwendig. Denn dort leben die unterschiedlichen Bevölkerungs-und Religionsgruppen respektvoll zusammen.

Nur nicht aufgeben

Die Türkei und der Syrienkrieg

Von Cem Sey, Journalist und Publizist

Nach einem Sitzungsmarathon am 7. März 2016 gingen die Verhandlungsparteien EU und Türkei bei ihrem Gipfel in Brüssel mit einer halben Vereinbarung auseinander. In den Medien wird fast ausschließlich über die Bedingungen der Türkei an die EU-Staaten berichtet: mehr Geld, Visafreiheit für türkische Staatsbürger und eine klare EU-Beitrittsperspektive. Im Gegenzug bietet die Türkei ihre Kooperation bei der Lösung der Flüchtlingskrise an. Kaum jemand in Europa beachtet die letzte türkische Forderung, die aber aus Ankaras Perspektive die wichtigste ist: die Schaffung von „Schutzzonen" in Syrien. Denn während für Europa die Flüchtlingsfrage den Kern der Verhandlungen in der EU-Hauptstadt bildet, ist es Syrien, worum es der Türkei geht. Davon hängt das Schicksal Staatspräsident Recep Tayyip Erdogans und der Islamisten um ihn herum ab.

Nach fünf Jahren Krieg in Syrien herrscht seit Ende Februar eine Feuerpause. Zwar wird trotzdem täglich geschossen, aber internationale Medien berichten, wie erleichtert die Zivilbevölkerung ist, wie stark die Opferzahlen gesunken sind. Die Großmächte USA und Russland, die die Feuerpause ausgehandelt haben, sind vorsichtig optimistisch. Auch die Kriegsparteien äußern sich bisher positiv. Allein die Türkei beschwert sich lautstark.

Es vergeht kein Tag, an dem ein türkischer Regierungsvertreter nicht drei „Übeltäter" in Syrien ausmacht: das Assad-Regime, die russische Luftwaffe und die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten" (PYD). Angeblich bombardieren diese weiterhin die Zivilbevölkerung und töten massenweise Menschen. Ihr Ziel sei es, eine neue Flüchtlingswelle auszulösen und so den Westen unter Druck zu setzen, um ihre politischen Ziele in Syrien zu erreichen.

Was Ankara zu diesen Vorwürfen veranlasst, ist eine tiefe Unzufriedenheit Erdogans, die bereits vor Vereinbarung der Feuerpause entstand. Für die Regierung in Ankara, allen voran Erdogan und seine Entourage, läuft der Stellvertreterkrieg in Syrien seit Monaten nicht mehr gut.

Seitdem die russische Luftwaffe offen in die Kämpfe eingreift, verlieren die islamistischen Gruppen die Kontrolle über Gebiete, die sie zuvor mit massiver Unterstützung der Türkei eingenommen hatten. Einerseits sicherte eine an sich ebenfalls zweifelhafte Truppe aus regimetreuen syrischen Truppen, Hisbollah-Milizen, iranischen und afghanischen Kämpfern zunächst die Großstadt Homs, stieß dann in Richtung Nordosten und Norden vor und schloss die Islamisten nördlich von Aleppo, der zweitgrößten Stadt Syriens, ein.

Andererseits eroberten Kämpfer der PYD und ihre arabischen Verbündeten eine strategisch wichtige Straße unweit der türkischen Grenze und kappten damit den bedeutendsten Nachschubweg für die Islamisten um Aleppo. Es fällt auf, dass die Islamisten erst nach dieser Entwicklung bereit waren, die Feuerpause zu akzeptieren.

Doch aus Sicht des Erdogan-Regimes in Ankara darf der Krieg erst dann beendet werden, wenn es seine strategischen Ziele erreicht hat. Diese Ziele sind innenpolitisch die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei und außenpolitisch die Installierung einer Regierung im benachbarten Syrien, die zumindest unter Kontrolle der Muslimbruderschaft steht. Mit dem ersten Ziel würden Erdogan und seine Clique ihre Macht wieder stabilisieren, mit dem zweiten sich eine führende Rolle unter den Islamisten im Nahen Osten schaffen, wovon sie seit dem Arabischen Frühling träumen. Jede Entwicklung, die sie einem dieser Ziele näher bringt, fördert auch das Erreichen des anderen, und Erdogan scheint dafür jedes Mittel recht zu sein.

Doch andererseits stehen die regierende Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), und Regierungschef Ahmet Davutoglu nur vier Monate nach ihrem überraschenden Wahlsieg, den sie einer exzessiven Gewaltstrategie verdanken und mit dem sie sich erneut eine überwältigende Parlamentsmehrheit sichern konnten, genau wie vor einem Jahr schon wieder mit dem Rücken zur Wand.

Staatspräsident Erdogan nimmt die Regierung nur dann ernst, wenn sie seine Wünsche erfüllt. Die AKP zeigt deutliche Zerfallserscheinungen, die durch offene Kritik aus dem Munde einiger ihrer Gründer wie Ex-Staatspräsident Abdullah Gül oder der ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc, verstärkt werden. Außenpolitisch stehen Erdogan und Davutoglu ziemlich allein da. Seit dem Abschuss eines russischen Bombers durch die türkische Luftwaffe setzt Moskau das Land politisch, militärisch und wirtschaftlich unter Druck. Gleichzeitig ignorieren die USA Ankaras Wunsch, die kurdische PYD in ihre Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen. Nicht einmal China ist auf Ankaras Seite.

Aber Erdogan gibt nicht auf. Das ist nicht seine Art. Er nutzt seinen Einfluss in der AKP, um die Diskussion über die Einführung des Präsidialsystems weiter zu vertiefen. Er weiß, dass die AKP trotz ihres Wahlerfolgs die dafür notwendigen Verfassungsänderungen nicht allein durchsetzen kann. Das lässt die Parlamentsarithmetik nicht zu. Die AKP braucht noch dreizehn Stimmen aus den Reihen der Opposition, um eine Verfassungsänderung überhaupt zur Volksabstimmung zu stellen. Da es höchst unwahrscheinlich ist, dass sie die fehlenden Stimmen von der Republikanischen Volkspartei (CHP) oder der Demokratischen Partei der Völker (HDP) erhalten, schauen Erdogans Berater in Richtung der Ultranationalisten um die faschistische Partei der Nationalen Bewegung (MHP).

Tatsächlich gibt es inhaltlich große Überschneidungen zwischen den Positionen von AKP und MHP. Die MHP fordert das Präsidialsystem schon länger, wenn auch nach ihren Vorstellungen und mit ihrem „Führer" an der Spitze. Eine Kooperation der Fundamentalisten um Erdogan und der Faschisten der MHP ist durchaus eine Alternative.

Deshalb fährt die AKP seit letztem Sommer ganz offen eine nationalistische Linie, die vor allem in dem offenen Krieg in den von Kurden besiedelten Städten zum Ausdruck kommt. Mit dem brutalen Vorgehen gegen kurdische Jugendliche und einige PKK-Kämpfer, die in mittlerweile vollkommen zerstörten Stadtteilen gegen die türkischen Sicherheitskräfte Widerstand leisten, ist es der AKP zunächst gelungen, Tugrul Türkes, den Sohn des ehemaligen „Führers" und Gründers der MHP, Alparslan Türkes, auf ihre Seite zu ziehen. Wegen

innerparteilicher Querelen und aus Angst, bei einer vorgezogenen Wahl unter der 10-Prozent-Hürde zu bleiben, signalisierte letztens auch der Chef der MHP, Devlet Bahceli, seine Partei könnte unter Umständen den Weg zum Präsidialsystem freimachen.

Doch inzwischen ist sich Erdogan nicht mehr sicher, ob seine eigene Partei ihm folgen wird. Deshalb spielt auch die Syrien-Politik in seiner Strategie eine bedeutende Rolle. Die AKP-nahen Medien verbreiten seit Monaten Szenarien, nach denen „der imperialistische Westen die Grenzen im Nahen Osten wieder einmal nach seinem eigenen Gutdünken ändern" möchte, und sprechen so die Sehnsucht der islamistischen Basis in der Türkei nach dem Idealbild von einem neuen Osmanischen Reich an. Die Türkei müsse diesmal vorbeugen, verlangen Erdogans Sprachrohre. Sie müsse ihren eigenen Nahen Osten schaffen. Diese Rhetorik wird von Landkarten gestützt, auf denen die Grenzen der Türkei bis vor Bagdad und Damaskus reichen. Ein Land aller Sunniten in Mesopotamien soll entstehen – wichtige Ölfelder Iraks eingeschlossen.

Deshalb passt Erdogan, seinen Beratern und der türkischen Regierung die erreichte Feuerpause in Syrien nicht. Die Türkei sucht einen Ausweg aus ihrem eigenen innen- und außenpolitischen Dilemma.

Innenpolitisch verstärkt das Erdogan-Regime die Repressalien gegen die Opposition, auf die es das zum größten Teil gezähmte Justizsystem hetzt. Abgeordneten der HDP droht die Aufhebung ihrer Immunität, oppositionelle Zeitungen wie Cumhuriyet oder Zaman werden verfolgt, angeblich weil die einen Spione und die anderen Terroristen seien.

Außenpolitisch sieht das türkische Regime den Ausweg offenbar in Europa. Die EU, durch die Finanzkrise und den Rechtsruck in mehreren Mitgliedstaaten geschwächt, ist zu allem bereit, um die Flüchtlingskrise zu überwinden. Ankara weiß, dass es in dieser Frage den Schlüssel in der Hand hält und scheut sich nicht davor, ihn zu benutzen, um die EU zu erpressen.

Im Grunde genommen verlangt die türkische Regierung von den westlichen Verbündeten grünes Licht für eine Militärintervention in Syrien. Diese Forderung verkauft sie geschickt als „Verstärkung der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge auf syrischem Boden".

Sofort nach dem EU-Türkei-Gipfel erklärte Davutoglu bei CNN, seine Regierung sei bereit, auch mit Bodentruppen in Syrien einzumarschieren, um dort „Schutzzonen" zu errichten. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Zonen, falls sie überhaupt zustande kommen, dazu dienen sollen, den Ausgang des Bürgerkrieges zu beeinflussen und Assads Ring um die Islamisten nördlich von Aleppo aufzubrechen. Russland wäre dagegen; es ist keinesfalls bereit türkische Truppen auf syrischem Boden zu akzeptieren. Daher wissen Erdogan und Davutoglu, dass sie einen solchen Schritt ohne Rückendeckung aus dem Westen nicht gehen können. Sie spielen ihre Karte geschickt, wohl wissend, dass sie mit ihrer Taktik den gesamten Westen in die nächste Konfrontation mit Russland treiben können.

Ankara hält sich drei Optionen offen

Erstens könnte die türkische Armee unter dem Vorwand, „die Flüchtlinge zu schützen", aber auch „kurdische Terroristen" zu bekämpfen, das Gebiet nördlich von Aleppo besetzen. So wären die Nachschubwege der Islamisten wieder frei. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bereits vor Wochen erklärt, dass sie diese Option unterstützen könnte. Auch andere EU-Staaten wie Großbritannien sind nicht abgeneigt. Da aber die USA bisher mit der PYD gut zusammenarbeiten, ist diese Option weiterhin fraglich.

Zweitens wäre vorstellbar, den IS anzugreifen und damit direkt in den Krieg in Syrien einzusteigen. Der erste Schritt dazu ist getan. Vor drei Wochen haben die Türkei und Saudi-Arabien erklärt, dass sie sich auf einen gemeinsamen Bodenkrieg gegen den IS vorbereiten. Da die Feuerpause für Aktionen gegen den IS und den Al-Qaida-Ableger Al-Nusra-Front nicht gilt, wäre mit voller Unterstützung des Westens zu rechnen. Dieser müsste allerdings Moskau dafür gewinnen.

Drittens werden türkische Truppen ohne großes Aufsehen und im Zusammenwirken mit dem kurdischen Politiker Massud Barsani im Nordirak zusammengezogen, der von diesem kontrolliert wird. In Baschika, wenige Kilometer vor Mossul, stehen bereits türkische Einheiten in Stärke von mehreren Hundert Mann, die auch über gepanzerte Fahrzeugen verfügen. Ihr wahrscheinliches Ziel besteht darin, den IS aus Mossul zu vertreiben und die Stadt vor den irakischen Truppen einzunehmen, um einen schiitischen Vormarsch aufzuhalten. Regierungsnahe Zeitungen der Türkei haben sogar ein Angriffsdatum genannt, über den sich Ankara angeblich mit den USA verständigt habe: den 25. März.

Die Frage ist nun, welches Risiko Erdogan und seine Gefolgschaft einzugehen bereit sind. Die Macht dürfen sie jedenfalls nicht aus der Hand geben. Zu groß ist die Gefahr, dass sie sich dann wegen Korruption vor Gericht verantworten und womöglich den Rest ihres Lebens im Gefängnis verbringen müssten.

Schutz und Trutz

Russland verteidigt mit seiner Militärintervention in Syrien vor allem seine eigenen Interessen. Der Einsatz neuer Waffensysteme soll den USA Warnung sein

Von Ralf Rudolph, Oberst a.D. und Uwe Markus, Soziologe, aus: Junge Welt, 13. 11. 2015

Die aktuelle Syrien-Politik Russlands und die darin eingebettete militärische Strategie erschließen sich nur, wenn der Kontext geopolitischer Verwerfungen seit dem Ende des Kalten Krieges berücksichtigt wird.

Seit geraumer Zeit weisen russische Politiker darauf hin, dass die mit dem Zusammenbruch der UdSSR entstandene unipolare Weltordnung unter Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika den Planeten unsicherer gemacht hat. Die Außenpolitik der USA hat insbesondere den Mittleren Osten nachhaltig destabilisiert und mehrere Staaten zerstört. Die Kriege im Irak, die von der NATO exekutierte Zerschlagung des libyschen Staates sowie die nachrichtendienstliche, politische und militärische Unterstützung zumeist islamistischer Rebellengruppen in Syrien haben die verheerenden Folgen der von den USA leichtfertig betriebenen Politik des Regime-Change überdeutlich werden lassen.

Solange der wirtschafts- und machtpolitische Konsolidierungsprozess Russlands in den Anfängen steckte und mancher Akteur im Kreml noch Illusionen über die Potentiale einer Zusammenarbeit mit dem Westen pflegte, musste man

die Vereinigten Staaten als letzte verbliebene Weltmacht gewähren lassen. Doch spätestens mit dem Angriff des von den USA militärisch unterstützten Georgiens auf Südossetien und Abchasien im August 2008 war für den Kreml eine rote Linie überschritten worden. Nunmehr zeigte sich die Führung Russlands immer entschlossener, einer Verletzung der nationalen Interessen gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln zu begegnen. Außerdem bemühte man sich intensiv um eine Stärkung der internationalen Organisationen sowie um die Bildung neuer strategischer Allianzen etwa im Rahmen der BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), um den geopolitischen Entscheidungsspielraum der Vereinigten Staaten zumindest ansatzweise begrenzen zu können. Moskau sieht erklärtermaßen den Schlüssel für die Lösung internationaler Probleme in der Akzeptanz der sich herausbildenden globalen Multipolarität und in der Zusammenarbeit der verschiedenen Machtzentren.

Auch im Nahen Osten sind die Vereinigten Staaten nicht nur offenkundig unwillig, ein tragfähiges Konzept zur politischen Lösung des Konfliktes zu entwickeln, sie erweisen sich vielmehr durch ihre verdeckten und offenen Interventionen als Teil des Problems. Insofern demonstriert Russland mit seinem begrenzten militärischen Engagement in Syrien und den parallel vorangetriebenen politischen Initiativen vor der Weltöffentlichkeit ein völlig anderes Herangehen als die Vereinigten Staaten und deren Verbündete. Moskau möchte sich so als Akteur profilieren, der sein militärisches Potential nicht für eine Befeuerung des Konfliktes, sondern für die Anbahnung längerfristig tragfähiger Verhandlungslösungen einsetzt.

Veränderung der Weltlage

Unterhalb dieser allgemeinen Erklärungsebene gibt es weitere gewichtige Faktoren, welche die aktuelle russische Syrien-Strategie beeinflussen: Die UdSSR war traditionell bereits vor der Gründung des Staates Israel in der Region politisch und militärisch engagiert. Nachdem sich Anfang der 50er Jahre die Hoffnungen zerschlagen hatten, dass Israel ein Staat mit sozialistischer Perspektive und ein Verbündeter der UdSSR werden könnte, setzte Moskau auf die Unterstützung der arabischen Staaten Ägypten, Irak und Syrien gegen das vor allem von den USA protegierte Israel. Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielten vor allem die militärische Ertüchtigung der Armeen dieser Staaten und die Lieferung von Waffen eine Rolle.

Nach dem außenpolitischen Kurswechsel Ägyptens unter Präsident Anwar Al-Sadat waren vor allem die Beziehungen zu Syrien und den dortigen Militärs besonders eng. Und im syrischen Hafen Tartus konnten seit dem Jahr 1967 im Mittelmeer operierende sowjetische Schiffe festmachen, deren Aufgabe es war, ein Gegengewicht zur dortigen US-Flotte zu bilden. In den 80er Jahren operierten ständig bis zu 50 sowjetische Kriegsschiffe im Mittelmeer. Der eher bescheiden dimensionierte Marinestützpunkt umfasste eine Fläche von etwa 1,5 Hektar und diente vorzugsweise als Versorgungsbasis für die Übernahme von Proviant und Treibstoff. An den zwei Pontonanlegern konnten höchstens vier Schiffe mit maximal 120 Metern Länge festmachen. Mit dem Zerfall der UdSSR spielte dieser Hafen in den Überlegungen russischer Strategen zunächst nur noch eine marginale Rolle. Die russische Flotte war im Mittelmeer kaum noch präsent, der Stützpunkt wurde eher selten als Notversorgungshafen genutzt. Erst seit dem Sommer des Jahres 2008 wird die Marinebasis wieder intensiver genutzt und teilweise ausgebaut. So brachten im Juli 2009 zwei russische Schlepper ein schwimmendes Dock zur Ergänzung der noch vorhandenen Ausstattung in den Hafen. Außerdem wurde eine Abteilung der Reparaturwerft der russischen Schwarzmeerflotte in Tartus stationiert. Seither waren in dem Stützpunkt ständig zwischen 20 und 50 Mann Besatzung untergebracht. 2012 begann Russland mit einer Verstärkung seiner Marinepräsenz im Mittelmeer – nicht zuletzt wegen der Eskalation der Lage in Syrien.

Bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges unterstützte man die syrische Armee mit Militärberatern und verkaufte Damaskus Waffen, doch im Grunde war zu Beginn des Konflikts im Kreml die Neigung recht gering, sich militärisch auf Seiten der syrischen Regierung mit eigenen Kräften zu engagieren. Seit Ende 2012 evakuierte man russische Bürger aus Syrien – unter anderem, weil diverse Terrororganisationen dazu aufgerufen hatten, Russen im Land anzugreifen und zu töten. Moskau setzte sich derweil für die Anbahnung von Verhandlungslösungen ein und verwies bereits zu diesem Zeitpunkt immer wieder auf die unkalkulierbaren Risiken, die sich aus der Infiltration der verschiedenen vom Westen unterstützten Rebellengruppen durch islamistische Kräfte ergeben könnten. Die Unterstützung für die syrische Regierung beschränkte sich in erster Linie auf diplomatische Aktivitäten und die Lieferung von Waffen und militärischem Nachschub.

Doch offenbar hatte man im Westen das destruktive Potential der Rebellengruppen und der in das Machtvakuum hineinstoßenden Terrorgruppe „Islamischer Staat“ unterschätzt und die militärischen Fähigkeiten der relativ modern ausgerüsteten syrischen Armee überschätzt. Die säkulare arabische Republik war damit ebenso gefährdet wie der russische Marinestützpunkt. Und dessen strategischer Stellenwert wuchs mit Beginn des Ukraine-Konflikts. Denn die damit verbundene Konfrontation mit der NATO und vor allem mit den USA erhöhte die Bedeutung der Halbinsel Krim und der dort stationierten Schwarzmeerflotte. Deren perspektivisch zu verstärkender Einsatz im Mittelmeer macht den Marinehafen Tartus wieder interessant. Also nutzten die russischen Militärs diesen Hafen sowie die Luftwaffenstützpunkte Hmeimim und Latakia als Ausgangsbasis für die Unterstützung syrischer Regierungstruppen, um in einer ersten Operationsphase die unmittelbare Bedrohung dieser Einrichtungen durch regierungsfeindliche Gruppierungen zu beseitigen.

Die Unterstützung des Westens für die Kiewer Putschisten hat somit nicht nur letzte russische Illusionen über die Absichten der USA im postsowjetischen Raum zerstört, sondern – ungewollt – die klare Parteinahme Moskaus für die Assad-Regierung und die direkte militärische Intervention russischer Streitkräfte im Bürgerkrieg befördert. Mit seinem Eingreifen bemüht sich Moskau zudem um die Lösung eines latenten politischen und militärischen Problems, welches Russland und andere Republiken des postsowjetischen Raumes unmittelbar betrifft: Die militärische Durchschlagskraft des „Islamischen Staates“ und das glücklose Agieren der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in diesem Krieg bescherten der Terrororganisation große Mobilisierungs- und Rekrutierungserfolge im Kaukasus und in Mittelasien. Will man einen Vorstoß des IS in die Nähe der mittelasiatischen

Staaten verhindern, so wird er dort zu bekämpfen sein, wo er aktuell agiert – unter anderem in Syrien. Nur so können Nachahmungseffekte abgeschwächt und Rekrutierungsquellen für islamistische Terrorgruppen in den ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens und in der Kaukasusregion verschlossen werden. Mit dem Militäreinsatz in Syrien versucht der Kreml, diese Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen im postsowjetischen Raum dauerhaft zu verringern.

Hilfe für syrische Truppen

Das Vorgehen zeitigt unbestreitbar Erfolge, was im Westen und vor allem im Mittleren Osten durchaus zur Kenntnis genommen wird. Das Moskauer Verteidigungsministerium teilte Anfang November 2015 mit, dass die russische Luftwaffe in Syrien bereits mehr als 1 000 militärische Ziele und Infrastrukturobjekte der diversen Terrormilizen vernichten konnte. Darunter waren 267 Befehls- und Kommandostellen, 52 Ausbildungslager, 40 Fabriken und Manufakturen zur Waffenherstellung sowie 155 Munitions- und Kraftstofflager.

Die militärische Zielstellung dieser Luftschläge besteht offenbar darin, die syrischen Regierungstruppen im Kampf gegen verschiedene Terrorgruppierungen und bei der Wiedererlangung der Kontrolle über ein zusammenhängendes Rumpfterritorium zu unterstützen. Das ist nicht nur von militärischer Bedeutung, sondern stärkt die internationale Verhandlungsposition der syrischen Regierung, weil es ein Indikator für deren Handlungsfähigkeit ist. So konnte Anfang November eine strategisch wichtige Straßenverbindung nach Aleppo von der syrischen Armee freigekämpft und gesichert werden. Damit sind auch die Nachschublinien für die im Nordteil Aleppos kämpfenden Regierungstruppen wieder frei. Zugleich attackierte die russische Luftwaffe Kommando- und Logistikstützpunkte des „Islamischen Staates“. Dabei geht es um die Desorganisation der militärischen Führung des Gegners durch die Kappung seiner internen Kommunikationsverbindungen sowie um die Unterbrechung seiner Nachschubwege. Die russische Luftunterstützung erwies sich als Voraussetzung dafür, dass die nach vier Jahren Krieg abgekämpfte syrische Armee wieder zu größeren Angriffsoperationen übergehen und die Initiative zurückgewinnen konnte.

Die konkreten Ziele für die russischen Luftangriffe werden ausschließlich mit jenen Informationen ermittelt, die rund um die Uhr vom russischen Aufklärungssatelliten „Persona N2“ und von taktischen Drohnen des Typs „Orlan-10“ geliefert werden. Die russischen Einsätze werden zudem generell in einem mit Syrien, dem Iran und dem Irak gebildeten Koordinierungsstab sowie bilateral mit dem jordanischen Militär abgestimmt. Damit hat die russische Kommandostruktur in Syrien einen Zugriff auf die Aufklärungsergebnisse der beteiligten Staaten über den IS, die mit eigenen Erkenntnissen abgeglichen werden können. Dass mit diesen militärischen Koordinierungsstäben zugleich die von den Vereinigten Staaten in der Vergangenheit mit großem Aufwand geschaffenen politischen und militärischen Abhängigkeiten relativiert werden, ist ein interessanter Nebeneffekt des Verfahrens. Selbst Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wurde im Vorfeld des russischen Syrien-Einsatzes informiert und somit indirekt eingebunden.

Seegestützte Marschflugkörper

Für besonderes Aufsehen sorgte in der westlichen Öffentlichkeit und vor allem in den Kommandostäben der NATO am 7. Oktober 2015 der Einsatz russischer seegestützter Marschflugkörper gegen Stützpunkte des „Islamischen Staates“. Die 26 Marschflugkörper „3M-14“ des Waffensystems „ZK-14 Kalibr-NK“ wurden von Schiffen der russischen Seekriegsflotte im Kaspischen Meer aus gestartet. Mit Genehmigung der jeweiligen Regierungen überflogen sie das Staatsgebiet des Iran und des Irak. Die Ziele in Syrien wurden nach einem Flug über eine Distanz von 1500 Kilometern mit einer Genauigkeit von drei bis fünf Metern getroffen und vernichtet. Die militärische Aufgabe wäre sicherlich auch durch die russische Luftwaffe in Syrien zu lösen gewesen. Marschflugkörper werden in der Regel nur dann eingesetzt, wenn operativ-taktische Raketen nicht verfügbar sind oder die Ziele diesen Aufwand nicht rechtfertigen. Gleiches gilt, wenn die Gefahr hoher Verluste der eigenen taktischen Fliegerkräfte besteht, wenn eine starke gegnerische Radaraufklärung umgangen oder unterflogen werden muss oder wenn Ziele bekämpft werden müssen, die außerhalb der Reichweite dieser Fliegerkräfte liegen. Keiner dieser Gründe traf für den Einsatz der russischen Marschflugkörper zu. Die Aktion war eine militärpolitische Demonstration, die im Westen auch so verstanden wurde. Russland zerstörte nicht nur die IS-Kommandopunkte, sondern auch die bisherige Vorstellung westlicher Strategen, die Bewaffnung der russischen Luftwaffe und Marine beschränke sich auf ältere Waffensysteme. Doch Russlands Rüstungsindustrie hat den in diesem Bereich seit den 1990er Jahren zu konstatierenden Rückstand von etwa zehn Jahren gegenüber dem Westen offenbar aufgeholt. Der Angriff mit Marschflugkörpern vom Kaspischen Meer aus und die Verwendung hochpräziser Bomben und Raketen durch die russische Luftwaffe sollten die heutigen Möglichkeiten der russischen Streitkräfte verdeutlichen und den Westen vor einer Einmischung in die laufende Militäroperation warnen.

Noch ein anderer Aspekt der Attacken vom 7. Oktober sollte die NATO-Militärs alarmiert haben: Bisher hatte man geglaubt, dass Russland militärisch nicht in der Lage sei, sich auf eine konventionelle Konfrontation mit der US-Marine einzulassen. Doch wie sich nun herausstellt, sind russische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer und im Mittelmeer, sogar vom Kaspischen Meer aus, in der Lage, Ziele im westlichen und östlichen Mittelmeer sowie im Persischen Golf auf See und an Land anzugreifen und zu vernichten. Die russische Ostseeflotte könnte sogar in Zukunft mit Flügelraketen die Nordsee, den Ärmelkanal und einen Teil des Europäischen Nordmeeres sowie deren Anrainerstaaten ins Visier nehmen. Russland und China können zudem gemeinsam Washington ernsthaft in strategische Bedrängnis bringen, wenn sie vor den Küsten der USA ihre U-Boote und Kriegsschiffe mit weitreichenden Marschflugkörpern stationieren. Außerdem bieten solche Waffensysteme die Möglichkeit, das US-Konzept „Prompt Global Strike“, (also die Befähigung weltweit jedes beliebige Ziel binnen einer Stunde treffen zu können) zumindest partiell zu neutralisieren. Denn die Vereinigten Staaten müssten damit rechnen, dass auf die von ihnen ausgelösten unmittelbaren Angriffsschläge gegen missliebige Staaten ebenso prompt Gegenschläge mit Marschflugkörpern erfolgen. Die Konsequenz eines solchen zunächst mit konventionellen Waffen geführten Schlagabtauschs wäre unter Umständen die Eskalation zu einem mit Massenvernichtungsmitteln geführten Krieg. Die Risiken eines solchen Szenarios kannte man schon in den 70er und

80er Jahren. Bereits damals war offenkundig, dass die Idee einer vom Westen gesteuerten Eskalation des Krieges, wie sie in der NATO-Strategie der „Flexiblen Reaktion“ (Flexible Response) verankert war, unter realen Bedingungen nicht umzusetzen gewesen wäre. Die Ultima ratio wäre ein finaler nuklearer Schlagabtausch gewesen, der alle beteiligten Akteure vernichtet hätte. Man wird sich wohl angesichts der neueren Entwicklungen in westlichen Stäben an diese nach dem Ende des Kalten Krieges verdrängte Erkenntnis wieder erinnern, was von russischen Strategen offensichtlich durchaus gewollt ist.

Die Verfügung Russlands über moderne seegestützte Marschflugkörper, die auch Ziele an Land bekämpfen können, ist für US-Strategen besonders schmerzhaft, weil sich die Vereinigten Staaten im Verlauf der Verhandlungen über die Vernichtung der Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag), der im Dezember 1987 von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow unterzeichnet wurde und 1988 in Kraft trat, bei seegestützten Marschflugkörpern einseitige strategische Vorteile sichern konnten. In diesem Vertrag wurde festgelegt, dass beide Seiten ihre gegen Landziele gerichteten Raketen mittlerer (von 1 000 bis 5500 Kilometer) und geringerer (von 500 bis 1 000 Kilometer) Reichweite, einschließlich der zugehörigen Infrastruktur (Startanlagen und Führungszentren) zu vernichten haben. Das betraf neben allen Mittelstreckenraketen auch landgestützte Marschflugkörper (Flügelraketen) mit diesen Reichweiten. Auf Schiffen, U-Booten sowie auf Flugzeugen befindliche Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper wurden auf Drängen der USA ausgeklammert. Die damalige Sowjetunion und später Russland verfügten jedoch nicht über solche Flügelraketen, die von Schiffen aus gegen Landziele eingesetzt werden konnten. Bei Flügelraketen gegen Schiffe jedoch war sogar ein technischer Vorsprung gegenüber der NATO zu verzeichnen.

Misstrauen

Der russische Angriff vom 7. Oktober auf die IS-Stützpunkte hat nunmehr gezeigt, dass das bisherige Monopol der USA auf dem Gebiet der gegen Landziele einzusetzenden seegestützten Langstrecken-Flügelraketen nicht mehr existiert. Admiral William Gortney, Befehlshaber des Nördlichen Luftraumverteidigungskommandos der USA (NORAD), sagte dazu: „Die Herausforderung, vor der wir stehen, besteht in der Gefahr der russischen Marschflugkörper von Fernfliegerkräften, U-Booten und anderen Unterwasser- und Überwasserschiffen (...) Russland stellt qualitativ bessere Kräfte auf, als die Streitkräfte der ehemaligen Sowjetunion es waren, denn Qualität hat heute Vorrang. Sie haben jetzt eine andere Militärdoktrin.“

Allerdings kann trotz der Demonstration der neuen militärtechnischen Möglichkeiten Russlands in diesem Waffensegment von einem Gleichstand mit den US-Streitkräften keine Rede sein: Alle Kriegsschiffe der fünf russischen Flotten können zur Zeit insgesamt nicht einmal so viele Flügelraketen starten, wie von nur einem der vier als Marschflugkörperträger umgebauten US-Atom-U-Boote der „Ohio“-Klasse eingesetzt werden können. Jedes dieser U-Boote ist mit 154 Marschflugkörpern bestückt. Der russische Militärexperte Wassili Kaschin warnte denn auch auf gazeta.ru: „Mit der US-Navy sind wir in verschiedenen Gewichtsklassen. Von einem Vergleich kann nicht die Rede sein. Die USA haben Kreuzer der „Ticonderoga-Klasse“ – und jeder davon hat 122 Flügelraketen an Bord. Er kann fast mehr von den Dingern abfeuern, als unsere Kriegsmarine zur Zeit insgesamt hat. (...) Eigentlich ist es für Russland sinnlos, eine Kriegsflotte aufbauen zu wollen, die mit der US-Navy gleich stark ist. Unsere geographische Lage ist anders. Die wichtigsten Bedrohungen für uns kommen, wie die Geschichte zeigt, aus kontinentalen Richtungen. Über Russlands Zukunft wurde immer an Land entschieden.“

Das Land wird also mit hoher Wahrscheinlichkeit sein strategisches Militärpotential anders als die Vereinigten Staaten strukturieren und ökonomisch ruinöse Überrüstungen zu vermeiden trachten. Allerdings soll zukünftig insbesondere die Ausstattung der russischen Marine mit Flügelraketen weiter vorangetrieben werden. Dabei soll die von den USA in den INF-Vertrag hineinverhandelte Lücke ausgenutzt werden. Der Modernisierungsprozess der russischen Marine umfasst daher auch die Ausstattung bereits vorhandener und neu in Dienst zu stellender Schiffseinheiten mit dem neuen Waffensystem.

„In den kommenden drei Jahren werden wir die Anzahl unserer Flügelraketen auf das Dreifache und bis 2020 auf das Zehnfache vergrößern“, hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu bereits im Jahr 2013, ein Jahr nach der Truppeneinführung der ersten Flügelraketen des Komplexes „Kalibr“, angekündigt.

Solche Pläne sind Ausdruck des begründeten tiefen Misstrauens der russischen Führung gegenüber den Erklärungen und Aktivitäten der Vereinigten Staaten und der NATO. Denn die von den derzeitigen Entscheidungsträgern in Washington global und auch im postsowjetischen Raum forcierte Politik des Regime-Change hat in bisher ungekanntem Maße die nach dem Zweiten Weltkrieg ausgehandelten Vertragswerke ausgehöhlt, die internationalen Organisationen geschwächt und einer beispiellosen Auflösung völkerrechtlicher Normen Vorschub geleistet. Im Kreml ist man nicht mehr bereit, diese von einer aufdringlichen Arroganz der Macht geprägte Politik weiter hinzunehmen. Somit ist die militärische Intervention Russlands zur Unterstützung der syrischen Regierung zugleich ein nicht zu missdeutendes Signal, dass man in Moskau entschlossen ist, der politischen und militärischen Herausforderung durch den Westen zu begegnen.

KP Iraks verurteilt Eindringen der türkischen Armee

Aus: http://news.dkp.suhail.uberspace.de

In einem Leitartikel der von der Irakischen Kommunistischen Partei herausgegebenen Tageszeitung „Tareeq Al-Shaab“ vom 7. Dezember 2015 wird der Vorstoß türkischen Militärs in die Provinz Ninive im Nordirak scharf verurteilt. Hier Auszüge aus dem Artikel:

Mit großer Sorge verfolgen wir die Berichte über den neuerlichen Vorstoß türkischen Militärs in den Irak, diesmal in der Provinz Ninive (Mosul) unter dem Vorwand, bei der Ausbildung bewaffneter Kräfte zu helfen, die die Provinz von der Terrororganisation Daesh (IS) befreien wollen.

Es ist nicht das erste Mal, dass türkische Streitkräfte in irakisches Territorium eindringen oder dass türkische Militär-

flugzeuge den Luftraum Iraks verletzen, um Aufgaben zu erledigen, die Teil der Agenda und Ziele der Türkei sind. Ankara ist zu weit gegangen, wenn es die Vereinbarung mit dem diktatorischen Saddam-Regime benutzt, das es seinen Truppen erlaubt hatte, unter dem Vorwand, die als „terroristische Organisation“ eingestufte PKK zu bekämpfen, bis in eine Tiefe von 20 Kilometern in irakisches Territorium einzudringen.

Die Anwesenheit türkischen Militärs auf irakischem Territorium wurde in den 1990er Jahren während des sogenannten „Bruderkrieges“ fortgesetzt und nicht einmal nach dem Wandel von 2003 eingestellt – unter US-Besatzung und den nachfolgenden Regierungen bis zum heutigen Tag.

Das Aufdecken dieses neuen militärischen Vorstoßes und die Diskussion darüber haben die Wurzel des Problems enthüllt und die fortgesetzte Verletzung der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes durch türkische Kräfte öffentlich gemacht: die unverhohlene Einmischung in die Angelegenheiten unseres Landes, mit der die Türkei sich das Recht herausnimmt, ihren Schutz dieser oder jener irakischer Gruppen zu erklären und damit Angst und Schrecken auszulösen.

Der gegenwärtige Zustand unseres Landes, die Schwierigkeiten, denen es sich gegenübersieht, und sein nationaler Kampf gegen Terrorismus und Daesh*, sein Bedarf an Unterstützung und Hilfe, dürfen nicht dazu benutzt werden, die Souveränität und territoriale Integrität des Irak und seine internationale Legitimität zu verletzen.

In diesem Zusammenhang ist es unannehmbar, UN-Resolutionen ... in der Manier eines Schiedsrichters in einseitiger Weise gegen deren Sinn zu interpretieren. Diese bekräftigen unmissverständlich die Unabhängigkeit und Souveränität des Irak und verpflichten dazu, jedwede Unterstützung in Absprache mit der irakischen Regierung und in Kooperation und Koordination mit ihr zu leisten.

Die irakischen Exekutiv- und Legislativorgane sind laut Verfassung die Einzigen, die das letzte Wort über die Koordinierung ausländischer Unterstützung zu sprechen haben, und niemand anderer.

Wir, die Irakische Kommunistische Partei, verurteilen die Einmischung und Verletzung der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes durch jedwede Seite, fordern den sofortigen Rückzug der türkischen Truppen von unserem Territorium und appellieren an die irakische Regierung, sich an den UN-Sicherheitsrat zu wenden, um die Angelegenheit grundsätzlich zu behandeln und die Rechte Iraks als souveräner Staat zu sichern.

Angesichts dieser wichtigen und zentralen Angelegenheit, die Folgen für die Gegenwart und Zukunft des Irak hat, ist klarzustellen, dass vieles von dem, was jetzt passiert – die türkische Invasion eingeschlossen – , nicht geschehen würde ohne die Schwäche, die von den Differenzen und Konflikten der regierenden Blocks und Parteien und der widerlichen Politik der Machtteilung nach religiösen Gesichtspunkten herrührt, welche parteipolitischen Interessen zum Schaden des höheren nationalen Interesses den Vorzug gibt und es ausländischen Mächten ermöglicht, im Irak vollendete Tatsachen zu schaffen.

*Abwertende arabische Aussprache der Abkürzung ISIS.

(Übersetzung aus dem Englischen: news.dkp.de)

Bundeswehr im Nordirak: Eine verheerende Zwischenbilanz

Rede von Jan van Aken, MdB DIE LINKE, in der Debatte des Bundestages über die Verlängerung des Bundeswehrmandats für die Ausbildungsmission in Nordirak/Kurdistan am 28.1. 2016, aus: http://linksfraktion.de

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Lieber Herr Mützenich,
vielen Dank für diese Rede. Ich glaube, besser als Sie hätte ich gar nicht begründen können, warum es falsch ist, jetzt 150 Soldatinnen und Soldaten in den Nordirak zu schicken, um dort kurdische Peschmerga auszubilden.

Ich meine das ganz im Ernst und komme gleich noch darauf zurück.

Es gibt zwei sehr gute Gründe, diesen Einsatz abzulehnen: Erstens treiben Sie die Spaltung des Irak mit diesem Militäreinsatz weiter voran. Zweitens ist das Risiko, wie Sie ja auch gesagt haben, sehr hoch, dass die von Ihnen ausgebildeten Peschmerga für ganz und gar unschöne Dinge eingesetzt werden.

Ich fange mit dem ersten Punkt an. Ja, ich bin mir sicher: Mit jeder Stärkung der kurdischen Regionalregierung droht der Irak weiter zu zerfallen. Das würde wiederum die Daesh-Terroristen noch stärker machen. Deshalb ist der Einsatz nicht nur falsch, sondern auch richtiggehend gefährlich, und ich finde, Sie haben das hervorragend hergeleitet.

Daesh ist der sogenannte Islamische Staat. Wir alle wissen, warum Daesh in den letzten Jahren im Irak so stark werden konnte. – Hören Sie sich das an, Herr Mützenich! – Sie konnten dort nur deswegen so stark werden, weil die sunnitischen Moslems über Jahre von der Zentralregierung in Bagdad komplett ausgegrenzt worden sind. Alle lukrativen Posten und all das gute Ölgeld gingen an die Schiiten und zum Teil auch an die Kurden. Die sunnitischen Regionen waren davon aber vollkommen ausgeschlossen. Alle einflussreichen Posten waren für Sunniten blockiert. Die Sunniten waren die Verlierer in dem neuen Irak nach der amerikanischen Invasion. Das ist der Ursprung der Stärke von Daesh.

Es entstand natürlich ein extremer Hass bei den Sunniten, den wir beide in der Region auch erlebt haben, und das ist der Nährboden, auf dem Daesh so groß werden konnte. Darum gibt es in der sunnitischen Bevölkerung heute eine derart breite Unterstützung für diese Terrormiliz.

An einem Punkt sind wir alle uns einig: Sie werden Daesh im Irak nur bekämpfen können, wenn es wieder eine inklusive, ausgewogene und faire Zentralregierung in Bagdad gibt, in der alle Bevölkerungsgruppen – die Sunniten, die Schiiten und die Kurden – gleichberechtigt vertreten sind.

Sie machen mit dem Militäreinsatz jetzt genau das Gegenteil und greifen sich die eine Kraft im Irak heraus, die im Moment am lautesten sagt: Wir wollen uns abspalten. – Ihr Partner, der Präsident der nordirakischen Autonomieregion, Massud Barzani, sagt ganz klar, dass er die Abspaltung und einen eigenen Nationalstaat möchte.

Hier entsteht jetzt Ihr Problem; denn Massud Barzani hat heute schon die wirtschaftlichen und auch die kulturellen Voraussetzungen für die Abspaltung. Das Einzige, was ihm noch fehlt, ist die militärische Stärke, und diese liefern Sie ihm jetzt frei Haus. Sie liefern die Waffen und bilden seine

Leute aus. Damit machen Sie einen katastrophalen Fehler.

Herr Mützenich, Sie selbst haben gerade gesagt, dass wir alle hier ein großes Interesse an der Einheitsregierung haben. Wir haben hier den klassischen Fall, dass Sie politisch das Richtige wollen, nämlich die Einheitsregierung – dafür tun Sie auf der politischen und der diplomatischen Ebene auch viel –, während Sie Ihre politischen Ziele durch die Militäraktion praktisch unterminieren. Dieser Militäreinsatz macht alles kaputt, was Sie politisch vorhaben und wollen. Deswegen ist das ein Riesenfehler. Lassen Sie die Finger davon.

Ich komme zum zweiten Problem. Weiß irgendwer hier im Raum, wen genau Sie dort ausbilden? Wissen Sie eigentlich, wo, von wem und wofür diese Peschmerga eingesetzt werden? Auch das haben Sie wunderbar gesagt. Es gibt gerade Konflikte zwischen den beiden großen kurdischen Parteien im Nordirak. Sie waren vor wenigen Jahren schon einmal in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt. Das eskaliert gerade wieder.

Können Sie ausschließen, dass die von Ihnen ausgebildeten Peschmerga in einem neuen Bürgerkrieg wieder eingesetzt werden? Können Sie ausschließen, dass die von Ihnen ausgebildeten Peschmerga schon heute zur Repression im Inneren von Barzanis Gebiet eingesetzt werden? Können Sie ausschließen, dass sie bei der Folterung von Journalisten eingesetzt werden? Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass die Menschenrechtsbilanz von Massud Barzani sehr düster ist. Können Sie eigentlich ausschließen, dass die von Ihnen ausgebildeten Peschmerga im Moment bei Kirkuk eingesetzt werden? Kirkuk ist die Stadt, die sich Massud Barzani verfassungswidrig unter den Nagel gerissen hat, was natürlich massiv dazu beigetragen hat, dass der Konflikt mit der Zentralregierung in Bagdad weiter eskaliert ist. Denken Sie eigentlich, es gibt irgendeine Garantie dafür, dass die von Ihnen ausgebildeten Peschmerga bei weiteren Auseinandersetzungen um Territorien im Irak nicht eingesetzt werden?

Nichts davon können Sie ausschließen, und vieles davon ist sogar sehr wahrscheinlich. Einiges ist im Moment schon passiert, und deshalb ist es verantwortungslos, deutsche Soldaten jetzt in diese Mission zu schicken.

Noch ein Wort zu den Waffen – Sie haben das auch erwähnt –: Wir wissen jetzt, dass Sie keine Garantie dafür haben, wo die Waffen am Ende landen. Sie werden im Moment auf verschiedenen Schwarzmärkten im Nordirak zum Verkauf angeboten. Niemand von uns kann sagen, wo diese Waffen in den nächsten Jahren von wem gegen wen zum Töten eingesetzt werden. Sie haben darüber keine Kontrolle.

Deswegen muss ich abschließend sagen: Die Zwischenbilanz Ihres Einsatzes im Nordirak ist verheerend. Den Staatszerfall des Irak haben Sie weiter vorangetrieben, die Region mit weiteren 20 000 Sturmgewehren geflutet und die Peschmerga für alle schmutzigen Jobs ausgebildet. Lassen Sie das einfach sein.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte, nicht in den Nordirak, nicht in den Südirak und schon gar nicht in die Türkei.

Danke schön.

Schluss mit den Waffenlieferungen!

Rede von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion, in der aktuellen Stunde des Bundestages auf Verlangen der LINKEN „Fortgesetzte Militärkooperation mit Saudi-Arabien und der Türkei“, 14.1.2016
Aus: http://linksfraktion.de

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!
Wir haben bereits gestern begonnen, über dieses Thema zu debattieren. Dies geschah in einer Aktuellen Stunde, die die Regierungskoalition beantragt hatte. Es ist eine ganze Reihe weiterer Fragen zu klären. Ich darf versuchen, dazu einen Beitrag zu leisten. Ich finde es übrigens auch wichtig, dass wir solche Fragen in einer großen Öffentlichkeit diskutieren, weil die Menschen in unserem Land natürlich wissen wollen, was man darunter versteht, wenn von der Regierung häufiger gesagt wird, man wolle die Fluchtursachen bekämpfen. Man muss darüber reden, was Fluchtursachen sind, und das will die Linke.

Ich will nicht dabei zusehen, wie die deutsche Außenpolitik im Nahen Osten – und nicht nur dort – immer unglaubwürdiger wird. Ich finde, Deutschland beschmutzt sich, wenn der Eindruck entsteht, dass wir die Hinrichtung oder, besser gesagt, die Morde in Saudi-Arabien hinnehmen, einfach so weitermachen und sagen: Das ist zwar bedauerlich, aber nicht zu ändern. Doch, das wäre zu ändern, wenn die internationale Gemeinschaft einschließlich Deutschlands sagen würde: Wir sind nicht mehr bereit, das hinzunehmen.Das müssen wir in aller Öffentlichkeit deutlich machen.

47 Menschen wurden an einem Tag abgeschlachtet, erschossen, erschlagen, enthauptet. Das ist der IS in Praxis. Man kann den IS nicht bekämpfen, indem man seine Methoden staatlich anwendet. Das geht überhaupt nicht, und deswegen muss man dort konsequent gegenhalten.

Ich möchte, dass das Regierungsgerede von Saudi-Arabien als Stabilitätsanker in der Region aufhört. Bis heute redet die Bundesregierung davon, dass Saudi-Arabien ein Stabilitätsanker sei. Das kann doch in Riad nur so verstanden werden, dass es keine ernsthafte Gegenwehr aus dem Westen gegen die Art und Weise des Vorgehens dieses Staates gibt.

Die Bundesregierung hat bis heute die Frage nicht beantwortet – ich hoffe, dass man heute eine Antwort darauf bekommt –, warum sie dem Staat Saudi-Arabien nicht sofort nach dieser politischen Mordorgie, die auch darauf zielte, dass die Vereinbarungen zu Syrien scheitern, angekündigt hat: Wir werden keine Waffen mehr liefern. Es wird keine Waffenverträge mehr geben. – Einem solchen Staat kann man keine Waffen anvertrauen. Das wäre doch das Mindeste, was man von der Bundesregierung hätte erwarten müssen.

Wenn die Bundesregierung nun behauptet, Saudi-Arabien sei ein Anker der Stabilität, möchte ich entgegnen: Diese Stabilität ist eine Stabilität der Friedhofsruhe, der Vernichtung von Demokratie, der Unterdrückung von Menschen. Das hat nichts mit Menschenrechten zu tun. Die Bundesregierung hat noch einmal gesagt, dass die Wahrung von Menschenrechten ein Kriterium dafür ist, ob man Waffenexporte genehmigt oder nicht. Mindestens das könnten Sie ja einhalten.

Saudi-Arabien ist durch Waffen- und Geldlieferungen für den Aufschwung des IS mit verantwortlich. Ob dafür, wie

nun behauptet wird, reiche saudische Familien verantwortlich sind und nicht der Staat, das ist nicht sehr erheblich. Saudi-Arabien ist eine Kriegspartei in Syrien. Ohne Saudi-Arabien hätte es diesen Krieg in dieser furchtbaren Art und Weise in Syrien nicht gegeben, und Saudi-Arabien führt Krieg in Jemen. Jemen und Syrien unterscheiden sich kaum noch, was die Katastrophe für die Menschen angeht. Was dort geschieht, das ist Mord, und das ist auch die Vernichtung eines Staates, wie es der Jemen ist. Wenn wir die Art und Weise des Umgangs mit Saudi-Arabien weiter betreiben, bleibt den Menschen nur eine Chance: fluchtartig ihre Region zu verlassen, in der sie nicht leben können und nicht leben dürfen. Ich rede gar nicht davon, wie man ein Leben gestalten könnte.

Ein Stabilitätsanker aus Sicht der Bundesregierung ist auch die Türkei, ist Erdogan. Erdogan führt aber Krieg gegen die Kurden. Wie kann man hier immer davon reden, dass man die Kurdinnen und Kurden unterstützt, und gleichzeitig die Augen zumachen, wenn in den kurdischen Gebieten in der Türkei – und nicht nur dort – Krieg gegen die Kurden geführt wird? Auch das hat mit Demokratie nichts zu tun.

Ich habe mich immer wieder gefragt, warum die Bundesregierung sich so verhält. Es lohnt ja nicht, zu unterstellen: Sie sind eben so. – Warum also verhält sich die Bundesregierung so? Ich habe ein sehr altes Zitat gefunden, was ich zutreffend finde. Entschuldigen Sie die Sprache; das ist nicht meine Sprache; ich zitiere das nur. – Der Ex-US-Präsident Roosevelt hat über den Diktator Nicaraguas, Somoza, einmal gesagt: Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn.

Genau diese Denkweise – das sind unsere Verbündeten; da kann man mal wegschauen, wo man nicht wegschauen darf – finde ich in der Politik der Bundesregierung. Ich finde, das kann man nicht durchgehen lassen.

Dieses Parlament muss sagen: Schluss mit Waffenlieferungen! Schluss damit, dass die Türkei als ein Land, das die Flüchtlinge daran hindern soll, nach Europa zu kommen, aufgerüstet wird! Demokratie ist nicht teilbar. Das muss man auch öffentlich verfechten. Das hat nichts damit zu tun, ob man miteinander redet oder nicht. Ich bin dafür, dass man miteinander redet. Aber man muss zu keinem Festival fahren, wenn man ernsthafte politische Debatten führt.

Herzlichen Dank.

Jemen: ein vergessener Krieg

„Arabischer Winter“ auf der Halbinsel?

Von Fritz Balke, AK „Gerechter Frieden in Nahost“ der LINKEN

Der „Arabische Frühling“ 2011 erreichte auch den entfernten Süden der Arabischen Halbinsel, den Jemen. Davon ist aber nach fünf Jahren kaum noch etwas zu spüren.

Der seit 33 Jahren amtierende Präsident Ali Abdallah Saleh, gegen dessen despotische Herrschaft sich der Aufruhr richtete, wurde 2012 durch eine Initiative der Golfstaaten zwar veranlasst, seinen Posten zugunsten eines neuen Staatsoberhauptes, Abed Rabbo Mansour Hadi, aufzugeben, da eine Ausbreitung dieses „Virus“ verhindert werden sollte. Doch es erwies sich, dass die Fragmentierung der Gesellschaft und die Dynamik der noch immer dominanten Stammesbeziehungen dieses Abkommen scheitern ließen. Bergstämme des Nordens, die gemeinhin als Huthis bezeichnet und von jeher durch die Zentralregierung benachteiligt werden, schlossen sich der Protestbewegung an. Ex-Präsident Saleh, der auf Revanche sann, verbündete sich, unterstützt von ihm weiterhin ergebenen Armee-Einheiten, mit den Huthis. Mit dieser Übermacht überrannten diese Kräfte im Sommer 2014 die Hauptstadt Sanaa, eroberten einen Großteil des Landes und stießen bis in die Hafenstadt Aden vor. Die Hadi-Regierung floh nach Saudi-Arabien.

Diese Entwicklung rief eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition ins Leben, der weitere Golfstaaten angehören. Mit Unterstützung von Ägypten und Sudan sowie ausländischen Söldnern führt sie seit März 2015 einen gnadenlosen Luftkrieg gegen die Huthis und hat eine Seeblockade gegen die von ihnen gehaltenen Landesteile verhängt. Zwar gelang es ihr, Aden und angrenzende Landesteile zurückzuerobern, doch der Krieg zieht sich seit nunmehr fast einem Jahr hin. Er forderte bisher über 6 000 Tote und führte zu immensen Zerstörungen und katastrophalen Engpässen in der Versorgung der Menschen.

Jemen gehört zu den Ländern mit der größten Dichte an Feuerwaffen pro Kopf der Bevölkerung. Noch nie in der Geschichte gelang es einer ausländischen Macht, dieses Hochgebirgsland zu „befrieden“, von den Osmanen vergangener Jahrhunderte bis hin zu Saudi-Arabien und Ägypten, die sich nach dem Sturz der Monarchie in den Bürgerkrieg von 1962 bis 1969 einmischten. Mit einer rein militärischen Lösung ist auch diesmal nicht zu rechnen. Schon wird die saudische Armee wegen des bislang ausbleibenden Erfolges ihrer Intervention als „Scheinriese“ bezeichnet.

Die Resolution des UN-Sicherheitsrates 2216, die zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Rückzug der Huthis aus den eroberten Städten aufrief, brachte bisher keine Ergebnisse; auch die unter Vermittlung eines UN-Sondergesandten Ende 2015 begonnenen ersten Gespräche der Konfliktparteien an unvereinbaren Positionen scheiterten, sollen aber fortgesetzt werden.

Welche Rolle spielt Saudi-Arabien?

In der internationalen Politik scheint dieser Waffengang in Jemen angesichts anderer aktueller Brandherde in der Region kaum eine Rolle zu spielen, er ist für viele Kommentatoren ein „vergessener Krieg“. Dennoch ballen sich in ihm Widersprüche und Machtambitionen, die weit über dieses Armenhaus der arabischen Welt hinausreichen.

Das sunnitische (wahhabitische) Königreich Saudi-Arabien, das seit seiner Gründung 1932 eine eher zurückhaltende Politik betrieben hatte, schlug unter seinem neuen Herrscher Salman und dem jungen Vize-Kronprinzen und Verteidigungsminister Mohammed ben Salman einen aggressiven Kurs ein und versucht, gestützt auf seine immensen Ölreserven, sich als Vormacht in der Region zu profilieren. Dabei stößt es zwangsläufig auf einen Konkurrenten mit gleichen Ambitionen: den schiitischen Iran. Da die jemenitischen Huthis einer schiitischen Glaubensrichtung – die immerhin ein Drittel der Bevölkerung ausmacht – angehören und damit Iran nahe stehen, fühlt sich die saudische Monarchie jetzt zwischen Iran und seinem „Hinterhof“ Jemen in die Zange genommen. Saudi-Arabien ist zutiefst beunruhigt über den wachsenden Einfluss Irans in der ganzen Region. Es befürchtet die Entstehung eines „schiitischen Halbmonds“: Irak hat

heute eine schiitisch dominierte Regierung, Iran ist Verbündeter von Bashar al-Assad in Syrien, in Libanon agiert die schiitische Hisbollah. Bereits 2011 war saudisches Militär in Bahrein einmarschiert, als dort die schiitische Bevölkerungsmehrheit gegen die regierenden Sunniten aufbegehrt hatte.

Besonders verärgert sind die Saudis über den Atom-Deal und die Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Iran, wodurch ihr Erzfeind größeres politisches und ökonomisches Gewicht erlangt. Die drastische Verschärfung des Konfliktes mit Iran Anfang 2016 nach der Hinrichtung eines schiitischen Geistlichen hat fatale Folgen für die geplanten Verhandlungen zu Jemen (und auch Syrien), bei denen beide Länder unverzichtbare Akteure sind.

Iran unterstützt die Huthis zwar politisch, ist aber wegen der Blockade rein logistisch nicht in der Lage, nennenswerten militärischen Einfluss zu erlangen. Iran sieht nicht ungern, dass Saudi-Arabien möglichst lange im „jemenitischen Sumpf“ stecken bleibt und durch seine rabiate Kriegsführung auch international zunehmend an Ansehen verliert. Für die saudische Dynastie ist Iran ein willkommenes Feindbild. Damit kann sie auch von den wachsenden innenpolitischen Problemen wie den Folgen des niedrigen Ölpreises, der Staatsverschuldung (erstmals weist das Budget ein Defizit von 90 Milliarden Dollar auf) und der hohen Jugendarbeitslosigkeit ablenken. Nicht zu vergessen die schiitische Bevölkerung (15 Prozent) in den ölreichen Ostgebieten des eigenen Landes, die sich zunehmend mit Protesten gegen die Diskriminierung bemerkbar macht.

Die in der öffentlichen Wahrnehmung verbreitete Reduzierung auf einen sunnitisch-schiitischen Konflikt verdeckt – in Jemen und anderswo – die eigentlichen politisch-strategischen Ziele der Kontrahenten. In Jemen spielte das Verhältnis der beiden Glaubensrichtungen in der Vergangenheit nur eine marginale Rolle. Im Bürgerkrieg nach 1962 hatte Saudi-Arabien noch den gestürzten zaiditisch-schiitischen Imam massiv unterstützt. Und auch zu Ali Abdallah Saleh, dem jetzigen Feind, unterhielt Riad lange Zeit gute Beziehungen. Es geht um reine Machtpolitik, um die Herrschaft über das Land an der Meerenge Bab el-Mandeb (dem „Tor der Tränen“ genannten Ausgang des Roten Meeres zwischen Jemen und Dschibuti) durch die die wichtigsten Tankerrouten verlaufen.

Die Haltung des Westens zum Konflikt auf der arabischen Halbinsel ist ambivalent. Die USA sind bemüht, ihre durch das Atom-Abkommen mit Iran belasteten Beziehungen zu Saudi-Arabien zu glätten, und demonstrieren „Verständnis“ für den saudischen Jemen-Krieg , ja sie gewähren ihm gemeinsam mit Großbritannien logistische Unterstützung. Dies entspricht der heutigen Logik der USA, angesichts bitterer Erfahrungen in Afghanistan und Irak nicht mit eigenen Bodentruppen aufzumarschieren, sondern die Schmutzarbeit von Verbündeten machen zu lassen. Amerikanische Drohnen kommen auch in Jemen zum Einsatz, aber die sie begleitenden zahlreichen „Kollateralschäden“ verstärken die schon vorhandene Ablehnung westlicher Einmischung in breiten Bevölkerungskreisen.

Saudi-Arabien wird trotz aller Probleme, trotz seiner archaischen, demokratiefeindlichen Staatsstruktur, in politisch-strategischer und ökonomischer Hinsicht als für den Westen unverzichtbar angesehen. Bereits 2011 bezeichnete der damalige deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière Saudi-Arabien als „Stabilitätsanker“ in der Region. Die Waffengeschäfte florieren. Die Tatsache, dass es bei den machtausübenden Wahhabiten kaum einen weltanschaulichen Unterschied zu Al-Qaida und dem „Islamischen Staat“ gibt, dass sie „Brüder im Geiste“ (Michael Lüders) sind, ist für die engen Beziehungen offenbar kein Hindernis. Eine kritische Analyse des BND, die Saudi-Arabien u.a. eine „impulsive Interventionspolitik“ bescheinigt, wurde von der Bundesregierung umgehend als schädlich für die guten Kontakte zurückgewiesen.

Aus den Kriegswirren und dem entstandenen Machtvakuum in Jemen ziehen militant-islamistische Gruppierungen den größten Nutzen, insbesondere „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAP), die inzwischen weite Gebiete im Osten des Landes um die Hafenstadt Mukalla kontrolliert und sich von dort weiter ausbreitet, aber auch zunehmend der mit ihr konkurrierende „Islamische Staat“, der mit Bombenanschlägen auf sich aufmerksam macht. Die Kriegskoalition um Saudi-Arabien hat bezeichnenderweise diese Gruppen bisher verschont und sich auf die Bekämpfung der Huthis und der Anhänger Salehs konzentriert.

Auf der anderen Seite agiert Al-Harak, eine Bewegung im Süden des Landes, die nach der jemenitischen Vereinigung 1990 und dem verlorenen Bürgerkrieg von 1994 entstanden ist und diesen Landesteil zu Recht als benachteiligt und diskriminiert ansieht. Sie strebt eine weitgehende Autonomie des Südens an; für einige ihrer Exponenten ist gar die Wiederherstellung der von 1967 bis 1990 bestehenden Volksrepublik Südjemen ein erstrebenswertes Modell. Angesichts der unübersichtlichen und von vielen Akteuren beeinflussten Lage liegen sowohl ein kompletter Zusammenbruch der staatlichen Strukturen à la Somalia als auch eine erneute Spaltung des Landes im Bereich des Möglichen.

Wo ist die Lösung?

Die fortschreitende Fragmentierung der jemenitischen Gesellschaft macht es erforderlich, auch Lehren aus anderen Konflikten in der Region zu ziehen.

Es muss um eine jemenitische Lösung gerungen werden. Die Konfliktparteien im Lande müssen sich trotz ihrer sehr unterschiedlichen Positionen zu Verhandlungen zusammenfinden, um eine Machtteilung und eigene Lösungen für das künftige Zusammenleben zu definieren. Darin müssen alle relevanten Akteure, einschließlich der verschiedenen Parteien und zivilgesellschaftlicher Akteure, der Huthis und der Süd-Bewegung Al-Harak, einbezogen werden. Nur so ist auch dem wachsenden Einfluss von AQAP und IS wirksam zu begegnen. Bereits vorliegende Pläne über einen künftigen föderalen Staatsaufbau wären ein vernünftiger Ansatz.

Jegliche ausländische militärische Einmischung in den Konflikt ist einzustellen bzw. zu vermeiden. Saudi-Arabien und andere Golfstaaten, deren seit einem Jahr andauernde Intervention außer unsäglichem Leid keine Ergebnisse gebracht hat, müssen durch internationalen Druck gezwungen werden, ihr aggressives Vorgehen einzustellen.

Die Bemühungen des UN-Sondergesandten um eine Verhandlungslösung sind zu unterstützen. An den Verhandlungen sollten alle interessierten Seiten, allen voran Saudi-Arabien und Iran trotz ihres angespannten Verhältnisses , konstruktiv teilnehmen.

Die einseitige Parteinahme westlicher Staaten im Krieg ist für eine Lösung kontraproduktiv. Die fortgesetzten Waffen-

lieferungen sind nur Öl ins Feuer, gleichsam eine Ermutigung für das saudische Königshaus, seine aggressive Politik fortzusetzen. Unter diesem Aspekt sollte das Verhältnis zur Regionalmacht Saudi-Arabien kritisch überprüft und sollten auch Sanktionen ins Auge gefasst werden.

Unabhängigkeit Südarabiens?

Die ungelöste „Südfrage“ und der Krieg im Jemen[1]

Von Anne-Linda Amira Augustin, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsnetzwerk „Re-Konfigurationen. Geschichte, Erinnerung und Transformationsprozesse im Nahen Osten und Nordafrika“ an der Philipps-Universität Marburg

Der Jemen kann in diesem Jahr auf eine 26-jährige Einheit des Landes zurückblicken. Aus südjemenitischer Perspektive ist das Land jedoch fragmentierter denn je, nachdem die zahlreichen Konflikte schließlich ihren Höhepunkt im Beginn des Jemen-Krieges im März 2015 fanden. Wie in jedem Krieg korrelieren auch im Jemen diverse Narrative der unterschiedlichen Kriegsparteien. Auf internationaler Ebene wird der Krieg im Jemen meist als Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran definiert und reiht sich damit in die zahlreichen Kriegsgeschehnisse der Region (Syrien, Irak, Libyen) ein. Aus jemenitischer Perspektive ist der Krieg ein Resultat des gescheiterten Transitionsprozesses, der mit der Unterzeichnung der Golfkooperationsrats-Initiative durch den ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Salih im November 2011 begann und an der Frage der Umstrukturierung des Landes in sechs Föderationen endgültig zerbrach. (Augustin 2016)

Aus der Perspektive vieler Südjemeniten ist der Krieg seit März 2015 ein Invasionskrieg durch den Norden, mittels dessen den Forderungen nach Unabhängigkeit seitens der Südjemeniten endgültig ein Ende bereitet werden sollte. (Augustin 2015a, 16) Wegen der kriegerischen Handlungen im Südjemen im Frühjahr und Sommer 2015 rückt eine Fortdauer der Einheit des Jemen in immer weitere Ferne, denn die Bruchlinien zwischen dem Norden und dem Süden des Landes haben sich wegen des Krieges noch einmal gravierend verschärft. (Ebenda, 11) Die Forderungen nach Unabhängigkeit seitens des Südens des Landes scheinen jedoch nicht sonderlich voranzuschreiten – besonders auch wegen fehlender internationaler Unterstützung. In Anbetracht des derzeitigen Krieges im Jemen wird in diesem Beitrag ein Ausblick auf die Unabhängigkeitsforderungen im Südjemen gegeben.

Die Südbewegung und die „Südfrage“

Nach langjährigem Befreiungskampf der Bevölkerung entstand im Jahre 1967 aus den britischen Föderations- und Protektoratsgebieten Südarabien und der Kolonie Aden die Volksdemokratische Republik Jemen (VDRJ). Sie bestand als einziger arabischer Staat marxistischer Orientierung und war bis 1990 unabhängig. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks verlor die VDRJ ihre engsten Partner, was 1990 zu einer überstürzten Einheit mit der Jemenitischen Arabischen Republik führte. Die Einheit des Jemen wurde zwischen dem damaligen Generalsekretär der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) der VDRJ Ali Salim Al-Baidh und dem damaligen Präsidenten der JAR Ali Abdallah Salih beschlossen und am 22. Mai 1990 vollzogen. Das vereinbarte Volksreferendum, das Teil des Einheitsabkommens war und wenige Monate später folgen sollte, blieb aus.

Die hastig beschlossene Einheit konnte nicht über die unterschiedlichen Entwicklungsstadien beider Länder hinwegtäuschen[2]. Bei den jemenitischen Wahlen 1993 fiel die vorwiegend im Süden des Landes gewählte JSP auf den dritten Rang nach der Partei des Allgemeinen Volkskongresses – der Partei Salihs – und der islamistischen Islah-Partei zurück. Der Hauptgrund dafür war, dass die Bevölkerung des Südens nur circa ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachte. Die Spannungen auf der politischen Ebene nahmen unterdessen auch wegen der Ermordung von mehr als 150 sozialistischen Kadern des Südens zu. (Brehony 2011: 188) Am 27. April 1994 brach ein Krieg zwischen den bis dato noch parallel existierenden Armeen beider Länder aus, der am 7. Juli 1994 vom Süden verloren wurde.

Als „Südfrage“ wird heute der Widerstand gegen die Marginalisierung der Südjemeniten nach der jemenitischen Einheit von 1990 bezeichnet. Die Marginalisierung und der Widerstand intensivierten sich nach dem Krieg von 1994, als Südjemeniten massiver Unterdrückung und Marginalisierung ausgesetzt waren. Soldaten und staatliche Angestellte wurden in den Zwangsruhestand geschickt, verstaatlichtes Land im Süden von Eliten des Sana’a-Regimes geraubt sowie Fabriken von der Armee geplündert. (Augustin 2015a: 16) Zudem sind die Einnahmen aus den Ölvorkommen, die zu 80 Prozent im südjemenitischen Hadhramawt (EIA 2014) liegen, von den Eliten in Sana’a vereinnahmt worden. Die lokale Bevölkerung hatte keinen Nutzen davon.

Der Widerstand der südjemenitischen Bevölkerung gegen die Marginalisierung seitens des Regimes in der Hauptstadt des Landes erreichte seinen Höhepunkt im Jahr 2007, als sich die Südbewegung formierte und zunächst soziale Gerechtigkeit und die Wiedereingliederung südjemenitischer Soldaten und Staatsangestellten forderte. Das Regime in Sana’a reagierte nicht auf die Forderungen des Südens und ließ Demonstrationen von staatlichen Sicherheitskräften niederschlagen. Der Unmut über die Repressalien führte schließlich dazu, dass sich die soziale Bewegung 2008 zu einer politischen wandelte und die staatliche Unabhängigkeit des Territoriums der ehemaligen VDRJ laut zu äußern begann. Die Bewegung wuchs seitdem stetig an. Aktivisten schätzten im Jahr 2014, dass 90 Prozent der Südjemeniten eine Unabhängigkeit vom Norden des Landes favorisieren. (Augustin 2014) Die „Südarabische Revolution“ setzte sich bis zum Kriegsbeginn im März 2015 aus zahlreichen Gruppen, Einzelpersonen, lokalen NGOs sowie Aktivitäten der südjemenitischen Bevölkerung zusammen und wurde als friedlicher Unabhängigkeitskampf gegen den Norden des Landes gesehen.

Vom Dialog zum Krieg

Als der jemenitische Präsident Ali Abdallah Salih im Zuge der Proteste des sogenannten „Arabischen Frühlings“ 2011 sein seit 33 Jahren ausgeübtes Amt niederlegen musste, wurde auf Initiative des Golfkooperationsrates (GKR) ein Übergangsprozess im Jemen eingeleitet. Im Frühjahr 2013 begann dann schließlich die Nationale Dialogkonferenz (NDK) unter Beteiligung aller jemenitischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivisten der unter-

schiedlichsten gesellschaftlichen Spektren. Jedoch wurden bereits zu diesem Zeitpunkt gravierende und für die Zukunft des Jemen enorme Fehler begangen: So gelang es der internationalen Gemeinschaft nicht, eine wirkliche Repräsentation der Südjemeniten und der Südbewegung bei den Gesprächen zu erreichen. Den Südjemeniten wurde bereits vor den Gesprächen das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verweigert, da nach der GKR-Initiative nur eine Lösung für einen vereinten Jemen gefunden werden durfte (Augustin 2012).

Die NDK musste um mehr als drei Monate verlängert werden, da sich die Teilnehmer nicht auf eine administrative und politische Neustrukturierung des Jemen einigen konnten. Uneinigkeit herrschte über die Anzahl der Regionen in einem zukünftig föderalen Jemen sowie über die Einteilung einzelner Gebiete. Präsident Hadi gab jedoch im Frühjahr 2014 die Neustrukturierung Jemens in sechs Regionen bekannt. Diese Entscheidung wurde nicht in der NDK gefällt, sondern von einem Komitee, welches Hadi selbst eingerichtet hatte. Daher fehlte die Zustimmung weiter Bevölkerungsteile, die er mit der Entscheidung, Jemen in sechs Regionen aufzuteilen, überging. (Augustin 2016) Den Huthis wurde so unter anderem der Zugang zum Roten Meer über das Gouvernorat Hajja verwehrt. Im Südjemen mobilisierte allen voran die Südbewegung gegen die Teilung des Territoriums der ehemaligen Volksdemokratischen Republik Jemen in zwei Regionen (Aden und Hadhramawt). Die angespannte Situation wurde durch steigende Diesel- und Nahrungsmittelpreise verschärft. Politiker und Aktivisten wurden ermordet. Die politische Lage spitzte sich im ganzen Land zu, bis Präsident Hadi im Januar 2015 dem Druck der Huthis, die bereits im September des Vorjahres Sana'a eingenommen hatten, nicht mehr standhalten konnte.[3] Hadi trat im Januar 2015 zurück und wurde von den Huthis unter Hausarrest gestellt. (Ebenda 2016)

Das enorme Sicherheitsvakuum, das bereits seit den Protesten 2011 bestand, versuchten im Januar 2015 die Volkskomitees[4], die vorwiegend aus dem Adener Nachbargouvernorat Abyan stammten, zu füllen. Die Volkskomitees übernahmen die Absicherung der Stadt, wichtiger staatlicher Einrichtungen wie des Adener Hafens und des Flughafens sowie den Schutz des Zeltlagers der Südbewegung auf dem zentralen al-Arudh-Platz. Die Flagge der ehemaligen Volksdemokratischen Republik Jemen – des Symbols für den Unabhängigkeitskampf des Südens – wurde von den Volkskomitees nun sogar auf den Gebäuden staatlicher Einrichtungen gehisst. (Augustin 2015a, 13)

Krieg im Jemen: Wer gegen wen?

Da die Huthi-Milizen bereits 2014 die Hauptstadt Sana'a eingenommen hatten, befürchtete man im Südjemen, dass sie weiter in Richtung Süden marschieren könnten, was sich nach der Flucht Präsident Hadis nach Aden im Februar 2015 bestätigte. Hadi nahm seinen Rücktritt zurück und rief Aden als Interimshauptstadt des gesamten Jemen aus. Der aus Abyan stammende Südjemenit Hadi war jedoch in Aden nicht willkommen, da er einerseits als wichtiger Akteur des Sana'a-Regimes und nun andererseits auch als Unruhestifter galt, denn Ende Februar 2015 organisierte er in Aden ein Treffen aller Gouverneure, die die Machtergreifung der Huthis ablehnten. Darunter zählten, neben allen südjemenitischen Gouverneuren, auch die Gouverneure der nordjemenitischen Gouvernorate Ma'rib und Ta'iz. (Al-Araby al-Jadeed 2015) In Aden mobilisierte die Südbewegung gegen das Treffen, es kam zu Straßenschlachten. In dieser Zeit drangen die Huthis mit Hilfe von Armeeeinheiten, die dem ehemaligen Präsident Salih loyal sind, ungehindert nach Aden vor. Es gelang ihnen, das enorme Areal des al-Anad-Militärlagers im südjemenitischen Gouvernorat Lahj in der Nähe Adens zu erobern. Präsident Hadi flüchtete nach Saudi-Arabien, wo er Unterstützung fand. Es wird vermutet, dass er Saudi-Arabien und der von ihr angeführten vorwiegend sunnitisch-arabischen Militärkoalition die Erlaubnis zur Bombardierung des Jemen erteilte, die Ende März 2015 begann. (Augustin 2015a, 13)

Da in Folge des Krieges von 1994 die gesamte südjemenitische Armee in den Zwangsruhestand geschickt worden war, hatte man den Huthis und Salih-loyalen Truppen nicht viel entgegenzusetzen. Trotz dieser Tatsache formierte sich auf Seiten der Südjemeniten Widerstand gegen den Einmarsch aus dem Norden. Die jungen Männer der Volkskomitees, die Aktivisten der Südbewegung und frisch entstandene Bürgerwehren, die sich nun alle zum „Südwiderstand" zusammenschlossen, verteidigten den Süden gegen den Einmarsch der militärisch besser geschulten und kriegserfahrenen Huthis und Salih-loyalen Truppen. (Ebenda, 2015, 13)

Viele zuvor friedlich demonstrierende Aktivisten der Südbewegung gingen nun als Kämpfer im Südwiderstand auf. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Flagge der ehemaligen Volksdemokratischen Republik Jemen zum Symbol dieses Kampfes wurde. In diesem Sinne interpretierten viele Südjemeniten den Einmarsch der Truppen aus dem Norden als Versuch zur endgültigen Vernichtung der Unabhängigkeitsbestrebungen der Südjemeniten. Die Bruchlinien, die bereits durch den Krieg 1994 entstanden waren, schienen nun endgültig das Land zu spalten und auch die bis dato noch regimetreuen Südjemeniten von der Notwendigkeit einer Unabhängigkeit vom Norden zu überzeugen. Dies implizierte, dass sich nun auch Hadi-loyale Truppen in den Südwiderstand einreihten. Daher wurde der Südwiderstand in der internationalen Presse fälschlicherweise oft unter dem Begriff „Hadi-loyale Truppen" gefasst, was das Wesen des Südwiderstandes völlig falsch interpretierte. Denn die Mehrheit des Südwiderstandes kämpfte nicht für Hadi, sondern gegen den Einmarsch der Huthi-/Salih-Milizen in den Süden und für eine Loslösung des Südens vom Norden. In den Südwiderstand reihten sich darüber hinaus auch Kämpfer von al-Qa'ida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) ein, die jedoch nicht für die Unabhängigkeit des Südens, sondern gegen die zayditischen Huthis kämpften. Während die Huthis ihre Kämpfer indoktrinierten, im Süden gegen AQAP zu kämpfen, wehrte sich der Süden gegen die Übernahme des Südens durch Schiiten. Damit wurde der Jemen nun auch von der religiösen Polarisierung zwischen Sunniten und Schiiten in der Region erreicht.

Saudi-Arabien und die von ihm angeführte Militärkoalition griffen mit Bombenangriffen aus der Luft von Anfang an in diesen Krieg ein. Zunächst zerstörten sie vorwiegend militärische Anlagen und Einrichtungen und galten für den Südwiderstand als einzige Unterstützung für die Verteidigung gegen die Huthis und Salih-Milizen. Saudische Flugzeuge warfen u.a. Waffenlieferungen mit deutschen Sturmgewehren vom Typ Heckler & Koch G3 (DER SPIEGEL 2015) für den Südwiderstand über Aden ab, die jedoch zum Teil in die

Hände der Huthis und Salih-Milizen gerieten. (Asharq Al-Awsat 2015) Saudische und emiratische Bodentruppen erreichten den Südjemen Mitte Juli 2015 zur Unterstützung des Südwiderstandes, mit dem sie gemeinsam die Belagerung der Stadt beenden konnten. (Augustin 2015a: 14) Seitdem ist Aden Ausgangspunkt für Aktionen der Militärkoalition unter saudischer Führung. Der Aufbau der Stadt geht jedoch nur sehr langsam voran. Aden wurde erneut zur Interimshauptstadt der Hadi-Regierung ernannt (Mukhashaf 2015), die sich jedoch wegen der andauernden Unsicherheit meist im Ausland aufhält.

Die humanitäre Situation im Süden

Zwischen Ende März und Juli 2015 fanden die schwersten Kämpfe und Kriegshandlungen in Aden und den umliegenden südjemenitischen Gouvernoraten Lahj, adh-Dhali, Abyan und Shabwa statt. Aden wurde über drei Monate lang von den Milizen der Huthis und Salih-Truppen belagert, ausgehungert und von der Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Strom abgeschnitten. 600 000 Adener flüchteten in noch intakte Stadtviertel oder in andere Gouvernorate, vor allem in den Hadhramawt. Wer die finanziellen Mittel besaß, versuchte über das Meer nach Dschibuti zu gelangen. Die alten Stadtviertel Adens wie Khor Maksar, Crater, Ma'allah und Tawahi wurden stark beschädigt und teilweise zerstört. Scharfschützen der nordjemenitischen Milizen erschossen von Dächern her Zivilisten. Die katastrophalen Zustände führten zur Ausbreitung von Krankheiten wie dem Denguefieber, das sich in der Hitze Adens und wegen zerstörter Wasserleitungen und Fenster blitzartig ausdehnen konnte. Ende Juni 2015 wurde die Ölraffinerie in Burayqa im Adener Gouvernorat von den Huthi/Salih-Milizen angegriffen. Eine enorme Explosion forderte zahlreiche Tote und hinterließ katastrophale Umweltschäden. (AlJazeera 2015)

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen hat der Jemen-Krieg zwischen März und Juli 2015 im gesamten Land über 4 000 Todesopfer gefordert (Reliefweb 2015), die Dunkelziffer lag damals aber schon bereits um einiges höher, vor allem wegen der Opfer, die an Hunger oder wegen fehlender medizinischer Versorgung starben.

Die Euphorie der Südjemeniten nach der Befreiung Adens hat sich mittlerweile abgekühlt. Trotz internationaler Armeepräsenz leidet die Bevölkerung weiterhin unter einem enormen Sicherheitsvakuum. Anfang Oktober 2015 wurde das Qasr Hotel, in dem sich u.a. Premierminister Bahah aufhielt, sowie das Hauptquartier emiratischer Armeeeinheiten mit Raketen angegriffen. Zunächst wurden die Huthis dahinter vermutet, jedoch erklärte sich eine neu formierte Gruppe des Islamischen Staates (IS) in den Regionen Aden und Abyan dafür verantwortlich. (BBC 2015) Vermutlich wären aber nur die Salih-Milizen militärisch dazu in der Lage gewesen, da sie über das nötige militärische Gerät verfügen.

Seit Ende 2015 wird Aden regelmäßig von Selbstmord- und Bombenattentaten heimgesucht. Zahlreiche Führer des Südwiderstandes, wie zum Beispiel ein hoher Führer in Aden Ahmad al-Idrisi, wurden auf diese Art ermordet (Reuters 2015). Ebenfalls fiel der in der Adener Bevölkerung beliebte Gouverneur Jafar Sa'ad einem Attentat auf sein Fahrzeug zum Opfer. (Deutsche Welle 2015) Präsident Hadi erklärte General Aydarus al-Zabidi zum neuen Gouverneur der Stadt. Dieser erklärte denen, die hinter den zahlreichen Attentaten stecken, den Krieg und versprach für Sicherheit in der Stadt zu sorgen. Auch auf ihn wurde Anfang Januar 2016 ein Anschlag verübt, der jedoch misslang. Wegen der zahlreichen Attentate wurde am 5. Januar 2016 eine abendliche Ausgangssperre über Aden verhängt.

In al-Mukalla und Abyan hat AQAP (erneut) Ortschaften eingenommen. Der Südwiderstand in Abyan floh aus diesen Ortschaften, da Unterstützung seitens der Hadi-Regierung und der Militärkoalition ausblieb. Zudem kommt es tagtäglich zu Auseinandersetzungen der Zivilbevölkerung mit Islamisten, die u.a. bereits mehrfach versuchten, eine Geschlechtertrennung an der Universität von Aden durchzusetzen. Nachdem Salih Mubarak, der Dekan der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät der Universität Aden, von Anhängern des IS Anfang Januar 2016 entführt wurde, musste zwischenzeitlich der Unterricht an der Universität eingestellt werden. (YNN 2016)

Ein Ausblick auf die Unabhängigkeitsbestrebungen des Südens

Der Krieg und die Belagerung des Südjemen in der ersten Jahreshälfte 2015 zählen in der südjemenitischen Bevölkerung als eine der verheerendsten kriegerischen Auseinandersetzungen, die es bisher im Südjemen gab. Die Freude auf Seiten der Südjemeniten war groß, als es im Juli 2015 zur Befreiung von Aden kam. Die Hoffnungen auf eine Unabhängigkeit „Südarabiens" schienen nun in greifbare Nähe gerückt zu sein. Durch das Eindringen der Huthi/Salih-Milizen hat sich die Dichotomie zwischen dem Norden und dem Süden des Landes enorm verstärkt. Die Südjemeniten wurden erneut in ihrer weit verbreiteten Meinung bestätigt, dass eine gerechte Einheit mit dem Norden nicht möglich sei.

Verwunderung herrscht bei der südjemenitischen Bevölkerung darüber, warum sich islamistisch-salafistische Kräfte wie der IS und AQAP vorwiegend im Südjemen aufhalten und dort die Bevölkerung mit Anschlägen und Bestrafungen terrorisieren, anstatt sich die von ihnen als Häretiker betrachteten schiitischen Zayditen im jemenitischen Hochland als Angriffsziel vorzunehmen. Die Gründung eines Ablegers des IS in Aden und Abyan wird von der Bevölkerung als Farce interpretiert. Vonseiten des Südwiderstandes wird regelmäßig in lokalen südjemenitischen Zeitungen behauptet, dass der ehemalige Präsident Ali Abdallah Salih oder auch General Ali Muhsin hinter den Anschlägen und der Gründung des IS steckten. (Shabwaah Press 2015) Diese Überzeugung regt zu weiteren Verschwörungstheorien in der Bevölkerung an. Sicherlich spielen hier auch die Erinnerungen der Südjemeniten an die 1990er Jahre eine Rolle, als sozialistische Kader von Islamisten ermordet wurden, um das Regime in Sana'a zu stärken. Heute werden hinter den Bombenattentaten und Übergriffen durch Islamisten Versuche gesehen, die Unabhängigkeitsbestrebungen des Südens zu torpedieren. Aktivisten der Südbewegung äußerten bereits vor dem Krieg in Interviews, dass das Sana'a-Regime versuche, der internationalen Gemeinschaft glaubhaft zu machen, dass im Südjemen nur Terroristen aktiv seien, die nach einer Unabhängigkeit des Südens einen islamistischen Staat errichten wollten. (Augustin 2014)[5]

Die Militärkoalition unter Führung Saudi-Arabiens scheint bisher keine wirkliche Strategie im Jemen-Krieg zu verfolgen und versucht fast hoffnungslos, in Richtung Sana'a vorzudringen. Die Hauptfront des Krieges hat sich im Sommer

2015 von Aden nach Ta'iz verschoben, wo seit Monaten kein Weiterkommen für die Militärkoalition unter saudischer Führung in Aussicht steht. Die Befriedung des Südjemens erweist sich weiterhin schwieriger, als Mitte des Jahres 2015 gedacht. Sinkende Ölpreise und der Jemen-Krieg haben ein Loch in Saudi-Arabiens Staatskassen gerissen (Oakford 2015), was sich möglicherweise in Zukunft auf den Kriegsverlauf auswirken könnte. Eine erste zaghafte Annäherung der Kriegsparteien fand bei Gesprächen im Dezember 2015 in der Schweiz statt. Als erster Schritt wurde dort der Austausch von Gefangenen zwischen dem Südwiderstand und den Huthis ausgehandelt und auch umgesetzt. Doch weiterhin ist ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen nicht absehbar. (Fahim 2015)

Die Unabhängigkeit des Südens oder sein Verbleib im vereinten Jemen wird weniger von den Südjemeniten selbst entschieden werden können, sondern wird von der Positionierung Saudi-Arabiens, der Golfstaaten und der internationalen Gemeinschaft zur „Südfrage" sowie vom Ausgang des Krieges und Hadis zukünftiger Rolle abhängen. (Augustin 2016) Denn die Anerkennung von Staaten durch die internationale Gemeinschaft ist ein undefinierter politischer Akt, bei dem unklar ist, ob hierfür eine Anerkennung einflussreicher Staaten, vieler Staaten oder einer hegemonialen Macht benötigt wird. Hierdurch wird der Akt der Anerkennung eine sehr subjektive Angelegenheit. (Closson 2011, 59) Unabhängigkeitsbestrebungen werden von der Weltgemeinschaft nur selten bis gar nicht unterstützt. Im Falle des Jemen hält die internationale Gemeinschaft vor allem auch wegen mangelnder Ressourcen im Nordjemen und einer großen, meist verarmten Bevölkerung an einer Einheit des Jemen fest, da man nach einer Loslösung des Südens eine wirtschaftliche Katastrophe im Norden befürchtet. Derzeit ist mehr als die Hälfte der jemenitischen Bevölkerung von unzureichender Nahrungsmittelversorgung betroffen. Der Krieg hat die katastrophale Situation im Lande weiter verschärft.

Literaturverzeichnis:

Al-Araby al-Jadeed, 22.2.2015 in: http://www.alaraby.co.uk/politics/2015/2/22

AlJazeera: „Yemen's Huthis attack oil refinery in Aden." 28.6.2015, in: http://www.aljazeera.com/news/2015/06/yemen-houthis-attack-oil-refinery-aden-150627152313777.html

Asharq Al-Awsat: „Saudis airdrop arms to Aden defenders, Huthis pull back." 3.4.2015, in: http://english.aawsat.com/2015/04/article55342754/saudis-airdrop-arms-to-aden-defenders-houthis-pull-back .

Augustin, Anne-Linda Amira, „Der Krieg im Jemen aus der Perspektive des Südens." in: Jemen-Report (2016). (Erscheint im März 2016)

Augustin, Anne-Linda Amira, „Aden wird siegen – Der Südwiderstand." In: INAMO, vol. 83 (2015a). S. 11-16.

Augustin, Anne-Linda Amira „Spaces in the Making: Peripheralization and Spatial injustice in Southern Yemen." in: Middle East – Topics & Arguments, vol. 5 (2015b), S. 47-55.

Augustin, Anne-Linda Amira, „An Interview with Huda al-'Attas", in: MERIP (2014), in: http://www.merip.org/mero/mero051514 , 22.1.2016).

Augustin, Anne-Linda Amira, „Konflikt im Südjemen – Scheidung beim Versöhnungsgipfel?", in: Zenithonline (2012), in: http://www.zenithonline.de/deutsch/gesellschaft//artikel/scheidung-beimversoehnungsgipfel-003504/ ,31.8.2015.

"Yemen conflict: PM Bahah escapes Aden hotel attack." 6. Oktober 2015, in: http://www.bbc.com/news/world-middle-east-34451549

Brehony, Noel, Yemen Divided: The Story of a Failed State in South Arabia, London: I.B. Tauris 2011.

Closson, Stacy, „What Do Unrecognized States Tell Us about Sovereignty?", in: Unrecognized States in the International System, New York: Routledge 2011, S. 58-69.

"Deutsche Gewehre im Jemen: Bundesregierung verlangt Aufklärung von Saudi-Arabien", in: DER SPIEGEL, 20.6.2015

Deutsche Welle: „Gouverneur von Aden stirbt bei Anschlag", 6.12.2015, in: http://www.dw.com/de/gouverneur-von-aden-stirbt-bei-anschlag/a-18897571

EIA: „Yemen: International Energy and Data Analysis: Overview", in: U.S. Energy Information Administration, 25.9.2014, in: https://www.eia.gov/beta/international/analysis_includes/countries_long/Yemen/yemen.pdf

Fahim, Kareem: „Yemen Peace Talks End With No End to Conflict", 20.12.2015 in: http://www.nytimes.com/2015/12/21/world/middleeast/yemen-peace-talks-end-with-no-end-to-conflict.html?_r=0

Heinze, Marie-Christine: „Krieg im Jemen: Fronten, Akteure, Ausblick", in: INAMO, vol. 83 (2015). S. 4-10.

Mukhashaf, Mohammad: „Yemeni president returns to Aden after six-month exile." 22.9.2015, in: http://www.reuters.com/article/us-yemen-security-idUSKCN0RM0XQ20150922

Oakford, Samuel: „Low Oil Prices and the War in Yemen Have Left a Huge Hole in Saudi Arabia's Budget", 28.12.2015, in: https://news.vice.com/article/low-oil-prices-and-the-war-in-yemen-have-left-a-huge-hole-in-saudi-arabias-budget?utm_source=vicenewstwitter

Reliefweb: „Yemen: UN reports some 4,000 people killed since March in escalating conflict, nearly half of them civilians", 28.7.2015, in: http://reliefweb.int/report/yemen/yemen-un-reports-some-4000-people-killed-march-escalating-conflict-nearly-half-them

Reuters: „Gunmen kill senior militia leader Ahmed al-Idrisi in Yemen", 31.12.2015, in: http://europe.newsweek.com/gunmen-kill-senior-militia-leader-yemen-idrisi-410404?rm=eu

ShabwaahPress, 31.12.2015, in: http://shabwaahpress.net/news/32910/

YNN: „College Education Suspended in Aden after a Dean Abduction", 3.1.2016, in: http://yemen-nn.com/news/11361/

Anmerkungen:

1 Teile dieses Beitrags wurden bereits in Augustin (2016) sowie (2015a) diskutiert.

2 In Augustin (2015b) gehe ich ausführlich auf die Veränderungsprozesse in der Wirtschaft, Demographie, in den politischen Entscheidungsfindungen und sozio-kulturellen Normen und Werten nach der jemenitischen Einheit ein und stelle an ausgewählten Beispielen dar, wie der Südjemen marginalisiert wurde.

3 Heinze (2015) geht detailliert auf die Vorkriegsereignisse im Jemen ein.

4 Die Volkskomitees, eine Form von Bürgerwehren vorwiegend junger Männer der südjemenitischen Region Abyan, schlossen sich gegen die AQAP nahestehenden Ansar al-Shari'a 2011 zusammen und befreiten die Region mit Unterstützung des jemenitischen Militärs im Jahr 2012. Die Volkskomitees blieben nach dem Krieg weiterhin bestehen und wurden von der Regierung

unter Hadi finanziert. Allerdings litten die Komitees 2014 unter unregelmäßiger Finanzierung, oftmals blieben Gehaltszahlungen ganz aus.
5 Das Interview mit Huda al-'Attas ist nur ein Beispiel für die Argumentation vieler Südaktivisten. Auch in anderen Interviews mit Aktivisten der Südbewegung in Aden, Abyan und Lahj von März bis Mai 2014 und Januar bis Februar 2015 wurden derartige Vorwürfe geäußert.

Gegen den Krieg

„Am Ende findet jede Waffe ihren Krieg“

Interview mit Stefan Liebich, Obmann für DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, und Alexander Neu, Obmann im Verteidigungsausschuss, am 16. 1. 2016
Aus: http://linksfraktion.de/im-wortlaut

Ein Vielfrontenkrieg in Syrien unter Beteiligung der Bundeswehr, Saudi-Arabien führt Krieg im Jemen, die Beziehungen zwischen Iran und Saudi-Arabien sind mehr als angespannt, die Türkei bekriegt Kurden. Und dazwischen mordet die Terrormiliz Islamischer Staat und verübt scheußliche Anschläge in Europa. Die Liste ließe sich verlängern. Außenpolitisch scheint die Lage unübersichtlicher und unkontrollierbarer denn je. Wie sehen Sie es?

Stefan Liebich: Ich sehe das leider genauso. Die Lage in der Welt ist unübersichtlicher und konfliktreicher geworden – allein die Zahl der weltweiten Flüchtlinge spricht eine deutliche Sprache: 60 Millionen Menschen waren im vergangenen Jahr weltweit auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das zeigt sehr deutlich, wie dramatisch die Lage derzeit ist.

Deutschland hat als Reaktion auf die Anschläge von Paris Frankreich im Eilverfahren militärische Hilfe im Kampf gegen den Islamischen Staat zugesagt. Bundeswehrsoldaten sind inzwischen in Syrien im Einsatz. Das Ziel des Einsatzes ist vage. Welche Folgen könnte das haben?

Alexander S. Neu: Deutschland ist seit 2001 Bestandteil der US-geführten Koalition „Krieg gegen den Terror“. Der nunmehr 15-jährige Einsatz in Afghanistan, dessen Ende nicht abzusehen ist, wird nun durch den Einsatz in Syrien – und demnächst vermutlich auch in Libyen – erweitert. Die Bundesregierungen verfolgen seit 2001 unter Führung der USA ein fatales sicherheitspolitisches Konzept: Nicht nur, dass die „Anti-Terrorkriege“ den Terrorismus nicht besiegt haben. Vielmehr haben sie aufgrund massiver ziviler Opfer, die auf das Konto westlicher Militärschläge gehen, einen Hydraeffekt erzeugt: Mehr Terrorismus denn je erleben wir, der sich auch geografisch ausdehnt. Die Gefahr, dass auch Deutschland zum Ziel terroristischer Anschläge werden könnte, wächst meines Erachtens. Eine weitere negative Begleiterscheinung deutscher Beteiligung ist das Schleifen des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts im Namen des „Krieges gegen den Terror“.

Russland kämpft in Syrien an der Seite syrischer Regierungstruppen und wird auch für Militäreinsätze gegen Zivilisten verantwortlich gemacht. Welche Ziele verfolgt Russland mit dem Einsatz in Syrien und was halten Sie davon?

Alexander S. Neu: Wenn Krieg geführt wird, werden auch Zivilisten getötet. Dieser Umstand allein ist für mich Grund genug, Militäreinsätze, von wem sie auch geführt werden, abzulehnen: Opfer ist Opfer! Russland verfolgt diverse Ziele: 1. Russland will Syrien in seiner Einflusssphäre bewahren und nicht an den Westen verlieren, der genau mit Hilfe eines Regime-Change das versucht. 2. Im syrischen Bürgerkrieg agieren eine Vielzahl ausländischer Kämpfer – darunter auch Muslime aus Russland und anderen postsowjetischen Staaten. Sollte der IS Erfolg haben, so besteht die nicht unbegründete Befürchtung, dass der IS sich auch im russischen Kaukasus und in Zentralasien ausbreitet. 3. Russland akzeptiert nicht mehr die einseitige Weltunordnungsgestaltung des Westens, die objektiv mehr Chaos als Stabilität geschaffen hat.

DIE LINKE will gegen den Bundeswehreinsatz in Syrien vor dem Verfassungsgericht klagen. Welche Argumente haben Sie?

Stefan Liebich: DIE LINKE hält die Rechtsgrundlage für dieses Mandat für unhaltbar. Ohne das Einverständnis des syrischen Staates oder einen Kapitel-VII-Beschluss des UN-Sicherheitsrats gemäß der Charta der Vereinten Nationen verstößt der Einsatz der Bundeswehr gegen das Völkerrecht.

Wie könnte eine Rückkehr zum Völkerrecht zum Aufbau einer globalen Friedensarchitektur beitragen?

Stefan Liebich: Was im Staat das Recht ist, ist zwischen den Staaten das Völkerrecht. Wer das einfach ignoriert, öffnet dem Chaos Tür und Tor. Dann könnte jeder sich selbst mandatieren, in anderen Ländern zu intervenieren, und das ist ja auch schon geschehen. Wenn alle Länder, auch die Großmächte USA und Russland, darauf verzichten würden, wäre die Welt schon ein ganzes Stück friedlicher.

Sprechen wir über die Rolle des Militärs. Derzeit befinden sich rund 3 000 Soldaten der Bundeswehr in Auslandseinsätzen. Und Sie haben es bereits angesprochen: Womöglich kommt bald ein weiterer Auslandseinsatz auf deutsche Soldaten zu. Noch in diesem Jahr könnten sie bei der Ausbildung libyscher Streitkräfte helfen. Laut Verteidigungsministerin von der Leyen soll eine weitere Ausbreitung des IS verhindert werden. Sprechen diese Einsätze wirklich schon für eine aggressivere deutsche Außenpolitik?

Alexander S. Neu: Die aggressivere Außenpolitik beginnt nicht erst mit dem „Engagement" in Irak, Syrien oder Libyen. Sie begann wenige Monate nach der deutschen Einheit: Deutschland war die führende Macht im westlichen Bündnis, das die Konflikte in Jugoslawien nutzte, um die Zerschlagung Jugoslawiens aktiv auf internationaler Bühne voranzutrei-

ben – auch unter Bruch des Völkerrechts. Was wir nun seit 2013 erleben, ist eine Wandlung des öffentlichen Umgangs mit militärischen Einsätzen. Seit dem konzertierten Auftritt von Gauck, von der Leyen und Steinmeier auf der Münchner Sicherheitskonferenz von 2015 wird der deutsche Machtanspruch – im Diplomatendeutsch: Übernahme von mehr Verantwortung – offensiv gegenüber der Öffentlichkeit vertreten. Die nun aktionistisch anmutenden Anti-IS-Maßnahmen muss man nüchtern betrachten: Erst wird Öl in Feuer gegossen, was zur Destabilisierung unliebsamer Regierungen führt, dann gerät der Brand außer Kontrolle und anschließend empfiehlt man sich als Feuerwehr. Dass ist das Gegenteil von verantwortungsvoller Außen- und Sicherheitspolitik.

Waffenlieferungen in Krisenregionen – für die Kanzlerin kann das auch ein Mittel der Friedenssicherung sein. Deutsche Waffen werden zum Beispiel nach Saudi-Arabien geliefert, das im Jemen Krieg führt. Wie bewerten Sie das Handeln der Regierung?

Stefan Liebich: Das ist unverantwortlich. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, weiteren Waffenlieferungen in Krisenregionen einen Riegel vorzuschieben. Noch besser wäre es natürlich, wenn Deutschland überhaupt keine Waffen mehr exportieren würde. Am Ende findet jede Waffe ihren Krieg. Die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen, insbesondere im Nahen Osten und in Afrika, ist ein entscheidender Schritt dahin, die Zahl der Flüchtenden nachhaltig zu verringern. Mit einem konsequenten Stopp aller Waffenlieferungen kann die Bundesregierung da einen zentralen Beitrag leisten.

Spätestens seit der Ankunft der Flüchtlinge in Deutschland ist klar, dass das, was in Syrien, im Irak und in Afghanistan passiert, unmittelbare Konsequenzen für Europa und Deutschland hat. Wie muss aus sicherheitspolitischer Sicht darauf reagiert werden?

Alexander S. Neu: Europa wird derzeit von den fundamentalen Fehlern seiner Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik eingeholt. Es bedarf endlich einer klaren Analyse und einer ehrlichen Nennung der Fluchtursachen seitens der politischen Entscheider. Die Problemlösung kann nicht im militärischen Sinne sein, sie muss konstruktiv sein: Kein Regime-Change, Beendigung von Rüstungsexporten, Stopp zerstörerischer Wirtschaftsabkommen etcetera. Zweitens sollte der Wiederaufbau der destabilisierten Regionen ohne selbstherrliche Bevormundung politisch, wirtschaftlich und finanziell begleitet werden. Zentral ist: Die jeweilige Gesellschaft muss über ihre staatliche und wirtschaftliche Organisation selbst bestimmen. Das bedeutet indes nicht die Akzeptanz möglicher grassierender Korruption beim Wiederaufbau.

Tatsächlich ist Europa in der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen tief gespalten. Gerade die herrschenden politischen Eliten in ostmitteleuropäischen Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechien oder der Slowakei wollen eine Abschottung gegenüber Flüchtlingen. „Wir haben sie nicht eingeladen", erklärt der tschechische Präsident als Spitze in Richtung der deutschen Kanzlerin. Wie dem begegnen?

Alexander S. Neu: Das Verhalten einiger osteuropäischer EU-Mitgliedstaaten ist unsäglich. Die Motivation, die Flüchtlingsherausforderung nicht gesamteuropäisch zu lösen, ist, wenn man die Argumente hört, im Wesentlichen rassistisch. Man möchte keine Muslime. Diese aus Intoleranz entstehende mangelnde Bereitschaft, sich gesamteuropäisch solidarisch zu verhalten, zeigt auch, welchen Stellenwert sie dem Gedanken der europäischen Integration beimessen. Aber auch Deutschland und andere nord- und mitteleuropäischen Staaten haben Griechenland und Italien bei der Flüchtlingsbewältigung die Solidarität verweigert. Die Drittstaatenregelung war sehr bequem für uns, bis sie faktisch durch die flüchtenden Menschen selbst aufgehoben wurde. Die Herausforderung durch die Flüchtlinge verdeutlicht, dass der europäische Gedanke immer noch eher Gegenstand einer Sonntagsrede, als operative Politik ist. Die nationalstaatlichen Egoismen dominieren nach wie vor, wenn es ernst wird.

„Lassen Sie keine gute Krise ungenutzt verstreichen" soll Winston Churchill einmal gesagt haben. Wenn Sie das auf die Gegenwart übertragen: Wie oder wofür sollte die Bundesregierung die gegenwärtigen Krisen und Konflikte nutzen?

Stefan Liebich: Für ein langfristiges Umdenken – nicht nur in der Außenpolitik. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung zukünftig verstärkt in die Prävention und die Bearbeitung von Konflikten mit zivilen Mitteln investiert. Dazu gehört auch die Stärkung der Vereinten Nationen. Eine Reform der Weltorganisation und die bessere Ausstattung der nichtmilitärischen Bereiche der UNO sollten dabei Priorität haben. Die wachsende Zahl der Konflikte und Kriege führt uns auch immer wieder vor Augen, dass wir an einem grundsätzlichen Umdenken in der globalen Wirtschaftspolitik, hin zu einem gerechteren Wirtschaftssystem, nicht vorbeikommen. Nur so können wir dem Ideal einer friedlichen Welt näherkommen.

Kann die Spirale der Gewalt gestoppt werden?

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg zählt für 2015 insgesamt 32 Kriege und bewaffnete Konflikte. Im Jahr 2014 waren es 31. Als negative Veränderung zum Vorjahr zählen die Forscher zwei neu aufgeflammte Konflikte dazu, die Eskalation der Gewalt in Burundi und im indischen Bundesstaat Manipur. Die Kämpfe zwischen türkischen Regierungstruppen und der PKK sind zu einem Krieg eskaliert. Den Krieg zwischen Israel und der Hamas 2014 zählt die AKUF zwar als beendet, doch zeigt die aktuelle Nachrichtenlage, dass die der Konflikt jederzeit erneut eskalieren kann.

Nach den Untersuchungen für den Global Peace Index für 2015 gibt es im Vergleich zu den letzten acht Jahren keine signifikante Änderung in der Zahl der bewaffneten Konflikte und Kriege, aber insgesamt ist die Welt weniger friedlich. Vor allem die Intensität der Konflikte ist stark gestiegen, wie auch die Zahl der Flüchtlinge, die vor Kriegshandlungen fliehen.

Diese Entwicklung lässt sich deutlich am Beispiel von

Syrien ablesen. Der Krieg geht nun ins fünfte Jahr, und noch immer ist kein Ende in Sicht. Die jüngsten Verhandlungen in Genf verliefen ergebnislos, und die Fronten scheinen verhärteter zu sein als je zuvor. Seit dem Eintritt weiterer Staaten in diesen Krieg haben sich neue Konfliktlinien entwickelt. Waren es zuvor vom Ausland unterstützte Rebellengruppen und Dschihadisten, die in Syrien kämpften, sind es nun weitere staatliche Armeen, die aus der Luft in den Krieg eingreifen, wie jene Frankreichs, Großbritanniens, der USA und Russlands. Seit Februar fliegt die Türkei Luftangriffe gegen kurdische Stellungen im Norden Syriens. Mehr als 250 000 Syrer verloren bereits in diesem Krieg ihr Leben und mehr als 11 Millionen sind innerhalb oder außerhalb Syriens auf der Flucht. Der bereits zu Beginn des Syrienkriegs befürchtete Flächenbrand ist spätestens seit dem Erstarken des IS im Sommer 2014 voll im Gange. Die Lage im Irak ist so instabil wie bereits 2006/2007, als so viele Terroranschläge an der Tagesordnung waren, dass sie es hierzulande nur noch in die Hauptnachrichten schafften, wenn es mehr als dreißig Tote gab. Ein Fünftel der Menschen, die im Libanon leben, sind syrische Flüchtlinge, und auch hier steigen die Spannungen.

Zugleich dreht sich die Gewaltspirale in der Türkei weiter. Im Schatten des Syrienkrieges und der Flüchtlingskrise führt Erdogan seinen „Anti-Terrorkampf“ in den kurdischen Städten, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet. Mehr als 210 Zivilisten sind ihm seit Juli 2015 zum Opfer gefallen. In mehreren kurdischen Städten wurden Ausgangssperren verhängt, die unter anderem zur Folge haben, dass die Menschen keine Lebensmittel mehr besorgen, ja nicht einmal mehr ihre Toten bestatten können. Es kommt zu massiven Menschenrechtsverletzungen, Krankenwagen werden nicht zu Verwundeten durchgelassen, von Massakern wird berichtet.

Die EU und Deutschland schauen untätig zu, weil sie die Türkei brauchen, nicht nur in der Flüchtlingskrise, sondern auch im Krieg gegen den IS in Syrien. Dort hat sich die türkische Seite aber bisher nicht sonderlich hervorgetan, im Gegenteil, sie bekämpft die Kurden der PYD und der PKK, die ihrerseits erfolgreich gegen den IS kämpfen, lässt den Ölschmuggel, über den sich der IS finanziert, weiterhin zu, und immer wieder wird von islamistischen Kämpfern berichtet, die ungehindert die Grenze nach Syrien passieren. Die USA und Frankreich haben die Türkei aufgerufen, den Kampf gegen die Kurden einzustellen. Doch die USA benötigen die Militärbasis Incirlik in der Türkei für ihre Luftangriffe in Syrien und werden den Druck deshalb nicht verstärken. Und Merkel braucht Erdogan in der Flüchtlingskrise, um der wachsenden Polarisierung in Deutschland entgegenzuwirken. Ein Ansatz, der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, weil das Wegschauen gegenüber der aggressiven Kriegspolitik der Türkei in der Folge nur zu mehr Flüchtlingen führen und die humanitären Katastrophen an den Grenzen Europas verschärfen, nicht eindämmen wird.

Im Schatten der Nachrichten über Syrien und die Türkei eskaliert der Krieg in Jemen. Auch hier ist kein Weg zum Frieden in Sicht. Seit März führt Saudi-Arabien mit Unterstützung der USA, Großbritanniens und der Golf-Alliierten einen Kampf gegen die Huthis, dem bisher ca. 6 000 Menschen zum Opfer fielen, fast die Hälfte Zivilisten, und durch den mehr als zwei Millionen ihr Heim verloren. Ein Chaos, von dem vor allem Al-Qaida und der IS profitieren.

Im Jemen waren Spannungen seit der Vereinigung auf Grund der ungleichen Entwicklung in Nord- und Südjemen vorprogrammiert und es kam immer wieder zu Konflikten. Als 2011 Proteste der Reformbewegung gegen den zu der Zeit amtierenden Präsidenten Saleh gewaltsam niedergeschlagen werden sollten, mischten sich Saudi-Arabien und die USA ein, um einen Machtwechsel einzuleiten. Doch es gelang dem Nachfolger Hadi nicht, die Lage zu befrieden. Die vom Iran unterstützten schiitischen Huthis auf der einen Seite und die sunnitischen Al-Qaida auf der anderen, dazu Korruption und eine marode Wirtschaft verschärften die Instabilität, die es den Huthis ermöglichte, gewaltsam gegen Hadi zu putschen. Seither verschärft das Eingreifen der USA und der Golfstaaten die ohnehin komplexe Lage deutlich.

Auch der Blick auf den afrikanischen Kontinent zeigt kaum Bilder der Hoffnung. In Libyen gab es zwar Friedensgespräche, doch verweigerte im Januar das international anerkannte libysche Parlament der Einheitsregierung die Zustimmung. Die NATO bereitet derzeit einen Einsatz in Libyen vor. 2011 hatte das Eingreifen der NATO und der Sturz der Regierung Gaddafi das Land ins Chaos gestürzt. Der IS und andere islamistische Gruppierungen konnten sich ausbreiten. Ein erneuter internationaler Eingriff wird die Lage kaum verbessern, im Gegenteil.

Zugleich hatte auch der Krieg in Libyen ähnlich wie in Syrien Auswirkungen auf die gesamte Region. Mehr Waffen und Kämpfer fanden ihren Weg nach Mali, das seit 2012 im Kriegszustand ist. Der Erfolg des IS in Irak und Syrien stachelte andere islamistische Gruppierungen an, die sich dem IS anschlossen wie Boko Haram in Nigeria.

Auch der Blick nach Europa auf die Ukraine ist beunruhigend. Ungeachtet des Minsker Abkommens erschüttern weiterhin Gefechte die Region. Nach UN-Angaben forderte der Krieg bereits mehr als 9 000 Tote. Ein Ende der schweren Wirtschaftskrise ist nicht in Sicht. Die OSZE, derzeit unter dem Vorsitz von Deutschland, sieht für sich kaum Druckmittel, um die Einhaltung der vereinbarten Waffenruhe zu erreichen.

Kriegsursachen

Bei einem Vergleich all der genannten, in sich unterschiedlichen Beispiele, drängen sich durchaus Gemeinsamkeiten auf: Eine instabile innenpolitische Lage, oft verbunden mit sozio-ökonomischen Faktoren wie starker Ungleichheit zwischen Arm und Reich, dazu die Einmischung anderer Staaten mit dem Ziel, einen Regimewechsel herbeizuführen, und Waffenlieferungen des Westens.

Als der arabische Frühling Syrien erreichte und die Demonstrationen in einen bewaffneten Konflikt umschlugen, war es die Unterstützung aus dem Ausland, die die Rebellen gegen das syrische Regime stark machte und zugleich extremistische Gruppen förderte. Viel zu früh hatte sich der Westen darauf festgelegt, dass Assad weg muss, und damit mögliche Fenster zur Befriedung des Konfliktes geschlossen. Erst jetzt, da die Folgen des Krieges (IS-Terrorismus, Flüchtlinge) weit über die Grenzen Syriens hinaus zum Tragen kommen, scheint es bei einigen Regierungen Einsicht zu geben. Selbst US-Außenminister Kerry sagt, dass es nur eine politische, keine militärische Lösung geben kann, und ist bereit, auch Assad als Gesprächspartner in Verhandlungen zu akzeptieren. Ohne Frage hat das syrische Regime Verbrechen an der eigenen Bevölkerung begangen und ist für einen

Großteil der Todesopfer verantwortlich. Doch eine politische Lösung gelingt nur durch Verhandlungen.

Auch der gewalttätige Regimewechsel im Nachbarland Irak hatte verheerende Auswirkungen. Die Entstehung des IS ist eine Folge des Sturzes von Saddam Hussein durch die USA 2003. Nach dem Krieg fand keine nachhaltige politische Stabilisierung des Landes statt, die USA betrieben eine Klientelpolitik, mit der diejenigen gestützt wurden, die ihnen wohl gesonnen waren, worunter vor allem die Sunniten im Irak litten. Die Korruption blühte, die soziale Ungleichheit wuchs. Die Armeeangehörigen unter Saddam Hussein wurden sämtlich entlassen, um eine neue irakische Armee aufzubauen, die zugleich massenhaft mit neuen Waffen ausgestattet wurde. In diesem Klima und unter der US-Besatzung konnten die extremistischen Gruppierungen entstehen, aus denen später der IS hervorging. Seine erste Großoffensive, die Einnahme von Mossul im Sommer 2014, gelang mit Unterstützung ehemaliger Saddam-Offiziere, deren Reintegration in die irakische Gesellschaft man verpasst hatte, und bot zugleich die Möglichkeit, etliche der neuen amerikanischen Waffen zu erbeuten.

In Libyen bietet sich ein ähnliches Bild. Die NATO nutzte 2011 mit dem Aufkeimen der Unruhen in Libyen die Gunst der Stunde, um Gaddafi vom Thron zu bomben, ohne sich um die weitere Entwicklung und die Stabilisierung des Landes zu kümmern. Das daraus entstandene Chaos ist zu einer Gefahr für die gesamte Region geworden.

Auch dem Krieg in Jemen ging ein von außen unterstützter Machtwechsel voraus, der jedoch nicht von weiteren stabilisierenden Maßnahmen begleitet wurde.

Und nicht zuletzt war es auch der Machtwechsel in der Ukraine, bei dem der Westen sich massiv eingemischt und damit den folgenden Krieg begünstigt hatte.

Ein wohlbekanntes Beispiel ist in diesem Artikel nicht näher aufgeführt: Afghanistan, doch auch hier lassen sich die Folgen eines gewaltsam herbei geführten Machtwechsels durchdeklinieren.

Es ist richtig, dass man Menschen, die in Diktaturen leben, nicht allein lassen darf. Dass man aufsteht gegen Repression, Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit. Doch an einer Stelle die Augen zu verschließen, wie es Deutschland derzeit in Richtung Türkei oder der Westen gegenüber Saudi-Arabien tut, und an anderer Stelle Menschenrechtsverletzungen als Vorwand für internationales Eingreifen zu benutzen, das ist scheinheilig. Diese Einmischung hat bisher überall noch mehr Schaden angerichtet, Leid vergrößert, Konflikte verstärkt. Die Folgen dieser Politik werden wir noch lange spüren. 2016 wird kein Jahr des Friedens. Zu verfahren ist die Situation in den vielen Konflikten, zu hoch die Zahl der Akteure und der divergierenden Interessen. Ob die weitere Zukunft sich friedlicher gestalten wird, hängt nun stark davon ab, ob es endlich gelingt, Frieden ohne Waffen zu schaffen, Waffenlieferungen zu stoppen, für eine gerechtere Weltordnung zu sorgen und Menschen gleich wert zu schätzen, unabhängig, in welchem Land und auf welchem Kontinent sie leben.

„Es ist der Fluch der bösen Tat, dass immer wieder Böses sie gebiert."

Rede von Wolfgang Gehrcke, MdB, zur Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan im Deutschen Bundestag am 3.12.2015, aus: Ça ira, Nr. 113, 4. 12. 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie ernst die Bundesregierung die Fortführung des Mandats nimmt, kann man erkennen, wenn man auf die Regierungsbank blickt und sieht, wer alles nicht da ist. Ich erwarte von einer Regierung, dass sie, wenn sie ein solches Mandat einbringt, dieses auch ernsthaft verficht. Der Staatssekretär, der da herumsitzt, kann mich nicht davon überzeugen, dass die Regierung ernsthaft dieses Mandat verfechten will. Das stellen wir hier erst einmal fest.

Ich denke, dass es der Fluch der bösen Tat ist, dass immerfort Böses sie gebären muss. Die böse Tat war, dass sich Deutschland vor 14 Jahren entschieden hat, mit eigenen Soldaten in den Krieg in Afghanistan einzugreifen. Wir sind bislang nicht herausgekommen, wir wollten offensichtlich auch nicht herauskommen. Dabei kann man aber eines erwarten – das ist eine Minimalanforderung -, nämlich dass man nach 14 Jahren einmal hinschaut und erörtert, was dieser Kriegseinsatz gebracht hat.

Das kann man doch auch von Ihnen erwarten. Sie wollen die Augen vor der Katastrophe des Krieges, der gescheitert ist, verschließen. Es ist eine blutige Niederlage in Afghanistan, die Sie verantworten. Sie wollen die Augen vor diesem Ergebnis verschließen.

Ich nenne Ihnen einige Punkte meiner Beurteilung des Krieges in Afghanistan:

70 000 Tote hat dieser Krieg gebracht. Wir, Deutschland, haben mit dem Krieg in Afghanistan das Völkerrecht tief verletzt. 55 Bundeswehrsoldaten sind in Afghanistan umgekommen. Das Mindeste wäre gewesen, dass man sich angesichts dieser Opfer einer Auseinandersetzung über die Frage stellt: Hat es sich gelohnt, in diesen Krieg zu gehen, oder wäre es besser gewesen, es zu unterlassen?

Ich bin entsetzt darüber, dass in den Debatten dieser Tage über Syrien die gleichen Krampfargumente benutzt werden, die schon zur Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges benutzt worden sind. Sie haben gar nichts dazugelernt. Gehen wir doch einmal einige Gesichtspunkte durch. Es sind immer vier ernstzunehmende Argumente angeführt worden.

Erstes Argument: Der Terror muss militärisch bekämpft werden; anders ist er nicht zu besiegen.

Sie haben dazugelernt. Früher haben Sie gesagt: Der Terror muss militärisch bekämpft werden. – Jetzt sagen Sie: Auch. – Für Sie ist Militär immer der Eckpfeiler. Ich frage Sie nach 14 Jahren Krieg gegen den Terror: Ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen kleiner oder größer geworden? Sie ist weltweit größer geworden; das werden Sie zugeben müssen. Man kann doch einräumen, dass der Terror mit Krieg niemals erfolgreich bekämpft werden kann. Das ist doch eine erste Erkenntnis, die nicht so schwerfallen dürfte.

Zweites Argument: Der Krieg gegen den Terror ist ein Krieg für Abrüstung.

Ich frage mich überhaupt, woher die terroristischen Banden immer ihre Waffen haben? Der IS hat zwar keine Waffen-

fabrik, verfügt aber über Waffen. Wer liefert die denn? Woher kommen die Waffenlieferungen? Die Antwort darauf könnten Sie hier einmal vortragen. Hat der Krieg gegen den Terror zur Abrüstung geführt oder nicht? Er hat zur Aufrüstung geführt. Das ist beweisbar.

Drittes Argument: Wir wollen uns mit dem Krieg gegen den Terror für Demokratie einsetzen.

Wo ist in diesen Staaten Demokratie gewachsen?

Viertes Argument: Genauso wie Deutschland nie eine Chance gehabt hat, den USA nach dem 11. September 2001 zu sagen: „Wir werden uns militärisch nicht engagieren", hat Deutschland jetzt keine Chance, Frankreich zu sagen: Wir machen vieles zusammen; aber wir werden nicht zu Waffen greifen.

Das ist ein ernstzunehmendes Argument. Kann der deutsche Staat seinen Verbündeten sagen: „Vieles können wir gemeinsam machen; aber wir wollen nicht gemeinsam zu Waffen greifen"? Ich finde, wenn man es mit der Freundschaft zu Frankreich ernst meint, muss man Frankreich sagen: Wir agieren politisch zusammen. Wir können innenpolitisch viel gemeinsam leisten, etwa bei Polizeieinsätzen. Aber: Hände weg von Waffen! Wir wollen nicht, dass gemeinsam in Kriege gezogen wird. Das sagt übrigens auch die französische Linke. Haben wir das Recht gehabt, den USA zu sagen: „Wir wollen nicht zusammen Krieg führen"? Ich finde, wir hätten die Verpflichtung gehabt, den USA unsere Einwände vorzutragen.

Das heißt, es gibt kein ernstzunehmendes Argument für einen Kriegseinsatz. Man kann den Kampf gegen den Terror gewinnen, wenn man das macht, was man machen kann. Warum, frage ich Sie, wird der Zufluss an Kämpfern nach Syrien nicht endlich unterbunden? Sie kommen doch auch aus unserem Land. Sie kommen aus Europa, aus unserer Nachbarschaft. Warum wird der Waffenhandel nicht endlich unterbunden? Das können Sie doch leisten. Man sollte damit anfangen, endlich aufzuhören, deutsche Waffen in diese Region zu liefern.

Wir könnten auch einmal zusammen die menschenvernichtende Ideologie dieses Terrors angreifen und Alternativen aufzeigen. Nichts haben wir gemacht. Ich empöre mich darüber, dass wir mit den gleichen Drecksargumenten wieder in einen Krieg getrieben werden. Das will ich nicht, und deswegen muss der Afghanistan-Krieg beendet werden.

Wir sind dafür, dass die deutsche Bundeswehr sofort aus Afghanistan zurückgezogen wird. Das würde dem Land die Chance für einen zivilen Aufbau bieten.

Architekten der Angst

Der US-Journalist James Risen beschreibt die Verwerfungen des „Antiterror"-Krieges der USA

Von Tobias Riegel, aus: Neues Deutschland, 4. 11. 2015

Kaum ein Thema ruft in den USA größere Kontroversen hervor als die Beurteilung der US-Außenpolitik. Die Unerbittlichkeit, mit der diese Debatte geführt wird, stellt sogar den aktuellen Dissens um die Einordnung der Politik Russlands in den Schatten.

Die US-Politik der Ära George W. Bush erschien selbst vielen gestandenen Transatlantikern als grausiger Fehltritt. Andererseits nährte die Wahl seines Nachfolgers Barack Obama auch bei notorischen USA-Kritikern die Hoffnung, dass sich die durch Krieg, Folter und Lüge moralisch beschädigte Supermacht davon wieder erholen könnte. Doch nach acht Jahren Regentschaft des Demokraten stellt sich Ernüchterung ein: Steuerfreiheit für Superreiche, der Patriot-Act, ein grotesker Militäretat, eine extrem einflussreiche Finanzelite und eine so anmaßende wie zerstörerische Außenpolitik sind die offensichtlichsten Missstände, die die aktuelle US-Regierung nicht beheben konnte. Im Gegenteil: Laut dem prominenten US-Journalisten James Risen wurden unter Obama die „planlosen Notfallmaßnahmen, die Bush nach dem 11. September eingeführt hat, zur Normalität". Zu einer Normalität, deren fatale Auswirkungen nicht auf die USA beschränkt blieben.

Wie konnte es dazu kommen? Warum wurde der offensichtlich gutwillige Obama zu einem Symbol des Scheiterns und der Machtlosigkeit? Zumindest laut Risen liegt es daran, dass die US-Politik durch Wahlergebnisse (über ideologische Kosmetik hinausgehend) nicht mehr beeinflusst werden kann: Ein militärisch-industrieller Komplex, flankiert von kriegsbegeisterten, hysterischen Privatmedien habe das Ruder übernommen. Jene Kreise wollen „Krieg um jeden Preis", wie Risen in seinem gleichnamigen Buch behauptet.

James Risen ist von gänzlich anderem Kaliber als Ken Jebsen, Udo Ulfkotte oder gar Jürgen Elsässer, mit denen Kritiker der US-Außenpolitik hierzulande allzu schnell in einen Topf geworfen werden. Der mehrfache Pulitzerpreisträger gehört zu den geachtetsten Personen seines Berufsstandes und verfügt über direkten Zugang zu den inneren Zirkeln der Macht – im Pentagon, in den Geheimdiensten, im Weißen Haus. Als er jedoch seine Story in der „New York Times" veröffentlichen wollte, wurde er von FBI und Justiz eingeschüchtert, die Verleger der Zeitung wurden ins Weiße Haus bestellt und beteiligten sich schließlich an der Vertuschung. Also verarbeitete Risen die nicht gedruckten Artikel zu diesem Buch. Hier beschreibt er eindringlich die schockierende Erosion von politischer Vernunft und staatlicher Kontrolle in den USA seit dem 11. September 2001. Und eine durch den „Antiterrorkrieg" entstandene „Korruption von industriellem Ausmaß".

So beziffert er die Kosten von zehn Jahren Terrorkrieg auf fast vier Billionen Dollar. 2012 gab es „über 1200 staatliche Stellen, Ämter, Behörden und Ministerien und beinahe 2 000 Privatunternehmen, die in den Bereichen Terrorbekämpfung, Heimatschutz und Geheimdienstprogramme tätig sind." Die neoliberalen Staatsgegner in den USA machen auch vor der Privatisierung des Krieges nicht halt: „Die Zahl der Söldner und Mitarbeiter anderer externer Auftragsfirmen war in Irak und Afghanistan höher als die die der US-Soldaten."

Die Stärke des „Krieges um jeden Preis" ist zugleich seine Schwäche: Die Dominanz des Einzelfalls, die detailliert beschriebenen, mit persönlichen Reportage-Elementen (inklusive Wetterbedingungen) angereicherten Anekdoten. Das lässt das Große und Ganze zeitweise in den Hintergrund treten. Andererseits liefern gerade diese personalisierten Geschichten atmosphärische Einblicke in eine scheinbar völlig außer Rand und Band geratene Lobbywelt. Und Menschen wie die Drohnen bauenden Blue-Brüder, der „Blackwater"-Gründer Eric Prince oder der Folter-"Experte" James Mitchell werden anschaulich.

Risen nennt diese Menschen „die neuen Oligarchen". Emporkömmlinge wie die Blue-Brüder seien „die Nutznießer einer der größten Vermögensumverteilungen von öffentlichen in private Hände in der amerikanischen Geschichte." Das hindert jene staatlich gepäppelten Kriegsgewinnler nicht daran, einen verlogenen Staatshass zu propagieren: Linden Blue etwa wetterte, dass „viel zu viele Leute glauben, es sei Aufgabe der Regierung, sich um sie zu kümmern". Damit meinte er nicht sich selber, sondern jene Leistungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, die tatsächlich der Allgemeinheit dienen.

Risen beschreibt, wie nach 9/11 (und bis heute) ausgerechnet Saudi-Arabien vor jeder moralischen und juristischen Anklage geschützt wurde, man erfährt, wie Psychologen und Wissenschaftler materiell von ihrer Rechtfertigung von Bushs Folterprogramm profitierten. Risen führt den Leser in einen beängstigenden Dschungel aus privaten Geheimdienst- und Militär-Dienstleistern bis zu fürstlich bezahlten Stümpern und Betrügern.

Und er schildert – neben der hunderttausendfachen Vernichtung von Leben durch den Antiterror-Kriegsterror – eine unfassbare Geldvernichtung. Etwa am Beispiel des Irakkrieges: 20 Milliarden Dollar in bar wurden laut Risen auf Paletten in das zerstörte Land geflogen, ohne Ziel, ohne Belege, ohne Kontrolle. „Weitere Milliarden lösten sich dort einfach in Luft auf" – und CIA, FBI, Pentagon und Außenministerium breiteten laut Risen einen „Mantel der Geheimhaltung" über diesen wohl größten Raub der Geschichte. Insgesamt wurden (offiziell) 63 Milliarden Dollar für den „Aufbau" Iraks verpulvert – ohne spürbare Aufbauleistung. Doch manchmal übermannt auch den abgekochten Journalisten Risen die Naivität, etwa wenn er schreibt: „Wie so vieles andere im Irakkrieg begannen die Geldflüge mit guten Absichten."

Laut Risen wurde seit 2001 eine „Architektur der Angst" geschaffen, die jede vernünftige Überprüfung der Kosten und Folgen der Paranoia-Politik abwürgt: „Eine Dekade der Angstmache hat in den USA all jenen Macht und Reichtum beschert, die am geschicktesten darin waren, die terroristische Gefahr aufzubauschen. Von einer Debatte kann nicht mehr die Rede sein: Die Sicherheit gewinnt immer." Auch führt er geleakte FBI-Dokumente an, die zeigen, wie leicht sich die Anti-Terror-Maschinerie auf „innere" Ziele richten lässt, etwa auf Occupy oder andere innenpolitische Störenfriede: „Terrorkrieg an jedem Ort: In Boston ebenso wie in Pakistan".

Der Oberste Gerichtshof der USA hat 2010 geheime Parteispenden in unbegrenzter Höhe für rechtens erklärt: Das ist legale Korruption der Superlative. Es ist auch etwas anderes, ob sich ein afrikanischer Potentat von einer Minengesellschaft kaufen lässt, oder ob das privatisierte US-Militär die Politik des mächtigsten und am höchsten gerüsteten Landes der Erde ganz legal bestechen und sie in Kriege treiben kann.

Die hier getroffenen Feststellungen zur US-Außenpolitik sollen außenpolitische Verbrechen Russlands oder anderer Staaten keineswegs relativieren, sie können kein Freibrief sein für andere Staaten mit innenpolitisch erheblich größeren Defiziten. Doch die „US-Oligarchen" forcieren die schlimmsten Verbrechen nicht im Inneren, sondern im Ausland. Und wenn schon direkte Vergleiche zwischen Russland und den USA angestellt werden, so ist es mindestens fragwürdig, dass die weitgehend unblutig vonstattengegangene „Annexion" der Krim von vielen westlichen Medien und Politikern moralisch härter verurteilt wird als die geradezu apokalyptischen US-dominierten Feldzüge der letzten 25 Jahre.

Das Buch macht auch deutlich, dass die US-Bevölkerung, noch bevor die erste Bombe fällt, das erste Opfer des von Risen geschilderten US-Oligarchen-Militarismus ist – da die US-Bürger den Wahnsinn bezahlen. Es wird also keineswegs „Antiamerikanismus" kultiviert. Auch wird nicht „alle Unbill dieser Welt" den USA in die Schuhe geschoben: Es geht um ganz konkrete Verbrechen, die zudem in Kollaboration mit arabischen und europäischen Staaten (auch Deutschland) begangen wurden. Verbrechen, vor deren Folgen nun Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Doch es ist kein Buch, das Hoffnung auf ein baldiges Ende des von Bush ausgerufenen und nie offiziell beendeten „Anti-Terror"-Krieges macht: „Amerika hat sich an einen permanenten Kriegszustand gewöhnt. Nur eine kleine Schicht der Gesellschaft – darunter viele arme Jugendliche vom Land, die zur Armee gehen – kämpft und stirbt, während eine fest etablierte nationale Sicherheitselite zwischen hohen Posten in Staatsapparat, Auftragsfirmen, Denkfabriken und TV-Studios rotiert: Karrierechancen, mit denen es vorbei wäre, wenn die Vereinigten Staaten plötzlich im Frieden lebten. Für diese Elite ist der Krieg nicht nur erträglich, sondern profitabel geworden, und daher gibt es keinen großen Anreiz mehr, ihn zu beenden."

James Risen: Krieg um jeden Preis. Gier, Machtmissbrauch und das Milliardengeschäft mit dem Kampf gegen den Terror. Westend Verlag, 320 S. geb., 17,99 €.

Europäische Union

Für einen Aktionsplan gegen Austerität und die Herrschaft der Finanzmärkte

Beschlossen vom Rat der Vorsitzenden der Partei der Europäischen Linken, 15. 11. 2015

Die neoliberale Politik ist darin gescheitert, die europäischen Gesellschaften erfolgreich aus der Krise zu führen. Die letzten Monate haben deutlich gemacht, dass die Europäische Union mit aller Macht und Gewalt – und gegen die demokratischen Entscheidungen eines Mitgliedstaates – an ihrer neoliberalen Agenda festhält.

Dieses Versagen eröffnet eine Debatte um die Notwendigkeit einer Veränderung der Logik hinter dem Europäischen Projekt. Die Europäische Union stellt ihre Verträge, Institutionen, Mächte und Politikinstrumente eher in den Dienst der kapitalistischen Globalisierung als der europäischen Bevölkerung. Sie tut das mit dem Mandat und im Auftrag der nationalen Regierungen, auch der sozialdemokratischen. Es ist deutlich geworden, wie eng sie mit den Interessen des Kapitals verbunden ist und wie sehr ihre Politik jungen Men-

schen, den Beschäftigten, Rentner/-innen und allen Menschen schadet, die auf eine öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Die europäischen Institutionen müssen sich die Sackgasse, in der sich die EU befindet, gezwungenermaßen selbst eingestehen. Die Europäische Zentralbank zum Beispiel pumpt pro Monat 60 Milliarden Euro in das europäische Bankensystem. Seit 2008 wurden den Banken 13 Billiarden Euro gegeben, ohne dass das irgendeinen Effekt auf die Realwirtschaft hatte. Wenn wir die Verwendung dieses Geldes nicht in Frage stellen, wird die Spirale aus Rezession und Aushöhlung unserer Wirtschaftsgrundlagen weitergehen. Zudem wurde bereits für die nächste Zukunft eine weitere globale Finanzkrise vorausgesagt.

In diesem Kontext hat die Europäische Linke beschlossen, einen Aktionsplan zu entwerfen, der mit dieser Logik bricht und Lösungen vorschlägt, die unserer Meinung nach nötig sind, um einer ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung den Weg zu bereiten, die den Europäer/-innen dient. Dies wird im Rahmen eines Demokratieverständnisses geschehen, das die Volkssouveränität respektiert.

Für uns ist dieser Aktionsplan gegen Austerität und Finanzmarktvorherrschaft die Grundlage für eine Diskussion in unseren Ländern und auf europäischer Ebene, sowie ein strategischer Plan für alle Initiativen, um die größtmögliche Anzahl von politischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Kräften und Gewerkschaften im gemeinsamen Kampf für ein neues Europa zu vereinen und zu stärken.

Wir müssen eng zusammenarbeiten und jeden Tag die Interessen der benachteiligten Klassen, der Schwächsten und aller anderen Betroffenen in ihren nationalen und europäischen Kämpfen verteidigen.

Es ist heute mehr denn je Zeit unsere Allianz gegen Austerität (Alliance Against Austerity, AAA) zu stärken und zu erweitern.

Die EL hat beschlossen, in der ersten Hälfte des Jahres 2016 eine Konferenz über Schulden, den Kampf gegen Austerität und für soziale Erholung zu organisieren. Auf dieser Konferenz werden sich Aktivisten des Kampfes gegen Austerität aus ganz Europa treffen, um ihre gemeinsame Arbeit zu vertiefen und über die Mittel zu debattieren, um eine Allianz gegen Austerität zu gründen.

1. Schulden umstrukturieren,
damit die Menschen wieder atmen können

In etlichen Ländern ist die Verschuldung unhaltbar geworden. Die Länder verschulden sich immer weiter, um bestehende Schulden zu begleichen. In einigen Ländern steht der Haushaltsposten der Schuldenrückzahlung an erster oder zweiter Stelle, was jegliche Möglichkeit, den öffentlichen Dienst und sämtliche öffentlichen Wirtschaftsentwicklungspolitiken zu befördern, erheblich einschränkt.

Dieses Problem verlangt nach einer sofortigen Restrukturierung der europäischen Staatsschulden, damit unsere Volkswirtschaften wieder atmen können. Dies muss im Übrigen für alle EU-Länder gelten, die überschuldet sind oder Gefahr laufen, es zu werden.

Die EU sollte betroffenen Ländern helfen, Zahlungspläne mit den Gläubigern zu verhandeln, einschließlich der zeitweiligen Aussetzung des Schuldendienstes, um Investitionen zu tätigen. Die Europäische Zentralbank sollte Kreditgeberin der letzten Instanz sein können. Denkbar wäre ein neues Rückzahlungssystem, das die Rückzahlungen an die wirtschaftliche Entwicklung der Länder koppelt. Das wäre eine wirkliche Umkehr, die es ermöglichen würde, aus der gegenwärtigen Situation auszubrechen und die Länder wirklich voranzubringen, statt von oben herab nicht funktionierende, kontraproduktive und für die Bevölkerungen gefährliche Regeln aufzuzwingen.

Zugleich müssen wir eine Debatte über die Legitimität dieser Schulden anstoßen und ihre Rechtmäßigkeit muss überprüft werden. Den Schuldendienst an illegitimen Schulden, die aus Spekulation und überhöhten Strafzinsen bestehen, lehnen wir ab.

Es ist nicht richtig, dass diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind, zudem durch diese Schulden reich werden können. Stattdessen muss von dem immensen Vermögen, das in Europa existiert und das selbst während der Krise immer weiter wuchs, ein Beitrag geleistet werden. Wir fordern eine EU-weite einmalige Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre. Die Profiteure der Krise müssen an der Schuldentilgung beteiligt werden.

2. Nein zur Austerität,
gemeinsame Entwicklungspolitik schaffen

Den Menschen Vorrang geben

Eine europäische Politik, die Privatisierungen, Haushaltskürzungen und die Deregulierung der Arbeitsmärkte vorantreibt, ist der falsche Weg: Sie führt nicht aus der Krise, sondern so werden die Mechanismen verstärkt, die in die Krise geführt haben. Wir kämpfen für eine fundamentale Alternative: Für ein Politikverständnis, das die Bedürfnisse der Menschen vor den Profit stellt.

Die Europäische Linke wird eine europäische Plattform gegen Austerität, Privatisierungen und prekäre Arbeit ins Leben rufen, die für eine Stärkung der öffentlichen Dienste und Daseinsvorsorge steht, Gewerkschaften, linke Parteien, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen verbindet und gemeinsame Aktionen durchführt. Dabei setzen wir an bestehenden Kämpfen an.

Wir wollen einen Plan erstellen, um Armut, Arbeitslosigkeit und Prekarität zu bekämpfen. Die aufeinanderfolgenden Wellen der Arbeitsmarktliberalisierung und der anhaltende Unterbietungswettbewerb im sozialen Bereich und bei den Löhnen können nicht die Grundlage für eine Politik sein, die den europäischen Arbeiter/-innen dient, insbesondere den Frauen, der Jugend und den Rentner/-innen, die am meisten betroffen sind.

Im 21. Jahrhundert sollte gleicher Lohn für Männer und Frauen endlich Realität sein und wir sollten nun die Debatte um Arbeitszeitverkürzung eröffnen. Wir schlagen vor, über den besten Weg nachzudenken, wie man gegen Sozial- und Lohndumping kämpft, teilweise durch die Stärkung des Tarifrechts und Abkommen die bezahlte Arbeiter/-innen in unseren Ländern schützen und auch durch die Entwicklung einer Methode zur Zusammenführung der sozialen und Arbeitsrechte auf europäischer Ebene, die sich am größten gemeinsamen Nenner orientiert.

Wir wollen die öffentlichen Dienstleistungen ausbauen, um auf die Grundrechte und -bedürfnisse der Menschen zu reagieren. Wohnungsbau, sowie der universale Zugang zu Pflege, Bildung, Mobilität und Kultur sind fundamentale Menschenrechte, die für eine linke Politik in Europa essentiell sind. Die Wirtschaft kann die Bedürfnisse aller Bürger/-

innen nicht erfüllen. Die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen, heißt auch öffentliche Beschäftigung zu schaffen, die allen nützt. Eine solche auf den Bedürfnissen und grundlegenden Menschenrechten basierende Politik ist der beste Schutz vor Spaltungen und der extremen Rechten.

Hin zu einem europäischen Entwicklungsvertrag

Der einzige Weg, den Aufschwung unserer Wirtschaften zu ermöglichen und auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren, liegt darin, eine neue Entwicklungspolitik ins Auge zu fassen, die beträchtliche öffentliche Ressourcen erfordert. Wir glauben an einen europäischen Investitionsplan für die Zukunft, der Investitionen im Sinne der Bedürfnisse der Menschen statt der Profite einsetzt. Staaten müssen eingreifen, um aktiv Produktionszentren zu schaffen. Wir unterstützen den Vorschlag des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ein europäisches Investitionsprogramm zu erstellen. Der Investitionsplan muss auf die Verbesserung der Infrastruktur (Transport- und Kommunikationsnetzwerke wie Schienen, Straßen und das Internet) und eine ehrgeizige demokratische Industriepolitik abzielen, der öffentlichen Forschung und den Hauptprodukten dienen, die zur Etablierung eines neuen sozialen und ökologischen Entwicklungsmodells nötig sind sowie die Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor ermöglichen.

Das Konzept der gemeinsamen Entwicklung sollte auch im Austausch zwischen Europa und anderen Regionen der Welt Vorrang haben, um den globalen Herausforderungen begegnen zu können. Eine bessere Lebensqualität in Europa beinhaltet unsere regionale Zusammenarbeit im Dienste des globalen Wandels: menschlicher Entwicklung (human development), des dringend zu verstärkenden Klimaschutzes, der Aufnahme von Flüchtlingen und internationaler Friedenslösungen. Deswegen lehnen wir TTIP und andere Freihandelsabkommen ab, die auf Wettbewerb und eine generelle Verschlechterung der sozialen und ökologischen Standards setzen, während die multinationalen Konzerne die Profite einfahren.

3. Ressourcen für öffentliche Investitionen bereitstellen

Die Staaten können heute wegen der im Fiskalpakt festgelegten Haushaltsregeln und der infolge der Krise errichteten neuen Überwachungsmechanismen (Haushaltsverträge und Europäisches Semester,...) nicht in wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und öffentliche Dienste investieren. Die Staaten und ihre Parlamente sollten die Kontrolle über ihre Haushalte und grundlegende ökonomische Entscheidungen im nationalen Interesse behalten, sofern das die Schaffung von Gemeinschaftspolitik auf europäischer Ebene nicht beeinträchtigt. Demzufolge fordern wir, die Budgetregeln der EU neu zu verhandeln und die EU-Staaten vom Fiskalpakt zu befreien. Es ist beispielsweise unerlässlich, sich von der „Goldenen Regel“ des ausgeglichen Haushalts zu verabschieden, ebenso von den Vorgaben des Stabilitätspakts im Sinne des Haushaltsdefizits und des Verhältnisses von Schulden zum BIP. Als erstes muss die EU den Mitgliedstaaten helfen, haushaltspolitische und finanzielle Handlungsspielräume zu finden. Haushaltsüberschüsse sollten für Investitionen verwendet werden können und nicht zwingend für die Rückzahlung der Schulden, wie es die europäischen Vorschriften verlangen.

Länder sollten die Möglichkeit haben, eine Fiskalpolitik zu entwickeln, die Einahmeüberschüsse erzeugt. Warum sollten demokratisch gewählte Regierungen nicht das Recht haben, neue Einnahmen durch die Besteuerung multinationaler Konzerne, großer Unternehmen und Vermögenden zu generieren?

Ebenso wünschenswert ist eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Wir wollen endlich die Finanztransaktionssteuer einführen, die Währungsmarktspekulationen eindämmen und Extraprofite besteuern soll.

Europaweite Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung sollte ebenso für das Gemeinwohl bedeutende Ressourcen freisetzen.

Wir schlagen eine Debatte über eine gemeinsame Steuerpolitik vor, bei der alle Einkommen und Profite zur Finanzierung herangezogen werden würden.

Wir wollen die EZB in eine Investitions- und Entwicklungsbank umwandeln, die auf Grundlage der wirtschaftlichen Realitäten der Mitgliedstaaten ihre Mittel in den Dienst ihrer Entwicklung stellt. Jedes Land sollte in der Lage sein, mit der EZB einen wirtschaftlichen Entwicklungs- und Erholungsplan zu unterzeichnen. Die EZB würde den Staaten und KMUs (via nationaler Zentral- und Regionalbanken) unter sozialen, ökologischen und ethischen Gesichtspunkten ohne Gegenforderungen Geld leihen. Die Schaffung eines sozialen und ökologischen Entwicklungsfonds, der diesen europäischen Entwicklungplan finanziert, ist im Rahmen der Verträge unmittelbar möglich.

4. Die Wirtschafts- und Währungsunion umwandeln, das Finanzwesen regulieren

Ein solcher neuer Wirtschaftspfad wird auch ein neues Verständnis des Währungssystems erforderlich machen. Die Ereignisse der vergangenen Jahre haben die Macht der Finanzinstitutionen und -märkte im europäischen Entscheidungsprozess wie auch die inakzeptable Asymmetrie in den Verhandlungen der Partner im Rahmen der Eurogruppe sichtbar gemacht. Das europäische Wirtschafts- und Währungssystem ist heute ein Unterdrückungsinstrument im Dienste der Finanzwelt und der herrschenden Eliten, angeführt von Deutschland. Wir wollen die Ziele und Funktionsweisen verändern. Wirtschaftlicher Erfolg bemisst sich für uns in einer sozialen und ökologischen Wende, die mit einem erheblichen Zuwachs an Lebensqualität für die gesellschaftliche Mehrheit verbunden ist.

Die einheitliche Währung ist heute ins Zentrum der Auseinandersetzungen in der EU gerückt. Die Europäische Linke protestiert gegen die automatische Verbindung, die zwischen der Zugehörigkeit zur einheitlichen Währung, Austerität und neoliberalen Strukturreformen hergestellt wird. Der Euro kann auch als Mittel für Entwicklung eingesetzt werden, nicht nur als eines der Unterdrückung. Mehr als alles andere ist dies eine Frage der Demokratie. Sie ist das Herz eines Kampfes, der neue Ausmaße annehmen muss. Die Troika muss verschwinden und die technokratischen Institutionen müssen hinter demokratischen Instanzen stehen. Die Funktionsweise der Eurozone muss dringend auf der Grundlage von mindestens zwei Prinzipien geändert werden: Respektierung der Souveränität der Länder und Anpassung der Politik an die wirtschaftliche Realität und die unterschiedlichen Entwicklungswege der Länder.

Die Europäische Zentralbank darf nicht als politisches Druckmittel gegen Staaten (z.B. Aussetzung der Liquiditäts-

hilfen für die griechischen Banken) und als Stütze von Privatbanken (Freigabe von 1140 Mrd. Euro zur Bankenfinanzierung ohne Bedingungen), die weiterhin unkontrolliert auf den Märkten zocken, genutzt werden. Wir schlagen eine vollständige Überarbeitung der Kriterien vor, die es der EZB ermöglichen Bankkredite auszugeben: sehr niedrige Zinsen für Investitionen in Entwicklungsprojekte sowie kostspielige Zinsraten auf Spekulationen. Zur gleichen Zeit sollte die EZB die notwendigen Ressourcen auslösen, um die Produktionsmittel zu erneuern und Arbeitsplätze zu schaffen sowie den europäischen Bankensektor zu entgiften. Wir schlagen eine Satzungsänderung vor, weil ihre „Unabhängigkeit" in Hinblick auf demokratische Entscheidungen und Bedürfnisse der Menschen, uns alle von den Unsicherheiten des globalen Finanzsystems abhängig machen. Abgeordnete und Gewerkschaftsvertreter sollten Teil des Entscheidungsfindungsprozesses sein.

Wir wollen in ganz Europa aktiv werden, um das Finanzsystem regulieren: Wir haben nicht vergessen, wie es 2008 zur Weltfinanzkrise kam. Das weltweite Bankensystem ist krank und gerät mehr und mehr außer Kontrolle. Das Bankensystem muss umgebaut, private Großbanken müssen vergesellschaftet und streng reguliert werden. Die Europäische Union muss Regeln und einen Verhaltenskodex (Transparenz der Banken, Verbot toxischer Finanzprodukte und der Beratung zur Steueroptimierung, Trennung der Bankaktivitäten, Kontrolle der Bedingungen für Personenkredite, Verbot der Spekulation mit Grundbedarfsmitteln, Verbot von börsenbedingten Entlassungen u.s.w.) festlegen sowie die finanziellen und juristischen Sanktionsmechanismen im Kampf gegen Finanzvergehen ausbauen. Wir wollen nicht, dass das Geld der Bürger/-innen als Sicherheit für die Spekulation dient. Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst werden.

Das Bankensystem muss saniert und private Großbanken müssen vergesellschaftet und streng reguliert werden.

Ausgehend von diesen Punkten lässt sich ein neuer Entwicklungsweg für Europa entwerfen. Er hat die Interessen der 99 Prozent, der Beschäftigten und Rentner/-innen, der Erwerbslosen und der jungen Generation im Blick. Wir wissen, wer unsere Gegner sind.

„Höchstwahrscheinlich Italien"

Ökonom James K. Galbraith erklärt, warum die Klimakrise nicht gelöst ist und die Eurozone weiterhin zerfallen kann

Aus: Neues Deutschland, 16. 12. 2015

Der Ökonom James K. Galbraith lehrt an der Universität von Austin (Texas) und schrieb unter anderem zusammen mit dem griechischen Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis sowie dem britischen Ökonom Stuart Hollande die Flugschrift „Ein bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise". Mit dem Sohn des Kennedy-Beraters John K. Galbraith sprach Simon Poelchau über die ungelösten Probleme des Klimawandels und der Eurokrise.

Auf dem UN-Klimagipfel in Paris haben sich alle 195 teilnehmenden Staaten auf den Vertrag zur Bekämpfung der Erderwärmung geeinigt. Ist dies ein historischer Schritt, wie manche Kommentatoren meinen?

Es ist noch zu früh, dies zu sagen.

Warum?

Der Vertrag wurde erst vor kurzem beschlossen. Man wird es erst sehen, wenn der Vertrag in den einzelnen Staaten umgesetzt wird.

Die Klimafrage ist vor allem auch eine Frage der Energieträger, die die Menschheit verbraucht. Glauben Sie, dass wir bald einen Wandel von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern erleben werden?

Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist unverzichtbar für das Überleben auf dem Planeten. Ob dies gelingt, hängt von konkreten Schritten ab, den Verbrauch von Kohle und Erdöl zu reduzieren. Dies kann durch einen Wandel hin zu regenerativen Energiequellen gelingen, aber auch durch einen niedrigeren Energieverbrauch.

Könnten die Erneuerbaren die Wirtschaft so ankurbeln, wie es das Erdöl knapp ein Jahrhundert zuvor geschafft hat?

Die Kosten der Erneuerbaren – insbesondere der Photovoltaik – sind in der letzten Zeit erheblich gesunken. Doch die Energieausbeute ist noch sehr viel geringer als beim Erdöl. Deswegen müsste man regenerative Energiequellen viel mehr ausbauen. Und es gibt auch noch weitere Komplikationen.

Welche sind das?

Zumindest in den USA werden Erneuerbare hauptsächlich für die Stromgewinnung und Erdöl für die Verkehrsmittel verwendet. Deswegen müsste auch das Verkehrssystem auf Elektrizität umgestellt werden, wenn man wirklich Erdöl einsparen will. Ein solch ausgedehnter Flugverkehr wie heutzutage wäre da nicht mehr möglich. Dies sind alles sehr komplizierte Probleme, die gelöst werden müssten. Das derzeit Wichtigste ist jedoch, dass weniger Kohle abgebaut wird. Zum Teil passiert dies in den Vereinigten Staaten bereits aufgrund der verstärkten Erdgasförderung. Die Geschwindigkeit ist aber noch zu gering.

Glauben Sie, dass das Fracking die US-Wirtschaft in den vergangen Jahren angekurbelt hat?

Keine Frage. Erdgas kostet derzeit in den USA nur ein Viertel so viel wie in Europa. Dies bedeutet niedrigere Energiepreise für die Haushalte und die Industrie. Das hat die Ausgangslage in den USA erheblich verbessert.

Ist dieser Aufschwung nachhaltig?

Das kann man bisher noch nicht abschätzen. Die Frackingfelder wurden erst vor ein paar Jahren erschlossen. Da ist es noch nicht absehbar, wie lange Gas aus ihnen gefördert werden kann. Da bin ich aber kein Experte.

Eine weitere Ressource neben den Energieträgern, die häufig von Ökonomen vernachlässigt wird, ist Geld. Warum ist dies so?

Ich würde Geld nicht als Ressource bezeichnen. Man sollte es nicht auf eine Ebene mit Energiequellen oder anderen

natürlichen Ressourcen stellen, denn Geld hat keine Produktionskosten. Es wäre auch nicht korrekt zu sagen, dass Geld von den Ökonomen vernachlässigt wird. Aber es trifft zu, dass die vorherrschende Behandlung des Geldes in der ökonomischen Lehre noch sehr von den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts geprägt ist. Damals wurde Geld hauptsächlich als eine Recheneinheit angesehen, die sich wie ein Schleier auf die sogenannte Realwirtschaft legt.

Dem Geld wurde damit eine aktive Rolle in der Wirtschaft abgesprochen.

Solche ökonomischen Vorstellungen sind vergleichbar mit denen in der Physik vor Albert Einsteins Entdeckung, dass Zeit nicht völlig unabhängig vom Raum, sondern Teil des Raum-Zeit-Kontinuums des Universums ist. Nicht umsonst hat John Maynard Keynes sein großes Werk in den 1930er Jahren in Anlehnung an Einsteins allgemeine Relativitätstheorie „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ genannt. Keynes' Theorie hat das Geld in den Produktionsprozess integriert, indem er aufzeigte, dass man nicht verstehen könne, was in der sogenannten Realwirtschaft abläuft, ohne das Finanzsystem zu analysieren. Dies war Keynes' wichtigste Erkenntnis.

Bei den meisten Ökonomen ist aber von dieser Einsicht nicht mehr viel übrig.

Deswegen waren sie auch völlig verzweifelt, als die Finanzkrise ausbrach. Geld spielt einfach keine Rolle in ihren Modellen. Ökonomen in der Tradition von Keynes wie Hyman Minsky haben jedoch gezeigt, dass das Finanzsystem mit dem Produktionsprozess verflochten und von Natur aus instabil ist.

War Ihnen vor dem großen Crash klar, dass eine Krise auf uns zu rollte?

Jeder hätte dessen gewahr sein müssen, der nicht von der Mainstream-Theorie verblendet oder in einer Position war, in der er der Öffentlichkeit verbergen musste, was er wusste.

Was waren die ersten Anzeichen?

Es gab bereits vor der Krise Untersuchungen über die Entwicklung des Immobilien- und Hypothekenmarktes in den USA seit der Jahrtausendwende. Sie machten bereits in den Jahren 2005 und 2006 deutlich, dass der Handel mit sogenannten Subprime-Hypotheken, also mit riskanten Hypothekenkrediten, völlig außer Kontrolle und eine Finanzkrise programmiert war. Und dies trat dann mit dem Kollaps des Interbankenhandels im Sommer 2007 ein.

Es war also kein Unfall, dass der Mainstream die Krise nicht vorhersah?

Es war sicherlich kein Zufall, dass die Verantwortlichen wie der damalige Chef der US-Notenbank Fed, Ben Bernanke, nicht zugaben, die Krise vorhergesehen zu haben. Dabei hatten Personen wie er bereits im Vorfeld von den Gefahren gewusst. Doch sie haben in ihrer Pflicht zu handeln versagt.

In Ihrem neuesten Buch „The End of Normal“ haben Sie auch ein Kapitel über die Eurokrise geschrieben. Dieses beenden Sie mit einer Frage: „Es ist Zeit sich der Situation zu stellen und zu fragen: Was ist zu tun?“ Konnten Sie diese Frage beantworten, als Sie den ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis berieten?

Ich war weder im technischen noch in sonst einem Sinne ein Berater. Yanis Varoufakis ist ein Ökonom, der selber entscheidet und seine Reden selbst schreibt. Ich bat ihm viel mehr meine kostenlose Hilfe als Freund an.

Und haben Sie sich Ihre Frage beantworten können?

Das Problem der SYRIZA-geführten Regierung bestand in ihren unnachgiebigen Verhandlungspartnern. Diese wollten nicht darüber reden, wie man Griechenland helfen könnte. Stattdessen setzten sie die griechische Wirtschaft weiter unter Druck, um die neue Regierung zu destabilisieren. Deswegen war die vorrangige Herausforderung für Athen, sowohl politisch als auch wirtschaftlich zu überleben.

Das dritte Kreditprogramm, das Ministerpräsident Alexis Tsipras im Juli 2015 mit den Gläubigern einging, wird meist als Niederlage für SYRIZA gewertet. Hatten Tsipras und Varoufakis je eine Chance?

Die beiden hatten nie Illusionen bezüglich ihrer Möglichkeiten. Ihnen hätte gelingen müssen, die deutsche Regierung davon zu überzeugen, dass ein Politikwechsel für die langfristige Stabilisierung der Eurozone notwendig ist. Doch damit waren sie nicht erfolgreich, weil Berlin am Ende entschied, lieber Griechenland aus der Eurozone zu drängen, als sich der Realität zu stellen.

Beides trat nicht ein.

Doch die Konsequenzen sind anhaltende politische Auflehnungen. Man kann dies in Portugal, Irland oder Italien sehen. Die Vorstellung ist trügerisch, dass man die Stimmung in Europa durch die Bezwingung Griechenlands beruhigen konnte.

Also wird die Krise auf Deutschland zurückfallen?

Sicherlich. Man kann bereits an Syrien sehen, was passiert, wenn man eine Region in ein komplettes Chaos versinken lässt. Die Menschen von dort kommen jetzt nach Europa. Wenn man eine Krise nicht da löst, wo sie stattfindet, dann kommt die Krise zu einem selbst. Dann hat man Menschen, die in Parks schlafen und auf der Suche nach Arbeit, Essen und einem Obdach an die Tür klopfen.

Warum hat dann Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble so gehandelt?

Ich habe sehr großen Respekt vor Schäuble. Er ist der Meinung, dass Europa nur mit sehr strengen Regeln funktionieren kann. Er sagte Athen von Anfang an, dass es entweder die von den Kreditgebern vorgegebenen Regeln akzeptieren oder die Währungsunion verlassen müsse.

Wird Schäuble die Eurozone zerstören, wenn er an daran festhält?

Letzten Endes wird er das. Zumindest wird er eine Situation erzeugen, in der für ein Land der Verbleib in der Eurozone nicht mehr tragfähig ist.

Welches Land wäre dies?

Höchstwahrscheinlich Italien.

Warum Italien?

Es ist ein Land, das nicht ignoriert werden kann. Italien macht rund 16 Prozent der Wirtschaftsleistung der Wäh-

rungsunion aus, Griechenland nur 1,6 Prozent. Und Italien steckte von Anfang an in der Krise. Die Unzufriedenheit ist dort sehr hoch.

Manche tippen auf Irland.

Dies könnte auch sein. Irland geht es derzeit zwar recht gut. Das Land ist gut aus der Krise herausgekommen. Aber wenn sich die Situation auf Grund des Platzens der Blase in Großbritannien wieder verschlechtert, könnte es für Irland ausschlaggebend sein, dass es weniger verflochten in Europa ist als andere Länder. Man handelt dort viel mehr mit England sowie den USA. Und nicht zuletzt spricht man in Irland auch Englisch.

Um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern, wirbt Varoufakis derzeit für einen New Deal in Europa. Würde so ein Programm funktionieren?

Ihm geht es dabei um verschiedene Maßnahmen: Er hat Vorschläge, wie man mit den öffentlichen Schulden, den Banken und den fehlenden Investitionen umgehen könnte. Dabei ist es ihm auch wichtig, wie man die Einkommen der Bedürftigsten stabilisieren kann. Alle seine Vorschläge könnten im Rahmen der europäischen Regeln umgesetzt werden. Und dies würde die Wirtschaft eindeutig stabilisieren, ähnlich wie es der New Deal in den 1930er Jahren in den USA tat.

Was würden Sie machen, um die Krise in Europa zu lösen?

An der Stelle von Bundeskanzlerin Angela Merkel würde ich zumindest meinen Finanzminister anweisen, flexibler zu sein.

Es heißt meist, dass Wachstum erzeugt werden muss, damit die Gesellschaft aus der Krise kommt. Ist nicht die wachsende Ungleichheit das größere Problem?

Das Problem ist, dass in Zeiten schwächeren Wachstums stärkere Sozialsysteme notwendig sind, um der gesamten Bevölkerung ein gutes Leben zu ermöglichen. So wurden die US-Sozialstandards während der Großen Depression geschaffen. Denn Krisen sind die Zeiten, in denen gehandelt werden muss. Doch zeitgleich ist es in Krisenzeiten schwerer, solche Sozialsysteme aufrechtzuerhalten, als in Zeiten der Prosperität. So konnten die Sozialversicherungen in der Nachkriegszeit mit ihrem starken Wachstum relativ leicht aufrechterhalten werden, obwohl sie damals nicht so nötig waren wie heutzutage.

Doch heutzutage ist Austerität die Antwort auf die Krise. Ist das nicht auch ein Problem der Demokratie?

Es ist ein großes Problem für die Demokratie.

Wäre dann nicht eine radikale Transformation des Wirtschaftssystems eine Lösung?

Da wäre ich sehr vorsichtig. Ich habe einst China beraten. Das Land wollte genau das Gegenteil machen – sein vorheriges Wirtschaftssystem abschaffen und den Kapitalismus einführen. Ich habe Peking davon abgeraten. Ich würde immer davon abraten ein System komplett umzuwerfen. Stattdessen sollte man schauen, dass seine guten Elemente auch wirklich funktionieren.

Eine radikale Transformation ist also unrealistisch.

Als der real existierende Sozialismus in Ländern wie der UdSSR oder Jugoslawien gescheitert ist, fiel die Wirtschaftsleistung um 40 Prozent. Wenn ökonomische Systeme kollabieren, werden viele Menschen in extreme Notlagen geworfen. Und nicht nur das: Die Gefahr von Gewalt und offenen Konflikten ist in solchen Situationen riesig. Deswegen sollten Veränderungen immer nur graduell sein. Und ein guter Ökonom sollte eine sehr vorsichtige Person sein.

Die reaktionäre Rebellion

Über die radikale Rechte in Europa

Von Walter Baier, Koordinator von „transform!“, Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog
Aus: www.transform-network.net

Als Jörg Haider 1986 in einem Handstreich die Führung der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) übernahm, stand die Partei – damals übrigens in einer Koalitionsregierung mit der SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) – bei knapp 5 Prozent. Heute sind ihre Umfragewerte bei 30 Prozent.

Seither wurden gegen die FPÖ alle möglichen Taktiken angewandt:

- Beschwichtigung: das heißt Ignorieren der Partei und ihrer Themen, Ausweichen vor Konfrontation oder die Übernahme ihrer Forderungen – sei es in milderer Form oder auch nicht – in die Programme der Mainstream-Parteien;
- Dämonisierung der Partei, Denunziation als faschistisch und die Bildung einer „Mauer der politischen Korrektheit“ unter dem Motto „Kein Fußbreit den Faschist/-innen“;
- Aufrufe zur „Antifaschistischen Volksfront“ und Verbreitung der Idee der „Republikanischen Einheit“ in Österreich als „kleineres Übel“.

Diese Strategien haben den Aufstieg der FPÖ nicht aufhalten können. Sie sind ein Teil des Problems und nicht der Lösung, und zum Teil geht das auf einen Mangel an Analyse zurück.

Thesen:

1. Der Kampf gegen den Rechtsradikalismus ist ein Kampf in der Mitte der Gesellschaft.

In vielerlei Hinsicht und auf vielen gesellschaftlichen Ebenen stellt sich die Frage: Faschistisch oder nicht? Anders gefragt, müssen wir ein Drittel der Wähler/-innen als Faschist/-innen und potentielle Verbrecher/-innen betrachten?

Zu berücksichtigen ist, dass wir über den Faschismus aus der Retrospektive, d.h. in Kenntnis der Monstrosität der NS-Verbrechen und des Krieges, sprechen. Die zeitgenössische Perspektive der 1920er und 30er Jahre war eine andere. Die damals beschriebenen Merkmale des Faschismus ergeben das Bild von Parteien, die heute als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Ich erwähne das vor allem, um für diese reichhaltige Literatur zu werben (so z.B. die Arbeiten von Artur Rosenberger, Antonio Gramsci, Walter Benjamin, Otto Bauer u. a.), die Wertvolles für die heutigen Kämpfe beitragen kann.

Ich verwende die Begriffe „Rechtsextremismus“ und „Rechtsradikalismus“ im Sinne der einschlägigen deutschsprachigen Literatur, in der als *rechtsextreme* Parteien oder Gruppen solche bezeichnet werden, die außerhalb der Ver-

fassung stehen (Neonazis wie Jobbik, Goldene Morgenröte, BNP [britische Nationalpartei] u. a.), die sich ostentativ in die Tradition des Nationalsozialismus stellen, seine Symbolik zitieren, gewalttätig agieren und/oder zur Gewalt aufrufen. Als *rechtsradikal* oder *rechtspopulistisch* werden im Unterschied dazu Parteien bezeichnet, die sich dem medialen Mainstream entsprechend modernisiert haben und von sich behaupten, die parlamentarische Demokratie zu akzeptieren, also z.B. UKIP (Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs), FN (Front National, Frankreich), DF (Dänische Volkspartei), Schwedendemokraten, PVV (Partei für die Freiheit, Niederlande), PiS (Recht und Ordnung, Polen), FPÖ, [Wahre] Finnen und andere.

Das Spektrum ist fragmentiert und die Gruppierungen und Parteien teilweise zerstritten, trotzdem scheint es gerechtfertigt, sie als Parteienfamilie zusammenzufassen.

Die in der (positivistischen) Politikwissenschaft gegebenen Charakteristika:

- populistischer Politikstil („Sauberes Volk gegen korrupte Eliten"; „Anti-System")
- autoritäres Gesellschaftsbild/Antifeminismus
- völkischer Nationalismus: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Anti-Europäismus
- sozialer Chauvinismus (Sozialstaat nur für Inländer/-innen)

treffen in unterschiedlichen Kombinationen auf alle beschriebenen Parteien zu, und die Ähnlichkeiten unter ihnen sind größer als zwischen ihnen und anderen Parteifamilien.

Man darf den Rechtradikalismus/Rechtspopulismus auch im Hinblick auf sein Verhältnis zum Neonazismus nicht verharmlosen. Das Wechselverhältnis zwischen beiden wäre ein interessanter Forschungsgegenstand: In Ungarn und in Polen koexistieren rechtsradikale Mehrheitsparteien und neonazistische Parteien, in Österreich bietet die FPÖ der neonazistischen Subkultur einen sicheren Hafen.

Trotzdem: Der Kampf mit dem Neonazismus ist in den meisten Fällen ein Kampf an den Rändern des politischen Spektrums. Der Kampf mit dem Rechtsradikalismus ist inzwischen zu einem Kampf um Mehrheiten in der Mitte der Gesellschaft geworden.

2. Nicht die Krise, sondern ihre Interpretation macht für Rechtsradikalismus anfällig

Rechtsradikalismus ist kein „Unterschichtphänomen". Das gängige Bild, bildungsferne „Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer/-innen" rebellierten gegen gesellschaftliche Veränderung, wird empirisch nicht bestätigt. Sympathie für rechtsradikale Themen und Parteien ist – ähnlich wie häusliche Gewalt – in allen gesellschaftlichen Schichten und natürlich auch in der Oberschicht feststellbar.

Das „Mainstreaming" rechtsradikaler Positionen und die immer weiter verbreitete Neigung, diese Parteien auch zu wählen, hat mehrere und miteinander verwobene Ursachen: Krise, Prekarität und Abstiegsangst der Mittelschichten, generelle Enttäuschung über das politische System, die Krise der Sozialdemokratie und das Fehlen einer glaubwürdigen linken Alternative.

Diese Faktoren führen spontan nicht zu Rechtsradikalismus. Entscheidend ist die (rechtspopulistische) Interpretation, die der Krise gegeben wird.

Populist/-innen richten sich nicht einfach an „das Volk". Ihre *Anti-System*-Rhetorik zielt nicht auf gesellschaftlichen Umsturz. Die Essenz ihrer Ziele ist es, die bestehende sozioökonomische Ungleichheit mit autoritären Mitteln zu stabilisieren. Rechtsradikale Parteien treten rebellisch auf, doch handelt es sich dabei um eine konservative Rebellion, die die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse unangetastet lässt.[1]

Das zu berücksichtigen ist aus zwei Gründen wichtig: Erstens kann man dann verstehen, warum rechtspopulistische Parteien von den Herrschenden gefördert werden, und zweitens wird klar, dass die Gedankenwelt der Populist/-innen eine der reaktionären Vorurteile ist. Sie stehen damit dem neoliberalen, ideologischen Mainstream näher, als man denkt. (Daher kann der Populismus nicht einfach im Sinne linker Hegemonie in Gang gesetzt werden.)

3. Das Anwachsen rechtsradikaler Parteien ist ein europäisches Phänomen

Im Europäischen Parlament sind die Rechtsradikalen in folgenden Fraktionen vertreten:

EKR (Europa der Konservativen und Reformer) – 74 Sitze. In dieser Fraktion befinden sich unter anderem: Die Konservativen (UK), die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die Alternative für Deutschland, die Dänische Volkspartei, die Wahren Finnen und die Neue Flämische Allianz.

EFDD (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie) – 45 Sitze. Gebildet wird die Fraktion zum großen Teil aus Mandataren der UKIP (UK) und der Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo (It).

ENF (Europa der Nationen und Freiheit) – 38 Sitze. Hier sammeln sich Front National, FPÖ, PVV (NL), Lega Nord (It) und Vlaams Belang (Bg).

Von manchen Politikwissenschafter/-innen wird die Aufteilung der rechtsradikalen Parteien auf mehrere Fraktionen ausschließlich als eine Fragmentierung und Schwächung gesehen. Man kann es aber auch als eine Form der Ausbreitung und des Vordringens in weitere Sektoren des politischen Spektrums sehen. In diesem Sinne ist zu vermerken, dass sich die Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo der EFDD angeschlossen hat, die ungarische FIDESZ hingegen Teil der Europäischen Volkspartei (Konservative) ist.

Die Anzahl der Sitze der Rechtsradikalen im EP ist kontinuierlich gewachsen:

Legislaturperiode	Anteil der Sitze
1999 – 2004	11,0 Prozent
2004 – 2009	12,5 Prozent
2009 – 2014	15,0 Prozent
2014 – 2019	22,9 Prozent

Die Rechtsaußenparteien erhielten in der Legislaturperiode 2009 - 2014 EU-Subventionen in Höhe von 10,2 Millionen Euro.

Die sechs Bestperformer (FIDESZ, PiS, FN, FP, DF, SVP) kommen aus allen Regionen Europas.

Das Entstehen und der Machtgewinn der rechtspopulistischen Parteien ist nicht als parallele, sondern als europäische Entwicklung zu verstehen.

Die aktuellen Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien bei den letzten Parlamentswahlen

Land	Partei	Wahljahr	Ergebnis
Belgien	Neue Flämische Allianz (NVA)	2014	20,26%
	Vlaams Belang (VB)		3,67%
Bulgarien	Bulgarien Unzensiert (BU)	2014	5,68%
	ATAKA		4,52%
Dänemark	Dänische Volkspartei (DF)	2015	21,10%
Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)	2013	4,70%
Finnland	Die Wahren Finnen	2015	17,65%
Frankreich	Front National (FN)	2015	22,23%
Griechenland	Goldene Morgenröte	2015	6,28%
Großbritannien	United Kingdom		
	Independence Party (Ukip)	2015	12,60%
Italien	Lega Nord	2013	4,08%
Lettland	Nationale Allianz (NA)	2014	16,61%
Niederlande	Partei für die Freiheit (PVV)	2012	10,10%
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	2013	20,51%
Polen	Recht und Gerechtigkeit (PiS)	2015	37,58%
	Kukiz 15		8,81%
Schweden	Schweden-Demokraten	2014	12,68%
Slowakei	Slowakische Nationalpartei	2012	4,55%
Slowenien	Slowenische Nationalpartei	2014	2,20%
Ungarn	Fidesz	2014	44,54%
	Jobbik		20,54%

Die Ergebnisse rechtsradikaler Parteien bei den letzten Europawahlen

Land	Partei	Ergebnis 2014 (2009)	Fraktion
Belgien	Neue Flämische Allianz (NVA)	16,4% (6,1%)	EKR
	Vlaams Belang (VB)	4,1% (9,9%)	EFDD
Bulgarien	Bulgarien Unzensiert (BU)	10,7% (-)	EKR
	ATAKA	3,0% (12 %)	
Dänemark	Dänische Volkspartei (DF)	26,6% (15,3%)	EKR
Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)	7,00%	EKR
Finnland	Die Wahren Finnen	12,9% (9,8%)	EKR
Frankreich	Front National (FN)	25,0% (6,3%)	ENF
Griechenland	Goldene Morgenröte	9,40%	
	Laos	2,7% (7,2%)	
Großbritannien	UKIP	26,8% (16,5%)	EFDD
	British National Party (BNP)	1,1% (6,0%)	
Italien	Lega Nord	6,2% (10,2%)	ENF
Lettland	Nationale Allianz (NA)	14,3% (-)	EKR
Niederlande	Partei für die Freiheit (PVV)	14,2% (16,9%)	ENF
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	19,7% (12,7%)	ENF
Polen	Recht und Gerechtigkeit (PiS)	31,8% (27,4%)	EKR
Schweden	Schweden-Demokraten	9,7% (3,3%)	EFDD
Ungarn	Fidesz	51,5% (56,4%)	EVP
	Jobbik	14,7% (14,8%)	

4. Die rechtsradikalen Parteien wollen den Staat umbauen

Am 10. Dezember berichtete Die Zeit über Polen, sieben Wochen nach den Wahlen, unter dem Titel Wie ein neuer Staat entsteht: „Schritt für Schritt baut die neue Regierung Polen zu einem rechtsnationalen Staat um." Berichtet wird über die Einführung von Zensurmaßnahmen, politisch motivierte Kündigungen von Journalist/-innen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und die Neuzusammensetzung der höchsten Gerichte. Ähnliches war und ist auch in Ungarn zu beobachten. Dort nutzte FIDESZ ihre 2010 gewonnene Zweidrittelmehrheit, um ein neues Grundgesetz zu verabschieden, in dessen Präambel Ungarn als eine ethnisch begründete Kulturnation definiert wird, was auch den rechtlich bindenden Maßstab für die juristische Auslegung der Verfassung bildet. Auch im Programm des FN bildet ein autoritäres und totalitäres Staatsverständnis auf völkischer Grundlage das Gliederungsprinzip. Auch hier ist zu beobachten, dass es sich um eine Rebellion auf der Basis der bestehenden Eigentumsordnung handelt.

Kommen rechtsradikale Parteien an die Macht, so streben sie nicht einen einfachen Regierungswechsel an, sondern sie kommen, um zu bleiben. Darin besteht die Gefahr. Eigentlich müssen wir diese Perspektive ins Zentrum unserer Strategie rücken.

5. Die Gegnerschaft zur Europäischen Union ist der Fluchtpunkt der populistischen Rechten

Die europäische Union ist nicht nur Wirtschafts- und Währungsunion, sie ist nicht nur ein System von Verträgen und Institutionen, sondern auch ein spezifisches Arrangement der nationalen Beziehungen in Europa. Was im nationalen Maßstab gilt, dass nämlich der rechte Populismus eine Krise der Demokratie anzeigt, gilt auch im europäischen: Das Anwachsen des Nationalismus ist Indikator der Krise der nationalen Beziehungen, die durch die neoliberale Austerität ausgelöst wurde. Ohne Beendigung der Austerität bzw. ohne einen europaweiten Kampf der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der politischen Parteien der Linken gegen die Austerität kann dem Nationalismus nicht entgegengetreten werden.

Nationalismus ist beides: verzerrte Projektionsfläche einer ökonomischen und sozialen Krise und Ausdruck einer defizitären Demokratie. Auf beides muss die Linke antworten, auf beiden Ebenen, der nationalen und der europäischen.

Dies bringt eine dialektische Fragestellung mit sich: Wir wollen ein Europa, in dem das Thessaloniki-Programm verwirklicht werden kann. Die Achtung der nationalen Selbstbe-

stimmung ist kein Gegensatz zur europäischen Integration, sondern ein Kriterium der Demokratie. Ziel ist die Erweiterung der Souveränität auf allen Ebenen – der lokalen, nationalen und europäischen – durch eine sinnvolle, transparente Teilung der Kompetenzen.

Strategische Überlegungen

A) Die wichtigste Erfahrung: Der Faschismus wurde in der Zwischenkriegszeit durch Massenarbeitslosigkeit und Verelendung des Mittelstandes zur Massenbewegung. Das heißt, ohne europaweiten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Verteidigung, die Weiterentwicklung und den Umbau des Sozialstaats, für Ausbildungsplätze und gesetzlich geregelte Arbeitsverhältnisse kann der Rechtsradikalismus nicht besiegt werden. Das erfordert aber auch eine robuste Wirtschaftspolitik, Kontrolle der Finanzmärkte, eine Politik der industriellen Rekonstruktion und einen ökologischen Umbau. Hier gibt es nicht Gelegenheit, ins Detail zu gehen, erwähnen möchte ich aber, dass eine solche Wirtschaftspolitik nicht mit den makroökonomischen Instrumenten des vergangenen Jahrhunderts auskommen wird und sich auch nicht ausschließlich auf die traditionellen Schichten der Arbeiter/-innenklasse und ihrer Organisationen stützen kann.

B) Die sozialökonomische Auseinandersetzung reicht nicht aus, wenn die liberale Demokratie in Gefahr ist. Allerdings droht die Gefahr aus zwei Richtungen: durch die autoritäre, neoliberale Governance, die EU-weit durchgesetzt wird, und durch die rechtsradikalen Parteien. Zivilgesellschaft, Kirchen, Antifa-Gruppen und politisch Liberale sind alarmiert. Sie sind unsere natürlichen Verbündeten. Freiheit, Menschenrechte, Solidarität mit Flüchtenden, LGBTQ-Rechte und Demokratie sind ohne jede Zweideutigkeit unsere Themen. Die hier spontan entstehenden Bündnisse sind nicht dieselben wie auf dem Gebiet der Sozialökonomie. Aber wir sollten mithelfen, sie im Sinne des von Michael Brie geforderten „Mitte-Unten-Bündnisses“ miteinander zu verbinden.

C) Die Krise der EU ist so real, wie die Ablehnung der EU die gemeinsame Position aller rechtsradikalen Parteien ist. Können und sollten wir uns an ihrem Spiel beteiligen? Was wäre das für ein Plan B? Positiv wäre eine Auflösung der EU nur dann, wenn sich die großen Probleme, vor denen die Gesellschaften stehen – globalisierte Finanzmärkte, Migration, Entwicklung, Klimawandel, Sicherheit –, in einem Europa der 28, 35 oder 50 nationalen Währungen, Nationalstaaten und Grenzregime, unter denen die mächtigsten Staaten mit allen Mitteln um Vorherrschaft konkurrieren, besser lösen. Vor allem aber ist das Terrain des Nationalismus besetzt. Trauen wir uns also zu, mit der Rechten ausgerechnet auf diesem Gebiet in Konkurrenz zu treten? Das erscheint nicht rational.

Andererseits ist die EU in ihrer neoliberalen Ausformung nicht das Projekt der Linken. Aufgrund der in ihrem Namen exekutierten Austeritätspolitik befindet sie sich einer Sackgasse. Soll die Idee einer friedlichen Integration Europas vor dem anwachsenden Nationalismus gerettet werden, so erfordert das die Neubestimmung ihres Sinns. Wenn wir von der Notwendigkeit der Neugründung der EU sprechen, meinen wir, dass der Lissabonner Vertrag und der Fiskalpakt aufgehoben werden müssen und dass das Europa, für das die Linke kämpft, ein demokratisches und parlamentarisches sein muss, das die demokratischen Rechte der Mitgliedstaaten sowie die Selbstbestimmung der Nationen und Volksgruppen respektiert.

D) Abschließend ein Wort zur mentalitätsmäßigen Verstörung, die sich im Rechtsradikalismus reflektiert. Es ist ein großes Missverständnis, dass das Problem der Integration in der Aufnahme von 1,5 Millionen Flüchtlingen in der EU mit ihren 500 Millionen Menschen bestehe. Tatsächlich geht es darum, dass sich diese 500 Millionen in eine Welt integrieren, die in 20 Jahren von 10 Milliarden Menschen bevölkert sein wird und sich sozial, politisch, wirtschaftlich, ökologisch und hinsichtlich der internationalen Sicherheit von der heutigen deutlich unterscheiden wird.

Man kann die sich daraus ergebende Herausforderung als eine zweite große De-Kolonialisierung bezeichnen – die De-Kolonialisierung unserer Kultur und des Denkens der Menschen.

Es wird zu einem dramatischen Anpassungsprozess kommen – zu einer Umverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen. Man kann verstehen, dass diese Perspektive, die die Menschen über das Fernsehen und das Internet in den Wohnzimmern erreicht, Angst macht, wenn die dahinter stehenden sozialen Prozesse nicht verstanden werden.

Das aber verweist auf das weite Feld des geistig-kulturellen Kampfes, der moralisch-intellektuellen Reform, von der Antonio Gramsci gesprochen hat, ohne die weder Fortschritt möglich ist noch der Rückfall in die Primitivität abgewehrt werden kann, den die Rechtsradikalen, egal welcher Nuance, betreiben.

Anmerkung:

1 Benjamin, Walter (1963): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt am Main, S. 42. Immer wieder lesenswert: „Der Faschismus versucht, die neu entstandenen proletarisierten Massen zu organisieren, ohne die Eigentumsverhältnisse, auf deren Beseitigung sie hindrängen, anzutasten. Er sieht sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen.“

Aus der internationalen Linken

Plan C: Varoufakis startet neue Bewegung in Berlin

Aktivisten-Netzwerk soll am 9. Februar gegründet werden / „DiEM 25“ will als „dritte Alternative“ zwischen Renationalisierungsirrweg und „anti-demokratischen EU-Institutionen“ wirken, von Tom Strohschneider, Chefredakteur, aus: Neues Deutschland, 2.2.2016

Die neue europäische Bewegung des früheren griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis soll am 9. Februar in Berlin starten. Der Ökonom hatte die Gründung bereits seit längerem angekündigt. Es gehe ihm keineswegs darum, eine neue Partei zu starten, hatte Varoufakis immer wieder erklärt – vielmehr gehe es um eine „dritte Alternative“ zwischen der falschen Strategie, in den „Kokon der Nationalstaaten“ zurückzustreben, und dem ebenso falschen Kurs, sich „anti-demokratischen EU-Institutionen“ zu unterwerfen.

Nun ist klar: Die Bewegung soll „DiEM 25“ heißen – für „Democracy in Europe Movement 2025“ – und wird in der Volksbühne in Berlin vorgestellt. Angekündigt sind konkrete „Ideen, wie man Europa demokratisieren und dessen schleichende Fragmentierung stoppen kann“.

Die als paneuropäisch angekündigte Bewegung habe „ein einziges, radikales Ziel: die EU zu demokratisieren“, so Varoufakis schon vor einigen Tagen in der italienischen Zeitung *L’Espresso*. Man wolle versuchen, „die Energie der pro-europäischen, radikalen Kritiker der Institutionen in Brüssel und Frankfurt“ zu bündeln, um einen „Zerfall der EU zu verhindern“, so der Ex-Minister.

Varoufakis hatte sich bereits in der Vergangenheit von Positionen distanziert, die aus der Kritik am krisenpolitischen Regime in Europa heraus auf einen Ausstieg aus der Eurozone oder der EU orientierten. „Wir sollten nicht wieder zurück zum Nationalstaat gehen wollen“, hatte er unter anderem gegenüber *Neues Deutschland* erklärt. „Doch wir sollten nicht auf das Ende der Eurozone hinstreben. Wir sollten versuchen, die Eurozone zu reparieren.“ Dafür müssten „die Europäer aktiv werden und auf die Straße gehen. Sie müssen die Politiker dazu drängen, die Sachen anders zu machen“.

Zwischenzeitlich hatte sich Varoufakis auch an Debatten über einen möglichen „Plan B“ beteiligt. Eine im November in Paris geplante Konferenz konnte wegen der Terroranschläge nicht stattfinden. Einige der angekündigten Teilnehmer konnten sich in der französischen Hauptstadt immerhin über das weitere Vorgehen verständigen: Man wolle sich nun im Januar 2016 in Paris treffen, der „Kampf für einen Plan B in Europa“ sei jeden Tag mehr denn je notwendig. Deshalb strebe man eine „dauerhafte Konferenz“ an, heißt es in einer unter anderem von der Globalisierungskritikerin Susan George, von Italiens Ex-Finanzminister Stefano Fassina und vom früheren SPD- und Linkspartei-Vorsitzenden Oskar Lafontaine unterzeichneten kurzen Erklärung.

Der Name von Varoufakis stand nicht darunter. Der „Plan B“ schließt an die Einschätzung an, die Erpressung von SYRIZA durch die Gläubiger hätte verhindert werden können, wenn in Athen mit einer praktizierbaren Alternative gedroht hätte werden können. Einige haben dazu den Grexit von links als Möglichkeit bezeichnet, von anderen wurde eine rein währungspolitische Strategie als falsch zurückgewiesen. Und wiederum andere haben erklärt, das Problem der europäischen Linken liege weniger in einem fehlenden „Plan B“ als in einem unzureichenden „Plan A“.

Kommt nun also ein „Plan C“? Varoufakis hat seine Überlegungen in der spanischen Zeitung *El Diario* noch einmal historisch untermauert. Er verwies gegenüber dem Blatt auf den Zusammenbruch des Gold Standards 1929. So wie damals könnten ein Zusammenbruch des Euro und die fortlaufende Krise „zu Hoffnungslosigkeit, Depression, Angst“ führen – laut dem Griechen alles Faktoren, „die Renationalisierung, den Aufstieg des Ultranationalismus, das Wiederaufleben von Rassismus und letztlich die Rückkehr von Neonazis“ befördern.

Der Gedanke dahinter hat die politische Agenda von Varoufakis stets beeinflusst. Das Motiv in drei Sätzen: Der Zusammenbruch des kapitalistischen Europa, wie wir es derzeit kennen, öffnet nicht das Fenster in eine andere, eine bessere Welt, sondern würde in die Katastrophe führen. Die Möglichkeit einer Alternative offen zu halten heiße also, man müsse das Falsche verteidigen, um Zeit für die Arbeit am Richtigen zu gewinnen.

Ausführlich hat dies Varoufakis bei einer Konferenz 2013 in Zagreb erläutert. Es ist ein Gedanke, der anschlussfähig ist auch in der aktuellen Debatte darüber, ob die Parteien der Linken und der Mitte über eine Art historischen Kompromiss nachdenken sollten – weil, so hat es der frühere Linksfraktionschef Gregor Gysi unlängst formuliert, „wir alle verlieren werden, wenn es uns nicht gelingt, ein funktionierendes, überzeugendes, linkes Projekt gegen die Rechts-Entwicklung in Europa und in Deutschland auf die Beine zu stellen“.

So sehr aber auch Varoufakis die Sorge darum treibt, die gegenwärtige Krisenpolitik in Europa sowie die sozialen und politischen Auseinandersetzungen, die auf dem Rücken der vor Not, Krieg und Verfolgung Flüchtenden derzeit geführt werden, könnten den Aufstieg von rechten Parteien befördern, so wenig geht es ihm selbst um Parteipolitik. Die angestrebte paneuropäische Bewegung sei ja gerade eine Antwort auf die Erkenntnis, dass selbst Politiker in Regierungen nicht wirklich an der Macht sind. Dies gelte auch für „Premierminister, Präsidenten und Finanzminister von leistungsfähigen EU-Staaten“, deren Politik von einer europäischen „Schattenwelt aus Bürokraten, Bankiers und nicht gewählten Beamten“ bestimmt werde. Auch das Europäische Parlament sei „nur ein Feigenblatt“, der „Europas Mangel an authentischer, parlamentarischer Demokratie“ verstecken solle.

Varoufakis glaubt, es gebe kein anderes Mittel als eine wahrhaft proeuropäische Bewegung, „um die schreckliche Rückkopplung“ zwischen aufsteigendem Autoritarismus und verfehlter Wirtschaftspolitik zu brechen – eine Rückkoppelung, so der Ökonom, die Europa zerstören werde und dem Ultranationalismus die Tür öffnet, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird. Und dazu, das ist auch eine Botschaft des Griechen, haben die etablierten Parteiensysteme und parlamentarischen Rahmenbedingungen nicht die Kraft.

Erst einmal gehe es nun darum, die Bewegung zu gründen. Dass dies Anfang Februar in Berlin geschehen soll, ist freilich auch ein Symbol – die Rettung Europas vor der falschen, in Deutschland orchestrierten Krisenpolitik soll in der Hauptstadt über die Bühne gehen, die bisweilen unverhohlen ihre auf Exportnationalismus gründende Vormachtstellung auszubauen versucht ist.

Die Richtung ändern: Erst Europa, dann der Rest

Detaillierte Pläne auch zu der Frage, wie man die angestrebte Demokratisierung der EU-Institutionen bewerkstelligen möchte, verrät Varoufakis noch nicht – es sei auch die Aufgabe der neuen Bewegung, der in ihr wirkenden Aktivisten, das Gespräch darüber noch zu führen. Der Ex-Minister glaubt an einen paneuropäischen Konsens, der dann einen jeweiligen politischen Ausdruck in den einzelnen EU-Staaten finden wird. Dies könnten in einzelnen Ländern dann sogar neue Parteien sein, sagte Varoufakis gegenüber *El Diario* – oder Bewegungen, die Bündnisse mit bestehenden Parteien schließen.

Entscheidend sei eines, und das gehe über alle anderen Fragen: Die neue paneuropäische Bewegung werde nicht mehr in die Richtung des aktuellen Modus laufen – Politik wird von der nationalstaatlichen Ebene her gedacht und dann in unzureichenden europäischen Institutionen auf transnationales Niveau befördert. Die neue Bewegung, von der Varoufakis sagt, sie werde auf einem „radikalen Internationalismus“ gründen, soll überall zuerst das Europäische adressieren, soll das Demokratiedefizit der EU ins Zentrum rücken – und erst dann in die „nationalen, regionalen und lokalen Wahlprozesse“ hinabsteigen.

Auf die Frage, was die neue Bewegung nun als nächstes machen werde, sagte Varoufakis in *El Diario*, man stehe noch ziemlich am Anfang, es seien „sehr frühe Tage“. 2016 werde es darum gehen, „Wurzeln in jeder Stadt, in jedem EU-Mitgliedsstaat“ zu schlagen. Es sei „ein wirklich utopisches Unterfangen“, sagte Varoufakis. „Aber wenn wir scheitern, erwartet eine schreckliche Dystopie unser gespaltenes, delegitimiertes Europa.“

Ein neues Europa entsteht von unten

Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN, auf der Gründungsveranstaltung der Bewegung DiEM25, 9. 2. 2016
Aus: www.linksfraktion.de

Liebe Freundinnen und Freunde eines solidarischen und demokratischen Europas,

die EU-Eliten geben aktuell einen moralischen Offenbarungseid nach dem anderen ab. Nur die Zahl der Ertrunkenen und Armen scheint auf diesem Kontinent keine Obergrenze zu kennen. Der zynische Umgang der EU mit den Flüchtenden und der fiskalische Staatstreich in Athen offenbaren den moralischen Bankrott des real existierenden Neoliberalismus.

Währenddessen entstehen an der Balkan-Route grenzüberschreitende Netzwerke der Solidarität. Ein neues Europa von unten entsteht.

Wenn es dieser Tage eine Hoffnung für Europa gibt, dann ist dies nicht den Eliten zu verdanken, sondern den paneuropäischen Netzwerken der Solidarität.

Diese Bewegungen zeigen: Wer meint, der Rückzug in die nationale Wagenburg sei die richtige Reaktion, der irrt. Die Flüchtlingsfrage unterstreicht die Notwendigkeit transnationaler Zusammenarbeit. Nationale Souveränität ist keine Entschuldigung für das Missachten von Menschenrechten. Anhand der Flüchtlingsfrage wird auch deutlich, wie illusionär die Vorstellung ist, die großen Menschheitsfragen seien heute noch national zu bearbeiten. Und in einer Festung, erst Recht einer, die sich im Kriegszustand gegen flüchtende Menschen befindet, kann sich keine demokratische Gesellschaft entwickeln.

Nationalisierung und die Anrufung einer vermeintlich „guten alten Zeit” sind keine Modelle mit Zukunft. Weder die autoritäre EU noch die Rückkehr in die Enge des Alten sind erstrebenswert. In dem Streit zwischen einer schlechten Gegenwart und einer traurigen Vergangenheit, gibt es für die Kräfte der Radikaldemokratie nichts zu gewinnen.

Im Gegenteil: Um den großen Menschheitsproblemen begegnen zu können, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa. Aber dieses Europa braucht einen Neustart. Dafür brauchen wir einen Plan C.

Ein wichtiger Teil davon ist eine soziale Unionsbürgerschaft – eine soziale Unionsbürgerschaft als materieller Ausdruck der Idee einer wirklichen Demokratie. Als einen ersten Schritt bräuchte es ein Bedingungsloses Grundeinkommen, das über den jeweiligen regionalen Armutsrisikogrenzen liegt.

Nicht als Almosen, das gnädig gewährt wird, sondern als Grundrecht für jeden und jede, der oder die in der EU lebt. Ein soziales Sicherheitsnetz, unter das niemand fällt.

Demokratie ist kein Zustand, sie ist ein Prozess – ein Prozess hin zur Selbstregierung. D.h. wir müssen die Demokratie aus den Hinterzimmern der Technokraten zurück zu den Menschen bringen.

Diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, müssen diese Entscheidungen auch mitbestimmen dürfen. Das gilt in unserer globalisierten Welt mehr denn je. Denn anhand der Umweltflüchtlinge wird das demokratische Defizit der aktuellen Ordnung deutlich: Die besonders Betroffenen haben hier keinerlei Mitspracherecht. Sie können nicht über eine Wirtschaftspolitik mitentscheiden, die sie direkt betrifft. Das zeigt: Eine europäische Demokratie, die sich selbst ernst nimmt, muss grenzübergreifend werden. Der Demos kann heute kein allein nationaler mehr sein.

Aber unsere Hoffnung ruht nicht auf den Hinterzimmern, sie liegt in der kritischen Öffentlichkeit. Denn in den letzten Jahren haben in Europa schon viele ihre Stimme erhoben: in den Willkommensinitiativen, den Krisenprotesten und Klimakämpfen, auf den Plätzen von Athen bis Madrid, bei Studentendemos und Streiks, in den zahllosen Initiativen grenzübergreifender Solidarität. Sie haben durch ihr bloßes Handeln „nein“ zum „weiter so“ gesagt. Nein zu einem „weiter so”, das schon lange vor der jüngsten Krise eine permanente Krise für alle war.

Der Sommer der Solidarität hat gezeigt, was passieren kann,

- wenn Ländergrenzen in einer Solidarität verdampfen, die uns alle vereint.
- wenn Menschen aus Parteien, Aktivist/-innen aus Bewegungen, Kolleg/-innen aus Gewerkschaften, und Initiati-

ven zusammenkommen, um deutlich zu machen: Europa können wir selber anders machen: Solidarisch. Demokratisch. Grenzenlos.

Wir sollten überlegen, wie wir diese Möglichkeit sichtbar machen können. Vielleicht in einem wilden Referendum über die Zukunft Europas – einem wilden Referendum zwischen Austerität und wirklicher Demokratie.

Natürlich: Es gibt keinen Automatismus. Wir können verlieren. Aber das werden wir sicher, wenn wir stillhalten. Die Entscheidung lautet:

- entweder Aufbruch in eine grenzübergreifende Demokratie oder ein allmählicher Zerfall der Gesellschaft,
- entweder organisierte Barbarei, permanente Krise und ökologischer Zusammenbruch oder ein Neustart für Europa.

Also, worauf warten wir?

Es ist Zeit, in Bewegung zu kommen.

Danke!

Ein Manifest für die Demokratisierung Europas

Bewegung für ein demokratisches Europa – 2025 (DiEM25)

Aus: http://diem25.org

Obwohl sich die Mächtigen in Europa so um ihre weltweite Wettbewerbsfähigkeit, um Migration und Terrorismus sorgen, jagt ihnen nur eines wirklich Angst ein: die Demokratie! Sie berufen sich auf die Demokratie, aber nur, um sie in der Praxis zu verleugnen, auszutreiben und zu unterdrücken. Sie wollen die Demokratie für sich vereinnahmen, umgehen, korrumpieren, mystifizieren, usurpieren und manipulieren, um ihre Energie zu brechen und ihre Möglichkeiten zu blockieren.

Denn eine Herrschaft der Völker Europas, eine Regierung durch den Demos ist der gemeinsame Alptraum:

- der Brüsseler Bürokratie (und ihrer mehr als 10 000 Lobbyisten)
- ihrer Eingreiftrupps und der Troika, die sie zusammen mit nicht gewählten „Technokraten“ aus anderen internationalen und europäischen Institutionen gebildet haben
- der mächtigen Eurogruppe, die jede gesetzliche oder vertragliche Grundlage fehlt
- der geretteten Banker, Fondsmanager und wiedererstehenden Oligarchien, die weiterhin die Massen und ihre organisierte Artikulation verachten
- politischer Parteien, die sich auf Liberalismus, Demokratie, Freiheit und Solidarität berufen und deren elementarste Grundsätze verraten, sobald sie an der Regierung sind
- von Regierungen, die grausame Ungleichheit fördern, indem sie eine selbstzerstörerische Austerität verhängen
- von Medienmogulen, die die Kunst, Ängste zu schüren, zu einer großartigen Quelle von Macht und Profit entwickelt haben
- von Konzernen, die in Zusammenarbeit mit geheimniskrämerischen öffentlichen Einrichtungen auf die gleichen Ängste setzen, um Geheimhaltung und eine Kultur der Überwachung zu propagieren und die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Die Europäische Union war eine außerordentliche Leistung. Sie hat europäische Völker, die unterschiedliche Sprachen sprechen und unterschiedliche Kulturen pflegen, in Frieden zusammengeführt und damit bewiesen, dass es möglich ist, einen gemeinsamen Rahmen der Menschenrechte auf einem Kontinent zu errichten, auf dem vor noch nicht allzu langer Zeit mörderischer Chauvinismus, Rassismus und Barbarei herrschten. Die Europäische Union hätte der sprichwörtliche Leuchtturm sein können, sie hätte der Welt zeigen können, wie aus jahrhundertelangen Konflikten und Bigotterie Frieden und Solidarität entstehen können.

Doch leider trennen eine gemeinsame Bürokratie und eine gemeinsame Währung heute die europäischen Völker, die trotz unterschiedlicher Sprachen und Kulturen auf dem Weg zur Einigung waren. Eine Verschwörung kurzsichtiger Politiker, ökonomisch naiver Beamter und in Finanzdingen inkompetenter „Experten“ unterwirft sich sklavisch den Beschlüssen der Finanz- und Industriekonzerne, entfremdet die Europäer einander und schürt eine gefährliche europafeindliche Stimmung. Stolze Völker werden gegeneinander aufgestachelt. **Nationalismus, Extremismus und Rassismus erwachen wieder.**

Im Zentrum unserer zerfallenden EU liegt ein böser Betrug: Ein durch und durch politischer, undurchsichtiger und autokratischer Entscheidungsprozess wird zu einem „unpolitischen“, „rein technischen“, „prozeduralen“ und „neutralen“ Verfahren erklärt. Dessen Zweck ist es, die Europäer daran zu hindern, eine demokratische Kontrolle über ihre Währung, ihre Finanzen, ihre Arbeitsbedingungen und ihre Umwelt auszuüben. **Der Preis dieser Täuschung ist nicht nur das Ende der Demokratie, sondern auch eine schlechte Wirtschaftspolitik:**

Die Volkswirtschaften der Eurozone werden in den Abgrund eines Wettbewerbs um die härteste Austeritätspolitik getrieben, was zu einer anhaltenden Rezession in den schwächeren Ländern und zu Investitionsschwäche in den Kernländern führt.

Die EU-Mitglieder, die nicht der Eurozone angehören, wenden sich von Europa ab, suchen Inspiration und Partner in dunklen Ecken, wo sehr wahrscheinlich undurchsichtige Freihandelsvereinbarungen auf sie warten, die sie binden und ihre Souveränität aushöhlen.

In ganz Europa wachsen in ungekanntem Ausmaß Ungleichheit, Hoffnungslosigkeit und Misanthropie.

Wir sehen uns zwei gleichermaßen bedrohlichen Optionen gegenüber:

- Rückzug in den Kokon unserer Nationalstaaten, oder
- Unterwerfung unter Brüssels demokratiefreie Zone

Es muss noch einen anderen Weg geben. Und es gibt einen anderen Weg!

Gegen diesen Weg sträubt sich das offizielle „Europa“ mit jeder Faser seiner autoritären Gesinnung:

Ein demokratischer Aufbruch!

Unsere Bewegung **DiEM25** möchte genau zu einem solchen Aufbruch aufrufen.

Hinter **DiEM25** steht ein einfacher, radikaler Gedanke:

Demokratisieren wir Europa! Denn die EU wird entweder demokratisch sein, oder sie wird zerfallen!

Unser Ziel, Europa zu demokratisieren, ist realistisch. Es ist nicht utopischer, als es die Gründung der ursprünglichen Europäischen Union war. Tatsächlich ist es weniger utopisch als der Versuch, die bestehende, antidemokratische, zerfallende Europäische Union am Leben zu halten.

Unser Ziel, Europa zu demokratisieren, ist äußerst dringlich, denn wenn wir nicht schnell beginnen, könnte es unmöglich werden, den institutionalisierten Widerstand aufzubrechen, bevor Europa den Punkt erreicht hat, von dem an eine Umkehr nicht mehr möglich ist. **Wir setzen für diesen Prozess ein Jahrzehnt an, bis 2025.**

Wenn wir es nicht schaffen, Europa innerhalb maximal eines Jahrzehnts zu demokratisieren, wenn es den autokratischen Mächten in Europa gelingt, die Demokratisierung abzuwürgen, dann wird Europa unter seiner Hybris zusammenbrechen, zersplittern, und sein Sturz wird ungekannte Not verbreiten – überall, nicht nur in Europa.

Warum verliert Europa seine Integrität und seine Seele?

In den Nachkriegsjahrzehnten, in denen die EU erbaut wurde, wurden nationale Kulturen in einem Geist des Internationalismus, der Überwindung von Grenzen, gemeinsamen Wohlstands und eines steigenden Lebensstandards wiederbelebt, alles Entwicklungen, die die Europäer einander näher brachten. **Aber im Herzen des Integrationsprozesses lag ein Schlangenei.**

Ökonomisch betrachtet, begann die EU als ein Kartell der Schwerindustrie (später bezog sie noch die Bauern mit ein), das entschlossen war, die Preise zu diktieren und die Gewinne des Oligopols durch die Brüsseler Bürokratie zu verteilen. Das im Entstehen begriffene Kartell und seine in Brüssel beheimateten Verwalter fürchteten den Demos und verachteten die Idee einer Regierung durch das Volk.

Geduldig und methodisch wurde der Prozess der Entscheidungsfindung entpolitisiert, mit dem Ergebnis, dass der Demos langsam, aber stetig aus der Demokratie verschwand und jegliche politische Entscheidungsfindung in einen alles überwuchernden pseudo-technischen Fatalismus gehüllt wurde. Die nationalen Politiker wurden gut dafür entlohnt, dass sie dabei mitmachten, die Kommission, den Rat, den Finanzministerrat Ecofin, die Eurogruppe und die EZB in politikfreie Zonen zu verwandeln.

Wer sich diesem Prozess widersetzte, bekam das Etikett „Europagegner" verpasst und galt als eklatanter Außenseiter.

So nahm der Betrug im Herzen Europas seinen Anfang und führte zur institutionellen Verpflichtung auf eine Politik, die heute deprimierende Wirtschaftsdaten und vermeidbare wirtschaftliche Not hervorbringt. **Auf der Strecke blieben elementare Prinzipien, denen sich ein zuversichtlicheres Europa früher verpflichtet gefühlt hatte:**

- Regeln sollten den Menschen Europas dienen, nicht umgekehrt.
- Währungen sollten Mittel sein und nicht Selbstzweck.
- Ein gemeinsamer Markt ist nur dann mit der Demokratie vereinbar, wenn er gemeinsame Vorkehrungen zum Schutz der schwächeren Europäer und der Umwelt beinhaltet, die demokratisch beschlossen und implementiert werden.
- Demokratie darf kein Luxus sein, der Gläubigern zugestanden, Schuldnern jedoch verweigert wird.
- Demokratie ist essenziell, um die schlimmsten selbstzerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus einzuschränken und neuen Visionen von gesellschaftlicher Harmonie und nachhaltiger Entwicklung Raum zu geben.

Es war unvermeidlich, dass Europas Kartell der sozialen Marktwirtschaft daran scheiterte, nach der großen Rezession von 2008 wieder Tritt zu fassen; doch in Reaktion darauf gebärden sich die europäischen Institutionen, die schuld an dem Scheitern waren, heute autoritärer denn je. Je mehr sie die Demokratie ersticken und je rascher ihre politische Autorität an Legitimität verliert, desto stärker werden die Kräfte der wirtschaftlichen Rezession und desto dringlicher erscheint ihnen ein noch autoritäreres Auftreten. Und so erlangen die Feinde der Demokratie neue Macht, während sie an Legitimität verlieren, und Hoffnung und Wohlstand bleiben den Wenigen vorbehalten, die sie – abgeschirmt vom Rest der Gesellschaft – nur hinter Toren und Zäunen genießen können.

Dieser Prozess läuft unbemerkt ab und sorgt dafür, dass sich Europas Völker in der Krise nach innen und gegeneinander wenden und vorhandene chauvinistische und fremdenfeindliche Tendenzen sich verstärken. Die Privatisierung der Angst, die Furcht vor dem „anderen", die Nationalisierung von Ambitionen und die Renationalisierung der Politik können eine toxische Auflösung gemeinsamer Interessen bewirken, unter der Europa nur leiden wird. Europas jämmerliche Reaktion auf die Banken- und Schuldenkrise und die Flüchtlingskrise sowie das Fehlen einer kohärenten Strategie in der Außen- und Zuwanderungspolitik und bei der Bekämpfung des Terrorismus illustrieren, was passiert, wenn der Begriff Solidarität seinen Sinn verliert. Beispiele dafür sind:

- Die Niederschlagung des Athener Frühlings und die anschließende Auferlegung eines wirtschaftlichen „Reform"-Programms, das von vornherein zum Scheitern verurteilt war und einen Angriff auf die Integrität Europas darstellt
- Die unhinterfragte Annahme, wann immer ein Staatshaushalt gestützt oder eine Bank gerettet werden muss, hätten die Schwächsten der Gesellschaft für die Sünden der Kapitaleigner zu bezahlen
- Die anhaltende Tendenz, Arbeit zu einer Ware zu machen und Demokratie vom Arbeitsplatz zu verbannen
- Die skandalöse Verweigerungshaltung der meisten EU-Mitglieder in der Flüchtlingskrise; sie illustriert, wie ein zerrüttetes europäisches Regierungsmodell moralischen Niedergang und politische Lähmung nach sich zieht, und belegt, dass auf den Niedergang der europäischen Solidarität Fremdenfeindlichkeit gegenüber Nicht-Europäern folgt
- Dass es uns merkwürdig erscheint, die drei Wörter „europäisch", „Außen" und „Politik" zusammenzusetzen
- Die Nonchalance, mit der die europäischen Regierungen nach den furchtbaren Attentaten von Paris beschlossen haben, die Lösung liege darin, wieder Grenzen zu errichten, obwohl die meisten Attentäter EU-Bürger waren – ein weiteres Zeichen der moralischen Panik einer Europäische Union, die nicht in der Lage ist, die Europäer zu gemeinsamen Reaktionen auf gemeinsame Probleme zu bringen.

Was ist zu tun? Unser Horizont

Der Realitätssinn verlangt, dass wir uns vornehmen, in einem realistischen Zeitrahmen bestimmte Ziele als Meilensteine zu erreichen. Deshalb setzt sich **DiEM25** vier Durchbrüche in regelmäßigen Zeitabschnitten zum Ziel, um bis 2025 zu einem vollkommen demokratischen, funktionierenden Europa zu gelangen.

Heute kommt es den Europäern so vor, als würden die EU-Institutionen sie überall im Stich lassen. Von Helsinki bis Lissabon, von Dublin bis Kreta, von Leipzig bis Aberdeen spüren die Europäer, dass eine große und dringliche Entscheidung auf sie zukommt, **die Entscheidung zwischen echter Demokratie und schleichender Auflösung.** Wir müssen uns zur Einigkeit entschließen, um dafür zu sorgen, dass Europa die Wahl trifft, die auf der Hand liegt: echte Demokratie!

Auf die Frage, was wir wollen und wann wir es wollen, antworten wir:

SOFORT: Volle Transparenz bei der Entscheidungsfindung

- Sitzungen des EU-Rats, von Ecofin, Beratungen über Steuerfragen und Sitzungen der Eurogruppe müssen per Livestream öffentlich gemacht werden.
- Die Protokolle der Sitzungen des Gouverneursrats der Europäischen Zentralbank müssen innerhalb weniger Wochen veröffentlicht werden.
- Alle Dokumente im Zusammenhang mit wichtigen Verhandlungen (zum Beispiel TTIP, „Rettungs"-Kredite, über den Status Großbritanniens), die alle Facetten der Zukunft der Europäer betreffen, müssen ins Netz gestellt werden.
- Alle Lobbyisten müssen sich registrieren lassen und dabei die Namen ihrer Kunden angeben, wie viel Geld sie erhalten und wann sie sich mit (gewählten und nicht gewählten) Vertretern Europas getroffen haben.

INNERHALB VON ZWÖLF MONATEN: Die aktuelle Wirtschaftskrise mit den bestehenden Institutionen und im Rahmen der bestehenden EU-Verträge angehen. Europas gegenwärtige Krise entfaltet sich gleichzeitig in fünf Bereichen:

- Staatsschulden
- Banken
- Investitionsschwäche
- Migration
- Wachsende Armut

Für alle fünf Bereiche sind gegenwärtig die nationalen Regierungen zuständig, die aber handlungsunfähig sind. DiEM25 wird detaillierte politische Vorschläge vorlegen, wie alle fünf Bereiche europäisiert werden können, während gleichzeitig die willkürliche Macht Brüssels zurückgedrängt und die Macht an die nationalen Parlamente, an Regionalräte, an Stadtparlamente und Kommunen zurückgegeben wird. Die politischen Vorschläge werden darauf abzielen, bestehende Institutionen wieder stärker zu beteiligen (durch eine kreative Neuinterpretation vorhandener Verträge und Satzungen), um der Krise der Staatsschulden, der Banken, der Investitionsschwäche und der wachsenden Armut entgegenzutreten.

INNERHALB VON ZWEI JAHREN: Eine Verfassunggebende Versammlung

Das Volk Europas hat ein Recht, sich mit der Zukunft der Union zu befassen, und die Pflicht, aus Europa (bis 2025) eine voll entwickelte Demokratie mit einem souveränen Parlament zu machen, das die nationale Selbstbestimmung respektiert und die Macht mit den nationalen Parlamenten, mit Regionalversammlungen und Gemeindeparlamenten teilt. Dafür muss eine Versammlung seiner Repräsentanten einberufen werden. DiEM25 wird für eine Verfassunggebende Versammlung werben, die aus Vertretern besteht, die über transnationale Listen gewählt werden. Wenn heute Universitäten in Brüssel Forschungsfinanzierung beantragen, müssen sie länderübergreifende Allianzen bilden. Genauso müssen auch bei den Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung Wahllisten vorliegen, auf denen Kandidaten aus vielen europäischen Ländern stehen. Die Versammlung, die daraus hervorgehen wird, wird die Befugnis haben, über eine künftige demokratische Verfassung zu entscheiden, die innerhalb eines Jahrzehnts die bestehenden europäischen Verträge ersetzen wird.

BIS 2025: Umsetzung der Beschlüsse der Verfassunggebenden Versammlung

Wer wird den Wandel herbeiführen?

Wir, die Völker Europas, haben die Pflicht, uns die Kontrolle über unser Europa von nicht rechenschaftspflichtigen „Technokraten", Politikern, die ihre Komplizen sind, und dubiosen Institutionen zurückzuholen.

Wir kommen aus allen Teilen des Kontinents und sind vereint durch unterschiedliche Kulturen, Sprachen, Akzente, parteipolitische Ausrichtung, Hautfarbe, Geschlecht, Glaubensüberzeugungen und unterschiedliche Vorstellungen, wie eine gute Gesellschaft aussieht.

Wir bilden **DiEM25** in der Absicht, von einem Europa nach dem Motto „Wir, die Regierungen" und „Wir, die Technokraten" zu einem Europa nach dem Motto „Wir, die Völker Europas" zu gelangen.

Unsere vier Grundsätze lauten:

- Kein europäisches Volk kann frei sein, wenn die Demokratie eines anderen verletzt wird.
- Kein europäisches Volk kann in Würde leben, wenn einem anderen die Würde vorenthalten wird.
- Kein europäisches Volk kann auf Wohlstand hoffen, wenn ein anderes in permanente Zahlungsunfähigkeit und wirtschaftliche Depression gedrängt wird.
- Kein europäisches Volk kann wachsen, ohne dass seine schwächsten Bürger Zugang zu grundlegenden Gütern haben, ohne das Ziel menschlicher Entwicklung, ökologischen Gleichgewichts und der Überwindung der Ära der fossilen Brennstoffe.

Wir schließen uns einer großartigen Tradition von Europäern an, die jahrhundertelang gegen die angebliche „Weisheit" gekämpft haben, dass Demokratie ein Luxus ist und die Schwachen zu erleiden haben, was sie müssen.

Entsprechend bekennen wir uns mit Herz, Verstand und Willen zu diesen Verpflichtungen und erklären:

Unser Versprechen

Wir rufen unsere europäischen Mitmenschen dazu auf, sich uns unverzüglich anzuschließen und mit uns die Bewegung zu gründen, die wir DiEM25 nennen, um

- gemeinsam gegen das europäische Establishment zu kämpfen, das die Demokratie zutiefst verachtet, und die Europäische Union zu demokratisieren
- der Reduzierung aller politischen Verhältnisse auf

Machtverhältnisse ein Ende zu machen, die dann als rein technokratische Entscheidungen ausgegeben werden
- die EU-Bürokratie dem Willen der souveränen Völker Europas zu unterwerfen
- die gewohnheitsmäßige Dominanz der Macht der Konzerne über den Willen der Bürger zu beenden
- die Regeln, die für unseren gemeinsamen Markt und die gemeinsame Währung gelten, wieder zu repolitisieren.

Wir sind der Meinung, dass das Modell nationaler Parteien, die im Europäischen Parlament flüchtige Allianzen eingehen, überholt ist. Der Kampf um Demokratie von unten (auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene) ist nötig, aber er kann nicht ohne eine internationalistische Strategie geführt werden, die auf eine paneuropäische Koalition für die Demokratisierung Europas abzielt. **Die europäischen Demokraten müssen erst zusammenkommen, eine gemeinsame Agenda beschließen und dann Wege finden, um sie mit Kommunen und auf regionaler und nationaler Ebene zu realisieren.**

Unser übergreifendes Ziel, die Europäische Union zu demokratisieren, ist mit dem Wunsch verwoben, die (ökonomische, politische und gesellschaftliche) Selbstregierung auf lokaler, kommunaler, regionaler und nationaler Ebene zu fördern; die Korridore der Macht für die Allgemeinheit zu öffnen; soziale und bürgerschaftliche Bewegungen aufzunehmen, und alle Ebenen der Regierung von der Macht der Bürokratien und der Unternehmen zu befreien.

Wir glauben an ein Europa der Vernunft, der Freiheit, der Toleranz und der Fantasie, das ermöglicht wird durch Transparenz in allen Bereichen, wahre Solidarität und echte Demokratie.

Wir wollen:
- ein demokratisches Europa, in dem alle politische Macht von den souveränen Völkern Europas ausgeht
- ein transparentes Europa, in dem alle Entscheidungsprozesse unter den wachsamen Augen der Bürger stattfinden
- ein geeintes Europa, in dem die Bürger innerhalb eines Landes genauso viel gemeinsam haben wie mit den Bürgern anderer Länder
- ein realistisches Europa, das sich radikale, aber erreichbare demokratische Reformen vornimmt
- ein dezentralisiertes Europa, das die Zentralgewalt nutzt, um möglichst viel Demokratie am Arbeitsplatz, in großen und kleinen Städten, Regionen und Ländern durchzusetzen
- ein pluralistisches Europa der unterschiedlichen Regionen, Ethnien, Glaubensüberzeugungen, Nationen, Sprachen und Kulturen
- ein egalitäres Europa, das die Verschiedenheit feiert und der Diskriminierung nach Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Schicht oder sexueller Orientierung ein Ende bereitet
- ein kultiviertes Europa, das die kulturelle Vielfalt seiner Völker nutzt und sich nicht nur um sein unschätzbares Kulturerbe kümmert, sondern auch die Werke kritischer Künstler, Musiker, Schriftsteller und Dichter fördert
- ein soziales Europa, das anerkennt, dass Freiheit nicht nur Freiheit von Einmischung bedeutet, sondern auch grundlegende Güter erfordert, die einen Menschen frei von Not und Ausbeutung machen
- ein produktives Europa, dass Investitionen in gemeinsamen, grünen Wohlstand lenkt
- ein nachhaltiges Europa, das mit den Ressourcen des Planeten auskommt, seinen ökologischen Fußabdruck möglichst klein hält und so viele fossile Brennstoffe wie möglich in der Erde lässt
- ein ökologisches Europa, das sich für einen echten weltweiten grünen Wandel einsetzt
- ein historisch bewusstes Europa, das nach einer strahlenden Zukunft strebt, ohne seine Vergangenheit zu verbergen
- ein internationalistisches Europa, das Nicht-Europäer als gleichwertig ansieht
- ein friedliches Europa, das die Spannungen in seinen östlichen Gebieten und im Mittelmeerraum abbaut und als Bollwerk gegen die Sirenen des Militarismus und Expansionismus wirkt
- ein offenes Europa, das aufgeschlossen ist für Ideen, Menschen und Anregungen aus der ganzen Welt, das Zäune und Grenzen als Zeichen der Schwäche betrachtet, die im Namen der Sicherheit Unsicherheit verbreiten
- ein befreites Europa, in dem Privilegien, Vorurteile und die Drohung mit Gewalt keinen Platz haben, in dem Europäer in weniger stereotype Rollen hineingeboren werden und gleiche Chancen haben, ihre Potenziale zu entfalten und über ihr Leben, ihre Arbeit und ihren Platz in der Gesellschaft selbst zu bestimmen.

Carpe DiEM25
diem25.org

So ein Theater

Das Projekt der Bewegung für ein demokratisches Europa 2025 (DiEM25) wurde vorgestellt, Berlin, Volksbühne, 9.2.2016

von Tom Strohschneider, Chefredakteur, Neues Deutschland, 11.2.2016

Ein historischer Tag für die Linken. Oder doch nur eine Art politischer Eurovision-Redewettbewerb ohne Punktvergabe? Was war das nun, dieser DiEM25-Auftakt? Anmerkungen zu einem europäischen Abend.

„Wenn die Parlamente zu Theatern werden“, sagt Miguel Crespo Urban von Podemos irgendwann an diesem Dienstagabend in der Volksbühne, müsse man eben „die Theater zu Parlamenten machen“. Daran gemessen, hätte das europäische Projekt „Democracy in Europa Movement 2025“ in Berlin vor dem eigenen Anspruch versagt – keine Abstimmungen, nichts beschlossen, und anders als tagsüber in Arbeitsgruppen gab es am Abend auch keine Diskussionen.

Aber ist es wirklich das, was man von DiEM25 erwarten konnte? Erwarten wollte? Erwartet hat?

Schnell hat sich ein Lager der Unzufriedenheit in den sozialen Netzwerken und auf den Fluren der Volksbühne eingerichtet. Eine Bewegung, die von ein paar Prominenten gegründet wird? Das geht doch nicht. Ein Manifest, in dem das Wort „Kapitalismus“ nur einmal auftaucht und der Begriff „Klasse“ gar nicht? Das ist doch nicht links genug.

Stundenlanges Rezitieren politischer Forderungen? Sieht doch eher wie ein politischer Eurovision Contest aus. Aus fast jedem europäischen Land darf einmal jemand ans Mikro – nur die Punktevergabe fehlt. Und überhaupt: Ein Neuanfang, für den man eine Eintrittskarte lösen muss? Da klingt natürlich Lenins Diktum von den Deutschen in den Ohren, die, wenn sie einen Bahnhof stürmen wollen, sich erst einmal eine Bahnsteigkarte kaufen.

Es ist niemandem der Vorwurf zu machen, den Berliner DiEM-Abend genau so erlebt zu haben: als kleine Enttäuschung. In manchem Kommentar (einige sagten das baldige Ende der Bewegung noch vor deren Inauguration voraus) konnte man aber auch so etwas wie einen leninistischen Phantomschmerz erahnen: die Sehnsucht, dass da an einem Dienstag in Berlin Yanis Varoufakis persönlich Mitgliedskarten verteilt, die dazu berechtigen, sich am kommenden Morgen beim revolutionären Gebietskomitee zu melden.

Entschuldigung, das ist jetzt etwas überspitzt formuliert. Alle Regler auf Zimmerlautstärke, könnte die Frage an die Kritiker so lauten: Was hattet ihr von anderen erwartet, das sie tun werden, damit eine Bewegung entsteht, die doch eine Angelegenheit von euch selbst sein müsste – nämlich: sich zu bewegen?

Die Volksbühne ist randvoll, wer keine Eintrittskarte mehr bekommen hat, kann sich vor Liveübertragungen hocken oder die DiEM-Sause als Public-Viewing-Event erleben. Geht so Politik, linke Politik zumal? Ja doch, verdammt. Es ist besser als jedes Attac-Plenum, als jedes Antifa-Koordinierungstreffen. Besser als jeder Parteitag ohnehin, schon weil die meisten hier besser reden können: ein melodramatisches Video zu Beginn, dann Varoufakis, Linke und Grüne aus Deutschland, Spanien, Dänemark, Portugal, Irland, Großbritannien, Kroatien. Sogar James K. Galbraith, der berühmte Ökonom, ist aus den USA zugeschaltet. Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek hält die wohl kürzeste Rede seiner Karriere. Er spricht über die Sprengkraft einer einfachen Forderung – die wie ein roter Knopf funktioniert, den man drückt und alles gerät aus den Fugen. So geht es fast bis Mitternacht.

Und auch das ist wahr: Alle sagen, was alle, die gekommen sind, schon wissen. Dieses Europa dient nicht den Bedürfnissen einer Mehrheit. Die Entscheidungen werden von wenigen hinter verschlossenen Türen und nach Logiken gefällt, die mit dieser Mehrheit nicht viel zu tun haben. Die Institutionen sichern die Herrschaft ökonomischer Partikularinteressen ab. Die Folgen: Krise, Armut, Konflikt, Aufstieg rechter Parteien, Nationalismus, vielleicht bald Schlimmeres. Die Alternative: ein Europa von unten, eines der sozialen und alltäglichen Auseinandersetzungen um Würde, Recht und Teilhabe. Eine neue Verfassung. Ein neuer Versuch. Die so sprechen, haben ihre Erfahrungen gemacht. Als Politiker, als Bürgermeister „rebellischer Städte“, als unabhängige Abgeordnete, als Aktivisten.

Und dann kommt Brian Eno. Was macht ein Weltklassemusiker an diesem Abend in der Volksbühne? Ein Mann, der mit David Bowie arbeitete und Coldplay produziert hat. Einer, der nun sagt: Er sei das letzte Mal vor 25 Jahren in Berlin gewesen, um etwas Ernsthaftes zu machen. DiEM ist also für ihn etwas wirklich Wichtiges. Warum?

Eno kommt auf die Band U2 zu sprechen, die er einst dabei begleitete, einen großen Schritt zu machen. Hin zu neuen Einflüssen, zu einem Stilwechsel. Das, was hier in der Volksbühne geschehe, sagt Eno, erinnere ihn daran: der Moment, in dem man einen Schritt zur Seite macht, in dem etwas beginnt, das man bisher nicht getan hat. Etwas, von dem niemand weiß, wie es ausgeht. „Lasst uns anfangen zu kochen. Das Rezept kommt später.“

Es ist vielleicht dieser Punkt, der zu einem wunden auf der noch so jungen DiEM-Haut geworden ist und an dem nun gekratzt und gerieben wird: Eine Hoffnung, die aus der Erfahrung eigener Schwäche und von Niederlagen gespeist ist, stößt mit Ratlosigkeit zusammen, die sich einstellt, weil man doch glaubt, alles schon einmal versucht zu haben, um die Welt zu ändern. Und: Hier wird Empathie in die Politik zurückspeist (Eno sagt, wir haben keine Antworten, aber wir haben starke Gefühle), doch diese gerät mit dem schon ziemlich abgekühlten Wissen darum in Widerspruch, dass dieser Versuch hier wohl auch scheitern wird.

Es sind dann, und das sollte man nicht als Merkwürdigkeit empfinden, ausgerechnet zwei deutsche Sozialdemokraten, die die DiEM-Vorstellung ein wenig auf den Boden der Tatsachen zurückholen.

Hans-Jürgen Urban von der IG Metall, der erstens darauf pocht, dass die angepeilte Demokratisierung nicht bloß die politische Form, die Institutionen und Verfahren erfassen darf, weil sie unvollendet bleiben wird, wenn nicht auch die Ökonomie von dieser Demokratisierung radikal ergriffen wird – was Fragen nach Eigentum und so fort aufwirft. Urban sagt zweitens, dass ein anderes Europa überall erkämpft werden muss, vor allem aber in Berlin – gegen das deutsche, auf Exportnationalismus gründende Hegemoniestreben.

Und weil das nicht nur eine Frage von Bürgermeetings in Theatern wird sein können, sondern auch eine der politischen Mehrheitsverhältnisse werden muss, kommt man auch am „alten System“ der Parteien und Institutionen nicht vorbei. Man muss es verändern.

Die das sagt, wäre in der SPD vor ein paar Jahren noch auf dem rechten Flügel eingeordnet worden. Gesine Schwan steht nun da auf dieser Bühne, die Chefin der SPD-Grundwertekommission und Ex-Präsidentschaftskandidatin, sagt, dass sie bei DiEM nicht mitmachen werde – aber auf eine Partnerschaft der vielen hofft, die noch daran glauben, dass man etwas ändern kann. Weil sonst Furchtbares droht. „Wer von Rechtsextremismus reden will, darf von Austerität nicht schweigen“, sagt Schwan in Anlehnung an Theodor W. Adorno. Und kritisiert dann die Politik ihrer Partei, besser gesagt: die der oberen Funktionäre. An der SPD-Basis, sagt Schwan, habe sie in der jüngeren Zeit niemanden getroffen, der den Kurs der Führung gutheißen würde.

Was Schwan macht, ist: ein bisschen Hoffnung. So wie DiEM. Ist das wirklich zu wenig in diesen Zeiten?

Wo ist der Ausweg aus dem Dilemma?

Zum Ergebnis der Regionalwahlen in Frankreich

*Von Elisabeth Gauthier**
aus: http://www.transform-network.net , 15.12.2015

In 13 Regionen Frankreichs fand am 6. 12. 2015 die erste und am 13. 12. 2015 die zweite Runde der Regionalwahlen statt. In sieben Regionen, wo überall bisher linke Mehrheiten regierten, hat die Sarkozy-Rechte gewonnen. In fünf Regionen haben auf der Basis der nach dem 1. Wahlgang um die Parti socialiste (PS) gruppierten Listen linke Mehrheiten gesiegt.

Ein harter Schlag für die *PS, die Grünen und die Linksfront* (Bündnis von FKP, PS-Abspaltung Linkspartei und weiteren linken Gruppen) ist der Verlust der Mehrheit in der Ile de France (der Region des Pariser Umlandes) an eine Ex-Ministerin der Sarkozy-Regierung, die offensichtlich viele Wähler/-innen der *Front national* (FN) mobilisieren konnte, obwohl diese im 2. Wahlgang mit einer eigenen Liste antrat. Das gelang mittels äußerst rechts positionierter Persönlichkeiten der Rechten als Kandidaten im 2. Wahlgang, die u.a. in der Bewegung gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aktiv waren. Das Ergebnis ist zum Teil eine Folge der bereits großen Verluste der Linken bei den letzten Gemeinderats-und Departementwahlen in dieser Region.

Im 2. Wahlgang gab es nur in fünf Regionen von 13 noch die Möglichkeit, Links und damit eine Opposition zur Rechten bzw. zur FN zu wählen.

Das Zurückziehen der Listen der PS zugunsten der Sarkozy-Rechten hatte zur Folge, dass die anderen Listen der Linken wegen des Wahlrechts, das im 2. Wahlgang nur Listen mit mehr als 10 Prozent die Teilnahme und Fusion mit anderen gestattet, ebenfalls aus der Wahl ausschieden. In vielen Regionen hatten die Unterstützer/-innen der Linken also nur die Wahl zu akzeptieren oder nicht zu akzeptieren, dass die FN die Region übernimmt.

Die Antwort der hoch mobilisierten Wähler/-innen war überall ein klares Nein, auch wenn sie gezwungen waren, einen Stimmzettel für die Rechten in die Urnen zu werfen. Die Folge ist aber auch, dass es in vielen Regionen praktisch keine linke Opposition mehr geben wird.

Immer deutlicher wird, dass die Motivation, im 1. Wahlgang FN zu wählen, sich vor allem aus der Furcht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, aus dem Zorn auf „die Politik", das politische System und die Regierung speiste, die derzeit laut Umfragen von keiner Mehrheit im Lande unterstützt wird. Diese Gründe rangierten weit vor den Themen innere Sicherheit und Migration als Antrieb für ein derartiges Stimmverhalten.

Den meisten Wähler/-innen ging es weniger um Regionalpolitik, sondern darum, ihrem Ärger über „die Politik", ihrer Frustration über die aussichtslose Lage Luft zu machen. Das trifft besonders auf das Wahlverhalten der Jugend zu.

Die Kommentare der Repräsentant/-innen der großen politischen Parteien zeigen ein gewisses Erschrecken darüber, dass es der FN gelungen ist, sich hörbar als politische Kraft für einen wirtschaftlichen und sozialen Neubeginn zu profilieren. Bei allen heißt es, man müsse die Botschaft der Wähler/-innen ernst nehmen und könne nach Inhalt und Methoden der Politik nicht so weitermachen wie bisher.

Die Demokratie ist tatsächlich schwer krank, wenn sich die FN für so viele Menschen einigermaßen glaubhaft als Antisystem-Partei profilieren und damit nahezu mehrheitsfähig werden kann. Zugleich zeigte sich im 2. Wahlgang, dass die Wähler/-innen mit dem Argument, gegen die FN eine Barriere zu errichten, mobilisiert werden können.

In vielen von der Rechten regierten Regionen wird es also keine Opposition geben. Um dem entgegenzuwirken, haben FKP, Grüne und Linksfront in Marseille / Provence / Côte d'Azur einen originellen Vorschlag gemacht: die Bildung einer selbstorganisierten, zivilgesellschaftlichen Regionalversammlung unter Teilnahme der Kandidat/-innen der gemeinsamen Ex-Liste bei den Wahlen, von Vertretern der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen, um die von Rechten und FN besetzten Regionalräte demokratisch zu kontrollieren, alternative Projekte vorzulegen und ihre eigene regionale Kooperation zu aufzubauen. Dies könnte auch ein Weg sein, um die Linke regional neu zu gründen und zu aktivieren.

Insgesamt stehen im ganzen Land wesentliche Fragen auf der Tagesordnung:

- Was wird aus der Republik, die ihren inklusiven Charakter verloren hat?
- Was für eine Linke wird gebraucht und kann aufgebaut werden, um die Politik nach Inhalt und Formen zu verändern, um Vorstellungen für ein alternatives Projekt zu entwickeln und mehrheitsfähig zu machen, um die Kräfteverhältnisse in Frankreich und in Europa zu verändern? Wie kann den Rechtspopulist/-innen eine linke Dynamik entgegengesetzt werden? Diese Fragen stellen sich der Sozialdemokratie, deren Strategie gegen die Gefahr der FN in Rückzug und Schiffbruch endete, den Grünen und allen Kräften der Linksfront.
- Dramatisch und höchst bedenklich ist die Linie der führenden Kreise der PS, die im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl alles daran setzen, einen zweiten Wahlgang zwischen den Kandidaten von PS und FN zu erreichen. Dies sei die einzige Konstellation, die in ihren Augen einen Sieg der PS ermöglichen würde. Konkret liefe das darauf hinaus, ständig die Auseinandersetzung mit der FN ins Zentrum des Geschehens rücken zu müssen und keine eigene Debatte von links zu eröffnen. Alle anderen linken Kräfte wären permanent aufgefordert, sich hinter die PS zu stellen, um die FN zu blockieren und unter Druck zu setzen. Dabei können nur die Aussicht auf einen Politikwechsel und eine neue Dynamik von Links zu einer wirklichen Mobilisierung linker Aktivist/-innen und Wähler/-innen führen.

* Elisabeth Gauthier ist am 9. Februar 2016 verstorben. Sie war Mitglied des Nationalrates der Französischen Kommunistischen Partei, langjährige Direktorin des Netzwerkes für Dialog und marxistische Forschung „Espaces Marx", Gründungs- und Leitungsmitglied des von der Partei der Europäischen Linken gesponserten Netzwerkes „transform! europe". In ihr verlieren wir eine linke Politikerin und Aktivistin von starker Überzeugungskraft und hohem Engagement. Ehre ihrem Andenken.

Die Parlamentswahlen in Spanien und die spanische Linke

Von Dominic Heilig, Journalist und Autor, Berlin[1]

Spanien wird nach dem Wahlabend vom 20. Dezember 2015 vielleicht nicht einfacher regierbar und vielleicht nicht linker, aber auf jeden Fall demokratischer. Es wird sich zeigen, wie beispielsweise nun mit der tief in Gesellschaft und Politik verankerten Korruption umgegangenen werden wird, denn das dominierende Zweiparteiensystem in Spanien ist tot. Das regional zerklüftete politische System aber besteht fort, auch und vor allem wegen des spanischen Wahlsystems. Im neuen Abgeordnetenhaus nehmen künftig Regionalparteien 26 der 300 Sitze ein. Es bleibt ein antagonistische Bild, ein zerklüftetes Land!

36,5 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, ein neues Parlament zu bestimmen. Festzuhalten bleibt, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2011 (68,94 Prozent) um über vier Prozent auf 73,21 Prozent gestiegen ist. Noch zwei Tage vor dem Urnengang waren rund ein Viertel der Wahlberechtigten unentschieden. Viele Spanier, das zeigt auch das Wahlergebnis deutlich, machen die beiden großen Parteien verantwortlich für die anhaltende Wirtschaftsmisere und die Korruptionsaffären. Viele Menschen leiden unter den Folgen der rigiden Kürzungspolitik unter dem bisherigen PP-Regierungschef Rajoy, immer mehr drohen in die Armut abzurutschen.

Die sozialdemokratische PSOE und die konservative PP (Volkspartei) erreichen gemeinsam kaum mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen und büßen zur vorherigen Wahl 2011 massiv an Zustimmung ein. Die PP verliert knapp 18 Prozent (2011: 44,6 Prozent) und erreicht 28,7 Prozent der Stimmen, während die PSOE über sechs Prozent verliert (2011: 28,7 Prozent) und nur noch auf rund 22 Prozent der Stimmen kommt. Im Vergleich zu 2008 büßten die Sozialdemokraten beinahe die Hälfte ihrer Wähler ein (2008: 43,87) und die Konservativen immerhin über elf Prozent an Zustimmung. Kamen beide Parteien 2008 zusammen noch auf 83,8 Prozent und 2011 immerhin noch auf über 73 Prozent, so sind es nun kaum mehr als 50 Prozent der Stimmen.

Auf der linken Seite des politischen Spektrums waren landesweit zwei Parteien zur Wahl angetreten – die Vereinigte Linke (Izquierda Unida – IU) mit der KP Spaniens als stärkster Kraft und die erst im März 2014 als Partei zugelassene politische Bürger- und Demokratiebewegung Podemos (Wir können).

Für die spanische Linke muss das Ergebnis – trotz des Erfolges von Podemos als politischer Senkrechtstarter mit knapp über 20 Prozent – mit Ernüchterung betrachtet werden. Besonders die Entscheidung der Podemos-Führung, sich einem gemeinsamen Wahlantritt mit der IU zu verweigern, hat einen nachhaltigen Erfolg der Anti-Austeritätsparteien maßgeblich verhindert. Denn dort, wo Podemos und IU gemeinsam antraten wie in Katalonien oder Galizien, wurden sie stärkste oder zweitstärkste Kraft. Dort wo sie getrennt und damit gegeneinander zur Wahl gingen, hat es ihnen – zumindest im Hinblick auf die komplizierte Sitzvergabe – eher geschadet. Ein Blick auf die Ergebnisse in den Regionen zeigt, dass beide im Bündnis mit den jeweiligen regionalen Partnern deutlich stärker im nationalen Parlament vertreten wären. Weil die Lage im Baskenland für beide Anti-Austeritätsparteien Podemos und Izquierda Unida vor und im Wahlkampf kein Thema war, traten dort – mit Bildu – sogar drei linke Kräfte gegeneinander an, die sich im Europäischen Parlament alle in einer gemeinsamen Fraktion (GUE/NGL) organisieren. Überraschend aber ist, dass Podemos im Baskenland stärker abschnitt als das deutlich links stehende Parteienbündnis Bildu. In Katalonien wurde das Bündnis von Podemos mit der links-grünen ICV „en comu podem“ (Gemeinsam können wir) stärkste Kraft.

Der Politikwissenschaftler Raul Zelik sieht den Kurs der linken Podemos zu Recht kritisch. Er merkt an, dass die Partei „zentrale inhaltliche Positionen aufgegeben“ habe, um sich „als verlässliche und staatstragende Reformkraft zu profilieren. Von einer Überwindung der postfranquistischen Verfassung von 1978 oder einer Opposition gegen die Austeritätspolitik der EU ist nicht mehr die Rede“, so Zelik in einer Kurzanalyse für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.[2]

Für den Politikwissenschaftler Lukas Oberndorfer war vor der Wahl „schon jetzt klar, dass die soziale Revolution der letzten Jahre die Grundpfeiler des spanischen Staates unterspült hat: Die Wurzeln des spanischen Entwicklungsmodells, welches auf einer finanzmarktgetriebenen Entwicklung des Immobilien- und Tourismussektors basiert, reichen bis in die Zeit Francos zurück“, so Oberndorfer.[3] Die Verfassung von 1978 habe dann „dem Ziel der Herstellung formaler Demokratie unter gleichzeitiger Absicherung der bisherigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse“ gedient. Dies habe Ausdruck gefunden in der „Blockierung regionaler Autonomiebestrebungen, Unterbindung einer Demokratisierung der Wirtschaft und Verstetigung der Zweiparteienherrschaft unter Aufsicht der Krone“. Mit den sozialen Auseinandersetzungen und politischen Protestbewegungen ab 2011 habe aber eine „Politisierung der spanischen Gesellschaft“ eingesetzt, die „diese drei Pfeiler des spanischen Staates zunehmend in Frage“ stellen. Ihre Alternative laufe auf einen konstituierenden Prozess hinaus: „Durch eine radikal-demokratische Debatte der Vielen über die Zukunft des Gemeinsamen sollte das ‚Vorhängeschloss von 1978‘ aufgebrochen werden.“[4]

Podemos aber fordert inzwischen nur „eine punktuelle Reform der Verfassung“, was ihren Einbruch in der Wählergunst begründen mag. Inhaltlich zunehmend unscharf emotionalisierte Podemos den Wahlkampf mit dem Ziel, möglichst viele Menschen an die Wahlurne zu bringen und verkürzte dabei die Kritik an den spanischen Herrschaftsstrukturen stark.[5] Podemos hat so den Inhalt dem Populismus geopfert. Auch deshalb wich die Hoffnung auf einen Sieg der Antiausteritätsparteien in Spanien am Wahlabend schnell.

Doch auch die linke IU, die im Bündnis „Undidad Popular“ mit ihrem charismatischen Spitzenkandidaten Alberto Garzón vor allem die sozialen Netzwerke wie kaum eine andere europäische Linkspartei nutzte, enttäuschte. Sie erreichte landesweit nur rund 3,7 Prozent der Stimmen und nur zwei Mandate, trotz eines respektablen Ergebnisses von 920 000 Stimmen (2011: 1,6 Millionen Stimmen). Die IU verlor damit über drei Prozent ihrer Stimmen im Vergleich zu 2011 (sieben Prozent) und neun ihrer elf Mandate.

Wie geht es nun weiter?

Die Regierungsbildung in Spanien ist auch zwei Monate nach diesem denkwürdigen Wahlabend vom 20. Dezember 2015, dem Tod des traditionellen Zweiparteiensystems, mehr als

schwierig und völlig offen. Weder reicht es für eine Koalition zwischen konservativer PP und rechtsliberalen Ciudadanos, noch für eine Koalition zwischen PSOE, Podemos, IU und weiteren regionalen Linksparteien.

Je länger das Tauziehen um eine Regierungsbildung andauert, desto wahrscheinlicher werden Neuwahlen, denn die PSOE hat es bislang ausgeschlossen als Juniorpartner in einer Koalition unter Rajoy zur Verfügung zu stehen. Gleichzeitig gestalteten sich die Gespräche für eine Minderheiten-Linksregierung schwierig, da Podemos das Selbstbestimmungsrecht der Regionen, wie Katalonien, zur Bedingung einer Zusammenarbeit gemacht hat, was die PSOE nicht mittragen kann. In Letzterer gibt es nach wie vor starke nationalistische Tendenzen, die schwerer wiegen als die Beendigung der Austeritätspolitik in Spanien. Das linke Regionalbündnis „en comun podem“ aber würde niemals eine Regierung tragen, die ein Referendum in Katalonien ablehnt.

Seit dem 13. Januar 2016, der ersten konstituierenden Sitzung des Parlaments in Madrid, läuft nun die 60-Tage-Frist zur Wahl eines Regierungschefs. Verstreicht diese, kommt es unweigerlich zu Neuwahlen.

Unter der Führung von IU fanden seit Mitte Februar Gespräche über die Bildung einer linken Minderheitsregierung mit Podemos und der PSOE statt. Doch sind diese faktisch Ende Februar schon wieder gescheitert, nachdem die PSOE und die rechtsliberalen Ciudadanos zu einer Übereinkunft über die Bildung einer Regierung gekommen waren. Ein Ende der Austeritätspolitik ist damit nicht in Sicht. Vielmehr wurde eine Tür ins konservative Lager geöffnet. Dies provozierte Podemos und IU zum Verlassen des Verhandlungstisches. Die konservative PP aber hat ausgeschlossen, sich bei der Wahl eines Regierungschefs zugunsten der PSOE zu enthalten. So ist nicht einmal die Bildung einer Minderheitsregierung möglich, deren längerfristiges Überleben, ganz gleich in welcher Konstellation, sowieso fragwürdig wäre.

Eine „portugiesische Lösung“, um quasi in letzter Minute die Spaltung der Linken vor der Wahl zumindest nach der Wahl aufzuheben, ist rechnerisch nicht möglich. Der rote Frühling, der Anfang 2015 mit Syriza eingeläutet wurde, ist damit am Ende des Jahres in einem dunklen Winter stecken geblieben.

1 Dies sind Auszüge aus einer größeren Wahlanalyse. Den vollen Text siehe http://dominic.linkeblogs.de

2 Vgl. Zelik, Raul, in: http://www.rosalux.de/news/41986/die-interessantesten-wahlen-seit-ueber-30-jahren.html

3 Vgl. Oberndorfer, Lukas: http://mosaik-blog.at/wahlen-in-spanien-die-alte-ordnung-wankt/

4 Vgl. Ebd.

5 Vgl. Ebd.

Eine Regierung gegen die Armut

Portugals vorsichtige Abkehr von der Austeritätspolitik

Von Heinz Bierbaum, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN, und Andreas Günther, Leiter des Bereiches Internationale Politik in der Bundesgeschäftsstelle, aus: Disput, Januar 2016

Die Wahlen in Portugal am 4. Oktober 2015 endeten in mehrfacher Hinsicht überraschend. Einerseits gelang es der oppositionellen sozialdemokratischen PS nicht, die angestrebte absolute Mehrheit zu gewinnen, andererseits konnte die regierende Rechtsallianz die ihre auch nicht verteidigen. Angesichts einer rechnerischen Mehrheit für die breitere politische Linke kam in der europäischen und deutschen Linken bereits Hoffnung auf eine weitere Linksregierung in Europa auf. Grund genug, an Ort und Stelle Gespräche mit den Akteuren zu suchen. Die Gespräche zeigten: Es geht zunächst um einen Stopp der Verarmung, um nicht mehr, aber auch um nicht weniger.

In Portugal wurde eine Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei (PS), die von den linken Parteien Linksblock (BE), Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) und Grünen unterstützt wird. Wegen des Wahlergebnisses benötigte jede der großen Parteien zur Regierungsbildung Partner. Eine überraschende, aber sich bereits früh abzeichnende Regierungsbildung durch Übereinkunft zwischen der PS und den Linksparteien wurde zunächst vom Präsidenten Portugals mit allen Mitteln abzublocken versucht. Letztlich konnte er sie aber nicht verhindern.

Für die Linke war klar, dass sie eine Minderheitsregierung der PS nur unterstützen würde, wenn damit auch ein Politikwechsel verbunden ist. Im Unterschied zu ihrer bisherigen politischen Praxis akzeptierte dies die PS, was durch den neuen Generalsekretär António Costa erleichtert wurde. Zentrales politisches Anliegen der von der Linken unterstützten neuen Regierung ist die Bekämpfung der Armut – „eine Regierung gegen die Armut“, wie es die Vorsitzende des BE, Catarina Martins, formuliert. Grundlage sind eine Reihe von Vereinbarungen und Verständigungen zwischen PS und BE einerseits sowie PS und PCP sowie Grünen andererseits. Seitens der Linksparteien wird betont, dass es sich bei der neuen Regierung um keine Linksregierung handle. Es sei eine Regierung der PS, die eine Reihe von Maßnahmen zur Abkehr von der Austeritätspolitik und zur Bekämpfung von deren schlimmsten Auswirkungen zugesagt habe.

Aber auch auf anderen Gebieten zeichnen sich fortschrittliche Akzente ab. Schon vor der Regierungsbildung hat die linke Mehrheit Verschärfungen im Abtreibungsrecht rückgängig gemacht und die Adoption für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt.

Bei den Vereinbarungen geht es im Wesentlichen um drei Felder: Beendigung der Lohn- und Rentenkürzungen, moderate Wiederherstellung gekürzter Leistungen und von Arbeitnehmerrechten (Tarifverträge) sowie Stopp von Privatisierungen. So sollen der Mindestlohn wieder auf 600 Euro erhöht, die Lohnkürzungen gerade im öffentlichen Bereich wieder rückgängig gemacht und Sozialbeiträge für niedrigste Einkommen verringert werden. Insgesamt soll ein Aktionsplan gegen Prekarisierung aufgestellt werden. Auch soll die Steuerpolitik dahingehend verändert werden, dass wesentliche

Steuererleichterungen für Unternehmen zurückgenommen werden, Arbeitnehmer weniger belastet werden und auch das Gastgewerbe entlastet wird. Die sozialen Funktionen des Staates sollen wieder gestärkt und die öffentlichen Dienstleistungen insbesondere im Bereich Gesundheitswesen, Bildung, soziale Sicherheit und Kultur verbessert werden.

Hoffnung geben

Das Regierungsprojekt mit konkreten Verbesserungen ist vor allem wichtig, um den Menschen wieder Hoffnung zu geben. Seit geraumer Zeit sind die sozialen Bewegungen weitgehend zum Erliegen gekommen. Depression und Hoffnungslosigkeit haben sich breitgemacht. Eine halbe Million Menschen haben seit Beginn der Krise das Land verlassen, bei einer Bevölkerung von circa 10,3 Millionen ein großer Verlust. Auf der anderen Seite ist die breite Unterstützung durch die Bevölkerung für den Erfolg der neu ausgerichteten Politik unabdingbar. Deshalb ist es notwendig, dass die Menschen wieder Mut fassen und die politischen Maßnahmen durch soziale Bewegungen unterstützt werden.

Im Hinblick auf die Art und Weise der Umsetzung der Maßnahmen – ob schrittweise oder sofort – existieren durchaus Unterschiede zwischen den Parteien, wie überhaupt die Verständigung untereinander schwierig ist. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis von BE und PCP. Gemeinsame Treffen aller vier Parteien (PS, BE, PCP, Grüne) gibt es nicht. Bereitschaft besteht lediglich zur unmittelbaren Vorbereitung der Parlamentsarbeit. BE und PS haben sich auf die Bildung von Arbeitsgruppen geeinigt, um Lösungen für die von ihrer Vereinbarung noch nicht abgedeckten Fragen zu finden.

Trotz der erreichten Fortschritte bei der Abkehr von der Kürzungspolitik mit ihren verheerenden Auswirkungen bleibt die Situation schwierig. Dies liegt nicht nur an der fragilen politischen Basis der Minderheitsregierung, sondern vor allem an den nach wie vor großen Problemen im Finanzsektor und der Unsicherheit bezüglich der Reaktionen der EU-Institutionen. Aktuell befindet sich die Bank Banif in einer erheblichen Schieflage mit dem Risiko hoher Verluste für den Staat. Gegen Portugal läuft weiter ein Defizitverfahren, und es ist nicht absehbar, ob, und wenn ja, welche Maßnahmen die EU-Kommission der Regierung auferlegt. Man hegt eine gewisse Hoffnung auf eine Veränderung des europäischen Umfeldes dadurch, dass die Schwierigkeiten großer Volkswirtschaften wie Italien und Frankreich mit ihren Haushaltsdefiziten zu einem Umdenken in der Defizitfrage führen würden. Das ist freilich äußerst unsicher. Einen Diskussionspunkt in diesem Zusammenhang stellen der Euro und das europäische Währungssystem dar. Unabhängig von der Frage, ob es reformiert werden kann oder mit ihm gebrochen werden muss, sind sich BE und PCP darin einig, dass man auf einen eventuell notwendigen Ausstieg aus dem Euro vorbereitet sein müsse. Seitens der Kommunisten wird diese Frage vor allem mit der Forderung nach einer Rückgewinnung der nationalen Souveränität verbunden.

Erste Schritte

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass aufgrund der spezifischen Konstellation, bei der die Sozialisten nur eine Minderheitsregierung mit Zugeständnissen an die Linke bilden konnten, Chancen für eine Abschwächung der Austeritätspolitik bestehen. Konkrete Schritte zur Bekämpfung der Armut sind eingeleitet. Für die weitere Perspektive ist entscheidend, ob es damit gelingt, der verbreiteten Depression entgegenzuwirken und die aktive Unterstützung der Bevölkerung für politische Veränderungen zu gewinnen. Freilich bleibt die Situation kritisch. Noch ist nicht klar, wie die EU-Institutionen reagieren werden. Dies wird nicht zuletzt von der Entwicklung in Europa insgesamt abhängen. Der Ausgang der Wahlen in Spanien dürfte mithelfen, dass die vorsichtige Abkehr von der Austeritätspolitik in Portugal fortgeführt werden kann. Insgesamt bedarf es unser aller Solidarität, damit das Projekt ein Erfolg wird und so die Bedingungen für eine Änderung der europäischen Politik verbessert werden.

Zur politischen Lage in Polen

Von Oliver Schröder, stellvertretender Leiter des Bereichs Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Nach ihrem Sieg bei der Parlamentswahl vom 25. Oktober 2015 hat die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit dem Gesetz zur Reform des Verfassungsgerichts und dem neuen Mediengesetz Veränderungen eingeführt, die nicht nur von Brüssel und Berlin, sondern zuallererst von vielen Polinnen und Polen als Bedrohung der Demokratie wahrgenommen werden. Gegen den Kurs der PiS formiert sich breiter Widerstand, besonders in Form des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (KOD), welches bereits mehrere Großdemonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmern gegen die von der PiS eingeleiteten Maßnahmen organisiert hat und eine sehr aktive Kampagne in den sozialen Netzwerken führt. Diese Information ist das Ergebnis von Gesprächen, die der Leiter des Bereichs Internationale Politik, Andreas Günther, und ich Ende Januar 2016 mit Vertreter/-innen der polnischen Linken und der liberalen Partei führten.

Das Ergebnis der Parlamentswahl

Nur knapp 51 Prozent der Polinnen und Polen entschieden effektiv über die Zusammensetzung der beiden Häuser des Parlaments. PiS erreichte in Sejm und Senat eine absolute Mehrheit, und zum ersten Mal in der Geschichte der Dritten Polnischen Republik hat das Land jetzt eine von nur einer Partei getragene Regierung. Die bisherigen Regierungsparteien Bürgerplattform (PO) und Polnische Bauernpartei (PSL) stürzten ab (-15 Prozent und -3 Prozent). Die Linken (einschließlich Sozialdemokratie) verpassten zum ersten Mal den Einzug ins Parlament: Ihr Wahlbündnis Vereinte Linke unter Führung des Bundes der Demokratischen Linken (SLD) scheiterte mit 7,6 Prozent der Stimmen knapp an der für Bündnisse geltenden 8-Prozent-Sperrklausel. Die neue Partei Razem (Gemeinsam) errang mit 3,6 Prozent einen Achtungserfolg. Mit 8,8 Prozent zog die neue rechtspopulistische Partei Kukiz 15 in den Sejm ein. Insgesamt stellt die Wahl vom 25. Oktober einen deutlichen Rechtsruck dar.

Kontroverse Gesetze der PiS-Regierung

Reform des Verfassungsgerichts

Das von Präsident Duda unterzeichnete Gesetz regelt die Tätigkeit des Verfassungsgerichts neu. Für alle Entscheidun-

gen des Gremiums wird künftig eine Zweidrittelmehrheit statt wie bisher eine einfache Mehrheit notwendig. Beschlussfähig ist es jetzt erst bei Anwesenheit von dreizehn statt bisher neun der 15 Verfassungsrichter. Da eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen so gut wie nie erreicht werde, sagen Kritiker, falle damit eine Kontrollinstanz der Regierung weitgehend aus.

Personalunion von Generalstaatsanwalt und Justizminister
Nicht nur die Funktion des Generalstaatsanwalts soll künftig vom Justizminister übernommen werden, auch alle Staatsanwaltschaften werden dem Justizministerium unterstellt. Dies ermöglicht es diesem, bei jeder Ermittlung zu intervenieren.

Reform der öffentlich-rechtlichen Medien
Im Eilverfahren wurde die Ernennung und Abberufung der Chefs der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten neu geregelt. Von nun an werden die Entscheidungen direkt von der Regierung getroffen statt wie bisher durch ein Auswahlverfahren des Nationalen Rundfunkrates. Nach Inkrafttreten laufen die Mandate sämtlicher Führungsmitglieder dieser Medien aus und werden vom Schatzminister neu besetzt. Folgen sind nicht nur die direkte Kontrolle der Medien durch den Staat, sondern auch die Entlassung namhafter Journalisten aus politischen Gründen und eine Berichterstattung zugunsten der amtierenden Regierung. Eine weitere Änderung wurde von PiS-Chef Kaczynski bereits angekündigt: Die Öffentlich-Rechtlichen sollen einem von der Regierung ernannten Nationalen Medienrat unterstellt werden. Das neue Mediengesetz trat zum Jahreswechsel in Kraft. Seitdem baut die seit Mitte November regierende Partei die öffentlich-rechtlichen in „nationale“ Medien um. Die Führungsriege der Anstalten wurde ausgetauscht. Die Europäische Kommission beschloss am 13. Januar ein Rechtsmittelverfahren gegen Polen, mit dem der Demokratie-Standard des Landes überprüft werden soll.

Ausweitung der staatlichen Kontrolle über das Internet
Mit Hilfe dieses mit großer Mehrheit verabschiedeten Gesetzes erlangen Geheimdienste und Polizei dauerhaften Zugriff auf verschiedene Metadaten, ohne dass es der Zustimmung der Provider oder strenger richterlicher Kontrolle bedarf.

Weitere Entscheidungen
Spitzenposten in Verwaltung, Justiz, Staatsbetrieben und Militär: Fünf gerade erst erfolgte Ernennungen von Richtern des Verfassungsgerichts wurden für ungültig erklärt und die Vakanzen mit regierungskonformen Richtern neu besetzt. Die Chefs der Geheimdienste, der Polizei und der Antikorruptionsbehörde wurden ausgetauscht. Auch das Bildungswesen soll umgestaltet werden.

Die aktuelle Situation

Einig waren sich alle Gesprächspartner darin, dass Druck seitens der EU oder aus Deutschland die Position der PiS nicht verändern wird. Unterschwellig sammle sie mit einer Argumentation, „Gestern wurden wir von der Sowjetunion, heute werden wir von der EU bevormundet“, bei vielen Polen Punkte. Die PiS sei entschlossen, ihre Pläne durchzusetzen. Eine Kurskorrektur auf Druck von außen gilt als unwahrscheinlich. Nur Widerstand aus der Gesellschaft könne Erfolg haben. Das KOD sei eine Plattform, die man unterstützen könne (was Persönlichkeiten aus der SLD, der liberalen Partei und andere bereits tun). Allerdings handle es sich hier nicht um ein linkes Projekt, die dominierende politische Stoßrichtung sei der Liberalismus.

Die PiS nimmt eine Spaltung der Gesellschaft in Kauf und kanzelt die Protestbewegung ab, die besonders in Opposition zum Mediengesetz gewachsen ist. Jaroslaw Kaczynski, der nach Einschätzung aller nach wie vor das Mastermind der PiS ist und alle Fäden in der Hand hält, nannte die Protestierenden „schlechte Polen“ und warf ihnen vor, das Heimatland im Ausland zu denunzieren. Ein Erfolgsrezept der PiS ist, dass sie sich erfolgreich als Sprachrohr der „normalen“ Polen darstellt und sich, obwohl selbst Teil der politischen Elite, als Anti-Eliten-Partei verkauft. Die Identität der PiS kreist um die Begriffe Heimatland, Katholizismus und Konservatismus. Die plurale Gesellschaft, die sich seit 1990 herausgebildet hat, lehnt die PiS ab. Auf der anderen Seite verfolgt die Partei eine soziale Agenda, die zwar bescheidener Natur ist, die sie aber in der konkreten Situation Polens zur Vertreterin der einfachen Leute macht. Die Regierung plant die Einführung eines Kindergeldes von 500 polnischen Złoty (PLN), circa 125 Euro, pro Kind. Mittelfristig ist die Einführung einer Sozialhilfe geplant. Die Finanzierung soll vor allem durch eine effizientere Steuereintreibung gewährleistet werden, aber es sind auch kleinere Elemente von Umverteilungspolitik zu erkennen – so die Bankensteuer: Laut neuem Gesetz müssen ab dem 1.2.2016 die Banken (polnische Banken wie Filialen ausländischer Banken), Versicherungsfirmen und Geldverleihinstitutionen eine Steuer in Höhe von 0.44 Prozent ihrer Aktiva abführen. Diese wird allerdings erst oberhalb eines Freibetrages von 4 Milliarden PLN (1 Milliarde EUR) fällig. Für Versicherungen beträgt der Freibetrag 2 Milliarden PLN (500 Millionen EUR), für den Geldverleih 200 Millionen PLN (50 Millionen EUR). Die Regierung betont, dass die zusätzlichen Staatseinnahmen vor allem in den Sozialhaushalt fließen sollen.

Polen ist das einzige osteuropäische Land, das sich eines jahrelangen konstanten Wirtschaftswachstums erfreuen konnte. Auch die Finanzkrise ab 2008 überstand das Land gut. Allerdings gehörte der Aufbau eines Sozialstaates nicht zu den politischen Zielen, vielmehr sind prekäre Arbeit (für bis zu 3,6 Millionen Polen) und fehlende soziale Absicherung Teil des Lebens der Polinnen und Polen. Das Programm der PiS stellt hier eine gewisse Umkehr dar. Ein prominenter Linker fasste seine Haltung der PiS gegenüber so zusammen: Kulturell stehe die Partei gegen alles, was er befürworte. In der sozialen Frage hingegen sei sie fortschrittlicher als die zuvor regierende liberale Bürgerplattform (PO), was ein bestimmtes Dilemma darstelle.

Die polnische Linke

Polen steht zum ersten Mal seit 1990 ohne linke Parlamentsvertretung da. Das Wahlbündnis Vereinte Linke verpasste den Einzug in den Sejm ebenso wie die neugegründete Partei Razem. Trotzdem ist die Situation nicht hoffnungslos, da es nach wie vor ein linkes Wähler/-innenpotential gibt und mit Razem eine unverbrauchte, neue Bewegung ins Spiel gekommen ist. Darüber hinaus ist die Situation der polnischen Linken kompliziert – das erst unmittelbar vor der Wahl geschlossene Bündnis Vereinte Linke besteht aus sechs Parteien:

- Bund der demokratischen Linken (SLD), 1991 gebildete, sozialdemokratische Nachfolgepartei der früher regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei
- Deine Bewegung (TR), 2011 aus der liberalen Bürgerplattform (PO) hervorgegangene linksliberale Partei
- Polnische Sozialistische Partei (PPS), 1892 in Paris gegründete sozialistische Partei von Exilpolen, die sich am Erfurter Programm der SPD orientierte, während der VR Polen ein Schattendasein fristete und sich nach der Wende neu konstiuierte
- Arbeitsunion (UP), 1992 aus der Bewegung Solidarność heraus gegründete linkssozialdemokratische Partei
- Partei Die Grünen (PZ), 2004 gegründete grüne Partei
- Polska Partia Pracy, 2001 gebildete, dem Selbstverständnis nach klassisch sozialistische Partei.

Nach dem überaus knapp verpassten Einzug in den Sejm wurde das Wahlbündnis zunächst aufgelöst, der Kontakt soll aber weiterhin bestehen bleiben.

Die neue Partei Razem (Gemeinsam) ist nicht nur optisch an Podemos angelehnt. Wie bei dem spanischen Vorbild kommen ihre Gründer aus der gut ausgebildeten Mittelschicht, die sich trotz ihrer guten Ausbildung Arbeitslosigkeit oder „Schrottverträgen" gegenüber sehen. Die Einführung eines Mindestlohnes, die 35-Stundenwoche, ein leichterer Zugang zu Gewerkschaften und eine Steuerbelastung von 75 Prozent bei Besserverdienenden (ab 125 000 Euro jährlich) gehören zu ihren Forderungen.

Die Frage nach Gemeinsamkeiten oder einer möglichen gemeinsamen Perspektive für die beiden zur Wahl angetretenen Linksformationen, welche mehr als 10 Prozent der Stimmen gewannen, wurde von beiden Seiten eindeutig abschlägig beschieden: Der Vorwurf einer Dominanz von New Labour Policies steht gegen den Anwurf unreifen Sektierertums. In Bezug auf die SLD, die noch vor gut zehn Jahren über eine absolute Mehrheit verfügte und unter Leszek Miller eine klar neoliberale Politik betrieben hat, ist der Vorwurf nachzuvollziehen, zumal sich die Partei nur aus dem Bewusstsein der eigenen Schwäche heraus zum Wahlbündnis Vereinte Linke bereitfand. Insbesondere die Entwicklung von Razem bleibt spannend, da die junge Partei noch viele ihrer Positionen bestimmen muss und zum ersten Mal in den Genuss staatlicher Wahlkampfkostenrückerstattung kommt. An der linken Basis ist durchaus auch zu hören, dass die polnische Linke nicht nur im Widerstand gegen das undemokratische Agieren der PiS Gemeinsamkeiten habe. Das Entscheidende sei, die sozialen Kämpfe zusammen anzugehen, beispielsweise den Widerstand gegen die Zwangsräumung von Wohnungen zu organisieren.

Die Flüchtlingsfrage

Die Regierung der Bürgerplattform hatte sich bereit erklärt, jährlich 7 000 Flüchtlinge aufzunehmen. Die neue Ministerpräsidentin Beata Szydlo lehnte diese Zahl umgehend ab, und brachte die symbolische Zahl von 400 ins Spiel. Dahinter steckt der politische Wille, in der Frage der Verteilung der Flüchtlinge nicht als Totalverweigerer dazustehen. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus muslimisch geprägten Ländern lehnt die PiS indessen kategorisch ab. Die Arbeitsmigranten aus der Ukraine oder Belorussland stellen nicht das Problem dar, da ihnen keinerlei Sozialleistungen gewährt werden.

In der Flüchtlingsfrage wird PiS im Parlament von Kukiz 15 „rechts überholt": Die neue Partei, als rechte Anti-Establishment Partei von einem populären Rockmusiker gegründet, fordert ein Referendum über die Aufnahme von Flüchtlingen. Die polnische Verfassung lässt eigentlich nur Referenden in staatspolitischen Fragen zu, aber derzeit läuft in Polen eine Diskussion darüber. In der Debatte dominieren stark ablehnende Positionen, und das Agieren der Bundesrepublik wird als schlechtes Beispiel angeführt. Die Gegner einer Aufnahme von Flüchtlingen können sich derzeit auf eine Bevölkerungsmehrheit von gut 70 Prozent stützen. Ein Grund für die eindeutige Ablehnung besteht wohl auch in dem Umstand, dass die Polinnen und Polen keine Sozialhilfe kennen – eine Versorgung von Flüchtlingen auf Staatskosten erscheint vielen als ungerecht.

Vor dem Neuaufbau in stürmischer Zeit

Von Holger Politt, Warschau

Der auffallende Rechtstrend in Polen wird seit den Parlamentswahlen Ende Oktober 2015 durch die aktuelle Regierungspolitik fast täglich unter Beweis gestellt. Umso schmerzlicher wirkt die katastrophale Niederlage der Linkskräfte nach, die zwar insgesamt elf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen erreicht hatten, dennoch keinen einzigen Abgeordnetensitz erlangen konnten.

Viele Jahre waren sie wie Feuer und Wasser. Jetzt sind alle gewichtigen Unterschiede zwischen den beiden grundlegenden Richtungen linksgerichteter Politik in Polen nur noch Geschichte. Die einen waren überall präsent, die anderen nicht. Doch im Augenblick ist alles, was in Polen links genannt werden will, gleichermaßen an den Rand gedrängt – egal nun, ob mit einer gemäßigten oder mit einer grundsätzlicheren Färbung. Um Polens Linke auf die große politische Bühne zurückzuführen, wird es womöglich Jahre brauchen.

Noch ist der Schock nicht überwunden, den die Wahlniederlage bei denjenigen hervorgerufen hat, die an die parlamentarische Vertretung wie an etwas Selbstverständliches gewöhnt waren. Nach 1989/90 hatte ein sehr aktiver Kern von talentierten Politikern, die aus der einstigen Einheitspartei PVAP hervorgegangen waren, Polens Politik mitbestimmt. Sehr schnell stellten sich sogar kaum für möglich gehaltene Erfolge ein, wurden sie in der breiten Öffentlichkeit doch immer als Postkommunisten, also als Schmuddelkinder gebrandmarkt. Leuten wie Aleksander Kwaśniewski, Józef Oleksy, Włodzimierz Cimoszewicz oder Leszek Miller gelang es jedoch, größere und vor allem stabile Wählerschichten um ein sozialdemokratisches Projekt zu scharen, das gegenüber dem sich immer mehr zerfasernden einstigen „Solidarność"-Lager durch relative Geschlossenheit auffiel. Spätestens mit dem ersten Achtungszeichen von 1993, als das linksgerichtete Bündnis SLD (Demokratische Linksallianz) zur stärksten Fraktion im Sejm aufstieg, und mit dem Paukenschlag von 1995, als Kwaśniewski sich in der Stichwahl gegen den Amtsinhaber Lech Wałęsa durchsetzen konnte und Staatspräsident wurde, war allen klar, dass diese ungeliebten Postkommunisten das linke Spektrum für lange Zeit beherrschen werden.

Das spürten auch diejenigen, die wie Ryszard Bugaj oder Piotr Ikonowicz vergeblich versuchten, auf Arbeiterbasis eine erfolgreiche linke Strömung innerhalb der „Solidarność“-Tradition aufzubauen. Bugaj stellte sich konsequent gegen die SLD, wollte mit ehemaligen PVAP-Leuten nichts zu tun haben. Zumindest 1993 gelang das im Ansatz, als die Union der Arbeit (UP) ins Parlament einzog. Später konnten Abgeordnetenmandate allerdings nur noch durch Schulterschluss mit der SLD gesichert werden, wofür sich die kleine UP entschied, so dass Bugaj die von ihm mitbegründete Partei verließ und von der großen politischen Bühne verschwand. Ikonowicz versuchte es auf unterschiedlichen Wegen, wollte die Polnische Sozialistische Partei (PPS) zu einer solchen Kraft aufbauen, wobei er das Bündnis mit der SLD zunächst in Kauf nahm, um wenigstens die parlamentarische Bühne nutzen zu können. Als Miller 1999 die SLD zur Partei umwandelte und diese schließlich in ihrer Mehrheit das NATO-Vorgehen im ehemaligen Jugoslawien akzeptierte, trennten sich die Wege. Auch Ikonowicz verschwand für immer von der großen Bühne und profilierte sich alsdann zu Polens bekanntestem Sozialrebellen, dessen politischer Einfluss aber begrenzt blieb.

Seit 2001, als die SLD im Bunde mit der UP knapp an der absoluten Mehrheit im Sejm vorbeischrammte, gab es für lange Jahre keine linksgerichtete Kraft mehr, die es als bewusste Alternative zur SLD mit einem Parlamentseinzug geschafft hätte. Es ging, wenn überhaupt, immer nur im Schlepptau der Linksdemokraten. Erst 2011 wurde dieses Monopol gebrochen – durch Janusz Palikot. Der umtriebige Liberale brach mit der regierenden Bürgerplattform (PO), gab sein Abgeordnetenmandat zurück und schaffte eine kleine Sensation. Mit einer strikt linksliberal ausgerichteten Liste bekam er auf Anhieb zehn Prozent der abgegebenen Wählerstimmen, mehr als die SLD. In wichtigen Verfassungsfragen wie der Trennung von Staat und Kirche oder der rechtlichen Gleichstellung von Minderheitengruppen überholte er die SLD sogar von links, weil er konsequenter und hartnäckiger die Einhaltung des Verfassungsgeistes forderte. Zudem konnte er Hunderttausende Wählerstimmen junger Menschen binden, was nicht wenige Beobachter an Kwaśniewskis Triumphzug von 1995 erinnerte, als dieser mit der Losung „Wir wählen die Zukunft“ vor allem bei jüngeren Wählerschichten überdurchschnittlichen Rückhalt gefunden hatte.

Vor fünf Jahren hatten Polens Linkskräfte zusammengerechnet noch fast 20 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen bekommen. Bei den nächsten Parlamentswahlen 2015 war dieser Anteil nahezu halbiert. Die SLD und die Palikot-Leute traten gemeinsam an und holten außerdem noch weitere, kleinere Gruppierungen an Bord, darunter die UP und die PPS. Als Vereinigte Linke sollten die Wählerstimmen gebündelt werden, um wenigstens den Parlamentseinzug zu sichern. Weil aber die einzelnen Parteien in diesem Wahlbündnis kenntlich bleiben wollten und wohl auch mussten, denn nur so konnte man auch weiterhin mit der dringend benötigten staatlichen Parteienfinanzierung rechnen, musste aber laut Wahlgesetz eine höhere Achtprozenthürde übersprungen werden, woran man schließlich knapp scheiterte.

SLD und Palikot-Liste zusammengerechnet verloren gegenüber 2011 also fast 13 Prozentpunkte, ein dramatischer Wert, denn im Grunde blieb vor allem das weiter in die Jahre gekommene und immer mehr zusammenschmelzende SLD-Wahlvolk noch treu. Wäre die SLD alleine angetreten, hätte sie mit ihren übriggebliebenen Stammwählern die Fünfprozenthürde wahrscheinlich übersprungen. Zugewinne hingegen aus neuen und vor allem jüngeren Wählerschichten blieben aus. Die Vereinigte Linke wurde weithin nicht als Ausdruck für einen neuen, linksgerichteten Aufbruch angenommen, sondern als eine Notgemeinschaft von Gescheiterten gesehen, die zu retten suchten, was noch zu retten war. Daran konnte auch Barbara Nowacka wenig ändern, die Spitzenkandidatin des gescheiterten Parteienbündnisses. Ex-Staatspräsident Kwaśniewski meinte hinterher, es wäre besser gelaufen, wenn die Präsidentschaftswahl im Frühjahr genutzt worden wäre, die Spitzenkandidatin landesweit bekannter zu machen. Doch damals gingen erstens fast alle davon aus, dass Amtsinhaber Bronisław Komorowski die Wiederwahl bereits sicher in der Tasche habe, und zweitens hatten sich Miller und Palikot längst noch nicht auf die Vereinigte Linke und einen gemeinsamen Kandidatenvorschlag einigen können.

Im zusammengerechneten Ergebnis für Polens linksgerichtete Kräfte entfiel bei den jüngsten Parlamentswahlen ein gutes Drittel der Stimmen auf die erst im letzten Jahr frisch ins Leben gerufene Partei Razem (Gemeinsam). Hier fanden sich in erster Linie diejenigen, die auf gar keinem Fall mit der SLD zusammengehen wollten. Die an Jahren noch gar nicht so alten Mitstreiter suchten die Linie zu erneuern, die einst Bugaj begründet hatte. Gründe für einen solchen Affront ließen sich viele anführen, das Sündenkonto der Linksdemokraten ist lang. Hauptzielscheibe war dabei Miller, der wie kein anderer Glanz und Elend dieser Formation verkörpert. Als Ministerpräsident in den Jahren 2001 bis 2004 verwies er gerne auf die unsichtbare Hand des Marktes, wenn es soziale Ungerechtigkeiten oder überhaupt mangelnde Sozialpolitik zu verteidigen galt. Ein bekannter Publizist meinte kürzlich sogar, unter Millers Fittichen hätte sich eine Linke der Imitate herausgebildet, die nun zum Glück gescheitert sei.

Insofern vertritt Razem natürlich die waschechte Linke, die viele Vorbilder aus anderen Gegenden Europas aufzunehmen sucht und zugleich am Stolz auf die „Solidarność“-Bewegung nicht rütteln will, weil es ja zuallererst ein Arbeiteraufstand gewesen sei, der den richtigen politischen Gegner traf. Auch deshalb wurde Jacek Kuroń zum eigentlichen Vorbild für die angriffslustige, radikal-alternative Linke. Dieser hatte 1964 mit einem offenen Brief (gemeinsam mit Karol Modzelewski verfasst) die PVAP-Führung provoziert, so dass kurz danach seine Karriere als einer der am längsten im Gefängnis sitzenden politischen Gefangenen der VR Polen begann, engagierte sich aktiv bei den Arbeiterunruhen 1976 und 1980/81, trat schließlich als Arbeitsminister in die Regierung von Tadeusz Mazowiecki ein, die Polens Neuanfang nach der Wende symbolisierte. Nach den ersten Erfahrungen der sozialen Auswirkungen der wirtschaftlichen Rosskur, der sich das Land unterziehen musste, ging er allmählich zu globalisierungskritischen Positionen über, wurde am Ende seines Lebens zum wichtigsten Fürsprecher dieser bunten internationalen Bewegung in Polen.

Unverkennbare Sympathien zeigte Razem in der Wahlkampagne für Syriza in Griechenland und für Podemos in Spanien. Zugleich wurde darauf verzichtet, einen oder mehrere Spitzenkandidaten aufzustellen, weil die junge Partei sich im Unterschied zu den anderen Listen und insbesondere zur Vereinigten Linken als basisdemokratische Bewe-

gung darzustellen suchte. Erst das strenge Format einer Fernsehdebatte zwang die Partei, doch nur einen Vertreter zu entsenden. Adrian Zandberg, etwa im gleichen Alter wie Barbara Nowacka, wurde hinterher als die Entdeckung der Debatte und damit der gesamten Wahlkampagne gefeiert. Tatsächlich gelang es ihm, das der globalisierungskritischen Bewegung entlehnte Razem-Motto gekonnt unter die Leute zu bringen: Eine andere Politik ist möglich.

Selbst die „Gazeta Wyborcza“, noch immer das liberale Flaggschiff im Lande, kam anschließend nicht umhin, den sprichwörtlichen Hut zu ziehen, sei doch zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit der komplizierte Zusammenhang zwischen höheren Staatseinnahmen auf der einen und höheren Staatsausgaben auf der anderen Seite gekonnt dargestellt worden, anders als bei den Hohepriestern vom schlanken Staat und niedrigen Steuern sonst üblich. Damit kaufte er auch Barbara Nowacka klar den Schneid ab. Hinterher gab es nicht wenige, die meinten, dass Razem die Fünfprozenthürde übersprungen hätte, wenn Zandberg von Anfang an das klar erkennbare Gesicht der Wahlkampagne gewesen wäre. Tatsächlich waren die Umfragewerte vor der Fernsehdebatte kümmerlich, selbst die Dreiprozenthürde, die gilt, um in den Genuss staatlicher Parteienfinanzierung zu kommen, schien außerhalb jeder Möglichkeit. Schließlich wurden es fast vier Prozent, die am Wahlabend entsprechend gefeiert wurden, denn nunmehr eröffnet sich vor der Partei die Perspektive, landesweit Strukturen mit festen Anlaufpunkten aufbauen zu können. Dies ist eine der dringendsten Aufgaben für die junge Partei im Jahr 2016.

Mehr noch als das eigene gute Abschneiden wurde am Wahlabend allerdings die Niederlage der Vereinigten Linken, also der gemäßigten linken Richtung bejubelt. Für Miller und Konsorten habe man sich als überzeugte Linke immer schämen müssen, hieß es noch auf der Wahlparty. Und ganz wie bei den Rechten im Lande gab es auch unter den Razem-Leuten Stimmen, die schadenfroh meinten, mit dem 25. Oktober 2015 sei das Kapitel des Postkommunismus endgültig geschlossen worden. Wenn man so will, dann ist Bugajs einstige Hoffnung, neben den Postkommunisten möge eine gleichstarke, durch den Staatssozialismus unbefleckte Linke bestehen, doch noch in späte Erfüllung gegangen.

Während die einen nun mit Bangen auf die Wahrheiten der parlamentarischen Geschichte seit der Wende blicken, denn noch nie ist es einer politischen Kraft, die aus dem Parlament geflogen war, gelungen, dorthin zurückzukehren, freuen sich die anderen über eine hoffnungsvolle Perspektive. Die Vereinigte Linke ist wohl bereits Geschichte, die moderate Linke besteht weiter, wenn auch zunächst erneut in Form der SLD. Da spielen Gründe der Parteienfinanzierung eine große Rolle, doch werden die Stimmen auch innerhalb der SLD immer stärker, die davon ausgehen, dass die Partei bei den nächsten Parlamentswahlen keine Chance mehr hätte, die Wahlschlappe von 2015 wettzumachen. So gesehen wäre ein frühzeitiger Neubeginn schlüssig, auch deshalb, um zu den dramatischen innenpolitischen Entwicklungen in Polen schnell wieder Tuchfühlung aufnehmen zu können. Eine Partei, die sich nur mit sich selbst beschäftigt, braucht dort niemand mehr.

Ein erster Versuch, wieder etwas politische Linie ins Geschäft zu bringen, ist im Februar 2016 die Gründungsversammlung einer Initiative gewesen, die sich unspektakulär „Initiative Polen“ nennt. An federführender Stelle ist wieder Barbara Nowacka zu finden, die anschließend meinte, für die Gründung einer neuen Partei sei es noch viel zu früh. Gebraucht werde eine Alternative zur jetzigen PiS-Regierung, die allerdings nicht ins Fahrwasser der abgelösten Regierung der Wirtschaftsliberalen geraten sollte. Angesichts der Stärke oder besser: der Nichtstärke der gemäßigten linken Bewegung in Polen scheint das vorerst nur ein frommer Wunsch zu sein.

Richtig aber ist, dass die Wahlen 2015 in gewisser Weise einen Abschluss der bisherigen Entwicklungen seit 1990 bedeuten. Das erste große Kapitel mit der Überschrift „Schnelle wirtschaftliche Aufholjagd um jeden Preis“ ist geschlossen. Es spannt sich von jenem Moment, an dem Polens Beitrittsperspektive zur EU beschlossene Sache war, bis zum Wahltriumph von Jarosław Kaczyński im späten Oktober 2015. Eine für die politische Geschichte des Landes überaus wichtige und intensive Zeit, denn es gelang durchaus, den einst kranken Mann im östlichen Zentrum Europas wieder fit zu bekommen und zu einem der wichtigen EU-Mitglieder aufsteigen zu lassen. Wie hoch der politische Preis dafür war und ist, möge die Tatsache beleuchten, dass die beiden wichtigsten politischen Kräfte der Anfangszeit – der sich strikt liberal verstehende Kern der einstigen „Solidarność“-Elite und die gewendete gemäßigte Linke – mächtig unter die Räder gekommen sind, die einen früher, die anderen später. Dem hohen Preis muss aber auch die Tatsache zugerechnet werden, dass ausgerechnet jene Formation, die der Gesamtgeschichte seit der Wende das denkbar schlechtestes Zeugnis ausstellt, nun alle Machthebel in den Händen hält. Für das neue Kapitel in der politischen Geschichte Polens, auf das nun viele Zeichen hindeuten, wird eine parlamentarisch verankerte Linkskraft dringend gebraucht. Es wird sich schnell zeigen, ob aus den kleinen Pflänzchen, die sich Anfang 2016 zeigen, robustes, widerstands- und tragfähiges Holz werden kann.

Solidaritätskonferenz europäischer linker Parteien in Diyarbakir, 20. 2. 2016

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Ausgangspunkt der Konferenz

Die Lage in den kurdischen Gebieten der Türkei wird immer dramatischer, die türkischen Sicherheitskräfte gehen immer brutaler vor, missachten Menschenrechte, verüben Massaker. Die HDP und ihre Parlamentsabgeordneten können kaum etwas ausrichten. Internationaler Druck auf die Türkei ist dringender denn je. Auf Einladung von HDP, DBP (Demokratische Partei der Völker – Teil der HDP, die regional und kommunal selbstständig agiert), KJA (Kongress der Freien Frauen) und DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) kamen Vertreterinnen und Vertreter mehrerer linker Parteien aus Europa nach Diyarbakir: Rot-Grüne Einheitsliste aus

Dänemark, Linksbund aus Finnland, Syriza aus Griechenland, CUP (Kandidatur der Volkseinheit) aus Katalonien und DIE LINKE aus Deutschland. Das Ziel bestand darin, die Solidarität linker Parteien aus Europa mit den linken demokratischen Kräften in der Türkei zum Ausdruck zu bringen, auf ein Ende des Krieges gegen die Kurden zu drängen und in den Ländern der Teilnehmer Druck auf die Regierungen und die EU auszuüben, vor der Lage in der Türkei nicht länger die Augen zu verschließen.

Für DIE LINKE nahmen an der Konferenz teil: Bernd Riexinger (Vorsitzender und Spitzenkandidat in Baden-Württemberg), Gökay Akbulut (Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg) und Heike Hänsel, MdB. Die Konferenzteilnehmer/-innen wurden begleitet von Rudolf Bürgel (Baden-Württemberg) und Julia Wiedemann (Bundesgeschäftsstelle).

Themen der Konferenz

Angehörige, deren Kinder von türkischen Sicherheitskräften erschossen worden sind, haben an der Konferenz teilgenommen. Mütter hielten Bilder ihrer Kinder hoch. Sie haben noch nicht einmal die Leichen ausgehändigt bekommen und konnten sie bis heute nicht bestatten.

Der Vorsitzende der HDP Selahattin Demirtaş schilderte in seiner Rede eindringlich das Leid der Zivilbevölkerung in den Gebieten, die unter Ausgangssperre stehen. „Eure Söhne und Töchter werden getötet, weil sie in ihrer Heimat in Würde leben wollen." Die türkischen Sicherheitskräfte antworteten mit Massakern auf Barrikaden, die von den Menschen errichtet werden, weil sie ihr Hab und Gut schützen und nicht vertrieben werden wollen. Er kritisierte die europäischen Regierungen, die mit Erdogan zusammenarbeiten.

Bernd Riexinger drückte in seiner Rede Mitgefühl mit den Trauernden aus und stellte die Verantwortung von Europa, insbesondere von Deutschland und Kanzlerin Merkel heraus. Für die vermeintliche Lösung der Flüchtlingskrise verkauft man sich an Erdogan, wodurch die Flüchtlingskrise am Ende nur verschärft werden wird. Er warnte vor einem möglichen Eintritt der Türkei in den Krieg in Syrien. Damit würden die NATO und Europa in den Krieg hineingezogen, was verheerende Auswirkungen für alle hätte.

Auch Betroffene kamen zu Wort. So sprach ein Einwohner aus Sur, der Altstadt von Diyarbakir, der diesen Stadtteil erst vor wenigen Tagen verlassen hatte. Seit 82 Tagen wird Sur aus Panzern und Helikoptern beschossen. Aus Angst, ihr Haus für immer zu verlieren, hatten er und seine Frau während der Ausgangssperre und Kämpfe dort ausgeharrt. Doch seine Frau wurde krank, er verletzte sich. Als dann auch noch eine Bombe im Garten landete, gaben sie auf.

Der Journalist Refik Tekin filmte Zivilisten mit weißen Fahnen in Çizre, die Tote bergen wollten, als auf sie das Feuer eröffnet wurde. (Siehe http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/schmusekurs-mit-erdogan-106.html) Dabei starben zwölf Menschen, zehn weitere wurden verletzt, unter ihnen Refik Tekin, der für seinen Bericht von staatlicher Seite als Terrorist bezeichnet wurde. Er schilderte nicht nur die Lage in den betroffenen Gebieten, sondern ging auch auf die massiven Repressionen gegen Journalistinnen und Journalisten ein.

Ayla Akat vom KJA stellte in ihrer Rede heraus, dass die Probleme der Demokratie nur mit demokratischen Mitteln gelöst werden können, und dass Verhandlungen dringend nötig sind, denn die Gräben zwischen der kurdischen Bevölkerung und der Regierung werden immer tiefer. Täglich sterben Menschen. Wenn es keine Verhandlungen gibt, könnte es zu einem Aufstand kommen, der viele weitere Opfer fordern wird. Vor allem Frauen und Kinder sind die Leidtragenden. Seit Juni töteten die Sicherheitskräfte 64 Kinder im Alter zwischen 0 und 17 Jahren.

In Podiumsgesprächen drückten die europäischen Vertreterinnen und Vertreter ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften und der kurdischen Bevölkerung aus und wandten sich in einer öffentlichen Erklärung mit der Forderung an die türkische Regierung, die Massaker an Zivilisten und die Ausgangssperren sofort zu stoppen. Die EU und die europäischen Regierungen werden aufgefordert, Druck auf die Türkei auszuüben, die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern, Waffenexporte in die Türkei und die militärische Zusammenarbeit zu beenden.

Teile der Altstadt von Diyarbakir sind seit 82 Tagen unter Ausgangssperre. Die internationale Delegation lud daher die anwesende Presse zu einer öffentlichen Erklärung vor dem Eingang nach Sur ein. Doch kaum hatte sich die Delegation zu Fuß vom Konferenzgebäude auf den Weg gemacht, tauchte bewaffnete Polizei mit Wasserwerfern auf und versperrte den Weg. Erst nach längeren Verhandlungen ging es unter Bewachung weiter. Das Pressestatement verlief ohne weitere Zwischenfälle.

Zum Abschluss lud die Bürgermeisterin von Diyarbakir Gültan Kişanak die Gäste zum Abendessen. Sie machte den Vorschlag, sich an die jeweiligen UNESCO-Kommissionen in den Ländern zu wenden. Seit 2015 gehören die Festung von Diyarbakir und die angrenzenden Gärten zum Weltkulturerbe, das nun bedroht ist, wie auch zahlreiche weitere historisch bedeutsame Gebäude.

Anhang

Erklärung der Konferenz europäischer linker Parteien in Amed-Diyarbakir, 20. Februar 2016

Als kurdische, linke und demokratische Kräfte aus der Türei und Europa stehen wir in unserem Kampf für Demokratie, Frieden, Vielfalt und soziale Gerechtigkeit zusammen.

Heute sind wir zusammengekommen, um die türkische Regierung aufzurufen, die Massaker und Tötungen von Zivilisten in den belagerten kurdischen Städten zu beenden. Die Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder, leiden am meisten unter dieser brutalen Politik. Wir rufen die türkische Regierung auf, die Ausgangssperre zu beenden und den Zugang zu den belagerten Städten zu ermöglichen. Die schweren Verletzungen grundlegender Menschenrechte müssen gestoppt werden. Zugleich muss eine internationale Kommission gebildet werden, um sicherzustellen, dass die Schuldigen für Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Europäische Union schaut angesichts der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, der Kriegsverbrechen und der Angriffe auf kurdische Gebiete in Syrien weg, damit Flüchtigen der Transit durch die Türkei nach Europa verwehrt bleibt. Das steht nicht nur im Widerspruch zu den demokratischen Kräften und europäischen Werten, es könnte auch zu einem brutalen Bürgerkrieg in der Türkei mit Tausenden toten Zivilisten und einer großen Anzahl von Flüchtlingen führen. Zudem könnte die aggressive Politik der türkischen Regierung die Gewaltspirale in der Region weiter anheizen.

Wir rufen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, Druck auf die türkische Regierung auszuüben, damit sie ihre durch die Europäische Menschenrechtskonvention gebotenen Verpflichtungen einhält und die Verhandlungen mit der PKK unter Aufsicht einer internationalen dritten Partei wieder aufnimmt. Die Isolationshaft des führenden kurdischen Politikers Abdullah Öcalan und die EU-Einstufung der PKK als terroristisch müssen zugunsten eines nachhaltigen Friedensprozesses aufgegeben werden.

Die kurdische Forderung nach Selbstverwaltung und Anerkennung ist legitim, sie steht im Einklang mit den Standards des Europäischen Rates und darf nicht kriminalisiert werden. Die Türkei ist eine Gesellschaft mit zahlreichen Kulturen und Religionen. Dies zu akzeptieren, wäre ein erster Schritt hin zum Frieden.

Zudem muss die türkische Regierung das Recht auf Presse- und Versammlungsfreiheit garantieren. Die Verfolgung gewählter Politiker muss beendet werden.

Schließlich appellieren wir an alle progressiven und demokratischen Kräfte in Europa, die kurdische demokratische Bewegung in ihrer Auseinandersetzung mit dem autokratischen Erdogan-Regime zu unterstützen.

- Wir rufen die türkische Regierung auf, ihren Krieg gegen die Kurden in der Türkei und in Rojava zu beenden sowie die Ausgangssperre in den belagerten Städten aufzuheben.
- Wir rufen die Europäische Union, die NATO und die EU-Mitgliedstaaten auf, den Waffenexport in die Türkei und jedwede militärische Kooperation zu stoppen. Es ist inakzeptabel, dass deutsche Panzer und NATO-Waffen gegen Zivilisten eingesetzt werden.
- Wir rufen die Vereinten Nationen auf, den Einsatz von Waffen gegen Zivilisten zu untersuchen und sicherzustellen, dass die Schuldigen für Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden.
- Die Lösung des Konflikts hängt von der Einbeziehung von Frauen in den Friedensprozess ab.
- Wir werden unsere Unterstützung und Solidarität für den Friedensprozess und die Demokratie in der Türkei und der gesamten Region fortsetzen!

Sanders' sozialistisches Amerika

Von Ethan Earle, aus: Neues Deutschland, 30. 1. 2016*

Mein Geburtsort liegt in North Carolina, aber meine Eltern stammen aus Vermont. In meiner Jugend fuhr ich deshalb in vielen Sommerferien die Ostküste entlang nordwärts, um unsere Familie in Burlington zu besuchen, der mit etwa 40 000 Einwohnern größten Stadt dieses Bundesstaats. Auf einem dieser Ausflüge, irgendwann Anfang der 1990er Jahre, hörte ich zum ersten Mal von Bernie Sanders und seiner spezifisch amerikanischen Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus.

Vermont ist ein eigenartiges Fleckchen Erde. Seine gerade einmal 626 000 Einwohner, die es zum zweitkleinsten der 50 US-Bundesstaaten machen, wohnen ganz überwiegend in kleinen, über die Green Mountains verstreuten Landstädtchen. Die Vermonter gelten als selbstbewusste, entschieden auf ihre Unabhängigkeit bedachte und gelegentlich revolutionär aufbegehrende Leute. Gegründet wurde ihr Staat während des Unabhängigkeitskrieges von Milizionären, die auf eigene Faust handelten. Später war Vermont der erste Bundesstaat, der die Sklaverei abschaffte und eine Schlüsselrolle in der sogenannten Underground Railroad spielte: Vermonter versteckten flüchtige Sklaven und schleusten sie über ihre Nordgrenze nach Kanada. In meiner Kindheit und Jugend hörte ich manche der Geschichten darüber, die gern als Beleg dafür erzählt werden, dass die Vermonter engagierte Bürgerinnen und Bürger sind, bei denen Ungerechtigkeit oder politische Doppelzüngigkeit schlecht ankommen.

Bernie Sanders, gebürtig in Brooklyn, betrat Vermonts politische Bühne erstmals 1980 und zwar gleich von links. Als Unabhängiger und erklärter demokratischer Sozialist kandidierte er damals für das Amt des Bürgermeisters von Burlington und gewann zehn Stimmen mehr als der – zuvor vier Mal wiedergewählte – Amtsinhaber. In der Folgezeit bestätigten die Burlingtoner ihn selbst drei Mal im Amt.

Seine Zeit als Bürgermeister verschaffte Bernie das Renommee eines bekennenden Linken, vor allem aber auch eines fähigen Administrators. Er führte den ersten Frauenausschuss in der Stadt ein, förderte die Entwicklung von Arbeitergenossenschaften und ergriff die Initiative zu einem der ersten und erfolgreichsten staatlich (vom Bundesstaat Vermont) finanzierten kommunalen Wohnungsbauexperimente in den Vereinigten Staaten. Als engagierter Linker lud Bernie beispielsweise Noam Chomsky zu einem Vortrag ins Rathaus ein und verhalf Burlington durch einen Besuch bei Daniel Ortega in Nicaragua zu einer sandinistischen Partnerstadt. Als fähiger Administrator sorgte er für einen ausgeglichenen Haushalt und trug seinen Teil dazu bei, dass Burlington heute allgemein als eine der freundlichsten und lebenswertesten Städte der USA gilt.

1990 bewarb Bernie sich dann um ein Kongressmandat, das er gewann. Fortan saß erstmals nach vier Jahrzehnten ein Unabhängiger im Washingtoner Repräsentantenhaus. Alsbald betrieb er die Bildung einer fortschrittlichen Abgeordnetenvereinigung, des Congressional Progressive Caucus – der bis zum heutigen Tage eine der wenigen linken Bastionen auf dem Capitol Hill geblieben ist. Sanders tadelte Politiker beider großen Parteien, wenn er sie für schuldig befand, der korrupten Logik Washingtons dienstbar zu sein. Er steht im Rufe eines seriösen, geradlinigen Politikers, der stets eindringlich darauf besteht, dass das Land schwere Probleme habe, denen es sich stellen muss.

Auch wenn er gelegentlich ruppig, gar ungehobelt auftritt, zog doch niemand je in Zweifel, dass er seine Arbeit überaus ernst nimmt. Schon bald fand seine Stimme landesweit Gehör, ganz gleich, ob es um die Kritik an der Einkommensungleichheit und die Forderung nach einer öffentlichen Krankenversicherung für alle oder die Reform der Wahlkampffinanzierung und um die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen geht. Später gehörte er zu den ersten Kritikern des Irakkriegs und von inneramerikanischen Überwachungsprogrammen wie dem Patriot Act.

Im Grundsatz hat Bernie den von Anfang an eingeschlagenen Kurs beharrlich gehalten – den eines unerschrockenen Linken, der sich in seiner Arbeit von prinzipienfester Unabhängigkeit und der Entschlossenheit leiten lässt, etwas zu bewegen und das, was er anpackt, auch zu realisieren. In Vermont, das er seit 2006 als Senator vertritt, ist Bernie weiterhin unglaublich populär. So gewann er seine jüngste

Wahl mit 71 Prozent der abgegebenen Stimmen und rangiert beständig unter den US-Politikern mit den höchsten Zustimmungswerten in ihrem Wahlkreis. Dass er aggressive Wahlwerbung verschmäht ist ebenso bekannt wie sein manchen altmodisch erscheinendes Bemühen, Gemeinsamkeiten auch mit Politikern aus dem anderen Lager zu suchen. Beides hat seine Reputation nur weiter gefestigt.

Bernies bedeutendste Leistung – sein eigentliches Erfolgsgeheimnis – besteht in der Herbeiführung eines neuen politischen Konsens im Staate Vermont. Natürlich gefällt er den meisten waschechten Linksliberalen, doch seine eigentliche Stärke erwächst aus der Zustimmung kleinstädtischer weißer Arbeiterfamilien, denen man – zumindest in den vergangenen Jahrzehnten – kaum demokratisch-sozialistische Neigungen nachsagte.

Meine Familie besteht großenteils aus Friseurinnen und Friseuren, vermischt mit ein paar Krankenschwestern und Elektrikern. Wir sind eine Familie von Jägern und Katy-Perry-Fans. Und wir gehören zu denen, die glauben mussten, dass ihre Stimmen in der politischen Kultur des heutigen Amerika nicht zählen. Offen gestanden, konnte erst Bernie Sanders meine Familie umstimmen. Fast alle Familienmitglieder haben vor, bei der Vorwahl für Bernie Sanders als Präsidentschaftskandidat zu stimmen, obwohl sie sonst wohl bei jeder Wahl den Republikanern zuneigten. Bei meinen Vermont-Besuchen reden wir normalerweise nicht über Politik, wenn aber doch, dann über Bernie. Ich habe noch meine Tante im Ohr: „Auch wenn ich nicht allem zustimme, was er sagt oder tut“, versicherte sie einmal, „weiß ich doch genau, dass er meint, was er sagt, und an das glaubt, was er tut. Ich weiß, dass er uns nie verkaufen und immer reinen Wein einschenken wird.“

Dass Senator Bernie Sanders sich darum bewirbt, der 45. Präsident der Vereinigten Staaten zu werden, erscheint immer weniger als Donquichotterie. Seine Kampagne hat die amerikanische Öffentlichkeit in eine ungewohnte, geradezu hektische Stimmung versetzt. Er zieht mehr Publikum an und erweckt größere Begeisterung als irgendein anderer Kandidat der einen oder anderen Partei. Im Laufe des Jahres 2015 flossen seiner Kampagne 73 Millionen Dollar von über einer Million Einzelspendern zu.

Seine wichtigste Gegenspielerin, die in den Umfragen immer noch vorn liegt – Hillary Clinton, die frühere Außenministerin, Senatorin, First Lady im Weißen Haus und Favoritin des Demokratischen Parteiestablishments – stand bei ihrem Start vor gerade einmal sechs Monaten mehr als irgendwer sonst im Rufe, niemand werde sie aufhalten können. Doch inzwischen klammert sie sich an einen Siebenpunktevorsprung in landesweiten Umfragen und muss sogar fürchten, in den ersten beiden Vorwahlstaaten, die seit jeher als Stimmungsbarometer für den Rest des Landes fungieren, zu unterliegen. Noch erstaunlicher ist, dass Bernie Sanders' Kampagne so gut läuft, obwohl er weder Konzernspenden akzeptiert, noch von irgendeiner Gruppierung des Establishments unterstützt wird und unentwegt die Vorzüge des demokratischen Sozialismus verkündet. Seine Botschaft, dass dieses Land dringend einer politischen Revolution bedarf, lässt sich nicht überhören.

Da Bernie Jahrzehnte in der Politik verbracht hat, verwundert es nicht, dass seine Wahlplattform breit und sehr detailliert – man könnte fast sagen: faktenverliebt – angelegt ist. Vielleicht zu detailliert, aber keinesfalls wirr: Dass ihm die Ungleichheit, die Amerikas Wirtschaft immer stärker kennzeichnet, die größten Sorgen macht, daran lässt der demokratische Sozialist keinen Zweifel. Er schlägt eine Erhöhung des Mindestlohns von 7,25 Dollar auf 15 Dollar bis zum Jahr 2020 vor. Er verspricht, durch Infrastruktur- und Jugendförderungsprogramme der Bundesregierung Millionen Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Er will die öffentliche Rentenversicherung ausbauen, für kostenlose Hochschulbildung an allen öffentlichen Universitäten sorgen und durch eine öffentliche Krankenversicherung allen Menschen in den Vereinigten Staaten zu umfassender Gesundheitsversorgung verhelfen. Wie diese Programme finanziert werden sollen, erklärt er ganz einfach: durch Steuererhöhungen für Reiche und Großunternehmen sowie die Besteuerung spekulativer Finanzgeschäfte.

Wenn er darüber spricht, wie Amerika zu einem der Länder mit der weltweit schlimmsten Ungleichheit werden konnte, gilt Bernies Zorn besonders den Großbanken, die er für die Finanzkrise der Jahre 2007/08 verantwortlich macht. Doch der Verweis auf seinen entschiedenen Wirtschaftspopulismus allein kann nicht erklären, warum Millionen Menschen mittlerweile einer Art „Bernie-Stimmung“ verfallen – „Feel the Bern“, wie es der virale Hashtag formuliert, der zu einem der Slogans der Sanders-Kampagne geworden ist. Es liegt wohl eher daran, dass er so unverblümt ausspricht, wie es um das Land steht.

Die Verschuldung der Privathaushalte und die wirtschaftliche Ungleichheit haben historische Ausmaße erreicht, und die Generation, die jetzt ins Erwachsenenalter kommt, wurde durch den Irakkrieg und die Große Rezession sozialisiert. Aufgewachsen mit Mythen vom Amerikanischen Traum, sahen sie sich schon früh mit ganz anderen Realitäten konfrontiert – mit einer zunehmenden Mobilität nach unten, die außer den Eliten und einigen wenigen Glücklichen so gut wie jeden bedroht. Vor diesem Hintergrund begreift man, warum Bernies Kampagne so überraschend gut einschlägt: Weil er dieses System als kaputt, und zwar irreparabel kaputt bezeichnet – als „not just broken but fixed“ in dem Sinne, dass es der Verewigung der Kontrollmacht einer kleinen, von politisch fest verankerten Kapitalinteressen bestimmten Elite dient.

Bernie ist überzeugt, dass die Wirtschaft Amerikas Demokratie gekapert hat, und das lässt ihn öffentlich über eine „politische Revolution“ nachdenken. Fast in jeder Rede stößt er in dieses Horn, ohne je einen Zweifel daran zu lassen, dass weder er noch sonst irgendein Politiker allein für die notwendigen Veränderungen sorgen kann. In Bernies Version beginnt die politische Revolution damit, dass das amerikanische Volk möglichst massenhaft an die Urnen geht. In diesem Sinne fordert er auch die Beseitigung der rassistischen Wahlrechtseinschränkungen, wie die Republikaner sie betreiben. Ihm geht es darum, dass wir uns unsere Demokratie zurückholen und auf die in seinem Wahlprogramm propagierten Reformen pochen, die uns nachhaltigen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen und den politischen Prozess verschaffen sollen.

Kaum verwunderlich haben die herrschenden Kräfte keine Freude an Bernie. Besonders beleidigt zeigt sich – bedauerlicherweise, aber auch nicht überraschend – das Parteiestablishment der Demokraten. Dabei kann dessen Kandidatin Hillary Clinton bislang 455 Unterstützungserklärungen von Gouverneuren und Kongressabgeordneten für sich verbu-

chen, verglichen mit drei für Bernie Sanders. 18 Gewerkschaften mit zwölf Millionen Mitgliedern haben sich für Clinton erklärt, während lediglich drei Gewerkschaften mit zusammen einer Million Mitgliedern Sanders unterstützen.

Die Wohlmeinendsten unter Clintons Anhängern dürften etwa wie folgt argumentieren: Egal welcher verrückte/gefährliche Strolch am Ende siegreich aus der Rauferei hervorgeht, als die sich der im Wrestling-Stil ausgetragene Vorwahlkampf der Republikaner darstellt – Hillary Clinton sei nun einmal diejenige, die diesen Burschen noch am ehesten schlagen könne. Außerdem sei es höchste Zeit, werden die Wohlmeinenden sagen, nach über zwei Jahrhunderten ununterbrochener Männerherrschaft endlich eine Frau ins Weiße Haus zu wählen.

Dieser Argumentation würde ich entgegenhalten, dass Clinton viel zu viel von eben dem repräsentiert, was an unserem politischen System heute dysfunktional ist, als dass sie tatsächlich Abhilfe schaffen könnte. Sie ist der Wall Street so eng verbunden wie nur irgendein Politiker gleich welcher Partei. Sie hat für den Irakkrieg gestimmt und hält dem kriegerischen Falkenflügel einer Demokratischen Partei die Treue, der von der weithin diskreditierten Fahne des liberalen Interventionismus um keinen Preis lassen mag. Clinton ist politisch vor allem darauf geeicht, Macht als solche zu gewinnen, während Sanders über 30 Jahre hindurch in verschiedenen Wahlämtern konsequent zu seinen Werten gestanden hat.

Eine Frau ins Präsidentenamt zu wählen wäre zweifellos ein Akt von hohem Symbolgehalt – ein potenziell historischer Vorgang, der sich mit der Wahl Barack Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten unseres Landes vor acht Jahren vergleichen ließe. Doch dessen Regierungszeit hat uns zugleich die Grenzen symbolischer Politik aufgezeigt: In diesen Jahren sind Durchschnittseinkommen und -vermögen der Schwarzen gesunken, während andererseits die Inhaftierungsraten scheinbar unaufhaltsam weiter steigen und Latino-Einwanderer in rekordverdächtigen Größenordnungen abgeschoben werden. Die harte politische Währung der Wahl eines Präsidenten, der über einen Plan und über das Mandat verfügt, die Art und Weise wie Washington – und unser Land insgesamt – funktioniert, substanziell zu verändern, wiegt bedeutend schwerer als solche bloß symbolischen Akte.

Wie kaum anders zu erwarten, haben die Debatten „der Linken“, wie ich sie verallgemeinernd nennen möchte, über diese Wahl in den letzten Monaten ziemlich hässliche Formen angenommen. Eine Zeit lang sorgte Bernies beharrliche Weigerung, negative Wahlkampfmethoden anzuwenden – in Verbindung mit dem ursprünglich komfortablen Vorsprung Hillarys – für einen einigermaßen zivilen Verlauf. Doch mit dem Fortgang der Kampagne und der Verringerung ihres Vorsprungs sind Hillarys Anhänger in den Medien dazu übergegangen, Bernie-Unterstützer ziemlich wahllos als „Brocialists“ abzustempeln, als eine Art sexistischer Macho-Linker.

Weiter links verkünden die üblichen Verdächtigen, Bernie sei gar nicht berufen, die wahre Revolution zu verfechten. Sie halten ihm eine ganze Litanei von Verfehlungen, ja geradezu Erbsünden vor, die, grob gesagt, alle auf den Vorwurf hinauslaufen, er habe sich nicht mit Haut und Haaren einer ganz bestimmten (meiner Auffassung nach esoterischen) politischen Linie verschrieben. Manche sagen, er fungiere als eine Art Hirtenhund der Demokratischen Partei, der enttäuschte Jugendliche wie entlaufene Schafe in deren Herde zurücktreibt – obwohl Bernie doch fast sein ganzes politisches Leben als Unabhängiger tätig war und jetzt für das Parteiestablishment so etwas wie der „Staatsfeind Nummer 1“ geworden ist.

Andere wiederum können ihm nicht verzeihen, dass er sich fälschlich als demokratischer Sozialist ausgebe, wo er doch in Wahrheit Sozialdemokrat sei – was für eine Frechheit! Und schließlich gibt es noch jene, für die Bernie Persona non grata ist, weil er bei dieser oder jener außenpolitischen Abstimmung vermeintlich oder tatsächlich falsch entschied, also nicht besser als alle anderen sei. Dass er die Regime-Change-Politik unseres Landes beharrlich kritisiert, zählt für sie nicht. Ebenso wenig, wie entschieden er die weitaus größere Bedrohung betont, die vom Klimawandel ausgeht, verglichen mit der in den Medien aggressiv herausgestellten Terrorismusgefahr.

Interessanter und bedeutsamer für den gegenwärtigen Stand der Dinge in der amerikanischen Politik ist eine Debatte, die auf der letzten Konferenz von „Netroots Nation“, einem wichtigen Jahrestreffen linker Kräfte, offen entbrannte. Aktivisten der Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM) unterbrachen dort eine Sanders-Rede, um auf die anhaltende Polizeigewalt gegen Schwarze hinzuweisen und entschiedenere Aktionspläne zur Überwindung des strukturellen Rassismus in den USA zu fordern. Sanders’ Reaktion auf diesen Vorstoß wurde von einigen abgetan als unangemessen im Ton und von oben herab. Dass Bernie daraufhin herausstrich, was er selbst in Sachen racial justice alles unternommen habe, und das Thema Rassismus in den Kontext seines auf die Verringerung der sozialen Ungleichheit zielenden wirtschaftspolitischen Programms einzuordnen versuchte, half ihm zunächst wenig. Eine Woche danach unterbrach eine BLM-Gruppe aus Seattle erneut einen Sanders-Auftritt.

Unmittelbar nach diesem zweiten Vorfall stellte die Sanders-Kampagne eine (vermutlich nach der ersten Intervention entworfene) Agenda zur Gleichberechtigung der Schwarzen vor, der – als Geste der Zustimmung zu den Forderungen von „Black Lives Matter“ und anderen Aktivisten – eine Namensliste der in letzter Zeit von der Polizei getöteten schwarzen Frauen und Männer voransteht. Diese neue Agenda hat den Beifall prominenter Stimmen aus der BLM-Bewegung gefunden.

Während die erste BLM-Aktion demonstrierte, wie zwei unterschiedliche, in ihren Zielen aber teilweise übereinstimmende progressive Bewegungen kritisch, doch letztlich produktiv aufeinanderstoßen können, zeigte demgegenüber die zweite, dass die beiden manchmal durchaus aneinander vorbeireden. Bernie, 74 Jahre alt, weiß, ein jüdischer Mann aus dem zweitweißesten Staat Vermont (96,7 Prozent), erkannte nicht sofort die Dringlichkeit des Themas Rassengerechtigkeit. Die BLM-Aktivisten ihrerseits verhielten sich kurzsichtig, als sie die Szene zum Nachteil eines Menschen ausschlachteten, der – um das Mindeste zu sagen – sich stets als „weißer Bündnispartner“ der Schwarzenbewegung erwiesen hat und schon 1963 an der Seite Martin Luther Kings marschierte.

Alles in allem stellt die Bernie/BLM-Geschichte eine für Sanders und seine Anhänger lehrreiche Erfahrung dar – und damit für die Linken insgesamt eine gute Nachricht. Ergänzend zu seiner Racial-Justice-Agenda hat Bernie mittlerweile wichtige Posten in seinem Wahlkampfteam mit Schwarzen

und Latinos besetzt. Auch bemüht er sich sichtlich, dem anhaltenden Trend erschreckender Polizeigewalt gegen Schwarze die gebührende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu verschaffen. Zwar steht sein Bekanntheitsgrad in den Minderheiten-Communities immer noch weit hinter demjenigen Hillary Clintons zurück, doch sind seine Sympathiewerte und die ihm zugetrauten Abstimmungsergebnisse deutlich gewachsen.

Allgemeiner gesehen lassen sich diese Auseinandersetzungen und Entwicklungen als Bestandteil einer neuen Aufwärtsbewegung – vielleicht sogar einer neuen Generation – linker Aktivitäten in den Vereinigten Staaten auffassen. Die Sanders-Kampagne erreicht Millionen Menschen, die ein Präsidentschaftswahlkampf eher anregt, sich für Politik zu interessieren. Nicht minder wichtig ist allerdings, dass wir nicht in destruktive Grabenkämpfe verfallen und uns nicht von der Grundfrage unserer Zeit ablenken lassen: Wie lässt sich das politische und ökonomische System der Vereinigten Staaten dahingehend umgestalten, dass es für jede und jeden in diesem Lande da ist und zugleich für den Rest der Welt mehr Nutzen und weniger Schaden bewirkt?

Bernie Sanders tut, was er kann, damit wir diese gewaltige Aufgabe ernsthaft ins Auge fassen, ohne den geringsten Zweifel daran zu lassen, dass sie nicht von ihm allein gelöst werden kann. Vor allem deshalb unterstütze ich Bernie und finde, alle sollten das tun. Niemand ist besser als er dafür positioniert, eine breite Bewegung in Gang zu bringen, die zum Machtfaktor werden kann, und zugleich neue – auf Klassensolidarität und der Überwindung ethnischer Spaltungen basierende – Bündnisse zusammenzuführen, also das Gegenteil der Spaltungen, in welche die Konzerninteressen uns treiben.

Sanders hat es in Vermont vorgeführt, vielleicht nicht immer auf dem Erwartungsniveau sozialistischer Höhenflüge, aber auf unzweifelhaft transformative und nachhaltige Weise. Und wenn wir uns den Zustand der amerikanischen Politik vor Augen führen – der es einem Rechtspopulisten wie Donald Trump gestattet, mit billigem Washington-Bashing einen beträchtlichen Teil des republikanischen Elektorats in seinen Bann zu ziehen -, wissen wir, was wir zu tun haben: Nichts ist dringlicher, als für eine neue Neue Mehrheit in diesem Lande zu kämpfen, die auf Zusammengehörigkeit gründet und nicht auf Hass.

So tief die Risse sind, die der gegenwärtige Vorwahlkampf in beiden großen Parteien offenlegt, so deutlich macht er auch, dass ein noch viel tieferer kultureller Gegensatz zwischen dem konservativen und dem progressiven Lager unser Land zerreißt. Niemand scheint sich etwas Schrecklicheres vorstellen zu können als die Wahl eines Politikers der Gegenseite ins Weiße Haus. Über den ökonomischen und politischen Wandel hinaus, den Bernie propagiert, steht er auch für die Möglichkeit, unser tief gespaltenes Gemeinwesen im 21. Jahrhundert wieder zu einen. Dass ein Präsident Bernie Sanders vorstellbar ist, gibt uns eine – wenn auch noch unvollständige – Wegbeschreibung an die Hand, wie wir der kulturellen und politischen Zwangslage, in der wir stecken, entkommen können.

Als wir zuletzt in Vermont waren, besuchten meine argentinische Frau und ich meine 90-jährige Großmutter, die ihr ganzes Leben in dem kleinen Staat verbracht hat und sich lebhaft für Golf und Talkshow-Politik interessiert. Wie nicht anders zu erwarten, kamen wir auf den Wahlkampf zu sprechen, und sie sagte, einer ihrer Söhne – mein Onkel – versuche, sie für Bernie zu gewinnen. Sie blieb unentschlossen. Sie kennt Bernie seit Jahrzehnten, mag ihn und traut seinem Urteil, aber sie möchte auch unbedingt eine Frau im Weißen Haus sehen, bevor sie stirbt. Das Argument ist einfach, und es ist stark. Ich nehme es sehr ernst.

Meine Frau widersprach: In dem Land, aus dem sie kommt, habe jetzt fast zehn Jahre lang eine Frau als Präsidentin regiert – Cristina Kirchner, eine Progressive. Wie groß der Schritt auch sein möge, den die USA mit der Wahl einer Frau zur Präsidentin täten – was wäre er im Vergleich zur Wahl eines sozialistischen Präsidenten im mächtigsten Land der kapitalistischen Welt? Moment mal, rief meine Großmutter – weniger misstrauisch, als den Staub von einer Idee, die sie lange Zeit nicht erwogen hatte, abschüttelnd – seid ihr beide etwa Sozialisten? Wir sahen einander an und zögerten einen Augenblick lang, bis meine Frau antwortete: Yeah – wenn's weiter nichts braucht, um Sozialist zu sein, dann sind wir wohl welche.

Bei meinem nächsten Familienbesuch wird Vermonts jüngster Beitrag zum Gang der amerikanischen Geschichte, hoffe ich, Anlass zum Feiern geben, im Fall der Fälle sogar dazu, einander zur Wahl des ersten demokratisch-sozialistischen Präsidenten zu beglückwünschen.

Aber auch wenn Bernie verliert, wird seine Kampagne, wie ich meine, dennoch als Erfolg zu werten sein: Weil sie vorstellbar und sinnlich erfahrbar gemacht hat, dass wir in eine neue Ära progressiver Politik eintreten können. So oder so hat Bernies Botschaft, dass wir eine politische Revolution brauchen, eine neue Generation junger Menschen erreicht – und damit ein Fundament gelegt, auf dem alle, die eine bessere Zukunft erstreben, aufbauen können.

Die Langfassung des Textes gibt es hier: http://www.rosalux-nyc.org/de/bernie-sanders-socialist-america/

* Ethan Earle ist Projektmanager im New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf deren Website der hier gekürzte Beitrag zuerst veröffentlicht wurde. Die Übersetzung besorgte Karl D. Bredthauer. Earle hat zuvor für die Organisation „The Working World" in Buenos Aires und New York gearbeitet. Er studierte Internationale Beziehungen, in seiner Abschlussarbeit untersuchte er die US-Außenpolitik gegenüber Bolivien unter Evo Morales. Von ihm ist unter anderem erschienen: *Eine kurze Geschichte von Occupy Wall Street (2012).*

Lateinamerika vor schwierigen Entscheidungen

Von Dietmar Schulz, aus: Cuba-Sí Revista Nr. 1, 2016

Seit dem Erstarken der sozialen Bewegungen in den 1990er Jahren und dem ersten Wahlsieg von Hugo Chávez im Dezember 1998 war in Lateinamerika eine anhaltende Linksentwicklung zu verzeichnen. Diese war in ihrem Wesen vor allem gegen den Neoliberalismus gerichtet und orientierte sich an den sozialen Bedürfnissen der ärmeren Bevölkerungsschichten, aber auch an den nationalen Wirtschaftsinteressen im Gegensatz zur absoluten Unterwerfung unter die ökonomischen Vorstellungen der transnationalen Konzerne und der USA. Diese ohnehin nicht widerspruchsfreie Entwicklung ist in den letzten Jahren etwas ins Straucheln geraten, was sich an den krisenhaften Prozessen in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern und nicht zuletzt an den

Wahlniederlagen des Kirchnerismo in Argentinien und des Chavismo in Venezuela zeigte.

Wechselwirkungen

Die Entwicklung in Lateinamerika wird von den Kubanern sehr aufmerksam verfolgt, analysiert und mitunter auch heftig diskutiert. Einerseits ist die Linksentwicklung Lateinamerikas ohne das sozialistische Kuba nicht vorstellbar: ohne die Beispielwirkung und den Beweis, dass es möglich ist, sich vom Einfluss der USA zu befreien. Außerdem hat Kuba in den letzten 20 Jahren eine geduldige Politik des Miteinanders, der Unterstützung und der Solidarität gegenüber Lateinamerika und der Karibik verwirklicht, die vor allem auf die größtmögliche Einheit aller demokratischen und progressiven Kräfte, auf die Stärkung demokratischer Entwicklungen und die Unterstützung von Friedensprozessen gerichtet war.

Andererseits haben die politischen Veränderungen in Lateinamerika in den letzten 15 Jahren – insbesondere das Entstehen einer Reihe von national-progressiven, demokratischen und teilweise linken Regierungen – die Position Kubas in der Region wesentlich gestärkt. Ohne die solidarische Unterstützung vor allem durch die ALBA-Staaten, aber auch durch Länder wie Brasilien oder Argentinien, wäre es für Kuba nicht möglich gewesen, die wirtschaftlichen Folgen der Sonderperiode in den 90er Jahren zunehmend zu überwinden und zugleich den politischen Einfluss der USA in der Region weiter zurückzudrängen, wie dies beispielsweise durch die Schaffung von UNASUR (Union Südamerikanischer Nationen) und CELAC (Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten) – beide ohne die USA und Kanada – zum Ausdruck kommt. Und nicht zuletzt befinden sich Zehntausende kubanische Fachkräfte vor allem aus den Bereichen des Gesundheits- und Bildungswesens in Lateinamerika, zur Zeit vor allem in Venezuela und Brasilien.

Das Ende eines Zyklus?

Wie also lassen sich die jüngsten Entwicklungen in Lateinamerika erklären? Zuerst einmal gilt es, der Versuchung simpler und pauschalisierender Antworten aus dem Weg zu gehen. Die Komplexität der Prozesse sowie die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Bedingungen und der handelnden Kräfte lassen keine einfachen Antworten zu. Die Parole vom Ende eines Zyklus – von der Rechten fleißig kolportiert und leider auch von einigen unserer Freunde aus der Linken gedankenlos aufgegriffen – lässt die Entwicklung allenfalls als Naturphänomen wie die Abfolge der Jahreszeiten erscheinen, trägt aber den gesellschaftlichen Prozessen keinerlei Rechnung und taugt nicht als Erklärung. Genauso wenig wie es genügt, mit dem Finger auf einzelne Führungspersönlichkeiten, wie z.B. auf Nicolás Maduro, zu zeigen, um ihnen alle Schuld anzulasten.

Die Erfolge im Kampf gegen den Neoliberalismus und für die Umverteilung nationaler Ressourcen zur Überwindung seiner sozialen Folgen, der Kampf gegen Armut, für die Überwindung sozialer Ausgrenzung, für die Einbeziehung der indigenen Bevölkerung in das politische Handeln und vieles andere mehr sind großartige Errungenschaften der letzen eineinhalb Jahrzehnte in Lateinamerika – viel mehr, als in Europa erreicht wurde.

Viele der aktuellen Schwierigkeiten der progressiven Regierungen und der sie tragenden politischen Bewegungen in Lateinamerika resultieren aus der Tatsache, dass es oft nur unzureichend gelungen ist, den Widerstand gegen den Neoliberalismus, den Kampf zur Überwindung seiner sozialen Folgen in ein konstruktives Projekt für eine neue Gesellschaft zu überführen. Die Thesen von der „anderen Welt, die möglich ist“, vom „Buen Vivir“, von „Sozialismus im 21. Jahrhundert“, kurz gesagt: die Aussagen zum Charakter einer postneoliberalen Gesellschaft verblieben im Ungefähren. Angesichts des heterogenen Charakters der linken Bewegungen in Lateinamerika kann es aber auch nicht verwundern, dass sich ein Teil dieser Kräfte damit schwertut, eine letztendlich das kapitalistische System überwindende Perspektive zu bejahen.

Auch deshalb ist es bisher nicht gelungen, die Machtpositionen der alten Eliten – ihre wirtschaftliche Dominanz und ihre Medienmacht – entscheidend in Frage zu stellen. Ohne die Lösung dieser Fragen wird die an sich sehr erfolgreiche Linksentwicklung in Lateinamerika irgendwann auf halbem Wege stehenbleiben.

Argentinien und Venezuela

Die konkreten Auswirkungen der ungelösten Perspektiventscheidungen zeigten sich u.a. in Argentinien. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober/November 2015 konnten die progressiven Kräfte ihre Positionen im Parlament knapp behaupten, verloren jedoch ihre absolute Mehrheit. In der Stichwahl für die Präsidentschaft siegte schließlich der Kandidat des bürgerlichen Lagers, Mauricio Macri. Ursache war vor allem die inkonsequente Haltung des Kirchner-Lagers hinsichtlich der Schaffung eines progressiven Blockes, der nach links über die Grenzen des Peronismus hinausgeht und sich andererseits von rechten peronistischen Kräften abgrenzt. Auf diese Weise konnten sich innerhalb des Peronismus mit dem Präsidentschaftskandidaten Scioli Kräfte durchsetzen, die für viele nicht mehr wählbar waren.

Damit stehen Argentinien unruhige Zeiten bevor. Während der neugewählte Präsident im Eiltempo daran geht, alle Maßnahmen der Kirchnerzeit zur Überwindung oder zumindest Einschränkung der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Vorgängerregierungen aufzuheben, wollen die progressiv-demokratischen Kräfte im Parlament Widerstand leisten. Entscheidend wird sein, ob und in welchem Maße es gelingt, erneut eine breite soziale Basis für die Auseinandersetzung mit dem wiedererstarkenden Neoliberalismus zu mobilisieren.

In Venezuela haben die Kräfte der bolivarischen Revolution bei den Parlamentswahlen am 6. Dezember 2015 eine herbe Niederlage einstecken müssen. Von den Entscheidungen des Obersten Wahlgerichtes – und von der Akzeptanz dieser Entscheidungen – hängt es ab, ob die bürgerliche Opposition im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt oder nicht. Außerdem ist zu erwarten, dass die Opposition mit dem Ergebnis der Parlamentswahl im Rücken versuchen wird, Präsident Maduro vor dem eigentlichen Ablauf seines Mandates zu Fall zu bringen – ob über ein Referendum zur Abwahl oder über die weitere Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung und die erneute Herbeiführung einer chaotischen Situation im Lande.

Für die chavistischen Kräfte um die Regierung Maduro wird es vor allem darum gehen müssen, die desolate Wirtschafts-

und Versorgungslage in den Griff zu bekommen, die einen Großteil der Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht und auf diese Weise die Unterstützung für die bolivarische Revolution hat abschmelzen lassen. Auch hierfür liegt die Ursache im Fehlen einer tragfähigen Wirtschaftskonzeption, die den Erdölreichtum als Grundlage für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung und Diversifizierung hätte nutzen können.

Der Kampf um die Fortführung der Revolution in Venezuela hat zwar einen Rückschlag hinnehmen müssen, ist jedoch noch lange nicht verloren. Der Chavismus stellt weiterhin die Regierung und kann sich außerdem noch auf 5,6 Mio. Wähler stützen, die sich weiterhin offen zur PSUV bekannt haben. Die Unterstützung für das politische Projekt von Hugo Chávez, die bolivarische Revolution, sowie die Bereitschaft zur Verteidigung der sozialen und politischen Errungenschaften, die die Revolution für Millionen von Venezolanern mit sich brachte, dürfte noch größer sein.

Lateinamerikaweit hat die Rechte ihre „Schreckstarre" nach den lawinenartigen Wahlsiegen der Linken im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts überwunden und ist zur Gegenoffensive angetreten. Sie konzentriert sich dabei erneut auf die schwächste Stelle des linken Projektes: die Wirtschaftspolitik. Über die Wirtschafts- und Versorgungsprobleme versucht sie, die politische Situation in den einzelnen Ländern zu verschärfen. Dagegen hilft nur die Entwicklung einer klaren Perspektive, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, und die Vertiefung bzw. Beschleunigung der Transformationsprozesse. Essentiell dafür wird die erfolgreiche weitere Mobilisierung einer klaren Bevölkerungsmehrheit sein.

Auswirkungen auf Kuba

Die Entwicklung in Argentinien und Venezuela, aber auch die Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen in Brasilien und anderen Ländern könnte nicht nur eine Verschlechterung des politischen Klimas in Lateinamerika und somit auch für die Stellung Kubas auf dem Kontinent bedeuten. Kuba könnte auch direkt, vor allem was seine wirtschaftlichen Beziehungen angeht, betroffen sein.

Venezuela ist nicht nur die Hauptstütze vieler ALBA-Programme, sondern derzeit auch Kubas wichtigster Handelspartner. In Venezuela und Brasilien arbeiten z.B. Zehntausende kubanische Spezialisten aus dem Gesundheits- und Bildungswesen, und Brasilien ist der Hauptpartner beim Großprojekt des neuen Hafens in Mariel. Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, wie die an sich erfreuliche Tatsache der wachsenden Einbeziehung Kubas in die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Region auch neue Risiken und Belastungen für das sozialistische Land hervorbringen kann. Für die internationale Solidaritätsbewegung muss deshalb die Unterstützung Kubas sowie parallel dazu die Unterstützung der linken Kräfte in Lateinamerika ein wichtiges Anliegen bleiben.

Kubas Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung

Gespräch mit Ida Paz-Lago de Leon, Wirtschafts- und Handelsrätin der Botschaft der Republik Kuba

aus: Cuba Sí-Revista, 1/201
Interview: Jörg Rückmann
Übersetzung aus dem Spanischen: Miriam Näther

Der 6. Parteitag der KP Kubas hat im Jahr 2011 über 300 Maßnahmen für die Entwicklung der kubanischen Ökonomie beschlossen. Wie hat sich die kubanische Wirtschaft seitdem entwickelt?

Die kubanische Wirtschaft ist im Jahr 2015 um 4 Prozent gewachsen und übertrifft damit die Zahlen der Jahre 2011 bis 2014 – und das trotz der über 50 Jahre andauernden US-Blockade, trotz des Preisrückgangs für kubanische Exportgüter und trotz der ungünstigen Wechselkurse, die sich negativ auf unseren Export auswirkten. Diese 4 Prozent haben wir erreicht, weil im Jahr 2014 die Betriebe dank eines Liquiditätsvorschusses den Import der benötigten Waren und Rohstoffe finanzieren konnten und so zu Beginn des Jahres 2015 ihre Produktion ohne Unterbrechung absicherten. Zudem haben sich die Preise für Importe verringert, somit konnte mehr importiert werden.

2015 sind im Vergleich zum Vorjahr alle produktiven Wirtschaftsbereiche gewachsen. Die höchsten Zuwächse verzeichneten wir in der Zuckerindustrie, im Bauwesen, in der Fertigungsindustrie, im Bereich Handel und Dienstleistungen, in der Hotel- und Gaststättenbranche, beim Transport und in der Lagerwirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Kommunikation sowie bei der Bereitstellung von Strom, Gas und Wasser. Der Anteil der Waren- und Güterproduktion am BIP konnte von 59,3 Prozent (2014) auf 61,1 Prozent (2015) gesteigert werden. Für jeden erwirtschafteten Peso nacional des BIP hat Kuba 0,17 US-Dollar aufgewendet.

Dazu ein paar interessante Zahlen: Im vergangenen Jahr haben wir 27 480 Wohnungen fertiggestellt, von denen 12 480 vom Staat errichtet wurden. Das durchschnittliche Monatsgehalt erhöhte sich von 584 Peso nacional (2014) auf 640 Peso nacional (2015). In den staatlichen Betrieben stieg dieser Wert von 600 auf 655 Peso nacional.

Die erreichten 4 Prozent Wachstum beim BIP sind ein gutes Ergebnis, auch wenn die kubanische Wirtschaft noch Reserven hat.

Erwähnen möchte ich auch das Abkommen mit 14 Gläubigerstaaten Kubas, die Mitglied im Pariser Club sind. Kuba wird innerhalb von 18 Jahren rund 2,6 Milliarden US-Dollar Schuldentilgung an die Gläubiger leisten. Mit dem Abkommen haben wir eine nachhaltige und endgültige Lösung für das Problem der Altschulden und Verzugszinsen gefunden. Unsere Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31. Oktober 2015 auf 11,1 Milliarden US-Dollar. Die Regelung spiegelt zudem die Möglichkeiten unserer Wirtschaft wider; Kuba kann nun alle Auslandsschulden bedienen und ist international wieder kreditwürdig.

Die kubanische Nationalversammlung hat sich auf ihrer Dezembersitzung auch mit dem Thema Wirtschaft beschäftigt …

Die Nationalversammlung hat für das Jahr 2016 eine Steigerung des BIP von 2 Prozent prognostiziert – ein geringeres Wachstum als 2015. Die wichtigsten Wachstumsbereiche bleiben das Bauwesen, der Hotel- und Gaststättensektor, die Land- und Forstwirtschaft, die Transport- und Lagerwirtschaft, die Kommunikation, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser sowie die Zuckerindustrie. Ein Rückgang wird im Bergbau und in der Fertigungsindustrie (mit Ausnahme der Zuckerproduktion) erwartet.

Für dieses Jahr sind beträchtliche Investitionen geplant: 7,8 Milliarden Peso nacional! 58 Prozent dieser Summe fließen z. B. in den Tourismus, in den Ausbau der Erdölförderung, in die Bekämpfung der Folgen der Trockenheit, in Sanierungsprogramme, in die Sonderwirtschaftszone Mariel, in die Zuckerproduktion, die Telekommunikation, das Bauwesen und die Produktion von Baumaterialien sowie in den Bereich erneuerbare Energien. 600 Millionen werden für die Lebensmittelproduktion und zur Reduzierung von Importen aufgewendet.

Kuba wird 2016 1,94 Milliarden US-Dollar für Lebensmittelimporte ausgeben. Geplant ist ein Verbrauch von 8,4 Millionen Tonnen Erdöl, wovon fast die Hälfte in die Energieerzeugung fließt. Der Personentransport soll um 2 Prozent wachsen, auch wenn diese Zahl noch zu gering angesetzt ist. Auch der staatliche Wohnungsbau liegt mit 11 311 Einheiten eher im bescheidenen Bereich. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen wird 2016 weiter zunehmen. 350 000 Tonnen Zement sollen bereitstehen, Stahl, Holz und Zuschlagstoffe werden entsprechend der Nachfrage angeboten. Auch der freie Verkauf von Lebensmitteln wird erweitert.

Schwierigkeiten werden wir in der Wasserversorgung haben, da aufgrund der lang anhaltenden Dürreperiode derzeit 800 Millionen Kubikmeter fehlen.

Der monatliche Durchschnittslohn wird 2016 weiter steigen: auf 653 Peso (in den staatlichen Betrieben auf 700 Peso).

Dennoch muss nach Meinung von Experten die Wachstumsrate in den nächsten 4 bis 5 Jahren höher sein, damit die Auswirkungen auf die Ökonomie besser und spürbarer sind.

Im April findet der 7. Parteitag der KP Kubas (PCC) statt. Auch dort wird das Thema Ökonomie eine große Rolle spielen …

Richtig. Seit Februar 2015 und noch bis zum Ende des 1. Quartals 2016 findet in den Gemeinde- und Provinzparlamenten mit den Parteimitgliedern und Funktionsträgern eine umfangreiche Diskussion über die Inhalte der vorliegenden Dokumente statt. Das 13. Plenum des ZK der PCC erörterte im Januar 2016 die Dokumente, die während des 7. Parteitages diskutiert werden sollen. Während dieser Zusammenkunft wurde das Konzept des kubanischen Wirtschafts- und Sozialmodells einer sozialistischen Entwicklung beraten, in das auch theoretische Überlegungen Eingang finden werden. Das Dokument, das der Parteitag verabschiedet, wird „dynamisch“ sein – es wird einer kontinuierlichen Bewertung unterzogen.

Weiterhin diskutiert wird der „Ökonomische und soziale Entwicklungsplan bis zum Jahr 2030“, der seit 2012 erarbeitet wird. Die Eckpunkte hat der Ministerrat im Mai 2014 festgelegt.

Auf der ZK-Tagung wurden auch eine Einschätzung der Ergebnisse der bisherigen Umsetzung der „Lineamientos“ (Leitlinien) der Wirtschafts- und Sozialpolitik von 2011 sowie eine Aktualisierung für den nächsten Planungszeitraum vorgenommen.

Die Umsetzung der „Lineamientos“ hat in den vergangenen fünf Jahren durchaus Ergebnisse gebracht, auch wenn einige der getroffenen Maßnahmen bislang noch keine spürbaren Auswirkungen in der Binnenwirtschaft gezeigt haben.

Welche Schwerpunkte werden in diesem Entwicklungsplan bis 2030 gesetzt?

Die Planung bis 2030 dient als Grundlage für die Erarbeitung der kommenden Fünfjahrpläne. Zu den Schwerpunkten gehören die Steigerung des BIP, um die Entwicklung von Wohlstand, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit für alle Kubaner zu gewährleisten, das gesellschaftliche Eigentum über die wichtigsten Produktionsmittel beizubehalten, ein in allen Bereichen effizientes sozialistisches Entwicklungsmodell zu gestalten, Wissenschaft, Technologie und Forschung zu fördern, die Nutzung erneuerbarer Energien auszubauen, die Infrastruktur des Landes zu sanieren und zu modernisieren sowie die demografische Nachhaltigkeit abzusichern.

Wie wird sich die Zusammenarbeit mit den ALBA-Mitgliedern und den BRICS-Staaten gestalten?

Kuba unterhält derzeit Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit 75 Ländern und möchte solche Beziehungen mit der ganzen Welt haben. Ebenso wollen wir die wirtschaftlichen Verbindungen zu unseren wichtigsten Partnern wie China, Venezuela, Russland und Vietnam festigen und ausbauen.

Venezuela ist heute Kubas wichtigster Handelspartner, mit einem gegenseitigen Handelsvolumen von 7 Milliarden US-Dollar (2014). Hervorzuheben ist das ALBA-Bündnis als Mechanismus der regionalen Integration der Staaten Lateinamerikas und der Karibik, das gekennzeichnet ist durch die gegenseitige Solidarität der Mitgliedsländer.

Seit zehn Jahren ist China der zweitwichtigste Handelspartner Kubas (1,635 Milliarden US-Dollar Umsatz – 2014). China stellt darüber hinaus wichtige finanzielle Erleichterungen bereit, was Kredite sowie kurz-, mittel- und langfristige Sicherheiten betrifft. Das erleichtert die Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Vorhaben in Kuba.

Brasilien zählt zu den zehn wichtigsten Handelspartnern mit einem Handelsaustausch von rund 651 Millionen US-Dollar (2014).

Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Russland und Kuba haben 2015 ein für die letzten 25 Jahre ungekanntes hohes Niveau erreicht. Zwei der Abkommen über 1,2 Milliarden Euro sichern prioritäre Entwicklungsvorhaben ab, erstens den Bau von vier Kraftwerken, die perspektivisch 800 Megawatt in das nationale Stromnetz einspeisen werden, und zweitens die Modernisierung eines Stahlwerkes in Havanna. Außerdem besteht eine Kooperationsvereinbarung zwischen der kubanischen Firma Heber Biotec und der russischen Firma Pharmaco, die den Zugang kubanischer Medikamente zum russischen Markt ermöglichen soll.

Wie entwickelt sich die Sonderwirtschaftszone Mariel (ZEDM)?

Zum Jahresende 2015 lagen Interessensbekundungen von mehr als 400 Unternehmen vor, in der Sonderwirtschafts-

zone Mariel zu investieren. Die ZEDM ist etwas völlig Neues in Kuba und nimmt eine bedeutende Stellung in unserem „Katalog der Investitionsmöglichkeiten“ (Cartera de Oportunidades de Negocios) ein, der 2015 überarbeitet vorgestellt wurde. Dieser Katalog weist Bereiche aus, in denen Kuba ausländische Investitionen benötigt. Angesprochen werden dabei auch Finanz- und Kreditinstitute.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es in Mariel neun zugelassene Investoren, von denen zwei bereits aktiv tätig sind und sieben im Prozess der Investitionsabwicklung stehen. Auf kubanischer Seite arbeiten bereits der Betrieb „Servicios Logísticos“ und der Containerterminal. Zu den Unternehmen mit 100 Prozent ausländischem Kapital gehören zwei mexikanische Firmen: eine für die Fleischverarbeitung und eine für die Produktion von Farben und Anstrichen. Spanien ist mit einem Unternehmen für die Versorgung der Hotelbranche mit Lebensmitteln und Getränken vertreten. Zwei genehmigte Firmen, die im Bereich Logistik und Technologie tätig sind, kommen aus Belgien. Ein weiteres brasilianisch-kubanisches Unternehmen widmet sich der Herstellung von Zigaretten. Und im Januar 2016 wurde mit der niederländischen Firma Unilever ein Joint Venture gegründet, das sich ebenfalls in der ZEDM ansiedeln wird.

Der Containerumschlag in Mariel entwickelt sich sehr zufriedenstellend. 2014 wurden mehr als 160 000 Container umgeschlagen, und 2015 bereits doppelt so viele, rund 310 000. Dies sind erfreuliche Wachstumszahlen, höher als in anderen Häfen der Region. Durch die Vereinbarungen mit den in der ZEDM angesiedelten Unternehmen ist es Kuba möglich, seine Importe zu senken und seine Exporte zu steigern. Die ZEDM bietet aber auch Investitionsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen aus anderen Ländern.

Wie entwickeln sich die staatlichen Betriebe als wichtigste Säule der Wirtschaft des sozialistischen Kuba?

Die Veränderungen im System der Staatsbetriebe, die seit vier Jahren vorgenommen werden, münden 2017 in ein neues Gesetz. 2015 ist das erste Jahr, in dem alle Maßnahmen zusammengeführt wurden. Ziel ist, den sozialistischen Staatsbetrieben größere Selbstständigkeit und mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, um Effizienz und Produktivität zu steigern. Hervorzuheben ist die Trennung der staatlichen von den unternehmerischen Funktionen und damit verbunden die Schaffung dreier Organisationsformen: die Höheren Organisationen unternehmerischer Leitung (Organizaciones Superiores de Dirección Empresarial – OSDE), die Betriebe (Empresas) und die Unternehmenseinheiten der Basis (Unidades Empresariales de Base – UEB). Diese Schritte erlauben es, die staatlichen Strukturen neu zu justieren mit dem Ziel, die Entwicklung der Produktivkräfte zu stärken.

Die größere Autonomie der Staatsbetriebe zeigt sich u. a. in der Flexibilisierung der Vermarktungsmöglichkeiten für Produktionsüberschüsse, bei den Möglichkeiten, Löhne und Gehälter an die erwirtschafteten Produktionsergebnisse anzupassen, an der besseren Nutzung der Arbeitszeit und bei der Senkung der Kosten.

Die Zahl der Betriebe, die Verluste erwirtschafteten, konnte von 245 (Ende 2014) auf 64 (1. Halbjahr 2015) gesenkt werden. Auch zeigt sich eine Tendenz, dass sich die Zahl der Betriebe verringert, die ihre Löhne und Gehälter ohne produktive Rückendeckung auszahlen. Die Zahl sank von 238 (2014) auf 99 (erstes Halbjahr 2015).

Der sozialistische Staatsbetrieb bleibt die wichtigste Säule des kubanischen Wirtschaftsmodells und soll befähigt werden, die wirkliche Entwicklung des Landes voranzubringen.

Und der nichtstaatliche Bereich?

Bis Ende 2015 wurden mehr als 500 000 Lizenzen für „Arbeit auf eigene Rechnung“ erteilt. Einem Bericht des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit (MTSS) zufolge sind hier die größten Bereiche die Verarbeitung und der Verkauf von Lebensmitteln – hier arbeiten rund 57 000 Personen als Selbstständige –, der Personen- und Warentransport (50 800), die Vermietung (28 658) und der Vertrieb von Telekommunikationsangeboten (24 234). 31 Prozent der Selbständigen, der sogenannten Cuentapropistas, sind jüngere Menschen, 30 Prozent sind Frauen.

Eine ebenfalls wichtige Rolle spielen die mehr als 500 nichtlandwirtschaftlichen Genossenschaften in Bereichen wie Gastronomie, Dienstleistungen, Technik und Handwerk, Personenverkehr, Bauwesen, Warenfertigung, Fischfang und überregionaler Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Aber noch immer fehlt ein Großhandel z. B. für die Bereitstellung von Arbeitsmitteln, Rohstoffen und Materialien in größerem Umfang. Cuentapropistas und die Genossenschaften müssen die von ihnen benötigten Waren im selben Handelsnetz beschaffen, wo auch der normale Bürger einkauft. Dieser Umstand führt immer wieder zu Versorgungsengpässen im Einzelhandel. Für dieses Problem suchen wir derzeit nach Lösungen.

Dennoch ist der positive Effekt der Genossenschaften zu spüren, da sie eine gute Ergänzung zu den staatlichen Betrieben sind. Die Genossenschaften helfen, Importe zu verringern, sie unterhalten Wirtschaftskreisläufe mit staatlichen Betrieben, bieten wichtige Dienstleistungen an, sie sanieren die von ihnen genutzten Immobilien und tragen außerdem zur Entwicklung der Gemeinden bei, in denen sie ansässig sind.

Wird Kuba – mit dieser starken Orientierung auf die Wirtschaft des Landes – seine Sozialprogramme beibehalten können?

Ja, das werden wir. Die Leistungen und Erfolge des kubanischen Bildungs- und Gesundheitssystems sind allgemein bekannt und werden auch immer wieder von Fachleuten und internationalen Organisationen gewürdigt. Auch das Jahr 2015 endete mit zufriedenstellenden Ergebnissen in beiden Bereichen. In der Bildung ist Kuba das einzige Land in Lateinamerika und der Karibik, das sämtliche globalen Ziele des Programms „Bildung für alle“ im Zeitraum von 2000 bis 2015 erreicht hat. Laut einem Bericht der UNESCO hat das kaum ein Drittel der Länder der Welt geschafft. Kuba investiert prozentual weltweit am meisten in die Ausbildung von Lehrern, und es hat große Erfolge im Bereich der Aus- und Weiterbildung erzielt.

In Bezug auf das kubanische Gesundheitssystem wurde erst kürzlich wieder berichtet, dass die Kindersterblichkeit in Kuba bei weniger als 5 von 1 000 Lebendgeburten liegt, was unserem Land einen Rang unter den ersten 20 Ländern der Welt beschert und den ersten Platz auf dem gesamten amerikanischen Kontinent. Die Lebenserwartung der Kubaner liegt bei 78 Jahren, und die Müttersterblichkeit ist niedriger

als 35 von 100 000 Lebendgeburten. In diesem Jahr wird Kuba das erste Land der Welt sein, das eine Anerkennung der Weltgesundheitsorganisation erhält für seine Leistung, die Übertragung des HI-Virus sowie der Syphilis von der Mutter auf das Kind zu verhindern.

Im beschlossenen Gesetz für den Staatshaushalt 2016 werden natürlich auch weiterhin die wesentlichen Errungenschaften der Revolution wie der kostenlose Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung garantiert. 52 Prozent der Staatsausgaben (30 % für Gesundheit, 22 % für Bildung) werden wir für diese beiden Bereiche bereitstellen.

Ein Magnet für Scharlatane und Diebe

Von Volker Hermsdorf, aus: Cuba-Sí Revista Nr. 1/2016

Bundesdeutsche Medien von FAZ bis TAZ, von ARD bis RTL räumen Aktionen kubanischer Systemgegner, auch wenn sie noch so bedeutungslos sind, üblicherweise ausgiebigen Platz ein. Behauptungen werden meist – ohne Prüfung der Quellen – für bare Münze genommen, auch noch so abstruse Anschuldigungen zitiert, ohne dass eine Gegenposition eingeholt wird. Vor allem aber werden Leser, Zuhörer und Zuschauer fast immer darüber im Unklaren gelassen, aus welchen Kanälen das Geld für die Aktivitäten stammt, von wem und wofür die „Aktivisten“ auf der Insel bezahlt werden. Auch die zunehmenden internen Verteilungskämpfe – sonst ist so etwas ein gefundenes Fressen für Sensationsmedien – sind plötzlich tabu. Dabei streiten sich prominente und unbekannte „Dissidenten“ derzeit untereinander wie die Kesselflicker, und immer geht es dabei um das Eine: um das Geld der Steuerzahler in den USA und Europa, das Regierungen und Parteistiftungen großzügig unter Kubanern verteilen, von denen sie den Einsatz für das Ziel eines Regime-Changes verlangen.

Die „New York Times“ berichtete am 9. November 2014 in einem Leitartikel, dass „die nordamerikanische Regierung in den letzten 18 Jahren 264 Millionen Dollar“ ausgegeben habe, um „demokratische Reformen auf der Insel“ zu befördern. Am 17. Dezember kündigte US-Präsident Barack Obama dann zwar eine „neue Ära“ in den Beziehungen beider Länder an, sagte aber auch unmissverständlich: „Wir werden uns weiter für Demokratie und Menschenrechte auf Kuba einsetzen.“ Das Pressereferat des Weißen Hauses erläuterte genauer, was damit gemeint war: „Heute kündigte der Präsident mehrere Maßnahmen an, die darauf abzielen, … in Kuba effektiver einen Wandel zu fördern …“ Über das von Obama offen benannte Ziel wurde berichtet. Über Art und Umfang der finanziellen Aufrüstung zur Förderung des Umsturzes herrscht dagegen großes Schweigen.

Nur wer selbst recherchiert, erfährt, dass der US-Journalist Tracey Eaton in seinem Blog „Along the Malecón“ penibel auflistete, dass die Regierung in Washington allein im Jahr 2015 dafür rund 20 Millionen Steuergelder ausgab. Eaton dokumentierte auch, dass die US-Agenturen NED, USAID und das State Departement die staatlichen Budgets für „Demokratieprogramme in Kuba“ für das Jahr 2016 auf 30 Millionen aufgestockt haben.

Doch nicht nur US-amerikanische Steuerzahler werden für subversive Aktionen in Kuba zur Kasse gebeten. Auch europäische sowie bundesdeutsche NGOs und Parteistiftungen stellen Knowhow, personelle Unterstützung und viel Geld dafür zur Verfügung. Am 30. November veröffentlichte die staatliche US-Propagandaplattform „Martí Noticias“ einen Aufruf der rechtsgerichteten tschechischen Initiative „People in Need“. Die vorgebliche NGO bietet für „kritische, zivilgesellschaftliche Projekte“, die zwischen dem 1. Februar und dem 31. Juli 2016 in Kuba durchgeführt werden, eine „Unterstützung“ von jeweils 1.800 Dollar an.

Wie solche „zivilgesellschaftlichen Projekte“ dann in der Praxis aussehen, beschrieben im November Nachbarn des Santa-Rita-Parks im Stadtteil Miramar von Havanna, dem bevorzugten Aktionsgebiet der „Damen in Weiß“. Eine Anwohnerin beschwerte sich per Twitter über deren Art der „Rekrutierung“ neuer Mitstreiter und schilderte zudem die Verärgerung der Nachbarn über Belästigungen durch lautstarke Aktionen.

Die Nachbarschaftsgruppe „Comunidad del Parque de Santa Rita“ veröffentlichte Ende November Fotos, die Ángel Moya, den Ehemann der Damas-Chefin Berta Soler, bei der Auszahlung von „Aktivisten“ zeigen. In solchen Fällen ist öffentliche Aufmerksamkeit bei der ansonsten Publicity suchenden Gruppe allerdings nicht gern gesehen. Das erfuhr auch die Tageszeitung „Nuevo Herald“ in Miami. Obwohl das Blatt ein medialer Hardliner im Kampf gegen die Regierung in Havanna ist, hatte es über Betrugsvorwürfe berichtet, die der mit dem Sacharowpreis und 50 000 Euro vom Europäischen Parlament ausgestattete Systemgegner Guillermo Fariñas gegenüber Berta Soler erhoben hatte, deren Gruppe den gleichen Preis samt 50 000 Euro Prämie erhielt. Dem Artikel zufolge wird Soler die Unterschlagung größerer Summen vorgeworfen. Sie soll unter anderem 37 000 CUC (1 CUC = 1 Dollar) für den Kauf eines Appartements im Stadtteil Alamar, 10 000 CUC für die Babyausstattung ihrer Tochter, 85 000 CUC für den Kauf einer Luxuswohnung im Stadtteil Santos Suárez, 40 000 CUC für den Kauf eines Autos für ihren Ehemann Ángel Moya und weitere hohe Beträge „abgezweigt“ haben. Der von Nora Gámez Torres verfasste Bericht wurde allerdings nach kurzer Zeit von der Homepage des „Nuevo Herald“ und in den Suchmaschinen gelöscht. Die kubanische Journalistin Norelys Morales hatte vorher jedoch eine Kopie sichern können, die sie zum Download wieder ins Internet stellte.

Vor aller Augen habe sich Berta Soler in den letzten Jahren von einer einfachen kubanischen Frau in ein gefragtes „Top-Model“ verwandelt, kommentierte der Blogger Arthur González amüsiert. „Konterrevolutionär zu sein, ist zweifelsohne ein lohnender Beruf in Kuba“, schrieb er. Selbst „Martí Noticias“, kritisiert mittlerweile, dass die auch von diesem Sender ausgehaltenen Aktivisten „in einer anderen Dimension“ leben. Sie seien vor allem an Auslandsreisen und einer „Medienshow“ interessiert. Jeder „Oppositionsführer“ betrachte die Projekte als „sein Privateigentum“, kritisiert der Autor eines im Oktober 2015 veröffentlichten Artikels. Den Contras auf der Insel attestiert er: „Das Fehlen jeder Transparenz, die Intoleranz und die Schwindeleien“ verurteilten sie zum Misserfolg.

Die jüngsten Korruptionsvorwürfe werden gegen José Daniel Ferrer García erhoben. Der Chef der Dissidentengruppe „Patriotische Union Kubas“ (UNPACU) in Palma Soriano (Provinz Santiago de Cuba), der in der Bundesrepublik vor allem von der rechtslastigen „Internationalen Gesell-

schaft für Menschenrechte“ (IGFM) gefördert wird, gehört auch deshalb zu den bevorzugten Quellen hiesiger Medien. Ferrer hat derzeit allerdings große Schwierigkeiten, den Verbleib von 4 500 Dollar zu erklären, die sein Bruder Luis Enrique, der sich „Internationaler Repräsentant der UNPACU“ nennt, in den USA aufgetrieben und – laut einem ins Internet gestellten Quittungsbeleg – am 5. August 2015 aus Miami für die politische Arbeit nach Kuba geschickt haben will. Das Geld, so wird im Netz spekuliert, sei wohl „im Bermuda-Dreieck“ verschwunden.

Andere Belege, wie etwa einer vom 12. August 2015 über 101 Dollar „Reisekosten“ für einen Empfang mit US-Außenminister John Kerry und anderen in Havanna, schüren innerhalb der Dissidentenszene im Osten das Misstrauen. Sie nähren den Verdacht, dass Ferrer und sein kleiner Führungszirkel, bestehend aus den „Koordinatoren“ Jorge Cervantes und Yriades Hernández Aguilera, sich bereichern und die Mitläufer mit Brosamen abspeisen.

Vermutlich wegen derartiger Praktiken war Eliecer Ávila, einem anderen selbsternannten „Oppositionsführer“, während einer Internet-Konferenz mit einigen Anhängern Ende Oktober der Kragen geplatzt. Bei der Frage nach gemeinsamen Aktionen mit den „Damen in Weiß“ stellte er klar: „Ich marschiere nicht gemeinsam mit Korrupten und nicht mit Leuten, die keine Moral haben.“ Obwohl er die Aussage später, offenbar auf Druck aus den USA und von einigen „Stars“ der Szene, abzuschwächen versuchte, hatte Ávila einen Nerv getroffen.

Neu ist seine Erkenntnis allerdings nicht. Denn während deutsche Journalisten zu dem Thema entweder gar nicht erst recherchieren oder später nicht darüber schreiben dürfen, berichtete die „New York Times“ bereits im November 2014 darüber, dass Jahr für Jahr Millionen Dollar, mit denen Washington eigentlich einen Regime-Change auf Kuba einleiten will, von Systemgegnern zum Kauf von Luxusartikeln „abgezweigt“ werden. Die bereits eingangs erwähnten 264 Millionen seien zu „einem Magneten für Diebe und Scharlatane geworden“, klagte das Blatt. Die Zeitung führt aus, dass die Investitionen zum Sturz der Regierung in Havanna – die von zunächst ein paar Millionen unter Präsident George W. Bush auf 20 Millionen jährlich erhöht worden waren – über exilkubanische Contragruppen in Miami „ohne weitere Kontrollen“ an Systemgegner innerhalb und außerhalb Kubas verteilt worden waren. Ein Bericht des US-Rechnungshofes aus dem Jahr 2006 beweise, dass die Staatsgelder von ihnen auch für private Luxusausgaben verwendet worden seien. So hätten sich die Contras belgische Godiva-Pralinen, Konserven mit exklusivem Krebsfleisch, Mountainbikes, Playstations u.a. gegönnt.

Vietnam weiter auf Reformkurs und auf der Suche nach Balancen

Betrachtungen zum XII. Parteitag der KP Vietnams

Von Marlies Linke, Asienreferentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

„Urgroßvater Schildkröte“ wurde am Vorabend der Eröffnung des XII. Parteitages der Kommunistischen Partei Vietnams im „See des zurückgegebenen Schwertes“ im Zentrum von Hanoi tot aufgefunden. Der Tod dieser von den vielen Hanoiern als beinahe heilig verehrten Jangtse-Riesenweichschildkröte – eines von nur noch vier Exemplaren dieser Art weltweit – galt nicht wenigen als schlechtes Omen für den Parteitag, verband sich doch mit der Schildköte und dem Hoan-Kiem-See die Legende, dass der spätere König Le Loi im 15. Jahrhundert die chinesischen Eroberer mithilfe eines ihm von den Göttern verliehenen Zauberschwerts besiegt hatte, das er nach seinem Sieg an eine Schildkröte in diesem See zurückgab.

Die 1510 Delegierten des XII. Parteitages der KPV tagten vom 20. – 28. 1. 2016 in Hanoi und bezogen sich eher auf ein anderes wichtiges Ereignis in der jüngeren Geschichte des Landes: auf den Beginn der Reformpolitik in Vietnam (Doi Moi), die offiziell auf dem VI. Parteitag im Dezember 1986 gestartet worden war. Die Abgesandten der 4,5 Millionen Mitglieder der KPV hatten nicht nur über wichtige Personalien in der Partei selbst mitzuentscheiden, sondern damit auch über die künftige Richtung der Politik des 94 Millionen Einwohner zählenden Landes.

Gewählt wurden 180 Mitglieder und 20 Kandidaten des XII. Zentralkomitees, davon 20 Frauen und 17 Personen, die Angehörige nationaler Minderheiten sind. Dem um drei auf nun 19 Mitglieder erweiterten neuen Politbüro des ZK gehören erstmals drei Frauen an.

Als Generalsekretär wurde Nguyen Phu Trong wiedergewählt, obwohl er mit 71 Jahren bereits die Altersgrenze für ZK-Mitglieder (65) überschritten hat.

Im Vorfeld war von vielen Vietnamesen und Beobachtern des Landes erwartet worden, dass der bisherige Ministerpräsident Nguyen Tan Dung (66) anstreben würde, für sich eine Ausnahmeregelung zu erreichen, um nach den zwei Amtsperioden als Ministerpräsident (2006-2016) und auch jenseits der Altersgrenze von 65 Jahren nicht nur wieder Mitglied des ZK der KPV werden, sondern auch die Position des Generalsekretär des ZK der KP Vietnams anstreben zu können und zum ersten Mal in der Geschichte Vietnams die Positionen des Ministerpräsidenten (eine Wiederwahl nach zwei Amtsperioden ist nicht möglich) und des Generalsekretärs nacheinander auf eine Person zu vereinen.

Gerade in sozialen Medien Vietnams wie facebook waren vor der Wahl die Chancen Dungs auf einen Wahlsieg über den erneut zum Generalsekretär gewählten Nguyen Phu Trong als sehr hoch eingeschätzt worden. Dung wurde einerseits zugeschrieben, sich kritisch gegenüber China, USA-freundlich und für mehr Spielraum der Marktkräfte zu positionieren. Allerdings wiesen seine Kritiker darauf hin, dass seine Bilanz nicht so eindeutig zu bewerten sei: Er wurde mit verfehlter Förderung von Industriegroßbetrieben, mangelnder Bereitschaft zur Bekämpfung von Korruption und den Finanzskandalen um zwei der größten Staatsbetriebe Vietnams (u.a. des Schiffbaukonzerns Vinashin und Vinalines) und damit mit der kurzfristig drohenden Zahlungsunfähigkeit Vietnams 2012 in Verbindung gebracht. Ihm wurde in diesem Zusammenhang vorgehalten, dass sein Versagen, einen entsprechenden Plan zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme vorzulegen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Führung durch die KPV beschädigt habe. In Bezug auf China sei seine Positionsbestimmung ebenfalls nicht eindeutig – habe er doch mehrere große Bauxitminenprojekte auch von chinesischen Unternehmen (Chalco) genehmigt, die wegen ihrer Auswirkungen auf heftige Kritik in Vietnam gestoßen sind. Auch die Ansammlung von Vermögen in den Händen von Familienmitgliedern Dungs, deren Aufstieg in zentrale

Parteifunktionen und Wirtschaftspositionen wurden kritisch kommentiert.

Die Argumente gegen eine Kandidatur Dungs wurden in einem neunseitigen Brief zusammengefasst, den drei Professoren der Ho-Chi-Minh-Akademie Ende 2015 in einem politischen Blog veröffentlichten, in dem sie darlegten, dass er die Partei nicht führen könne. Vermutungen, er könne Sympathien gegenüber „Farbenrevolutionen" hegen, dürften einer der zentralen Kritikpunkte gewesen sein. Entscheidungen der politischen Führung Vietnams werden gewöhnlich in einem kollektiven Meinungsbildungsprozesses vorbereitet. Daher dürften auch Überlegungen, ein Generalsekretär Dung könnte mit einem ihm verbundenen Ministerpräsidenten eine ähnliche Machtkonzentration erzeugen wie Xi Jinping in China, einen Teil der vietnamesischen Eliten eher zur Sorge veranlasst haben.

Dem Parteitag waren mehrere Plenartagungen des Politbüros des XI. ZK vorausgegangen, die wichtige Vorentscheidungen für den Wahlmodus und die Wahl von Personen brachten. In der Entscheidung 244-QD/TW des ZK der KPV vom Juni 2014 zum „Wahlprinzip innerhalb der Partei" wurde als Prinzip der „zentralisierten Demokratie" festgelegt, dass Kandidaten von ihren Parteieinheiten nominiert werden sollten und kein Recht zur Selbstnominierung haben. Sollten sie jenseits der Altersgrenze nominiert werden, so hätten sie diesen Vorschlag zurückzuweisen. Nur für Generalsekretär Trong beschloss das 13. ZK-Plenum eine Ausnahme von der Altersgrenze. Ministerpräsident Dung wurde auf den ZK-Tagungen Anfang Januar 2015 nicht als Kandidat für das XII. ZK vorgeschlagen, so dass er auch die Nominierung durch Delegierte des Parteitages nicht annehmen konnte. Bemerkenswert ist, dass die Parteitagsdelegierten 62 Personen zusätzlich zu denen nominierten, die in den Abstimmungsprozessen während der ZK-Sitzungen vor dem Parteitag auf die Kandidatenliste für das XII. Politbüro gesetzt wurden.

Aus diesen Abstimmungsrunden zur Kandidatenauswahl im Vorfeld des Parteitages ging der bisherige Generalsekretär Nguyen Phu Trong als einziger Kandidat für die Spitzenfunktion in die Wahl mit ca. 80% der Stimmen. Dies wurde als ein Votum für Kontinuität in der Partei gewertet: Trong wurde zugeschrieben, am ehesten politische Stabilität, den Zusammenhalt des Volkes und die Einheit der Partei wahren zu können. Nach einigen Quellen gilt es als wahrscheinlich, dass er die Partei zwei, vielleicht auch weitere fünf Jahre führen wird.

Etwa die Hälfte der Mitglieder des ZK wurde erstmals in dieses Gremium gewählt, der Altersdurchschnitt beträgt 53, der des Politbüros des ZK 60 Jahre (der vietnamesischen Bevölkerung 30,8). Zu den jüngsten Mitgliedern des XII. ZK zählen mit 40 Jahren zwei Söhne von vietnamesischen Spitzenpolitikern: der Sekretär des Parteikomitees der Provinz Kien Giang, Nguyen Thanh Nghi, ist der älteste Sohn Nguyen Tan Dungs, des Ministerpräsidenten von 2006-2016. Ngyuen Xuan Anh, Parteichef von Da Nang, ist der Sohn Nguyen Van Chis, des Vorsitzenden der Kontrollkommission des IX. und X. ZK.

Beobachter weisen auf den hohen Anteil von Vertretern der Sicherheits- und Parteikontrollgremien im Politbüro hin.

In den Abstimmungsrunden vor dem Parteitag und während des Parteitages wurden auch die Kandidaten für die drei wichtigsten Staatsämter Vietnams bestimmt. Die Neuwahl der Nationalversammlung Vietnams findet am 22. Mai 2016 statt. Diese wählt auf ihrer konstituierenden Sitzung – voraussichtlich im Juli – die künftige oberste Führungsriege des Staates: Der bisherige Minister für Öffentliche Sicherheit Trang Dai Quang (59) wurde als künftiger Staatspräsident nominiert. Nguyen Xuan Phuc (61) dürfte aus der Position eines der Stellvertretenden Ministerpräsidenten in das Amt des Ministerpräsidenten aufrücken. Mit der Wahl Nguyen Thi Kim Ngans (61), einer der bisherigen Vizepräsidentinnen des Parlaments, zur Parlamentspräsidentin wird zum ersten Mal in der Geschichte der SRV eine Frau eines der vier höchsten Partei- und Staatsämter innehaben.

Die Personalentscheidungen wie auch die Schwerpunktsetzungen im Bericht des XI. Zentralkomitees an den XII. Parteitag und im Plan zur sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes machen deutlich, dass die KPV am Kurs von Reformen festhalten wird und beabsichtigt, die Einbindung Vietnams in regionale und globale Austauschprozesse zu intensivieren.

Bei der Vorstellung des Berichts des XI. ZK und des Sozioökonomischen Plans verwies Trong besonders auf Anstrengungen, eine starke und saubere Partei aufzubauen, die Stärke der gesamten Nation und der Demokratie zu fördern, den Erneuerungsprozess umfassend und harmonisch voranzutreiben, eine starke Landesverteidigung und eine friedliche und stabile Umgebung für die Entwicklung Vietnams zu sichern und das Bestreben, Vietnam zu einem modernen Industrieland zu machen.

Er unterstrich, dass auf einigen Feldern bisherige Zielsetzungen, auf dem Weg bis 2020 ein modernes Industrieland zu werden, verfehlt wurden. Er benannte Schwächen in den Bereichen Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Technik, Kultur, Soziales und Gesundheitsversorgung. Noch bestehen Probleme bei der Sicherung der Lebensgrundlagen eines Teils der Bevölkerung, besonders in entlegenen Gebieten. Trong verwies darauf, dass die von der Partei als „Vier Gefahren" ausgemachten Faktoren – Verfall von politischer Ideologie, Moral und des Lebenswandels nicht weniger Funktionäre und Mitglieder der Partei, übertriebene Bürokratie, Korruption und Verschwendung – zurückgedrängt werden müssen.

Für den weiteren wirtschaftlichen Weg des Landes gab der Parteitag vor, Wachstumsmodelle zu erneuern, die Wirtschaft umzustrukturieren, dabei Industrialisierung und Modernisierung voranzutreiben und besonders die wissensbasierte Wirtschaft zu fördern, die Institutionen zu stärken und die sozialistisch orientierte Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Die Wirtschaft soll, kontrolliert durch den sozialistischen Rechtsstaat, in voller Übereinstimmung mit den Gesetzen des Marktes funktionieren. Sie soll verschiedene Eigentumsformen und Sektoren aufweisen, unter denen der staatliche Sektor die führende Rolle spielt und der Privatsektor ein wichtiger Motor ist. Dem Markt wird zugeschrieben, die Hauptrolle bei der Mobilisierung und Verteilung der Ressourcen zu spielen und die Haupttriebkraft bei der Freisetzung von Produktionskräften zu sein. Den Hinweis, dass die Stärken der großen nationalen Einheit genutzt werden sollen, werten einige Beobachter auch als für die Auslandvietnamesen bestimmt.

Als Zielmarke für die nächsten fünf Jahre wurden durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des BIP von 6,5 – 7 Prozent gesetzt. Mit einem BIP pro Kopf von umgerechnet 3650-3750 USD (z.Z. ca. 2300 USD) soll das Land 2020 an

der Grenze eines Landes mit niedrigem Einkommen zu einem Land mit mittleren Einkommen platziert werden.

In den Debatten des Parteitages wurde hervorgehoben, dass es für Vietnam wichtig ist, die makroökonomische Stabilität zu erhalten, den Finanzmarkt mit dem Fokus auf die Handelsbanken umzubauen, Staatsbudget und -betriebe zu restrukturieren, die Verschuldung der öffentlichen Hand stärker zu kontrollieren. Als Indiz, dass die KPV diesen Punkten besonderes Gewicht beimisst, kann die Wahl des Chefs der Vietnamesischen Staatsbank Nguyen Van Binh zum Mitglied des Politbüros gesehen werden.

Wie stellt sich Vietnam dem Problem unerwünschter negativer Auswirkungen des Wirtschaftswachstums auf den Umwelt- und Ressourcenschutz? Die natürlichen Ressourcen werden als nationales Vermögen gewertet, das für die sozioökonomische Entwicklung, die nationale Verteidigung und die Sicherheit des Landes von entscheidender Bedeutung ist. Der Nutzung neuer und erneuerbarer Energien (nach vietnamesischem Verständnis auch der Kernenergie) und neuen Materialien soll verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Ob die anvisierten wirtschaftlichen Ziele erreicht werden, wird auch wesentlich davon abhängen, wie es der KPV gelingt, ihre auf dem Parteitag erneut überaus deutlich bekräftigten Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption wirksam im Alltag umzusetzen. Das Ziel findet sich seit 1994 in den Parteivorgaben. Auch wenn 2012 mit der Einrichtung eines gegenseitigen Kollegialen Bewertungssystems von Leistungen und Ethik innerhalb des Politbüros und 2013 mit der Schaffung eines vom Generalsekretär der KPV geführten Zentralen Antikorruptionskomitees Schritte zur Korruptionsbekämpfung gemacht wurden, so erwiesen sie sich doch vielfach als unzureichend. Transparency International (TI) setzte Vietnam 2015 an Stelle 112 ihres Korruptionswahrnehmungsindexes (CPI), unverändert zum Wert des Jahres 2012. Ohne essentielle Fortschritte auf diesem Gebiet gehen Vietnams Gesellschaft bedeutende Ressourcen und Zukunftsmöglichkeiten verloren. Für die KPV sind Erfolge im Antikorruptionskampf notwendig, um ihren Führungsanspruch in der Gesellschaft auch weiterhin glaubhaft behaupten zu können. In der Korruptionsbekämpfung einen Weg zu finden, der wirtschaftliche Dynamik und institutionelle und politische Reformen wie auch die Einheit der Partei gewährleistet, dürfte eine zentrale Herausforderung für die neue Führungsspitze Vietnams bleiben. Trong, der wahrscheinlich wieder das Zentrale Antikorruptionskomitee führen wird, machte diese Gratwanderung deutlich, als er vor Wählern davon sprach „Wir müssen die Mäuse fangen, ohne die Vase zu zerbrechen."[1]

Trongs erneute Wahl dürfte keine grundlegende Neuausrichtung in der Wirtschafts- und der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes bedeuten. Ebenso wenig wie Ministerpräsident Dung politisch eindimensional verortet werden sollte, wird das im Westen verbreitete Bild Trongs als konservativer, prochinesischer und antiamerikanischer Parteikader den politischen Intentionen und realen Positionierungen des alten und neuen KP-Chefs nicht gerecht. Er war der erste Generalsekretär der KPV, der einen US-Präsidenten im Weißen Haus besuchte, und auch er begegnete Chinas herausfordernden Aktivitäten im Südchinesischen Meer durchaus kritisch.

Der außenpolitische Konsensus, der innerhalb der Führung Vietnams in den letzten 18 Monaten erarbeitet wurde, bleibt erhalten: das Land vertieft „proaktiv und aktiv" seine internationale Integration, wird die multilateralen Ansätze seiner Außenpolitik deutlich stärken, sich in regionalen Netzwerken wie der ASEAN engagieren, seine Interessen, Souveränität und territoriale Integrität diplomatisch und militärisch schützen. Vietnam setzt zu deren Sicherung auf internationales Recht und baut die nationale Verteidigung und Sicherheitspotentiale (gegenüber Herausforderungen von außen und innen) aus.

Vietnams Führung bleibt sorgfältig bemüht, in seinen Außenbeziehungen Balancen zu wahren – vor allen im Verhältnis zu China und den USA.

Eine Verschlechterung der Beziehungen zu den USA ist nicht zu erwarten. Die Beziehungen zu China können von vietnamesischer Seite als gesichert betrachtet werden, solange China selbst keine Schritte unternimmt, die die Situation zwischen den beiden Nachbarn verschlechtern.

Dass der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Pham Binh Minh nun erstmals ins ZK der KPV gewählt wurde, kann als Zeichen für Stabilität und Kontinuität in der Außenpolitik gewertet werden. Dabei ist nicht uninteressant, dass er der Sohn des früheren Außenministers Nguyen Co Thach[2] ist, dessen Entlassung 1991 der Preis für die Verbesserung der Beziehungen Vietnams zu China war.

Innerhalb der Führung gibt es einen starken Konsens darüber, dass es gegenüber China keinen Kompromiss bei den territorialen Ansprüchen im Südchinesischen Meer[3] auf Kosten der nationalen Interessen Vietnams geben wird. Die Region ist zum Zentrum des strategischen Wettbewerbs sowohl zwischen Anrainerstaaten als auch globalen Akteuren geworden, der hier anwachsende Konfliktstoff bildet einen wesentlichen Faktor für Instabilität und eine Gefahr für den Frieden, nicht nur in der Region. Mag auch keine der beteiligten Seiten an einer militärischen Eskalation interessiert sein, birgt die Konstellation bereits die Gefahr, dass sich unbeabsichtigt nicht mehr rücknehmbare Folgen aus kritischen Situationen ergeben.

Dass China im Vorfeld des Parteitages erstmals ein Flugzeug auf Fiery Cross Reef, einem zu einer künstlichen Insel mit Landebahn und Versorgungsbauten erweiterten Riff im Südchinesischen Meer, landete und dieselbe Bohrinsel Haiyang Shiyou 981, die bereits 2014 für eine Eskalation mit Todesfolgen in den Beziehungen zwischen beiden Staaten geführt hatte, durch auch von Vietnam beanspruchte Gewässer bewegte, verursachte deutliche und besorgte Kommentare von vietnamesischer Seite. Die Ausführungen auf dem Parteitag zur Stärkung der Landesverteidigung und diplomatischen Aktivitäten beziehen sich deshalb zu einem erheblichen Teil auf die Sicherung von Positionen gegenüber China.

Vietnams Beziehungen zu China werden weiterhin durch zwiespältige Erfahrungen mit dem Nachbarland geprägt sein: Zum Gepäck der Beziehungen gehören einerseits der Kampf (nicht nur unter König Le Loi) gegen Aggressoren aus China, gegen eine 1000-jährige Fremdherrschaft, für die Bewahrung der eigenen Identität und andererseits das Orientieren an China. Die Führungen beider Länder betreiben seit 1978 bzw. 1986 einen Reformkurs mit sozialistischer Orientierung und inzwischen starken marktwirtschaftlichen Elementen. Vietnam schaut dabei nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche Ansätze auf die Erfahrungen, die in China gemacht werden. Auch die Frage, wie in China mit westlichen politischen Einflüssen umgegangen wird, interessiert

die KPV. Die Bürger Vietnams bleiben China gegenüber meist eher verhalten: nur Japaner betrachten China mit noch größerer Skepsis als Vietnamesen.[4] Intensive, aber eher vom Ungleichgewicht beider Seiten geprägte wirtschaftliche Beziehungen verbinden beide Nachbarn. Auch nach dem Beitritt Vietnams zur US-dominierten Transpazifischen Partnerschaft (TPP) wird China wichtigster Handelspartner Vietnams bleiben.

In den Beziehungen zwischen Vietnam und den USA wird heute weniger der Vietnamkrieg und dessen Folgen thematisiert als die politische, wirtschaftliche und militärische Kooperation. Kurz nach dem Parteitag wurde bekannt, dass US-Präsident Obama Vietnam im Mai 2016 im Umfeld des in Japan stattfindenden G-7-Gipfels besuchen wird. Fragen maritimer Sicherheit und ungehinderter Durchfahrt im Südchinesischen Meer werden zentrale Diskussionspunkte auf diesem Treffen sein.

Nicht nur die Beziehungen Vietnams zu den USA sind davon geprägt, Gegengewichte zu China zu positionieren: Auch die extensive strategische Partnerschaft, die Vietnam seit 2013 mit Japan pflegt, wird davon gekennzeichnet: Japan war 2015 Handelspartner Nr. 3, zweitgrößter Anleger von Auslandskapital und größter Geber von Entwicklungshilfe für Vietnam. Beide Länder verbindet eine enge Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen.

Die TPP-Mitgliedschaft, die Vietnam seit dem 4. 2. 2016 mit den USA, Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru und Singapur verbindet, wird von der Führung Vietnams als Chance auf eine tiefere Integration des Landes in die Weltwirtschaft bei Förderung der eigenen Wirtschaft verstanden und als Möglichkeit gesehen, dem mächtigen Nachbarn China künftig besser begegnen zu können.

Sie bringt Herausforderungen: Werden nun Betriebe in Vietnam möglich, die zu 100 Prozent in ausländischer Hand liegen? Können diese Wissen und Technologien in die Produktion einbringen, die Vietnam willkommen heißt, um den eigenen Platz in der internationalen Arbeitsteilung zu verbessern? Die erwirtschafteten Gewinne werden allerdings meist nicht an Vietnam, sondern an die Mutterländer der Konzerne gehen. Eine der Schlüsselindustrien des Landes, die Textilindustrie, verarbeitet derzeit meist Garne aus China. Nach den TPP-Vorgaben wird Vietnam gezwungen sein, auf Garne und Stoffe aus den TPP-Ländern umzustellen. Um diese Ausgangsmaterialien in Vietnam selbst zu erzeugen, müssten zunächst neue Produktionskapazitäten geschaffen werden. Zu den in Vietnam als positiv erwarteten Folgen des TPP-Beitritts zählen nicht nur potentielle neue Arbeitsplätze, sondern auch das Recht auf die Bildung von freien Vereinigungen z.B. in den Betrieben. Welchen Charakter und Bewegungsmöglichkeiten diese Interessenvertretungen haben werden, wird sich erweisen müssen.

Auf dem Parteitag der KPV wurde betont, dass der Erneuerungsprozess in einer umfassenden und synchronisierten Weise vorangebracht werden müsse: Als Ausgangspunkt wird hier der Aufbau einer starken und sauberen Partei gesetzt. Unter der Überschrift „Management der sozialen Entwicklung, Anwenden von sozialem Fortschritt und (Verteilungs)gerechtigkeit“ wird auf die Notwendigkeit verwiesen, „soziale Fragen zu lösen, die Unmut und Missgunst erzeugen, schrittweise Ungleichgewichte in der Entwicklung von Gebieten und Regionen zu überwinden, dies insbesondere auf die ethnischen Minderheiten Vietnams zu beziehen, … und die sich weiter öffnende Schere zwischen Reich und Arm zu kontrollieren. Soziale Risiken und Konflikte müssen rechtzeitig kontrolliert und angepackt werden.“[5]

Bui Quang Vinh, scheidender Minister für Planung und Investitionen, wies auf dem Parteitag darauf hin, dass das politische Systems Vietnams für eine zentral geplante Wirtschaft verfasst sei. Da dieses System sich jetzt als ein Hindernis für die Entwicklung erweise, sei eine politische Reform entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung.

Inwieweit die angekündigte Harmonisierung der Reformbemühungen für die Bevölkerung des Landes auch größere Beteiligungsmöglichkeiten an der Gestaltung ihrer Gesellschaft über privatwirtschaftliche Betätigung hinaus bringen wird, muss die künftige Praxis in Vietnam zeigen.

Auch wenn der XII. Parteitag keine energische zweite Welle von Reformen gebracht hat, die Signale wurden auf Vertiefung der Reform und Harmonisierung/Synchronisierung ihrer Schritte gesetzt. Jetzt folgt der Test in der Umsetzung. Das Motto des Parteitages „Einheit-Demokratie-Disziplin-Erneuerung“ lässt erkennen, dass dies keine einfache Aufgabe sein wird.

1 http://www.eastasiaforum.org/2016/02/11/vietnams-uphill-battle-against-corruption/ nach http://vietnamnet.vn/vn/chinh-tri/200746/tong-bi-thu-diet-chuot-dung-de-vo-binh.html

2 http://www.nytimes.com/1998/04/12/world/nguyen-co-thach-hanoi-foreign-minister-75.html

3 Beide Länder bezeichnen das Seegebiet, das international als Südchinesisches Meer gekennzeichnet wird, unterschiedlich: auf Chinesisch WÏw£ (Pinyin: Nán Hai 'Südmeer‘), auf Vietnamesisch BiÄn Đông ('Ostmeer').

4 Views of China and the Global Balance of Power, Pew Research Center, June 23, 2015. http://www.pewglobal.org/2015/06/23/2-views-of-china-and-the-global-balance-of-power/#china-receives-generally-positive-ratings-from-global-publics.

5 Report of the Party´s XIth-tenure Central Committee, Viet Nam News, January 29, 2016.

Internationale Umschau

Das Menetekel von Saint-Denis

Die islamistische Radikalisierung junger Muslime

Interview mit Djamel Guessoum, Generaldirektor der Vereinigung Arsej, die sich in Saint-Denis und anderen Pariser Vorstädten für die Integration gefährdeter Kinder und Jugendlicher einsetzt, aus: Neues Deutschland, 21. 11. 2015

Wo sehen Sie die Ursachen für die jüngsten Terroranschläge in Frankreich?

Der seit Jahren zu beobachtende Prozess der islamistischen Radikalisierung unter jugendlichen Muslimen hat sich durch das militärische Eingreifen Frankreichs gegen den Islamischen Staat beschleunigt. Andererseits wuchsen unter der großen Mehrheit der Franzosen das Misstrauen und die Ablehnung gegenüber dem Islam und den Muslimen im eigenen Land.

Vor allem von den jugendlichen Muslimen in den Vorstädten wird das als Missachtung empfunden und löst eine Gegenreaktion aus, die nicht selten gewalttätig ist. Da sie sich chancenlos und ausgegrenzt fühlen, wenden sie sich mehr und mehr Leuten ihrer Herkunft zu, die ihnen Hilfe anbieten – den Islamisten. Sie lassen sich indoktrinieren und radikalisieren. Durch Misstrauen und Missachtung liefert man diesen Jugendlichen das Motiv, sich als Opfer eines Systems zu fühlen, gegen das man sich dann berechtigt wehren darf, bis hin zu Attentaten.

Welche Dimension hat diese Radikalisierung erreicht?

Man darf sich da nicht täuschen. Durch die Medienberichterstattung über die Anschläge und durch die Zahl der Terroropfer entsteht der Eindruck einer Untergrundarmee. Doch das muss man relativieren. Man sollte sie weder ignorieren noch überbewerten. In Wirklichkeit handelt es sich um recht kleine Gruppen, die aber untereinander und mit dem Islamischen Staat vernetzt sind, die schwer bewaffnet und vor allem zum Äußersten entschlossen sind, bis hin zu Selbstmordattentaten. Ein Mann kann leicht 100 Menschen töten. Das macht sie so gefährlich.

Wie verläuft der Prozess der Radikalisierung praktisch?

Es beginnt meist mit dem vorzeitigen Abbruch der Schule, die diese Jugendlichen als überflüssig ansehen, weil sie ihnen sowieso keine Perspektive im Leben eröffnet und weil sie ihnen als unerträgliche Einschränkung ihrer Freiheit erscheint. Die Eltern können hier selten etwas ausrichten, zumal wenn der Vater arbeitslos ist und daher von seinen Kindern nicht respektiert wird. Diese Jugendlichen haben viel Zeit, aber kein Geld, nicht einmal für die Fahrkarte von Saint-Denis bis ins zehn Minuten entfernte Paris. Also suchen sie sich selbst eine Geldquelle, und daran besteht hier kein Mangel. Die Drogendealer brauchen ständig neue Kinder und Jugendliche als Späher gegen die Polizei. Damit können sie pro Tag bis zu 100 Euro verdienen und sogar ihre Eltern finanziell unterstützen – was zu einer Umkehrung der Rollen in den Familien führt.

Es folgt der schrittweise Aufstieg innerhalb des Drogendealernetzes, aber früher oder später dann auch Verhaftung, Verurteilung und Gefängnishaft. Dort werden Freundschaften geschlossen und Netzwerke geknüpft, die wichtig sind für die Zeit danach. Das machen sich die Dschihadisten zunutze, um Anhänger zu rekrutieren. Sie bieten Hilfe an, nicht zuletzt beim Ausstieg aus der Kriminalität und aus dem ewigen Kreislauf, immer wieder im Gefängnis zu landen. Der präsentierte Ausweg ist die Religion, aber so wie sie sie auslegen beziehungsweise als Rechtfertigung für den Terror missbrauchen.

Warum ist Saint-Denis zu einem traurigen Muster für diese Entwicklung geworden?

Das Departement Seine-Saint-Denis ist ein fruchtbarer Boden für Kriminalität, islamistische Radikalisierung und Terrorismus. Hier hat man die höchste Kriminalitätsrate Frankreichs. Der Staat mit seinen Institutionen hat sich weitgehend zurückgezogen, andere nehmen den Platz ein, bieten soziale Hilfe und Beistand, gewinnen so an Einfluss.

Vor allem fehlt die soziale Durchmischung der Bevölkerung. Durch die Konzentration von Sozialwohnungen in diesem Departement entstanden riesige Schlafstädte für billige Arbeitskräfte für Paris. Die dort lebenden vergleichsweise armen Familien sind Afrikaner und Araber; weiße Franzosen sind heute in Saint-Denis die Minderheit. Doch Armut, Abwesenheit des Staates und Kriminalität bilden ein explosives Gemisch.

Wie könnten Ihrer Meinung nach Lösungen aussehen?

Lösungen bieten jene, die nicht die Macht haben. Das sind in erster Linie Vereinigungen wie meine, die wissen, wo die Probleme der Jugendlichen liegen und wie sie zu erreichen sind. Wir haben beispielsweise ein Studio eingerichtet und produzieren für ein Lokalradio Sendungen mit Rap-Sängern aus den Vororten und mit Diskussionsrunden über aktuelle Themen mit den und für die Jugendlichen hier.

Aber vor allem muss es darum gehen, den Jugendlichen eine Chance auf Arbeit zu eröffnen, denn der Hauptgrund für die Radikalisierung ist die Arbeitslosigkeit, die in den Vorstädten weit mehr als die Hälfte aller Jugendlichen betrifft. Das Schwergewicht muss auf drei Dinge gelegt werden: Schulbildung, Berufsausbildung, geeignete Arbeitsplätze. Nur so kann man den Jugendlichen helfen, die noch nicht radikalisiert sind. Wer schon die Ideologie des Terrors in sich aufgenommen, wer in Syrien für den Islamischen Staat gekämpft hat und jetzt nach Frankreich zurückkommt, für den gibt es nur noch die Mittel der Justiz. Handeln mit Aussicht auf Erfolg kann man nur weit im Voraus.

Wie kann man dem Abdriften von Kindern und Jugendlichen in die Kriminalität und in die islamistische Radikalisierung vorbeugen?

Damit muss man sehr früh anfangen, möglichst mit sechs, sieben Jahren am Anfang der Grundschule. Kinder, die in der Schule anerkannt und gefördert werden, die organisiert Sport treiben oder ans Lesen und andere kulturelle Betätigungen herangeführt werden, haben Erfolge und damit auch Hoffnungen für später. Sie sind weniger anfällig für Kriminalität und islamistische Radikalisierung. Gebraucht werden also großflächige Lösungen, doch oft fehlt es am nötigen Geld und noch häufiger am politischen Willen.

Nach den wochenlangen gewalttätigen Unruhen von Jugendlichen in Frankreichs Vorstädten 2005 hat die Regierung Geld und Maßnahmen für eine dortige Wende angekündigt. Seitdem sind Milliarden in diese Viertel geflossen. Hat das nichts bewirkt?

Mit diesem Geld wurden Treppenhäuser renoviert und Fahrstühle repariert, verkommene Riesenwohnblocks wurden abgerissen und statt dessen kleine Häuser mit menschlicheren Dimensionen gebaut. Es wurden Spielplätze, Sportanlagen und Grünflächen angelegt. All das ist gut und nützlich, doch es geht am Kern des Problems vorbei, und daran hat sich nichts geändert. Die Jugendlichen haben nach wie vor keine echte Chance und damit keine Hoffnung für die Zukunft. Da ihnen die Institutionen des französische Staates das nicht geben können oder wollen, nehmen sie die Angebote der Kriminellen oder der radikalen Islamisten an. Hauptsache, sie bekommen einen Hoffnungsschimmer für ihr Leben.

Wie sehen Sie angesichts dieser Lage die Zukunft?

Ich bin eher pessimistisch, aber davon darf man sich nicht unterkriegen lassen. Eins ist klar: Die jüngsten Terroranschläge waren erst ein Anfang. Frankreich wird lange Jahre mit dieser Gefahr leben müssen. Das ist der Preis dafür, dass die Politiker der vergangenen rechten wie linken Regierungen die Augen vor den Problemen verschlossen und durchgreifende Maßnahmen verschleppt haben.

Wie sich das Kräfteverhältnis zwischen dem Staat und den radikalen Islamisten verschoben hat, kann man hier in Saint-Denis schon am Straßenbild sehen. Vor 20 Jahren waren hier Kopftücher selten und Ganzkörperschleier gab es gar nicht, während sie heute immer mehr zunehmen. Das ist Ausdruck einer geistigen Entwicklung unter den Muslimen und ihrer Einstellung zur französischen Gesellschaft, ein instinktiver oder bewusster Affront gegen den laizistischen Charakter der Republik. Das ist die Antwort darauf, dass seit mehr als zwei Jahrzehnten alle französischen Regierungen die Augen vor den Realitäten und vor dieser Entwicklung verschlossen und das notwendige Gegensteuern versäumt haben. Und ich fürchte, dass sich dieser Zustand auch durch die jüngsten Attentate nicht ändert.

Die liberalen Wurzeln des polnischen Konservatismus

Von Gavin Rae, Assistenzprofessor der Kozminski-Universität Warschau, 5.1.2016, aus: www.transform-network.net

Die Berichte in den westlichen Medien über die aktuellen politischen Entwicklungen in Polen ähneln einander. Wie ist es möglich, wird darin immer wieder gefragt, dass die ach so großartige Erfolgsgeschichte des post-kommunistischen Übergangs nun von der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Linie abweicht, die dem Land doch so wohl bekommen ist?

In der Berichterstattung klingt ein gewisses Maß an Verbitterung durch; man klagt an, dass sich Polen wie ein undankbares Kind verhalte. Trotz Wirtschaftswachstum, steigendem Lebensstandard und neuerlangter Freiheit – die Pol/-innen sind noch immer nicht zufrieden. Diese Wahrnehmung ist im Land tatsächlich weit verbreitet. Die Pol/-innen vergleichen ihr heutiges Leben mit ihrem früheren und können nicht begreifen, wie jemand nicht zufrieden sein könnte. Und trotzdem wählten sie in den vergangenen Monaten einen Präsidenten (Andrzej Duda) und eine Regierung (Recht und Gerechtigkeit – PiS), die scheinbar einen grundlegenden Bruch mit der Vergangenheit anbieten. Dieser neue konservative Umschwung in der polnischen Politik stellt jedoch keine wirkliche Überraschung dar, sondern kann als Teil der politischen Praxis und Ideologie gesehen werden, die das Land in den letzten 25 Jahren dominiert haben.

Nach der Niederlage der PiS-Regierung im Jahr 2007 hielt der ehemalige Oppositionschef und Herausgeber der Gazeta Wyborcza, Adam Michnik, eine Rede an der Warschauer Universität. Seine Freude über den Wahlerfolg drückte er mit den Worten aus, dass „jede Nation über die Intelligenzia verfügt, die sie verdient; ich denke jedoch, dass unsere Intelligenzia besser ist, als unsere Nation es verdient“. Michnik lobte die polnische Intelligenzia für ihre unkritische Unterstützung der schocktherapeutischen Reformen und behauptete, die vergangenen beiden Jahrzehnte seien in den letzten 300 Jahren die besten für Polen gewesen. Als weiteres Beispiel für diese Gesinnung dient eine Aussage der führenden intellektuellen Autorität im Liberalismus, Andrzej Walicki, der Janusz Lewandowski zitierte (ein ehemaliger Berater der Solidarność-Gewerkschaft, liberaler Politiker und schließlich EU-Kommissar) und sagte, die polnische Intelligenzia werde ihrer historischen Mission nur mit ihrer Unterstützung für das „Reich des Kapitals“ gerecht und verrate ihre Aufgabe, wenn sie sich auf die Bedürfnisse der Übergangs-Verlierer/-innen und sozial Benachteiligten konzentriere.

Solche Wahrnehmungen sind in der polnischen Intelligenzia teilweise tief verwurzelt. Nach dem Fall des Kommunismus war die Ansicht verbreitet, dass man nun zum Gemeinwohl beitrage, wenn man reich werden und die neuen Werte Wettbewerb und Individualismus hochhalte. Wenn die neue Mittelklasse in ihrem individuellen Interesse handle und das Diktat der neoliberalen Wirtschaftstheorie befürworte, dann könnte sie die unsichtbare Hand des Marktes unterstützen und damit den Lebensstandard der ganzen Gesellschaft heben. Im Gegensatz dazu handelten all jene, die ihre Arbeitsplätze schützen, die Sozialausgaben erhöhen oder öffentliche Dienstleistungen erhalten wollten, nur im Sinne ihrer eigenen engstirnigen Interessen.

Trotz des offensichtlichen Liberalismus ist in diesem extremen Individualismus ein inhärenter Konservatismus auszumachen: Die Armen seien an ihrer Misere selbst schuld, schließlich seien sie faul und arbeitsscheu. Der Staat halte den Markt zurück, der – wenn er nur von der Leine gelassen würde – allen Menschen Wohlstand bescheren werde, die bereit seien, dafür zu arbeiten. Dieser Hayek’sche Konservatismus fiel in einer post-kommunistischen Gesellschaft auf fruchtbaren Boden, von dem man geglaubt hatte, er sei mit einer kollektivistischen Mentalität der Passivität und Abhängigkeit verseucht. Die aufstrebenden Unternehmer/-innen klagten über jene, die sich weiterhin nach der Sicherheit der Vergangenheit sehnten. Widerwillig zahlten sie für ein Sozialversicherungssystem, das ihnen sehr wenig zurückgab, und bezahlten Steuern für jene, die nicht arbeiten wollten. Für ihre eigenen Misserfolge auf dem Markt gaben sie dem überbürokratisierten Staat und der darin verbreiteten „Homo-Sovieticus-Mentalität“ die Schuld.

Die liberale Intelligenzia sorgte für die theoretische Grundlage eines soziökonomischen Systems, das von Ungleichheit, Entbehrungen und fehlender sozialer Sicherheit geprägt war. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter steht in einem bezahlten Arbeitsverhältnis; 27 Prozent arbeiten im Rahmen von befristeten Verträgen (vor zehn Jahren lag diese Zahl bei 15 Prozent); 19 Prozent sind selbständig erwerbstätig und müssen ihre eigenen Sozialversicherungskosten tragen; geschätzte 9 Prozent der unter 18-jährigen leben in absoluter Armut; nur 16 Prozent der Arbeitslosen beziehen Arbeitslosengeld und nur 2 Prozent der im Privatsektor Tätigen sind Mitglieder einer Gewerkschaft. Trotz des Reichtums, der in den letzten Jahrzehnten geschaffen wurde, fallen die öffentlichen Dienstleistungen immer drastischeren Kürzungen zum Opfer. Die Anzahl der öffentlichen Krankenhäuser wurde seit 1990 um 170 verringert; im öffentlichen Sektor gibt es heute 20 000 Krankenpfleger/-innen und etwa 3000 Kindertagesstätten weniger.

Indem ein Teil der Bevölkerung der Armut und Mittellosigkeit preisgegeben wurde, erhoffte sich eine andere Gesellschaftsgruppe, die Mittelschicht, eine Erhöhung ihres Lebensstandards. Ihre intellektuellen Repräsentant/-innen versicherten, dass sich ihr Erfolg per „Trickle-down-Effekt" auf die anderen Teile der Gesellschaft auswirken werde – ob dies auch tatsächlich eintrat, schien nicht so wichtig. Sie nahmen Kredite auf (häufig aus dem Ausland), um Wohnimmobilien in geschlossenen Wohnanlagen zu kaufen, stiegen auf private Gesundheitsvorsorge um, um dem öffentlichen Gesundheitswesen den Rücken zu kehren (außer natürlich, wenn sie tatsächlich einen Krankenhausaufenthalt benötigten). Als die PiS im Jahr 2007 aus dem Amt gewählt wurde, war es diese Gesellschaftsschicht, die mobilisierte. Sie lehnte ab, was sie die „Mohair-Revolution" nannte (ein Symbol für die bei älteren polnischen Frauen beliebten Barette) und witzelte, dass die Menschen die Ausweise ihrer Großmütter verstecken sollten, um sie vom Wahlgang abzuhalten.

Die Situation im Jahr 2015 war jedoch eine völlig andere als noch vor zehn Jahren, als die PiS an die Macht kam. Bei den vergangenen Parlamentswahlen stimmten mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 für Parteien der konservativen Rechten. Mehr als 16 Prozent davon fielen auf die Partei von Korwin Mikke (der den Einzug ins Parlament nur knapp verpasste), der extremen Neoliberalismus mit sozialem Konservatismus verbindet. Eine Generation von Menschen ist herangewachsen, die an die Prinzipien des Individualismus und des freien Marktes glaubt, wo die wirtschaftlichen Bedingungen für eine wirkliche Weiterentwicklung aber fehlen. Dieser Liberalismus hat sich in eine Form des Sozialdarwinismus verwandelt, in dem es keine Solidaritätsideale mehr gibt. Dies wurde besonders in der aktuellen Flüchtlingskrise deutlich: Als Polen Flüchtende aufnehmen sollte (die EU bat die Regierung um die Aufnahme von lediglich 7000 Personen), reagierten Teile der Bevölkerung und manche Politiker/-innen mit extremer Feindseligkeit. Junge Menschen neigen deutlich stärker als die älteren Generationen dazu, die Aufnahme von Flüchtenden abzulehnen. Sie fühlen sich häufiger von der Ideologie rechtsextremer Parteien angezogen.

In diesem Umfeld versuchen die PiS und die von ihr gestellte Regierung ihre Macht zu konsolidieren, besonders mithilfe von Eingriffen in die Praxis und die Institutionen des demokratischen Staates. Sie bedienen sich der Unzufriedenheit der Menschen, indem sie vorgeben, sich gegen die korrupte Elite Polens zu stellen. Sie behaupten, diese Elite wolle mithilfe des Verfassungsgerichts ihre Sozialreformen blockieren (wie die Erhöhung des Kindergeldes und die Senkung des Rentenantrittsalters). Ihre Wirtschaftspolitik richtet sich besonders an junge Menschen und die strauchelnde Mittelschicht: gescheiterte Unternehmer/-innen, Universitätsabsolvent/-innen, die keine feste Anstellung bekommen; Personen, denen es kaum gelingt, ihre Hypotheken in Schweizer Franken abzuzahlen. Die Regierung bietet verstärkt Maßnahmen an, die die Vision von einem Staat erzeugen sollen, der polnische Unternehmen und Steuerzahler/-innen schützt und bevorzugt. Es handelt sich dabei um eine Ideologie, die sich auf die Frustration der vielen Bürger/-innen stützt, die von einem System enttäuscht wurden, das viele früher unterstützt hatten. Und wenn das Wirtschaftsprogramm der PiS scheitert, werden sich die Parteigründer/-innen neue (imaginäre und echte) innere und äußere Feinde suchen, die ihnen als Sündenböcke dienen: Flüchtlinge, die EU, Russland, Homosexuelle, Kommunist/-innen, Liberale, etc.

Als Reaktion auf die Arbeit der neuen Regierung entstand nun eine neue Oppositionsbewegung. Problematisch daran ist, dass viele derer, die sich nun für die Demokratie einsetzen, ursprünglich aktiv dazu beigetragen haben, dieses Wirtschaftssystem zu schaffen, das so viele ausgrenzt und so wenigen nutzt. In den letzten 18 Jahren ignorierten sie die in der Verfassung verankerten sozialen Grundsätze, wie etwa, dass Menschen das Recht haben, sich in Gewerkschaften zu organisieren, dass alle Bürger/-innen gleichermaßen Zugang zum staatlich finanzierten Gesundheitssystem haben sollen und dass der Staat bezahlbares Wohnen ermöglichen soll. Sie haben die letzten beiden Jahrzehnte damit verbracht, den Staat abzubauen und soziale Rechte zu untergraben. Und nun versucht dieses liberale Umfeld, das im polnischen Parlament stark vertreten ist, sogar eine noch weiter gehende wirtschaftliche Liberalisierung und umfangreichere Privatisierungen durchzusetzen, um den Problemen des Landes zu begegnen. Wie jedoch der Soziologe David Ost bereits des Öfteren bemerkte, führt die Abkehr der polnischen Intelligenzia von der Arbeiterklasse und den Armen zu einem Zorn in der Gesellschaft, der zur Verbreitung des rechten Konservatismus beiträgt, wie wir ihn heute kennen. In der öffentlichen Mainstream-Debatte sind es heute die Rechtskonservativen, die über Themen wie soziale Ungleichheit und Armut sprechen.

Da die polnische Linke äußerst schwach und gespalten ist, kann eine progressive und egalitäre Alternative nicht deutlich artikuliert bzw. gehört werden. Dies wird jedoch notwendig sein, wenn alte Fehler vermieden, die aufsteigende konservative Rechte nicht weiter gestärkt und die Pro-Demokratie-Bewegung nicht zu einer gesellschaftlichen Minderheit degradiert werden soll.

(Übersetzung aus dem Englischen: Veronika Peterseil)

Alles halb so schlimm?

Potentielle Auswirkungen von TTIP auf Ostafrika

Von Andreas Bohne, Projektmanager Ostafrika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Potentielle Risiken und Auswirkungen des geplanten transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) werden sowohl von Verfechter/-innen als auch Kritiker/-innen überwiegend auf den Globalen Norden reduziert. Dabei konzentriert sich der Diskurs in Deutschland vornehmlich auf die außergerichtliche Regelung von Konflikten zwischen Investoren und Staaten, auf Lebensmittelstandards und die unzureichende Transparenz der Verhandlungsführung. Erst in letzter Zeit finden die möglichen Auswirkungen auf die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer vermehrt Aufmerksamkeit. Während Wirtschaftsvertreter/-innen und Politiker/-innen auf (vermeintliche) globale Wachstums- und Beschäftigungseffekte verweisen, rechnen Aktivist/-innen der Zivilgesellschaft mit negativen Handelseffekten und Nachteilen für die Länder des Globalen Südens. Positionen und Stimmen aus den Ländern, die zwar von den Verhandlungen ausgeschlossen, dennoch von diesem bilateralen „Mega-Regional" betroffen sein werden, fehlen jedoch gänzlich.

Zwar gibt es inzwischen eine beträchtliche Anzahl von Studien zu TTIP, jedoch aggregieren die meisten Analysen Entwicklungs- und Schwellenländer oftmals unter dem „Rest of the World". Das ist nicht nur politisch und methodisch fragwürdig, sondern erschwert auch Aussagen zu einzelnen Ländern oder Regionen. In Studien des Ifo-Instituts wurden TTIP-Effekte in Bezug auf Veränderungen im Pro-Kopf-Einkommen in einzelnen Ländern der Ostafrikanischen Gemeinschaft (*East African Community*) ermittelt. Dabei wird in den Studien auf zwei hypothetische TTIP-Szenarien zurückgegriffen: ein „Zollszenario" basierend auf dem Abbau tarifärer Hemmnisse (Zölle), die zwischen den Handelsblöcken USA und EU ohnehin gering sind, und ein „Liberalisierungsszenario" mit einem weitergehenden Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, das heißt mit einer Harmonisierung vorhandener Standards und Regularien. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die untersuchten Effekte erst nach einigen Jahren eintreten werden; zudem sind die Modellannahmen unterschiedlich.

Wie sind diese Ergebnisse zu werten?

Die Studie von Felbermayr u.a. (2013)[1] – erstellt für die Bertelsmann-Stiftung – geht zwar von hohen Gewinnen für Deutschland aus und liefert damit argumentative Munition für TTIP-Befürworter, ermittelt aber gleichzeitig auch negative Effekte für Entwicklungs- und Schwellenländer. Kenia, Tansania und Uganda wären demnach von Einkommensverlusten betroffen, da sie Marktanteile auf den Exportmärkten EU und USA verlieren würden, während die geographische Nähe zu Ländern wie China, Australien und Neuseeland nicht ausgleichend wirkt. Eine weitere Studie von Felbermayr u.a. (2014)[2] ermittelt ebenso negative Einkommensveränderungen für alle Länder der Ostafrikanischen Gemeinschaft. Ein Grund dafür liegt aus Sicht der Autoren darin, dass der Dienstleistungssektor nicht berücksichtigt wird, von dem die Autoren sich jedoch hohe Effekte erhoffen.

Zwei nachfolgende Studien sind im Rahmen eines vom BMZ in Auftrag gegebenen Projektes entstanden und kommen zu vorteilhafteren Ergebnissen – ein Schelm, wer Böses dabei denkt bzw. etwas Politisches vermutet. Die Ergebnisse von Aichele u.a. (2014)[3] weisen mittelfristig gleichbleibende oder geringe positive Effekte für die ostafrikanischen Länder aus. Ob die erwarteten Übertragungseffekte (spill-over) eintreten, ist fraglich, denn ob die Übernahme von Standards mit reduzierten Handelskosten einhergeht, ist unklar. Diese Annahmen sind in der Wissenschaft umstritten. Der Übergang zu neuen Standards verursacht meist Anpassungskosten. Daneben ist fraglich, ob Entwicklungs- und Schwellenländer die verlangten Produktstandards erfüllen können. Insgesamt sind diese Modellrechnungen jedoch hoch problematisch, da die Ausgangsannahmen oftmals zu optimistisch sind. Zudem ist die Wirkung von nicht-tarifären Hemmnissen schwer zu ermitteln. Dementsprechend könnte vermutet werden, dass die an sich bereits negativen Effekte, die in den oben genannten Studien eingeräumt werden, immer noch zu positiv dargestellt sind.

Interessant ist auch die Interpretation der Fallstudie zu Kenia von Felbermayr u.a. (2015)[4]: Hier werden negative Konsequenzen für den Textil- und Nahrungsmittelhandel einem erwarteten Anstieg im touristischen Dienstleistungssektor und einem Bedeutungsgewinn regionaler und asiatischer Handelspartner gegenübergestellt. Angesichts dessen, dass Studien, wie die vom CEPR im Auftrag der EU durchgeführte, nur von einem TTIP-Einkommensgewinn von 545 € pro vierköpfiger europäischer Familie innerhalb von zehn Jahren ausgehen, kommt Hilbig[5] zu der sarkastischen Feststellung, dass die Gewinne wohl eher „im Wirtschaftskreislauf der Tourismusunternehmen aus dem globalen Norden" verbleiben werden, als in Kenia anzukommen.

Dabei sind – wie im Fall Kenia bereits angedeutet – negative Auswirkungen auf Exportprodukte aus vorwiegend (klein)bäuerlicher Erzeugung wie Obst, Gemüse oder Fischereiprodukte durchaus wahrscheinlich, wenn die USA zollfrei in die EU exportieren (Präferenzerosion). Auch Untersuchungen für das britische Entwicklungsministerium zeigen, dass für alle ostafrikanischen Länder das Exportvolumen in die USA und die EU sinken würde, wobei sich die Rückgänge überwiegend auf agrarische Produkte konzentrieren. Auch wenn diese Handelsrückgänge in Umfang und Wert teilweise gering sind, können sie aufgrund des ohnehin geringen afrikanischen Welthandelsvolumens und der Bedeutung der EU und USA als Exportmärkte nicht vernachlässigt werden. Die exportorientierten unverarbeiteten Agrarerzeugnisse wie Tee, Kaffee oder Blumen können von dem Wegfall von Zöllen kaum profitieren. Dagegen steht umgekehrt zu befürchten, dass sowohl in den USA als auch in der EU die Kapazitäten zur Fleischproduktion ausgebaut werden. Hier dürfte es durch Zollsenkungen und Verdrängungswettbewerb zu mehr Exporten in afrikanische Länder kommen. Daneben könnten – folgt man der Argumentation mancher Studien – Wirtschaftseffekte in den TTIP-Ländern die Nachfrage nach Rohstoffen und Primärgütern steigern. Hierin liegt die Gefahr, dass (ost)afrikanische Länder weiter in der Rolle von Rohstofflieferanten verbleiben. Dass ostafrikanische möglicherweise weniger dramatisch verlieren als westafrikanische Länder, führen verschiedene Autor/-innen auf die geographische Nähe zu den asiatischen Märkten und auf die relativ entfalteten Wirtschaftsbeziehungen zu den BRICS-Ländern zurück. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von Konjunkturzyklen, insbesondere wirtschaftlichen Schwäche-

phasen, wie sie gegenwärtig zu beobachten sind, scheint dieses Szenario sehr gewagt.

Über Freihandel hinaus

Da die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über die ökonomische Liberalisierung über einen Zollabbau hinausgehen und Themen wie Standards, Gesundheit, Umweltauflagen und Investitionsrechte einschließen, sprechen Babarinde und Wright (2015)[6] von einem *„trade-plus pact"* oder einem *„FTA-plus deal"* (wobei FTA für Free Trade Agreement steht).

Durch die einseitige Festlegung von verbindlichen Standards wird nicht nur die Konkurrenz der BRICS-Staaten, insbesondere Chinas, erschwert, sondern auch das Aufkommen zukünftiger Konkurrenten, die entweder ganz nieder-gehalten oder zu (kostspieligen) Anpassungsleistungen gezwungen werden. Nach Rollo u.a. (2013)[7] sind vier EAC-Länder (Burundi, Kenia, Ruanda, Uganda) durch zunehmende Standardisierung bedroht; wobei für Kenia, Tansania und Uganda im Bereich Gemüse und Fisch keine oder kaum negative Auswirkungen erwartet werden, da diese Länder hier bereits hohe Standards gewährleisten. Aber diese Einschätzung ist problematisch: So beziehen sich diese Aussagen nur auf sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS-Standards) agrarischer Produkte, während Standards auch auf eine Vielzahl anderer Bereiche angewandt werden könnten.

Mit der Festlegung von Standards könnte jedoch auch gleichzeitig noch eine zweite Fliege geschlagen werden: 2014 wurden nach langen und zähen Verhandlungen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen afrikanischen Ländergruppen (wie der EAC) und der EU unterzeichnet. In absehbarer Zeit werden die Verhandlungen über die *rendezvous clause*, bisher ausgelagerte kritische Punkte, beginnen. Sollte TTIP vorher abgeschlossen werden, wären entsprechende Standards bereits festgelegt. Ähnliche Blaupausen für (De)Regulierungen – oftmals auf Drängen der amerikanischen Verhandlungspartei – könnten sich in Bezug auf die Abschaffung des Verursacherprinzips, bei Fragen des Geistigen Eigentums, beim Markenschutz oder in Bezug auf Investorschiedsgerichte ergeben.

Entwicklungspolitische Flankierung und Realpolitik

Sowohl aufgrund der negativen Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer, als auch durch die oftmals verlangte Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik mehrt sich der Ruf, Entwicklungsinteressen von Ländern des Globalen Südens stärker in Verhandlungen von TTIP zu berücksichtigen – obwohl entwicklungspolitische Erwägungen, nicht jedoch deren Verträglichkeit von TTIP von Seiten der EU gefordert werden. Dabei prallen fromme Wünsche auf reale Politik: Wie soll eine Einbindung in globale Wertschöpfungsketten gelingen, wenn abnehmende Exporte zu erwarten sind? Wie sollen vorgeschlagene Dialog- und Beitrittsangebote an Entwicklungs- und Schwellenländer verstanden werden, wenn sich TTIP durch einen exklusiven Charakter auszeichnet oder wenn Standards auf Drittstaaten ausgedehnt werden, was möglicherweise jedoch vollkommen deren handelsstrategischen Interessen wiederspricht? Und die oftmals erhobene Forderung, die WTO zu stärken, führt eher dazu, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Angesichts der stagnierenden, als Entwicklungsrunde postulierten Doha-Runde, und der eher bescheidenen Ergebnisse der WTO Ministerkonferenz in Nairobi im Dezember 2015 erscheint diese Forderung einer WTO-Stärkung als Griff nach dem Strohhalm. Wichtiger ist es, das Freihandelsparadigma in Frage zu stellen und Ansätze wie Importsubstitution, regionale Integration und den Schutz von infant industries zu reaktivieren. Aber das scheuen alle wie der Teufel das Weihwasser.

1 Felbermayr, Gabriel u.a. – „Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP). Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen?" Teil 1:Markoökonomische Effekte, 2013.

2 Felbermayr, Gabriel u.a. – „Macroeconomic Potentials of Transatlantic Free Trade: A High Resolution Perspective for Europe and the World", 2014.

3 Aichele, Rahel u.a. – „Going Deep: The Trade and Welfare Effects of TTIP", 2014.

4 Felbermayr, Gabriel u.a. – „Mögliche Auswirkungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft 4 (TTIP) auf Entwicklungs- und Schwellenländer", 2015.

5 Hilbig, Sven – „TTIP: Wohlstand für den Süden?" *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2015, S. 33-35.

6 Babarinde, Olufemi; Wright, Stephen – „Implications of the Proposed EU-U.S. Transatlantic Trade and Investment Partnership for EU-Sub-Sahara Africa Relations". Paper presented at the European Union Studies Association conference, Boston, March 5-7, 2015.

7 Rollo, Jim u.a. – „Potential Effects of the Proposed Transatlantic Trade and Investment Partnership on Selected Developing Countries", 2013.

„Regionale Märkte würden zerstört"

Kannaiyan Subramaniam fordert ein Ende der Verhandlungen über ein EU-Freihandelsabkommen mit Indien

Aus: Neues Deutschland, 14. 1. 2016

Kannaiyan Subramaniam vertritt als Generalsekretär das South Indian Coordination Committee of Farmers' Movement (SICCFM). Im Gespräch mit Haidy Damm kritisiert der 46-jährige Milchbauer die Exportstrategie der Europäischen Union in der Landwirtschaft.

Viele europäische Milchbauern stehen momentan mit dem Rücken zur Wand, weil die Preise nach dem Wegfall der Quote sinken. Wie ist die Situation in Indien?

Im vergangenen Jahr sind auch in Indien die Preise gefallen, von etwa 28 auf 21 Rupien. Damit können wir nicht kostendeckend arbeiten. Das stellt uns Milchbauern vor eine schwierige Situation, viele sind gezwungen, ihre Tiere zu verkaufen.

Hierzulande wird heftig über eine Agrarwende debattiert. Wie unterscheidet sich die Struktur in Europa vom indischen Milchmarkt?

In den 1970er Jahren wurde mit dem Programm „Operation Flood" die Milchmenge erhöht und der Markt reguliert. Die Städte wurden mit den ländlichen Gebieten vernetzt, um einerseits Armut zu reduzieren und andererseits die Ernährung zu verbessern. Seitdem gibt es ein überwiegend gut funktionierendes Genossenschaftssystem, das auf drei Ebenen stattfindet. In den Dörfern wird die Milch gesammelt. Von dort wird sie in regionale Verarbeitungsstellen gebracht,

Veränderung des realen Pro-Kopf Einkommens in verschiedenen Studien (in Prozent)

Land	Felbermayr u.a. (2013)	Felbermayr u.a. (2014)	Aichele u.a. (2014)
Burundi		Zollszenario: -0,04 Tiefe Liberalisierung: -0,25	
Kenia	Zollszenario: -1,0 Tiefe Liberalisierung: -2,2	Zollszenario: -0,09 Tiefe Liberalisierung: -0,67	Zollszenario: 0,0 Tiefe Liberalisierung: 0,2 direkte Übertragungseffekte (spill-over): 0,5
Ruanda		Zollszenario: -0,03 Tiefe Liberalisierung: -1,12	Zollszenario: 0,0 Tiefe Liberalisierung: 0,1 direkte Übertragungseffekte (spill-over: 0,2
Tansania	Zollszenario: -1,8 Tiefe Liberalisierung: -2,2	Zollszenario: -0,03 Tiefe Liberalisierung: -0,40	Zollszenario: 0,0 Tiefe Liberalisierung: 0,1 direkte Übertragungseffekte (spill-over: 0,4
Uganda	Zollszenario: -2,2	Zollszenario: -0,08 Tiefe Liberalisierung: -0,94	Zollszenario: 0,0 Tiefe Liberalisierung: 0,1 direkte Übertragungseffekte (spill-over: 0,2

wo Milchpulver für die Weiterverarbeitung entsteht oder die Frischmilch haltbar gemacht wird. Anschließend werden die Produkte von 17 staatlichen Kooperativen gesammelt und verkauft. Begonnen hat das System im Bundesstaat Gujarat, heute gilt es im gesamten Land.

Von den Zentralstellen geht die Milch dann zurück auf die lokalen Märkte?

Die lokalen Märkte bestehen parallel. Neben den Kooperativen gibt es die Vermarktung durch die sogenannten Milchmänner. Sie gehen durchs Dorf und melken. Die Milch verkaufen sie direkt an Hotels, Haushalte oder die zahlreichen Teestuben. Auch in den Städten bieten sie Milch von Tür zu Tür an.

Regionalität ist in Europa und besonders in Deutschland ein wiederentdeckter Wert. Wie gut funktioniert dieses System Ihrer Meinung nach?

Zunächst haben wir in Indien kein Defizit an Milch. Die Kleinbauern produzieren genug, um das Land mit Milchprodukten zu versorgen. Dabei unterscheidet sich die Produktion wesentlich von der in Europa. Bei uns liegt der Durchschnitt bei bis zu fünf Kühen pro Hof, oftmals werden die Tiere im Hinterhof gehalten. Ein großer Hof, von denen es aber nur wenige gibt, besitzt bis zu 15 Kühe. Ein Hof mit 50 Kühen gilt als gigantisch. Milch ist sozusagen ein Massenprodukt, denn 90 Millionen Haushalte sind direkt involviert. In Zahlen: 70 Prozent des Marktes liegt in den Händen der Kleinbauern. Dabei erwirtschaften sie rund 25 Prozent des landwirtschaftlichen Bruttosozialprodukts. Das ist ganz anders als in Europa, wo wenige viel produzieren. In den indischen Haushalten liegt die Kontrolle über die Kühe und den Verdienst bei rund 17 Millionen Frauen. Das ist sehr wichtig, denn so wird das erwirtschaftete Geld in Bildung und Gesundheit der Familien investiert. Die Milchwirtschaft ist wie eine Versicherung für die Haushalte.

Das heißt, Indien importiert keine Milch?

Zwischen 2009 und 2011 hat das Land unter strenger Kontrolle der Regierung Milch aus der EU importiert. Offiziell wurden die Importe damit begründet, dass es einen Mangel an Milch gab. Proteste der Kooperativen, die die Milch der Kleinbauern vermarkten, haben dann dafür gesorgt, dass diese Importe von Milchpulver und Butter gestoppt wurden. Die Kooperativen haben deutlich gemacht, dass auf diese Weise die heimische Milchwirtschaft zerstört wird.

Sie selbst haben auch eine kleine Milchviehwirtschaft...

Ja, und deshalb kann ich das System aus eigener Erfahrung bestätigen: Während der Zeit, in der ich zur Schule und später zum College ging, habe ich jeden Tag die Milch bei den Kooperativen vorbeigebracht. Das Geld, um die Schule zu finanzieren, stammte von unseren Kühen. In der industrialisierten Landwirtschaft geht es dagegen allein um Effizienz. In Indien gibt eine Kuh jährlich etwa 1300 Liter Milch, bei den europäischen Hochleistungskühen sind es 13 000 Liter im Jahr. Dafür sieht die europäische Kuh nie eine Wiese, ihre Abfälle sind ein Problem, während diese bei uns weiter komplett verwendet werden. In Indien ist es sogar möglich, dass Landlose Kühe halten, die auf Gemeindeland grasen.

Neben den Kooperativen gibt es auch private Molkereien und Unternehmen, die Milchprodukte auf den indischen Markt bringen ...

Ja, seit den 1990er Jahren wurden, ausgelöst vom Strukturwandel durch die weltweiten Liberalisierungsprogramme – Indien befand sich damals in einer Finanzkrise -, auch private Molkereien zugelassen. Sie sind eine Folge der Liberalisierung, die durch die Welthandelsorganisation (WTO) gefordert wurde. Dadurch kam es zu einem Preiskampf. Inzwischen wachsen die privaten Molkereien täglich, auch wenn die Kooperativen sich noch ziemlich gut schla-

gen. Heute sind Importe von Milchprodukten nur mit besonderer Erlaubnis der Regierung möglich. Deshalb sind wir auf diesem Sektor selbstversorgend. Wir versorgen eine große Bevölkerung durch eigene Produktion und Vermarktung.

Und die privaten Molkereien?

Momentan beobachten wir den Trend, dass diese von großen europäischen Unternehmen aufgekauft werden. Erst kürzlich hat die französische Unternehmensgruppe Lactalis eine große private Molkerei, das Unternehmen Tirumala Milk aus Andra Pradesh gekauft. Damit wird das System der Kooperativen wissentlich auch von europäischen Konzernen zerstört. Und wir befürchten, dass sich dieser Trend durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien noch verstärken wird.

Seit 2007 verhandelt die EU mit der indischen Regierung über ein bilaterales Freihandelsabkommen, nachdem die WTO-Runde gescheitert ist. Worum geht es?

Neben dem Abbau von Handelshemmnissen wie Hygienevorschriften werden in erster Linie Zölle verhandelt. Diese Importzölle schützen den indischen Markt. Während auf WTO-Level immerhin noch ein Minimum an Zöllen geplant war, sollen diese mit dem neuen bilateralen Abkommen in sehr kurzer Zeit ganz wegfallen. Wie auch schon bei den WTO-Verhandlungen fordert Via Campesina, die weltweite Bauernorganisation, der ich auch angehöre, dass die Landwirtschaft von den Verhandlungen ausgeschlossen wird.

Warum?

Die Verhandlungen finden in einer Situation statt, in der die Landwirtschaft in den Industriestaaten stark subventioniert wird. Diese Subventionen gehen in erster Linie an große Konzerne, damit diese ihre Produkte auf dem Weltmarkt verkaufen können. So wird die europäische Milchbranche durch Subventionen für den Weltmarkt wettbewerbsfähig gemacht. Uns sagt die Regierung von Zeit zu Zeit, ›Bauern, macht euch keine Sorgen‹, und verspricht, dass die Landwirtschaft auf der Negativliste steht, also nicht verhandelt wird. Aber wir wissen, dass die EU-Lobby, allen voran der europäische Milchbranchenverband Eucolait, sehr vehement versucht, einen Zugang zum indischen Markt zu bekommen. Und wir wissen auch, dass der Lobbyverband gut verankert ist in Brüssel.

Eucolait und auch der deutsche Bauernverband setzen besonders stark auf Exportorientierung...

Die Exportorientierung der deutschen Agrarindustrie ist keine nachhaltige Idee von Ökonomie. Stattdessen sollte die Regierung die Kleinbauern schützen, um allen ein Einkommen und ein würdiges Leben zu sichern und nicht nur wenigen Konzernen.

Würde es Ihnen reichen, sollte die Landwirtschaft tatsächlich auf der Negativliste bleiben?

Ich bin sehr skeptisch, dass die europäische Milchwirtschaft darauf verzichten wird, Zugang zum großen indischen Markt zu bekommen. Selbst wenn Milch in Pulverform auf der Negativliste bleibt, wissen wir, dass auf Umwegen über Milchprodukte verhandelt wird. Man braucht keine Milchpulverimporte, wenn es die Möglichkeit gibt, etwa Süßigkeiten, also Kekse und Kuchen, die Milch enthalten, auf den Markt zu bringen. In Indien werden sehr viele Süßigkeiten gegessen, die Ghee, also Butterschmalz enthalten. Importe hätten also immense Auswirkungen auf den regionalen Milchmarkt.

In Europa gibt es starke Kritik an den Freihandelsabkommen TTIP und CETA, auch weil die Verhandlungen jenseits von Öffentlichkeit stattfinden. Wie ist Ihre Erfahrung beim Abkommen zwischen der EU und Indien?

Auch die Verhandlungen zwischen der EU und Indien finden hinter verschlossenen Türen statt, die Texte unterliegen der Geheimhaltung. Zudem handelt es sich bei den Verfahren nicht um ein Konsultationsverfahren. Weder das indische noch das EU-Parlament sind in die Beratungen einbezogen. Und auch wir als Bauern haben keinen direkten Zugang zur EU-Kommission oder zur indischen Regierung.

Sie reisen auf Einladung des Bündnisses „Hands on the Land for Food Sovereignity“ durch Europa. Mit welchem Ziel?

Wir hoffen auf die Unterstützung der progressiven Kräfte in Europa, um zu verhindern, dass der indische Markt für landwirtschaftliche Produkte aus der EU geöffnet wird. Das würde die regionalen Märkte und damit die Ernährungssouveränität in diesem Bereich zerstören.

Deshalb finde ich es sehr interessant, hier auf Milchbauern und andere Aktivisten zu treffen, die auch auf dezentrale Strukturen setzen und sich wehren. Auch in Delhi planen wir für März eine große Demonstration zum Thema Freihandel. Denn wir lehnen diese Freihandelsverhandlungen komplett ab. Sie müssen gestoppt werden. Denn wenn das Abkommen verabschiedet wird, sehen wir darin eine Fortsetzung der Kolonialpolitik Europas. Deshalb ist es ein gutes Zeichen, wenn sich Kleinbauern weltweit vernetzen und sie das vorherrschende globale Wirtschaftssystem ablehnen. Denn auch in Europa geht es den Kleinbauern schlecht, besonders den Milchbauern.

Analyse

Der Widerspenstigen Zähmung in der EU?

Ungarn und die Eigenheiten Osteuropas

Von Erhard Crome, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik sowie Europapolitik im Instiut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Am Montag, dem 15. Februar 2016, kamen in Prag die Regierungschefs von Tschechien, Polen, Ungarn und der Slowakei zusammen, um vor dem EU-Gipfel in Brüssel, der für den 18. Februar vereinbart war und sich mit der Flüchtlingspolitik befassen sollte, ihre Positionen abzustimmen. Teilgenommen hatten auch die Regierungschefs von Bulgarien und Mazedonien – ein Hauptpunkt war, die „Balkanroute" der Flüchtlingsbewegungen möglichst zu erschweren und die Grenze Mazedoniens, gegebenenfalls auch Bulgariens zu Griechenland zu schließen. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn warnte die vier Länder davor, in der Flüchtlingskrise einen „Verein der Abtrünnigen" zu bilden. Sie hätten in der Vergangenheit viel Solidarität erfahren. Sollten sie sich nun abschotten, werde es in Brüssel sehr schnell eine Debatte darüber geben.[1]

Tschechien, Polen, Ungarn und die Slowakei bilden die Gruppe der Visegrád-Staaten („V4"), benannt nach der ungarischen Stadt Visegrád am Donauknie. Dort hatten sich am 15. Februar 1991 die Regierungschefs von Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei erstmals getroffen – erinnernd an ein Treffen der Könige von Polen, Ungarn und Böhmen 1335 –, um gemeinsame Interessen der drei, nach der Trennung der Tschechischen und Slowakischen Republik dann vier Staaten als das östliche „Mitteleuropa" und in Sachen EU- und NATO-Beitritt zu artikulieren. Heute gehen die vier Regierungen davon aus, dass eine gemeinsam abgestimmte Politik in EU-Fragen ihre Position innerhalb der Union und gegenüber den großen EU-Staaten, insbesondere Deutschland stärkt.

Auf dem Blog des ungarischen Politikforschungsinstituts *Nézőpont* schrieb Mátyás Lajtai: „Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass die gesellschaftlichen und politischen Handlungsmuster Westeuropas in den Augen der Mittel- und Osteuropäer nichts taugen. Die Entscheidungsträger dieser Länder sind zu dem Schluss gelangt, dass sie sich nur durch ein gemeinsames Auftreten gegen das Diktat Westeuropas behaupten können. [...] Den Mittel- und Osteuropäern wird auch immer mehr bewusst, dass sie von den westlichen Entscheidungsträgern nicht als gleichberechtigte Partner behandelt werden. Die sogenannten ‚europäischen Werte' sind westlich, osteuropäische Eigentümlichkeiten haben dort keinen Platz."[2]

Die „europäischen Werte" sollen hier nicht diskutiert werden. Es gibt einerseits Werte, die in den Grunddokumenten der EU oder der UNO-Charta und der Genfer Flüchtlingskonvention verankert sind und unhintergehbare Rechtsnormen darstellen. Andererseits gehört zu den Debatten, dass Konservative, Sozialdemokraten, Grüne oder Linke durchaus unterschiedliche Vorstellungen von zentralen Werten haben. Wichtiger Streitpunkt heute ist, inwiefern auch mit rechtsnationalistischen politischen Positionen Werte verbunden sind, die Teil eines europäischen Minimalverständnisses sein können.

In dem Maße jedoch, wie es eine Wahrnehmung im Osten der EU gibt, dass die westeuropäischen politischen Eliten ihr politisches Projekt „EU-Integration" nach der EU-Osterweiterung einfach fortzusetzen gedachten, ohne zu akzeptieren, dass die Erweiterung auch um andere Interessen, Politikverständnisse und Perzeptionen erfolgt ist, wird diese Wahrnehmung ihrerseits zu einem politischen Faktor. Die EU-Kommission, der „Erweiterungs-Kommissar" und die Regierungen der „alten EU-Staaten" konnten die Übernahme des „Acquis communautaire" als eines Rechtssystems erzwingen und abprüfen. Es gibt jedoch keinen „Acquis" historischer Erfahrungen und gesellschaftlich geteilter Werte, dessen Übernahme erzwungen werden könnte.

Deutsche Politik – nur „Werte" oder auch Interessen?

Nachdem Viktor Orbán, Ministerpräsident Ungarns, im Sommer 2015 verkündet hatte, einen Zaun an der Grenze zu Serbien errichten zu lassen, um die Flüchtlingsströme von Ungarn fernzuhalten, wurde dies sofort als Wertedebatte geführt. „Wollen wir zum Europa von Merkel gehören oder zu dem von Orbán? Ein Europa, das eine Wertegemeinschaft sein will? Oder ein Europa der nationalen Interessen?" Das fragte die belgische Zeitung De Standaard. (09. 09. 2015) Allerdings geht es – das hatte bereits die Ukraine-Politik der Europäischen Union und Deutschlands gezeigt – immer auch um Interessen, wenn von Werten die Rede ist.

Hinter der Frage „Merkel oder Orbán?" verbirgt sich ein inzwischen unterschiedliches Nationsverständnis. Das ist nicht nur eine Frage subjektiver Wahrnehmung, sondern der tatsächlichen Verhältnisse. Zunächst ist die Nation als eine eigenständige, sozialhistorisch begründete Verbindungsweise zwischen Menschen anzusehen. Sie verschwindet nicht angesichts globaler Herausforderungen.[3] Mit der Nationalökonomie entstand der moderne Staat, der eine einheitliche Rechtsordnung, einen einheitlichen Entwicklungsraum für die Wirtschaft und ein vereinheitlichtes Bildungssystem schuf und sicherstellte, das wiederum für eine einheitliche Verkehrssprache sorgte. Die Nation und der ihr zugehörige Staat sind in Europa und darüber hinaus als historisch gewachsene Organisations- oder Lebensformen menschlicher Gesellschaft anzusehen. Die ihnen im 19. Jahrhundert zugeschriebene Potenz haben sie gewiss nicht oder nicht mehr; sie werden von der Weltgesellschaft und der Weltwirtschaft einerseits und dem wachsenden Gewicht der Regionen andererseits schrittweise relativiert. Dennoch behalten sie ihren Platz und ihr Gewicht in der Geschichte.

In den politischen und sozialen Kämpfen des 19. und 20. Jahrhunderts hatte sich das ursprüngliche Modell der (US-)amerikanischen und französischen Revolution durchgesetzt, das die Nation mit den Bürger- und Menschenrechten in eins setzt und die Verfassung zur Voraussetzung hat. Vor diesem Hintergrund wird die Zugehörigkeit zur Nation nach den Regeln der Konstituierung der Staatsbürgernation und nicht nach denen einer völkischen Nation bestimmt, was in der veränderten deutschen Staatsbürgerschaftsgesetzge-

bung seinen politischen Ausdruck findet. So ist die Nation keine bloße Ethnie, sondern das Ergebnis politischer Konstituierung unter der Voraussetzung der Teilnahme am Weltmarkt, wie der Philosoph Peter Ruben betont hat.[4]

Dabei ist zu unterscheiden zwischen den großen europäischen Nationen, wie Frankreich oder England, die jahrhundertelang über andere Völker herrschten, und kleinen Nationen, die sich erst im Kampf gegen unterdrückende Staaten und Nationen konstituierten, wie die Iren gegen England, die Tschechen gegen Österreich, die Esten, Letten und Litauer gegen Russland, die Griechen gegen das Osmanische Reich. Unter diesen waren viele zugleich arm und jahrhundertelang Auswanderungs-, nicht Einwanderungsgesellschaften. Etliche Nationen im Osten Europas gehen in ihrem heutigen Selbstverständnis davon aus, dass sie erst nach dem Ende der Sowjetunion und des realsozialistischen Staatengefüges ihre Unabhängigkeit und nationale Selbstbestimmung erreicht hätten. Außer den baltischen Republiken rechnen sich dazu auch die Slowakei, Slowenien, Ungarn und Polen. Den Beitritt zur EU haben sie als Chance verstanden, den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsrückstand zum Westen des Kontinents zu verringern, nicht als Eintritt in eine Haftungsgemeinschaft, deren „Werte“ in Brüssel oder Berlin bestimmt werden. Die Abwehrhaltung gegen die Aufnahme nichteuropäischer, gar muslimischer Flüchtlinge hat hier eine Grundlage.

Deutschland hatte eine andere Geschichte. Es war jahrhundertelang das Reich in der Mitte des Kontinents, mit einem Kaiser an der Spitze.[5] Als mit der Revolution von 1848/49 die Frankfurter Nationalversammlung über eine demokratische Zukunft stritt, konnte sie sich nicht darüber einigen, was denn nun Deutschland ist und wo seine Grenzen liegen. Das Bismarck-Reich von 1871 war im Grunde kein Nationalstaat, weil die Deutschen in Österreich und in Böhmen draußen blieben. Desto stärker entwickelte sich der Nationalismus als Herrschaftskonstrukt. Als Hitler mit dem „Anschluss Österreichs“ 1938 behauptete, nun „Großdeutschland“ geschaffen zu haben, ging es längst um die Eroberung Europas, nicht die deutsche Nation. Nach dem Scheitern dieses verbrecherischen Versuchs waren die Bundesrepublik und die DDR Teilstaaten, die dem alten Nationalismus abgeschworen hatten. Die deutsche Vereinigung von 1990 fand dann nochmals im Namen der Nation statt. Doch die nationale Aufwallung verebbte zunächst.

Die jahrzehntelange Auseinandersetzung auch innerhalb der Christdemokratie um Einwanderungsquoten und Asylpolitik hat Angela Merkel zugunsten der Aufnahme von Flüchtlingen entschieden. Die auf eine national-orientierte Politik Fixierten in Deutschland wurden im Sommer 2015 eine sichtliche Minderheit und durch die Verbrechen rechter Brandstifter diskreditiert. „Für Asylsuchende gibt es keine Quote“, war die Begründung. Nach der Entscheidung, die in Ungarn kujonierten Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, unterstützten Linke, Grüne und Sozialdemokraten die Kanzlerin, während die bayerische CSU und Teile der CDU dies kritisieren. Forderungen nach einer „Obergrenze“ und Beendigung „des Unrechts“ setzen dies fort. Sachlicher Widerstand von Seiten der Opposition war nicht zu erwarten. Der Teufel liegt im Detail, aber der verschwand zunächst in der verbreiteten Freude. Solche Details sind, dass Unterschlupf Suchende vom Westbalkan unverzüglich an der Grenze abgewiesen werden, dass verbreitet wieder Sachleistungen an die Stelle von Geldzahlungen treten sollen und dass die Liste der „sicheren Herkunftsländer“ immer länger wird. Inzwischen ist der Regierung das Flüchtlingsproblem außer Kontrolle geraten. Die jahrelangen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und des öffentlichen Dienstes, darunter der Polizei, zeigen ihre Wirkung.

War und ist vor allem die Aufnahme zahlreicher Kriegsflüchtlinge aus Syrien nun reine Freundlichkeit, oder Ausdruck hegemonialer deutscher Machtpolitik? Zuerst war das Image gewendet: Schrieben internationale Zeitungen nach der Griechenland-Entscheidung vom Juli 2015, das Gesicht des „hässlichen Deutschen“ sei wieder da, erschien nun Angela Merkel als die Mutter der Mühseligen und Beladenen. Der Politik-Chef der FASZ, Volker Zastrow, fabulierte: „Deutschland muss den Flüchtlingen keine Kerzen ins Fenster stellen. Es ist ein Leuchtturm. Deutschland muss ihnen keine Versprechen machen. Es ist das Versprechen.“ (6.9.2015) In der Image-Konkurrenz mit den USA, die im 19. und 20. Jahrhundert stets verloren wurde, hätte Deutschland nun auch hier endlich die Nase vorn.

Wichtiger sind harte Fakten. Daimler-Boss Dieter Zetsche sagte offen: „Die meisten Flüchtlinge sind gut ausgebildet und motiviert. Solche Leute suchen wir.“ Nachdem es unter der Federführung der Konservativen in Deutschland jahrzehntelang versäumt wurde, eine kinderfreundliche Familienpolitik zu machen, und die Geburtenrate niedrig bleibt, das Bildungswesen vernachlässigt wurde und die sozialen Differenzen reproduziert werden, fehlen allenthalben qualifizierte Arbeitskräfte. Die hofft man nun durch rasche Zuwanderung zu gewinnen. Auf die im Lande bereits ansässigen Prekarisierten meint man noch mehr verzichten zu können; sie erhalten fünf Euro mehr Hartz-IV-Geld und sollen nur nicht die öffentliche Ruhe und Ordnung stören. Aus unterschiedlichen Befunden zur Bevölkerungsentwicklung, etwa Vergleichsstudien zwischen USA und EU oder Indien und China, weiß man, alternde Gesellschaften verlieren an Innovationsfähigkeit und Dynamik. Wenn Deutschland als geoökonomische Macht mit globalen Interessen seine Position in der Welt also halten und ausbauen will, braucht es neue Bevölkerungsdynamik. Und wenn die nicht von innen kommt, holt man sie von außen. Bei Friedrich II. von Preußen hieß das „Peuplierung“.

Wie die *TAZ* hervorhob, hat die deutsche Flüchtlingspolitik auch einen unmittelbaren wirtschaftspolitischen Hintergrund: Bei 800 000 Zuwanderern 2015 (das war die Schätzung vom Sommer) kommen auf Länder und Kommunen Ausgaben von etwa zehn Milliarden Euro zu. Doch die wirkten wie ein Konjunkturprogramm: „Bauunternehmer verdienen, weil sie Flüchtlingsheime errichten. Caterer machen gute Geschäfte, wenn sie Asylantenunterkünfte beliefern. Für die Flüchtlinge gilt, was auch bei der Wiedervereinigung zu beobachten war: Die staatlichen Kosten wirken wie ein Konjunkturprogramm.“ (21. 08. 2015)

Deutschland braucht auch die EU. Aber welche? Nachdem die Schuldenregime, wie im Falle Griechenlands, dazu geführt hatten, die nationalen Entscheidungskompetenzen der gewählten Parlamente und Regierungen drastisch zu beschneiden, schien im Sommer 2015 die Aushöhlung des Souveränitätsprinzips überhaupt auf die Tagesordnung zu rücken. Die Einwanderungspolitik erschien als Einfallstor. Dabei musste es aber nicht um mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament und die Kommission gehen. Ziel-

punkt konnte auch der Ausbau der deutschen Hegemonie sein: „Wir“ entscheiden, was allen gut tut, und erwarten, dass die anderen EU-Staaten dem folgen. Jedenfalls ist die deutsche Flüchtlingspolitik in der EU genau diesem Muster gefolgt.

Das Dublin-Verfahren – Bearbeitung von Asylanträgen in dem EU-Land, das der Asylsuchende zuerst betreten hat – wurde deutscherseits für Flüchtlinge aus Syrien außer Kraft gesetzt. Die spanische Zeitung *La Vanguardia* stellte in diesem Zusammenhang fest: „Erst kürzlich sagte Merkel, dass die Griechenland- und die Eurokrise im Vergleich zur Flüchtlingskrise eher die kleineren Probleme sein werden. Eine einfache Lösung wird es nicht geben. Doch muss man anerkennen, dass Merkel in dieser Sache schnell und energisch gehandelt hat. Das kann einerseits als Machtdemonstration verstanden werden, was natürlich auch Deutschlands Rolle als wichtigster und stabilster Wirtschaftsmacht Europas entspricht. Aber es beweist auch Merkels Glauben an das Projekt Europa und ihr echtes Engagement für die menschlichen Werte, was wir nur unterstützen können.“ (27. 08. 2015) Am Ende aber hat die Kanzlerin die Hegemonie-Spielräume überzogen. Nach der einseitigen Aufgabe der Rechtsposition, wie sie das Dublin-Verfahren darstellt, ist der Ruf nach Solidarität keine Rechtsposition – auf der die deutsche Regierung in Sachen Griechenland immer bestand –, sondern Bittstellerei. Der zu entsprechen ist den anderen anheimgestellt.

Wirklichkeiten und Rhetorik

Etwa 1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland. (Die Welt, 6.1.2016) Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier, der sozialdemokratische Vizekanzler und der Außenminister in Merkels Regierung, veröffentlichten einen Zehn-Punkte-Plan „Für eine europäische Antwort in der Flüchtlingspolitik“, in dem sie „EU-weite Standards“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen forderten, „die in jedem EU-Staat eingehalten werden“.[6] Barbara John, von 1981 bis 2003 Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, machte dagegen geltend, dass dies von EU-Ländern wie Ungarn, der Slowakei oder Rumänien kaum zu leisten sein werde, „mit Unterkunft und rund 390 Euro, wenn die Arbeitslosen in diesen Ländern weit darunter alimentiert werden“. (*Der Tagesspiegel*, 22. 08. 2015)

Eine gemeinsame europäische Lösung blieb außer Reichweite. Die „deutsche Machtdemonstration“ konnte die nationale Entscheidungskompetenz der EU-Staaten in der Asylpolitik und -praxis nicht außer Kraft setzen. Frankreich hatte bereits im Sommer an der Grenze zu Italien das Schengen-Abkommen außer Kraft gesetzt, um afrikanische Flüchtlinge fern zu halten. Am Euro-Tunnel zwischen Frankreich und Großbritannien wird gemeinsam technisch weiter aufgerüstet, um die Flucht von Frankreich nach Großbritannien weiter zu erschweren. Dänemark, Schweden und schließlich auch Österreich, das die deutsche Politik zunächst unterstützte, haben „Obergrenzen“ eingeführt.

So befinden sich die mittel- und osteuropäischen Staaten mit ihrer restriktiven Politik durchaus in honoriger westeuropäischer Gesellschaft. Der ungarische Zaun, der die Grenze zu Serbien dicht macht, wurde im September geschlossen. Begleitet wurde dies von einer bombastischen nationalen Propaganda: Das Land übernehme wieder seine traditionelle Rolle als Hüter des Abendlandes. So betonte der Politologe Tamás Lánczi: „Im Gegensatz zum Selbstverständnis anderer Völker hat sich die ungarische Identität niemals von der Realität abgekoppelt, um zu einer theoretischen Konstruktion zu verkommen. Die Verteidigung des Abendlandes war stets mit einem veritablen Kampf gegen Gegner aus Fleisch und Blut verbunden, die uns nahezu ausnahmslos eine andere Kultur, Sprache, Religion und Moral aufzwingen wollten. Gerade deshalb reagieren die Ungarn auf Herausforderungen durch fremde Kulturen besonders sensibel. Als würde dieses historische Selbstverständnis der Magyaren durch den in den vergangenen Monaten zur Völkerwanderung ausgewachsenen Flüchtlingsstrom im öffentlichen Denken Ungarns neu erweckt. Wieder fühlen wir uns an der Grenze zweier Zivilisationen, und wieder stehen wir ohne Hilfe da.“[7] Gemeint ist: wie einst im 16. Jahrhundert gegen die Osmanen.

Wie um westlichen Einwänden vorzubeugen, wurde auch ein zeitgeschichtlicher Argumentationsstrang entwickelt, der auf die Gemeinsamkeiten des Antikommunismus abhebt. Der Publizist Péter Techet schrieb in der linksliberalen Wochenzeitung *Heti Világgazdaság:* „Die westeuropäischen Mitgliedstaaten der EU haben gegenüber der östlichen Peripherie der Union eine historische Bringschuld, haben sie doch nach dem Zweiten Weltkrieg Osteuropa der Sowjetunion überlassen, was zum heutigen eklatanten Wohlstands-Rückstand der osteuropäischen Länder geführt hat.“ Auch während der vergangenen 25 Jahre seit der Wende sei keine grundlegende Veränderung erreicht worden. „Der Westen hat seine historische Verantwortung für das Elend des Ostens bis zum heutigen Tag nicht ernst genommen. Die EU-Förderungen sind mitnichten dazu geeignet, den sozialen Anschluss der osteuropäischen Region zu gewährleisten.“ (11.8.2015) Damit sind die Zahlungen des reichen Westens der EU, insbesondere Deutschlands, an den Osten nichts, das „Dank für empfangene Solidarität“ begründen würde, wie Asselborn und die Politiker von Union, SPD und Grünen meinen, sondern eben „Bringschuld“.

Tschechiens Präsident Miloš Zeman äußerte Unverständnis dafür, dass der Staat zwar für Flüchtlinge Geld habe, nicht aber für überschuldete Einrichtungen, in denen Kinder in Notlagen vorübergehend betreut werden. Kolportiert wurde sein Satz, ein gemäßigter Muslim sei ebenso ein Widerspruch in sich, wie ein gemäßigter Nazi. „Es beginnt mit dem Hidschab und endet mit der Burka. Das ist eine abschüssige Bahn, auf der man immer weiter abrutscht. Heute zweifelt kaum jemand mehr daran. Ein bestimmter Teil des Islam missbraucht die Religion zum Angriff auf unsere Gesellschaft.”

Ähnlich die damalige polnische Ministerpräsidentin, Ewa Kopacz: Aus Syrien kommende „Christen, die auf barbarische Weise verfolgt werden, verdienen es, dass ein christliches Land wie Polen ihnen hilft“. Der polnische Soziologe Andrzej Sakson beschrieb die polnische Sicht kürzlich so: „Das in der polnischen Bevölkerung vorhandene Unbehagen gegenüber Muslimen und deren Einwanderung ist historisch begründet und nicht notwendig eine Konsequenz von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Polen leben seit 1945 als ein Volk unter sich – etwa 97 Prozent der Bürger sind auch ethnische Polen. Sie sind nicht an den Umgang mit fremden Kulturen und Menschen gewöhnt, haben keine Erfahrungen mit Immigranten. Sowohl Polen als auch andere Länder Mitteleuropas haben keine koloniale Vergangenheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Grenzen für eine etwaige Ein-

wanderung nach Polen nicht geöffnet." Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass Polen eine große Zahl von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine aufgenommen hat. Insgesamt hat Polen 1,3 Millionen Visa für ukrainische Arbeitsmigranten vergeben.[8] Zu einem politischen Problem wurde der Umgang mit der Flüchtlingskrise jedoch erst, nachdem die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) damit Wahlkampf machte und nun mit absoluter Mehrheit die neue polnische Regierung bilden konnte.

Die slowakische Regierung teilte ebenfalls mit, muslimische Flüchtlinge nicht aufzunehmen. Die bulgarische Tageszeitung *Duma* bekundete Verständnis für Angst vor dem Islam. Statt den mit offenen Armen zu empfangen, werde es bald zu einer Abkühlung kommen. „Die Europäer werden früher oder später aufwachen und merken, dass sie Opfer einer Doktrin geworden sind, die mit der Idee der Europäischen Union als Gemeinschaft souveräner Staaten nichts mehr zu tun hat. Hoffentlich wird man die Slowaken nicht zwingen, Moscheen zu bauen, aber wer weiß." Tschechiens Vizepremier Andrej Babis forderte am 25. August den Einsatz der NATO, um Flüchtlinge von der EU fernzuhalten. „Wir müssen den Schengenraum nach außen hin abschließen." Der Flüchtlingsstrom sei „die größte Gefahr für Europa". Genau dies wird ja inzwischen in die Praxis umgesetzt.

Deutschland, das bei seiner Druckpolitik gegenüber Griechenland stets auf Unterstützung aus Mittel- und Osteuropa rechnen konnte, hat sie bei der EU-Flüchtlingspolitik nicht bekommen. Es sind dieselben Gründe: Die sozialen Verhältnisse, der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung im Osten der EU. Und das dort vorherrschende Nationsverständnis, das von Abstammung, Ethnie, Kultur und Sprache im Sinne des 19. Jahrhunderts ausgeht.

Der Fragebogen

„Deutschland ist das Flüchtlingsheim Europas" titelte Die Welt bereits am 15. Oktober 2014. Weiter hieß es: „So viele Flüchtlinge in Europa gab es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Viele EU-Länder lassen Schutzsuchende nach Deutschland weiterziehen. Eine Quote für die Verteilung lehnen die meisten ab." Nach längerem Hin und Her und den Bildern ertrunkener Flüchtlinge im Mittelmeer wurde von Seiten der EU-Kommission der Vorschlag präsentiert, die Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Länder per Quote zu regeln. Nach den vorherigen Regelungen der EU ist für Asylbewerber stets das Land zuständig, das sie als erstes betreten haben. Es war Bundeskanzlerin Merkel, die Ende April 2015, nach dem großen Flüchtlingsdrama ankündigte, das EU-Asylsystem zu ändern und die Flüchtlinge auf mehr EU-Staaten zu verteilen. Dreiviertel aller Asylbewerber entfielen auf fünf Mitgliedsstaaten, das müsse anders werden.

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote sollte die Wirtschaftskraft und die Zahl der Einwohner der Länder berücksichtigen, die Lage in Deutschland entspannen und auch Länder einbeziehen, in die bisher kaum Flüchtlinge gerieten – besonders in Osteuropa. Das änderte jedoch nichts daran, dass die Quote eine Idee aus Deutschland war: Der innenpolitische Druck, der in Deutschland in Sachen Asyl und Flüchtlinge entstanden war, sollte so außenpolitisch an die anderen EU-Länder weitergegeben werden. Wie viele Länder die Idee schon wegen ihrer deutschen Abkunft ablehnten, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Großbritannien, Irland und Dänemark, die an der Vergemeinschaftung dieser Politik ohnehin nicht teilnehmen, winkten gleich ab. Präsident François Hollande sagte, eine Quote komme für Frankreich „nicht infrage". Polen, Tschechien, die Slowakei, Estland, Lettland und Litauen lehnten ebenfalls zeitnah ab. Später wurde per Mehrheitsbeschluss eine Verteilung festgelegt, aber nicht wirklich umgesetzt.

Das betraf auch Ungarn. „Was die EU-Kommission vorschlägt, grenzt an Wahnsinn", formulierte Ministerpräsident Viktor Orbán am 19. Mai in Straßburg gewohnt drastisch. Einige Tage zuvor hatte er, in Ungarn noch drastischer, einen „Einwanderungsstopp" gefordert – wegen wachsender Terrorgefahr. Sein Hauptargument aber war, das Zusammenwachsen der ungarischen Gesellschaft habe keine Chance, wenn „wir eine Art Wohnheim-Party" ankündigen, zu der jeder kommen und bleiben könne, und dann „bis in die Morgenstunden feiere". Die im Mittelmeer Ertrunkenen verhöhnte er, als er die Überfahrt einen „heiteren Nachmittagsspaß" nannte.

Der *Pester Lloyd* (19. Mai 2015) hatte beschrieben, dass das EU-Parlament einmal mehr Ungarn auf die Tagesordnung gesetzt hatte und Orbán wieder als „Verteidiger" seiner Politik nach Straßburg gefahren war: „Wir Ungarn wollen ein Europa der Europäer und darin ein Ungarn der Ungarn bewahren." Sein Land brauche keine Einwanderer. Die EU-Politik im Allgemeinen und die Quotenregelung im Besonderen „fordere Flüchtlinge geradezu auf, nach Europa zu kommen". Deshalb ließe er in Ungarn gerade das Volk befragen, was es denn in Sachen Flüchtlinge wolle. Polemisch hielt er seinen Kritikern im Auditorium entgegen: „Wenn Sie uns vorschreiben wollen, worüber wir in Ungarn diskutieren dürfen, handeln Sie gegen die Gründungsverträge der Europäischen Union."

Die sogenannte Befragung bestand darin, dass Fragebögen im Lande verteilt wurden, die mit je drei Antwortmöglichkeiten versehen waren: „Sehr wichtig, wichtig, nicht wichtig" oder „Völlig einverstanden, einverstanden, nicht einverstanden". Die Fragebögen sollten anonymisiert bis 1. Juli eingesandt werden – das Porto zahlte der Staat – und enthielten zwölf Fragen. Die hätten Orwells „Ministerium der Wahrheit" alle Ehre gemacht: Zuerst wurde suggestiv die Frage gestellt, wie bedeutsam „die Thematik des anwachsenden Terrorismus" für das eigene Leben des Ausfüllers ist, gefolgt davon, ob seiner Meinung nach „Ungarn in den kommenden Jahren Ziel des Terrorismus werden" könnte. Damit war die Flüchtlingsproblematik bereits unmittelbar mit dem Terrorismus-Problem verknüpft. So folgte Frage drei: „Manche sagen, dass die fehlgeleitete Einwanderungspolitik Brüssels zum Anwachsen des Terrorismus führt. Stimmen Sie damit überein?" Wer die beiden ersten Fragen mit Ja beantwortet hatte, konnte jetzt nicht Nein sagen. Dann folgte eine Quizfrage: „Wussten Sie, dass Wirtschaftsflüchtlinge die Grenze illegal überqueren und dass deren Zahl zuletzt um das 20fache gestiegen ist?" Auch wer das zuvor nicht wusste, weiß es jetzt, und dass der Flüchtling, der bisher kein Terrorist ist, zumindest Wirtschaftsflüchtling ist und sich illegal ins Land geschlichen hat, also Gesetzesbrecher ist. Nun tritt der Patriotismus in Symbiose mit der inländischen Armut auf den Plan: „Stimmen Sie der Meinung zu, dass Wirtschaftsflüchtlinge die Jobs und Existenzen der ungarischen Menschen gefährden?" Wer hier Nein sagt, ist kein Patriot und darf der Regierung nicht vorwerfen, sie tue nicht genug gegen die Armut. Die folgenden Fragen verstärkten noch einmal die

Position, „Brüssels Politik zu Einwanderung und Terrorismus (sei) gescheitert“ und die ungarische Regierung solle „bei ihren Bemühungen zur Einführung strengerer Einwanderungsregeln, als sie Brüssel vor hat,“ unterstützt werden, vom Ausfüllenden auch ganz persönlich.

Folgerichtig schloss sich an: „Würden Sie eine neue Gesetzgebung befürworten, die es der ungarischen Regierung erlaubt, Einwanderer, die illegal ins Land eingereist sind, in Haft zu nehmen?“ Sie sollten auch „so schnell wie möglich in ihre Länder zurückgeschickt werden“, und „die Wirtschaftsflüchtlinge, die in Ungarn bleiben“, sollten „die Kosten ihres Aufenthalts decken müssen“. Kurzum: sie bekommen nichts und werden bis zur raschen Ausweisung unter Umständen in Haft genommen. Der *Pester Lloyd*, der den Fragebogen auf Deutsch publiziert hatte (27. April 2015), erläuterte zu dieser zehnten Suggestiv-Frage, bei den Wirtschaftsflüchtlingen, die in Ungarn bleiben dürfen, handele es sich nicht um anerkannte Flüchtlinge mit einem Aufenthaltsstatus, sondern darum, dass diejenigen, die nicht sofort abgeschoben werden, sondern der Gnade eines Asylverfahrens teilhaftig werden, nicht einfach in einem Asylgefängnis sitzen sollen, sondern dort Zwangsarbeit zu leisten haben. So lautete denn die letzte Frage: „Stimmen Sie mit der ungarischen Regierung überein, statt Mittel für die Einwanderung bereit zu stellen, wir ungarische Familien und die Kinder, die noch geboren werden, unterstützen sollen?"

Martin Schulz, der sozialdemokratische Präsident des Europäischen Parlaments, kritisierte Orbán und die ungarische Regierungspolitik in der Flüchtlingsfrage, ebenso der Sprecher der Liberalen Fraktion. Für die Sozialisten und die Grünen sprachen im EP Abgeordnete aus Ungarn. Sie kritisierten die Befragung zur Flüchtlingsproblematik scharf, der Fragebogen sei in einem Goebbels'schen Duktus verfasst. Eine Abgeordnete von Orbáns Partei Fidesz-Bürgerbund dagegen betonte, die Befragung würde „ungeschönt die Sorgen der Menschen wiedergeben“. Der Abgeordnete Manfred Weber (CSU), seit 2014 Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, zu der auch Fidesz gehört, dagegen meinte, es sei zwar die Wortwahl „inakzeptabel“, aber „das Befragen der Bürger an sich“ sei „eine gute Sache“.

So schwebte auch weiterhin, wie seit 2010, Angela Merkels schützende Hand über Viktor Orbán – dessen Fidesz Teil der christdemokratischen EVP und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament ist – und seinem politischen Tun, auch dann, als es gerade aus der Gegnerschaft zu einer Politik heraus formuliert wurde, die aus Berlin stammte. Das scheint auf den ersten Blick unverständlich. Aber vielleicht werden auch in Bezug auf die Flüchtlinge in Ungarn gerade Positionen ausprobiert, die später auf Deutschland übertragen werden könnten: Scheitert die Quote, scheitert die „europäische Antwort“, stellt sich die Frage auch hierzulande neu.

Ungarische Entwicklungen

Das politische System Ungarns war bis 2010 davon geprägt, dass konservativ und sozialistisch geführte Regierungen einander ablösten. Die ersten freien Wahlen in Ungarn 1990 gewann eine konservative Koalition, 1994 bis 1998 regierte eine sozialistisch geführte Koalition und 1998 bis 2002 erstmals Viktor Orbán. Nach dem neuerlichen Wahlerfolg der Sozialisten 2002 kündigte er scharfen Widerstand „auf der Straße“ an, während er im Parlament schwieg oder den Sitzungen fernblieb.

Das Dilemma der Reformsozialisten in Ungarn war, dass sie eine maßgebliche Rolle im Systemwechsel spielten, aber in ihren Regierungsjahren wesentlich das Programm der Einführung der kapitalistischen Verhältnisse und der Anpassung an die Bedingungen des EU-Beitritts zu realisieren hatten. Dadurch blieb das soziale Profil auf der Strecke. Die ungarische Wirtschaft war im Gefolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 fast zusammengebrochen und musste mit Milliarden-Krediten des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der EU gerettet werden. Der Preis war ein Kürzungsprogramm (analog dem „griechischen“ heute): Anhebung der Steuern, Gehalts- und Rentenkürzungen, Absenkung staatlicher Stützungen. Dafür war in den Augen der Bevölkerung die sozialistische Regierung verantwortlich. Mit ihrer Abwahl erhielt sie die Quittung dafür.

Bei den Wahlen zum ungarischen Parlament im April 2010 errang Viktor Orbán mit seiner Partei *Fidesz* (in Listenverbindung mit den Resten der *Christlich-Demokratischen Volks-Partei (KNDP)* 263 der 386 Parlamentssitze und verfügte so allein mit seiner eigenen Fraktion über 68 Prozent der Mandate, fünf Sitze mehr, als für eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erforderlich. Somit war er der erste Regierungschef seit der Wende, der sich nicht unter Koalitionszwängen sieht. Die quasi-faschistische Partei Jobbik erhielt 12 Prozent der Mandate. Die Sozialisten (MSZP) wurden mit nur noch 59 Abgeordneten bzw. 15 Prozent der Sitze zweitstärkste Partei.

In gewissem Sinne sind der Wahlsieg von Fidesz 2010, das Auftauchen und Erstarken von Jobbik, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, Politik- und EU-Verdrossenheit sowie das absichtsvolle Zündeln mit Straßenkrawallen miteinander verbunden. Orbáns Absicht war es, die Wahlschlappe der MSZP zu nutzen, um den Dualismus zwischen Sozialisten und National-Konservativen aufzulösen und für zwanzig Jahre „durchzuregieren“. Orbáns politisches Ziel ist der Aufbau eines anderen, konservativen Ungarns, in dem seine Regierungspartei Fidesz für 15 oder 20 Jahre der dominierende Faktor ist. Einen über sein politisches Lager hinausgehenden Konsens hält er nicht für erforderlich. Die politische Botschaft ist der Gedanke der „nationalen Vereinigung“: bürgerliche Freiheitsrechte und Mitgliedschaft in der EU sind nur so lange von Belang, wie sie der nationalen Sammlung nicht widersprechen.

Die zweite zentrale Idee ist die, ein „zentrales Kraftfeld“ des politischen Willens zu schaffen, das mit dem Modell der Konkurrenzdemokratie bricht. Orbáns Weltbild geht von einer Beschreibung aus, wonach Ungarn alle 40 oder 50 Jahre gezwungen war, an etwas anderes zu glauben: erst Wien, dann Moskau, nun Brüssel. 2011 sagte er, die westliche Konsum- und Wohlstandsgesellschaft gehe zu Ende, entscheidend sei nicht, was mit diesen Gesellschaften geschehe, sondern was danach kommt, und das sei für Ungarn die ungarische Nation. Während in den vergangenen Jahrhunderten Veränderungen des politischen Systems in Ungarn immer unter äußeren Einflüssen erfolgten, ist der jetzige Umbau des Machtsystems ausschließlich Ergebnis innerer Entwicklungen.[9]

Bei der turnusmäßigen Parlamentswahl in Ungarn am 6. April 2014 hatte die regierende bürgerlich-konservative Parteienkonstellation von Ministerpräsident Viktor Orbán erneut

eine Zweidrittelmehrheit der Sitze erlangt. Sie erhielt mit 133 Mandaten in einem Parlament von 199 Sitzen (Orbáns Reformen umfassten auch das Wahlrecht und eine Verkleinerung des Parlaments) exakt jene Anzahl von Mandaten, die erforderlich war, damit Orbán mit verfassungsändernder Mehrheit weiterregieren konnte. Das Bündnis von *Sozialistischer Partei (MSZP)* und vier weiteren kleinen, sich als links bzw. liberal verstehenden Parteien (die zum Teil frühere Abspaltungen von der MSZP sind) erreichte gerade einmal 38 Mandate. Die quasi-faschistische Partei *Jobbik* wurde mit 23 Mandaten erneut drittstärkste Kraft.

Der Traum vom Gestern

Nachdem im Ergebnis der Parlamentswahlen von 2010 und 2014 die Sozialisten weit abgeschlagen die zweit- und die rechtsextreme Jobbik-Partei drittstärkste Fraktion sind, erscheint Fidesz als „die Mitte" in einem weit nach rechts verschobenen politischen Koordinatensystem. Gerade durch die Existenz von Jobbik, mit der Orbán teilweise um dieselben Wählerschichten konkurriert, kann sich Fidesz als „Partei der Mitte", zwischen Jobbik und den Sozialisten gerieren. Es ist Orbán gelungen, die „Symmetrieachse" des politischen Systems in Ungarn nach rechts zu verschieben. Er will Fidesz in der so geschaffenen „Mitte" auf Dauer einrichten. Orbán artikuliert immer wieder nostalgische Bezüge auf das Horthy-Regime und meint, er könne Jobbik kontrollieren wie Horthy einst die faschistische Pfeilkreuzlerbewegung: durch Niederhalten und Isolieren. Die Jobbik-Garden führen jedoch in den ungarischen Dörfern ihre Einschüchterungsaktionen gegen die Roma-Bevölkerung fort, auch wenn zwischenzeitlich einige Mörder dingfest gemacht und verurteilt wurden. Tatsächlich hat es Orbán mit seinem Bestreben, das gesamte rechte Spektrum abdecken zu wollen, die Öffentlichkeit mit einer rechten Ideologie zu dominieren, verhindert, dass auf ideologischem Gebiet eine Grenze zu Jobbik gezogen wurde. So wächst neben dem Rassismus gegen Roma auch der Antisemitismus wieder neu. Er steht im Kontext der antikommunistischen Radikalisierung, die die derzeitige ungarische Geschichtskultur prägt. Orbán und seine Leute haben „eine neuartige, postmoderne Variante der Autokratie geschaffen", die es nicht mehr für erforderlich hält, „eine tiefere inhaltliche Begründung zu suchen. Sie läutet eine neue historische Zeitrechnung ein, doch sie wendet nicht mehr die geistige Anstrengung, die Energie und die Mittel auf, um eine eigene kulturelle und historische Legitimation zu schaffen."[10]

Die wohl weitreichendste Weichenstellung erfolgte mit der neuen Verfassung,[11] die am 25. April 2011 (auf den Tag genau ein Jahr nach dem Wahltag, an dem Fidesz erstmals seine neue Mehrheit bekam) beschlossen wurde und am 1. Januar 2012 in Kraft trat. Eine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit einer neuen Verfassung und ihre Inhalte war weder gewollt, noch wurde sie geführt. Ein parteiübergreifender Konsens wurde nicht angestrebt, sie wurde praktisch von Fidesz, das heißt, von Viktor Orbán, über den Transmissionsriemen der parlamentarischen Zweidrittelmehrheit oktroyiert. In diesem Sinne erklärte er das Wahlergebnis von 2010 zu einem Plebiszit, das ihn ermächtigt hätte, eine neue Ordnung zu schaffen.

In der Präambel bezieht sich die Verfassung auf die „Verantwortung für alle Ungarn" (also auch für die außerhalb der Grenzen des Landes lebenden), auf die Nation, den Staatsgründer vor über 1000 Jahren, „unseren König, den Heiligen Stephan I.", und das Christentum. Es wird Bezug genommen auf „die Errungenschaften unserer historischen Verfassung und die Heilige Krone", die „die verfassungsmäßige staatliche Kontinuität Ungarns und die Einheit der Nation verkörpert". Demgemäß erscheint die „Republik" auch nicht im Titel der Verfassung, sondern erst im Artikel B (im Abschnitt: „Grundlegendes"). Auf diesem Wege wird Rechtskontinuität mit Horthy-Ungarn hergestellt, während die mit der Ungarischen Volksrepublik unterbrochen wird.

Problematisch sind auch andere Bestimmungen der Verfassung. Im Artikel L heißt es: „Ungarn schützt die Institution der Ehe als eine aufgrund einer freiwilligen Entscheidung zwischen Mann und Frau zustande gekommene Lebensgemeinschaft." Damit wird der in der EU insgesamt erreichte Stand der Rechtssetzung in Bezug auf gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften negiert. Artikel Q regelt das Verhältnis zum Völkerrecht bzw. internationalen Recht. Dort heißt es, um seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, sichert Ungarn „den Einklang zwischen Völkerrecht und ungarischem Recht", was bedeutet, das Völkerrecht hat keine unmittelbare Rechtswirkung. Die Bindekraft von Grundrechten bleibt vielfach ähnlich nebulös. Dieser ungarischen Verfassung dürfte ein im EU-Vergleich besonders konservatives oder reaktionäres Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde liegen.

Fünfundzwanzig Jahre nach der Wende fehlt der Bevölkerung Ungarns eine moderne Zukunftsvision. Vom Ende des Realsozialismus erwartete sie zusätzliche Freiheiten, nicht aber den Verlust des erreichten Lebensniveaus. Der soziale Stand aus jener alten Zeit liegt für viele Menschen in weiter Ferne. Der Ruf nach der Verantwortung des Staates ist aber nicht verschwunden. In den Zeiten der Krise ist er sogar stärker geworden. Da es von links keine Antwort gab, fand der Ruf nach dem Staat ein Echo von rechts. Viktor Orbán stand bereit, ihn aufzunehmen.

Das zeigt sich jetzt auch darin, dass Orbáns restriktive Flüchtlingspolitik breite Unterstützung findet. Die Tageszeitung *Népszava* stellte fest: „Die oppositionellen Parteien stehen auch deshalb vor Problemen, weil unter ihren Sympathisanten diejenigen, die Ressentiments gegenüber Migranten hegen, in der Mehrheit sind. Die vergangenen Monate haben uns deutlich vor Augen geführt, dass sich in der ungarischen Politik mit nüchterner Distanz und – so schrecklich es auch ist, dies sagen zu müssen – fremdenfreundlichen Äußerungen keine neuen Sympathisanten rekrutieren lassen. Was heißt hier rekrutieren, mit solch einer Haltung können nicht einmal die bestehenden Sympathisanten gehalten werden. Mithin kommen wir wohl oder übel zu dem Schluss, dass mit einer Politik, die auf festen Grundsätzen fußt, nichts zu holen ist."[12] Hinter Orbáns Politik und der unter seiner Regierungsgewalt geschaffenen neuen Wirklichkeit steht der alte Traum von der uralten, in sich geschlossenen Nation. Die Einzäunung hat auch und vor allem eine geistige Grundlage.

Die slowakische Zeitung *Pravda* schrieb nach dem Visegrád-Gipfel, sofort mit Asselborn polemisierend: „Das System mit Deutschland als Europas Chef funktioniert nur in guten Zeiten. Es zeigt seine Schwächen, wenn der Kontinent vor großen Problemen steht. Das Prinzip, wonach deutsche Lösungen immer auch gute Lösungen sind, ist nicht universell. [...] In der Flüchtlingskrise hat Angela Merkel geirrt. Die Vertreter der Visegrád-Länder – das zeigt sich immer deutli-

cher – hatten von Anfang an Recht. Man kann vor der Realität nicht ewig die Augen verschließen. Zur Realität gehört die Einführung von Obergrenzen in Dänemark, Schweden und Österreich. [...] Nur Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn unterstützt noch die Kanzlerin und warnt die V4, abtrünnig zu werden. In Wahrheit ist nur eine einsam: Königin Angela." (16. 02. 2016) Viktor Orbán, der im September 2015 in der EU isoliert schien, kann sich jetzt auf breiten Zuspruch berufen.

Am 24. Februar 2016 hat Orbán auf einer Pressekonferenz in Budapest mitgeteilt, über die Quoten ein Referendum abhalten zu lassen. Bis jetzt habe niemand die Menschen in Europa gefragt, „ob sie die verpflichtende Quote zur Zwangsansiedlung von Migranten haben wollen". Die Quoten seien ein „Machtmissbrauch" der EU. Die von der Regierung formulierte Frage lautet: „Wollen Sie, dass die Europäische Union die verbindliche Ansiedlung von nicht-ungarischen Bürgern in Ungarn sogar ohne Zustimmung des Parlaments bestimmt?" (www.die welt.de, 24.2.2016) Der Ausgang einer solchen Abstimmung steht wohl schon fest, bevor sie überhaupt stattgefunden hat. Interessant ist, dass die von der Regierung gewünschte Antwort ein „Nein" ist, wie in Griechenland. Und spannend wird sein, wie hoch das Ergebnis ausfällt.

1 Albrecht Meier, Ulrike Scheffer, „Visegrad-Staaten zur Flüchtlingspolitik. Osteuropäer grenzen sich ab – auch von Merkel", in: *Der Tagesspiegel,* 15.02.2016.

2 Zitiert nach *eurotopics*, Presseschau, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 17. 02. 2016.

3 Vgl. Erhard Crome, *Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Die Nation zwischen Europäischer Union und Regionen*, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 28, Dezember 2001; ders., „Die Linke und die Nation", in: Detlef Nakath, Heinz Vietze (Hrsg.): *Die Linke und die Nation. Möglichkeit oder Widerspruch?*, Potsdam, Verlag WeltTrends 2014.

4 Vgl. Peter Ruben, „Realität und Problem der Nation", in: Erhard Crome, Jochen Franzke (Hrsg.): *Nation und Nationalismus*, Berlin, Edition Berliner Debatte 1993; Erhard Crome, „Mit Peter Ruben über Gesellschaft nachdenken", in: *Berliner Debatte Initial*, Nr. 4,2013.

5 Vgl. Erhard Crome, „Die Macht in der Mitte Europas. Zur deutschen Außenpolitik im 21. Jahrhundert", in: *DIE LINKE international*, Nr. 2,2014.

6 https://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2015/150823_BM_BM_Gabriel_FAS.html?nn=382590.

7 Blog Mozgástér (Bewegungsraum), 28. 07. 2015.

8 Andrzej Sakson „Polen und die Flüchtlinge", in: *WeltTrends*, Nr. 112, Februar 2016, S. 11-14.

9 Siehe Ungváry, Rudolf, „Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Ungarns gescheiterte Übergänge nach Europa", in: *Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft*, Themenheft der Zeitschrift Osteuropa, Nr. 12, 2011, S. 125.

10 Rényi, András, „Staatskunst und ihre Abgründe", in: Ebenda, S. 397.

11 Siehe *Grundgesetz Ungarns* (25. April 2011), Sondernummer des Ungarischen Amtsblatts, Budapest.

12 *Népszava* (Volksstimme; das war früher die Gewerkschaftszeitung), Budapest, 9. Oktober 1015.

Für eine linke Friedensstrategie

Von Wolfgang Grabowski, AG Mittel- und Osteuropa der LINKEN

Die Friedenskonferenz, die vom Bielefelder Parteitag der LINKEN beschlossen wurde, ist in Vorbereitung. In Basisorganisationen der Partei, in Verbänden, im Freundeskreis, in der Familie wird viel diskutiert, wie es in der Welt nun weitergeht. Wird es gelingen, die Kriegsherde zu löschen und eine neue Phase des Dialogs und der Kompromisslösungen, Antworten auf die gewaltige Flüchtlingsbewegung und die Umweltprobleme zu finden? In diesem Beitrag soll es vor allem um die außenpolitische und außenwirtschaftliche Dimension dieser Problematik gehen.

Helsinki

Der OSZE-Vorsitz Deutschlands in diesem Jahr ruft uns den Helsinki-Prozess, die Schlussakte von Helsinki, ins Gedächtnis zurück.

Als Mitte der 1960er Jahre erste Überlegungen für eine solche Entwicklung in die politische Debatte gebracht wurden, wagten nur wenige zu hoffen, dass die Sicherheitskonferenz die historische Dimension einer neuen Verständigung erreichen könnte. Zu tief schienen die Gräben des Kalten Krieges, zu unerbittlich die bipolare Konfrontation, in die sich die einstigen Verbündeten im Kampf gegen die faschistische Aggression verrannt hatten. Auf der Grundlage der UNO-Charta, des Völkerrechts und der Erfahrungen der Nachkriegszeit entstand ein tragfähiges Geflecht von allen Unterzeichnerstaaten akzeptierter Selbstverpflichtungen zum vernünftigen, weil friedfertigen Umgang miteinander. Man hatte begriffen, dass das militärische Austragen von Konflikten – in der Endkonsequenz mit dem Einsatz von Kernwaffen – alles und alle vernichten würde.

Wird es in der heutigen krisengeschüttelten Welt erneut gelingen, ähnliche Antworten zu finden?

Ein neuer Kalter Krieg?

Die Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten, der Vertrag der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und der beiden souveränen deutschen Staaten hatten in der Welt die Hoffnung geweckt, dass der Kalte Krieg zu Ende sei und friedliche Verhältnisse möglich sein würden. Die Charta von Paris ist Ausdruck dafür.

Aber es fanden sich einflussreiche Kräfte, die sich als Sieger der Geschichte wähnten und der Welt ihren Stempel aufdrücken wollten. „Die Charta von Paris über eine neue Weltordnung wurde an die Wand gefahren" (Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft", *Neues Deutschland (ND)*, 13.02.2015).

Die verhängnisvolle NATO- und EU- Osterweiterung nahm ihren Lauf (Grabowski, *DIE LINKE international,* Nr. 1, 2009).

„Die Versuche zur Eindämmung Russlands, die NATO-und EU-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands sind der Kern der Ukraine-Krise" (Prof. John Mearsheimer, „Putin reagiert. Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist", US-Magazin *Foreign Affairs*, 01.09.2014).

Ein Spiel mit dem Feuer ist auch das Bestreben, in Osteuropa ein Anti-Raketen-System zu errichten. Wohl niemand glaubt an die Mär, dass es gegen iranische Raketen gerichtet sei, nach dem Vertrag mit dem Iran erst recht nicht.

Erneut stehen wir am Abgrund eines großen Krieges nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen Osten.

Hintergründe und Hauptakteure: Die Krisen in der Ukraine und in Syrien

Natürlich ist militärische Gewaltanwendung grundsätzlich abzulehnen. Aber es macht Sinn nachzufragen, ob Kriegstreiberei, das Streben nach Regime Change und Vorherrschaft vorliegen, oder ob dagegen Widerstand geleistet wird. Nur festzustellen, dass unterschiedliche geopolitische Player an der Verschärfung des Konflikts in der Ukraine schuld sind und dass Differenzen allein die Frage betreffen, wie groß die jeweilige Verantwortung ist, kann nicht befriedigen.

Die USA stützen ihre Militärdoktrin auf ein nukleares Erstschlags-Szenario und zielen mit dem Raketenabwehrsystem darauf ab, einen nuklearen Gegenschlag zu verhindern. Die russische Sicherheitsdoktrin geht auch in ihrer unlängst überarbeiteten Fassung unter Berücksichtigung der aktuellen Krisenentwicklung davon aus, dass militärische Mittel zuallerletzt einzusetzen sind, wenn Kompromisssuche und Verhandlungen ohne Ergebnis bleiben. Nicht Russland und auch nicht China streben nach Vorherrschaft in der Welt, sondern die USA, ganz offiziell. Selbst Obama hat das wiederholt kundgetan. Die Staaten der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die BRICS wollen die entstehende multipolare Welt durch friedliche Koexistenz und Interessenausgleich in einem fairen Konkurrenzverhältnis gestalten.

Der neoliberale Westen, vor allem die USA, befürchten, dabei weitere Positionsverluste zu erleiden, und sind bestrebt, mit Gewalt-und Destabilisierungsstrategien zu kontern (Scholl- Latour, *Die Angst des weißen Mannes*). Daraus resultiert gewachsene Aggressivität.

Es gibt also zwei sehr unterschiedliche Entwicklungsentwürfe für eine Weltordnung, wozu Linke Position beziehen müssen.

Nicht Russland steht an den Grenzen der USA. Schon vor Jahren schrieb Scholl-Latour sein Buch „Russland im Zangengriff“. Der ehemalige Sicherheitsberater von Bundeskanzler Kohl, Horst Teltschik, Mitautor des „Appells der 60 Prominenten“ (vom Dezember 2014, *DIE LINKE international*, Nr. 1, 2015) mahnte bereits 2008, dass man im Westen die Sorgen der Russen vor Einkreisung ernst nehmen müsse.

In seiner Rede zur Entgegennahme des Walther-Rathenau-Preises am 21. Oktober 2008 bedauerte Hans-Dietrich Genscher, dass der Vorschlag des russischen Präsidenten Medwedjew für eine Kooperationszone von Vancouver bis Wladiwostok im Westen ignoriert wurde. Er distanzierte sich von der Vorstellung einer unipolaren Weltordnung und kritisierte, dass Westeuropa es versäumt habe, eine Debatte um eine neue Weltordnung anzuregen. Die Zeit dafür sei reif, und das westliche Bündnissystem müsse sich mit den aufstrebenden Großmächten arrangieren. Es könne nichts mehr daran ändern, dass China, Indien, Brasilien sowie das wieder genesene Russland und ihre regionalen Zusammenschlüsse den Rang globaler Player erlangt haben. Man müsse sie als gleichberechtigte, ebenbürtige Partner akzeptieren.

Helmut Schmidt kritisierte in seinem Buch *Außer Dienst:* Zusagen bei der Abrüstung wurden nicht eingehalten, schwere Fehler und Vertrauensbruch sind begangen worden, Politiker verhalten sich überheblich und herablassend, einige setzen den Kalten Krieg fort, mischen sich ständig in die russische Innenpolitik ein und schüren antirussische Gefühle.

Die USA unterhalten in 38 Ländern mehr als 700 Militärstützpunkte mit rund 250 000 US-amerikanischen Militärangehörigen, Russland 25, vor allem in früheren Sowjetrepubliken. Die USA geben mit einem Rüstungsbudget von etwa 600 Mrd. $ wesentlich mehr aus, als Russland, China und Indien zusammengenommen.

Die NATO-Osterweiterung wurde zum hauptsächlichen Stolperstein in den Ost-West-Beziehungen. Beim Abschluss des 2+4-Vertrages wurde Russland vom damaligen US-amerikanischen Außenminister Baker mit Handschlag versprochen, dass es zu keiner NATO-Osterweiterung kommen werde. Das taten auch der damalige BRD-Außenminister Genscher und NATO-Generalsekretär Wörner. Gorbatschow war wohl so naiv zu glauben, dass das Versprechen eingehalten werde, und ließ es nicht vertraglich absichern. Die Sowjetunion und dann Russland wurden über den Tisch gezogen. Man glaubte in einer lange währenden Ära westlicher Überlegenheit und Alleinherrschaft angekommen zu sein. 1997, auf dem Höhepunkt der Schwäche Russlands, wird Polen, Tschechien und Ungarn der NATO- Beitritt angeboten und 1999 vollzogen. 2004 folgen Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien, 2009 Kroatien und Albanien.

Hervorgetan hat sich bei der NATO-Osterweiterung der demokratische USA-Präsident Clinton, der von der EU verlangte, dass ein EU-Beitritt erst nach NATO-Beitritt erfolgen dürfe. Die USA wollten ihnen hörige Staaten in Osteuropa als Puffer gegen Russland, aber auch gegen Deutschland (George Friedman, „Schlacht um den ukrainischen Puffer“, *Stratfor*, 06.05.2014)

Die Planspiele westlicher Strategen, nicht nur Brzezinskis, nun auch Russland zu destabilisieren und in Einzelstaaten aufzuspalten, sind bekannt. Brzezinski forderte, höchste Anstrengungen zu unternehmen, um das Entstehen einer Gegenmacht zu den USA im Kaukasus/Zentralasien zu verhindern. Das wäre angesichts der strategischen Potenzen der Region, ihrer gewaltigen Energieressourcen entscheidend für die Durchsetzung der US-amerikanischen Vorherrschaft in der Welt (Brzezinski, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft,* 1997).

Russische Kritik am Vorgehen des Westens (Putin-Reden 2001 in Berlin und 2007 in München, Medwedjew 2008 in Berlin) wurde in den Wind geschlagen. Russland versuchte, über Zusammenarbeit in der Wirtschaft, beim Kampf gegen den Terrorismus (Hilfsangebot Putins als erster ausländischer Staatschef an Bush nach dem 11. 9.), im Weltraum, bei der atomaren Abrüstung Konfrontation zu vermeiden und Kooperation zu erreichen. Der Westen, vor allem die USA, bestanden auf dem Krieg gegen Jugoslawien, den der russische Premierminister Primakow noch in letzter Minute gegenüber der BRD und den USA zu verhindern suchte. Russland wurde im NATO-Russland-Rat am Katzentisch platziert. Die „Raketenschild"-Pläne, die Osterweiterung der NATO und der EU wurden fortgesetzt. Die Bemühungen Russlands und anderer Staaten, den Vertrag über die konventionellen Waffen in Europa (KSE) dem mit der NATO-Osterweiterung entstandenen neuen Kräfteverhältnis anzupassen, wurden von der NATO durchkreuzt. Eine wichtige Rolle dabei spielte die stellvertretende US-Außenministerin Ms. Nuland, die jetzt in der Ukraine ihr Unwesen treibt.

Der damalige georgische Präsident Saakaschwilli begann mit Unterstützung der Bush-Administration (vor allem Vize-

präsident Cheney) im August 2008 den Kaukasus-Krieg. Der neue russische Präsident Medwedjew hatte gerade – im Juni 2008 in Berlin – einen Vertrag über eine neue Sicherheitsarchitektur von Vancouver bis Wladiwostok vorgeschlagen.

Zum ersten Mal zeigte Russland die Zähne. Der Aggressor musste eine herbe Niederlage einstecken. Südossetien und Abchasien sagten sich endgültig von Georgien los, was sie schon seit langem, auch in blutigen Kriegen der Nachwendezeit, angestrebt hatten. Saakaschwilli wurde von der eigenen Bevölkerung und seinen Widersachern in Georgien davongejagt (und inzwischen vom ukrainischen Präsidenten Poroschenko als Gouverneur von Odessa eingesetzt). In einem offiziellen westeuropäischen Gutachten wurde festgestellt, dass Georgien den Krieg vom Zaune gebrochen hatte. Die Lüge vom russischen Aggressor kursiert dennoch bis heute in den westlichen Medien.

Der neue US-Präsident Obama bremste zunächst den NATO- Erweiterungsprozess, zumal Merkel und Sarkozy auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 Bush Widerstand geleistet hatten (die Ukraine wäre aufgrund der vielen inneren Probleme für eine Aufnahme noch nicht reif). Die Lage änderte sich, als klar wurde, dass der 2010 zum ukrainischen Präsidenten gewählte Viktor Janukowitsch bestrebt war, am verfassungsmäßigen neutralen Status der Ukraine festzuhalten. Dieser Meinung waren in der Ukraine nach Umfragen vor dem Umsturz etwa 65 Prozent der Bevölkerung. Das passte den USA nicht ins Konzept. Man nutzte die weit verbreitete Unzufriedenheit über Oligarchenwirtschaft, Korruption und Unfähigkeit der Regierenden. Die gewaltigen Summen, die die USA in das Ukraine-Projekt gesteckt hatten (nach Aussage von Nuland rund 5 Mrd. $) sollten nach der unvollendet gebliebenen „Orangenen Revolution“ von 2004 nun endlich Früchte tragen.

Dass man in Moskau den Beitritt der Ukraine zur NATO befürchten musste, der von Präsident Juschtschenko, den Ministerpräsidenten Timoschenko und Jazenjuk schon vor dem Kaukasuskrieg schriftlich gefordert worden war, liegt auf der Hand. Eine NATO-USA-Basis in Sewastopol auf der Krim aber wäre für Russland zu einem Albtraum geworden.

Der Staatsstreich in der Ukraine, die Einsetzung einer prowestlichen, pro-NATO-Regierung wurde maßgeblich durch die Einbindung rechtsradikaler, profaschistischer Kräfte möglich. Diese waren der Stoßtrupp, der den berechtigten, friedlichen Maidan-Protest in gewalttätige Ausschreitungen umschlagen ließ und den Umsturz bewirkte Eine neutrale Ukraine wollte man verhindern, sie von Russland fernhalten (Brzezinski, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, 1997).

Auch die deutschen Regierenden haben Schuld auf sich geladen, sich auf den aggressiven Pfad der USA begeben, sich auf Seiten der Umstürzler eingemischt und sich nicht vom Rechten Sektor distanziert. Offener Geschichtsfälschung wurde nicht widersprochen, wie die Haltung zu den Aussagen des ukrainischen Premierministers Jazenjuk in Berlin im Januar 2015 belegt. In der Ukraine rechnete sich Deutschland offenbar neue Machtansprüche aus, wie sie in der Studie der SWP „Neue Macht-Neue Verantwortung“ vom November 2013 unverblümt mit der Formel „von der Gestaltungsmacht im Wartestand zur Führungsmacht“ dargestellt wurden. Dass man das in den USA jedoch anders sah und die BRD-Regierenden in der Ukraine nicht zum Zuge kommen lassen wollte, brachte Ms. Nuland mit dem höchst undiplomatischen F-Wort gegenüber der EU und dem sofortigen Verriss des mit Janukowitsch ausgehandelten Vertrages unmissverständlich zum Ausdruck.

Die Massenproteste auf der Krim, in der Ost- und Südukraine gegen das gewaltsame Vorgehen der neuen Kiewer Machthaber, die Unterstützung Russlands durch eine große Mehrheit der örtlichen Bevölkerung öffneten ein Zeitfenster zur Blockierung der geopolitischen Bestrebungen der USA und der NATO. Moskau nutzte es nach dem gewaltsamen Sturz von Janukowitsch zielstrebig und unterband den Vormarsch der NATO an einem weiteren, immerhin 800 km langen Abschnitt an der Grenze zu Russland. Was hätte der Kreml tun sollen? Dem westlichen Treiben zusehen, mit einem Schwarzen Meer der NATO und einem USA-Stützpunkt Sewastopol vorlieb nehmen gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung (92 Prozent in Russland laut dem kremlfernen Lewada-Institut, 96 Prozent der 83 Prozent Teilnehmer am Referendum auf der Krim)? Man entschloss sich zur entschiedenen Gegenwehr und Durchsetzung der russischen Interessen. Ob Russland dabei das Völkerrecht verletzt hat, ist eine strittige Frage (Prof. Reinhard Merkel, Universität Hamburg). Auf alle Fälle entging die Krim dem Gemetzel, das die Ostukraine traf, als Kiew zweimal erfolglos versuchte, den Konflikt militärisch zu lösen. Das russische Vorgehen führte in der Konsequenz zu Minsk II.

Henry Kissinger wird nicht müde zu unterstreichen, dass der Westen in der Ukraine-Krise entscheidende Fehler gemacht hat. Die Besonderheit der historischen Bedeutung der russisch-ukrainischen Beziehungen, die gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Stränge habe man unterschätzt. Man hätte wissen können, dass Russland sich nicht in die Enge treiben lassen werde, dass man vor dem Zusammenstoß hätte verhandeln müssen, z.B. über Modalitäten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Ukraine-Russland-EU. Und man hätte wissen können, dass eine NATO-Aufnahme der Ukraine im Bündnis nicht durchgegangen wäre.

Prof. Walther Stützle, Mitautor des „Appells der 60 Prominenten“, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, stellt fest: „Der Ukraine-Konflikt ist größer als die Ukraine. Es geht um die sicherheitspolitische Architektur im euroatlantischen Raum nach Ende des Kalten Krieges“ (*Der Freitag*, 19.02.2015). Und er verlangt, dass die zahlreichen russischen Vorschläge für die Fortentwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur Prüfung, Diskussion und Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen verdienen. Zuverlässige Sicherheit in und für Europa gäbe es nur mit, aber nicht gegen Russland. Viele konstruktive Überlegungen sind im „Appell der 60 Prominenten“ und in der Erklärung des Willi-Brandt-Kreises vom 21. Juli 2015 (*DIE LINKE international*, Nr. 2, 2015), dem Vermächtnis von Egon Bahr, enthalten.

Bei allen Unzulänglichkeiten, Problemen und Defiziten ist das heutige Russland mit dem unter Jelzin nicht mehr zu vergleichen. Der drohende Absturz auf die Stufe der Failed States wurde gestoppt. Die bedingungslose Gefolgschaft gegenüber den USA und EU, wie sie Putins Vorgänger Gorbatschow und Jelzin praktiziert hatten, wurde aufgekündigt. Russland hat sich von einem Schattenland zu einer eigenständigen Weltmacht emanzipiert. Mit Bundeskanzler Schröder stellte es sich gegen den Irak-Krieg der USA. Ein islamistisches Terror-Kalifat, wie es sich nun im Nahen Osten mit IS etabliert hat, wurde im Nordkaukasus verhindert (Philipp Ewers, Putin verstehen, 2015, S. 544). Der Westen wird sich

daran gewöhnen müssen, dass Russland ernst zu nehmen und auf Augenhöhe zu behandeln ist.

Das trifft natürlich auch auf den zweiten internationalen Brennpunkt zu, den Syrienkonflikt.

Im Grunde schon seit Jahrzehnten liegen den USA und ihren sunnitischen Gefolgsleuten in der Region das säkulare, eigenwillige und eigenständige Assad-Regime und seine Achse mit dem Iran im Magen. Nachdem Assad senior gestorben war, glaubte man den jungen, unerfahrenen Nachfolger in die Tasche stecken zu können. Man hatte Baschar al- Assad unterschätzt. Er setzte den Kurs des Vaters fort und half, die enge Zusammenarbeit, die mit der SU bestanden hatte (einschließlich der militärischen Zusammenarbeit, der Militärstützpunkte) mit Russland zu reanimieren. Deshalb sollte er weg, nicht wegen tatsächlicher oder angeblicher Gewalt gegen die oppositionellen Kräfte, die es immer gegeben hat. Auch nicht wegen Demokratiedefiziten und Menschenrechtsverletzungen, die man im Nahen Osten nun wahrlich nicht nur in Syrien antrifft.

Man begann die verschiedenen oppositionellen Gruppierungen im Ausland großflächig auszubilden, zu finanzieren, mit Waffen auszurüsten und dann im Land gegen das Regime in Stellung zu bringen. Seit 2012 hat die russische Seite vier Jahre lang mit Dialogvorschlägen versucht, dem blutigen Treiben ein Ende zu machen. Stets wurde das zerredet oder einfach abgelehnt. Mit dem Erscheinen und der Ausbreitung des IS wurde die Lage für den Westen prekär, zumal viele der von ihm unterstützten Kräfte sich als nicht sehr wirksam erwiesen (Flop des 300-Millionen-Dollar-Projekts der USA zur Ausbildung von 5000 Kämpfern gegen das Assad-Regime; nur 5 standen am Ende zur Verfügung, Anhörung im Kongress), oder sich gegen die westlichen Schutzherren stellten. Die USA, die sich aus geostrategischen Gründen immer für Kurdistan interessiert haben, besitzen nennenswerten Zugang nicht nur zu den Kurden im Irak, sondern auch zu den Kurden in Syrien. Diese kooperieren mit den Russen und dem Assad-Regime. Hier treffen sich die USA mit Russland, kollidieren aber mit der Türkei.

Mit dem militärischen Eingreifen Russlands, das auf Bitte der syrischen Regierung, also völkerrechtlich legitimiert, erfolgte, änderte sich die Lage grundlegend. Westliche Militärexperten zeigten sich überrascht über die Stärke der russischen Streitkräfte. Im Gefolge waren Veränderungen in der US-amerikanischen Position festzustellen. Man musste wohl begreifen, dass der Syrienkonflikt für den Westen militärisch nicht zu gewinnen ist. Russland hineinzuziehen schien sinnvoll. Es kam zur Wiener Konferenz und jetzt zu den Verhandlungen in Genf mit einer Agenda, die Moskau schon länger für Verhandlungen vorgeschlagen hatte. In westlichen Zeitungen war zu lesen, dass die Russen den Westen an den Verhandlungstisch „gebombt" hätten.

Die wichtigste Richtung im russischen Vorgehen ist die Bildung einer umfassenden Antiterrorkoalition auf der Grundlage des Völkerrechts und unter Schirmherrschaft der UNO. Putin begründete die russische Initiative in seiner Rede vor der Vollversammlung. Die diplomatischen Anstrengungen im Sicherheitsrat, in Genf und bilateral belegen, dass man sich dem schwerlich entziehen kann. Russland verfolgt natürlich in erster Linie eigene Interessen, will seine Präsenz in der Region stärken, was offensichtlich schon gelungen ist, die Terroristen vom Kaukasus fernhalten und die Strategie des Regime-Change durchkreuzen.

Für eine Friedensstrategie ist das Verhältnis zum aufstrebenden Osten/Süden von prinzipieller Bedeutung

Die Welt befindet sich im Umbruch. Eine multilaterale Welt ist im Entstehen. Die Hoffnung der Sieger im Kalten Krieg, dass mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Warschauer Vertragsorganisation die endgültige Dominanz der westlichen Welt, das Ende jeglicher Alternative zum westlichen neoliberalen System erreicht sei, erweist sich als Trugschluss. Die Hegemonial- und Kriegspolitik der Bush-Administration hat dazu maßgeblich beigetragen. Davor hatte Brzezinski schon vor Jahren gewarnt („American debacle", *Los Angeles Times,* 10.10.2005; Buch *Strategic Vision. America and the Crisis of Global Power*, 2012). Früher als er ahnte, versanken die USA in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise und rissen die Welt mit. Die Folgen für die innere und äußere Lage der USA waren verheerend. Die abenteuerliche Kriegspolitik erreichte nicht ihr Ziel. Die Sicherung der Energieressourcen und ihrer Transportwege in Zentralasien und im Nahen Osten gelang nicht. Die dort angezettelten Kriege haben die USA trotz der immensen Militärausgaben nicht gewinnen können. Die USA haben alle Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg verloren (Kissinger, *Der Spiegel*, Nr. 46, 2014). Sie brachten hunderttausende Menschen um, beförderten Chaos, aber auch Widerstand. Der Terrorismus eskalierte.

Scholl-Latour spitzte in einem Interview mit Neues Deutschland vom 30.10.09 zu: „ Dem Weißen Mann ist vor allem das Monopol industrieller und militärischer Überlegenheit abhanden gekommen, auf das er bisher seinen imperialen Anspruch gegründet hat. Nach dem Intermezzo der Pax Americana haben wir ein wieder erstarktes Russland und ein starkes, selbstbewusstes China. Und die wachsende islamische Welt".

Selbst im Pazifik und in Südostasien, dem von Obama für die USA als prioritär deklarierten Raum, können die USA nicht mehr die gewohnte Gefolgschaft durchsetzen. „ASEAN bleibt multipolar. Südostasien ließ sich nicht vom USA-Präsidenten gegen China in Stellung bringen" (ND, 20./21.02.2016).

Obama war als Alternative gewählt worden. Aber auch er konnte sich nicht vom Vorherrschafts- und Einmischungswahn trennen, der Wurzel allen Übels, was in der Zuspitzung der Ukraine-Krise folgenschwer zum Ausdruck kommt.

Vor diesem Hintergrund vollzieht sich der Aufstieg des Ostens und Südens.

Im „Bericht über die menschliche Entwicklung" der UN für 2013 wird der Aufstieg des Südens/Ostens belegt. In ihm wird prognostiziert, dass bis 2020 die Wirtschaftsleistung allein von China, Indien und Brasilien die Gesamtproduktion von Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien und der USA übersteigen wird. Das sei nicht weniger als eine epochale Verschiebung der globalen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse (ND, 15.03.2013).

Die Staaten der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der BRICS haben sich auf den Weg gemacht, um eine alternative Weltordnung, eine friedliche Koexistenz des Interessenausgleichs, zu schaffen. Sie können dafür gewaltige materielle, finanzielle und ideelle Kräfte zum Einsatz bringen.

Jüngster Beleg dafür sind die Gipfeltreffen im baschkirischen Ufa vom 9.-11.7.2015, die zugleich als Antwort auf die Droh-

und Sanktionspolitik des Westens gewertet werden können. Die Sanktionen des Westens haben eines mit Sicherheit gebracht: Die zwei Hauptakteure der SOZ und der BRICS, China und Russland, sind noch enger zusammengerückt. Russland hat sich nun voll hinter die vor allem von China beförderten Projekte (Gründung der BRICS-Entwicklungsbank, Schaffung einer Freihandelszone; Seidenstraßen-Projekte) gestellt. Indien entschloss sich – die westlichen Vorhaltungen missachtend (Obama-Besuch in Indien) – Vollmitglied der SOZ zu werden, ein Inder wurde Chef der BRICS-Entwicklungsbank. Auch für Pakistan läuft das Aufnahmeverfahren bei der SOZ. Iran hat den seit geraumer Zeit geäußerten Wunsch, Vollmitglied zu werden, wiederholt. Am Gipfeltreffen in Ufa nahm der iranische Präsident Ruhani teil.

Die Gipfelteilnehmer haben eine Feinabstimmung ihrer globalen Interessen vorgenommen, die „trotz aller freundlichen Worte eine Kampfansage sind. Es geht um eine multipolare Welt, die auf friedlicher Koexistenz beruht. Das ist etwas anderes, als eine westlich dominierte Welt“ (Erhard Crome, Das Blättchen, Nr. 16, 3.August 2015). Es ist den BRICS- und SOZ-Ländern gelungen, „durch eine akzentuierte makroökonomische Politik, eine effektive Regulierung der eigenen Finanzmärkte und einen robusten Einsatz der eigenen Reserven mit den Risiken umzugehen und ein Überschwappen der weltwirtschaftlichen Probleme auf ihre Entwicklung zu verhindern“ (ebenda). Auf dieser Basis wurden Beschlüsse gefasst, oder bestehende präzisiert, die „mit China als Lokomotive der Weltwirtschaft“ (Putin) alternative, global wirkende Finanzinstitutionen hervorbringen, auf die sich IWF und Weltbank einstellen müssen, die, gestützt auf eigenen Währungen, die Vorherrschaft des Dollars in Frage stellen.

„Chinas Außenpolitik arbeitet so still wie systematisch auf eine Umgestaltung der internationalen Ordnung hin. Peking baut Parallelstrukturen zu bestehenden internationalen Systemen auf. Mit einem Netz chinazentrierter Organisationen und Mechanismen stößt das Land gezielt in die Lücken etablierter zwischenstaatlicher Strukturen. Es ist absehbar, dass das Zeitalter der westlich dominierten internationalen Institutionen zu Ende gehen wird“ (Sebastian Heilmann, SZ, 09.10.2014).

In Ufa wurde beschlossen, dass die neue Entwicklungsbank (Startkapital 50 Mrd. $, genehmigtes Volumen 100 Mrd. $) und der gemeinsame Reservefonds (100.Mrd. $) der BRICS 2016 die Arbeit aufnehmen werden.

Eine starke Gegenmacht gegen den neoliberalen Westen formiert sich

Im bereits erwähnten UN-Bericht heißt es, dass die Fortschritte im Osten und Süden auf eine pragmatische Politik zurückzuführen sind, in der Regierungen proaktiv handeln, statt sich von den Marktkräften das Geschehen diktieren zu lassen. Als besonders zielführend werden entschlossene sozialpolitische Reformen und die Investitionen in Menschen vor allem durch die Förderung der Bildungschancen gesehen. „Der Süden hat sich von der Bevormundung durch den Norden Schritt für Schritt emanzipiert. Der im Washington Consensus (Dreieinigkeit von Privatisierung, Liberalisierung und Haushaltsdefizitreduzierung) zusammengefassten neoliberalen Entwicklungsblaupause, wird eine klare Absage erteilt“ (Martin Ling, ND, 15.03.2013).

Die Entwicklungen im Osten/Süden sind nicht per se als links zu verorten. Die nachholende kapitalistische Entwicklung oder Kapitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft, die Öffnung zum kapitalistischen Weltmarkt sind nicht zu übersehen und zu bedenken. Wäre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, des „real existierenden Sozialismus“ eine Alternative dazu überhaupt möglich gewesen?

Doch eine vereinfachte Gleichsetzung mit dem westlichen neoliberalen Model als Imperialismen chinesischer, russischer, indischer oder brasilianischer Couleur, die Multipolarisierung der Welt nur als Konkurrenzverhältnis imperialistischer Akteure zu betrachten, ist fraglich und hält einer objektiven, komplexen Analyse nicht stand.

Der Süden/Osten, die BRICS-Staaten formieren sich, ausgehend von den Erfahrungen und Ergebnissen des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Warschauer Pakts sowie der Nachwendeentwicklungen. Die Machteliten in China und Russland wie in anderen BRICS-Staaten akzeptieren die Marktwirtschaft, sind aber zugleich der Auffassung, dass die entscheidenden Entwicklungsstränge in der Hand des Staates bleiben, vom Staat gesteuert werden müssen.

Das stellt für die Privatisierungsfetischisten im Westen eine zentrale Herausforderung dar. Dies und die beharrliche Einforderung der Eigenständigkeit und Gleichbehandlung sind der eigentliche Dorn im Auge der Neoliberalen, der Kern des gegenwärtigen Ost-West-Konflikts. Die Länder des Ostens haben die territoriale Ausdehnung, die natürlichen Reichtümer, die qualifizierten und in zwei Gesellschaftssystemen erfahrenen Bürger, um eigene Wege zu gehen, eigenen Werten zu folgen, ihre Interessen durchzusetzen. Nicht zu unterschätzen ist ihre Geschichte des anti-imperialistischen Befreiungskampfes, der tiefe Wurzeln hinterlassen hat. Der Stolz auf den Sieg über den Faschismus wird in Russland und anderen ehemaligen sowjetischen Republiken noch lange Zeit von fundamentaler Bedeutung bleiben. Wie aktuell dies ist, zeigt sich in der Auseinandersetzung um die Ukraine.

Die SOZ ist um Ausgleich bemüht. Die Organisation soll offen, kein Blockbündnis sein. Sie will eine andere Welt, sie will „zur Errichtung einer neuen demokratischen, gerechten und rationalen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung beitragen“, wie es in der Charta heißt. Dementsprechend wurden die Prinzipien formuliert, von denen man sich leiten lassen will: „Gegenseitige Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Integrität der Staaten und Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen, Nichtangriff, Nichtanwendung oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, Verzicht auf einseitige militärische Vormachtstellung in den Grenzgebieten“.

Die SOZ wendet sich gegen den Export gesellschaftlicher Modelle und eine Politik der doppelten Maßstäbe. Sie setzt sich für die Stärkung der Rolle der UNO und des Völkerrechts ein.

Die Ost- und Südmächte sind aufgrund ihrer objektiven Interessenlage, erfolgreichen Entwicklung und strategischen Zielsetzungen ein starkes Antikriegsbollwerk. Ob es gefällt oder nicht: Von prinzipieller Bedeutung für die geostrategische Weltlage und den Weltfrieden ist, dass Russland den USA als ebenbürtige Atommacht Paroli bieten kann. Das russische Abschreckungspotential ist die entscheidende Barriere für Kriegsabenteurer. Es eröffnet Möglichkeiten für Abrüstung und Entspannung, schärft den Blick für die Realitäten.

Die USA und die NATO wollen sich nicht mit den Einbußen an strategischem Einfluss abfinden. NATO-und EU-Osterweite-

rung, die von Obama verkündete neue Strategie der USA im asiatisch-pazifischen Raum, die aggressiven Beschlüsse der NATO-Gipfel , das gegen Russland und China gerichtete Antiraketensystem bezeugen das. Die Lösung der gefährlichen Krisen in Ukraine und Syrien ist noch lange nicht erreicht. Aber man könnte versuchen, stärker mit „soft power", der Einmischung in die inneren Angelegenheiten unter Nutzung der vielen, vor allem wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu punkten, um den Kontrahenten niederzuringen.

Die Linke muss sich dem Osten/Süden öffnen. Das gehört in den Fokus linker Analyse und Politik. Eine unvoreingenommene Betrachtung wird viele identische oder ähnliche Positionen und Anknüpfungspunkte sichtbar machen. Die BRICS-Staaten sind objektiv Partner für linke Friedensbemühungen.

Deutscher OSZE-Vorsitz: für eine neue Ostpolitik

Der deutsche OSZE-Vorsitz bietet die Chance zu einem Neustart für eine europäische Sicherheitspolitik. Die OSZE ist die einzige gesamteuropäische Organisation, die sich das Ziel gesetzt hat, einen gemeinsamen europäischen Sicherheitsraum zu gestalten. Die viel zitierte größere internationale Verantwortung Deutschlands sollte hier für Vertrauensbildung, Dialog und neue Kooperation eingesetzt werden.

Wie vor 40 Jahren, als die Welt in Helsinki die historische Vereinbarung für Entspannung feierte, gibt es auch heute Einsichten und Entwicklungen, die Hoffnungen nähren.

Das aktuelle Agieren der Obama-Administration scheint darauf hinzudeuten, dass einflussreiche Kräfte in den USA wohl keine Lust haben, neue Kriege anzuzetteln, bzw. in solche hineinzuschlittern, die man nicht gewinnen kann.

Der langwierige brisante Konflikt mit dem Iran ist auf dem Weg zur Entschärfung. Es ging immerhin um nicht weniger als um Atomwaffen. Iran entfaltet sich, wird im Syrienkonflikt zu einem einflussreichen Akteur für eine Lösung.

Die syrischen Chemiewaffen konnten, einer Initiative Russlands folgend, vernichtet werden. Die USA hatten wegen dieser Waffen, ähnlich wie im Irak, schon mit einer Ausweitung des Krieges gedroht.

Auch im Westen waren Stimmen nicht zu überhören, dass man mit NATO- und EU-Osterweiterung, sowie den Plänen für ein Anti-Raketen-System den Bogen überspannt hatte. In den Krisen in der Ukraine und in Syrien kulminieren die gegenwärtigen Gegensätze zwischen Ost und West. Es scheint schier unmöglich, den Knoten aufzulösen. Aber man ist sich wohl einig, dass es keine militärische Lösung gibt, dass man sich auf einen langwierigen Verhandlungsweg begeben muss. Das wäre schon viel. Vielleicht könnte ein Moratorium für die NATO-Osterweiterung hilfreich sein, über das der Nestor der deutschen Ostpolitik, Egon Bahr, schon vor Jahren nachgedacht hat.

Die Minsker Vereinbarung kann zu Entspannung führen. Die OSZE hat sich in der Ukraine als unverzichtbarer Akteur erwiesen.

Die Wiener Verhandlungen zum Syrienkonflikt unter Teilnahme aller hauptsächlichen Akteure und deren Fortsetzung in Genf konnten durchgesetzt werden.

Im *Handelsblatt* vom 12. Januar 2016 heißt es: „Es muss ausgelotet werden, wo Entgegenkommen erreicht werden kann. So könnte das Überdenken der Pläne für einen Raketenschild in Osteuropa tatsächlich Spannungen lösen und zur Annäherung beitragen." In diesem Sinne äußerten sich unlängst Trittin und Steinmeier.

Egon Bahr hatte bereits unmittelbar nach der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation vorgeschlagen, die Krim bei den Verständigungsrunden mit Russland, um die man nicht herumkommen wird, in Klammern zu setzen, so wie es bei der Entspannungspolitik von Brandt mit der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR geschehen war. Eine ähnliche Position äußerte unlängst der CDU-Politiker Friedbert Pflüger.

Nutzen könnte entstehen, würde man sich auf ein Strategiepapier besinnen, das Frank-Walter- Steinmeier als Außenminister unter Angela Merkel im September 2006 in Finnland seinen EU-Kollegen vorgetragen hatte. Es beinhaltet Positionen, die auch heute noch Sinn machen: Ziel einer europäischen Ostpolitik müsse es sein, „das konstruktive Engagement Russlands durch neue Kooperations- und Integrationsangebote zu fördern" und seine Verankerung in Europa durch enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen „irreversibel zu machen". Russland bleibe ein wichtiger Partner, selbst wenn es jetzt nach außen mit neuem Selbstbewusstsein nationale Interessen vertrete und im Inneren „einen eigenen, russischen Weg" verfolge, „der vielfach asynchron zu dem der EU" verlaufe. Ohne intensive Partnerschaft mit Russland könne es weder eine „gesamteuropäische Friedensordnung" noch eine Lösung von Konflikten wie etwa auf dem Balkan oder im Nahen Osten geben.

Prof. Stützle fordert, dass die vielen russischen Initiativen für die Schaffung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur verhandelt werden müssen.

Kissinger schlug in einem Interview mit dem russischen Fernsehen am 6. Februar 2016 vor, die Ukraine als Brücke zwischen Ost und West zu entwickeln.

Ein wichtiger Mittler zwischen Ost und West waren immer die Wirtschaftsinteressen. Einflussreiche Kräfte, vor allem in deutschen und westeuropäischen Wirtschaftskreisen lehnen die Sanktionen gegen Russland ab, die nur schädlich und wirkungslos sind. Die geplante Wirtschaftskonferenz der OSZE könnte genutzt werden, um die Sanktionen allmählich zu überwinden.

Die Linke ist gefordert, in der Friedensfrage wirksam Druck auf die Regierung auszuüben.

Anspruch und Wirklichkeit — Die Ukraine zwei Jahre nach dem Machtwechsel

Von Manfred Schünemann, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.

Auch zwei Jahre nach dem Sturz des Janukowitsch-Regimes und der Übernahme der Macht durch national-konservative Kräfte befindet sich die Ukraine in ihrer tiefsten gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Krise seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991, sind der Erhalt eines einheitlichen ukrainischen Staates und die Formierung einer gemeinsamen nationalen Identität ernsthaft gefährdet. Durch die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Ostukraine und die Unterstützung der Konfliktparteien von Seiten des Westens bzw. Russlands ist ein internationaler Konflikt entstanden, der Sicherheit und Frieden in Europa bedroht

und das gesamte Beziehungsgefüge zwischen Russland und dem Westen für längere Zeit belastet.

Machtwechsel und bewaffneter Konflikt

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung verband mit dem Machtwechsel vor zwei Jahren vor allem die Erwartung einer entschlossenen Bekämpfung der allgegenwärtigen Korruption in Wirtschaft und Politik sowie einer konsequenten Reformpolitik zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit in Politik, Verwaltung und Justiz. Die Neuorientierung der Außenpolitik in Richtung Westen wurde vorrangig als Möglichkeit gesehen, mehr ökonomische, finanzielle und politische Unterstützung von der EU zu erhalten und die bestehenden Beschränkungen der Freizügigkeit im Handel und Personenverkehr (Zölle; Visumspflicht) zu beseitigen. Seit dem 1. Januar 2016 ist nunmehr das gesamte Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft, dessen Nichtunterzeichnung 2013/14 Auslöser für den Machtwechsel und die Einleitung eines strategischen Richtungswechsels war.

Bereits der gewaltsame Sturz des Janukowitsch-Regimes und die Machtübernahme durch national-konservative und nationalistische Kräfte riefen bei Teilen der Bevölkerung, vor allem in den ostukrainischen Landesteilen, Zweifel und Ablehnung der politischen Veränderungen hervor. Sie befürchteten eine Untergrabung der Grundlagen des Verhältnisses zu Russland und eine Beeinträchtigung der traditionellen Wirtschaftsverbindungen sowie der kulturell-mentalen Bindungen. Auf diesem Hintergrund formierte sich auf der Krim und in ostukrainischen Gebietszentren der Widerstand gegen den Machtwechsel, der dann – mit Duldung und Unterstützung Russlands – zur Abspaltung der Krim und zu den bewaffneten Auseinandersetzungen in den Verwaltungsgebieten (Oblasty) Donezk und Luhansk führte. Die Kampfhandlungen, die von Regierungsseite als „Anti-Terroroperation“ (ATO) und Abwehr einer „russischen Aggression“ bezeichnet und in den industriellen Ballungszentren des Donbass von beiden Seiten unter Einsatz schwerer Waffen geführt werden, haben bereits Tausende Opfer unter der Zivilbevölkerung, Vertreibung und Flucht sowie hohe materielle Schäden in Wirtschaft und Infrastruktur zur Folge. Sie verhindern nicht nur die Durchsetzung dringend erforderlicher gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Reformen, sondern vertiefen die Widersprüche innerhalb der ukrainischen Gesellschaft und bedrohen ernsthaft die Integrität der Ukraine.

Mit den Minsker Vereinbarungen vom Februar 2015 gelang zumindest eine gewisse Entflechtung der Konfliktparteien, die Durchsetzung einer (wenn auch brüchigen) Waffenruhe und der Beginn eines Prozesses zur dauerhaften Konfliktregulierung. Die vereinbarten Kompromisse verdeutlichen, dass beide Konfliktparteien gegenwärtig nicht in der Lage sind, einseitige Entscheidungen durchzusetzen und auch die äußeren Beteiligten (Russland / USA, EU, NATO) angesichts der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und anderen Regionen sowie der Flüchtlingskrise kein Interesse an einer erneuten Zuspitzung der Auseinandersetzungen in und um die Ukraine haben. Andererseits sind die Konfliktursachen nicht beseitigt, und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur dauerhaften Lösung des Konflikts erfolgt nur schleppend. Vor allem gibt es keine Fortschritte bei der in den Minsker Protokollen festgelegten Ausgestaltung der Selbstverwaltungsrechte für die Verwaltungsgebiete in der ukrainischen Verfassung sowie bei der Modifizierung der Wahlgesetze und Modalitäten für die Durchführung der Kommunalwahlen. So bleiben z.B. Streitpunkte, ob auch jene Einwohner wählen dürfen, die jetzt ihren Wohnsitz außerhalb der betroffenen Gebiete haben, nach welchen Kriterien die Auswahl der Kandidaten erfolgen soll und welche Möglichkeiten die (Kiewer) Parteien im Wahlkampf erhalten.

Ohne massiven Druck auf die Kiewer Regierung durch die USA und die westlichen Garantiemächte der Minsker Vereinbarungen auf der einen Seite und auf die Verwaltungsbehörden der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk durch Russland auf der anderen Seite, scheinen Kompromisslösungen derzeit kaum erreichbar. Beide Konfliktseiten haben kein wirkliches Interesse, die jeweiligen Auflagen (Verfassungsänderungen für einen Sonderstatus der Konfliktregion bzw. Gewährleistung der Grenzkontrolle zu Russland durch die Zentralregierung) zu erfüllen. Auf Regierungsseite ließen sich die geforderten Verfassungsänderungen für einen Sonderstatus der Gebiete Donezk und Luhansk nur gegen den erbitterten Widerstand der nationalistischen Kräfte durchsetzen und könnten zu einer Schwächung der Positionen gemäßigter Kräfte um Präsident Poroschenko führen. Für die Verwaltungsbehörden der Konfliktgebiete würde andererseits eine vollständige Übergabe der Kontrollfunktionen an der ukrainisch-russischen Grenze eine existenzielle Einschränkung ihres Handlungsspielraums bedeuten und gleichzeitig die Einflussmöglichkeiten Russlands wesentlich beschränken.

Somit ist davon auszugehen, dass sich die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen weiter verzögert und schon viel erreicht wäre, wenn die bewaffneten Auseinandersetzungen unter Kontrolle bleiben und der Verhandlungsprozess zwischen den Konfliktparteien fortgesetzt wird. Als Teil der geostrategischen Interessengegensätze zwischen den USA und Russland wird eine dauerhafte Konfliktlösung erst dann möglich sein, wenn es zwischen den beiden Mächten zu einem Ausgleich ihrer globalen und regionalen Machtansprüche kommt.

Seit der völkerrechtswidrigen Angliederung der Krim an die Russische Föderation im März 2014 und der faktischen Abspaltung von Teilen der Verwaltungsgebiete Donezk und Luhansk durch Regierungsgegner mit Unterstützung bzw. Duldung von russischer Seite ist das Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland dauerhaft zerrüttet, sind die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen weitgehend unterbrochen. Aus der strategischen Partnerschaft beider Länder, wie sie bis zum Umsturz 2014 auf der Grundlage des sogenannten Großen Vertrages (Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft von 1997) bestand und die sich positiv auf Frieden und Stabilität in der Region auswirkte, ist ein Krisen- und Konfliktherd entstanden, der auch als „eingefrorener Konflikt“ für einen längeren Zeitraum eine latente Gefahr sowohl für die innere und äußere Stabilität der Ukraine als auch für die europäische und internationale Sicherheit bleibt.

Anhaltende Wirtschaftskrise

Mit dem Inkrafttreten der Wirtschaftsbestimmungen des Assoziierungsabkommens mit der EU Anfang 2016 kommt es zu einer grundlegenden Änderung der gesamten ukrainischen Handels- und Wirtschaftstrategie. Wichtigster strate-

gischer Partner ist nunmehr auch offiziell die Europäische Union. Russland, das bisher diese Rolle einnahm, verliert seine dominierende Stellung in der ukrainischen Wirtschaft als Haupthandelspartner und wichtigster Investitions- und Kooperationspartner. Nach offiziellen Angaben ist der Handel zwischen beiden Ländern allein 2014 um fast 30 Prozent gesunken. Die drastische Reduzierung der traditionellen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Russland, die sich durch gegenseitige Sanktionen (Einfuhrverbote für landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsgüter; Aussetzung des GUS-Freihandelsabkommens; Überflug- und Transitverbote) noch verstärken wird, verschärfen die seit Jahren andauernde Wirtschaftskrise in der Ukraine weiter. Sie hat bereits zu einem dramatischen Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft und zu negativen Folgen für das Lebensniveau breiter Bevölkerungskreise geführt. Nach offiziellen Angaben des Statistischen Amtes schrumpfte die ukrainische Wirtschaft in den 25 Jahren der Unabhängigkeit um ein Drittel. Allein in den Jahren 2014/15 sank das BIP um ca. 18 Prozent und die Industrieproduktion um ca. 28 Prozent. Durch die hohe Inflation (2015 – ca. 43 Prozent) und die steigenden Verbraucherpreise für kommunale Dienstleistungen (Wasser und Heizung um ca. 78 Prozent; Strom um ca. 67 Prozent) sank das Realeinkommen der Bevölkerung jährlich um etwa 15 Prozent. Die durchschnittlichen Nettolöhne in der Industrie betragen gegenwärtig nur noch knapp 160 Euro im Monat und die Renten sanken auf etwa 80 Euro. Trotz rigoroser Sparmaßnahmen in Erfüllung der Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), vor allem bei den Sozialausgaben, stand das Land wiederholt vor der Zahlungsunfähigkeit, die nur durch Umschuldungen, Milliardenkredite des IWF und Finanzhilfen der USA, der EU und auch Deutschlands sowie anderer internationaler Geldgeber verhindert werden konnte. Ein erstes Finanzierungspaket unmittelbar nach dem Umsturz sah Gesamtkredite für 2014/15 in Höhe von ca. 27 Mrd. Dollar vor (IWF 17 Mrd. Dollar, USA/EU 10 Mrd. Dollar). Anfang 2015 wurde dieser Kreditrahmen auf insgesamt etwa 40 Mrd. Dollar für die Jahre bis 2018 erhöht. Daran sollen sich auch private Gläubiger durch Umschuldungen in Höhe von ca. 13,5 Mrd. Dollar (davon GAZPROM mit etwa 3,5 Mrd. Dollar) beteiligen, was von russischer Seite abgelehnt wird.

Die Kreditfreigaben durch den IWF sind an harte Auflagen für weitere Kürzungen im Staatshaushalt, Erhöhungen der kommunalen Dienstleistungstarife sowie die Privatisierung von Staatsbetrieben und wirksamen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung gebunden. Nach Einschätzung des IWF sind im Ergebnis dieser Auflagen bereits erste Anzeichen für eine Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft auf niedrigem Niveau zu verzeichnen. Eine dauerhafte Überwindung der Wirtschaftskrise erfordert aber nicht nur eine relative Stabilisierung, sondern einen realen Leistungszuwachs.

Nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten wird das zum 1. Januar 2016 in Kraft gesetzte Freihandelsabkommen mit der EU langfristig zu einem Leistungsanstieg der ukrainischen Wirtschaft führen. Kurzfristig werden sich aber die Rahmenbedingungen für die ukrainische Wirtschaft weiter verschlechtern, da die meisten ukrainischen Waren und Produkte auf dem EU-Markt nicht konkurrenzfähig sind. Die Stilllegung der unrentablen Produktionskapazitäten wird zu einem raschen Ansteigen der Arbeitslosigkeit und einem weiteren Absinken des Lebensniveaus breiter Schichten der Bevölkerung, insbesondere in den industriellen Ballungszentren, führen. Diese negative Entwicklung wird nur durch ein Anwachsen ausländischer Investitionen und das Entstehen neuer, moderner Wirtschaftskapazitäten auszugleichen sein, wofür allerdings ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen im Donbass, eine dauerhafte Stabilisierung der inneren Lage und die konsequente Umsetzung der Reformpolitik Voraussetzung sind. Gleiches gilt für die Normalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Russland, denn der hohe Abhängigkeitsgrad der Ukraine von den Energieträgerlieferungen aus Russland (Erdöl; Erdgas; Brennelemente und Ausrüstungen für Atomkraftwerke) bleibt noch über Jahre bestehen und auch als Handels- und Investitionspartner bleibt Russland für die Ukraine unverzichtbar, da für einen bedeutenden Teil der Industrieerzeugnisse Russland der einzig mögliche Absatzmarkt ist.

Gesellschaftspolitische Zäsur

Der Machtwechsel im Februar 2014 war eine Zäsur in der gesamten gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Entwicklung des Landes seit Erlangung der Unabhängigkeit. An die Macht gelangten national-konservative und offen nationalistische Kräfte, für deren Innen- und Außenpolitik Nationalismus, Russophobie und Antisowjetismus bestimmend sind. Ihre Politik zielt auf eine strikte Abgrenzung der Ukraine von Russland, auf eine möglichst vollständige Beseitigung alles „Russischen“ in der ukrainischen Gesellschaft und auf die politische, wirtschaftliche und geostrategische Einbindung der Ukraine in die EU und die „westliche Wertegemeinschaft“. Die gesetzlichen Regelungen zur „Abwehr der russischen Aggression“, zur „Beseitigung der Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft“ und zur „Stärkung der ukrainischen Kultur und Sprache in allen Landesteilen“ haben eine Kriminalisierung der gesamten sowjetischen Zeit und ihrer Persönlichkeiten zum Ziel, sollen der Propagierung nationaler Werte und geschichtlicher Ereignisse sowie der Entfaltung einer breiten nationalistischen Stimmung in der Bevölkerung dienen.

Der ideologischen Absicherung dieses national-konservativen Kurses dient auch die seit dem Machtwechsel laufende massive Propagandakampagne zur Neuinterpretation der jüngeren ukrainischen Geschichte, insbesondere der Sowjetperiode und des Kampfes gegen die Naziokkupation im Zweiten Weltkrieg. Mit einseitigen Interpretationen und offensichtlichen Verfälschungen geschichtlicher Ereignisse wird der Versuch unternommen, die Zeit der Sowjetukraine als „sowjetische Fremdherrschaft“ zu diskreditieren, den opferreichen Kampf der Sowjetarmee zur Befreiung der Ukraine von der Naziokkupation herabzuwürdigen und die Kampfhandlungen der nationalistischen Widerstandsbewegungen in den westukrainischen Gebieten als Befreiungskampf für eine unabhängige Ukraine zu glorifizieren. Diese Geschichtsrevision zielt zwar auf die Formierung eines „nationalen Geschichtsbildes“ und die Herausbildung einer gemeinsamen ukrainischen Identität, ruft allerdings bei großen Teilen der Bevölkerung in den ostukrainischen Gebieten und bei den Veteranen der Sowjetarmee in allen Landesteilen Unverständnis und innerlichen Widerspruch hervor. Somit trägt diese Kampagne nicht zur Formierung einer gesamtukrainischen Identität bei, sondern vertieft die innere Spaltung der Gesellschaft und fördert somit Tendenzen zur regionalen Abgrenzung. Eine Verschärfung erfuhr diese Ent-

wicklung durch die gesetzlichen Regelungen zur „Abwehr der russischen Aggression“, zur „Beseitigung der Folgen von kommunistischer Gewaltherrschaft“ und zur „Stärkung der ukrainischen Kultur und Sprache in allen Landesteilen“ vom Frühjahr 2015, mit denen nicht nur nationalistische Stimmungen geschürt werden, sondern nunmehr auch eine Kriminalisierung der gesamten sowjetischen Periode und ihrer Persönlichkeiten erfolgt.

Ein Beispiel dafür ist das Gesetzespaket zur „Beseitigung der Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft“ vom April 2015, mit dem u.a. einerseits die öffentliche Nutzung und Propagierung von Symbolen des Kommunismus und der Sowjetzeit und andererseits die „öffentliche Leugnung des Rechts auf Kampf für Unabhängigkeit und der Verdienste der nationalen Befreiungsbewegungen“ unter Strafe gestellt werden. In Folge dieser Gesetze müssen innerhalb von sechs Monaten einige Verwaltungsgebiete (Oblasty), mehr als 20 Städte, -zig Rayons, Hunderte Dörfer und Tausende Straßen umbenannt werden. In den öffentlichen Medien ist das Zeigen von Filmen und anderen Kunstwerken mit Darstellungen zum Krieg gegen Hitlerdeutschland und zur „Verherrlichung“ der Sowjetzeit untersagt. Der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) droht ein Verbotsprozess. Ihre Beteiligung an den Kommunalwahlen im Oktober 2015 wurde per Gerichtsbeschluss verhindert. Die offene Einschränkung von Bürgerrechten und politischen Freiheiten haben Widerspruch und Unverständnis nicht nur in der Bevölkerung und bei der Opposition hervorgerufen, sondern auch Zweifel an ihrer Realisierbarkeit. Selbst die sogenannte Venedig-Kommission und das Büro für Menschenrechte der OSZE kritisierten die Gesetze als „zu weitgehend“ und Gefahr für die „Freiheit der politischen Parteien zur Eigendarstellung bei Wahlen“. Beide Gremien forderten eine Überprüfung der Gesetzestexte insbesondere hinsichtlich der angedrohten Freiheitsstrafen.

Durch den Machtwechsel nicht beseitigt wurde die Verquickung zwischen Oligarchen und Staatsmacht, so dass der direkte Einfluss der Oligarchen auf Politik, Wirtschaft und Medien erhalten blieb und zum Teil noch ausgebaut wurde. Viele Oligarchen wurden zu Gebietsgouverneuren ernannt und stärkten ihre Machtpositionen durch die Bildung von paramilitärischen Einheiten. Die Träger des „alten“ Regimes (wie der Donezker Oligarch Achmetow) verloren ihren direkten Einfluss, tatsächlich entmachtet wurden sie nicht. Ihre Besitzstände und Privilegien blieben weitgehend unangetastet, zumal die Umsetzung der meisten Reformgesetze nur schleppend erfolgt und bisher nicht zu einer tatsächlichen Demokratisierung geführt hat.

So gibt es kaum Fortschritte bei der Verwirklichung der Justizreform, die ein wesentliches Element in der Korruptionsbekämpfung wäre. Nach wie vor sind Korruption und Vetternwirtschaft allgegenwärtig und reichen bis in höchste Regierungskreise. Der Anteil der Schattenwirtschaft ist 2015 weiter gewachsen und beträgt nach Angaben des Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine etwa 47 Prozent des BIP. 2011 lag der Anteil noch bei ca. 35 Prozent. Zu recht bemerkte der USA-Botschafter im Juni 2015 sarkastisch: „Die Korruption auf höchster (Verwaltungs-) Ebene ist für die Ukraine eine größere Gefahr, als es die russischen Panzer sind.“ Und im „Spiegel“ wurde der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Präsidentenpartei in der Obersten Rada, Mustafa Najem, mit der Einschätzung zitiert: „Statt eine totale Front gegen die Clanwirtschaft zu eröffnen, machen Präsident und Regierung mit den Oligarchen gemeinsame Sache.“ (Der Spiegel, 1/2016, S. 82) Das Kernanliegen, das die Bevölkerung mit dem Sturz des Janukowitsch-Regimes verband, Korruption und Machtmissbrauch zu beseitigen, ist bis jetzt nicht ernsthaft angepackt, geschweige denn, bewältigt worden.

Zur Sicherung der neuen Machtverhältnisse wurden nach dem Umsturz eine ganze Reihe von „Reformgesetzen“ beschlossen (Wahlgesetz; Justizreform; Verwaltungsreform; Korruptionsbekämpfung). Mit Hilfe eines „Lustrationsgesetzes“ (Überprüfung aller Funktionsträger) wurden die alten Machtstrukturen weitgehend zerschlagen. Das trifft auch für den gesamten Sicherheitsbereich zu, wo Parallelstrukturen geschaffen wurden (Nationalgarde neben der Armee; neue Polizeieinheiten neben der Miliz) und die Kommandeursebene mit Offizieren besetzt wurde, die ihre Ausbildung im Rahmen von NATO-Programmen erhalten haben, bzw. nationalistische Freiwilligenbataillone befehligt haben.

In den zentralen Verwaltungsbehörden und auf der Ebene der Gebiete (Oblasty) erfolgte ein fast vollständiger Personalwechsel. Die Führungspositionen wurden weitgehend mit Vertretern des konservativ-nationalistischen Lagers besetzt, die ihre Ausbildung möglichst in den USA erhalten oder längere Zeit dort gearbeitet haben (wie Ministerpräsident Jazenjuk) bzw. „Auslandsukrainer“ sind (wie die Finanzministerin). In allen Ministerien und zentralen Verwaltungsorganen gibt es zudem ganze Stäbe westlicher „Berater“, vor allem aus den USA, die direkten Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen und ihre Umsetzung ständig kontrollieren. Hinzu kommen regelmäßige „Konsultationen“ auf Regierungsebene, für die auf USA-Seite Vizepräsident Joe Biden die Verantwortung trägt und mit dem die wichtigen innen- und außenpolitischen Schritte der ukrainischen Regierung „abgestimmt“ werden.

So ließ sich z.B. Präsident Poroschenko seine Vorstellungen („Roadmap“) vom weiteren Vorgehen in der Verfassungsfrage von US-Vizepräsident Joe Biden im Januar 2016 am Rande des Wirtschaftsgipfels in Davos „absegnen“. Auch in die innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Interessengruppen griff Vizepräsident Biden wiederholt direkt ein. So hat er bei seinem Besuch im Dezember in Kiew unmissverständlich deutlich gemacht, dass die USA – trotz Rücktrittsforderungen – an Ministerpräsident Jazenjuk festhalten, denn, so Biden in einer Rede vor der Obersten Rada, „ein erneutes Scheitern (wie in der sogenannten Orangenen Revolution) darf nicht zugelassen werden“.

Grundstimmung und Wahlverhalten kaum verändert

Die massive nationalistische Propaganda hat bisher in der Bevölkerung nur bedingt Wirkung gezeigt. Wie das Wahlverhalten bei den Präsidentenwahlen im Mai 2014, den Parlamentswahlen im Oktober 2014 und den Kommunalwahlen im Oktober 2015 beweist, blieb die Grundstimmung in der Bevölkerung weitgehend unverändert. Zwar wurden mit den Wahlen die Ergebnisse des Umsturzes formal legitimiert, jedoch machen sie zugleich deutlich, dass der Grunddissens in der ukrainischen Gesellschaft, eine mehrheitlich nach Russland orientierte Bevölkerung in den ostukrainischen Gebieten und eine überwiegend die Einbindung der Ukraine in die europäischen Integrationsstrukturen und die Abgrenzung von Russland anstrebende Bevölkerung in den west-

und zentralukrainischen Landesteilen, fortbesteht. Bei allen Wahlen seit dem Machtwechsel erzielten die Parteien des Regierungslagers ihre besten Ergebnisse ausschließlich in den west- und zentralukrainischen Gebieten. In den ostukrainischen Gebieten lag der Stimmenanteil lediglich bei 10 bis 15 Prozent. Mit insgesamt ca. 6,8 Mio. Wählerstimmen verfügen die Regierungsparteien zudem über ein deutlich geringeres Wählerpotenzial als das Juschtschenko/Timoschenko-Lager bei den Parlamentswahlen 2006 (ca. 9,1 Mio. Wählerstimmen) und 2007 (ca. 10,4 Mio.). Selbst das gesamte Wählerpotenzial aller „pro-westlichen" Parteien (ca. 9,7 Mio. Wähler) konnte trotz der massiven Wahlkampagne für den Kurs dieser Parteien nicht gestärkt werden.

Seit dem Machtwechsel hat sich die Parteienlandschaft in der Ukraine stark verändert. Die Janukowitsch-Partei, die Partei der Regionen (PdR), ist nach dem Umsturz zerfallen. Ihre Mitglieder und Anhänger haben sich teilweise der neuen Präsidentenpartei, Block Petro Poroschenko (BPP) angeschlossen bzw. bilden den Kern einer neuen Oppositionspartei, des Oppositionellen Blocks (OB), der bei den Kommunalwahlen im Herbst 2015 landesweit etwa 11 Prozent der Wählerstimmen erhielt und in verschiedenen Städten und Wahlkreisen in den östlichen Landesteilen stärkste politische Kraft wurde.

Die Kommunistische Partei (KPU) hat stark an Einfluss verloren. Sie ist nicht mehr in der Obersten Rada vertreten, durfte bei den Kommunalwahlen nicht mit eigenen Kandidaten antreten und käme nach jüngsten Meinungsumfragen kaum noch über 3 Prozent der Wählerstimmen. Hauptursache dafür ist neben der massiven Behinderung der Parteiarbeit (Verbotsantrag; Zerstörung von Parteibüros; Verfolgung von Funktionären und Mandatsträgern; Hetzkampagnen der Rechtsextremisten) eine bisher nicht oder nur unzureichend erfolgte inhaltliche und personelle Erneuerung der Partei nach dem Sturz Janukowitschs.

Auch im Regierungslager und bei den rechtspopulistischen, nationalistischen Parteien setzen sich die Differenzierungen fort. Die Präsidentenpartei entwickelt sich immer stärker zum Sammelbecken für alle Funktionsträger und das Verwaltungspersonal aller Ebenen. So ging im Sommer 2015 die UDAR-Partei von Vitali Klitschko im BPP auf. Mit dem dramatischen Vertrauensverlust der Partei von Ministerpräsident Jazenjuk, Narodni Front (NF), die nach den Parlamentswahlen im Oktober 2014 noch stärkste politische Kraft war, aber bei Neuwahlen unter 3 Prozent bliebe und nicht mehr in die Oberste Rada käme, ist eine weitere Konzentration des Stimmenpotenzials zu erwarten. Wie alle früheren „Parteien der Macht" (Demokratische Volkspartei unter Kutschma; „Unsere Ukraine" unter Juschtschenko; Partei der Regionen unter Janukowitsch) erfüllt der BPP reine Wahl- und Funktionsaufgaben und würde nach einer Abwahl von Poroschenko wie seine Vorgängerparteien wieder bedeutungslos werden. Der Vaterlandspartei (BATK)von Julia Timoschenko, die bis vor kurzem ebenfalls zum Regierungslager gehörte, ist es durch populistische Kritik am Kurs von Präsident Poroschenko und der Regierung Jazenjuk gelungen, ihren Wählereinfluss zu stabilisieren, ohne dass aber wie unter Juschtschenko daraus eine echte Alternative zur Präsidentenpartei entstanden ist. Den rechten und nationalistischen Parteien ist es bisher nicht gelungen, ihren Wählereinfluss zu erhöhen. Ihr Wirkungsbereich bleibt auf die westlichen und zentralen Gebiete beschränkt. Ihre Zielsetzung ist es unverändert, die Regierungspolitik auf einen scharfen antirussischen, pro-westlichen Kurs festzulegen. Sie schrecken dabei auch nicht vor militanten Aktionen gegen die Regierung zurück.

Ausblick

Eine dauerhafte Stabilisierung der Ukraine erfordert einen neuen nationalen Konsens, der einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungs- und Interessengruppen ermöglicht. Wichtigste Voraussetzungen dafür sind die Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen im Donbass und die Regelung des Verhältnisses zwischen der Zentralregierung und den separatistischen Regionalverwaltungen in Donezk und Luhansk. Kompromisslösungen müssen sowohl eine Anbindung an die EU auf der Grundlage des Assoziierungsabkommens ermöglichen, als auch stabile wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Russland, wozu als erstes die Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen und Restriktionen erforderlich ist. Ob ein neuer nationaler Konsens erreicht werden kann hängt zum einen von einer Isolierung der extremistischen Kräfte im Inneren und zum anderen vom internationalen Umfeld, insbesondere vom Verhältnis Russland – USA, ab. Zumindest bestehen im Jahr 2016, in dem die Ukraine den 25. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit begeht, Chancen, die akuten Konflikte in der Ukraine und mit Russland „einzufrieren", neue Konfrontationen in der Region und darüber hinaus in Europa zu vermeiden und einen langfristigen Prozess zur inneren und äußeren Stabilisierung der Ukraine einzuleiten.

(Stand: Ende Februar 2016)

Die Syrien-Krise – eine weiterhin schwierige politische Lösungssuche

Eine zwischenzeitliche Bestandsaufnahme

Von Karin Kulow, AK Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Wer wollte nicht erleichtert sein, wenn es nach einem fünfjährigen zerstörerischen Krieg nun endlich bei innersyrischen Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des Syrien-UN-Sonderbeauftragten Staffan de Mistura um dessen Beendigung gehen soll. Die entscheidenden Weichen dafür hatte das sogenannte Wiener Format vom Oktober/November 2015 im Rahmen der International Syria Supporting Group (ISSG)[1] gestellt, in der alle maßgeblichen internationalen wie regionalen Player mitwirken. Die Beteiligung von Saudi-Arabien und Iran ist dabei zweifellos von besonderem Stellenwert.

In Wien hatte man sich darauf verständigt, das Genfer Kommuniqué vom 30. Juni 2012 zur Grundlage der Suche nach einer politischen Lösung in Syrien zu machen, jenes Bekenntnis zu einem „Syrien-gelenkten Prozess, der zu einem Übergang führt, der den legitimen Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es dazu befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu befinden". Damit sollte eine Zukunftsperspektive geboten werden, die allen politischen Kräften in Syrien die Mitwir-

kung an der Schaffung eines Klimas ermöglicht, das Sicherheit für alle, Stabilität und Ruhe gewährleistet und ein sofortiges Ende der Gewalt garantiert – dies alles in klar erkennbaren Schritten und nach einem exakten Zeitplan. Das Ergebnis von Wien wurde in der UN-Sicherheitsratsresolution 2254 vom 18. Dezember 2015 festgeschrieben. Es orientiert auf die „Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität der Syrischen Arabischen Republik".

Auf dieser Grundlage einigte man sich in Wien auf folgenden Fahrplan:

- Aufnahme innersyrischer „Friedensgespräche" unter UN-Vermittlung entsprechend einer vorgelegten Liste teilnehmender Oppositionsgruppen;
- Bildung einer Übergangsregierung binnen 6 Monaten;
- Erarbeitung einer neuen Verfassung im Zeitraum von 18 Monaten;
- Durchführung freier Wahlen bei Teilnahme von Auslands-Syrern.

Definitiv ausgeschlossen vom Verhandlungsprozess sollten, namentlich genannt, lediglich die Gruppierung *Islamischer Staat (IS)* sowie die *Nusra-Front* als syrische Ausformung von Al-Qaida sein.

Wie zwingend notwendig die Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen auf syrischem Boden ist, machen allein die nackten Zahlen deutlich, die man sich immer wieder in Erinnerung rufen muss: Nach UN-Angaben haben seit dem Ausbruch des Krieges im Jahre 2011 weit mehr als 260 000 Menschen ihr Leben verloren; über vier Millionen haben das Land verlassen, von denen viele nun nach Europa und vor allem nach Deutschland streben; etwa 6,5 Millionen sind im Inland auf der Flucht; etwa 13,5 Millionen Menschen bedürfen innerhalb des Landes dringender humanitärer Hilfe, davon sind 4,5 Millionen in allerhöchster Not. Der UN-Sondergesandte für weltweite Bildung, Gordon Brown, warnt davor, dass Ende des Jahres 2016 rund 2,5 Millionen syrische Kinder als Flüchtlinge keine Schulbildung erhalten könnten.

Von Anfang an hegte kaum jemand Illusionen, dass dieser politische Prozess ohne Komplikationen verlaufen werde. Sonst wären die vorangegangen beiden Versuche Genf I (Juni 2012) und Genf II (Januar 2014) nicht so kläglich gescheitert.

Überzogene Erwartungen sollte man bei UN-Vermittler Staffan de Mistura zu allerletzt vermuten. Das zeigte sich deutlich auf der Pressekonferenz, wo er die Verschiebung des ursprünglich für den 25. Januar 2016 anberaumten Gesprächsbeginns bekanntgab: „Es wird eine Menge von Posituren geben", so de Mistura wörtlich, „wir sind uns bewusst, dass der Verhandlungstisch verlassen und wieder zu ihm zurückgekehrt wird ... All das kann passieren, ... das Wichtige ist jedoch, dass wir das Momentum nutzen." An vorderster Stelle steht für ihn, Genf III nicht auch noch scheitern zu lassen. „Wenn es auch dieses Mal ein Scheitern gibt, ... so wird für Syrien keinerlei Hoffnung mehr sein", bekräftigte er gegenüber dem Schweizer TV-Kanal RTS. Deshalb auch die Aussetzung bis Ende Februar 2016, da sich schon die Gesprächseröffnung schnell festgefahren hatte.

In der ersten Woche sollte es lediglich um von UN-Vertretern in einer Art Pendeldiplomatie arrangierte sogenannte Annäherungsgespräche in getrennten Räumen gehen. Erst danach soll mit direkten Verhandlungen begonnen werden.

Allderdings ist der in Wien vereinbarte Fahrplan äußerst ambitioniert, weshalb Verzögerungen nicht überraschen sollten. Allein die Aufstellung von Wählerlisten wird schwierig genug, da sich mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung auf der Flucht befindet.

Am 11. Februar 2016 wurde am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz Einigung über ein Schweigen der Waffen binnen einer Woche sowie die Gewährleistung dringender humanitärer Hilfe für Einwohner belagerter Ortschaften[2] sowie schwer erreichbarer Gebiete erzielt. Eine ISSG-Task Force der UNO soll die humanitären Hilfsmaßnahmen sicherstellen und wöchentlich darüber Bericht erstatten. Alle syrischen Parteien sind aufgefordert, „den Hilfsorganisationen unverzüglich den schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang" zu den Bedürftigen zu ermöglichen.

Mit dem in München erreichten Kompromiss ist zumindest eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen worden, dass die auf Ende Februar vertagte Genfer Verhandlungsrunde wieder an den Tisch zurückgeführt werden kann. Die von der Opposition formulierten Bedingungen wurden erfüllt. Vor allem aber besteht nun für die Hunderttausenden Not leidenden Menschen endlich Hoffnung, wenigstens mit dem Notdürftigsten versorgt zu werden. Auch das vereinbarte Schweigen der Waffen ist eine sehr gute Nachricht. Trotzdem sind in diesem von der ISSG vereinbarten Statement noch eine ganze Reihe von Fallstricken verborgen - vor allem, was die Beendigung der militärischen Feindseligkeiten und den Umgang mit den zu bekämpfenden terroristischen Gruppierungen betrifft.

Im Folgenden soll deshalb versucht werden, die äußerst komplizierten inneren und äußeren Widersprüche beim Genfer Verhandlungsprozess etwas anschaulicher zu machen.

Strittige Teilnehmerliste

Vorprogrammiert war Streit darüber, wer für die Opposition als Gegenpart zum Assad-Regime in Genf vertreten sein soll. Bereits im Dezember 2015 hatten die verschiedenen Kräfte auf drei getrennten Treffen nahezu zeitgleich Anspruch darauf erhoben, auf Seiten der Opposition am Verhandlungstisch zu sitzen. Das zeigt die tiefe innere Zerrissenheit der Opposition und wirft zugleich ein Schlaglicht auf die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Konsenssuche über die Zukunft Syriens.

Eines der Treffen fand in der saudischen Hauptstadt Er-Riyad statt.[3] Mit seinem Führungsanspruch über die syrische Opposition sucht sich Saudi-Arabien seinen Einfluss auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verfasstheit eines Nachkriegs-Syriens zu sichern. Wohl kalkuliert war dementsprechend auch die Einladungsliste von ungefähr 100 Delegationen, die den Anspruch auf Alleinvertretung der Opposition als Verhandlungspartei untermauern sollte. Zum erstaunlich breiten Spektrum der Eingeladenen gehörten: Exil-Politiker, bewaffnete islamistische Gruppierungen, Jihadisten mit Ausnahme von IS, militärische Überläufer sowie nach wie vor in Damaskus ansässige Dissidenten. Damit sollten jene islamistischen Gruppierungen, die zwar nicht zu den international als terroristisch geächteten zählen, sich aber in Gesellschaftskonzeption wie Kampfmethodik kaum von diesen unterscheiden, hoffähig gemacht werden. Das sind die Partner Saudi-Arabiens, die es nicht nur aktuell unterstützt, sondern die zur künftigen weiteren Ausbreitung der eigenen salafistischen Auslegung des Islam in Syrien wesentlich beitragen sollen. So hat sich die Gruppierung

Jaisch al-Islam (Armee des Islam) darauf eingelassen, sich wenigstens einstweilen mit den im Wiener Format vorgegebenen Parametern zu arrangieren. Die ebenfalls anwesenden Gruppen Ahrar asch-Scham (Die Freien Groß-Syriens) und Jaisch asch-Scham (Armee Groß-Syriens) hingegen waren dazu nicht bereit.

Das auf dem Treffen in Er-Riyad zusammengezimmerte Hohe Verhandlungskomitee (High Negotiations Committee - HNC) mit eigenem Verbindungsbüro gilt nun auch für UN-Vermittler de Mistura als der Hauptansprechpartner auf Seiten der Opposition. Als dessen Koordinator wurde der 2012 aus seinem Premierministeramt nach Jordanien geflohene Riyad Hijab benannt.

Ein zweites Treffen in der nordostsyrischen Provinz Al-Hasakah, das durchaus als Konkurrenz zu Er-Riyad verstanden werden kann, diente dem Zweck, den spezifischen Interessen der Kurden in Syrien Geltung zu verschaffen. Denn die über maßgeblichen Einfluss verfügende Partei der Demokratischen Union (PYD) und deren militärischer Arm YPG – bekanntlich unterstützt von den USA und quasi als deren Bodentruppe im Kampf gegen IS genutzt – hatte man vom Er-Riyader Treffen ausdrücklich ausgeschlossen.

Kurdische Politiker und Militärkommandeure vereinigten sich mit ihren Verbündeten in der hauptsächlich von der YPG getragenen Formation der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), einem Zusammenschluss kurdischer, arabischer und assyrischer Militärkräfte in Rojava-Kurdistan. Hauptziel des Treffens war es, einen politischen Mechanismus in Gestalt eines Rates des demokratischen Syrien zu bilden, der die kurdischen Ansprüche auf eine aktive Mitwirkung an der Gestaltung der Zukunft des Landes vertreten soll. Von der Türkei ohnehin als inakzeptabel angesehen, werden die SDF auch von der saudisch unterstützten Opposition strikt abgelehnt. Zum einen unterstellt man den SDF, Handlanger des Assad-Regimes zu sein; zum anderen wirft man ihnen vor, nördlich von Aleppo gegen im HDC vertretene sunnitische Rebellengruppierungen militärische Schläge zu führen. Offensichtlich sucht de Mistura solche abgelehnten Kräfte wie die SDF und weitere Vertreter, die von russischer Seite präferiert werden, darunter der Menschenrechtsaktivist Haitham Manaa und Ex-Vize-Premier Qadri Jamil, im Verlaufe des Verhandlungsprozesses als Berater oder Konsultanten hinzuzuziehen. Sie wären Teilnehmer, ohne offiziell als solche bezeichnet zu werden. So könnte er auch mit der PYD verfahren, da er sich hier vor einer kaum aufzulösenden Quadratur des Kreises sieht: Entweder er bezieht die PYD entsprechend deren Gewicht und Rolle in den Verhandlungsprozess ein, dann ist damit zu rechnen, dass die Türkei und die saudisch gestützte Opposition dessen Scheitern androhen. Oder er lässt sie außen vor, und die PYD wird nach eigenen Wegen suchen, um ihr Selbstverwaltungsprojekt in Rojava abzusichern.[4] Beides bedeutete für einen erfolgreichen Verhandlungsverlauf nichts Gutes.

Das dritte Treffen schließlich fand kurz vor diesen beiden in Damaskus statt, weshalb es von vornherein als vom Regime gesteuert angesehen wurde. Die von den dort Versammelten erstellte und dem UN-Syrien-Sonderbeauftragten übermittelte Namensliste fand in Er-Riyad gleichfalls keine Berücksichtigung. Das stärkte deren Vorwurf, wonach die auf der HNC-Liste vertretenen Personen eigentlich gar kein Recht hätten, über die Zukunft Syriens zu entscheiden. Statt hauptsächlich Auslandssyrer müssten doch wohl eher Repräsentanten aus Syrien selbst am Verhandlungstisch vertreten sein. Die von außen Aufgedrängten könnten nicht für die Vision der Syrer und deren Streben stehen, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen.[5]

So kann es nicht verwundern, dass es beim Eintreffen der Verhandlungsdelegationen sowohl seitens der Regierung als auch der Opposition erst einmal zu einem verbalen Schlagabtausch kam. Die Regierungsdelegation, geleitet vom syrischen UN-Botschafter Baschar Al-Jafari, betonte angesichts des verspäteten Eintreffens der HNC-Delegation die eigene ernsthafte Bereitschaft zum Dialog und zur Suche nach einer politischen Lösung der Krise im Land. Zugleich musste sie sich von Vertretern des HNC vorhalten lassen, gegen die Festlegungen der UN-Sicherheitsratsresolution 2254 zu verstoßen. „Wir können nicht verhandeln“, so der prominente Menschenrechtsaktivist Haitham Al-Maleh, „während sich die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft als unfähig erweisen, vertrauensbildende Schritte zu unternehmen.“[6]

Kaum überbrückbar scheinende Trenngräben

Bei gegenwärtiger Betrachtung der innersyrischen Konflikt- und Widerspruchslagen scheint zumindest im Hinblick auf die Zukunft Syriens als einheitlicher, demokratischer Staat in seinen bisherigen territorialen Grenzen eine Lösung nur wenig realistisch. Es ist kaum vorstellbar, dass es auf absehbare Zeit gelingen kann, den notwendigen Konsens dafür zu erreichen. Das gilt auch für die äußerst gegenläufigen äußeren Einflüsse in Gestalt zweier miteinander konkurrierender Kräftekonstellationen: auf der einen Seite – bei aller Differenziertheit der konkreten Beweggründe – das auf den Sturz von Assad ausgerichtete Streben von Saudi-Arabien und der Türkei, welches ungeachtet bestimmter Modifizierungen von den USA und anderen westlichen Staaten unterstützt wird, und auf der anderen das uneingeschränkte Bemühen Russlands und Irans, einen von außen beförderten Regimewechsel in Damaskus zu verhindern. Das hat die Grundlage dafür gebildet, dass der aus dem „Arabischen Frühling“ erwachsende Bürgerkrieg in Syrien relativ rasch in gleich mehrere Stellvertreterkriege umgeschlagen ist. Ebenso erklärt die Konfrontation zwischen Türkei/Saudi-Arabien einerseits und Iran andererseits, warum die Kämpfe auf syrischem Boden entlang religiös motivierter, hauptsächlich sunnitisch-schiitischer – Trennlinien geführt werden. Dadurch ist das einst innerhalb der arabischen Welt als weitgehend säkular geltende Syrien regelrecht reislamisiert worden, wovon vor allem der IS zugunsten seiner Kalifatsstaatsidee profitieren konnte.

Im Ergebnis dieser als Stellvertreterkriege geführten Auseinandersetzungen ist Syrien nun in mehrere Einflussgebiete mit unterschiedlichen Hauptakteuren aufgeteilt. Unter diesen Umständen kann die Wiederherstellung der Einheit und territorialen Integrität, die als ein Ziel der Genfer Verhandlungen angestrebt wird, nur als äußerst langwieriger, widerspruchsvoller Prozess gelingen, an dessen Ende auch ein in territorialer Hinsicht durchaus anderes Syrien stehen könnte.

Die Schlüsselfrage für Verlauf und Erfolg des politischen Lösungsprozesses ist und bleibt das Schicksal des Baath-Regimes. Dieses muss mit dem vom gegenwärtigen Präsidenten Baschar Al-Assad geführten nicht unbedingt identisch sein.

Sichtlich gefestigte Position des Baath-Regimes

So unumstritten es anfangs mehrheitlich war, dass mit dem militärischen Eingreifen Russlands Ende September 2015 in Syrien der Weg zum Verhandlungstisch wieder begehbar geworden ist, so heftig wird inzwischen seitens der Assad-Gegner dagegen Stellung bezogen. Denn dieses hat das innersyrische Kräftependel eindeutig zum Nachteil der Opposition und zugunsten des Baath-Regimes ausschlagen lassen. Dadurch erscheint auch dessen Verhandlungsposition in einem wesentlich günstigeren Licht. Zwar wäre es zum jetzigen Zeitpunkt reine Spekulation, endgültige Aussagen über Ergebnisse der Genfer Verhandlungen treffen zu wollen. Mit Sicherheit kann aber angenommen werden, dass sich der von der Opposition samt Unterstützern angestrebte Regimewechsel in Damaskus im Wege politischer Verhandlungen nicht wunschgemäß realisieren lässt. Weder das Baath-Regime noch dessen Verbündete Iran und Russland würden sich darauf einlassen.

Dies umso weniger, als das Baath-Regime seit Herbst 2015 mit Hilfe seiner Alliierten in der Luft wie am Boden auch militärische Erfolge zu verzeichnen hat. So konnte es im strategisch bedeutsamen Nordwesten des Landes verlorengegangenes Terrain zurückerobern.[7] Darunter waren im November 2015 die östlich von Aleppo gelegene und bis dahin von IS kontrollierte Luftwaffenbasis und Luftwaffenakademie in Kwairis[8]; im Januar 2016 wichtige Stellungen im mehrheitlich von Sunniten bewohnten nördlichen Hochland der Latakia-Provinz[9] und entscheidende Vorstöße zur Errichtung der Kontrolle über ganz Aleppo.[10]

Dies alles ändert nichts daran, dass sich nur mehr rund die Hälfte des Staatsterritoriums unter der Kontrolle des Baath-Regimes befindet. Dabei handelt es sich allerdings um ein weitgehend kompaktes Gebiet im Westen des Landes von der Mittelmeerküste im Nordwesten über die Hauptstadt Damaskus bis zur südwestlich gelegenen Hauran-Region. Es wird von verschiedenen Analysten wegen der relativ hohen Bevölkerungskonzentration, des fortgeschrittenen Urbanisierungsgrades und dem damit einhergehenden sozial-ökonomischen Entwicklungsniveau auch als „nützlicher" Teil Syriens bezeichnet. Ebenso als „Minderheitengürtel", weil dort in hohem Maße religiöse Minderheiten wie Alawiten, Drusen und Christen beheimatet sind. Dazu kommen sunnitische Bevölkerungsteile, bei denen das Regime in dem Maße Unterstützung erfährt, wie sich unter der Opposition immer wieder Uneinigkeit breit macht und das allgemeine Chaos im Land zunimmt. Vor allem befinden sich hier alle wichtigen staatstragenden Institutionen: Legislative, Exekutive und Judikative. Auch deshalb verstehen sich das Baath-Regime und dessen Präsident Assad – darin nachdrücklich von Russland und Iran unterstützt - nach wie vor als die legitime Vertretung des syrischen Staates.

Das Baath-Regime vertritt Syrien in der UNO und sucht ungeachtet aller Kriegswirren in dem von ihm kontrollierten Territorium den Anschein von Normalität zu wahren. Das Parlament tagt, der Präsident erlässt Gesetze, die Regierung geht ihren Geschäften nach, es werden sogar neue Projekte, so im Straßenbau und im Gesundheitswesen, in Angriff genommen. Selbst dem kulturellen Leben wird Aufmerksamkeit geschenkt. Die staatlichen Angestellten, die noch einen Großteil der Beschäftigten ausmachen, erhalten[11] weiterhin Löhne und Gehälter, im großen und ganzen funktioniert auch die Grundversorgung. Doch mit jedem Tag des Krieges verschlechtert sich die allgemeine sozialökonomische Lage im Land; leidet die Wirtschaft unter den Zerstörungen an Infrastruktur und Produktionskapazitäten, am Abfluss von Finanz- und Humankapital, an der Fragmentierung des Staatsterritoriums, an der Unterbrechung der Handels- und Geschäftbeziehungen und nicht zuletzt an den vom Westen verhängten Sanktionen.

Im Vorfeld des Verhandlungsprozesses hatten Regierungsvertreter zwar wiederholt die Bereitschaft des Regimes zu einem nationalen Dialog und zu Gesprächen über die Bildung einer erweiterten Regierung erklärt, nicht aber zum Thema der Übergabe der Macht. Wenn sich das Baath-Regime demonstrativ zu dem Grundsatz des Genfer Kommuniqués bekennt, wonach allein das syrische Volk über die Zukunft des Landes entscheiden soll, so wohl in der Hoffnung, sich auch künftig die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung sichern zu können.[12]

Sollte auch weiterhin in erster Linie das bisherige Konzept eines von außen beförderten Regimewechsels verfolgt werden, dann wird sich im politischen Lösungsprozess seitens des Baath-Regimes wohl kaum etwas vorwärtsbewegen.

Stolpersteine der syrischen Opposition

Für die absolute Mehrheit der syrischen Oppositionellen[13] besteht das vorrangige Ziel indes weiterhin darin, das Baath-Regime unter Assad von der Macht zu verdrängen. Darauf wird die Mitwirkung des unter der Schirmherrschaft Saudi-Arabiens formierten Hohen Verhandlungskomitees am Genfer Verhandlungstisch ausgerichtet sein. Dessen militanteste Vertreter, die ohnehin ein generelles Misstrauen gegenüber dem Genfer Verhandlungsprozess hegen, sind vor allem vom Westen enttäuscht. Sie sehen sich durch ihn mehr oder weniger erpresst, daran überhaupt teilzunehmen, und beklagen, dass er ihrer Forderung nach effektiveren Waffen, einschließlich Flugabwehrraketen, nicht nachgekommen ist.

Völlig unklar bleibt, welches Schicksal das so geschundene Land erwartet. Die Erfahrungen sowohl in Irak als auch in Libyen haben hinlänglich bewiesen, dass nach einem von außen beförderten Regimewechsel anstelle von Demokratie und Schutz elementarer Menschenrechte häufig ein völliger Staatsverfall droht. Das ist für Syrien eine höchst beängstigende Perspektive, da die äußerst fragmentierte Opposition allein durch die Losung „Assad muss weg!" zusammengehalten wird. Bis heute ist sie den Nachweis schuldig geblieben, eine tragfähige Alternative zum Baath-Regime zu sein. Seit 2013 wird die oppositionelle Szenerie auf syrischem Boden von verschiedensten militanten Gruppierungen bis hin zu Jihadisten aus aller Welt dominiert. Die vom Westen suggerierte Trennung zwischen Moderaten und Militanten ist reine Augenwischerei.

Auch die 2012 gebildete Freie Syrische Armee (FSA) wird inzwischen kaum noch als ernstzunehmender militärischer Faktor wahrgenommen. Anfänglich galt sie als stärkste – und weil zumeist säkular ausgerichtet auch als moderat eingestufte – militärische Anti-Assad-Formation mit geschätzten 35 000 Kämpfern, zumeist Deserteuren der syrischen Armee. Inzwischen ist – vor allem des höheren Soldes wegen – ein nicht unbeträchtlicher Teil ihrer Kämpfer zu islamistisch-jihadistischen Milizen desertiert. Im Sommer 2014 wurde der Oberste Militärrat der FSA aufgrund schwerer Korruptionsvorwürfe suspendiert. Zur weiteren Demoralisie-

rung der FSA-Kämpfer trug der erfolgreiche Vormarsch der kurdisch dominierten SDF in von der FSA als vital angesehene Gebiete bei.

Mit dem schwindenden Einfluss der FSA als militärischer Arm schrumpften auch die direkten Einwirkungsmöglichkeiten der Ende 2012 unter aktiver Mitwirkung der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton in Doha/Qatar gebildeten Nationalen Koalition der revolutionären und Oppositionskräfte Syriens.[14] Dort haben sich ohnehin in erster Linie Exil-Syrer versammelt, von denen einige schon seit Jahrzehnten im Ausland leben und teilweise auch über entsprechende Staatsbürgerschaften verfügen. Diese Koalition wurde in höchst fragwürdiger Weise unmittelbar nach ihrer Formierung von der westlichen Gruppe der Freunde Syriens als legitime Vertreterin des syrischen Volkes anerkannt. Seit März 2013 existiert zumindest nominell noch eine von ihr getragene Exilregierung mit Sitz im türkischen Gaziantep.

Allein die große Zahl der mittlerweile auf syrischem Boden operierenden Kampfeinheiten – die CIA geht von 1500 verschiedenen Milizen aus – als auch die von den einflussreichsten Gruppierungen vertretenen ideologisch-politischen Grundpositionen lassen für den politischen Lösungsprozess wenig Gutes erwarten. Zumeist handelt es sich um Salafisten, noch dazu jihadistischen Charakters. Die Übergänge zum IS und zur Nusra-Front sind fließend. Unter Rückgriff auf die Frühzeit des Islam wird als gesellschaftliches Ziel die Errichtung eines Gottesstaates, einschließlich der Anwendung von Körperstrafen, postuliert. Während moderate Islamisten wie die Muslimbrüder in erster Linie politische Kategorien gegenüber ihren Gegnern nutzen, bemühen Salafisten und Jihadisten religiöse Einordnungen, wie Abweichung vom Glauben (Murtadd), Unglaube (Kufr) oder Anklage wegen Unglauben (Takfir). Daher ist kaum vorstellbar, wie es gelingen soll, mit Gruppierungen wie Jaisch Al-Islam oder Ahrar Asch-Scham, die nach dem Willen Saudi-Arabien einen maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung Syriens nach dem Krieg haben sollen, die im Wiener Format fixierten Anforderungen zu erfüllen. In den von ihnen kontrollierten Gebieten haben die Islamisten bereits den Gegenbeweis geliefert. So sind in der Provinz Idlib Schulen wieder nach Jungen und Mädchen getrennt, werden Frauen gezwungen, den Schleier zu tragen, hängen Bilder von Osama bin Laden an den Wänden. Christliche Familien wurden regelrecht verjagt. Die wenigen Drusen mussten ihrem Glauben abschwören und sich zum sunnitischen Islam bekennen. Ihre heiligen Schreine wurden zerstört.[15] Und das ist nicht das Herrschaftsgebiet des IS.

Ein weiteres großes Fragezeichen ist die enge Kooperation dieser Gruppen mit der Nusra-Front, die doch von jeglichem Verhandlungsprozess ausgeschlossen sein soll. Interessanterweise gab es bereits bei deren Formierung Anfang 2012, ihrer nachfolgenden demonstrativen Trennung vom IS und der Hinwendung zu Al-Qaida einen Disput syrischer Oppositioneller mit dem Westen darüber, sie nicht als terroristisch einzustufen. Stattdessen sollte sie als legitimer Teil der bewaffneten syrischen Opposition angesehen werden. Daran hat sich offenkundig bisher nichts geändert. Es ist kein Geheimnis, das die mit aktiver Unterstützung von Saudi-Arabien, Türkei und Qatar Anfang 2015 formierte Fatih (Eroberungs)-Armee eng mit der Nusra-Front gekoppelt worden ist. Sie sucht seit Ende 2015 – entgegen ihrer früheren Position in erklärter Abgrenzung zum IS – nun auch sunnitische Kämpfer aus dem Ausland anzuwerben. Der saudische Jihadist und der Nusra-Front zugerechnete Abdullah Al-Muheisini, der zu einem der einflussreichsten Kämpfer innerhalb der Fatih-Armee zählt, hat die Sunniten in der Welt dazu aufgerufen, sich ihm anzuschließen, da Syrien die Hauptfront in der Verteidigungsschlacht gegen die schleichende Übernahme sunnitischen Territoriums durch Iran bilde.[16] Das hat die syrische Muslimbruderschaft dazu veranlasst, ihre unter dem Namen Failaq asch-Scham (Truppenverband Syriens) operierende Kampfeinheit aus der Fatih-Armee abzuziehen.

Der unbedingt zu klärende, weil möglicherweise den Verhandlungsprozess bis an die Grenze des Scheiterns belastende Streitpunkt ist und bleibt die Frage, wie mit den militanten Gruppierungen, welche die syrische oppositionelle Szenerie dominieren, fortan umgegangen werden soll. Reicht es aus, sich auf den namentlichen Ausschluss von IS und Nusra-Front festzulegen, ohne geklärt zu haben, wer als terroristisch einzustufen ist? Hat doch das ISSG-Treffen am 11. Februar 2016 in München dazu aufgefordert, eine landesweite Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen, die bewaffneten Kämpfe untereinander einzustellen außer gegen IS „oder andere durch den UN-Sicherheitsrat als terroristisch eingestufte Organisationen".[17] Doch die als „andere" angesprochenen Gruppierungen sind eben bislang nicht determiniert.[18] Darauf gründen sich in hohem Maße die Streitigkeiten mit Russland, das auch solche mit der Nusra-Front kooperierenden Gruppierungen als terroristisch fasst und daraus die Berechtigung seiner Luftschläge ableitet. „Die russischen Schläge werden nicht eingestellt, ehe Terrororganisationen wie die Al-Qaida affine Jabhat an-Nusra nicht wirklich zerschlagen sind. Und ich kann nicht erkennen, warum diese Luftschläge gestoppt werden sollten", so der russische Außenminister Sergej Lawrow auf einer Pressekonferenz während seines jüngsten Besuches in der omanischen Hauptstadt Maskat.

Gravierende äußere Fliehkräfte

Ob das fürchterliche Blutvergießen in Syrien endlich beendet wird, hängt in hohem Maße vom Verhalten äußerer Kräfte ab, insbesondere von deren Haltung zum Baath-Regime und dem Schicksal von Assad.

Was die USA und den Westen betrifft, so wird dieses Ziel derzeit eher verklausuliert. Anscheinend ist man sich innerhalb der US-Administration uneins, ob Assad nicht das kleinere Übel darstellt. Nicht zufällig vermuten amerikanische Syrien-Experten wie Joshua Landis in einem Interview mit Russia Today vom 9. November 2015, dass das russische Eingreifen in Syrien Obama und Kerry die Möglichkeit biete, ihre eigene bisherige Syrien-Politik zu revidieren. Nicht Assad könne für das Entstehen von IS verantwortlich gemacht werden, sondern – wie Irak gezeigt hat – der Verfall von Staaten. Immerhin habe sich IS dort zu einem Zeitpunkt formiert, nachdem Saddam Hussein durch US-Truppen gestürzt worden war und die USA die Kontrolle über das Land übernommen hätten. Kein Geringerer als Ex-US-Verteidigungsminister Chuck Hagel ist mit der bisherigen Syrien-Politik der USA noch schärfer ins Gericht gegangen, die er wegen der Fokussierung auf die Beseitigung des Assad-Regimes als paralysiert ansieht. Assad sei für die USA kein Feind. Zwar sei er ein brutaler Diktator, aber davon gäbe es in der Region mehr als genug. Aus den Fällen Saddam Hussein und Gaddafi hätte man lernen müssen, was man für sie

eintausche.[19] Das kommt einer deutlichen Absage an die bisherige Regime-Change-Politik der Obama-Administration gleich.

Der Europäische Rat billigt zwar laut den Schlussfolgerungen seiner Sitzung von Mitte Dezember 2015 „uneingeschränkt die Bemühungen der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien, die darauf gerichtet sind, den Konflikt im Wege eines politischen Prozesses im Einklang mit dem Genfer Kommuniqué von 2012 zu beenden", hält aber dennoch daran fest, dass es einen dauerhaften Frieden in Syrien unter der derzeitigen Führung nicht geben könne.

Von ausschlaggebender Bedeutung wird zweifellos das weitere Verhalten jener drei regionalen Mächte Saudi-Arabien, Türkei und Qatar sein, die zu den Hauptförderern des Sturzes von Assad zählen. Sollte sich der innersyrische Verhandlungsprozess nicht in ihrem Sinne gestalten, sind sie höchstwahrscheinlich bereit, ihn zu torpedieren. So hat der türkische Außenminister Mevlut Cavosoglu Ende Januar erklärt, dass jegliche Teilnahme kurdischer Kräfte – d.h., der unter dem Einfluss von PYD und YPG stehenden – an den Syrien-Verhandlungen in Genf gefährlich sei und gleichzeitig deren Ende bedeute. Die „Türkei", so Cavusoglu wörtlich, „betrachtet die kurdischen Kräfte als Terroristen wegen deren Zusammenarbeit mit in der Türkei verbotenen kurdischen Rebellen."[20] Der saudische Außenminister hatte bereits im Vorfeld der Verhandlungen in Genf erklärt, für Saudi-Arabien sei der Sturz von Assad nicht verhandelbar. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 13. Februar 2016 stellte er erneut fest: „Der Ausgang in Syrien ist vorherbestimmt. Baschar al-Assad wird es in der Zukunft nicht mehr geben. Es kann sich um drei Monate handeln, um sechs Monate oder um drei Jahre – aber er wird nicht mehr Verantwortung für Syrien tragen." Notfalls will Saudi-Arabien sogar eigene Bodentruppen entsenden. Möchte es doch nicht nur seine wahhabitisch-salafistische Islaminterpretation auch in Syrien hoffähig machen, sondern im Ringen um die Gestaltungshoheit in der Region die Positionen des Iran schwächen, der offenkundig nach dem Zustandekommen des Atom-Abkommens auch als Wirtschaftsmacht gefürchtet wird.

Vieles deutet darauf hin, dass der Westen noch unschlüssig ist, wie mit dem Baath-Regime letztlich umgegangen werden soll. Nimmt man bestimmte Pläne ernst, wie den vom US-amerikanischen Thinktank Rand Corporation im Januar 2016 auf seiner Webseite publizierten und von dem Autorenteam James Dobbins/Philip Gordon/Jeffrey Martini ausgearbeiteten Friedensplan für Syrien – zuvor schon am 17. Dezember 2015 in der „Washington Post" erschienen –, so wird davon ausgegangen, dass es zumindest dort an der Macht bleiben wird, wo es gegenwärtig die Kontrolle ausübt. Auch der bereits zitierte Joshua Landis betont, nach der Intervention der Russen an der Seite Assads sei nun völlig klar, dass das „Assad-Regime bleibt und bleiben wird". Allerdings halten Landis/Simon im Unterschied zu dem „Rand-Friedensplan für Syrien" nicht viel von einer Teilung des Landes. Das hieße, dass Assad und Russland über ein bevölkerungsreiches, relativ urbanisiertes Gebiet im westlichen Teil mit direktem Zugang zum Mittelmeer verfügten, während der eher bevölkerungsarme und noch stark traditionell geprägte östliche Landesteil mit einer hohen Präsenz jihadistischer Kämpfer verbliebe. Nach Meinung der genannten Autoren müsse es für die USA deshalb in erster Linie darum gehen, „weiterhin auf einen diplomatisch gemanagten Übergang zu drängen, der möglicherweise zum Abgang von Assad führt, Waffenstillstände zu erreichen, die den Syrien erschütternden Gewaltpegel absenken, die westliche humanitäre Hilfe zu verstärken und natürlich den Kampf gegen IS fortzusetzen."[21] Vor allem müsse der Blick auf ein einheitliches Syrien gerichtet werden.

Ungeachtet all dessen muss im Mittelpunkt aller Verhandlungen stehen, nach Wegen zu suchen, wie das Blutvergießen zu beenden ist und wie den Not leidenden Menschen am schnellsten geholfen werden kann. Daran wird sich messen lassen, mit welcher Ernsthaftigkeit an den Verhandlungsprozess herangegangen wird. Das Erreichen von Waffenstillständen und besonders deren Überwachung wird kein leichtes Unterfangen sein. Dafür spricht allein die Vielzahl unterschiedlicher Militäreinheiten.[22] Offen bleibt die Frage, ob eine Waffenruhe tatsächlich tragen kann, wenn zugleich der internationale Kampf gegen IS mit Luftschlägen weitergeführt wird. Damit können Strukturen des Kalifats-staates zerstört werden, ohne dass IS als Ganzes besiegt und verhindert wird, dass sich seine Kämpfer in andere Gebiete zurückziehen oder mit bislang noch verfeindeten jihadistischen Gruppierungen zusammenschließen.
(Stand: 15. Februar 2016)

Anmerkungen

1 Der ISSG gehören – in der Reihenfolge des englischen Alphabets – an: Arabische Liga, China, EU, Frankreich, Deutschland, Iran, Irak, Italien, Jordanien, Libanon, Organisation der Islamischen Kooperation (OIC), Oman, Qatar, Russland, Saudi-Arabien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), Großbritannien, UNO, USA.

2 Konkret genannt sind Hilfsmaßnahmen für die eingeschlossenen Einwohner in Deir Ez- Zor aus der Luft sowie von Land aus für diejenigen in Fouah, Kafrayah, in Gebieten des ländlichen Damaskus, Madaya, Muadhimiyah, sowie in Kafr Batna. Siehe dazu Note to Correspondents: Statement of the International Syria Support Group, 11.2. 2016, www. un.org/sg/offthecuff/index.asp?nid=4369. Laut UNO sind 15 Ortschaften als Gebiete unter Blockade eingestuft, von denen fast 400 000 Menschen betroffen sind. Zwölf werden vom Regime und zwei von Rebellen mit zusammen etwa 200 000 Betroffenen, eine mit rund 200 000 Betroffenen vom IS belagert.

3 Nach Eröffnung des Treffens durch den saudischen Außenminister, der noch einmal die Position bekräftigte, wonach Assad, wenn nicht politisch, dann auf jeden Fall militärisch zu stürzen sei, wurden die zweitägigen Beratungen von dem Saudi Abdulaziz Sager, Direktor des Golf Forschungszentrum in Genf, moderiert.

4 Dabei geht es den Kurden in Syrien, die etwa 10 Prozent der Einwohnerzahl des Landes ausmachen, eher um den Status einer Autonomie als um einen eigenen Staat, der die Türkei noch zusätzlich gegen sie in Stellung bringen würde. Und aus Sicht des Baath-Regimes wäre eine Autonomielösung wohl durchaus akzeptabel, bildeten die Kurden damit doch einen möglichen Puffer gegen die ihm feindlich gesonnene Türkei.

5 Erklärung einer Delegation der syrischen nationalen Opposition in Moskau gegenüber der staatlichen syrischen Nachrichtenagentur SANA, 29.1.2016.

6 Haitham Al-Maleh gegenüber dem TV-Kanal Al-Jazira, zit. nach *The Daily Star*, Beirut, 29.1.2016.

7 Das betrifft allerdings nicht alle an die von der Türkei, Saudi-Arabien und Qatar unterstützte sogenannte *Fatih-Armee* verlorenen Gebiete.

8 Dies hatte für Assad als Beweis für die noch vorhandene Kampfkraft der eigenen Armee große Wirkung nach innen. Ebenso für Russland, das damit zeigen konnte, dass es die bezweifelten Anti-IS-Schläge tatsächlich führt. Für den IS ist dies eine schwere militärische Schlappe, denn er hat eine wichtige Verbindungslinie zwischen Raqqa und Aleppo verloren.

9 Dazu gehört die Kontrolle über die Ortschaft Rabia – ein wichtiger Kreuzungspunkt von Versorgungsrouten der Rebellen. Die syrische Armee kann dadurch Vormärsche der Rebellen in Richtung Latakia unterbinden, für die es schwieriger wird, diese für das Regime wichtige Hafenstadt und deren Umfeld, zugleich ein alawitisches Hauptsiedlungsgebiet, Heimat des Assad-Klans und Hauptstandort russischer Militäreinheiten, mit Raketen anzugreifen.

10 Auch die von Rebellen bislang eingekesselten vorwiegend von Schiiten bewohnten und sich loyal gegenüber Damaskus verhaltenden Dörfer Nubl und Az-Zahra befinden sich nun wieder unter Regierungskontrolle.

11 So ist die Saison 2016 Ende Januar im Damaszener Opernhaus mit einem die Krisensituation reflektierenden Musical „Syrien – mein Heimatland“ eröffnet worden.

12 Dabei sieht sich das Baath-Regime auf der Basis der Ideologie des Baathismus als einer Spielart des panarabischen Nationalismus unter der säkular interpretierten Losung „Die arabische Nation – Träger einer ewigen Sendung“ durchaus zur Auseinandersetzung mit dem Islamismus berufen – sowohl mit der schon 1982 blutig niedergeschlagenen Muslimbruderschaft als auch mit dem neu aufkommenden Salafismus.

13 Zur Minderheit hingegen ist das 2011 als ein Zusammenschluss verschiedenster linker, nationaler und kurdischer Gruppierungen gegründete *Nationale Koordinierungskomitee der Kräfte für demokratischen Wandel* zu zählen, welches für eine politische Verhandlungslösung mit dem Assad-Regime eintritt und sich von Anfang gegen jede militärische Einmischung ausgesprochen hat.

14 Die stärkste darin vertretene Gruppierung ist der im Herbst 2011 in Istanbul gebildete *Syrische Nationalrat* (SNR), in dem Vertreter der Muslimbruderschaft maßgeblichen Einfluss ausüben, wenngleich dies eher aus dem Hintergrund heraus geschieht. Immerhin steht mit George Sabra ein Ex-Kommunist an der Spitze. Zur Zeit wird die Koalition von Khaled Khoja geführt.

15 Vgl. Joshua Landis/Steven Simon, “Assad Has It His Way. The Peace Talks and After”, in: *Foreign Affairs*, 19.1.2016.

16 Wiedergegeben im Post von Aron Lund, „Rebels in North-Western Syria Buckle under Russian Bombardment“, auf der Webseite von Syria in Crisis – Carnegie Endowment for International Peace vom 25. Januar 2016.

17 Note to Correspondents: Statement of the International Syria Support Group, a.a.O.

18 Ursprünglich hatte Jordanien auf der ISSG-Beratung im November 2015 in Wien den Auftrag erhalten, eine entsprechende Terrorgruppen-Liste zu erstellen, woran es nachweislich gescheitert ist.

19 Chuck Hagel, Rede auf einer Veranstaltung des Atlantic Council in Washington, 13.1.2016.

20 *The Daily Star Online*, Beirut, 25.1.2016.

21 Joshua Landis/Steven Simon, „Assad Has It His Way. The Peace Talks and After“, in *Foreign Affairs*, vom 19. Januar 2016.

22 Die Erfahrung von Homs, die bisher als einzige vorliegt, ist kaum zu verallgemeinern, da dort die oppositionellen Kämpfer in die unter gegnerischer Kontrolle stehende Provinz Idlib umverteilt worden sind.

Die israelische Friedensbewegung, die Besatzung Palästinas und die Rolle der internationalen Linken

Rede von Uri Weltmann[1] am 21. November 2015 vor dem Bundesausschuss der Partei DIE LINKE.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich danke euch für die Einladung und die Möglichkeit, zu euch zu sprechen und euch die kritische linke Sicht der israelischen Friedensbewegung darlegen zu können. DIE LINKE ist ein wichtiger Faktor im politischen Leben Deutschlands. Wir erwarten und hoffen, dass sie in den kommenden Jahren eine noch zentralere Rolle spielen wird. Eure Partei hilft in Deutschland und darüber hinaus, die öffentliche Meinung zu formen und Politik zu beeinflussen. Deshalb kann die Vertiefung des Dialogs zwischen der deutschen und der israelischen Linken, der Austausch von Ideen, Einschätzungen und Sichtweisen darüber, wie Frieden im Nahen Osten zu erreichen ist, eine große Unterstützung für unseren Kampf sein.

In Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten erleben wir schwierige Zeiten. Am Donnerstag (dem 19.11. 2015) ist es zu zwei Anschläge gekommen, die fünf Zivilisten das Leben gekostet haben. Zwei Israelis wurden in einer Synagoge von Tel Aviv erstochen, und drei Menschen starben bei einem Angriff in der Nähe der israelischen Siedlung Gush Etzion – ein israelischer Siedler, ein amerikanischer Staatsbürger und ein unbeteiligter Palästinenser.

Diese unschuldigen Menschen kommen zu den Dutzenden Palästinensern und Israelis hinzu, die während der jüngsten Welle der Gewalt getötet oder verletzt worden sind. Laut einem Bericht der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, töteten im Monat Oktober israelische Sicherheitskräfte 73 Palästinenser, und Palästinenser töteten 11 Israelis. Nach einer Verlautbarung des palästinensischen Gesundheitsministeriums wurden mehr als 2.250 Palästinenserinnen und Palästinenser verwundet, darunter auch Kinder - viele durch den Einsatz von scharfer Munition oder Gummigeschossen. Mehr als 5 000 Palästinenserinnen und Palästinenser erlitten Schäden durch das Einatmen von Tränengas. An den Angriffen waren auch israelische Siedler beteiligt. Insgesamt gab es 287 Vorfälle: Siedler setzten landwirtschaftlich genutzte Flächen in Brand, attackierten Palästinenser und Palästinenserinnen mit Autos und anschließender Fahrerflucht, bewarfen ihre Häuser und Fahrzeuge mit Steinen. Nur sehr wenige israelische Siedler wurden wegen solcher Attacken von der israelischen Armee und Polizei festgenommen. Zugleich sind seit Beginn der Eskalation mehr als 1.200 Palästinenserinnen und Palästinenser verhaftet worden.

Manch einer stellt diese Eskalation als einen religiösen Aufstand dar, der auf die Verletzung des Status-quo der religiösen Stätten im besetzten Ostjerusalem durch Israel folgte. In der Tat, israelische Rechtsextremisten – einschließlich Mitglieder der Knesset[2] und selbst Minister der israelischen Regierung – haben die Al-Aqsa-Moschee betreten. Einige äußerten sogar den Wunsch, die Al-Aqsa-Moschee möge zerstört und auf ihren Ruinen ein sogenannter „Dritter Tempel“ (*Tempel Ezechiels*) errichtet werden.

Für den israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu ist es von Vorteil, wenn die Eskalation als religiöser Konflikt hingestellt wird. Er verfolgt die Strategie, den israelisch-palästinensischen Konflikt als unlösbar zu brandmarken, als eine Tatsache des Lebens, die es immer geben wird. Wie oft hat er schon erklärt, Israel müsse „den Konflikt managen", statt ihn zu lösen. Vor einem Monat (am 26.10.2015) trat er vor den Außen- und Verteidigungsausschuss der Knesset. Als er nach den Aussichten für Frieden befragt wurde, sagte er: „Es gibt hier Bewegungen der Religion und des Islams, die nichts mit uns zu tun haben." Und auf die Frage, ob „wir für immer mit dem Schwert leben werden" lautete seine Antwort: „Ja.". Netanyahu ist dafür bekannt, ein unaufrichtiger Politiker zu sein. Aber in diesem Moment hat er ausgesprochen, was er wirklich denkt: Er verheißt der israelischen Bevölkerung nicht weniger als einen permanenten Krieg.

Die israelische Linke sieht die Dinge ganz anders. Wir meinen, dass es hier nicht um einen Kampf zwischen Islam und Judentum geht, sondern um ein national unterdrücktes Volk, das arabische Volk von Palästina, das dafür kämpft, die seit 1967 andauernde israelische Besatzung zu beenden. Dies ist kein „Kampf der Kulturen", sondern eine Auseinandersetzung zwischen dem palästinensischen Volk, das in seinem eigenen, unabhängigen Staat leben will, und der rechtsgerichteten Regierung Israels, die danach strebt, die Besatzung zu verfestigen und zu verewigen.

Die israelische Regierung geht gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten vor. Sie greift zu Maßnahmen, um kritische Stimmen der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsorganisationen zum Schweigen zu bringen. Ein neues Gesetz, das der Knesset vorliegt, würde es für NGOs schwieriger machen, Gelder zu sammeln, Unterstützung und Spenden aus dem Ausland zu erhalten. Dieser Schritt zielt ganz offen auf die israelischen Organisationen , die gegen Rassismus und Menschenrechtsverletzungen arbeiten.

Ein besonderes Angriffsziel von Politikern der israelischen Rechten ist die arabisch-palästinensische Minderheit im Staat Israel. Mehr als 20 Prozent der israelischen Staatsbürger sind palästinensische Araber. Zwar sind sie nach dem Gesetz gleichgestellt und genießen alle staatsbürgerlichen Rechte einschließlich des Wahlrechts, doch in Wirklichkeit werden sie in allen Lebensbereichen systematisch diskriminiert.

Am Dienstag (dem 17.10.2015) kündigte die israelische Regierung an, dass sie die Islamische Bewegung, eine unter der arabischen Minderheit in Israel aktive politische Organisation, per Gesetz verbieten will. Dies geschieht unter dem Vorwand, die Islamische Bewegung rufe angeblich zu Gewalt auf. Dabei hat sogar der israelische Inlandsgeheimdienst der Regierung von diesem Schritt abgeraten. Mit diesem zynischen Überraschungsmanöver sucht Netanjahu die islamfeindliche Atmosphäre nach den Terroranschlägen von Paris zu nutzen, um ein Bild von der Islamischen Bewegung in Israel zu zeichnen, das dem IS ähnelt, und so seine Entscheidung für deren Verbot zu rechtfertigen.

Die Kommunistische Partei Israels, die einzige Partei in Israel, die sich als jüdisch-arabische Partei definiert und politisch sowohl unter der jüdischen Bevölkerung, als auch der arabischen Minderheit in Israel aktiv ist, wurde gleichermaßen zur Zielscheibe der Delegitimierungskampagne der Rechten.

Die anhaltende Besatzung stellt somit eine schwere Belastung für den demokratischen Raum Israels dar. Und sie hat ernste soziale und wirtschaftliche Folgen für die israelische Wirtschaft und Gesellschaft. Am Mittwoch (dem 18.11.2015) billigte die Knesset den Staatshaushalt für das Jahr 2016 mit einer Gesamtsumme von 347 Milliarden Schekel. Davon sind 59 Milliarden für Militärausgaben vorgesehen. 17 Prozent des Budgets für den Kauf neuer Waffen und den Unterhalt des riesigen Militärapparates zu verwenden ist unter Industrieländern ohne Beispiel. Das sind Ressourcen, die man in Bildung, Gesundheit, soziale Maßnahmen oder die Lösung der akuten Wohnungsfrage investieren könnte. Israel hat die zweithöchste Armutsrate unter den OECD-Ländern, gefolgt von Mexiko. Es steht an fünfter Stelle des Gini-Index für Einkommensungleichheit. In Israel lebt ein Drittel der Kinder unter der Armutsgrenze, eine Zahl, die doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt der OECD-Staaten. Unter den arabisch-palästinensischen Bürgern Israels sind das sogar zwei Drittel der Kinder.

Die israelische Regierung sagt, die Militärausgaben seien notwendig, um die „Sicherheit" zu gewährleisten. Aber Sicherheit sollte nicht nur aus der militärischen Perspektive gesehen werden, als ob sie nur durch Panzer und Hubschrauber hergestellt werden könnte. Wirkliche Sicherheit bedeutet auch, wenn du krank wirst, zu wissen, dass du in einem gut ausgestatteten Krankenhaus behandelt wirst, von Ärzten, die nicht überarbeitet sind, mit Zimmern, die nicht überbelegt sind und eine medizinische Behandlung erhältst, die kein Vermögen kostet. Wirkliche Sicherheit bedeutet auch zu wissen, dass du im Alter eine Rente erhältst, von der du leben kannst, die dich nicht zwingt zu entscheiden, ob du Medikamente oder Essen dafür kaufst. Bei der militaristischen Einstellung des israelischen politischen Establishments, die aus der fortdauernden Besatzung herrührt, bleibt dieses weiter gefasste Verständnis von Sicherheit völlig unberücksichtigt.

Es ist aufschlussreich, dass die Regierung nach der sozialen Protestbewegung vom Sommer 2011 einen Ausschuss einberufen hat, der Vorschläge formulieren sollte, wie man den Forderungen der Menschen entgegenkommen kann. Einer der Vorschläge war die Einführung kostenloser Bildung von drei Jahren aufwärts. Für die Finanzierung dieser Maßnahme sollten 2,5 Milliarden Schekel bei den Verteidigungsausgaben gekürzt werden. Die Regierung setzte diese Maßnahme um, kürzte aber bei allen anderen Ressorts, nur nicht bei der Verteidigung. In diesem Jahr ist das Budget des Verteidigungsministeriums sogar weiter gewachsen.

Wenn wir davon sprechen, welchen Preis die israelische Bevölkerung für die Besatzung bezahlt, sollten wir nicht nur die direkten Militärausgaben berücksichtigen, sondern auch die enormen Ausgaben für das Siedlungsprojekt. Dieses ist eines der verschwenderischsten Projekte in der Geschichte Israels, was die Ressourcen betrifft, die dafür zur Verfügung gestellt werden. Selbst kleine, abgelegene und isolierte Siedlungen, die tief in der palästinensischen Westbank liegen, erhalten Dienstleistungen von der israelischen Regierung, bekommen gepflasterte Straßen, die zu ihnen führen, und Soldaten, die sie verteidigen. Das ist wirtschaftlich unvernünftig und trägt in keiner Weise zur Sicherheit der Israelis bei. Es ist ein rein ideologisch motivierter Schritt.

In den letzten 30 Jahren wurden in der israelischen Wirtschaft neoliberale Strukturreformen durchgesetzt, welche die sozialen Dienstleistungen gekürzt und den staatlichen Sektor der Wirtschaft abgebaut haben. Aber der Sozialstaat

lebt noch immer in den Siedlungen, denen die Regierung Mittel zuteilt, die zweimal so hoch sind, wie innerhalb Israels. Außerdem erhalten die Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten Steuervergünstigungen und Wohnungsbauförderung.

Deshalb wird die Beendigung der Besatzung, der Abbau der Siedlungen und das Erreichen eines Friedens zwischen Israel und den Palästinensern nicht nur der palästinensischen Bevölkerung Frieden bringen, sondern auch die Möglichkeit schaffen, Armut und Ungleichheit in der israelischen Gesellschaft zu bekämpfen. Frieden und soziale Gerechtigkeit gehen Hand in Hand.

Der Bau israelischer Siedlungen im Westjordanland ist eine der Maßnahmen der Besatzung, durch die das Leben der Palästinenserinnen und Palästinensern am nachhaltigsten gestört und belastet wird. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten der Westbank und in Ostjerusalem beherbergen etwas mehr als eine halbe Million Israelis inmitten einer Gesamtbevölkerung von fast 8 Millionen Menschen. Sie sind auf Land gebaut, das von palästinensischen Städten und Dörfern konfisziert wurde, beuten deren landwirtschaftliche Flächen und Wasserressourcen aus und rauben so den palästinensischen Bauern die Lebensgrundlage.

Die israelische Regierung hat zahlreiche Straßensperren und Checkpoints errichtet, ebenso die sogenannte Trennungsmauer als Barriere zwischen den Siedlungen und der sie umgebenden palästinensischen Bevölkerung. Das stellt eine ungeheure Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Palästinenserinnen und Palästinenser dar. Wenn sie von einem Ort zum anderen gelangen wollen, selbst solchen, die nahe beieinander liegen, werden sie zu langen Umwegen gezwungen. Eine Autofahrt, für die nur Minuten nötig wären, kann - einschließlich Wartezeit und Durchsuchung am Checkpoint - einige Stunden dauern. Mit schwerwiegenden Folgen für die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft.

Hinter dem kolonialen Siedlungsprojekt steht eine Logik der Schaffung vollendeter Tatsachen als Hindernisse für einen unabhängigen palästinensischen Staat. Die Führer der extremistischen Siedlerbewegung, die bisher in fast jeder israelischen Regierung vertreten waren, wissen genau, dass die Siedlungen Hindernisse für den Frieden darstellen. Für sie ist der Ausbau der bestehenden und der Bau neuer Siedlungen ein Weg, die Besatzung zu verfestigen und die Option des Friedens zurückzudrängen.

Angesichts dieser Tatsachen halte ich die Entscheidung der Europäischen Kommission von letzter Woche (vom 11.11. 2015), dass Produkte aus israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten gekennzeichnet werden müssen, für einen positiven Schritt.

Es muss klar unterschieden werden zwischen der Souveränität des Staates Israel, der innerhalb international anerkannter Grenzen als Ergebnis des Krieges von 1948 existiert, einerseits, und den besetzten palästinensischen Gebieten - dem Gazastreifen, der Westbank und Ostjerusalem - die während des Krieges von 1967 von Israel besetzt wurden und seit dem widerrechtlich besetzt sind, andererseits. Zwischen dem Staat Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten liegt die „Grüne Linie“, die Grenze Israels, die bis zum 4. Juni 1967 bestand, als Israel seinen aggressiven Expansionskrieg begann.

Es ist die fortwährende Politik der verschiedenen israelischen Regierungen, den Unterschied zwischen Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten zu verwischen, die Grüne Linie zu kaschieren und der Welt das falsche Bild vorzugaukeln, als seien diese Gebiete – die Heimat von 4,5 Millionen Palästinenserinnen und Palästinensern ohne Staatsbürgerschaft –, die unter israelischer militärischer Kontrolle stehen, tatsächlich ein Teil des Staates Israel. Auf offiziellen israelischen Karten zum Beispiel gibt es die Grüne Linie nicht.

Das Fundament des israelisch-palästinensischen Friedens bleibt die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite des Staates Israel mit der Grünen Linie als Friedensgrenze. Aus diesem Grund bemühen sich die von Verweigerern und Falken[3] gebildeten-Regierungen Israels, die Grüne Linie als politisch irrelevant zu behandeln, eine Fassade der Normalität und Souveränität auch in den Gebieten aufzubauen, die unter militärischer Kontrolle stehen. Es ist die Verantwortung der Friedensbewegung, diese Täuschung zu entlarven.

Den völkerrechtswidrigen Charakter der israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und der israelischen Militärpräsenz in den Gebieten hinter der Grünen Linie zu betonen, ist nicht nur ein Akt der Solidarität mit dem palästinensischen Volk, sondern auch ein Beitrag zur Stärkung des Existenzrechts des Staates Israel und des nationalen Selbstbestimmungsrechts der jüdischen Israelis.

Das politische Establishment Israels hat gehofft, dass durch die Verwischung des Unterschieds zwischen dem Staat Israel und den Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, die Rechtmäßigkeit des Staates Israel in den Augen der Weltöffentlichkeit auch auf die Siedlungen ausgedehnt werden könnte. Tatsächlich wirkt dieser Prozess aber genau umgekehrt: Der völkerrechtswidrige Charakter der israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten stellt die Rechtmäßigkeit des Staates Israel selbst mehr und mehr in Frage.

Wenn man also klar zwischen dem Staat Israel und den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten unterscheidet, dann ist das nicht nur eine Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes für ein Ende der Besatzung und die Errichtung eines unabhängigen Staates, sondern zugleich eine Schwächung derer, die das nationale Selbstbestimmungsrecht für beide Völker- das palästinensische Volk und das jüdisch-israelische Volk – ablehnen. Für mich als israelischen Friedensaktivisten, als einen Aktivisten der israelischen Linken, ist die Unterscheidung zwischen Israel und den Siedlungen ein Akt des Internationalismus und des Patriotismus.

Aus diesen Gründen glaube ich, dass die Entscheidung der EU-Institutionen über eine Kennzeichnungspflicht für Produkte, die in israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten hergestellt wurden, richtig ist. Ein Produkt darf nicht das Etikett „Made in Israel“ tragen, wenn es in Wirklichkeit in einem Gebiet hergestellt wurde, das nicht zum souveränen Staat Israel gehört, das unter militärischer Kontrolle steht und das Teil eines künftigen unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels sein soll.

Die Umsetzung der EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Produkten aus den Siedlungen liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Aber inzwischen haben bereits mehrere rechtsgerichtete Regierungen öffentlich erklärt, dass sie diesen Schritt ablehnen.

Der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jürgen Hardt, hat sich (am 12.11.2015) öffentlich gegen diese EU-Verordnung gewandt. Eine weitere Stimme, die es Netanjahu gleich tat, ist der ungarische Außenminister. Bei einem Besuch in Israel (am 16.11.2015) bezeichnete er die neue Verordnung als „irrational" und kündigte an, dass seine Regierung, die derzeit von dem immer autoritärer agierenden Viktor Orban geführt wird, sie nicht umsetzen werde.

Deshalb bleibt es eine Aufgabe der europäischen Linken, dafür zu sorgen, dass die Entscheidung der EU-Kommission vollständig umgesetzt wird. Aber ich denke, die EU sollte mehr tun, als Produkte zu kennzeichnen, die in den illegalen Siedlungen produziert wurden. Diese Produkte sollten boykottiert, ihr Import nach Europa und anderswo verhindert werden. Dies ist seit den 1990er Jahren ein Projekt der israelischen Friedensbewegung. Die israelische Organisation „Gush Shalom" unter Führung des langjährigen Friedensaktivisten Uri Avnery befürwortet seit Jahren den Boykott von Siedlungsprodukten und hat Listen solcher Produkte zusammengestellt.

Der Druck von beiden Seiten, der israelischen Friedensbewegung und ebenso der internationalen Friedens- und Solidaritätsbewegung, hat bereits zu mehreren Erfolgen geführt. Dazu gehört zum Beispiel der Fall des schwedischen Schlossherstellers „Mul-T-Lock", der seine Fabrik 2011 von der illegalen Siedlung Barkan in die israelische Stadt Yavneh verlegt hat. Oder die französisch-belgische Dexia Bank, die im selben Jahr die Vergabe von Langzeitkrediten an israelische Siedlungen einstellte. Erst im September hat die Firma „Soda Stream" nach einer intensiven internationalen Boykottkampagne angekündigt, dass sie ihre Fabrik in der Westbank schließen und im südlichen Teil Israels wiedereröffnen wird.

In Deutschland gibt es auf Grund seiner Geschichte einige Apologeten der israelischen Regierung, die versuchen diejenigen zu verunglimpfen, die zu einem Boykott von Siedlungsprodukten aufrufen. Zu dieser Frage müssen wir klarstellen: Die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren und internationalen Druck zu fordern, damit es die UN-Resolutionen einhält, ist nicht nur legitim, sondern für linke Aktivisten geradezu eine Pflicht.

Wir sollten nicht in die Falle tappen, den Diskurs und die Terminologie der israelischen Rechten zu übernehmen. Sie versuchen die jüdischen Gegner der zionistischen Ideologie oder die jüdischen Gegner der Besatzung als „jüdische Selbsthasser" hinzustellen. Sie behaupten, dass diejenigen in der internationalen Linken, die diese Position teilen, „Antisemiten" seien. Aber sie sind nicht die ersten, die zu dieser Taktik greifen.

Auf dem Höhepunkt der Hysterie des Kalten Krieges in den frühen 1950er Jahren inszenierte Senator Joseph McCarthy im US-Kongress eine Hexenjagd gegen fortschrittliche Menschen, Kommunisten und Linke. Hauptinstrument des McCarthyismus war ein Kongressausschuss zur Untersuchung „unamerikanischer Tätigkeit". Waren all jene, gegen die ermittelt wurde, in der Tat „unamerikanisch" oder „antiamerikanisch"? Nein, denn durch ihre politische Arbeit – sie forderten die atomare Abrüstung oder kritisierten die Außenpolitik der USA – dienten sie den wahren nationalen Interessen des amerikanischen Volkes, indem sie sich der US-Regierung entgegenstellten, nicht, indem sie ihre Politik unterstützten.

Am 2. Dezember 1914 stimmte der große Revolutionär der Arbeiterklasse, Karl Liebknecht, als Einziger im Deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite. War er ein „deutscher Selbsthasser „? Nein, als er seine Stimme gegen den imperialistischen Krieg erhob, diente er den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes und aller Menschen in Europa. Er tat es, indem er sich gegen die deutsche Regierung stellte, nicht, indem er ihre Politik unterstützte.

Sich heute in Israel gegen die koloniale Politik der Ausweitung der Siedlungen zu stellen, gegen die verbrecherische Blockade des Gazastreifens, gegen die Aggressionskriege, die Israel alle paar Jahre vom Zaune bricht, dient genauso den wahren nationalen Interessen des jüdisch-israelischen Volkes, des palästinensischen Volkes und aller Völker im Nahen Osten.

Die Gleichung ist sehr einfach: Diejenigen, die für den Frieden eintreten, müssen sich dem Krieg entgegenstellen; diejenigen, die links stehen, müssen die Rechten kritisieren; diejenigen, die dem jüdisch-israelischen Volk ein Leben in Frieden und Sicherheit wünschen, müssen sich am Kampf gegen die Politik der israelischen Regierung beteiligen, die in erster Linie dazu beiträgt, Frieden und Sicherheit für das jüdisch-israelische Volk zu untergraben.

Die Gleichung ist sehr einfach, sollte aber nicht zu sehr vereinfacht werden. Gewisse Leute in der internationalen Linken stellen nach der formalen Logik die Frage: Wenn wir für Frieden zwischen Israelis und Palästinensern eintreten und glauben, dass sie gleich sind, warum können dann nicht Frieden und Gleichheit für beide Völker im Rahmen eines einzelnen Staaten durchgesetzt werden?

In der Realität existiert im gesamten Gebiet des historischen Palästinas zwischen dem Mittelmeer und dem Fluss Jordan bereits ein einzelner Staat. Das ist der gegenwärtige Staat Israel, der das gesamte Gebiet kontrolliert. Innerhalb des Gebietes bestehen zwei völlig unterschiedliche Regierungssysteme: Auf der einen Seite die Staatsbürger Israels, von denen die Mehrheit jüdisch und die Minderheit arabisch-palästinensisch ist. Auf der anderen Seite Palästinenser im Gaza-Streifen, der Westbank und Ostjerusalem, die keine staatsbürgerlichen Rechte genießen, weil sie über keinen eigenen Staat verfügen.

Wenn man heute eine Einstaatenlösung als konkreten Weg fordert, um der Realität der Besatzung zu begegnen, dann würde das bedeuten, dass viele Aspekte dieser Realität erhalten bleiben. Ein einzelner Staat mit den gegenwärtigen sozioökonomischen Unterschieden zwischen Israelis und Palästinensern, mit Palästinensern, die keine eigene lebensfähige Wirtschaft haben, wäre ein Staat, in dem die Palästinenser dazu verdammt wären, die Unterschicht der Gesellschaft zu bilden, deren Unterdrückung in einer anderen Form fortgesetzt wird.

Außerdem unterstützen weder Israelis noch Palästinenser die Bildung eines einzelnen Staates, sondern jedes Volk will in seinem eigenen Staat leben, der sein Recht auf nationale Selbstbestimmung verkörpert. Laut einer gemeinsamen Umfrage der Hebräischen Universität Jerusalem und des Palästinensischen Zentrums für Politik und Befragungen, die im Juni 2015 veröffentlicht wurde, unterstützten 51 Prozent der Israelis und 51 Prozent der Palästinenser eine Zweistaatenlösung. Das bedeutet nicht, dass 49 Prozent der Palästinenser und Israelis eine Einstaatenlösung befürworten. Ein großer Teil der israelischen und der palästinensischen

Gesellschaft ist eher der Meinung , dass es keine Lösung geben wird. Die Herausforderung für die Linke in Israel und Palästina besteht also nicht nur darin, gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen, sondern auch darin, den Menschen zu zeigen, dass es Hoffnung auf ein Ende der Ungerechtigkeit gibt.

Die Debatte um die Art der Lösung, eine Einstaaten- oder Zweistaatenlösung, eine Föderation oder Konföderation - ist eine Debatte, die wir als Linke führen können, da es in der Linken einen kritischen Raum für Diskussionen über unterschiedliche Ansichten geben sollte. Dennoch sollte sich diese Debatte an bestimmte Prinzipien halten, z.B. das Prinzip, eine Ungerechtigkeit nicht durch eine andere zu ersetzen.

Ich denke, der Rahmen für einen gerechten Frieden ist klar: die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite des Staates Israel mit Ostjerusalem als Hauptstadt und in den Grenzen vom 4. Juni 1967, der Grünen Linie, als international anerkannte Friedensgrenze; die Räumung aller israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und der Abriss der Trennungsmauer; die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen; eine gerechte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge entsprechend allen relevanten UN-Resolutionen einschließlich Resolution 194. Um den Frieden zu allen seinen Nachbarländern zu befördern, muss sich Israel von den besetzten Golanhöhen Syriens und den Sheeba-Feldern des Südlibanons zurückziehen. Zur Errichtung eines von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen freien Nahen Ostens muss die israelische Regierung den internationalen Atomwaffensperrvertrag anerkennen.

Dieser Rahmen, der die Basis des Friedensprogramms der Kommunistischen Partei Israels und ihrer Wahlplattform Hadasch bildet, ist auch im Beschluss der Linksfraktion im Bundestag vom 20. April 2010 im Einzelnen ausgeführt.

Die Solidarität und die grundsätzliche Haltung der LINKEN für einen gerechten israelisch-palästinensischen Frieden ist willkommen und notwendig. Wenn Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten zur aktuellen Politik Israels eine kritische Haltung einnehmen, dann wäre das hilfreich für den Kampf um den Frieden. Dieser Kampf wird nicht nur auf der internationalen Ebene vorangebracht und nicht nur durch den Kampf der Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern auch durch den Kampf der Friedensbewegung in Israel.

Während des Gaza-Krieges 2014 mobilisierte die israelische Friedensbewegung zu Aktionen auf den Straßen von Tel Aviv, Haifa und Westjerusalem. Wir taten das unter schwierigen Bedingungen: Regierungsvertreter warfen uns Landesverrat vor. Das Klima war aufgeheizt von Rassismus und Angst. Friedensdemonstrationen wurden von Rechtsextremen tätlich angegriffen. Fernsehen und Zeitungen ignorierten in der Regel kritische Stimmen und suchten möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, dass man sich eigentlich nur hinter die Regierung stellen könne.

Die Friedensbewegung bestand trotzdem weiter. Für den 26. Juli 2014 wurde eine große Antikriegsdemonstration geplant, die am Rabin-Platz, dem wichtigsten Platz im Zentrum von Tel Aviv, stattfinden sollte. Die Demonstration war von der Kommunistischen Partei Israels gemeinsam mit mehreren Friedensorganisationen initiiert worden. Zu dieser Zeit lag Tel Aviv gerade unter Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen. Wenige Stunden zuvor teilte die Polizei mit, dass sie die Genehmigung für die Demonstration wegen der Gefahr von Raketeneinschlägen zurückziehe. Der Polizeisprecher erklärte gegenüber den Medien, die Demonstration sei abgesagt. Dennoch füllten an diesem Abend Tausende Israelis den Rabin-Platz und forderten ein Ende des Gaza-Krieges. Wenige Wochen später, am 16. August, war der Rabin-Platz erneut voller Menschen, die protestierten und Frieden forderten. Diesmal nahm sogar die Meretz-Partei teil.

Als im Oktober die Eskalation der Gewalt einsetzte, wurde eine neue Basisbewegung für den Frieden mit dem Namen „Zusammenstehen“ ins Leben gerufen, die jüdische und arabische Aktivisten zusammenbringen will. Als die Eskalation ihren Höhepunkt erreichte, organisierte diese neue Initiative vor einem Monat in Westjerusalem eine Friedensdemonstration, an der Tausende vor allem junger Menschen teilnahmen. In den Wochen danach kam es in Haifa im Norden und in Rahat im Süden Israels zu weiteren erfolgreichen gemeinsamen jüdisch-arabischen Demonstrationen gegen Rassismus und Besatzung.

Gestern (am 20.11.2015) plante die Initiative „Zusammenstehen“ eine gemeinsame israelisch-palästinensische Friedensdemonstration in der Nähe von Bethlehem mit Teilnehmern aus Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. Aber wegen der Anschläge in Tel Aviv und in der Nähe von Jerusalem, die viele Zivilisten das Leben kosteten, verhängte die israelische Armee über die Region von Bethlehem eine Ausgangssperre, weshalb palästinensische Friedensdemonstranten nicht hätten teilnehmen können. Daher wurde die Demonstration verschoben.

Die Initiative „Zusammenstehen“ ist der Versuch, in der israelischen Friedensbewegung eine neue dynamische Kraft aufzubauen. Eine pluralistische Initiative, in der Menschen aus verschiedenen Parteien und Organisationen, Juden und Araber zusammenarbeiten. Die Initiative wird vom Büro Tel Aviv der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, der Stiftung und ihrem Büroleiter Tsafrir Cohen zu danken, der die Bedeutung dieser neuen Initiative erkannt hat.

Solidarität und Zusammenarbeit zwischen der deutschen Linken und der israelischen Linken sind notwendig. In dieser durch und durch globalisierten Welt bleiben Themen nie lokal, und die Situation in Israel und Palästina hat ihre Auswirkungen auch anderswo, in Europa genauso wie in Deutschland. Wenn wir von unseren gemeinsamen Werten ausgehen – dem Internationalismus, dem Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Krieg – dann können wir einander in unseren Kämpfen unterstützen, um bessere Gesellschaften und eine bessere Welt aufzubauen.

Anmerkungen

1 Uri Weltmann ist ein israelischer Friedensaktivist, Mitglied des Vorstands des Emil Touma Instituts für Palästinensische und Israelische Studien, und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels.

2 Knesset – das israelische Parlament.

3 Begriff für Hardliner in der israelischen Politik.

Zur Lage der Linken in Lateinamerika

Zur Entwicklung in Lateinamerika im Jahr 2015

Von Achim Wahl, AK Lateinamerika der LINKEN

Die in *Brasilien* mit Koalitionsparteien regierende Partei der Werktätigen (PT) erreichte mit 51,1 Prozent der Stimmen nur knapp die Wiederwahl von Präsidentin Dilma Rousseff, die zum zweiten Mal antrat. Das war das schlechteste Ergebnis der PT seit 2002. Massendemonstrationen im Juni 2013 und zunehmend aggressiver werdende Proteste 2015 erwiesen sich als Vorboten dieses schwachen Ergebnisses und offenbarten wesentliche Veränderungen der politischen Verhältnisse in Brasilien. Zudem wirkten sich wie auch in anderen Ländern des Kontinents die verschlechterten außenwirtschaftlichen Bedingungen negativ aus. Rousseff war gezwungen, dem Koalitionspartner PMDB, einer bürgerlich-liberalen Partei, mehr Raum in ihrer Regierung einzuräumen, sodass sie nach rechts rückte und – entgegen ihren Wahlversprechen – eine Wende zu mehr neoliberalen Maßnahmen einleitete. Korruptionsfälle um den Staatskonzern Petrobras und in der PT dienten der Opposition als Vorwand, um ein Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff einzuleiten. Die Auseinandersetzungen dazu dauern an, sodass die Regierung Rousseff sich in einer schwierigen Lage befindet. Zwischen Regierung und legislativen Organen herrschen nahezu chaotische Verhältnisse.

In *Argentinien* konnte sich im zweiten Wahlgang am 22.11.2015 der Vertreter des neoliberalen Flügels des Peronismus, Mauricio Macri, gegen den Nachfolgekandidaten des linksorientierten Flügels der bisherigen Präsidentin Cristina Kirchner, Daniel Scioli, mit 51,4 Prozent (d.h. 700 000 Stimmen mehr als Scioli) durchsetzen.

In *Venezuela* siegte am 6.12.2015 seit dem Regierungsantritt Hugo Chávez 1999 erstmalig die in der Partei „Tisch der Demokratischen Einheit“ vereinte Opposition, die in der Parlamentswahl Zwei Drittel der Sitze errang. Der Chavismus, geführt von Chávez‘ Nachfolger Nicolás Maduro, erlitt eine harsche Niederlage.

In *Bolivien* und *Ecuador* stehen die Präsidenten Evo Morales und Rafael Correa unter starkem Druck sowohl indigener und sozialer Bewegungen als auch rechter Kräfte, die – wie in Ecuador – bei ihren Protesten durchaus Übereinstimmungen aufweisen. In beiden Ländern geht es um Verfassungsänderungen, wodurch die amtierenden Präsidenten eine weitere Kandidatur erreichen wollen. Kritischen Stimmen und Kräften wird teilweise mit Gewalt begegnet. Die einstigen hohen Anerkennungsraten für die Präsidenten sind im Schwinden. In Ecuador mobilisieren Mittelschichten und rechte Kräfte gegen ein vorgesehenes Gesetz zur Änderung der Erbschaftssteuer (die 1 Prozent der Bevölkerung betreffen würde). In Bolivien konnte die Regierungspartei „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) bei den Departements- und Regionalwahlen im März 2015 nur in vier von neun Departements gewinnen. Sie verlor die Wahl in der Hauptstadt La Paz und in El Alto an unterschiedliche oppositionelle Parteien und Gruppen. Das in Bolivien mit Spannung erwartete Referendum am 21. 2. 2016 über eine Verfassungsänderung, die Präsident und Vizepräsident ab 2019 eine weitere Amtszeit ermöglichen sollte, ging bei einer Wahlbeteiligung von 84,5 Prozent mit 51,3 Prozent Gegenstimmen verloren.

Alle diese Entwicklungen und Wahlergebnisse bedeuten, dass in diesen Ländern Linksregierungen Wahlen verloren haben, Verluste hinnehmen mussten oder politisch unter Druck geraten sind.

Dieter Boris hat in seinem Artikel „Linksregierungen in der Defensive“ (Boris, 2015) festgestellt, dass eine hohe Abstraktion von historisch-materialistischer Grundposition erforderlich ist, um das „Neuland“ Linksregierungen in Lateinamerika zu analysieren. Bis 2013 verfügten diese Regierungen über große Zustimmungsraten, aber zunehmend entwickelten sich „Unmutspotenziale“. In diesem Beitrag soll es darum gehen, die Ursachen dieser Entwicklung zu ergründen, festzustellen, wann der Wendepunkt eintrat, und wie der seit ca. 2000 anhaltende Transformationsprozess nach dem Post-Neoliberalismus der vergangenen Jahre fortgesetzt werden kann.

Zu den Veränderungen im System des peripheren Kapitalismus in Lateinamerika

Ausgangspunkt für die Betrachtung des Themas ist die Feststellung, dass „der Kapitalismus Lateinamerikas Züge aufweist, die ihn von kapitalistischen Gesellschaftsformen in anderen Teilen der Welt unterscheiden.“ (Goldberg, 2015, S. 230). Er wird als „peripherer Kapitalismus“ betrachtet, der vom Kapitalismus der Zentren (USA, Westeuropa, Japan) abhängig ist und Unterschiede zu diesem aufweist. Kolonialismus, Ausbeutung und die Rolle als Rohstofflieferant sind Faktoren, die der lateinamerikanischen Peripherie den Kapitalismus aufgezwungen haben.

Mit der Offensive des Neoliberalismus (beginnend in Chile während der Militärdiktatur Pinochets) in den 1980er und 1990er Jahren wurde Lateinamerika stärker in die Welt des globalisierten Kapitalismus eingebunden. Traditionelle Strukturen wurden aufgebrochen, der Rohstoffexport verstärkt, die zeitweise erreichte Industrialisierung gebremst, der Einfluss des Auslandskapitals durch eine umfassende Privatisierungswelle wesentlich erhöht. Bestimmte Sektoren der Bourgeoisie gliederten sich stärker in die vom Finanzkapital dominierte Weltwirtschaft ein. Die neoliberale Politik verstärkte die soziale Ungleichheit, vertiefte die Gegensätze zwischen Arm und Reich.

Linksregierungen, die seit der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten Venezuelas 1999 entstanden, übernahmen die Regierungsgeschäfte unter den Bedingungen des vom Finanzkapital dominierten Marktes und seines Einflusses auf die Politik. Das Wirtschaftsmodell, geprägt von extraktiver Industrie und Rohstoffexport, wurde nicht in Frage gestellt, da die Einbindung Lateinamerikas in die Weltwirtschaft Abhängigkeiten geschaffen hatte, die nicht sofort verändert werden konnten. „Dieses Modell, das mit verdeckten und raffinierten Mechanismen agiert, belässt unsere Ökonomien im Teufelskreis des Finanzsystems des Neoliberalismus.“ (Linera, 2015).

Der Post-Neoliberalismus der linken Regierungen war geprägt vom Bestreben, sowohl die Auswirkungen der neoliberalen Politik durch Sozialmaßnahmen zu dämpfen als auch die Souveränität ihrer Länder zu verteidigen.

Obwohl die Entwicklung in Brasilien, Uruguay und Argentinien, wo als moderat charakterisierte Mitte-Linksregierungen gewählt wurden, anders verlief als in Venezuela, Bolivien und Ecuador, erlebten alle diese Länder einen Modernisie-

rungsprozess auf kapitalistischer Grundlage, der einige Gemeinsamkeiten aufweist:

- Das neoliberale Konzept des Minimalstaates wurde aufgegeben und (in unterschiedlichem Maße) ein Übergang zum Staatkapitalismus vollzogen, der vor allem eine stärkere Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes realisiert. Boaventura beschreibt das am Beispiel Ecuadors so: Obwohl es „früher schon Modernisierungsschübe im kapitalistischen System gegeben hat, ist Correa zweifelsohne der große Modernisierer Ecuadors. Der Staat ist die wichtigste Kraft im Prozess der Modernisierung." Auf diese Entwicklung verweist auch Boris, nach dessen Auffasung die „jüngsten Tendenzen vor allem als Stabilisierungsfaktoren eines etwas modernisierten Kapitalismus zu begreifen sind." (Boris, 2014, S. 25)
- Und Boaventura schlussfolgert: „Vermutlich ist das Problem (gemeint sind die Widerstände gegen die Politik Correas) nicht vor allem eines der Regierung, sondern der Art des Kapitalismus, den sie befördert. Es mag paradox klingen, aber wir haben es in gewisser Weise mit einer post-neoliberalen Variante des Neoliberalismus zu tun." (Boaventura, 2014).
- Ein Beispiel für die „Art des Kapitalismus", die Boaventura meint, könnte die Boliviens sein. Die Veränderungen in Bolivien wurden von den Kleinproduzenten in Stadt und Land, von Bauern, Kokapflanzern, Bergarbeitern und Teilen der städtischen Kleinproduzenten getragen, die charakteristisch für die soziale Struktur Boliviens sind. „Ein neues ökonomisches Modell, das ich ‚amazonisch-andinen Kapitalismus' nenne, ist „der Aufbau eines starken Staates, der die Entwicklung der Industrie regelt, die Staatseinnahmen kontrolliert und sie in den kommunitären Sektor überleitet, um sie Formen der Selbstorganisation und der Marktentwicklung, wie sie der amazonisch-andinen eigen sind, zuzuführen." (Àlvaro Garcia Linera). In Bolivien dominiert strukturell die Familienwirtschaft, die stärker auf gegenseitige Hilfe und den Austausch ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausgerichtet ist als auf die Produktion für den Markt. Die „moderne Wirtschaft" erfasst nur 7 – 15 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.
- Die Veränderungen des Charakters des Kapitalismus in Brasilien sind gekennzeichnet durch die Herausbildung einer internen Großbourgeoisie*, die ihre eigene Basis der Kapitalakkumulation besitzt und sich in einem Konkurrenzverhältnis zu Teilen des internationalen Finanzkapitals und seiner nationalen Verbündeten befindet. Diese Widersprüche charakterisieren die Risse im bourgeoisen Herrschaftsblock. Interessenwidersprüche bestehen zwischen dem Bankkapital, das besonders stark mit dem internationalen verflochten ist, dem Industriekapital und dem Agrobusiness. Die interne Bourgeoisie verfügt über eigene große, international konkurrenzfähige Unternehmen. Signifikant ist die Konzentration neuen Reichtums in den Händen weniger. Bezeichnend für die Position der internen Bourgeoisie ist ihr relativ hoher politisch-wirtschaftlicher Organisationsgrad. Industrieverbände und Handelskammern sind direkte Interessenvertreter verschiedener Kapitalfraktionen. Der Staatsapparat ist von ihren Repräsentanten durchsetzt und nimmt ihre Interessen wahr. Das trifft ebenfalls auf die bürgerlichen Parteien zu, die direkte Interessenvertreter einzelner Kapitalfraktionen sind. (Klein, Wahl, 2015)
- Charakteristisch für den venezolanischen Kapitalismus ist das Modell des Erdölrentierstaates, der als Staatskapitalismus agiert, obwohl sich 70 Prozent des BIP in Händen des Privatsektors befinden. Es ist ein neodesarrollistisches Modell, eine Mischung aus Staatskapitalismus und Privatkapital, in dem orientiert wird auf den Sozialstaat, auf den Staat als Eigentümer und Unternehmer, der die Kontrolle über den Erdölsektor und die Basissektoren der Wirtschaft ausübt. (Frank Gaudichaud, 2009). Hugo Chávez erneuerte die Idee einer Allianz mit nationalen Unternehmern, was den gesamten bolivarischen Prozess außerordentlich heterogen erscheinen lässt. Denn es „gibt viele Leute in der Regierung oder ihr nahe stehend, die Geschäfte realisieren und am Prozess der privaten Akkumulation gesetzeswidrig beteiligt sind." (Lander, 2009). Entstanden ist eine „Bolibourgeoisie" (aus bolivarisch und Bourgeoisie), die einen „revolutionären Diskurs" des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts führt und zugleich Ausgangspunkt für Korruption ist. Beteiligt sind Staatsfunktionäre, kleine Unternehmer und auch Militärs, die sich große Reichtümer angeeignet haben. Diese Erscheinung diskreditiert den bolivarischen Prozess in seiner Gesamtheit und ist eine der Ursachen für die aktuellen politischen Entwicklungen.

Zusammengefasst ist festzustellen, dass sich in den Jahren der Links- und Mitte-Linksregierungen charakteristische Merkmale des Kapitalismus in diesen Ländern stärker ausgeprägt haben, die Beziehungen einzelner Kapitalfraktionen zueinander beeinflusst wurden und das soziale Gefüge der Gesellschaften sich verändert hat. Daraus ergeben sich neue Beziehungen zwischen den Klassen und sozialen Gruppen. Die Tendenz einer stärkeren Konzentration der Bevölkerung in den urbanen Zentren verstärkte sich, neue Konflikte und Umbrüche deuten sich an.

Veränderungen in der Sozial- und Klassenstruktur

Voraussetzung für das Entstehen und Wirken der Mitte-Linksregierungen waren die Massenprostete gegen die Politik der neoliberalen Regierungen und Eliten in den 1980er und 1990er Jahren. Transformationsprozesse, die in den darauf folgenden Jahren vor sich gingen, hatten Veränderungen in der Sozial- und Klassenstruktur dieser Länder zur Folge.

- Am Beispiel Brasiliens oder Argentiniens wird ersichtlich, dass Veränderungen in der besitzenden Klasse vor sich gingen. So entschied sich die interne Bourgeoisie Brasiliens in scharfer Auseinandersetzung mit Teilen der mit dem internationalen Kapital verbundenen Fraktion, eine zeitweilige Allianz mit der regierenden PT einzugehen. Sie profitierte von der Unterstützung der Regierung durch großzügig vergebene Kredite der Nationalen Entwicklungsbank und festigte ihre Position nach innen und außen. Die einsetzenden Krisenerscheinungen stellen diese Allianz in Frage. Diese Auseinandersetzung ist nicht beendet und bewirkt weitere Differenzierungen zwischen den einzelnen Sektoren der Bourgeoisie. Im Moment hat es den Anschein, dass die interne Bourgeoisie, repräsentiert durch Industrie-, Bau- und Dienstleistungsunternehmen, dem mit dem Bank- und internatio-

nalen Kapital verbundenen Sektoren unterlegen ist und sich im politischen Gefüge andere Hegemonien herausgebildet haben. Die Zusammensetzung des dominierenden Kapitalblockes hat sich in den letzten Jahrzehnten ständig verändert, wobei die territoriale Bezogenheit der Bourgeoisie im Wesentlichen erhalten bleibt. (siehe den Sieg Macris gegen Scioli, beides Vertreter unterschiedlicher Kapitalfraktionen). Ob ähnliche Entwicklungen in Venezuela oder auch in Bolivien/Ecuador vor sich gehen, muss gezielt untersucht werden.

- Bedeutend für die Weiterführung progressiver Projekte sind die sozialen Veränderungen, die die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung betreffen, vor allem die Arbeiterklasse, die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich und die Mittelschichten. Ebenso das Verhältnis zwischen legalen und nichtlegalen Arbeitsverhältnissen, die Lage der Frauen, Jugendlichen und schließlich auch der bäuerlichen Bevölkerung.
- Der Begriff der „Mittelklasse“ ist, soziologisch gesehen, sehr widersprüchlich, da er von der Konsumfähigkeit dieser Schicht und nicht von ihrer Stellung im System der Produktion ausgeht. In einer extraktivistisch ausgerichteten Gesellschaft fließt ein Teil der Staatseinnahmen in die Hände der Mittelklasse zum persönlichen Konsum, wodurch der Binnenmarkt stimuliert wird. Eine lateinamerikanische Mittelklasse kann aber durchaus zum Hemmnis für einen weiteren Transformationsprozess werden. (Francois Houtart, Rebelion, 2015). Es entsteht nämlich die Frage, wie die von Mitte-Linksregierungen realisierten Sozialprogramme in der Gesellschaft gewirkt und ob sie zum Aufstieg der verarmten Teile der Gesellschaft in die Mittelklasse oder zur weiteren Polarisierung der Gesellschaft beigetragen haben.
- Als Ausgangspunkt kann das Verhältnis des produktiven Sektors der Wirtschaft zu dem der Dienstleistungen genommen werden. Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor erfordern eine geringere Qualifikation. In Brasilien müssen diese 22 Millionen Arbeitsplätze zu den 95 Prozent der Beschäftigten mit geringeren Löhnen/Einkommen gezählt werden. Eine Mittelklasse, die expandiert, ist daher nur ein Mythos. Vielmehr nimmt die Tendenz einer Polarisierung in Reiche und „eine sich erweiternde Arbeiterklasse mit niedrigen Löhnen, prekären Arbeitsverhältnissen, mehr nichtlegaler Arbeit und flexibler gestalteten Arbeitsverträgen zu.“ (Pochmann, 2014).
- Durch die Deindustrialisierung in Brasilien ist der Anteil qualifizierter Arbeitsplätze zurückgegangen, wodurch sich auch der Charakter der Lohnarbeit verändert hat. Beobachtet wird eine Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse, wie sie während des Fordismus charakteristisch war. Teile von Unternehmen wurden ausgelagert. Die Konkurrenz um Arbeitsplätze und die Tendenz zu prekären Arbeitsverhältnissen verstärkten sich, was unmittelbare Auswirkungen auf die traditionelle Mittelklasse hatte.
- Das erhöht die Gefahr sozialer Konflikte. Rassenhass und Diskriminierungen treten offen zutage. Rechte Kräfte, besonders aus der oberen Mittelklasse, verbreiten über die Medien eine Atmosphäre zunehmender Unsicherheit und Ausweglosigkeit. Unter krisenhaften Bedingungen sieht die Mittelklasse ihre bisherigen Privilegien in Gefahr und ihr Konsumverhalten eingeschränkt, sodass sie sich benachteiligt fühlt, rechten Parolen aufgeschlossen zeigt und protestiert. Brasilien des Jahres 2015 mit massenhaften Protesten gegen die Regierung Rousseff ist dafür ein Beispiel.
- Die Sozialprogramme haben zur Minderung der Armut beigetragen. Gleichzeitig sind jedoch Widersprüche entstanden, die besonders in den großen urbanen Zentren Brasiliens sichtbar wurden, als öffentliche Investitionen ausblieben, sich die Lebensbedingungen durch Umweltverschmutzung oder mangelhaften öffentlichen Verkehr verschlechterten. Doch nicht allein diese Probleme sind Ausgangspunkt für wachsenden Unmut und Protest. Ein wesentliches Versäumnis regierender linker Parteien ist das Desinteresse am Schicksal der jungen Generation. In den Vorstädten, die abgeschnitten sind von den Zentren der Großstädte, entwickelt sich Protest, der sich direkt in der Hip-Hop-Kultur ausdrückt. Facebook, Twitter und andere Kommunikationsmöglichkeiten erleichtern Mobilisierungen, wobei verschiedenste Interessen ausschlaggebend sind. Nicht immer sind es politische Motive, sondern meist sehr diffuse Protestgründe.

Zweifellos unterschätzt die Linke die Bewegründe dieser Proteste, was der Rechten Gelegenheit gibt, sie für ihre Ziele zu nutzen.

Das Modell des Neodesarrollismus und der Extraktivismus

Der Neodesarrollismus (national-desarrollistisch, sozial-desarrollistisch) versteht unter „Entwicklung“ die allseitige Ausnutzung der Ressourcen des Landes, um sowohl die industrielle Entwicklung voranzutreiben als auch soziale Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, die Armut zu überwinden und die soziale Ungleichheit abzubauen. Im Mittelpunkt steht die Rolle des Staates, der als regulierendes, planendes und demokratisch gelenktes Instrument gedacht ist. Unter Beachtung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation in der Welt ist nur ein starker Staat in der Lage, die Interessen der Nation und ihrer Bevölkerung durchzusetzen. Es geht um einen Transformationsprozess weg vom neoliberalen Modell hin zu einem Modell der sozialen Gerechtigkeit und der Reduzierung der Armut. In diesem Reformprozess haben alle Links- und Mitte-Linksregierungen entsprechende Sozialprogramme aufgelegt, deren Ergebnisse von internationalen Gremien anerkannt werden.

Am Beispiel *Boliviens* wird deutlich, welche Veränderungen erreicht wurden. Vollzogen wurde eine radikale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Indigene, in der Vergangenheit diskriminiert, wurde zum aktiven Subjekt. Ca. 48 Prozent der Staatsfunktionäre sind indigenen Ursprungs. Im Parlament sind sie mit einer großen Fraktion vertreten. Mit der Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums war es möglich, 20 Prozent der Bevölkerung aus der extremsten Armut zu befreien. Bolivien hat sich von einem abhängigen und kolonial geprägten zu einem plurinationalen Staat mit neuer Verfassung gewandelt, der allen indigenen Völkern gleiche Rechte und Autonomie garantiert. In der Praxis führte diese Entwicklung zu neuen Konflikten und Widersprüchen. Eine Volkszählung im Jahre 2012 ergab, dass sich nur noch 42 Prozent der Bolivianer als Nachfahren und Erben der alten Kulturen bezeichnen (RLS Paper „Bolivien wählt“, 8.10.2014). Das kann Ausdruck dafür sein, dass die Akteure, die die Veränderungen im Lande ermöglichten, sich

jetzt stärker von Partikularinteressen leiten lassen. Es entsteht ein Konflikt zwischen privaten und kommunitären Interessen. Damit hat sich in Bolivien eine Mittelschicht etabliert, die ethnisch und familiär vernetzt ist und sowohl den informellen Handel, als auch den Transportsektor, Bergbaugenossenschaften und landwirtschaftliche Kleinbetriebe dominiert.

Ermöglicht wurden diese Ergebnisse auch in anderen progressiv regierten Ländern durch die Nutzung der Naturressourcen, da wesentliche Anteile der erwirtschafteten Mittel in die Sozialprogramme flossen. In diesem Sinne ist das vorherrschende Wirtschaftsmodell auf Extraktivismus aufgebaut – ein aus der kolonialen Abhängigkeit entstandenes und von der neoliberalen Politik übernommenes Modell. Für die regierenden Parteien ist dies ein Dilemma, das sie zwingt, zu einem anderen Entwicklungsmodell überzugehen.

Álvaro Garcia Linera, der Vizepräsident Boliviens sieht das so:

„Den Extraktivismus überwinden heißt nicht den Kapitalismus überwinden. Ist es in dieser Phase nicht erforderlich, die Ressourcen, kontrolliert durch den Staat, zu nutzen, um Überschüsse zu erzeugen, die es gestatten, minimale Lebensbedingungen für die Bolivianer zu schaffen und interkulturelle wissenschaftliche Bildung zu garantieren? So kann eine kritische Masse generiert werden, mit der die notwendigen Prozesse der Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung bewältigt werden können." (Linera, 2012, S. 109)

Soziale Inklusion durch Sozialprogramme, basierend auf dem extraktivistischen Modell, stößt aber in der Bevölkerung, besonders in seit Jahrhunderten besiedelten Regionen, immer mehr auf Widerstand. Nicht wenige Vertreter linker Politik und soziale Bewegungen sind der Auffassung, dass sich das neodesarrollistische Modell überlebt hat. Das von linksgerichteten Regierungen favorisierte Entwicklungsmodell einer moderaten Transformation der kapitalistischen Gesellschaften stößt an seine Grenzen. Die Regierungen stehen vor der Entscheidung, entweder das kapitalistische neoliberale Modell mit stärkerer Hinwendung zum Sozialen fortzusetzen oder ein nichtkapitalistisches Modell anzustreben.

Überall wird festgestellt, dass die Realisierung der Sozialprogramme zu keinen grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft geführt hat. Sie ändern nichts am Wirtschaftsmodell und bewirken keine Regulierung des kapitalistischen Systems. Sie sind auswechselbar und können, wenn die politischen Bedingungen sich ändern, von anderen politischen Kräften eingestellt werden. Eine neue Generation von Konsumenten ist herangewachsen, die politisch nicht organisiert ist und die Zeit der neoliberalen Verdrängung nicht erlebt hat. Sie sind die Ersten, die angreifbar sind und in alte Armutsverhältnisse zurückfallen können.

Die gegenwärtige Lage erschwert den linksorientierten Regierungen den Übergang zu einem nicht-extraktivistischen Wirtschaftsmodell. Die herrschenden Kreise wollen die Entwicklungen zu Beginn des XXI. Jahrhunderts in Lateinamerika rückgängig machen. Das Finanzkapital ist bestrebt, die Gesellschaften auf dem Wege der Entdemokratisierung und des Rückschritts wieder ins XIX. Jahrhundert zu versetzen. Zudem gibt es keinen Weg aus diesem Entwicklungsmodell, ohne das Finanzkapital einzuschränken. Die Subjekte, die dem Extraktivismus eine Niederlage bereiten können, sind die betroffenen Völker, die indigenen Kommunen und die sozialen Bewegungen.

Linksregierungen in der Defensive, Linksregierungen - Gefangene des kapitalistischen Systems

Anti-neoliberaler Diskurs versus Realität

Dieter Boris geht in seinen Überlegungen davon aus, dass die Mitte-Linksregierungen diskursiv den Neoliberalismus ablehnten, aber nur eine partielle Abkehr stattfand. (Boris, 2015, Supplement, S.3) Hier wird ein Problem benannt, das immer wieder von kritischen Linken aufgeworfen wurde. Alberto Acosta, Ecuador, z.B., meint, dass progressive Regierungen die extraktivistische Art und Weise der Akkumulation in der Praxis weiter vertiefen, obwohl sie im öffentlichen Diskurs die Notwendigkeit einer Veränderung anerkennen. Ricardo Antunes, Brasilien, geht mit seiner Feststellung einen Schritt weiter, wenn er sagt, dass das Modell Brasiliens, ausgerichtet auf die kapitalistische globalisierte Entwicklung, zu großem Unbehagen führt, das die umfassenden Massenproteste im Juni 2013 ausgelöst hat. (Antunes, OSAL, 2013, S.37)

Gestatteten die objektiven Gegebenheiten, vor allem die Einbindung in die Weltwirtschaft und die vorhandenen inneren Voraussetzungen, weitergehende Schritte einer anti-systemischen Ausrichtung oder waren die Zielstellungen der nun regierenden Kräfte nicht darauf ausgerichtet, antisystemische Veränderungen herbeizuführen?

Sicher muss man hier differenzieren. In Venezuela, Bolivien und Ecuador kam es – wie Dieter Boris sagt - zu einer „Neuausrichtung", da „vor allem in (diesen) Staaten mit verfassungsgebenden Versammlungen für die neuen Verfassungen entsprechende Ziele formuliert" wurden (Boris, 2015, ebd.), die progressive Transformationsprozesse einleiteten und vor allem für die indigene Bevölkerung Fortschritte brachten.

Aufstieg einer neuen Elite und
Lockerung der Bindung zur Basis

Anders dagegen in Brasilien, wo nach Boito, „die CUT (linker Gewerkschaftsdachverband) und die PT, anders als das öffentliche Auftreten dieser Organisationen erwarten lässt, niemals ein Programm des Sozialismus formulierten, sondern immer für die Schaffung eines Sozialstaates kämpften." (Boito, „Die neoliberale Hegemonie während der Regierung Lula", „Crítica Marxista", Nr. 17, 2006, S. 18). Im Hinblick auf die Majoritätsströmung in der CUT und der PT fügt Boito hinzu, dass für Funktionäre beider Organisationen die „Mission mit der Verbesserung der sozialen Lage und ihrer eigenen Besserstellung" erfüllt sei. Und tatsächlich glaubten Vertreter der PT-Regierung 2003 nach Antritt Lulas als Präsident „an der Macht" zu sein. Mit dem Regierungsantritt Lulas erhöhte sich die Mitgliederzahl der PT von 300 000 (2001) auf 800 000 (2004). „Veränderungen in der sozialen und politischen Zusammensetzung der Mitgliedschaft der PT sind damit vorprogrammiert." (Wahl, Utopie kreativ, 9/2004, S. 848)

Lula erklärte auf dem 5. Parteitag der PT 2015, dass sich die PT von ihrer Basis entfernt, sich bürokratisiert und in eine Kabinettspartei verwandelt hat. Sie durchlebt die bisher schwerste Krise ihrer 35-jährigen Geschichte, die hervorgerufen wurde durch sich verschärfende innerparteiliche Konflikte: Konzentration auf Wahlkämpfe und parlamentarische Auseinandersetzungen, politischer Stillstand und teilweise Aufgabe der Gründungsprinzipien, aber auch Verstrickung in Korruptionsfälle.

Mit dem „Aufstieg“ zahlreicher Funktionäre der PT und der CUT in staatliche Funktionen verloren die Organisationen wesentliche Führungsfiguren. Nachrückende Kräfte konnten dieses Vakuum nicht ausfüllen. Das ist auch eine Erklärung dafür, dass sich die PT und vor allem die Regierung Dilma Rousseff von ihrer Wählerbasis entfernt hat.

Die Gefahr der Bürokratisierung sieht auch Linera in Bolivien. Er erkennt sie insbesondere im bürokratischen Konservatismus. Regeln müssen zwar eingehalten werden, aber die Entwicklung darf nicht von Administratoren und Technokraten abhängig gemacht werden. Er sieht darin die Gefahr einer Demobilisierung der Massen. „Das organisierte Volk an der Regierung will, dass seine Kader Politiker werden, sodass eine bestimmte Anzahl von einer sozialen in eine administrative Funktion wechselt. Führende Personen für die Zivilgesellschaft können so verloren gehen.“ Nach Linera wird man schnell zum administrativen Angestellten, für die Formung einer Führungspersönlichkeit braucht es dagegen Jahre. (Linera, 2015) Daraus entsteht die Möglichkeit eines bestimmten Verlustes an Führungspotential in den sozialen Bewegungen.

Konzentration der Regierungsmacht, autoritäre Tendenzen

In Bolivien hat sich eine neue politische Kraft etabliert – die Partei MAS (Movimiento al Socialismo – Bewegung zum Sozialismus) –, die neue Akteure hervorbringt. „Das ist eine tiefgreifende Erneuerung, die neue Legitimität erzeugt, gleichzeitig aber auch eine größere Konzentration von Macht und Entscheidungsgewalt in ihren Händen ermöglicht.“ (Mayorga, 2014).

In seiner kritischen Einschätzung geht der bolivianische Intellektuelle Luis Tapia noch weiter und behauptet, dass aufkommende politische Unzufriedenheit einen „Grund im zunehmend autoritären Charakter der Regierung“ hat. Sie erkenne weder die Opposition noch indigene Organisationen an. Die MAS hat „ihr anfängliches emanzipatorisches Projekt ... kaum weiterverfolgt. Im Zentrum stehen das ressourcenintensive Entwicklungsmodell und die Konzentration der politischen Macht.“ (Neues Deutschland, Interview, 6.10.2015) Ähnliche Einschätzungen sind zur Lage in Ecuador zu hören, wo Rafael Correa ebenfalls ein autoritärer Regierungsstil zugeschrieben wird.

Ohne diese Aussagen zu akzeptieren, wird deutlich, dass sich Konflikte zwischen der Regierung und unterschiedlichen politischen Kräften und Gruppen auftun, die einerseits das gewachsene Selbstbewusstsein der Akteure – ein Ergebnis der progressiven Entwicklungen in diesen Ländern – bezeugen und im gleichen Moment die Frage nach der weiteren Perspektive der Entwicklung aufwerfen. Eine Schwäche dieser Regierungen und politischen Kräfte besteht augenscheinlich darin, dass sie nicht in der Lage sind, im demokratischen Dialog über erste Schritte des begonnenen Transformationsprozesses hinauszugehen. Sowohl die Linksparteien als auch die Regierungen unterschätzen die Beweggründe der sozialen Bewegungen, da diese häufig institutionelle Politik ablehnen und gegen eine Vormundschaft durch Parteien und Regierungen protestieren. Edgardo Lander sieht es als die Schwäche der chavistischen Bewegung an, dass die Volksorganisation (consejos comunales u.a.) als Kern des Transformationsprozesses von Beginn an mit Widersprüchen belastet war. „Es ist der Staat der institutionalisiert, steuert und kontrolliert und so das Verhältnis Staat-Gesellschaft zu einer vertikalen Struktur werden lässt.“ (Lander, Interview, 9.8.2015).

Globale Krise erfasste Lateinamerika

Die globale Krise hat in ihrer zweiten Runde die linksregierten Länder erfasst. Die weltweite Instabilität hat direkte Auswirkungen auf die bisherige Regierungspolitik. Die immer noch vorhandene technologische und wirtschaftliche Abhängigkeit ist zum Hemmschuh geworden und stellt die erreichten sozialen und politischen Errungenschaften in Frage. Eine Wende Brasiliens nach rechts hätte direkte Auswirkungen auf den Kontinent. Die traditionellen Eliten in Verbindung mit dem internationalen Finanzkapital streben nach Machtveränderungen. Begleitet wird dieses Bestreben mit fortwährender Unterstützung der bürgerlichen Medien. Zeichen einer deutlichen Einmischung von außen (nicht nur in Venezuela) sind der Aufbau der Pazifischen Allianz, die Untergrabung der bisher erreichten Erfolge bei der Integration Lateinamerikas, der Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen und der BRICS.

Die Konstituierung linker, progressiver Regierungen hat sich unter konkreten historischen Bedingungen vollzogen. Diese Prozesse mussten mit Widersprüchen und Konflikten einhergehen. Die Defensive, in der sich die Mitte-Linksregierungen gegenwärtig befinden, kann nur durch eine breite Massenmobilisierung überwunden werden. Dazu ist es aber erforderlich, dass die Regierungen ihre Beziehungen zu der politischen und sozialen Linken erneuern und auf eine neue Stufe heben müssen. Gemeinsam mit ihnen müssen Ursachen und Auswirkungen analysiert, müssen neue Ziele erarbeitet und in Angriff genommen werden.

Die Linke in Lateinamerika und die sozialen Bewegungen

Eine tiefgreifende Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Neoliberalismus und Antineoliberalismus machte, wie viele sagten, einen Epochenwechsel möglich. Für Optimistischere war es Beginn einer postneoliberalen Periode, in der in Venezuela, Bolivien und Ecuador noch radikalere Erfahrungen realisiert wurden.

Eine Periodisierung ist möglich:

- Aufschwung der antineoliberalen Bewegungen mit Beginn der 1990er Jahre,
- Entstehung progressiver Regierungen in der ersten Dekade des XXI. Jahrhunderts, die trotz Gegenwirkung rechter Kräfte ihre Hegemonie behaupten konnten.
- Gegenwärtig kann eine Tendenz der Schwächung dieser Regierungen und der sie unterstützenden politischen Kräfte festgestellt werden. Das kommt dem Verlust einer Chance gleich und kündigt den Beginn einer problematischer und komplizierter werdenden Periode an, die mit dem Aufkommen rechter, politisch revanchistischer Kräfte verbunden ist.

Diese Offensive der Rechten ist möglich, weil eine Demobilisierung und Entpolitisierung von Teilen des Volkes eingetreten ist. Gründe dafür sind in der Politik der Mitte-Linksregierungen zu suchen, die die Verbindungen zur Basis vernachlässigten, politische Allianzen verloren und nur geringe Anstrengungen unternahmen, um Lösungen zu finden. Der ursächliche Impuls, von dem diese Regierungen über eine Dekade hinweg gestützt wurden, ist erlahmt.

Wenn die Geschichte sich auch nicht wiederholt, so steht doch fest, dass alte Widersprüche wieder aufbrechen wer-

den, neue Dynamiken entstehen und eine Rückkehr zur neoliberalen Herrschaft neue nationale Volksbewegungen bewirken wird. Sollte es zur Beendigung der Etappe progressiver Regierungen kommen, wird eine rechte Restauration keine endgültige Lösung sein. Volksbewegungen werden sich erneuern und eine neue Etappe des Kampfes einleiten.

Kritische Linke sprechen vom „Ende eines Zyklus“, womit in erster Linie die Probleme der Mitte-Linksregierungen gemeint sind. Nach Auffassungen der Kritiker haben diese mit ihrem Entwicklungsmodell, ausgerichtet auf extraktive Wirtschaft, ihre Probleme selbst geschaffen und mussten so in Schwierigkeiten kommen. Anscheinend bestätigt wird diese Einschätzung durch die von den Linkskräften in Argentinien und Venezuela verlorenen Wahlen. Allerdings engt das die Sicht auf die Linke Lateinamerikas ein. Denn Mitte-Linksregierungen allein sind nicht die Gesamtheit der lateinamerikanischen Linken.

Schon seit einiger Zeit deuten sich Entwicklungen an, die Anzeichen für neue Bewegungen aufweisen. In erster Linie zählen dazu die Demonstrationen vom Juni 2013 in *Brasilien*, als Millionen auf die Straße gingen, um für verbesserte Bedingungen im öffentlichen Verkehr in den Großstädten zu demonstrieren, Verbesserungen des Bildungs- und Gesundheitswesens forderten und gegen die hohen Ausgaben für die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien protestierten. In Chile hat sich eine breite Protestbewegung entwickelt, die Verbesserungen im Bildungswesen verlangt. In Peru streiken Minenarbeiter für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und blockieren Bergbauprojekte transnationaler Unternehmen. Massenaktionen gibt es in Bolivien und Ecuador, die vor allem die Einhaltung der Verfassungsrechte für indigene Gebiete fordern. Auch aus Argentinien, allerdings noch schwach ausgeprägt, werden neue Mobilisierungen bekannt (300 000 Frauen in Buenos Aires gegen Gewalt).

Die These vom Ende eines Zyklus wird vor allem von Kritikern vertreten, die meinen, dass die Periode der Mitte-Linksregierungen keine Fortschritte mit sich brachte. (Zibechi, in Fazer o balanço do progressismo: http://www.resumenlatinoamericano.org/2015/08/04/hacer-balance-del-progresismo). Manche Äußerungen „kritischer Linker“ hören sich fast so an, als seien sie vom „Ende des Zyklus“ begeistert.

Dagegen setzen andere Linke die Auffassung, dass „eine Umkehr der Strömung” zu erkennen ist. Sie meinen damit, dass es der Kontinent – zum Beispiel in Argentinien, Brasilien und Venezuela – mit einer Mobilisierung der Rechten zu tun hat. Ein so gewählter Standpunkt beschreibt die Ausgangslage der Linken Lateinamerikas weitaus präziser. Notwendig sind ein generelles Umdenken und eine Neuorientierung der lateinamerikanischen Linken, die sich gegenwärtig fast unfähig zeigt, die Gegenoffensive zu kontern und Auswege aus der entstandenen Situation zu finden. Nicht wenige lateinamerikanische Stimmen, die versuchen, sich der neu entstandenen Lage kritisch und konstruktiv zu nähern, verweisen nicht nur auf den wachsenden Druck rechter und neoliberaler Kräfte, sondern sehen in den gegenwärtigen Niederlagen linksgerichteter Regierungen auch die reale Chance eines Umdenkens, eines Neubeginns und der Fortführung des begonnenen Transformationsprozesses.

Die soziale und politische Linke war auf die sich zuspitzende Entwicklung nicht vorbereitet. Traditionelle Bewegungen wie u.a. die Landlosenbewegung (MST) in Brasilien haben Probleme, ihre Anhänger und Mitglieder zu mobilisieren. Das kann eine Folge der seitens der Regierung realisierten sozialen Maßnahmen sein, die zu einer gewissen Befriedigung sozialer Bedürfnisse führte. Eine Rolle spielt ebenfalls die Tatsache, dass bestimmte Bewegungen von den Regierungen vereinnahmt wurden. Auf Seiten derer, die die Regierungen verteidigen, ist eine bestimmte Verunsicherung eingetreten, was im Falle Brasiliens sehr deutlich wurde, nachdem Präsidentin Rousseff entgegen ihrer Wahlversprechen eine Wende um 180 Grad vollzog. Nicht zuletzt ist die Position der erwähnten kritischen Linken Ausdruck für eine vorhandene latente Spaltung linker Kräfte.

Neue Fragen tun sich auf: Hat der Chavismus eine Zukunft? Nach Lander ist diese Bewegung am Ende, andere meinen, dass die Regierung eine Niederlage erlitt, der Chavismus aber keineswegs erledigt ist, sondern sich neu orientieren und erneuern muss. Ähnliche Probleme stehen vor den Parteien, die in Regierungskoalitionen tätig sind oder die Regierung stellen (MAS, PAIS, Frente Amplio). Das bedeutendste Thema für alle ist ihr Verhältnis zu den sozialen, indigenen u.a. Bewegungen. Das erfordert ihre Reorganisation und Mobilisierung gegen die neoliberalen Kräfte.

Gleichzeitig sind praktisch-theoretische Fragen zu stellen: Welche Rolle spielt der Staat? Wie kann unter kapitalistischen Bedingungen ein nicht-extraktivistisches Wirtschaftsmodell gestaltet werden? Welche politischen Reformen sind erforderlich und wie ist die partizipative Demokratie auszugestalten?

Muss die gegenwärtige Lage als eine zeitweilige oder dauerhafte Veränderung des Kräfteverhältnisses eingeschätzt werden, dann können nur große Mobilisierungen der Massen, die in der Vergangenheit die progressiven Regierungen zustande brachten, eine erneute Vertiefung der begonnenen Transformationsprozesse einleiten.

(Stand: 3. 3. 2016)

Anmerkungen

* In verschiedenen Publikationen wird zunehmend der Begriff „interne oder innere Bourgeoisie“ benutzt, der nicht mit dem herkömmlichen der „nationalen Bourgeoisie“ verwechselt werden sollte. Die Definition stammt von Nicos Poulantzas, der darunter eine Kapitalfraktion versteht, die mit dem ausländischen Kapital verbunden ist, aber ihre Reproduktionsbasis im eigenen Lande hat.

Literatur

Antunes, Ricardo, „Brasil en movimiento – As rebeloes de junho 2013“, in: *OSAL*, S. 37

Boaventura De Sousa Santos, in: Carta Maior, „Revolucao cidada tem quem a defende?”, 7.5.2014

Boito, Armando, „Die neoliberale Hegemonie während der Regierung Lula“, in: *Crítica Marxista*, Nr. 17, 2006, S. 18

Boris, Dieter, *Bolivars Erben – Linksregierungen in Lateinamerika*, Köln 2014

Boris, Dieter, „Linksregierungen in der Defensive“, in: Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, Nr. 12, 2015

Gaudichaud, Franck, Interview: „O debate hoje é como frear a violenta ofensiva da direita neoliberal”, in: *Carta Maior*, 20.3.2014

Goldberg, Jörg, *Die Emanzipation des Südens – Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt*, Köln 2015

Houtart, Francois, „El desafio fundamental para Bolivia, Venezuela y Ecuador es definir la transición bajo un Nuevo paradigm poscapitalista”, in: *Rebelión*, 5.11.2013

Klein, Dieter und Wahl, Achim, *Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika – Auf der Suche nach produktiven Balancen*, Papers, Rosa Luxemburg Stiftung 2015, S. 36

Lander, Edgardo, „El tejido solidario devino en un bachaqueo individualista y competitivo“, Interview mit Hugo Prieto, 9.8.2015, in:

www.contrapunto.com/noticia/edgardo-lander-el-tejido-solidario-devino-en-un-bachaqueo-individualista-y-competitivo/

Lander, Edgardo, „El proceso de transformación de la sociedad venezolana en lo fundamental fracasó“, in: *Rebelión*, 11.8.2015

Linera, Àlvaro Garcia, www.lemondediplomatique.cl/El-capitalismo-andino-amazonico.html, Januar 2006

Linera, Àlvaro Garcia, *Geopolítica de la Amazonía*, Hrsg. Vizepräsidentschaft Boliviens, September 2012, S. 108

Linera, Àlvaro Garcia, 2015, in: http://marcelosouzarn.com.br/blog/entrevista-alvaro-garcia-linera-crise-da-esquerda-latino-americana-e-desvio-temporario-via-fsp/

Pavan,Bruno, „Linera conta como a Bolivia está se reinventando“, in: *Brasil de Fato*, Outraspalavras.net/Outrasmidias/destaques-outras-midias/Linera-conta-como-a-bolivia-está-se-reinventando/, Oktober 2015

Mayorga, Fernando, „El camino boliviano“, in: *Pagina* / 12, 10.2.2014

Pochmann, Marcio, „Cunjuntura da Semana. A desigualidade social brasiliera no contxto mundial contemporáneo“, in: *IHU Noticias*, 21.7.2014

Tapia, Luis,“Die MAS konzentriert die politische Macht“, Interview, in: *Neues Deutschland*, 6.10.2015

Wahl, Achim, „Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr“, in: *Utopie kreativ*, Nr. 9,2004, S. 848)

Zibechi, Raul, „Hacer balance del progresismo“, 4.8.2015, in:

www.resumenlatinoamericano.org/2015/08/04/hacer-balance-del-progresismo

Zibechi, Raul, „Hacia un Nuevo ciclo de luchas“, in: *La Jornada*, 3.10.2015, http://www.jornada.unam.mx/2015/10/02/opinion/020a2pol

Myanmar 2016: Das Volk hat gewählt

Von Uta Gärtner, Linkes Asienforum

Am 8. November 2015 fanden in Myanmar die zweiten planmäßigen Wahlen auf der Grundlage der Verfassung von 2008 statt. Sie wurden mit großer Spannung erwartet und als historisch bezeichnet, deuteten doch alle Zeichen darauf hin, dass zum ersten Mal seit über 50 Jahren eine nicht vom Militär getragene politische Kraft die Führung des Landes übernehmen könnte.

Zu wählen waren die Volkskammer (Unterhaus oder Abgeordnetenhaus) und die Nationalitätenkammer (Oberhaus), die zusammen die oberste Legislative (Unionsparlament) bilden, dazu die Parlamente der sieben Regionen, deren Bevölkerung sich vorwiegend aus der Mehrheitsethnie Bama zusammensetzt, und der sieben Unionsstaaten, in denen vorwiegend ethnische Minderheiten leben. Wählbar sind in allen Parlamenten nur drei Viertel der Abgeordneten, da die Verfassung 25 Prozent der Sitze für Militärangehörige reserviert, die vom Oberkommandierenden der Streitkräfte zu ernennen sind. Somit besteht die Volkskammer (440 Abgeordnete) maximal aus je einem Vertreter der 330 Wahlkreise und 110 Militärangehörigen. Die Nationalitätenkammer (244 Abgeordnete) setzt sich zusammen aus den Vertretern von je 12 Wahlkreisen der Unionsstaaten und Regionen und 56 ernannten Militärangehörigen. Wegen der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsdichte führt das paritätische Prinzip zu einer Überrepräsentierung der meisten Unionsstaaten.

Die personelle Stärke der regionalen Parlamente unterscheidet sich nach der Bevölkerungszahl und der ethnischen Zusammensetzung. Insgesamt waren 630 Abgeordnete plus 29 Beauftragte für Ethnienfragen im Ministerrang zu wählen. Hinzu kommen die 220 vom Oberbefehlshaber zu ernennenden Abgeordneten. Für 21 der insgesamt 1171 Wahlkreise hatte die Zentrale Wahlkommission wegen Sicherheitsbedenken die Wahlen ausgesetzt. Wieviel Prozent der fast 35 Millionen Wahlberechtigten dadurch ausgeschlossen waren, ist nicht bekannt.

Um die 1150 verbliebenen Sitze bewarben sich 6189 Kandidaten, davon nur 28 Muslime und ca. 900 Christen, ansonsten ausschließlich Buddhisten. Nur 13 Prozent der Kandidaten waren Frauen. Im Vorfeld gab es immer wieder Kritik an fehlerhaften Wählerlisten und am Ausschluss der nicht als heimische Ethnie anerkannten und von der Masse der Bevölkerung abgelehnten „Rohingya“ von der Wahl.

Der achtwöchige Wahlkampf verlief friedlich, und die Durchführung der Wahlen selbst wurde von den rund 12 000 einheimischen und 1000 ausländischen Beobachtern als korrekt und transparent eingeschätzt.

Die Hauptkontrahenten waren die vorherrschende Union *Solidarity and Development Party* (USDP) und ihr Gegenspieler, die *National League for Democracy* (NLD). Beide Parteien sind die einzigen mit landesweit wirksamer Struktur und stellten je ca. 1100 Kandidaten in fast allen Wahlkreisen. Ihre Führung und Mitglieder gehören vorwiegend der ethnischen Mehrheit – den Bama – an. Die USDP ist 2010 aus der *Union Solidarity and Development Association* (USDA) hervorgegangen, einer 1993 vom Militärrat als zivile Parallelstruktur geschaffenen Massenorganisation. Ihre Führungsgremien bestehen vorwiegend aus ehemaligen hohen Offizieren, und so assoziieren sie und die von ihr gebildete Regierung trotz allem Wandel, der letzten fünf Jahre, für die Bevölkerung die Kontinuität der Militärherrschaft. Die NLD ist ein Kind der Protestbewegungen vom Sommer 1988. Wenige Tage nach Machtübernahme des Militärs am 18. September 1988 wurde sie von Daw Aung San Suu Kyi sowie den ehemaligen hohen Offizieren Aung Kyi und Tin Oo gegründet, die zu Gegnern der Militärherrschaft geworden waren, ebenso wie viele weitere ehemalige Angehörige der Streitkräfte in den Reihen der NLD. Sie stellt für die Bevölkerung die Alternative dar, die eine wirkliche Verbesserung der Lebensverhältnisse bewirken kann. Ein junger Mann in einem Yangoner Straßencafé brachte es auf den Punkt: Die Reformpolitik von Präsident U Thein Sein und seiner Partei sei zwar gar nicht so schlecht, aber es sei Zeit für einen Wechsel.[1]

In logischer Konsequenz stimmte die überwiegende Mehrheit der Wähler für die NLD. Sie erhielt 57 Prozent aller Stimmen für die beiden Kammern des Unionsparlaments, was infolge des Mehrheitswahlsystems zu fast 80 Prozent der wählbaren Sitze führt bzw. fast 60 Prozent, wenn die ernannten Abgeordneten des Militärs eingerechnet werden. Die USDP hingegen erhielt mit 28 Prozent der Stimmen bloß 8,4 Prozent bzw. 6,2 Prozent der Sitze. Nur 11 der anderen Parteien - alle ethnischen Charakters - und drei unabhängige Abgeordnete ziehen ins Parlament ein, das sind 12,2 bzw. 9,4 Prozent. Überraschend sind die Höhe des Stimmenanteils der NLD, die sogar in vier der sieben Unionsstaaten die absolute Mehrheit gewann, und das schlechte Abschneiden der ethnischen Parteien selbst dort und in der Nationalitätenkammer. Einzig die stark ethno-nationalistische *Arakan National Party* konnte nennenswerte Stimmengewinne erzie-

len und im Unionsstaatsparlament sogar fast die absolute Mehrheit erreichen.[2]
Vergleiche mit ähnlichen Konstellationen seit Erlangung der Unabhängigkeit im Januar 1948 drängen sich auf.

Rückblick

Im Oktober 1958 hatte das Parlament den Oberkommandierenden der Streitkräfte, General Ne Win, auf der Grundlage der Verfassung verpflichtet, eine Treuhandregierung zu bilden mit dem Auftrag, die Destabilisierung des Landes aufzuhalten, die nach der Spaltung der regierenden *Antifascist People's Freedom League* (AFPFL) in die *Clean AFPFL* und *Stable AFPFL* infolge persönlicher Machtkämpfe bedrohliche Ausmaße angenommen hatte. Die aus Offizieren in den Schlüsselpositionen sowie zivilen Experten bestehenden staatlichen Organe erfüllten den Auftrag mit harter Hand. Das Volk quittierte das bei den mit militärischer Akkuratesse ausgerichteten Wahlen im Februar 1960, indem nicht die dem Militär nahestehende *Stable AFPFL* die Mehrheit der Stimmen erhielt, sondern die *Clean AFPPL* (dann Unionspartei) unter Führung des langjährigen Premiers U Nu, der vom Volk verehrt wurde als frommer Buddhist und gar künftiger Buddha. Vor allem erwarteten die Wähler, dass unter seiner Regierung die liberaleren Verhältnisse zurückkehren. Dass General Ne Win trotz seiner Vorbehalte gegen die Befähigung U Nus als Regierungschef ihm die Macht übergab, wird seinem im Juni 1958 ausdrücklich vertretenen Grundsatz zugeschrieben, dass die Streitkräfte sich von Parteipolitik fernhalten und die Verfassung schützen müssen.[3] Das mag sein, ist jedoch nicht die ganze Wahrheit.

Die Phase der Treuhandregierung war eine Schlüsselerfahrung für die militärischen Eliten mit Wirkungen bis in die Gegenwart. Begünstigt durch die Regierungsvollmacht konnten sie das 1951 zum Zweck der Truppenversorgung gegründete *Defense Services Institute* zum größten und mächtigsten Geschäftskonzern und zu einem frühen Beispiel vom Militär geleiteter Konglomerate entwickeln, deren heutiger Hauptvertreter die *Union of Myanmar Economic Holding* (UMEHL) ist. Sie erhielten Gelegenheit, Konzepte effektiverer Staatsführung, wie sie seit Mitte der 1950er Jahre auf den Kommandeurskonferenzen thematisiert worden waren, zu erproben. Die Praxis forcierte die Ausarbeitung einer Ideologie der Streitkräfte, die unmittelbar vor den Wahlen in dem Dokument *„The National Ideology and the Role of the Defence Services"* niedergelegt und zur offiziellen Armeepolitik wurde. In ihr sind die Streitkräfte als eine Idealen verpflichtete Institution charakterisiert, die nationale Politik betreibt, keine Parteipolitik. Als Grundpfeiler dieser nationalen Politik wird an erster Stelle Frieden und Herrschaft des Gesetzes genannt, an zweiter Demokratie.[4]

1960 bestand keine Bedrohung der Union – Unterpfand der Unabhängigkeit – und also auch keine Notwendigkeit, die Macht selbst auszuüben. Die bald einsetzende erneute Destabilisierung infolge der Zerrissenheit der Unionspartei, die die Zentralgewalt zunehmend schwächte, bestätigte die militärischen Eliten in ihrer Überzeugung, dass zivile politische Parteien das Geschick des Landes nicht führen können. Den Ausschlag gab die Befürchtung, dass die Zentralregierung dem Föderalismuskonzept der Führer ethnischer Gruppen von 1961 folgen könnte, das die Kontrolle der vorwiegend von Bama ausgeübten Zentralgewalt maßgeblich reduziert hätte und mit Separatismus gleichgesetzt wurde.

Nach seiner Machtergreifung am 2. März 1962 eliminierte der Revolutionäre Rat unter General Ne Win die als schädlich wahrgenommenen Elemente bürgerlicher Demokratie wie Parteienvielfalt und Freiheitsrechte. Die Wahlen, die es im quasi-zivilen parlamentarischen Einparteiensystem ab 1974 gab, dienten lediglich der Bestätigung der Kandidaten der herrschenden *Burma Socialist Programme Party* (BSPP).

Zu den Kernforderungen während des Aufbegehrens im Sommer 1988 gehörte die nach Mehrparteienwahlen als ein Inbegriff der Demokratie. Der Militärrat konnte sich ihr nicht entziehen, ließ eine Vielzahl von Parteien zu und richtete die Wahlen am 27. Mai 1990 einigermaßen korrekt aus. Als statt der ihm nahestehenden *National Unity Party* (NUP), die das Erbe der BSPP angetreten hatte, die von Aung San Suu Kyi geführte NLD mit knapp 60 Prozent der Stimmen gewann, war er anders als General Ne Win 1960 nicht bereit, die Macht abzugeben – das hätte ihm jede Möglichkeit genommen, die Entwicklungen im Lande zu steuern oder wenigstens zu beaufsichtigen. Als Notbremse setzte er die im Vorfeld gemachte Ankündigung um, die Macht nicht einer Partei zu übergeben, sondern nur einer Regierung, die auf der Grundlage einer gültigen Verfassung berufen wurde. Eine solche Verfassung auszuarbeiten sei der Auftrag des gewählten Gremiums. Hätte sich die NLD auf dieses Konzept eingelassen, wäre es ihr dank 80 Prozent der Sitze im Parlament vielleicht möglich gewesen, eine Verfassung zu bewirken, die mehr Konsens findet als die, die unter der Regie des Militärrats entstand und 2008 in einem fragwürdigen Referendum bestätigt wurde.

Um die Transition zu einer Gesellschaft mit ‚disziplinierter', d.h. gelenkter Demokratie planmäßig vollenden zu können, setzten die militärischen Eliten alles daran, die auf der Grundlage der neuen Verfassung durchzuführenden Wahlen mit großer Mehrheit zu gewinnen. Sie richteten die Wahlgesetze darauf aus, ernsthafte Konkurrenten, namentlich die NLD, abzuschrecken. Es gelang, die NLD lehnte die Registrierung zu den undemokratischen Bedingungen ab. Das erleichterte der USDP, am 7.11.2010 über 70 Prozent der wählbaren Sitze in allen Parlamenten zu gewinnen und allein die Regierung zu bilden. Zum Präsidenten, der gleichzeitig Regierungschef ist, wurde U Thein Sein gewählt, bis Frühjahr 2010 General, Sekretär 1 des Militärrats bis 2007 und letzter Ministerpräsident der Militärregierung. Vizepräsident Dr. Sai Mauk Kham ist einer der wenigen echten Zivilisten und der einzige Nicht-Bama in hoher Staatsfunktion. Viele der Kabinettsmitglieder und anderen Funktionsträger hatten auch unter der vorigen Regierung hohe Posten inne, aber ihre Handlungsgrundlage war neu: eine Verfassung, die den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie folgt, Gewaltenteilung vorschreibt und die bürgerlichen Grundrechte garantiert.

Dieser Umstand und die entschlossene Einleitung von Reformen waren es, die den USA und anderen westlichen Regierungen die Rechtfertigung für die Änderung ihrer Strategie gegenüber Myanmar lieferten. Nachdem politische Gewalt in Gestalt von Verurteilung, Boykott, Sanktionen nicht vermocht hatte, die herrschenden Militärs zum Abdanken zu zwingen, konnte jetzt ohne Gesichtsverlust durch freundliche Umarmung ein Klima geschaffen werden, das gute Bedingungen für Einflussnahme und Geschäfte lieferte und den Boden dafür bereiten half, dass bei nächster Gelegenheit die von den westlichen Staaten und dem Volk von

Myanmar gewünschte Regierung antritt. Das politische Ziel ist gleichgeblieben: Myanmar in die USA-Strategie ihrer Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum einzubinden, es von der VR China zu lösen und einen befreundeten Staat an deren 2000 km langen Südgrenze zu wissen. Die Rechnung ist aufgegangen.

Haben und Soll

Die USDP

Die quasi-zivile Regierung unter Präsident U Thein Sein, die am 31. März 2011 ihr Amt antrat, konnte das am 30.08.2003 vom damaligen Premier General Khin Nyunt verkündete Programm „Der Weg Myanmars zur Demokratie" vollenden, indem sie den Übergang vom autoritären Regime zu „einer modernen, entwickelten und demokratischen Nation" einleitete.

Was mit ‚demokratisch' gemeint ist, klärt Artikel 7 der Verfassung: „Der Staat praktiziert die wahre und disziplinierte Mehrparteiendemokratie."[5] Aus diversen Verlautbarungen geht hervor, dass als deren Grunderfordernis die Achtung von Gesetz und Ordnung und als Essenz die Einheit von Rechten und Pflichten sowie die aktive Teilnahme aller Bürger an der Umgestaltung verstanden werden.

Auf der Haben-Seite steht, dass die neugeborenen Parlamente binnen Kurzem zu arbeitenden Körperschaften reiften und der fest etablierten Exekutive zunehmend Rechenschaft abverlangten, besonders bei den Budgetdebatten. Die Abgeordneten arbeiteten als ‚Stimme ihrer Wähler', ohne durch Parteidisziplin gebunden zu sein. Die Verabschiedung von Gesetzen über demokratische Grundrechte wie Versammlungsfreiheit, Gewerkschaftsgründung, Regelung von Arbeitskonflikten, die schrittweise Aufhebung der Medienzensur und Zulassung privater Informationsmedien, die Freilassung der politischen Gefangenen, die offizielle Akzeptanz der zivilgesellschaftlichen Organisationen als Partner bei der Umgestaltung ließen ein politisches Klima entstehen, das gesellschaftliches Engagement sowie das Einfordern und Wahrnehmen von Rechten ermutigte und ermöglichte. Erstmalig wurde bereits kurz nach Machtantritt die Armutsreduzierung thematisiert und ein Konzept entwickelt, das auf bessere Einkommen der Landbevölkerung orientiert. Um die nötigen Gelder für den wirtschaftlichen Aufschwung zu generieren, wurden Gesetze, die aus- und inländischen Investoren Rechtssicherheit garantieren, erlassen und mittelständische Unternehmen besonders gefördert.

Tatsächlich wurde für 2014 ein Wirtschaftszuwachs von 9,1 Prozent festgestellt bei einem Zuwachs an direkten Auslandsinvestitionen (FDI) von 70 Prozent vorwiegend in der Industrie.[6] Die Versorgung mit Elektroenergie konnte deutlich verbessert werden, wenngleich noch immer fast die Hälfte der Bevölkerung vor allem in ländlichen und entlegenen Gebieten keinen Zugang hat – langfristige Anstrengungen sind im Gange.

Eine wesentliche Voraussetzung für innere Entwicklung und deren internationale Unterstützung ist die Beendigung des Bürgerkrieges, der ab 2011 besonders im Norden des Landes wieder aufgeflammt ist. Derzeit existieren über 20 bewaffnete Truppen ethnischer Gruppen mit insgesamt ca. 70 000 Mann. Mit den meisten von ihnen konnte die Unionsregierung vorläufige Vereinbarungen über Waffenruhe schließen und in zähen Verhandlungen Zustimmung zum Text eines landesweiten Waffenstillstandsabkommens erreichen, das zugleich den Maßnahmeplan für die nachfolgenden politischen Gespräche zur Lösung der zugrundeliegenden Konflikte enthält. Obwohl die größeren Verbände ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung kurzfristig zurückzogen und nur acht Gruppen, darunter drei der Karen, gemeinsam mit der Regierung und den Streitkräften das Abkommen am 15.10.2015 unterzeichneten, wurde es als Durchbruch gefeiert, und die nächsten Schritte wurden zügig eingeleitet, wobei auch die Gruppen, die noch nicht unterzeichnet haben, stets eingeladen sind. Planmäßig fand vom 12. bis 16. Januar 2016 die erste unionsweite Friedenskonferenz mit rund 750 Vertretern der Regierung, der Streitkräfte, der bewaffneten Gruppen, politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen statt, die einen Meinungsaustausch zu grundlegenden Fragen führten, darunter Verfassungsänderung und Föderalismus.[7] Das sind nur Beispiele der zahlreichen Maßnahmen, die die politische Landschaft in Myanmar deutlich verändert haben.

Die Regierungspolitik ist jedoch nicht geradlinig verlaufen, sondern pendelt zwischen zwei Polen: Der eine ist die Einsicht, dass die Liberalisierung zwingend ist für die Entwicklung des Landes, denn schließlich möchten die führenden Eliten in der Traditionslinie gerechter Herrscher in die Geschichte eingehen. Der andere ist die Sorge, dass ihnen die Kontrolle entgleiten und die gewährten Freiheiten Ruhe und Ordnung aufheben, zur Destabilisierung der Gesellschaft und schließlich zum Verlust der Unabhängigkeit führen könnten.

Nicht selten enthalten fortschrittliche Maßnahmen zugleich Bremsen. Zum Beispiel existiert jetzt beträchtliche Versammlungsfreiheit, die auch weidlich genutzt wird. Doch das Gesetz darüber enthält hohe Hürden für die Beantragung, erlaubt Willkür bei der Entscheidung und enthält empfindliche Strafen bei Zuwiderhandlung. Tatsächlich gibt es inzwischen eine neue Kategorie politischer Gefangener in Anwendung dieses Gesetzes. Als die Studenten im Rahmen der Regelwerke gegen das neue Bildungsgesetz protestierten, wurden ihre Forderungen in Gesprächen verhandelt und die meisten im 2014 novellierten Gesetz verankert. Ein nicht genehmigter Protestmarsch nach Yangon im März 2015 aber wurde gewaltsam aufgelöst und 53 Aktivisten sind noch immer in Haft.

Große Besorgnis gilt den Medien, deren stimulierende Rolle im Transformationsprozess begrüßt wird und zugleich als potentiell unruhestiftend gefürchtet ist. In logischer Konsequenz schuf das Präsidialbüro unmittelbar nach der Auflösung der Zensurbehörde ein zwölfköpfiges Zentrales Aufsichtskomitee für die Registrierung von Verlagen, das die Verfassungsmäßigkeit von Publikationen prüfen soll, öffentlich kritisiert als Wiedergeburt der Zensur. Das vom Informationsministerium vorgelegte Mediengesetz traf auf heftigen Protest der Medienarbeiter und wurde zurückgezogen; das Parlament verabschiedete im März 2014 das vom Presserat erarbeitete freiere neue Gesetz. Zu den ‚Schadensbegrenzungen' gehört die Entwicklung eines Ethik-Kodex und als extreme Form die Verhaftung und Verurteilung von Journalisten – 2014 verbüßten 10 Journalisten Gefängnisstrafen und 19 standen unter Anklage. Dass die Öffentlichkeit über solche Dinge informiert wird, ist wiederum ein neuer Zug.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wächst mit dem Einströmen internationaler Unternehmer und Banken in das investitionshungrige Myanmar auch die Gefahr immenser Verschuldung,

und es entsteht die bange Frage, ob der Grundsatz, dass die Initiative in den Händen der Landeskinder bleiben muss, eingehalten werden kann oder die Wirtschaft zum Ausverkauf gerät. Das war der Tenor der Anfrage einer Abgeordneten Anfang Februar 2015, die folgende Daten anführt: Die Auslandskredite wuchsen in 5 Jahren auf das 400fache, die Auslandshilfe auf das 1.500fache; 2015/16 könne die Gesamtverschuldung auf 20 000 Milliarden Kyat ansteigen.[8] Das dämpft die Bereitschaft, ausländischen Investoren entgegenzukommen. Angesichts der zunehmenden Inflation warnen Analysten vor einer Überhitzung der Wirtschaft mit destabilisierenden Auswirkungen auch auf den Lebensunterhalt vor allem der städtischen Bevölkerung und daraus folgenden politischen Konsequenzen.

Dass die Starre, die über dem Land lag, aufgebrochen ist und zunehmend gesellschaftliche Gruppen in die Politik eingreifen, ist gut. Das kann sich aber auch ins Gegenteil verkehren: Verunsicherung durch die neuen Bedingungen machte es Provokateuren leicht, latente Ressentiments gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu aktivieren und einen Mob auf die Beine zu bringen, so geschehen 2012 in Rakhine sowie 2013 in Meiktila und weiteren Orten Zentralmyanmars.

Einen besorgniserregenden Kontrapunkt zu den fortschrittlichen Maßnahmen der Regierung setzt ihre Duldsamkeit gegenüber den nationalistischen buddhistischen Mönchen, die sich als „Komitee zum Schutze von Nation, Religion und Rasse“, bekannt unter dem Kurzwort MaBaTha, konstituiert haben. Die von ihnen initiierten vier Gesetze mit anti-islamischer Stoßrichtung, die das Parlament 2015 zügig billigte, greifen tief ins Privatleben ein und schüren Zwist: über Konvertierung, über die Eheschließung buddhistischer Frauen mit Andersgläubigen, über Monogamie und über Geburtenregelung.

Eine der treibenden Kräfte des MaBaTha, Ashin Wirathu, Abt in Mandalay, der 2003 wegen antimuslimischer Aufwiegelung der Bevölkerung zu 25 Jahren Haft verurteilt worden war und 2010 im Rahmen einer Amnestie freikam, konnte die entstehende Meinungsfreiheit zur Fortsetzung dieser Tätigkeit nutzen, ohne belangt zu werden, nicht einmal, als er die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, Yanghee Lee, als „Hündin“ und „Hure“ bezeichnete. Als das *Time Magazine* in seinem Juliheft 2013 ihn als das ‚Gesicht des buddhistischen Terrors’ brandmarkte, löste das eine Protestwelle in Myanmar aus, an der sich auch das Präsidialamt beteiligte – es sei ein Angriff auf den Buddhismus und das Bemühen um Vertrauensbildung zwischen den Religionen.[9]

Versuche, mittels der von der überwiegenden Mehrheit ausgeübten Religion Eintracht herzustellen, haben sich schon in der Vergangenheit als kontraproduktiv erwiesen. Dass Würdenträger des MaBaTha im Herbst 2015 Position für die Regierung U Thein Sein bezogen und die NLD der Muslimnähe bezichtigten, zielte offenbar darauf ab, das Wahlergebnis zugunsten der USDP zu beeinflussen, obwohl die Verfassung die Nutzung der Religion für politische Zwecke verbietet. Es mag dazu beigetragen haben, dass die USDP einige Wahlkreise um Meiktila gewinnen konnte. Wie aber das Gesamtergebnis zeigt, war für die Masse auch der buddhistischen Wähler das Verlangen nach einem Elitenwechsel stärker als die Ressentiments gegen die muslimischen Nachbarn, mit denen sie im Normalfall friedlich zusammenleben, ausgenommen die „Rohingya“ im Unionsstaat Rakhine.

Trotz aller Defizite ist die Bilanz der Regierung U Thein Sein tendenziell positiv. *The Economist* würdigte das, indem er Myanmar zum Land des Jahres 2015 kürte, „weil seine Transition zu etwas Ähnlichem wie Demokratie schneller vorangekommen ist als man je zu hoffen wagte“.[10] Inspiriert war diese Entscheidung zweifellos dadurch, dass Regierung und Militärführung die Reifeprüfung bestanden haben: Die Wahlen wurden fair ausgerichtet, und sowohl der Präsident als auch der Oberbefehlshaber bekräftigten danach, dass sie das Ergebnis als Ausdruck des Volkswillens verstehen, anerkennen und die geordnete Übergabe der Macht als Krönung ihrer Arbeit ansehen.

Die Voraussetzungen für eine so gelassene Hinnahme der Niederlage haben sie in den vergangenen 25 Jahren selbst geschaffen: Die Verfassung von 2008 enthält eine Reihe von Bestimmungen, die den Streitkräften, genannt *Tatmadaw*, Einflussnahme auf die Politik gestatten: Sie sind autonom und unterliegen keinerlei Kontrolle; ihnen unterstehen die drei für die Sicherheit relevanten Ministerien – Verteidigung, Inneres (zuständig auch für Polizei und Administration), Grenzangelegenheiten; einer der drei Präsidentschaftskandidaten wird von der Gruppe der militärischen Abgeordneten nominiert, so dass zumindest ein Vizepräsident dem Militär nahesteht; von den elf Sitzen im Nationalen Verteidigungsrat gehören fünf aktiven Militärs; 25 Prozent der Abgeordneten aller Parlamente sind ernannte aktive Offiziere, um deren Arbeitsfähigkeit im Falle parteipolitischer Querelen zu erhalten und unerwünschte Veränderungen der mühsam ausbalancierten Verfassung zu verhindern. Während die militärischen Abgeordneten die ganze Wahlperiode über normal mitgewirkt haben, ohne als Block in Erscheinung zu treten, hat sich bei der Abstimmung über Verfassungsänderungen im Sommer 2015 ihre Funktion als Vetomacht bestätigt. So schmerzhaft die Abwahl auch sein mag, sie bedeutet nicht den Verlust der Kontrolle, wie es 1990 der Fall gewesen wäre, da wichtige Kommandohöhen von den bisherigen Eliten besetzt bleiben. Unter diesen Bedingungen stärken die verlorene, aber friedliche Wahl und die geordnete Übergabe der Macht an die Siegerin sogar ihre Glaubhaftigkeit als Reformer – nach der Wahl ist vor der Wahl.

So weit zum Haben. Das Soll ist das Gelöbnis, sich weiterhin für die Entwicklung des Landes zu engagieren, nicht mehr als Machthaber, sondern als Korrektiv im demokratischen System.

Die NLD

Auf ihrer Haben-Seite stehen der Widerstand gegen die Militärdiktatur, die Wahrnehmung als deren Gegenentwurf und die daraus resultierende Hoffnung des Volkes auf radikale Verbesserung der Lebenslage, die mit der Persönlichkeit von Aung San Suu Kyi assoziiert wird – sie hat die Aura einer Heilsbringerin. Potenziert wird das durch ihr gutes Verhältnis zur westlichen Welt – bei ihren Reisen ab 2011 wurde sie dort als die eigentliche Repräsentantin des Landes empfangen, und im Empfinden des Volkes war sie es, die ihm die Welt wiedergegeben hat. Das speist seine Hoffnung, dass einer von ihr geführten Regierung vorbehaltloser als bisher Unterstützung gewährt wird. Indiz dafür ist, dass die USA am 7.12.2015 ein wesentliches Verbot von Transaktionen aufgehoben haben.[11] Noch im Mai 2014 hatte die Obama-Administration das den Sanktionen zugrunde liegende *National Emergency* verlängert, das besagt, das Land stelle „weiterhin

eine ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der USA“ dar.[12]

Die Aussicht auf Kontinuität, die die alten Eliten versprachen, war für das Wahlvolk nicht verlockend, wohl aber die Botschaft Aung San Suu Kyis für Wandel. Ihr Argument, sie brauche die absolute Mehrheit in den Parlamenten, um ihn bewirken zu können, war sichtlich überzeugend. Es hat zum schlechten Abschneiden der ethnischen Parteien beigetragen, deren Vielfalt die ungeübten Wähler verwirrte, während die NLD überall klar erkennbar war.

In den Jahren ab 1990, in denen die NLD zwar legal, aber starken Repressionen ausgesetzt war, hat sie bzw. Aung San Suu Kyi – das ist identisch – die Doktrin verfolgt, dass erst die politische Frage geklärt, d. h., ihr die Macht übergeben sein muss, ehe die Lösung anderer Probleme – ethnischer, ökonomischer, sozialer – in Angriff genommen werden kann, denn jede Entwicklung legitimiere das Militärregime. Seit 2011 kann die Partei frei agieren und war in der komfortablen Situation, Probleme ansprechen zu können, ohne praktische Lösungskonzepte anbieten oder gar umsetzen zu müssen. Während des Wahlkampfs hat sie populäre Themen aufgegriffen wie gute Regierungsführung, keine Duldung von Korruption, Rechtssicherheit, Frieden und nationale Aussöhnung, Aufbau einer echten Föderation, Änderung der Verfassung, effizientere Exekutive, Reformierung des Bildungswesens, Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Niedergelegt im Wahlmanifest von Anfang September 2015 sind sie das Soll.

Neustart

Da bisher alle Kraft auf die Erringung der Macht konzentriert war, dürfte der NLD entgegenkommen, dass sie das Regierungsgeschäft nicht sofort ausüben muss. Laut Verfassung beträgt die Amtsperiode genau fünf Jahre, so dass die Parlamente bis Ende Januar tagten und die Regierung bis Ende März im Amt ist. Die erste Sitzungsrunde der neuen Parlamente dient ihrer eigenen Konstituierung, der Wahl des Präsidenten und seiner Stellvertreter sowie der Bildung der Regierung durch ihn. Das gibt der Siegerpartei etwas Zeit, Konzepte für den Umgang mit der Macht zu erarbeiten und das Personal für die Positionen zu bestimmen. So wie die bisherige Regierung Arbeiten ihrer Vorgängerin weiterführte, namentlich den Ausbau der Infrastruktur, erbt ihre Nachfolgerin eine Menge von begonnenen Projekten, Maßnahmepaketen und Plänen, deren Realisierung den Zeitraum einer einzigen Wahlperiode weit übersteigt. Anders als manche Medienkommentare vermuten lassen, startet sie nicht aus einem Scherbenhaufen oder Stillstand, sondern übernimmt den Stafettenstab in vollem Lauf.

Der USDP hilft die Übergangsphase, sich auf ihre neue Rolle als parlamentarische Minderheit einzustellen. Vor allem aber nutzte das Parlament die Gelegenheit, in seiner als „Round up“ bezeichneten letzten Sitzungsrunde möglichst viele der begonnenen Gesetzesvorlagen zum Abschluss zu bringen und Pflöcke für die Tätigkeit der Nachfolger einzuschlagen. So hat es abweichend von der bisherigen Routine das Budget für die Jahre 2016-17 bereits im Dezember beschlossen mit der Begründung, das neue Parlament in seiner ersten Sitzungsrunde zu entlasten. Clou war ein Antrag des Präsidenten sieben Tage vor dem Ende, das *Ministry of Immigration and Population* dem Innenministerium einzugliedern, wogegen die NLD-Abgeordneten heftig protestierten: Es hätte der zivilen Regierung einen weiteren Bereich entzogen. Obwohl die meisten Mitglieder des zuständigen Ausschusses den Vorschlag vernünftig fanden, zumal er der von Aung San Suu Kyi angekündigten Reduzierung der Ministerien entgegenkommt, beschlossen sie wegen der Kürze der Zeit, die Entscheidung der neuen Regierung zu überlassen.

Beiden Seiten gibt die Phase Raum, sich in Gesprächen auf höchster Ebene zu verständigen. Die alten Eliten haben wiederholt ihren Willen ausgedrückt, sich mit der neuen Regierung für die weitere Entwicklung des Landes zu engagieren, und Aung San Suu Kyi hat eine vorwärtsgerichtete Politik der Versöhnung angekündigt. Entscheidend ist das Zusammenwirken mit der Militärführung. Mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament kann die NLD zwar die anderen Parteien überstimmen, aber auf Grund der verfassungsrechtlich gesicherten Positionen des Militärs in Legislative und Exekutive keine Alleinherrschaft ausüben. Bisher haben Aung San Suu Kyi und der Oberbefehlshaber zweimal über die anstehenden Aufgaben konferiert. Beide Seiten haben Interessen, die ihr Zusammenwirken begünstigen: Die seit den 1990er Jahren wie ein Mantra wiederholten drei nationalen Hauptanliegen Wahrung der Union, der Eintracht und der Souveränität passen in die Agenda auch der NLD. Sie braucht die Kooperation des Militärs, um ihre zentralen Wahlversprechen – Herstellung dauerhaften Friedens und Änderung der Verfassung – zu erfüllen, und sie braucht ein loyales Militär für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Falle von Turbulenzen.

Dem Militär kann die konstruktive Unterstützung der demokratisch gewählten Regierung helfen, sein stark beschädigtes Ansehen zu reparieren und die Zusammenarbeit mit westlichen Streitkräften wiederzubeleben. Es strebt hohe Professionalität der Streitkräfte an, ohne den Anspruch auf Mitgestaltung der Politik aufzugeben, zumindest, bis der Bürgerkrieg beendet und gesichert ist, dass die Schaffung einer ‚echten Föderation’, die alle Beteiligten im Programm haben, nicht den Bestand der Union bedroht.[13]

Wie die Debatte auf der Friedenskonferenz im Januar 2016 zeigte, gehen die Vorstellungen weit auseinander. Manche knüpfen an das Konzept von 1961 an mit seiner Forderung nach weitreichender Autonomie und nach dem Zusammenschluss der vorwiegend von Bama bewohnten Regionen zu einem paritätischen Unionsstaat, um deren Vormachtstellung zu eliminieren. Andere stellen bei Beibehaltung der gegenwärtigen Struktur gerechtere Macht- und Ressourcenteilung in den Mittelpunkt. Einige Ethnien – die Wa, Pa-O, Shan-ni, Palaung – verlangen einen eigenen Unionsstaat, kommentiert auch von Führern ethnischer Gruppen mit der Sorge, dass Myanmar das Schicksal Jugoslawiens erleiden könnte.[14] Immer wieder kommt es zu Gefechten mit Regierungstruppen, aber auch unter den Rebellengruppen. Dass einige wichtige bewaffnete Gruppen die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 15.10.2015 verweigerten, war wesentlich gespeist von der Erwartung, dass Aung San Suu Kyi ihren Ansprüchen an eine Föderation aufgeschlossener gegenübersteht als die bisherige Regierung.

Die Fortsetzung des Friedensprogramms wird eine Gratwanderung für die NLD. Sie wird bei allen Entscheidungen, die die innenpolitische Stabilität und die Aufsichtsfunktion der Streitkräfte berühren, Einvernehmen mit dem Oberkommando herstellen müssen, soll nicht eine Situation wie 1962

entstehen. Dass für drei der vier einflussreichen Positionen der Vorsitzenden der beiden Kammern und ihrer Stellvertreter Angehörige ethnischer Minoritäten berufen wurden, haben einige Politiker der Nationalitäten als Geste guten Willens begrüßt. Die Arakan *National Party (*ANP) aber hat sich dagegen verwahrt, dass dafür eines ihrer Mitglieder ohne Rücksprache benannt wurde, und Opposition angedroht, wenn ihre Selbstständigkeit eingeschränkt wird. Die Kandidaten wurden von Aung San Suu Kyi selbst ausgewählt. Drei stehen ihr nahe, der vierte, ein Kachin, war als USDP-Abgeordneter Vorsitzender des Ausschusses für Gesetze im vorigen Parlament, hat die Kutkai-Miliz im nördlichen Shan-Staat geführt und wird verdächtigt, in Drogengeschäfte verwickelt gewesen zu sein. Alle vier wurden widerspruchslos bestätigt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt mag von Vorteil sein, dass Aung San Suu Kyi wie eine Monarchin agiert, sich die Entscheidungshoheit vorbehält, klare Weisungen an die Gefolgschaft erteilt und keinen Widerspruch duldet: So steht der Militärführung ein einzelner starker und berechenbarer Partner gegenüber und nicht eine Vielzahl miteinander konkurrierender Parteien oder Politiker, die sie von jeher als Gefahr für die Stabilität ansieht. Auf längere Sicht aber wird für die Entstehung eines auch ohne militärischen Halt stabilen demokratischen Systems unerlässlich sein, dass sowohl innerhalb der NLD als auch mit anderen politischen Kräften des Landes gemeinsame Meinungsbildung, Konzipierung und Handhabung von Politik zur Normalität werden. Sonst besteht die Gefahr, dass Autorität einem neuen Autoritarismus aus Respekt Vorschub leistet, Initiative gelähmt wird und neue Konfliktfelder entstehen.

Ein zentraler Punkt der Spitzengespräche war zweifellos die Präsidentschaft. Faktisch hat das Volk Aung San Suu Kyi das Mandat für diese Position erteilt. Um genau das zu verhindern, hatten die Väter der Verfassung von 2008 bei den Kriterien für die Präsidentschaft eine Bedingung verankert, die sie nicht erfüllen kann: Die auch in der Verfassung von 1947 enthaltene Anforderung, dass der Präsident - wie alle Abgeordneten - nicht einer fremden Macht verpflichtet sein darf, wurde auf Familienangehörige 1. Grades ausgedehnt. Aung San Suu Kyis verstorbener Ehemann war Brite, und auch ihre beiden Söhne sind britische Staatsbürger. Im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit und ihres geordneten Rückzugs aus der vordersten Linie müssen die alten Eliten einen Weg finden, um diese Hürde zu umgehen. Selbst Senior General a.D. Than Shwe soll nach einem längeren Gespräch mit ihr eingeräumt haben, dass sie die künftige Führungspersönlichkeit sei.[15] Dass das Unionsparlament die Präsidentenwahl und damit die Regierungsbildung auf Mitte März verschoben hat, kann ein Indiz dafür sein. Aung San Suu Kyi jedenfalls hat schon vor der Wahl keinen Zweifel daran gelassen, dass sie es sein wird, die die Geschicke des Landes lenkt, notfalls oberhalb des Präsidenten. Da sie den Torys nahestehen soll, ist eine im Kern neoliberale Politik mit landesspezifischen Modifikationen zu erwarten.[16]

Anfang Februar haben die neuen Parlamente enthusiastisch ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Startbedingungen sind bedeutend besser als die ihrer Vorgänger, denn sie können auf deren Erfahrungen und Institutionen aufbauen, und sie sind willkommen. Hoch sind die Erwartungen an sie und die künftige Regierung. Parlamentspräsident Mahn Win Khaing Than (NLD, Karen) legte ihnen am Eröffnungstag des Unionsparlaments ans Herz, zum Wohle des Landes und des Volkes zusammenzuarbeiten – ohne Rassismus, Parteilinie, Personenkult, Regionalismus oder religiösen Extremismus.[17] Wenn das gelingt, gibt es Grund zur Hoffnung, dass der Weg noch erfolgreicher fortgesetzt wird.

(Stand: 14.02.2016)

Anmerkungen

1 Michael Lenz, „Zeit für Wechsel in Myanmar“, in: *Neues Deutschland*, 5.11.2015, S. 5.

2 International Crisis Group, „The Myanmar Elections: Results and Implications“, Briefing N° 147, Yangon/Brussels 9.12.2015.

3 Robert Taylor, *General Ne Win. A Political Biography*, ISEAS Singapore, S. 211.

4 Ebenda, S. 219.

5 *Constitution of the Republic of the Union of Myanmar* (2008). Basic Principles,Yangon 2008, S. 3.

6 Oxford Business Group, *Myanmar Year in Review* 2014, 23.1.2015.

7 Leider wurde sie von den meisten Nichtunterzeichnern boykottiert, und eine Reihe eingeladener zivilgesellschaftlicher Organisationen hat wegen der fortgesetzten Kampfhandlungen abgesagt.

8 *Weekly Eleven*, 15.2.2015. 1100 Kyat entsprechen ungefähr einem US-Dollar.

9 President Office, 25.06.2013.

10 *The Economist*, 19.12.2015.

11 *Burmese Sanctions Regulations* 31 C.F.R. Part 537. Office of Foreign Assets Control.

12 „Letter to the Congress – Continuation of the National Emergency with Respect to Burma“, in: www.networkmyanmar.org, 16.05.2014.

13 Robert Taylor, “The Armed Forces in Myanmar Politics: A Terminating Role?” in: *Trends in Southeast Asia*, No. 2-2015, ISEAS Publishing, Singapore; siehe auch Andrew Selth: “Myanmar’s armed forces: obstacle or ally for reform?”, in: *Asian Review*, 20.01.2016.

14 *Shan Herald*, „Union Peace Conference opens up a Pandora box of federal union formation and national state-level aspirations“, 18.01.2016.

15 Kyaw Phyo Tha, “Future Leader’ Suu Kyi wins Than Shwe’s Support: Grandson”, in: *The Irrawaddy*, 6.12.2015.

16 Vgl. Konstantin Bärwaldt, „Von einer blühenden Demokratie weit entfernt“, in: *IPG-Journal*, 23.11.2015.

17 *The Global Light of Myanmar*, 9.2.2016.

Impressum:

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik
der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN
Erscheint in unregelmäßigen Abständen
Redaktion: Helmut Ettinger
V.i.S.d.P.: Andreas Günther
Telefon: (030) 24009 300, Fax: 24009 425
E-Mail: fip@die-linke.de
Web-Site: http://die-linke.de
Redaktionsschluss: 8. März 2016

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt
Hilde Ettinger und Uta Wegner.

Gestaltung: MediaService

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Autor*innen, nicht die Meinung der Redaktion wieder.
Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.